Ernst Graf zu Reventlow

Der Weg zum neuen Deutschland

*

Der Wiederaufstieg des deutschen Volkes

*

Mit 63 Abbildungen, 1 Titelgravüre und 1 Leporello

Druck, Verlag und Vertrieb
Zentralstelle für den deutschen Freiheitskampf
Essen, Moorenstraße 28

Für die Überlassung des Abbildungsmaterials zu dem vorliegenden Werke ist der Verlag den nachstehenden Stellen zu größtem Danke verpflichtet:

Heinrich Hoffmann, München: Titelgravüre, Abbildung Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 46, 47, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, Leporello.

Sammlung F. J. M. Rehse, München: Nr. 3, 12, 13, 18, 19, 23, 25.

Keystone View Company, Berlin: Nr. 43, 48, 49, 51.

A. Groß, Berlin: Nr. 50.

The New York Times „Wide World Photos" Berlin SW 68: Nr. 37, 41, 42, 44.

Schröter, Leipzig-Anger: Nr. 45.

*

Siebente vermehrte und auf die Neuzeit ergänzte Auflage

Den Streitern
für deutsche Freiheit
und deutsche Ehre
gewidmet

*

Vorwort

Die Anzahl der kleineren und größeren Schriften, die sich mit der nationalsozialistischen Bewegung beschäftigen, ist erheblich geworden. Der Verfasser der vorliegenden Schrift beabsichtigt nicht, eine wiederholte Bearbeitung des gleichen Themas zu geben. Er hat sich die Aufgabe gestellt, die Bewegung in einem weiteren Rahmen zu fassen, denn er will die nationalsozialistische Bewegung und die Geschichte ihrer Entwicklung nicht für sich allein, sondern aus dem Fluß der Ereignisse und der Atmosphäre der Verhältnisse heraus betrachten. Der Verfasser war der Auffassung, daß die nationalsozialistische Bewegung angesichts ihrer einzigartigen Beschaffenheit und ihres nicht minder einzigartigen Werdeganges nur in der Verbundenheit mit dem deutschen Gesamtleben und in ihrem Gegensatz zu allen herrschenden Strömungen, Willensrichtungen und Auffassungen richtig gesehen und gewürdigt werden kann. Die nationalsozialistische Bewegung ist kein Ding an sich, nichts Absolutes. Sie ist eine Strömung unter den Strömungen, ein Motiv unter unzähligen anderen Motiven. Aber sie bedeutet gleichzeitig den Willen vieler Millionen Deutscher, sie zum deutschen Leitmotiv zu machen.

Von solchem Gesichtspunkte aus gesehen, mußte das Buch gleichzeitig ein politisches, entwicklungsgeschichtliches und charakterisierendes Buch werden. Die Tatsache ist für den großen Umschwung der Verhältnisse in Deutschland bezeichnend genug: noch vor nicht langer Zeit wäre es kaum denkbar gewesen, einer breiten Öffentlichkeit in diesem Ausmaße eine vorwiegend politische Kost vorzusetzen. Daß es heute möglich geworden ist, muß in der Hauptsache der nationalsozialistischen Bewegung zugeschrieben werden, in erster Linie der propagandistischen und organisatorischen Kraft ihrer Führung. Die nationalsozialistische Bewegung hat einen so großen Teil der deutschen Bevölkerung ergriffen, vor allem die deutsche Jugend, sie wächst in so schnellem Tempo weiter, daß schon heute kein Deutscher gleichgültig ihr gegenüberstehen, keiner über sie hinwegsehen kann, ohne sie zu beachten. Jeder muß Stellung nehmen, für sie oder gegen sie, jeder wird deshalb zunächst zu der Frage gedrängt: was will diese Bewegung, was ist sie und wie ist sie geworden?

Der Verfasser gibt lediglich seine persönlichen Betrachtungen, Urteile und Auffassungen. Das gilt ebenso für die Behandlung der nationalsozialistischen Bewegung,

wie für alle Vorgänge und Fragen, die er in den Kreis seiner Darstellung hineingezogen hat. Der Verfasser hat sich bestrebt, unter Vermeidung jeden Überschwanges, sachlich zu allem Stellung zu nehmen, in der Überzeugung, der Sache durch Sachlichkeit am besten zu dienen.

„Begleitende Geschichtsschreibung" ist immer eine, in gewissem Sinne, heikle Sache, denn sie fordert von dem Miterlebenden geschichtliche Schilderung, zugleich politische Stellungnahme. Hinzu kommt, daß die Beurteilung der Ereignisse der letzten anderthalb Jahrzehnte, so gegenwärtig sie uns auch sind, sich in späteren Jahrzehnten in diesem oder jenem Punkte durch Erschließung von für uns jetzt noch nicht offenen Quellen ändern kann. Abgesehen aber auch davon, daß die hier geschilderten Ereignisse in ihrer Art und ihrem Verlauf schon in der Hauptsache feststehen, werden die möglichen Bedenken weit überwogen durch die Notwendigkeit und den Wert einer Schilderung und Entwicklungsdarstellung in einem so einzig prägnanten Augenblick, heute, da der Geltungskampf der deutschen Befreiungsbewegung sich auf der Folie der furchtbaren inneren und äußeren Verhältnisse des deutschen Reichs und Volkes abspielt. Eben hierin liegt ein wesentlicher Teil des Dauerwertes dieser Schrift: so hat der Verfasser die Dinge damals angesehen; inwieweit haben die seitdem verflossenen Jahre sein Urteil bestätigt oder widerlegt? Dem Richterspruch sieht der Verfasser mit Zuversicht entgegen. Er stützt sich auf langjährige Beobachtung der politischen inneren und äußeren Entwicklung und auf ununterbrochene Beschäftigung mit den in seinem Werke behandelten Gebieten und Fragen.

Möge der Leser fühlen, daß er in eine Entwicklung hineingeführt wird, möge er dieser Entwicklung selbst miterlebend folgen. Nichts Fertiges wird ihm gereicht, was er getrost nach Hause tragen soll, kein absolutes Ergebnis. Er findet weder Prophezeiung, noch Personenkult, weder Vorschußlorbeeren, noch Pharisäertum. Möge der Leser diese Schrift auffassen als ein Textbuch zu den Geschehnissen unserer Tage, dem politischen und völkischen Leben der Gegenwart. Auf die Fragen, die er an die Erscheinungen dieser lebendigen Gegenwart stellt, soll er in diesem Buche Antwort finden.

Potsdam

Graf E. Reventlow

Vorwort zur 6. Auflage

Während der knappen Zeit, die seit dem Erscheinen der ersten Auflage verflossen ist, haben sich große Dinge ereignet. Diese entscheidenden Geschehnisse sind in einem Schlußkapitel zusammengefaßt worden, dessen Inhalt mit dem Beginn der Kanzlerschaft Adolf Hitlers endet. Damit ist die erste große Etappe des Weges zum neuen Deutschland erreicht.

Potsdam.

Graf E. Reventlow

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Seite

Agonie des alten Deutschland

Hitlers Entschluß 13
Marxismus 21
Marxisten, Weltkrieg, Arbeitertum 33
Hier Schwäche, dort Heuchelei 42
Auf der ganzen Linie gesiegt 50
„Die Republik ruft!" 65
Hitler, Sozialdemokratie, Juden, Umsturz 72
Haltloses Bürgertum 89
Parteistück — Versaillesbetrug — Los von Berlin 99

Der Marsch in die deutsche Zukunft beginnt

Hitlers Kampf um München 121
Völkische Bewegung 133
Hitlers Programm 142
„Kriegsverbrecher", Kapp, Ruhraufstand 192
„Erfüllung", Verzweiflung, Politischer Mord 201
Bayern in Deutschland — Ruhrkrieg — Der 9. November 218
Dawesgesetze, Locarno und die Nationalsozialisten 241

Deutsche Zukunft als Ziel

Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung zur Macht . . 259
Der Führer der NSDAP. 275
Der Arbeiter — Volksgenosse 281
Schuldlüge — Außenpolitik 292
Der Geist baut den Körper 319
Durch den Endkampf siegreich ans Ziel 330

Verzeichnis der Abbildungen 349

Agonie des alten Deutschland

Hitlers Entschluß

„Nach zweitägigem qualvollen Nachgrübeln und Überlegen kam ich endlich zur Überzeugung, den Schritt zu tun.

Es war der entscheidendste Entschluß meines Lebens.

Ein Zurück konnte und durfte es nicht mehr geben.

So meldete ich mich als Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei an und erhielt einen provisorischen Mitgliedsschein mit der Nummer: sieben." —

Das erzählt Adolf Hitler in seinem Buch: „Mein Kampf", das er während des Jahres 1924, seiner Festungshaft, begann. Die kurzen Sätze offenbaren ein großes Stück Wesensart dieses Mannes, dessen Name heute der ganzen Welt bekannt ist.

Im Jahre 1919 faßte er jenen Entschluß, den er vier Jahre später den entscheidendsten seines Lebens nennt, und gefaßt wurde dieser Entschluß nach zweitägigem qualvollen Nachgrübeln und Überlegen. Dabei handelte es sich um den Eintritt in einen ganz kleinen Kreis von Menschen, der sich Partei nannte. Sechs waren vorhanden, Hitler wurde der siebente. Millionen von Deutschen, ältere und jüngere in Deutschland, treten in Parteien ein, oder mögen es Verbände, Bünde oder Vereine sein, um morgen wieder auszutreten und zu einer anderen Organisation zu gehen. Gefällt es mir da nicht, so trete ich eben wieder aus. Was braucht es da Überlegen und Nachdenken, und wer wird sich mit solchen Dingen gar innerlich abquälen, vollends sich sagen: es gäbe kein Zurück, nachdem man einmal eingetreten sei — unbegreiflich, lächerlich!

Hitler dachte anders, weil er anders war. Er mit seinen 30 Jahren faßte seinen Entschluß mit tiefstem Ernst auf, einmal, weil das überhaupt seine Art war, dann, weil er intuitiv wußte: dieser Schritt ist für mein Leben entscheidend. Die kurze Vorgeschichte ist nicht minder charakteristisch für den Mann. Wir wollen der Erzählung folgen, die er selbst in seinem Buch gegeben hat:

Hitler traf Ende November 1918 in München ein und begab sich dort nach der Vorschrift zu seinem Ersatzbataillon. Der Betrieb der Soldatenräte, in deren Händen das Regiment sich befand, ekelte ihn derart an, daß er das Regiment verließ und sich in der Nähe von München aufhielt, um erst nach einigen Monaten wieder zurückzukehren. Währenddessen ging in München — wir kommen darauf zurück — alles drunter und drüber.

Durch Gasvergiftung unter Qualen zeitweilig erblindet, vorher schwer verwundet, war Hitler nicht lange vor Ausbruch der Revolution in ein Lazarett in Pommern gekommen. Dort erlebte er den 9. November unter Seelenqualen, welche die körperlichen übertrafen:

„Seit dem Tage, da ich am Grabe der Mutter gestanden, hatte ich nicht mehr geweint. Wenn mich in meiner Jugend das Schicksal unbarmherzig hart anfaßte, wuchs mein Trotz. Als sich in den langen Kriegsjahren der Tod so manchen lieben Kameraden und Freund aus unseren Reihen holte, wäre es mir fast wie eine Sünde erschienen, zu klagen — starben sie

doch für Deutschland! Und als mich endlich selbst — noch in den letzten Tagen des fürchterlichen Ringens — das schleichende Gas anfiel und sich in die Augen zu fressen begann, und ich unter dem Schrecken, für immer zu erblinden, einen Augenblick verzagen wollte, da donnerte mich die Stimme des Gewissens an: elender Jämmerling, du willst wohl heulen, während es Tausenden hundertmal schlechter geht als dir, und so trug ich denn stumpf und stumm mein Los. Nun aber konnte ich nicht mehr anders — nun sah ich erst, wie sehr alles persönliche Leid versinkt gegenüber dem Unglück des Vaterlandes."

Vorher hatte Hitler, wie beinah alle unsere rückkehrenden Soldaten, mit Sorgen daran gedacht, was nun aus ihm werden, was er nun anfangen sollte und wie er sich seine Zukunft gestalten könnte. Als aber der Umsturz erfolgt war, als Hitler den ganzen Schmutz und den Jammer des Volks und Vaterlandes vor Augen hatte, da verschwanden alle diese persönlichen Sorgen und dazu: „Ich mußte nun lachen bei dem Gedanken an meine eigene Zukunft, die mir vor kurzer Zeit noch so bittere Sorgen bereitet hatte. War es nicht zum Lachen, Häuser bauen zu wollen auf solchem Grunde?" Und weiter: „Mit dem Juden gibt es kein Paktieren, sondern nur das harte Entweder — Oder." „*Ich aber beschloß, Politiker zu werden.*"

Im August 1914 war der an der bayerischen Grenze in Österreich geborene Adolf Hitler als Freiwilliger in die deutsche Armee eingetreten. Die vier Kriegsjahre lang hatte er immer in vorderster Linie, immer in Tätigkeit und an Stellen gestanden, wo todverachtende Kühnheit, Tatkraft und Schnelligkeit des Entschlusses notwendig waren und gefordert wurden. Schon während dieser vier Jahre hatte Hitler, soweit es für den Frontkämpfer möglich war, die politischen Ereignisse verfolgt, und nicht nur das, er kannte die Massenseele, kannte die Sozialdemokratie, sah das Versagen der Regierung des Deutschen Reiches gerade in diesem Punkte und machte sich in dem Maße, wie der Krieg fortschritt, immer schwerere Sorgen um dessen Ausgang. Hitler erzählt, daß er in Erwägungen und Gesprächen über diese Gebiete mit seinen Kameraden erörtert hat: wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie erfolgreich nur durch eine Bewegung würde geführt werden können, welche mehr wäre als eine parlamentarische Partei. „Im übrigen kamen mir nun auch die ersten Gedanken, mich später einmal doch noch politisch zu betätigen. Gerade aber dieses war der Anlaß, daß ich nun öfter dem kleinen Kreise meiner Freunde versicherte, nach dem Kriege als Redner neben meinem Berufe wirken zu wollen. Ich glaube, es war mir damit auch sehr ernst."

Redner und Politiker! Dahin drängte Hitler seine Anlage, ja sein ganzes Wesen, schon als er mitten im Kriege stand. Es kommt nicht darauf an, wieviel oder wie wenig klar solche Vorstellungen und Pläne dem Frontsoldaten Hitler waren. Wollen wir aber seinen Weg verfolgen, ihn selbst klar sehen, so ist besonders wichtig, auch seinen Ursprung zu erkennen: der lag nicht in Zufälligkeiten, nicht in einem Anlaß, einem Ereignis, sondern Adolf Hitler ist aus dem Antriebe seines ureigensten Wesens den Weg, seinen Weg gegangen, weil es eben sein Weg war. Und weil er das wußte und empfand, so war ihm auch jeder Entschluß und jede Handlung, die ein anderer leichtherzig und gedankenlos unternommen hätte, ein Akt tiefer Verantwortlichkeit sich selbst gegenüber. Wer Hitler und die von ihm geschaffene mächtige Bewegung in ihrem Wesen verstehen will, darf an diesen Ursprüngen nicht vorübergehen. Adolf Hitler hat als Kind und junger Mensch immer alles, was er tat und wozu er sich entschloß, und sich selbst tief ernst genommen. Und weiter: schon als Soldat sah er die Linie des Kampfes vor sich liegen, den er heute führt, den Kampf gegen Sozialdemokratie und Judentum für die soziale und die nationale Idee.

Mit solchen Gedanken war er aus dem Felde in das Lazarett gekommen, und der Umsturz gab ihm die Probe auf das Exempel: der Feind, den er schon lange klar erkannt und vorher gefühlsmäßig geahnt hatte, stand nun mit einem Male als der Verderber des Landes, des Volks, als der Gehilfe der äußeren Todfeinde Deutschlands herrschend da und trat hohnlachend die nationale Ehre in den Schmutz. Hitlers vorheriger Entschluß, sich dem politischen Kampf zu widmen, konnte nicht besser als richtig bestätigt werden, als eben durch die Revolution.

Aber wie beginnen?

„In dieser Zeit jagten in meinem Kopf endlose Pläne einander, tagelang überlegte ich, was man nur überhaupt tun könne, allein immer war das Ende jeder Erwägung die nüchterne Feststellung, daß ich als Namenloser selbst die geringste Voraussetzung zu irgendeinem Handeln nicht besaß.“ —

Nach der Befreiung Münchens von der kommunistischen Schreckensherrschaft wurde Hitler zur Untersuchungskommission über die Revolutionsvorgänge beim 2. Infanterie-Regiment kommandiert. „Dies war meine erste mehr oder weniger rein politische aktive Tätigkeit.“ Bald darauf erhielt er den Befehl, an einem Kursus teilzunehmen, der Angehörigen der Wehrmacht einige Grundlagen zu staatsbürgerlichem Denken geben sollte. Hitler erblickte in dieser Veranstaltung nur die Möglichkeit, „gleichgesinnte Kameraden kennenzulernen und sich mit ihnen über die Lage zu besprechen“, so schreibt er. Er war schon ganz erfüllt von dem Gedanken, der ihn trieb, und schon damals betrachtete er eigentlich alles andere nur als Mittel zu dessen Verwirklichung. Bald hatte sich ein kleiner Kreis um ihn gebildet. Man erörterte auch die Bildung einer neuen Partei und dachte sich als Namen „Sozialrevolutionäre Partei“. Mit den vorhandenen Parteien sei, darüber war man sich klar, für die deutsche Zukunft nichts zu erreichen, weder durch die Partei des Novemberverbrechens, noch durch die bürgerlich nationalen. Wiederum sehen wir im Jahre 1919 die Linie, die auch heute noch die nationalsozialistische Bewegung leitet.

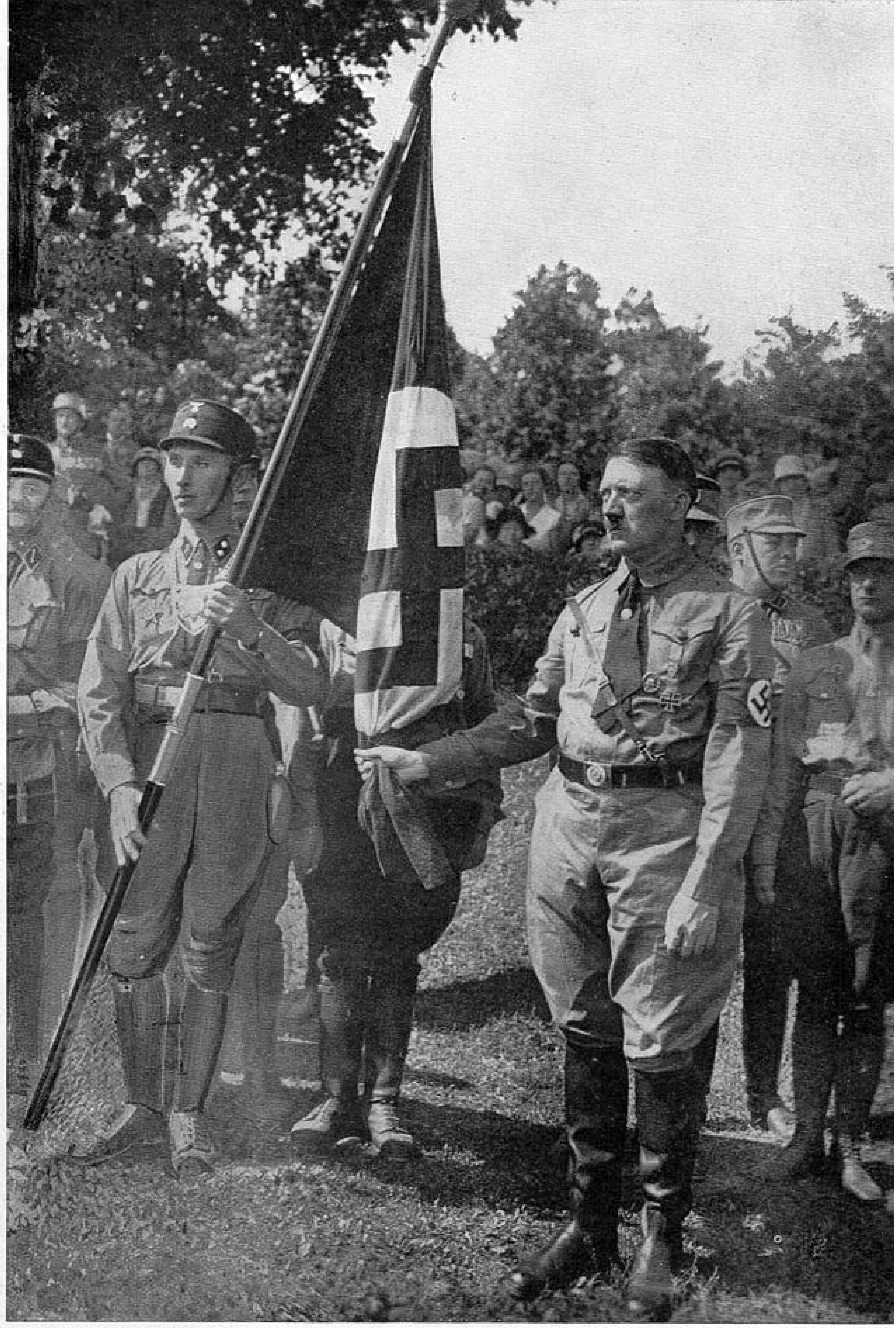
„Sozialrevolutionäre Partei“, so schrieb Hitler, habe man gedacht, die Partei nennen zu wollen, die er und seine Freunde planten. Eine Revolution, so meinte er damals schon, müsse von einer wahrhaft sozialen Partei hervorgerufen werden, weil die bestehenden Zustände hoffnungslos, unsozial, ja antisozial erschienen. Ein Vortrag des Ingenieurs Gottfried Feder gab Hitler die Anregung, sich das Wesen des internationalen Kapitals, des Finanzkapitals überhaupt, klarzumachen und den Gedanken einer Brechung der Zinsknechtschaft in sich zu bewegen. „Mir stand die Entwicklung Deutschlands schon viel zu klar vor Augen, als daß ich nicht gewußt hätte, daß der schwerste Kampf nicht mehr gegen die feindlichen Völker, sondern gegen das internationale Kapital ausgefochten werden mußte.“

Jene Kurse gaben Hitler Gelegenheit, auch selbst zu sprechen. „Und was ich früher immer, ohne es zu wissen, aus dem reinen Gefühl heraus einfach angenommen hatte, traf nun ein: ich konnte reden. Auch die Stimme war schon soviel besser geworden, daß ich wenigstens in kleinen Mannschaftszimmern überall genügend verständlich blieb.“ — Diese Tätigkeit machte Hitler „unendlich glücklich“, denn sie galt dem Heere. Viele Hunderte, ja Tausende von Kameraden habe er im Verlauf seiner Vorträge wieder zu Volk und Vaterland zurückgeführt und dabei eine große Anzahl von Gleichgesinnten gefunden, die später den Grundstock der Bewegung bilden sollten. Das Gepräge dieser ersten Münchener Monate ist also eine angestrengte und freudige Tätigkeit, eine aktive im Wirken unter den Soldaten, um die durch die Revolution Verwirrten wieder auf den heimischen Boden zurückzuführen, den nationalen

Gedanken wieder in ihnen zu entzünden, ihnen zum Bewußtsein zu bringen. Hitler hatte damals die Stellung eines sogenannten Bildungsoffiziers in einem Münchener Regiment erhalten, die Truppe sollte wieder Disziplin und von neuem vaterländisch denken lernen. Man kann sich vorstellen, mit welchem Feuereifer Hitler gerade diese Aufgabe ergriff, lag sie doch ebensowohl in der Richtung seiner Anlagen wie seines Willens, und gab sie ihm vor allem die Gelegenheit, die Gabe der Rede, die noch beinahe ganz in ihm schlummerte, zu entwickeln.

In den Kämpfen um die Schriften von Remarque: „Im Westen nichts Neues" und „Die Heimkehr" ist zu deren Gunsten unaufhörlich hervorgehoben worden, so sei eben doch die Wirklichkeit des Krieges und der Nachkriegszeit gewesen. Warum solle diese nicht schlicht und wahrhaft dargestellt werden? Man lese die trostlose Remarquesche Schilderung, wie die vom Felde heimgekehrten Soldaten, jeder als ein Typ aufgefaßt, innerlich verlottert, verzagt, verbittert, enttäuscht, im Innern heimatlos, ziellos und schlaff in das Leben zu Hause wieder eintreten. Für die Begriffe wie Vaterland und Nation haben sie nur ein bitteres, im besten Fall ein müdes Lächeln, meist aber nur Wut und Haß. Ihre Erinnerungen aus dem Felde, die sie fortwährend verfolgen, lassen sich ebenso an. Im Elternhause finden sie keine Heimat mehr, die Frau ist ihnen untreu geworden, die anderen Menschen verstehen sie nicht mehr, das einzige, worin sie noch Trost zu finden vermögen, sind die einsilbigen Gespräche untereinander, alkoholische und geschlechtliche Ausschweifungen. Das findet ihr nicht schön, heißt es, aber es war doch Wirklichkeit, die Unglücklichen waren doch entwurzelt, durch die Greuel des langen Krieges innerlich ausgebrannt und verödet! Wer nicht will, daß solches in Schrift und Film geschildert werde, der will einmal nicht die Wahrheit, und zweitens will er nicht, daß die Greuel des Krieges dem jungen Geschlecht, das sie nicht mitgemacht hat, bekannt werden; der strebt also verbrecherisch auf neuen Krieg hin. Der will eine in ihrer Verlogenheit verbrecherische Frontromantik, und gerade, die das wollen, haben selbst nicht in der Front gestanden! — Setzt man dagegen die Schriften von Jünger und Schauwecker und wie sie alle heißen, so ist die Antwort: ja, das waren eben Offiziere, also etwas ganz anderes als der nur befohlene und duldende Soldat, der nicht wie die Offiziere Krieger von Beruf war. Den Herren Offizieren mögen die hohen nationalen Gefühle und Phrasen gern überlassen bleiben, der arme Hund, das zum Soldatendienst gezwungene, mißhandelte Frontschwein wollte weder vor dem Kriege, noch will es nach dem Kriege mit diesen Dingen zu schaffen haben! —

So lautet die Weise, und Millionen Deutscher lauschen ihr zustimmend. Sie sind zufrieden, sie finden eine förmliche Lust daran zu glauben, daß alles banal, so kleinlich und schmutzig wie möglich zugegangen sei, und daß man selbst so sei. Wäre Adolf Hitler niemals etwas anderes geworden, wäre er mit seiner Siebenmännerpartei verschwunden und nie wieder Gegenstand öffentlicher Nennung geworden, so würde doch schon er allein den Beweis gebildet haben, daß die Schilderungen von Remarque und anderen keinen Anspruch auf tiefere noch vollends auf allgemeine Wahrheit erheben können. Vier Jahre in der Front, verwundet, zuletzt in den Leiden der Gasvergiftung, verließ Adolf Hitler keinen Augenblick der Gedanke an Volk und Vaterland, im Gegenteil, er bewegte ihn ohne Unterlaß. Die Schmach des Landes nachher, der Verrat und die Selbstbeschmutzung des Volkes, der Zusammenbruch wogen ihm viel schwerer als alle persönlichen Schmerzen und Zukunftssorgen. Die Remarqueschen Soldaten kehren müde und innerlich beinah oder ganz lebensunfähig aus dem Felde zurück, Hitler mit noch gesteigerter innerer Schwungkraft und nur



Nr. 1. Hitler weiht die Blutfahne vom 9. November 1923

Nr. 2. Hitler im Felde (ganz rechts sitzend)
Als Kriegsfreiwilliger eingetreten, machte Hitler den Weltkrieg bis zum Schlusse im deutschen Heere mit

Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiter-Partei!

Am Dienstag, den 11. Mai 1920, abends 7½ Uhr im Hofbräuhaus-Festsaal (Platzl)

Große öffentl. Partei-Versammlung

Es spricht: Herr Adolf Hitler über:

Was wir wollen?

Volksgenossen!

Glaubt nicht, daß das Deutschland des Unglücks und Elends, das Land der Schieber und des Wuchertums, daß der Freistaat jüdischer Korruption, noch genesen kann durch Parteien, die immer auf dem sogenannten Boden der Tatsachen stehen.

Niemals!

Auf, erscheint in Massen! Uns bringt Hilfe nur der Kampf aller Ehrlichen gegen Schieber in Politik und Wirtschaft und Rettung eine tatkräftige Partei.

Für den Gesamtausschuß:
A. Drexler.

2 B

Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfg. Eintritt erhoben.

Nr. 3. Einladungsplakat zu einer der ersten großen Parteiversammlungen im Jahre 1920

darauf bedacht: wie kann man helfen und bessern! Man könnte vielleicht sagen, ja, Hitler sei eben ein Ausnahmemensch, an ihm dürfe man die anderen nicht messen. Dem steht gegenüber, daß er gerade damals, nach der Rückkehr aus dem Felde, in München Tausende im nationalen Geiste wieder hat aufrichten können. Sie alle bedurften nur einer Hilfe, um wieder sie selbst zu werden. Auf Tausende brauchte nur einer zu kommen, und ein Buch wie das von Remarque hat viele Hunderttausende von Deutschen nach der schlechten Seite hin beeinflußt. Nein, hat auch der Verlauf der Zeit seitdem ergeben, daß Hitler ein ungewöhnlicher Mensch, in gewissem Sinne eine einzigartige Erscheinung ist, so steht demgegenüber die Tatsache, daß Massen von Deutschen aus dem Kriege mit der gleichen nationalen Schwungkraft ungebrochen zurückgekehrt sind, mit dem gleichen brennenden Wunsch, zu helfen und sich dem Volk zur Verfügung zu stellen wie Hitler. Wer jene ersten Jahre nach dem Kriege politisch miterlebt hat, weiß, wie unendlich viel guter Wille und wieviel schrankenlose vaterländische Hingabe damals in Deutschland vorhanden waren. Das trat nicht hervor, konnte nicht wirken, weil die Kräfte unendlich zersplittert waren, weil der Horizont der einzelnen Menschen und Gruppen nicht einander angeglichen war, weil die Menschen nach verschiedenen Richtungen und durch verschieden gefärbte Gläser in die Gegenwart sahen und in die Zukunft blickten, weil Führer nicht da waren. Wer würde, wer könnte diese Kräfte einen, waren sie überhaupt zusammenzufassen, und wenn, unter welcher Parole, und wie? Das waren Fragen, mit denen sich damals sehr viele Menschen in Deutschland beschäftigten.

*

Während seiner Tätigkeit als „Bildungsoffizier“ erhielt Hitler von seiner vorgesetzten Behörde den Auftrag, festzustellen, was es „für eine Bewandtnis mit einem anscheinend politischen Verein habe, der unter dem Namen „Deutsche Arbeiterpartei“ in den nächsten Tagen eine Versammlung abhalten wollte. Auch der Ingenieur Gottfried Feder werde dort sprechen. Hitler wußte nichts von dieser Partei, hatte ihren Namen nicht gehört und ging hauptsächlich deshalb in die Versammlung. Er traf dort in dem sogenannten Leiberzimmer des ehemaligen Sterneckerbräus zu München etwa fünfundzwanzig Menschen, hauptsächlich den einfachen Schichten der Bevölkerung zugehörend. Hitler erzählt von diesem für ihn so folgenreichen Abend: Da ihm der Vortrag Feders bereits bekannt gewesen sei, habe er seine Aufmerksamkeit den anwesenden Menschen zugewandt:

„Der Eindruck auf mich war weder gut noch schlecht; eine Neugründung wie ebenso viele andere auch. Es war gerade damals die Zeit, in der jeder sich berufen fühlte, eine neue Partei aufzumachen, der mit der bisherigen Entwicklung nicht zufrieden war und zu den gegebenen Parteien kein Vertrauen mehr besaß. So schossen denn überall diese Vereine nur so aus dem Boden, um nach einiger Zeit sang- und klanglos wieder zu verschwinden. Die Begründer besaßen zumeist keine Ahnung davon, was es heißt, aus einem Verein eine Partei oder gar eine Bewegung zu machen. So erstickten diese Gründungen fast immer von selbst in ihrer lächerlichen Spießerhaftigkeit. Nicht anders beurteilte ich nach etwa zweistündigem Zuhören die „Deutsche Arbeiterpartei“.

Feder hatte seinen Vortrag geschlossen, in der Diskussion sprach ein Professor erst gegen seine Theorie, dann dafür und forderte schließlich Hitler zu leidenschaftlicher Stellungnahme heraus, indem er die Lostrennung Bayerns von „Preußen“ verlangte. Hitler bediente den

Professor derart, daß dieser noch während seiner Ausführungen die Versammlung verließ. Auf diese hatte Hitlers Rede einen starken Eindruck gemacht, derartiger Dinge hatten sie sich bei diesem unbekannten jungen Mann nicht versehen.

Als Hitler dann die Versammlung verließ, lief ihm einer der Mitglieder, ein Arbeiter, nach und drückte ihm ein kleines Heft in die Hand mit der Bitte, es zu lesen. Er tat es in der Frühe des andern Morgens. Es war ein Heft, betitelt: „Mein politisches Erwachen", geschrieben von diesem Arbeiter, dessen Name auch späterhin bekannt geworden ist: Anton Drexler. Seinerzeit wurde das Heft in Deutschland viel gelesen. Es bedeutete in gewissem Sinne eine Tat, denn hier hatte, und wohlgemerkt, unmittelbar nach dem Kriege, ein einfacher Arbeiter — er selbst hatte den Krieg nicht mitgemacht — aufgezeichnet, wie er, wir folgen hier wieder Hitlers Worten: aus dem Wirrwarr marxistischer und gewerkschaftlicher Phrasen wieder zu nationalem Denken gelangt war. Hitler fand, daß dieser Vorgang des Erwachens sich bei ihm zwölf Jahre vorher ähnlich abgespielt habe. Beinahe schon im Begriff, die ganze Arbeiterpartei beiseite zu lassen, erhielt Hitler zu seinem Erstaunen die schriftliche Mitteilung, er sei in die „Deutsche Arbeiterpartei" aufgenommen worden, obgleich er gar nicht um Aufnahme nachgesucht hatte. „Ich war über diese Art, Mitglieder zu gewinnen, allerdings mehr als erstaunt und wußte nicht, ob ich mich darüber ärgern oder ob ich dazu lachen sollte. Ich dachte ja gar nicht daran, zu einer fertigen Partei zu gehen, sondern wollte meine eigene gründen." Hitler ging gleichwohl hin, fand vier junge Menschen zusammensitzen, zu denen nach einiger Zeit der Reichsvorsitzende, ein Journalist namens Harrer, hinzukam; Führer für München war der genannte Anton Drexler. Zuerst angeekelt von der typischen Vereinsmeierei dieses kleinen Kreises, sah Hitler doch schnell das Wesen der Sache und der Personen. Man unterhielt sich zwar mit großer Wichtigkeit über drei Briefe und deren Beantwortung, versicherte den Kassierer, der das Vermögen des Vereins im Betrag von 7,50 M. verwaltete, des Vertrauens, kurz, man unterhielt sich auf das wichtigste über Nichtigkeiten. Hitler schreibt über seinen damaligen Eindruck: „Fürchterlich, fürchterlich! das war ja eine Vereinsmeierei allerersten Art und Weise. In diesen Klub also sollte ich eintreten?" — Aber er informierte sich doch über das, was die Leute wollten, und trotz ihrer Planlosigkeit konnte der neu Hinzugekommene nicht umhin, festzustellen, daß diese jungen Menschen zusammengetrieben waren durch den „Ausfluß ihrer inneren Stimme, die ihnen, wohl mehr gefühlsmäßig als bewußt, das ganze bisherige Parteiwesen als nicht mehr geeignet zu einer Erhebung der deutschen Nation sowie zur Heilung ihrer inneren Schäden erscheinen ließ". Was man ihm zeigte und erklärte, war vielfach verschwommen, „aber nichts war vorhanden, das nicht wieder als Zeichen einer ringenden Erkenntnis hätte gelten können".

Gedankenschwer ging Hitler an diesem Abend nach Hause: „Ich stand wohl vor der schwersten Frage meines Lebens. Sollte ich hier beitreten oder sollte ich ablehnen? Die Vernunft konnte nur zur Ablehnung raten, das Gefühl aber ließ mich nicht zur Ruhe kommen." Immer wieder führte er sich „die Unsinnigkeit dieses ganzen Klubs" vor Augen, und immer wieder sprach das Gefühl dafür. Und allmählich gelangte er zur Überzeugung, „daß gerade aus einer solchen kleinen Bewegung heraus dereinst die Erhebung der Nation vorbereitet werden konnte, nicht aber aus den alten politischen Parteien". „Denn was hier verkündet werden mußte, war eine neue Weltanschauung, nicht eine neue Wahlparole."

Und so faßte er nach zwei Tagen jenen „entscheidendsten Entschluß seines Lebens", für den es ein Zurück nicht geben konnte noch durfte. Er wurde das siebente Mitglied der „Deutschen Arbeiterpartei". Das war im Jahre 1919. Die Würfel waren gefallen? Nein, Würfel

waren nicht gefallen, denn dieser Mann entschied über seine Zukunft und seine Entschlüsse nicht durch Würfelspiel, noch ließ er blinden Zufall für sich maßgebend sein. Er ging vielmehr in seinem Innersten mit sich zu Rate, Vernunft und Gefühl rangen miteinander. Das Gefühl und der drängende Wille trugen den Sieg davon, und es ist wiederum charakteristisch für den Mann, daß er auch dieses einige Jahre nachher sich klar vor Augen stellen kann und nicht scheut, es zu tun. Manche andere würden später geschrieben haben, sie hätten klar erkannt, was sich alles aus jener kleinen „Deutschen Arbeiterpartei" werde machen lassen. Hitler sagt einfach, das Empfinden habe über die Vernunft in ihm den Sieg davongetragen. Bei Menschen, die wollen, in denen es drängt, wird es wohl selten anders zugehen, und das ist auch so gut wie immer das Richtige, jedenfalls immer, wenn der Betreffende späterhin — sich treu bleibt. Darauf kommt es an, das ist das Kriterium.

Hitler war, er erzählt es ja selbst, und hätte er es nicht erzählt, so würde es unmittelbar aus seinem Handeln hervorgegangen sein, im Innern längst entschlossen, sein Leben an politische Tätigkeit hinzugeben. Während des Krieges schon hatte er die vorhandenen politischen Parteien verachten gelernt, und schon 1919 war seine Überzeugung fest gegründet, daß aus keiner dieser Parteien heraus eine deutsche Zukunft geschaffen werden könnte. Das war ein ungemein sicherer politischer Instinkt, ein Blick für das Wesen der Dinge. Freilich war es eine sehr verbreitete Erscheinung während des Krieges, daß gerade die Front ein hohes Maß von Mißachtung für die Parteien hegte. Nur die Linksgerichteten hielten unentwegt zu ihren Parteien, ja waren zu Ende des Krieges ihnen ungleich ergebener als während der ersten Kriegshälfte. Die Front, so dachte man auch vielfach im Inlande, werde nach ihrer Rückkehr in Deutschland „Ordnung machen".

Für Hitler stand also die Unmöglichkeit eines Anschlusses an eine der vorhandenen Parteien fest. Seine Front war ihm ebenso klar und fest gegeben, nämlich: gegen die Verderber des Reichs, der politischen Linken und Mitte, gegen die „Novemberverbrecher"; dieses heute so verbreitete Wort ist damals in der ersten Zeit seiner Tätigkeit von Hitler geprägt worden. Jenes vielfach nicht ganz genau bestimmbare Etwas, Bürgertum genannt, war für Hitler bereits, als er nach München kam, Gegenstand seines Widerwillens und tiefer Verachtung. Die Selbstzufriedenheit, der Egoismus und die Indolenz, die Energielosigkeit und das Fehlen eines inneren „Vorwärts" im Bürgertum sind Dinge, die eine Natur wie Hitler aufs äußerste abstoßen mußten. Hitler hatte in Wien die soziale Not und die soziale Frage an sich selbst hart und bitter kennengelernt und damit auch die Schichten und Menschen, die dazugehören: neben dem Bürgertum auch die Arbeiterschaft und vor allem die Sozialdemokratie, wie sie in Wien wesensgleich der Berliner Sozialdemokratie damals wie heute vorhanden war. Der junge Hitler lernte sie hier kennen in ihrer ganzen Verlogenheit und lernte sie hassen. Wir werden hiervon noch späterhin manches zu erörtern haben. Aus diesem Studium der Sozialdemokratie in der härtesten und bittersten Notzeit seines Lebens nahm Hitler die Erkenntnis mit: „Wird der Sozialdemokratie eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität der Durchführung entgegengestellt, wird diese siegen, wenn auch nach schwerstem Kampfe ... Ich begriff den infamen geistigen Terror, den diese Bewegung vor allem auf das solchen Angriffen weder moralisch noch seelisch gewachsene Bürgertum ausübt, indem sie auf ein gegebenes Zeichen immer ein förmliches Trommelfeuer von Lügen und Verleumdungen gegen die ihr am gefährlichsten erscheinenden Gegner losprasseln läßt, solange bis die Nerven der Angegriffenen brechen und sie, um nur wieder Ruhe zu haben, den Verhaßten opfern."

Der Sozialdemokratie „eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität der Durchführung entgegenzusetzen", ist von Anfang an der Grundgedanke Hitlers gewesen. Ebenso klar war ihm, daß diese Bewegung und Lehre aus der Arbeiterschaft herauskommen müsse, weil das Bürgertum aus mancherlei Gründen dazu unfähig sei und bleibe, deshalb berührte ihn auch der Name „Deutsche Arbeiterpartei" verwandt und sympathisch. Auf der anderen Seite aber stellte er sich ohne Beschönigung die Schwierigkeiten seiner Aufgabe zu Anfang vor Augen: „Daß ich mittellos und arm war, schien mir noch das am leichtesten zu Ertragende zu sein, aber schwerer war es, daß ich nun einmal zu den Namenlosen zählte, einer von den Millionen, die der Zufall eben leben läßt oder aus dem Dasein wieder ruft, ohne daß auch nur die nächste Umwelt davon Kenntnis zu nehmen geruht. Dazu kamen noch die Schwierigkeiten, die sich aus meinem Mangel an Schulen ergeben mußte ... Die sogenannte Intelligenz sieht ja ohnehin immer mit einer wahrhaft unendlichen Herablassung auf jeden herunter, der nicht durch die obligaten Schulen durchgezogen wurde und sich so das nötige Wissen einpumpen ließ. Die Frage lautet ja doch nie: was kann der Mensch, sondern was hat er gelernt ... Ich konnte mir also leicht vorstellen, wie mir diese gebildete Welt entgegentreten würde und habe mich darin auch nur insofern getäuscht, als ich die Menschen damals noch für besser hielt, als sie leider in der nüchternen Wirklichkeit zum großen Teil sind."

Illusionen machte sich der Dreißigjährige also keineswegs, hat sich im Gegenteil manches wohl noch ungünstiger vorgestellt, als es nachher geworden ist.

Eine der Fragen, die ihn in seinem Grübeln beschäftigt hatte, war, wie und wo er anfangen könne, wie er sich seinen ersten Stand herzustellen habe. Das eine wußte er: er wollte nicht irgend jemandem folgen, nicht sich irgendwo anschließen, sondern selbst führen, selbst gestalten, und zwar von dem Arbeiterniveau aus, unter Arbeitern, gegen die Sozialdemokratie. In der Atmosphäre solchen Hin- und Herüberlegens hatte ihn nur der Zufall mit jener „Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeführt, die keine Partei war, sondern nur sechs von gutem Willen erfüllte Menschen umschloß, und so sagte sich Hitler schließlich: dies ist der Punkt, den ich gesucht hatte, der Punkt, an dem ich mein großes, schweres Vorhaben beginnen kann.

Sehr schnell hatte er sich die anderen Mitglieder der „Partei" angesehen und wußte ebenso schnell, daß er und kein anderer führen würde. Nicht ein neues Parteiprogramm wollte er schaffen, sondern eine neue Weltanschauung. So schrieb er fünf Jahre später während seiner Haft auf der Festung. Es ist kein Zweifel, daß Hitler auch 1919 dieses Ziel, also eines der größten, das ein Mann anstreben kann, sich vorgesetzt hatte. Der deutschen Arbeiterschaft, jedenfalls ihrem weit überwiegenden Teil, hatte die Sozialdemokratie im Laufe der Jahrzehnte schon durch Generationen hindurch eine Weltanschauung gegeben, die Weltanschauung des Marxismus. Um Hitlers Kampf und später den der nationalsozialistischen Bewegung und die gewaltige Größe ihrer selbstgestellten Aufgabe zu verstehen, müssen wir uns klarmachen, was „der Marxismus" in Theorie und Praxis, in der Weltanschauung wie in dem sozial betrachteten Leben bedeutet und will.

Marxismus

Der Begründer des Marxismus, der Jude Carl Marx, gründete seine Lehre in der Tat auf eine Weltanschauung, und zwar auf die eines geschlossenen Materialismus. Mit dem Worte Materialismus wird in unseren Tagen, wie mit so vielen „Schlagwörtern", schlimmer Mißbrauch getrieben. Ein Materialist braucht in der Praxis seines Lebens nicht ein Mensch zu sein, dem materielle Genüsse über alles gehen. Sehr häufig trifft das allerdings zu, weil er seiner Weltanschauung nach Materialist ist.

Ein Hauptsatz der Marxschen Lehre ist: „Die religiöse Welt ist nur der Reflex (der Widerschein) der wirklichen Welt." Der Nichtmaterialist, man nennt ihn den Idealisten, denkt und empfindet genau umgekehrt. Für ihn ist seine religiöse Welt das zwar nicht Stoffliche, aber das allein Wirkliche, während die „Welt", die wir mit unseren Sinnen anschauen, etwas in höherem Sinne Unwirkliches, ein Widerschein oder ein Werk ist, das aus der religiösen Welt stammt, zeitlich also an sich vorübergehend ist. Für den Marxismus gilt weiter das Wort von Marx: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein bestimmt, sondern umgekehrt ihr gesellschaftlich soziales Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." Das gesellschaftlich soziale Sein, also mit anderen Worten die materiellen Lebensverhältnisse des Menschen, bestimmen also nach Marx auch das Bewußtsein des Menschen. Er schaut alle Dinge aus seinen sozialen Lebensverhältnissen heraus an, diese sind mithin nach Marx das einzige, was im Leben der Menschen wirklich ist. Der Marxist huldigt denn auch ganz folgerichtig der „materialistischen Geschichtsauffassung", mit anderen Worten: alle Begebnisse der Geschichte, auf allen Gebieten, von den Kriegen bis zu Wissenschaften und Religionen, begründen sich ausschließlich in den sozialen Mißverhältnissen und Ungerechtigkeiten, auch jede Weltauffassung, jede politische Ansicht führt sich darauf zurück. Und die Religion gilt uns nicht mehr als der Grund, sondern als das Phänomen (die Erscheinungsform) der weltlichen Beschränktheit. Wir erklären daher die religiöse Befangenheit der freien Staatsbürger aus ihrer weltlichen Befangenheit. Wir behaupten nicht, daß sie ihre religiöse Beschränktheit aufheben müssen, um ihre weltlichen Schranken aufzuheben. Wir behaupten, daß sie ihre religiöse Beschränktheit aufheben, sobald sie ihre weltlichen Schranken aufheben. Die Religion sei früher durch die Furcht vor den Naturgewalten entstanden. Nachdem man die Naturgewalten kennen und zum Teil meistern gelernt habe, seien an ihre Stelle die gesellschaftlichen Mächte getreten, in Gestalt der blinden Furcht vor den kapitalistischen Mächten habe sich in der neuen Zeit die Hilflosigkeit der armen Volksschichten gegenüber den unbekannten feindlichen Mächten verdichtet. Der Marxist zieht den logischen Schluß: sobald durch den wahrhaft sozialistischen Staat die sozialen Ungerechtigkeiten verschwunden sind, wird auch die Religion verschwunden sein, denn sie ist, wie gesagt, ja nur der Widerschein der ungerechten, Elend und Unglück schaffenden sozialen Verhältnisse. —

Die Sozialdemokratische Partei in Deutschland teilt diesen Standpunkt heute noch.

Früher zog sie auch ganz offen die Konsequenz, so in dem Ausspruch Bebels, daß Christentum und Sozialismus sich wie Wasser und Feuer zueinander verhielten. Bald darauf erkannte die Sozialdemokratische Partei aber, wie sehr diese Offenheit ihr in Deutschland schadete, und sie proklamierte: „Religion sei Privatsache." Das ist auch heute der amtliche Standpunkt der Sozialdemokratie. Die Praxis straft ihn nach wie vor Lügen. In der Presse und im sonstigen Schrifttum der Sozialdemokratie wird keine Gelegenheit versäumt, um die Religion als etwas nur für die Dummen Bestimmtes, auf Volksbetrug und Volksausbeutung Berechnetes hinzustellen, sei es ausdrücklich, sei es in Romanen oder in Berichten über Versammlungen der Freidenkerorganisationen oder in Reden. Die Ergebnisse der Wissenschaft sind das einzige, was man gelten läßt, gelten lassen will. Irgend „etwas Höheres, Unbekanntes", nur mit dem Gefühl oder mit der Sehnsucht zu Erfassendes gibt es für den Marxisten nicht. Wer es hat und zeigt, fällt dem Hohn und der Beschimpfung anheim. Es kommt auch vor, daß man solche Menschen, vielleicht weil sie populär sind, erträgt oder sogar Wert auf sie legt, in der Art wie in den Regimentern des deutschen Vorkriegsheeres, welche durchweg nur adlige Offiziere aufnahmen, Wert darauf gelegt wurde, daß einer oder einige unter den Offizieren des Regimentes nicht adlig seien. Das waren die damals sogenannten „Konzessionsschulzen". Etwas Ähnliches bedeutete es, als im Jahre 1930 in Preußen ein Sozialdemokrat Kultusminister wurde, der sich der Organisation der sogenannten christlichen Sozialisten zuzählt. Diese christlichen Sozialisten bilden in Wirklichkeit keine religiöse Gemeinschaft, sie sind im Grunde Anhänger des weltanschaulichen Materialismus, auch der materialistischen Geschichtsauffassung, jener Grundlage der gesamten marxistischen Lehre. Was sie religiöse Stellung nennen, bedeutet im Grunde lediglich eine moralisch-ethische Lehre, die sich auf Christus beruft. Das ist schon deshalb eine unrichtige Berufung, weil das, was Christus an ethischen Lehren gibt, von seiner Jenseitslehre abhängig ist und mit ihr ein Ganzes bildet. Diese Jenseitslehre aber leugnen die christlichen Sozialisten, müssen sie auch leugnen, weil sie sonst die materialistischen Grundlagen der gesamten marxistischen Lehre und damit diese selbst leugnen müßten. Man kann aber nicht Marxist und zugleich Christ oder, weiter gefaßt, weltanschaulich Idealist sein. Das sind eben unvereinbare Gegensätze und Widersprüche. So war es bezeichnend genug, daß jener sich zum christlichen Sozialismus rechnende sozialdemokratische Kultusminister in seiner ersten Rede mit großem Nachdruck erklärte: er betrachte sich lediglich als Exponent seiner Partei, mit anderen Worten: er habe keinen eigenen, keinen persönlichen Standpunkt in irgend etwas, zumal nicht auf dem Gebiete der Kultur, des Unterrichts, mithin auch der Weltanschauung. Jener Minister war also recht eigentlich ein sogenannter Konzessionsschulze der Sozialdemokratie, um den Vorwurf bzw. die Behauptung zu entkräften: in Preußen sei ein Kultusminister vorhanden, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sei und dem Christentum, der Religion überhaupt fremd und feindlich gegenüberstehe.

Die andere marxistische Partei in Deutschland, die kommunistische, die früher dieselbe Partei war wie die sozialdemokratische, vertritt den marxistischen Standpunkt ganz unverhüllt. Sie nimmt in ihre Reihen nur solche Mitglieder auf, welche keiner Kirche oder religiösen Gemeinschaft irgendwelcher Art angehören. Der Kommunismus hält sich an die Auffassung und Vorschrift des russischen Tyrannen Lenin: „Wir müssen gegen die Religion ankämpfen, das ist das Abc des ganzen Materialismus und folglich auch des Marxismus. ... Man muß die Religion zu bekämpfen wissen, und dazu muß der Materialismus den Ursprung des Glaubens und der Religion bei den Massen erklären können." Lenin steht damit auf dem

Boden jenes Wortes von Bebel, daß Christentum und Sozialismus sich wie Feuer und Wasser zueinander verhielten, nur fassen Kommunismus und Sozialdemokratie den Begriff Religion viel weiter. Sie wollen nicht allein das Christentum beseitigt wissen, sondern alle Religion und alles, was an Religion auch nur anklingt oder Religion sucht, beseitigen, die Kommunisten durch offenen Angriff und für den Fall, daß sie zur Macht kommen, mit Gewalt, die Sozialdemokraten unter allerhand Masken und Verschleierungen.

In gleichem Sinne und Geiste wird seit länger als einem halben Jahrhundert die Jugend in den marxistischen Kreisen erzogen. Eine Geschlechterfolge nach der anderen ist von Kindesbeinen an mit der Überzeugung erfüllt worden, daß, es ist ein Ausspruch von Marx: „Religion Opium für das Volk" sei, daß es etwas anderes, als die sichtbare, greifbare Welt nicht gäbe, daß alles andere Pfaffengeschwätz und Philosophenhirngespinst sei, daß vielmehr alle Religionen und alle nichtexakten Wissenschaften lediglich dazu da seien, um das Volk zu verdummen und, auf Grund solcher Verdummung, im egoistischen Interesse der herrschenden Schichten zu knechten und zu mißbrauchen. Das Ziel des Menschen während seines Lebens sei, sich nach Möglichkeit „glücklich" zu machen. Dieser Glückszustand trete ein mit der Durchführung des marxistischen Programms. Dieses wiederum könne vollkommen nur auf internationalem Wege verwirklicht werden. Der Begriff der Nation, des deutschen Volks, der Gedanke eines nationalen Ideals, sei deshalb veraltet, reaktionär, liege nur im Interesse der besitzenden, insbesondere der kapitalistischen Klasse. Der nationale Gedanke nämlich schließe die nationale Eifersucht und Übervorteilung in sich, das Wettrüsten der Nationen und den Krieg. Die Kriege lägen lediglich im Interesse der kapitalistischen Klassen und der Offiziere der stehenden Heere. Den Nutznießern des Krieges aber müsse die Masse des Volks als Kanonenfutter Gefolgschaft leisten, um ihnen durch ihr Blut den Geldsack zu füllen und ihre Herrschaft über die anderen Klassen, insbesondere den deutschen Arbeiter, weiter zu festigen. Auch abgesehen davon sei das sogenannte nationale Ideal eine falsche Vorspiegelung. Das einzige wahre Ideal sei das der Menschheit und damit der Menschheitsverbrüderung. Der Ruf des großen Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" führe in eine Zukunft des ewigen Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, des sozialistischen Zukunftsstaats. Der Nationalismus und seine Vertreter seien somit die Todfeinde des sozialen Fortschritts, aller sozialen Gerechtigkeit, eines dauernden Friedenszustandes und der Kultur schlechthin! —

Besonders charakteristisch für die Lebensauffassung der verschiedenen Bekenner des Marxismus ist ihre geringschätzige Verurteilung der Arbeit als solcher. Vor dem Weltkriege gefielen sich sozialdemokratische und demokratische Schriftsteller in begeisterten Schilderungen der Herrlichkeiten des sozialistischen Zukunftsstaates. Er würde ein Paradies sein. Das Paradiesische, so wurde dem Leser auseinandergesetzt in glänzenden und starken Farben, das war in erster Linie das Fehlen der Arbeit. Der Marxismus und seine beiden Parteien, die, wie sie sich besonders zu nennen lieben: „Arbeiterparteien", erblicken in der Arbeit eines der größten Übel des Lebens, zum mindesten huldigen sie dem schönen Spruch: ein bißchen Beschäftigung sei ganz hübsch, sie dürfe aber nicht in Arbeit ausarten. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß in den Zeiten vor dem Kriege, wir kommen auf diese Dinge noch zurück, die Arbeitnehmerschaft weit über Gebühr durch das Arbeitgebertum ausgenutzt wurde. Grundsätzlich genommen ist eine durch Arbeit wirklich ausgenutzte Arbeitszeit von acht Stunden durchaus genügend, und ein Mehr bedeutet eine grundsätzlich verwerfliche Übersteigerung. Für die Parteien des Marxismus ist der Achtstundentag aber nur ein Anfang. Die sieben-

stündige, die sechsstündige, die fünfstündige Arbeitszeit und noch weniger wurde vor dem Kriege dem deutschen Arbeiter von seinen Verführern, die er als Führer ansah und denen er vertraute, in einem Tone verheißen, als ob es eine himmelschreiende Ungerechtigkeit sei, daß der Mensch überhaupt gezwungen sei zu arbeiten. Nach dem Kriege, als sich auch die marxistischen Führer der Anerkenntnis nicht zu entziehen vermochten, daß in Deutschland eben gearbeitet werden müsse, sollte nicht alles zugrunde gehen, wurde unentwegt die Auffassung weiter vertreten: die Arbeit sei zwar ein Übel, zur Zeit leider aber noch ein notwendiges. Das bedeutete sehr viel:

Der Marxist bzw. Sozialdemokrat oder Kommunist erblickt im Nichtarbeiten den wünschenswerten Zustand und fordert diesen als einen Zustand der Gerechtigkeit und des Glücks. Daß die Arbeit die Grundlage jeder äußeren und auch inneren Entwicklung des einzelnen Menschen und eines Volkes ist, daß der Einzelmensch, der nicht arbeitet, ja überhaupt die Arbeit nicht anerkennt, herunterkommt, nach jeder Seite seines Wesens minderwertig bleibt oder wird, auf alle Fälle das, was in ihm liegt, an Wert nicht entwickeln kann, das ist dem Marxismus fremd. Diese im Grunde erstaunliche Tatsache ist bisher in der Beurteilung des Marxismus und seiner Lehre auffallend wenig beachtet worden, obgleich die Bedeutung so groß ist, daß sie für die Beurteilung der marxistischen Parteien maßgebend sein müßte: eine nach vielen Millionen zählende Partei wird seit einem dreiviertel Jahrhundert von ihren Führern zur Anschauung erzogen, daß die Arbeit etwas Rückständiges, durchaus Verächtliches, im besten Fall ein notwendiges Übel sei, das je schneller desto besser zu verschwinden habe. Gehen wir auf die marxistische Grundlehre zurück, so ist aber diese Auffassung durchaus folgerichtig. Sie könnte gar nicht anders sein, und sie beruht eben auf dem Materialismus der gesamten Anschauung und aller aus ihr sich ergebenden Lebensauffassungen:

Die marxistische Weltanschauung kennt nicht Geist noch Seele, sondern spricht ihnen mit Hohn und Haß das Dasein ab. Sie kennt nicht die Verantwortung anderen, noch auch sich selbst gegenüber, Gewissen ist ihr an sich eine Lächerlichkeit, im übrigen auch ein „Opium für das Volk“, das auch auf diese Weise gegängelt und ausgenutzt werden soll, indem ihm die herrschenden Klassen vorschreiben wollten, was ihm sein Gewissen befehle.

Und damit hängt weiter zusammen, daß der Marxismus nicht den Begriff der Pflicht und weder den äußeren noch den inneren Zwang zur Pflicht anerkennt. Auch die Pflicht ist etwas Lächerliches und im Gebrauch lediglich ein Mittel, das Volk zu betrügen und zu knechten. Man muß anerkennen, daß diese Auffassung sich ganz folgerichtig aus den marxistischen Grundlehren ergibt. — Die materialistische Grundauffassung, die innere Einstellung, die jeder haben muß, der sich zu ihnen bekennt, *kann* Dinge, wie Gewissen und Pflicht, gar nicht anerkennen, weder nach Vorhandensein, noch vollends als innerliche und äußere Richtschnur für das Leben, noch gar als solche Werte, die uns allein mit dem Göttlichen verbinden, dem Menschen ein Ahnen von diesem in die Seele scheinen lassen. Es gehört in Deutschland sozusagen zur Tagesordnung der Presse und des Schrifttums überhaupt, daß man die Deutschen selbstgefällig als „das Volk Kants und Goethes“ bezeichnet. Jeder dieser beiden Männer ist ein Weltgenie gewesen. Der Name von beiden ist ebenso unabhängig von dem Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende wie der Name des Platon oder des Homer. Kant wie Goethe waren Propheten der Pflicht, in ihrem Denken, ihrem Dichten, ihrem Leben. Kein marxistischer Führer wagt, die Bedeutung und das Niveau einer dieser beiden Persönlichkeiten in Frage zu stellen, im Gegenteil lieben gerade die marxistischen Parteien den Anschein einer tiefen Bildung dadurch zu kräftigen, daß sie Zitate aus ihren Werken häufen.

Dabei haben sie diese deutschen Genien nie verstanden, und wenn sie es könnten, sie würden es nicht wollen. Dem Geist, den sie nicht begreifen, gleichen sie nicht, können sie nicht gleichen; sie sind seine Verneinung.

Der Gefolgsmann einer marxistischen Partei kennt nur eine einzigste Pflicht, die „Pflicht“ eben seiner Partei gegenüber. Wir treten diesen Millionen gutgläubiger deutscher Arbeiter und Angestellten damit nicht zu nahe. Es ist in der Tat so. Die Pflicht gegen ihre Partei, die sie betrügt, erfüllen sie mit einer beinahe religiös anzusprechenden Treue. Sie ahnen nicht, wohin diese Partei sie führt, bis jetzt geführt hat. Erst durch den Nationalsozialismus, nachdem er die ersten Breschen geschlagen hat, ist etwas Licht in die Köpfe gefallen und damit auch der Zweifel an der Gottähnlichkeit der Führer entstanden.

Aber, man kann es nicht genug wiederholen, Generationen der deutschen Bevölkerung sind von Kindesbeinen an in dieser Lehre und nach solchen Grundsätzen, in solchen Anschauungen erzogen worden. Was das in seinem ganzen Umfang bedeutet, ist erst zu ermessen, wenn man die Lebensbedingungen der handarbeitenden Massen in Betracht zieht, zu einer Zeit sogar, als Deutschland im Zeichen höchsten, ja beispiellosen materiellen Gedeihens stand, und vollends aber für die Zeit nach dem Zusammenbruch von 1918 und die Zeit der gegen alles Volkswohl arbeitenden Politik und Wirtschaftspolitik in den Jahren nach 1919. Gewiß, die Arbeitslöhne waren damals nicht schlecht und vor dem Kriege die Preise für die notwendigen Bedürfnisse des Lebens auch verhältnismäßig gering. Mit dem Elend der Nachkriegszeit und besonders der letzten Jahre waren die damaligen Zustände nicht zu vergleichen. Um aber das Vorkriegselend des Arbeitertums in Deutschland mit einem einzigen Wort auszudrücken, braucht nur das Wohnungselend genannt zu werden. In der Wohnungsfrage lag und liegt, man kann es ohne Übertreibung sagen, das leibliche, seelische und geistige Wohl, oder aber von der anderen Seite gesehen: der Jammer der Arbeiterbevölkerung eingeschlossen. Dieses Elend ist oft genug geschildert und im Bilde dargestellt worden. Daß es einen sehr wesentlichen Teil der sozialen Frage überhaupt einschließt, ist im Laufe der Jahrzehnte ganz allmählich in das Bewußtsein der anderen Teile der Bevölkerung eingedrungen. Dennoch ist man noch weit davon entfernt, die ganze Größe dieser Frage zu ermessen. Sie ist so gewaltig und maßgebend geworden, daß die marxistische Propaganda sich mit ihr verband und ihre Träger den Massen sagten: ihr haust in menschenunwürdigen Löchern, die euch nie das bedeuten und geben können, was man Häuslichkeit nennt, die Herde sind von Krankheit und Ansteckung, eine physische und sittliche Gefährdung und ein Verderben für Kinder, Erwachsene und Ehen. Und gerade von euch Enterbten des Lebens verlangen die herrschenden Klassen eine übermäßig lange Arbeitszeit bei vollkommener Unsicherheit der Arbeitsstellen, Liebe für ein Vaterland, das euch nicht kennt, Anerkennung desselben Staates, der euch zu Galeerensklaven der Fabriken und zum „Menschenmaterial“ der Streitmacht macht, die wiederum als Werkzeug aller reaktionären Kräfte, vom Junker bis zum Kapitalisten, gleichgültig euer Leben, eure Gesundheit, eure Familie und eure Arbeitskraft in Anspruch nimmt und skrupellos aufs Spiel setzt, sobald es den herrschenden Klassen gefällt! —

Diese Weise tönte vor dem Kriege durch die sozialistische Presse und durch die politischen Versammlungen hindurch. Sie tönte besonders laut aus der so erzogenen, beeinflußten und gereizten Arbeiterschaft heraus, sobald irgendeine nationale Frage, eine solche etwa der Wehrkraft oder der Kolonien, auf der öffentlichen Tagesordnung stand. War beispielsweise in einer öffentlichen Versammlung die Rede von solchen Fragen und Entscheidungen, so traten sozial-

demokratische Angehörige des Arbeiterstandes auf und sagten: von uns verlangt man Leistung und Liebe und Opfer für ein Etwas, das ihr Vaterland nennt. Wo ist unser Vaterland? Wir haben kein Eigentum, uns gehört nichts, wir sind gegen den stärksten Widerstand des heutigen Staates eine politische und parlamentarische Macht geworden, und wir werden nicht ruhen, bis wir ihn beseitigt haben. Er hat uns nichts gegeben und gibt uns nichts, dieser Staat, nicht einmal eine Wohnung, nicht einmal eine Häuslichkeit. In solchen und ähnlichen Darlegungen und Anklagen war ein bitteres Stück Wahrheit enthalten. Hier lagen von langer Hand her schwere Versäumnisse des Staates vor. Auf der anderen Seite würde ein nichtmarxistischer, ein nicht internationaler Sozialismus gerade vaterländischen Sinn in die Arbeiterschaft gepflanzt und damit die gesamte politische Situation dem Staat gegenüber und von seiten des Staates der Arbeiterschaft gegenüber von Grund aus geändert haben. Dies, und was wir hierzu später noch zu sagen haben, kann aber jene Schuld des alten Staates gegenüber der Arbeiterschaft nicht aus der Welt schaffen. Wir können zu einer sachlichen Prüfung und zu einer gerechten Beurteilung der nach dem Kriege vorhandenen Verhältnisse nur kommen, wenn wir ohne Parteinahme die eine Seite wie die andere prüfen. Liebe konnte der Handarbeiter zum damaligen Staat nicht gewinnen, und wer Idealismus, vaterländische Begeisterung, Verständnis für den Gedanken eines großen deutschen Volkes von ihm als etwas selbstverständliches forderte, ließ auch folgendes außer acht:

Die marxistische Lehre des Materialismus, der Pflichtlosigkeit, der Verachtung und des Hasses gegen die Arbeit, des ausschließlichen Strebens nach materiellen Gütern und Verbesserung des materiellen Zustandes überhaupt konnte so auf gar keinen fruchtbareren Boden fallen; denn hier war: die Überlastung mit Arbeit, die erzwungene Pflicht, die Verweigerung angemessener materieller Lebensgüter, die der Staat seiner eigenen Lage nach mühelos hätte leisten können. Da war das Gefühl, preisgegeben zu sein, z. B. in der Lohnfrage, die für den Arbeiter unmittelbar seine Existenz und die seiner Familie bedeutete. Und nun kam die marxistische Führerschaft mit der Lehre ihres Meisters und sagte: der zeigt dir, deutscher Arbeiter, den Weg, folgst du uns, so erhältst du anstatt patriotischer Worte und heuchlerischer idealer Forderungen, was du zum Leben für dich und die Deinen brauchst, wirst du vor allem die persönliche Freiheit erhalten, ja du wirst der Herrscher in unserem sozialistischen Zukunftsstaat sein. Im Staat der Gegenwart bist du rechtloser Sklave deiner Ausbeuter, die ihn, den Staat, ihren Staat, beherrschen! — Man konnte sich nicht wundern, daß diese Saat üppig aufging und das tägliche Leben, auch die gesamte Gedankenwelt und vor allem die Wunschwelt eines wachsenden Teils der handarbeitenden Massen überwucherte. Dazu kam, daß die Sozialdemokratische Partei in Deutschland von Jahr zu Jahr, von Wahl zu Wahl an Umfang und Kraft und Einfluß gewann: lange kann es nicht mehr dauern, dachte der gutgläubige Anhänger, bis der große Augenblick kommt, die Macht im Staate unser ist und der sozialistische Staat, der Zukunftsstaat Bebels, errichtet werden kann.

Es war nur Fortsetzung in gerader Linie, wenn die Sozialdemokratie Deutschlands in der Zeit vor dem Kriege mit dem Kampfruf: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen", alle Ausgaben und Forderungen für die Wehrkraft zu Wasser und zu Lande mit der Begründung ablehnte: jede Rüstungsausgabe sei eine Vergrößerung der Kriegsgefahr, außerdem nichts als eine Äußerung des eroberungssüchtigen und chauvinistischen Militarismus und all der Kreise, die daran verdienen. Man solle doch das Jahr für Jahr zu diesem Zwecke geforderte Geld der Staatsbürger für Kulturaufgaben verwenden, anstatt für organisierten Massenmord. Niemand wolle den Krieg als die Kapitalisten und Generale,

die Völker wollten den Frieden, durch die Rüstungen aber werde der Krieg künstlich genährt und schließlich zum Ausbruch gebracht werden.

Seit 1919 wird, und zwar mit Notwendigkeit, viel von der Kriegsschuldlüge und Kriegsschuldfrage gesprochen. Man muß sagen, daß die damalige Sozialdemokratie, also der geeinte Marxismus Deutschlands, und die Demokratie diese Frage damals schon vorweggenommen hatten. In Parlamenten, Presse und Versammlungen erklärten seine Vertreter unaufhörlich: im „Militarismus" gehe Deutschland ganz ohne Not voran, zwänge die anderen Nationen zu folgen und werde deshalb den europäischen Krieg herbeizwingen, für ihn schuldhaft verantwortlich sein. Beiläufig wollen wir hier bemerken: das Wort „Militarismus" wird heute in einem anderen Sinn gebraucht als vor dem Kriege, heute versteht man darunter kaum etwas anderes als den Standpunkt, daß militärische Rüstungen für Deutschland eine Notwendigkeit bedeuten und daß dafür auch der entsprechende Geist, der „Wehrwille", vorhanden sein müsse. Damals hat die Sozialdemokratie Deutschlands zuerst das Wort aufgebracht, und zwar in dem verurteilenden Sinne: Militarismus bedeute eine verbrecherische Übertreibung und Überspannung der Anforderungen der Landesverteidigung; Militarismus bedeute, daß in Deutschland alles vom militärischen Standpunkt aus beurteilt werde, daß der deutsche Staat unter Diktatur der „Militärkaste" lediglich eine große Militärmaschine mit dem verschwiegenen Endziel der kriegerischen Eroberung sei und sein solle. Deshalb gerade verurteile die Sozialdemokratie den Militarismus und Marinismus und lehne ihn und seine Forderungen grundsätzlich ab. In Wirklichkeit hat die damalige Sozialdemokratische Partei mit dem von ihr erfundenen Schlagwort Militarismus den anderen Mächten eine starke Lügenwaffe in die Hand gegeben, die während des Krieges und nachher der deutschen Sache schweren Schaden getan hat. Der „deutsche Militarismus" wurde durch die „deutsche" Sozialdemokratie zum Beweisstück unserer Feinde, daß das kaiserliche Deutschland den Krieg gewollt, vorbereitet und absichtlich herbeigeführt habe.

Daß die Arbeitermassen solche Lügenmären glaubten, war verzeihlich, beinahe selbstverständlich. Sie lasen die Reden ihrer Führer im Reichstag und die Aufsätze in ihrer marxistischen Presse, sie lasen nichts anderes, wie hätten sie und vollends — wenn man das Leben der Massen in Betracht zieht — wie hätte es anders sein können. Hörten sie es in einer Versammlung einmal anders, so standen gleich ihre Parteiredner daneben, um zu erklären, die Ausführungen des anderen Redners seien erstunken und erlogen. Und auch das brauchte kaum gesagt zu werden, denn die Verhetzung war so groß, daß die Arbeiterschaft den nationalen Parteien sowieso nichts glaubte und in ihre Versammlungen nur ging, um deren Verlauf, wenn tunlich, unmöglich zu machen.

Das Schlagwort: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" wurde durchaus nicht allein auf das militärische Gebiet angewendet, nein, es galt auch in der Gesetzgebung der sozialen Fürsorge. Die Sozialdemokratische Partei hat die sozialen Fürsorgegesetze in der Zeit vor dem Kriege und alle späteren, dem Ausbau und der Befestigung dienenden Gesetze ohne Ausnahme abgelehnt, denn sie kamen ja von dem geltenden System. Man mußte den Arbeitermassen zeigen, daß man konsequent war und daß alles, was von diesem System käme, auch verwerflich sei, nur aus hinterlistigen, bösen Motiven heraus versucht werde. Die sozialdemokratischen Führer wußten, daß die sozialen Gesetzesvorlagen ohne die Sozialdemokratie eine genügende Mehrheit finden würden, sie selbst also ohne Gefahr mit der verlogenen Begründung dagegen stimmen könnten: das seien alles nur wirkungslose Halbheiten und unwürdige Almosen.

Es klingt beinah unglaublich und ist eine in Deutschland vielfach schon vergessene Tatsache, daß die Sozialdemokratie auch gegen Luxussteuern, z. B. gegen eine Steuer auf Sekt, stimmte. Man hatte kein Interesse daran, die Finanzlage des Staates zu bessern, noch durch vernünftige Steuern zur Verminderung sozialer Unzufriedenheit beizutragen. Im Gegenteil, man brauchte diese Unzufriedenheit und konnte sich nicht genug tun, sie zu steigern.

Die Marxistenpartei der Vorkriegszeit hat mit derselben Folgerichtigkeit ohne Ausnahme alles verweigert, was der Stärkung und dem Schutze der deutschen Wirtschaft dienen konnte, weder die deutsche Produktion in der Stadt und auf dem Lande, noch die Industrie und die Landwirtschaft sollten Schutz genießen, weder Zölle noch andere Maßnahmen sollten gewährt werden. Hier treffen wir wieder auf den Grundsatz und die eigentliche Grundlage der marxistischen Lehre: die Internationalität. Ging die heimische Produktion zurück, wurde sie der des Auslandes gegenüber zum Wettbewerbe unfähig, gingen die Landwirte, ihrem Boden entwurzelt, zugrunde, wurden die Erzeugnisse der deutschen Industrie durch solche der ausländischen vom Weltmarkt und Innenmarkt verdrängt — was tat das, wurde doch dafür die internationale „Solidarität der Völker" untereinander unschätzbar erhöht! In jenen Jahren und Jahrzehnten war es in Deutschland, allein in Deutschland, ein weit über die Sozialdemokratie hinaus geglaubtes Schlagwort: der Freihandel fördere die Freundschaften der Völker untereinander, gleiche Gegensätze zwischen ihnen aus und wirke im Sinne der Erhaltung und der Verewigung des Weltfriedens. Umgekehrt sei es, wenn die Staaten „Zollmauern" zwischeneinander errichteten. Dadurch werde Eifersucht, Zwietracht und Krieg gefördert, die Völker lernten einander nicht kennen und lieben, sondern nur einander als Nebenbuhler hassen und verabscheuen.

Wir haben im Weltkriege erlebt, was es bedeutet, dem eigenen Volk die nötige Versorgung und Ernährung nicht einmal notdürftig auf die Dauer aus dem eigenen Lande schaffen zu können. Jene Hungersperre, welche die seebeherrschenden Feinde über Deutschland verhängten und noch lange über den Friedensschluß ausdehnten, wäre ohne Wirkung gewesen, wenn das Vorkriegsdeutschland eine nationale Wirtschaftspolitik getrieben hätte; wenn man die prophetische Warnung Bismarcks aus den achtziger Jahren rechtzeitig beherzigt hätte: es möge nie der Tag kommen, daß Deutschland seine Bevölkerung nicht selbst ernähren könne. „Gebe Gott, daß diese Frage niemals für Deutschland vorgelegt werden wird, sondern daß Deutschland immer in der Lage bleibe, das Korn, welches die deutsche Nation ißt, auch selbst bei sich zu Hause zu bauen."

Im folgenden Vierteljahrhundert bis zum Kriege ist von den nationalen Seiten in Deutschland eben dieser Sorge häufig Ausdruck gegeben worden. Auch Kaiser Wilhelm II. hat nicht selten betont, wie nötig es sei, daß Deutschland sich selbst ernähren kann. Die marxistische Partei und ebenso die jüdisch-demokratische aber sagten demgegenüber: der Ruf nach gesicherter Selbsternährung und Selbstversorgung Deutschlands entspringe lediglich dem egoistischen Interessentenstandpunkt und der reaktionären Gesinnung der Landwirte und der Industriellen in Deutschland. Sie wollen reich werden und Geschäfte für sich machen. Sie verlangen deshalb unsoziale hohe Preise für Getreide und Vieh und ebenso für ihre industriellen Fabrikate. Nur deshalb wollen sie kein ausländisches Korn, kein ausländisches Fabrikat nach Deutschland hineinlassen, sondern verhindern, daß der deutsche Proletarier billig kaufen und sich billig ernähren kann. Solche Schlagworte sind jahrzehntelang dem Arbeiter wiederholt worden, und wir sehen selbst heute noch, wie das Wort „Schutzzoll" die Arbeitermassen in eine, man muß sagen sinnlose Entrüstung versetzt. Die betrogenen Massen wissen

es nicht besser, denn es ist ihnen und vielfach schon ihren Vätern immer erzählt worden, daß jeder Schutz nationaler Arbeit und Produktion der Aussaugung und Knechtung des Arbeiters diene, außerdem die Annäherung und Versöhnung der Völker unmöglich und die Kriege unvermeidlich mache.

Man sieht an diesem Beispiel wieder ganz deutlich, wie folgerichtig, von der einen Seite betrachtet raffiniert, von der anderen stupide, Theorie und Praxis im Marxismus zusammenhängen, ja ein Ganzes bilden. Proletarier aller Länder vereinigt euch! Nur die Internationale kann die Völker befreien, den Frieden erhalten, nur der „Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit" kann den Kapitalismus beseitigen und die Arbeiterklassen befreien und ihr menschenwürdige Lebensbedingungen verschaffen! Verschwinden sollen deshalb alle, auch die wirtschaftlichen, Schranken zwischen den Völkern, frei muß der internationale Güteraustausch werden, schrankenlos müssen die Weltwirtschaft und der Handel nach den ihnen innewohnenden Gesetzen sich ausleben können. Dann wird der große Ausgleich in der Versorgung der Völker sich auf allen Gebieten geltend machen, eine Verflechtung wird eintreten, die dem einen Volk unmöglich macht, ohne den Güteraustausch mit dem anderen zu leben, alle Preise werden sich gegeneinander ausgleichen. Geht dem einen Lande darüber ein Produktionszweig zugrunde, so ist das eben das Ergebnis einer notwendigen, und im ganzen gesehen wohltätigen und damit begrüßenswerten Entwicklung. Kann z. B. die deutsche Getreideerzeugung den Wettbewerb der argentinischen und der kanadischen nicht mehr aushalten, gut, so geht die deutsche Getreideerzeugung und damit die von ihr lebende Landwirtschaft zugrunde. Die Landwirte werden etwas anderes anfangen, sich anderen Berufen, anderer Arbeit widmen müssen. Das ist eben die neue Zeit, sie fordert Opfer, und weil sie so viel schöner und besser werden wird als Vergangenheit und Gegenwart, so kann kein Opfer zu groß sein. Die geopferten Existenzen müssen sich freuen, durch ihre Vernichtung dem Weltzukunftsstaat den Weg zu bahnen, und überdies: während so viele Proletarier in Deutschland so lange gedarbt haben und verelendet sind — warum sollten denn gerade die Landwirte ausgenommen sein, weshalb sollten sie allein sich eines behaglichen und gesicherten Daseins erfreuen und vom Elend verschont bleiben! Sie haben es lange genug gut gehabt, und zwar auf Kosten des übrigen Teils der Bevölkerung!

Es ist der Verhetzung, die seit Generationen mit den hier angedeuteten und anderen Argumenten arbeitet, weitgehend gelungen, in den Massen der Industriearbeiterschaft einen förmlichen Haß gegen alles, was Landwirt heißt, zu erzeugen. Stellte sich von jeher die Sozialdemokratie vor Parlamentswahlen als die verständnisvolle Freundin der Landwirtschaft und des Bauern — nur die Großgrundbesitzer seien verabscheuungswürdig — hin, so war doch die Auffassung vorhanden, daß der Stand des Landwirts an sich veraltet sei, durch die neue Zeit überholt, daß überdies der Landwirt eben, weil er Besitz habe, ein geborener Reaktionär und „Arbeiterfeind" sei; besonders die großen Grundbesitzer, aber auch der Bauer, seien von diesem Hange zur Reaktion und zur Selbstüberhebung nicht frei. Und weiter:

Die Verwurzelung eines Teils der Bevölkerung mit dem Boden des eigenen Landes muß, so rechnet der Marxismus in seinen verschiedenen Schattierungen auch heute noch, ein unübersteigliches Hindernis auf dem Wege zum sozialistischen Zukunftsstaat bilden. Denken wir hier wieder an den marxistischen Grundsatz: das hehre Ziel werde erreicht sein zugleich mit dem Übergang aller Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. — Es gibt nichts, was in höherem Maße Produktionsmittel wäre als der landwirtschaftlich bearbeitete Grund und Boden. Und es ist die Eigenschaft dieses „Produktionsmittels", daß es um so ergiebiger

ist, je systematischer und mit je größerer Sachkenntnis es benutzt wird. Das bedeutet aber Kontinuität, Dauer: eine Generation auf demselben Hof oder demselben Gut läßt der anderen ihre Erfahrung, ihr Interesse an dem Besitz als das wertvollste Erbe. Dieselbe Familie bleibt Jahrzehnte, Jahrhunderte auf demselben Stück des deutschen Bodens und erneuert sich auf ihm von Generation zu Generation. Der Besitz bedeutet die Familie selbst, ihre Kämpfe und Erfolge, in guten und schlechten Zeiten, und die eine Geschlechterfolge sieht sich den vorigen gegenüber im Gefühl einer Pflicht, das, was diese errungen und gehalten haben, gegen alle Wechselfälle des Schicksals zu verteidigen und damit das Geschlecht selbst auf seiner Höhenlage zu erhalten, es nicht sinken zu lassen. Das ist ja auch übrigens der eigentliche und damit einzige Wert der adligen Familien, sich durch Jahrhunderte hindurch auf der gleichen Höhe zu halten oder das Niveau zu erhöhen. Spricht man, der Leser verzeihe die Abschweifung, heute vom „Adel", so ist das unrichtig. Es gibt schon lange keinen Adel, das heißt keinen Adelsstand mehr, sondern nur eine Reihe von adligen Familien, die nicht mehr durch Standesrechte und Vorrechte, noch durch besondere Verwendungszwecke, wie früher in der Armee und in höheren Beamtenlaufbahnen, gehegt und geschützt werden und sozusagen einen Zwangskurs im Staat haben. Diese Familien haben mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen ihren Ursprung auf dem Lande, aus der Landwirtschaft. Verlieren sie den Zusammenhang mit dem Boden, so sind sie genau in demselben Maße dem Auf und Ab, dem Auftauchen und Versinken wie die Angehörigen anderer Schichten und Berufsstände ausgesetzt. Die Erfahrungen und Feststellungen des letzten halben Jahrhunderts haben bewiesen, daß durchschnittlich eine Familie, die vom Lande oder aus der kleinen Stadt in die Großstadt einwandert, nach zwei, höchstens drei Geschlechterfolgen ausstirbt, nachdem sie vorher ihr Niveau eingebüßt hat. Die Einwanderung vom Lande ist aber um so stärker, je schlechter es dem Landwirt geht, mag es sich nun um Großgrundbesitzer handeln, um große oder kleine Bauern oder um Landarbeiter. Im heutigen Rußland sieht man den bis jetzt erfolgreichen Versuch, den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz des Staats mit allen Mitteln, besonders solchen der rücksichtslosen Gewalt, durchzuführen. Der Staat übernimmt die Bewirtschaftung des Ackerbodens in dem ungeheuren Reich, die Bauern, die großen und die kleinen, werden enteignet und aus Besitzern zu Landzwangsarbeitern des Staates gemacht. Zu vielen Tausenden haben sie sich gesträubt, Tausende sind erschossen worden, weil sie sich ihr Hab und Gut und die Erzeugnisse ihrer Arbeit nicht nehmen lassen wollten, andere haben versucht, ins Ausland zu gelangen. Einigen Tausenden wurde es erlaubt, die anderen wurden in die Wälder Nordrußlands und Sibiriens zwangsweise gebracht, um dort bis an ihr Ende ein elendes Leben der Zwangsarbeit zu führen. Gelingt es der Sowjetherrschaft, ihren Plan durchzuführen, so wird sie jede Verbindung zwischen Mensch und heimischem Boden gelöst haben. Das muß das Ziel des Marxismus auch sein, denn sonst kann er weder erreichen, daß seine Machthaber die gesamte Bevölkerung tatsächlich in der Hand haben, noch die Internationalität, die das letzte Ziel und Ideal des Marxismus bildet. Der Marxismus muß den Besitz enteignen, um die Menschen zu entwurzeln, ihrer Stellung im Leben alle Stabilität und Stabilitätsmöglichkeit zu nehmen, um sie abhängig zu machen, sie fortwährend in Furcht und Zittern erhalten zu können, daß sie über Nacht die Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen Existenz verlieren. Das ist die Absicht, das ist die Praxis, und das ist letzten Endes auch die Wirkung.

Man meint: ja, das sei Rußland, das sei der Bolschewismus, diese Meinung ist aber eine Täuschung und Selbsttäuschung. Dieselbe Sozialdemokratie, die im schweren „Bruder-

kriege" mit dem Kommunismus liegt, hat genau dasselbe Endziel wie er. Sie besitzt aber eine bessere Psychologie in der Beurteilung der deutschen Bevölkerung als der von Moskau inspirierte deutsche Kommunismus. Die Führer der Sozialdemokratie Deutschlands wissen, daß gewaltsame Methoden nach russischem Muster in Deutschland nur einen um so stärkeren Widerstand hervorrufen und das marxistische Ziel ein für allemal unmöglich machen könnten. Sozialdemokratische Führer sind zwar bestrebt gewesen, diese Tatsache zu verschleiern, sie haben aber, und das ist ja selbstverständlich, doch nicht umhin gekonnt, von Zeit zu Zeit ihre wirkliche Farbe zu bekennen. Nicht, daß es Ausbrüche der Wahrheitsliebe an sich gewesen wären. Nein, darum handelt es sich nicht, sondern um etwas ganz anderes: Wie wir sahen, war in der Vorkriegszeit und noch bis in den Krieg hinein in Deutschland der Marxismus in der einen Sozialdemokratischen Partei vereinigt. Wie immer in solchen Parteien, hatte auch die Sozialdemokratische einen rechten und einen linken Flügel. Der linke war der radikalere, der rechte der weniger radikale. Zwar, das radikale Ziel war von rechts bis links dasselbe, nämlich letzten Endes der Kommunismus. Der Hauptunterschied lag in der Methode, in den Mitteln, welche angewandt werden sollten, um das Endziel des Kommunismus zu erreichen. In der Vorkriegszeit war der Hauptgegensatz, abgesehen von dazwischenliegenden Abstufungen: auf der einen Seite ein rundes Nein dem geltenden System gegenüber und allen seinen Forderungen, mit dem Umsturz als Endziel; auf der anderen Seite Mitbeteiligung am Staat und stufenweise Erreichung des Zieles von Etappe zu Etappe, anstatt durch einen einzigen revolutionären Schlag, dem „großen Kladderadatsch", wie Bebel und seine Gesinnungsfreunde zu sagen liebten. Der Krieg hat dem Streit dieser beiden Richtungen ein Ende gemacht. Er ließ neue Faktoren eintreten, und das Mittel zur Erreichung der Macht wurde schließlich der Landesverrat nach vier Jahre langer Vergiftung und Zermürbung und endlich der Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres.

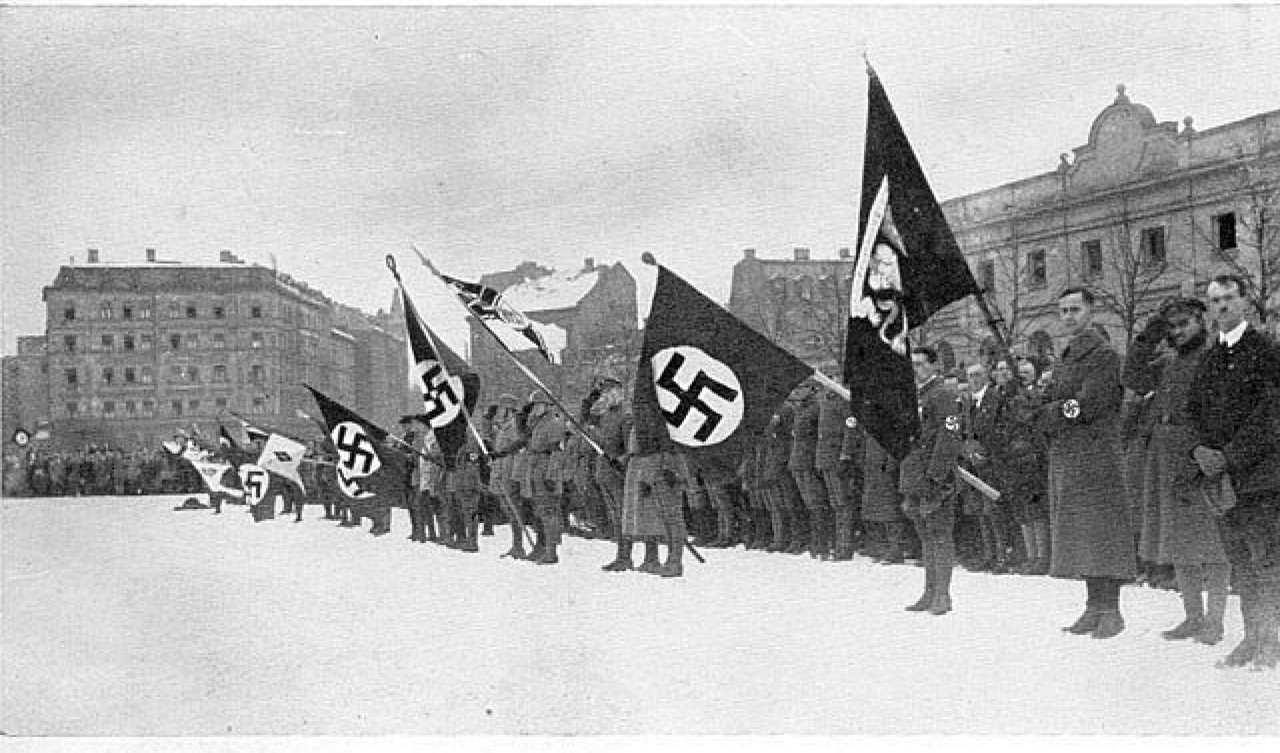
Nach 1919 steht der Marxismus Deutschlands zunächst in drei Parteien gegliedert da. Einige Jahre später vereinigte sich die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei" wieder mit der rechten SPD. Dieser „unabhängige" Teil der Sozialdemokratischen Partei ist seitdem der radikale Flügel der Gesamtpartei, und seine Verwandtschaft mit der Kommunistischen Partei spricht sich deutlich aus, auch sind persönliche Zusammenhänge trotz allen Streitens vorhanden. Zum Radikalismus geneigt ist auch innerhalb des Marxismus die Jugend der verschiedenen Richtungen. Die Jugend des rechten Flügels neigt zum linken, die des linken Flügels schielt nach der Kommunistischen Partei. Die ältere Generation, und damit die Führung, steht ständig in der Besorgnis, daß ihnen die Jugend entgleite und sich „vom Linken umgarnen" lasse. Diese Motive entstammen zumeist jener Offenherzigkeit, die man sich sonst, dem Gegner zuliebe, sicherlich nicht zuschulden kommen lassen würde. Dieser eigenen Jugend versichert man widerstrebend, aber notgedrungen: das große Ziel sei und bleibe unentwegbar jener internationale Staat, den Marx aufgezeigt habe, jener Staat, der keinerlei Nation habe, sondern eine freie Republik der gesamten Menschheit bilde, der regiert und verwaltet werde durch einen Ausschuß weiser, edler, uneigennütziger und gerechter Männer: die Internationale. Wenn man dieses Ziel auch fest vor Augen halte, so erforderten doch die Umstände und die nicht ausreichende Machtstellung der Sozialdemokratie ein schrittweises Vorgehen, ein geduldiges Herbeiführen und Abwarten von Gelegenheiten, um die eigene Macht zu vermehren und die Lage des arbeitenden Volks bald hier, bald da zu verbessern. Das sei viel richtiger als die Vorbereitung gewaltsamen Umsturzes. Das ist in der Tat die Meinung innerhalb der Sozialdemokratie. In diesem Standpunkt enthalten liegt aber der

Wille und die innerliche Bereitschaft, jede Gelegenheit und Möglichkeit beim Schopf zu ergreifen, auch für den Umsturz, für die Ergreifung der Macht durch List oder Waffengewalt. Die so durch einzelne ältere Führer und den Durchschnitt der Jugend erzwungenen Bekenntnisse zur roten Internationale haben tatsächlich Notwendigkeiten für die Führer gebildet. Ereignete es sich doch vor einigen Jahren in einer Jugendversammlung in Westfalen, daß bei der Rede des in der SPD. hochangesehenen Ministers Severing, der vom deutschen Vaterlande sprach, die jugendlichen Teilnehmer in Massen den Saal verließen und riefen, sie hätten kein deutsches Vaterland, sie wollten auch nicht das Deutschlandlied singen, ihre Hymne sei die Internationale. In dieser Linie wird sich die Entwicklung weiter vollziehen, da kann kein Zweifel obwalten. In solchen Fällen ist der tobende Widerspruch gegen die im Munde sozialdemokratischer Führer verlogene Redewendung vom Vaterland nur ein Ausdruck jugendlicher Aufrichtigkeit. Man weiß in dieser Jugend der Sozialdemokratie, daß die Führer die Unwahrheit sprechen, wenn sie entweder Vaterland oder wenn sie Internationale sagen. Zu welcher dieser beiden Kategorien die Jugend den betreffenden Führer rechnet, darauf kommt es in unseren Gedankengängen nicht an. Sie sollen zeigen, daß der Riß vorhanden ist, daß die Lüge so oder so versucht, den Riß zu verbergen, und daß die Entwicklung ohne Schwanken nach der radikalen Seite, also zum Kommunismus, hinzielt.

Wiederum ist es nur folgerichtig, wenn die Parteien des Marxismus, die im mildesten Falle den Begriff und den Gedanken des Vaterlandes für etwas Überholtes, für einen zu überwindenden Rest der Vergangenheit halten, Kampf für das Vaterland zum mindesten mißbilligen und den Begriff Landesverrat nicht kennen. Das ist ein Element im politischen Leben des zeitgenössischen Deutschland, das nicht unbeachtet bleiben darf.

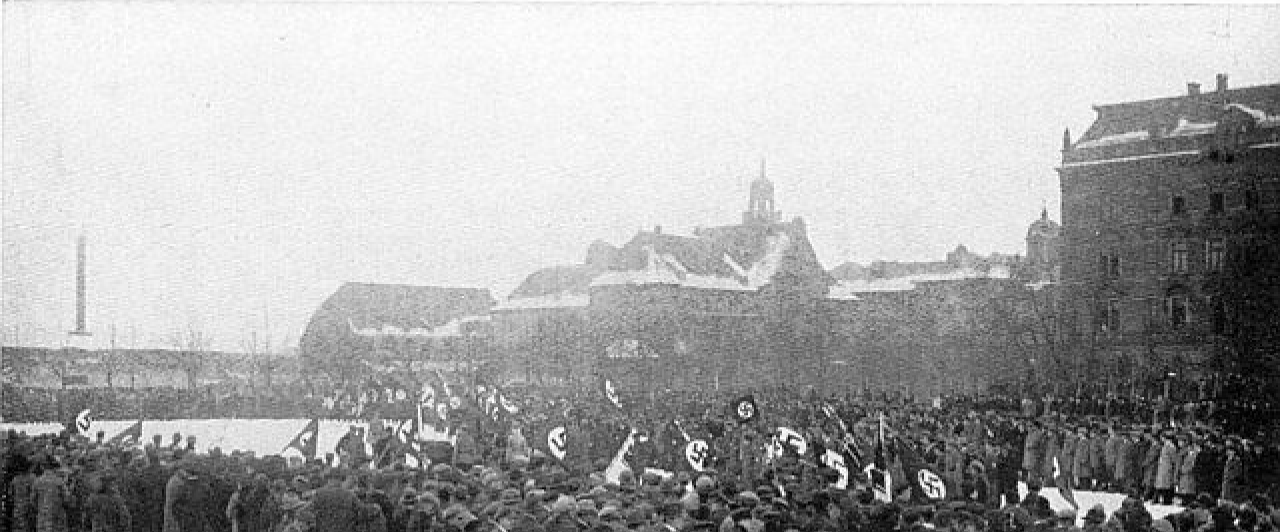
Man könnte daraufhin fragen, wie es denn mit dieser Behauptung zu vereinbaren sei, daß im Jahre 1914 die Arbeitermassen ganz Deutschlands unter ihren Führern, auf deren Anregung und mit ihrer Erlaubnis zu den Fahnen geströmt seien. Über diese Vorgänge, ihre Gründe und Hintergründe sind umfangreiche Untersuchungen und Schilderungen erschienen. In Kürze zusammengefaßt, stellt sich der Hergang folgendermaßen dar:

Nr. 4. Die erste Standartenweihe in München 1922



Nr. 5. Fahnen- und Standartenweihe anläßlich des ersten Parteitages in München 1922

Nr. 6. Erster öffentlicher Umzug der NSDAP. in München 1922



Nr. 7. Der erste Parteitag 1922 in München

Marxisten, Weltkrieg, Arbeitertum

In der Zeit der Spannung im Hochsommer 1914 war die Leitung der Sozialdemokratischen Partei entschlossen, den Krieg unmöglich zu machen, und zwar im Verein mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder, hauptsächlich derjenigen Frankreichs. In den letzten Julitagen wurde ein Führer der Partei nach Paris geschickt, um dort das Nötige abzumachen mit der Parole: „Nous ne tirerons pas!" wir, also wir deutsche Sozialdemokraten, werden nicht auf euch, französische Parteigenossen, schießen! Er mußte aber in Paris die Feststellung machen, eine niederschmetternde Feststellung: die französischen Genossen waren zwar sehr einverstanden, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht auf sie schießen wolle, während sie selbst durchaus entschlossen waren, für Frankreich auf die Deutschen zu schießen. So kam der deutsche Marxist enttäuscht nach Berlin zurück. Inzwischen hatten sich aber auch dort, in der Leitung der Sozialdemokratischen Partei, Eindrücke und Lage vollkommen verändert. Man hatte gedacht, nicht nur der Solidarität der französischen Genossen in Gestalt gemeinsamer Kriegsdienstverweigerung sicher zu sein, sondern auch, und zwar ganz unbedingt, daß die heimischen Genossen, daß die Massen der der Partei angeschlossenen Mitglieder sich den Entschlüssen und Beschlüssen der Parteileitung ohne weiteres äußerlich und innerlich anpassen würden. Das war aber nicht so. Der Masse der deutschen Arbeiter, besonders, soweit sie in den Gewerkschaften organisiert waren, bedeutete der Ausbruch des Krieges gleichzeitig eine Offenbarung ihres eigenen Deutschtums und Deutschgefühls. Ihnen war ohne weiteres klar, daß Deutschland angegriffen werden sollte, angegriffen wurde, daß weder der deutsche Kaiser noch seine Mitarbeiter den Krieg gewollt hatten. Aber das war nicht alles. Der deutsche Arbeiter, jedenfalls in seiner überwiegenden Mehrheit, wurde von der Größe des Augenblicks im tiefsten ergriffen. Ein Mann, der 1914 noch in den Reihen der Sozialdemokratie stand und zu deren Führerschicht gehörte, August Winnig, hat in seinen Schriften aus eigener Anschauung dieses Ereignis bezeugt: „Als die versammelten Gewerkschaftsführer am 1. August 1914 ohne Rücksicht auf die noch nicht vorauszusehende Entscheidung der Sozialdemokratie sich für die Eingliederung in die nationale Front entschieden, durchbrach der arbeitertümliche Wille den Krustenpanzer der parteisozialistischen Doktrinen und gab frei, was in ihm reif geworden war. Dieser Entscheidung antwortete die Jugend, die es jetzt jedenfalls wagte, ihre verborgensten Regungen zu bekennen: ‚Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt, bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt.' Damit war Deutschland gemeint."

„Die Entscheidung der Gewerkschaften am 1. August 1914", schreibt Winnig weiter, „die sie trafen, als man noch mit einer entgegengesetzten Entscheidung der Sozialdemokratie rechnen mußte: war sie aus dem Augenblick geboren oder vollendete sie eine Entwicklung, an der das letzte Vierteljahrhundert gearbeitet hatte? War sie eine taktische Maßnahme, zu der die Gewerkschaftsführer griffen, um die Lahmlegung und Schließung ihrer Verbände zu ver-

hüten — oder war sie ein Bekenntnis? War sie ein Ausweichen oder ein Eintreten.“ Winnig entscheidet sich für das letztere und sagt: „Dies war der Ausbruch des nationalen Gemeinschaftsgefühls. So und nicht anders hat es jeder empfunden, der es erlebte. Jetzt sprach der Arbeiter, und indem er sich über alle Rücksicht auf den Parteiradikalismus hinwegsetzte, warf er die wesensfremde Hülle beiseite und offenbarte, was er wirklich war: der jüngste und geringste, aber nicht verlorene Sohn des mütterlichen Volkstums.“ So bezwingend war dieser Ausbruch, daß auch die Partei ihm nichts entgegenzustellen wagte. Der anfängliche Entschluß der Partei, die Kriegskredite unter allen Umständen abzulehnen, wurde durch diese Bewegung umgeworfen: am 4. August stimmten von 110 sozialdemokratischen Abgeordneten nur 14 gegen die Kriegskredite. „Der deutsche Arbeiter stand auf und riß die Sozialdemokratie mit sich fort!“ — Winnig hat recht.

Die Partei, die Führung der „völkerbefreienden Sozialdemokratie“, dargestellt durch 110 Reichstagsabgeordnete, war in ihrer erdrückenden Mehrheit — es handelte sich nur um ein paar ganz vereinzelte persönliche Ausnahmen — entschlossen gewesen, gegen die Kriegskredite zu stimmen. Es ist zu verstehen, daß dieses Ergebnis von solchen Persönlichkeiten, die den Gewerkschaften und zugleich der Partei angehörten, mit Erleichterung begrüßt und gepriesen wurde: man hatte vorher viel, viel Schlimmeres erwartet und kannte Gesinnung und Richtung der Führung der Sozialdemokratischen Partei. Wie gesagt, das war verständlich. Legt man aber einen anderen Maßstab an, so zeigt sich ein ganz anderes, sehr unschönes und dabei echt deutsches Bild:

Die Sozialdemokratie stand in ihrer Führung nicht nur mit Worten, sondern in ihrer Weltanschauung, ihrem Empfinden und ihrer Praxis nach durchaus auf den alten Grundsätzen und Richtungslinien, die ihr Gründer Marx ausgesprochen und gewiesen hat. Die Zweite Internationale war für die deutsche Sozialdemokratie tatsächlich die einzige Autorität, jedenfalls die unbestritten höchste. Konnte die sozialdemokratische Parteileitung dieser Autorität nicht oder nur in beschränkten Grenzen folgen, dann deshalb, weil die von den leitenden Sozialdemokraten mit Grimm und Bitterkeit beklagte Macht des bestehenden Staates im kaiserlichen Deutschland eine zu große war. Sie zu beseitigen, entweder durch Revolution mit dem „großen Kladderadatsch“ oder auf die „kalte Manier“, durch langsame Zersetzung aller nationalen und vaterländischen Werte, war das Ziel der in der Sozialdemokratie vor dem Kriege geeinten Strömung des Marxismus in Deutschland. Die Sozialdemokratie hat hieraus auch niemals ein Hehl gemacht. Dann sollte der „Zukunftsstaat“ kommen mit allen seinen Herrlichkeiten, als ein Teil oder als der Anfang — wie stolz würde man sein! — der internationalen Weltrepublik. In diesem Gedanken war die sozialdemokratische Leitung echt. Mit tiefer Begeisterung besuchten die sozialistischen Vertreter die zahlreichen internationalen Veranstaltungen der Zweiten Internationale, mochten sie in Paris stattfinden, in Brüssel, in London oder wo sonst immer. Die Berichte ihrer Zeitungen über die Veranstaltungen waren Hymnen, mit dem Schluß stets: wiederum sei man einen großen Schritt dem hohen internationalen Ziel nähergekommen. Die deutschen Delegierten zeichneten sich auf solchen Veranstaltungen vor allen anderen aus durch ihren Radikalismus in der Verurteilung des Nationalismus, des Militarismus, des Kapitalismus (von dem sie selbst abhängig waren), des Monarchismus usw. Das Ausland hielt mit Recht diese Stellung der Sozialdemokratie Deutschlands für aufrichtig und echt. Schon in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verfolgte man nicht allein in der Presse der anderen Länder die Fortschritte der deutschen Sozialdemokratie

mit größter Sympathie und Spannung, sondern auch in den auswärtigen Ämtern und Botschaften. Die im Kriege aufgefundenen Dokumente belgischer Gesandten Europas vermerkten die sozialdemokratischen Fortschritte gelegentlich der Reichstagswahlen mit aller Aufmerksamkeit und erzählen, wie große Bedeutung man ihnen in London und Paris beilegte, nach der Formel: je stärker die Sozialdemokratie Deutschlands, desto schwächer Deutschland!

Beunruhigten sich denn die Regierungen der Westmächte gar nicht über ihre eigenen Sozialisten? Diese nahmen doch ebenfalls an den Veranstaltungen der Internationale selbst teil, hielten gewaltige Reden und stellten ihre Mitglieder als Führer der Internationale. Von irgendeiner derartigen Beunruhigung ist niemals etwas bekannt geworden, sie ist auch nie vorhanden gewesen. Der französische, der belgische und der britische Sozialist hat für alle derartigen Bestrebungen immer eine ganz feste, vollkommen unverrückbare Grenze, heute wie damals, nämlich die Sicherheit, die Größe und das Gedeihen des eigenen Volkes und Landes. Niemals haben in den Parlamenten dieser Länder sozialistische Parteien dem Lande die von der jeweiligen Regierung verlangten Rüstungskredite verweigert. Im Gegenteil kam es nicht selten vor, daß gerade sozialistische Parteien Rüstungsforderungen der Regierungen überboten. Das war beiden, den Regierungen wie den sozialistischen Parteien, eine Selbstverständlichkeit. Nicht minder selbstverständlich war es ihnen aber, daß die deutschen Sozialisten sagten: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Die deutschen Sozialdemokraten hatten in Wort und Schrift jahrzehntelang wiederholt, daß die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie einen Krieg verhindern müsse und auch verhindern könne. Die sozialdemokratischen Vertretungen der anderen Länder sagten begeistert ja und dachten nein. Gewiß wünschten auch sie einen Krieg an sich nicht, aber sobald sie glaubten, daß derselbe zum Wohl ihres Landes diene, zu dessen Verteidigung notwendig sei, war es für sie eine Selbstverständlichkeit, über die keine Parteisitzungen abgehalten zu werden brauchten, daß man sich mit ganzer Kraft und Wucht und ohne allen Vorbehalt auf den von der Regierung gewiesenen Boden stellte. Von sozialdemokratischer Seite ist nicht selten behauptet worden, diese Auffassung sei unrichtig, und den Beweis für die Unrichtigkeit bilde der französische Sozialdemokrat Jaurès, der bekanntlich in den letzten kritischen Tagen für Erhaltung des Friedens eintrat und als Hindernis für den Krieg von freimaurerischen Nationalisten in Paris ermordet wurde. Die Tatsachen sind richtig, die Schlußfolgerungen falsch! Jaurès war genau unterrichtet, daß die französischen, russischen und britischen Diplomaten den Vernichtungskrieg gegen Deutschland wollten, ihn seit langem geplant und vorbereitet hatten. Jaurès wußte, daß Deutschland den Krieg nicht wollte, daß er also keineswegs Frankreich aufgezwungen wurde und jedem Franzosen die Pflicht der Teilnahme an Verteidigung und Schutz zu einer Selbstverständlichkeit machte. Jaurès war kein Internationalist und Weltbürger, sondern ein vaterländisch empfindender Franzose, dessen politisches Ziel ein gutes Verhältnis zwischen seinem Vaterlande Frankreich und Deutschland war. Sein Verhalten läßt sich also mit dem Standpunkt der Marxisten Deutschlands nicht vergleichen.

Die Sozialisten der anderen europäischen Länder fanden ihrerseits aber ganz selbstverständlich, daß die deutschen Marxisten mit ihrem Internationalismus auch im Kriegsfall, ja gerade dann, Ernst machten und ihrem Lande die Mittel zur Führung verweigerten, womöglich bei dieser Gelegenheit den Staat umstürzten, jedenfalls durch Weigerung der Kredite oder der Heeresfolge Deutschland die Niederlage in kürzester Zeit brächten. Wie oft hatten das die lieben deutschen Genossen mit Begeisterung erklärt, wie oft stand es in ihren Blättern, daß man die Pflichten der Internationale in freiwilliger Hingabe erfüllen werde.

Das englische Wort: Recht oder Unrecht — mein Land! ist weltbekannt. Hinzuzufügen wäre höchstens, daß in England — und mindestens im selben Grade in Frankreich — alles, wovon man glaubt, daß es dem Lande nützen könnte, Recht ist, niemals Unrecht sein kann. Mag man, und in Deutschland ist das immer geschehen, diesen Standpunkt als borniert oder als unsittlich oder als beides bezeichnen — darüber könnte man vieles sagen —, so unterliegt keinem Zweifel, daß eine ungeheure Stärke in diesem unbedingten Schwur zum eigenen Lande und Volke liegt. Das hat der Krieg ja auch gezeigt.

Von der deutschen Sozialdemokratie aber glaubte das Ausland sich berechtigt, eine andere Haltung zu erwarten, nämlich den Landesverrat in der einen oder anderen Form. Man hat damit sogar politisch fest gerechnet. Ganz abgesehen von den erwähnten Berichten der belgischen Gesandten Europas, zeigte das Schrifttum der letzten zwanzig Jahre vor dem Kriege in Frankreich und Großbritannien die feste Zuversicht, daß die Sozialdemokratie in Deutschland über kurz oder lang die Macht, zum mindesten aber die Oberhand im Staat erringen, die Monarchie beseitigen und dem kulturwidrigen Militarismus ein Ende bereiten werde. Die deutsche Sozialdemokratie stehe so überzeugungstreu zu ihren Grundsätzen, daß sie im Falle eines Krieges sich sicherlich nicht auf die Seite des preußischen Militarismus stellen werde. Diese Überzeugung war im Ausland so allgemein verbreitet, daß man ohne Fehler den Schluß ziehen kann: hätten die Westmächte die Sozialdemokratie Deutschlands für annähernd im gleichen Grade vaterländisch zuverlässig gehalten wie ihre eigenen Sozialisten, so würden die Mächte den Krieg gegen Deutschland nicht gewagt haben, der Friede wäre erhalten geblieben.

Angesichts dieser Verhältnisse auf beiden Seiten ist es nicht ohne Ironie, daß die Sozialdemokratien der feindlichen Länder die deutsche Sozialdemokratie mit wildesten, erregten Schmähungen überhäuften, als am 4. August 1914 von den 110 Abgeordneten 96 die Kriegskredite bewilligt hatten und vom ersten Mobilmachungstage an die Massen der deutschen Arbeiter zu den Fahnen strömten, ohne daß sich jemals eine andere Erscheinung bemerkbar gemacht hätte; als der größte Teil der sozialistischen Zeitungen Deutschlands patriotische Töne anschlug: schon der alte Bebel habe ja gesagt, wenn das Vaterland in Not sei, würde er selbst noch die Flinte auf den Rücken nehmen; und überhaupt habe die Sozialdemokratische Partei niemals darüber eine Ungewißheit gelassen, daß sie in einem Verteidigungskriege ihr Land und Volk nicht im Stiche lassen würde. Die feindlichen Abgeordneten und die sozialistischen und anderen Zeitungen warfen nun den Vertretern des deutschen Marxismus Verrat an der heiligen Sache des Weltfriedens vor, an der Solidarität der Sozialisten aller Länder, an der Kultur und Zivilisation der Welt. Sie hätten sich selbst zu den Bütteln der Monarchie und des preußischen Militarismus gemacht und zeigten, daß sie die gleichen mörderischen und räuberischen Instinkte hätten wie die anderen Deutschen. Wie schmerzlich diese und ähnliche Vorwürfe die deutschen Genossen trafen, so dienten sie ihnen auf der anderen Seite in höchst erwünschter Weise zur falschen Glorie, opferbereite Hüter des Vaterlandes zu sein. In Paris, London und Brüssel wußte man damals nicht, daß die Leitung der deutschen Sozialdemokratie im stärksten Sinne des Wortes zum Patrioten wider Willen gemacht worden war, daß die Menge der die Kriegskredite bewilligenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nur deshalb so groß war, weil sie sich sagen mußten: lehnen wir ab, so ist unsere Rolle als Führer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein für allemal zu Ende und aller Voraussicht nach die Partei selbst ebenfalls. Diese Überlegung war durchaus richtig, denn, wie gesagt, erzwang sie allein schon die Stimmung und das unmittelbare selbständige

Handeln der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Es trat aber noch etwas anderes, nicht minder Wichtiges hinzu, nämlich die Furcht, daß die Regierung selbst, wozu sie mit Leichtigkeit in der Lage gewesen wäre, mit einer die Kriegskredite verweigernden Sozialdemokratie schnell und gründlich ein Ende machen würde.

So sah sich die Parteileitung wohl oder übel in die Heldenrolle gedrängt. Sie war in der Tat ihre einzige Rettung, und man säumte nicht, ausgiebigen Gebrauch von diesem Mittel zu machen. Das Ausland hält zunächst diese Rolle für echt. Nach erlangter Kenntnis der wahren Zusammenhänge aber beginnt die Einwirkung von außen nach innen und von innen nach außen, die Vorbereitung zum Dolchstoß, die planmäßige Zersetzung und Vergiftung. Beginnend mit der Verbreitung der Lüge: der deutsche Arbeiter habe gewiß ehrlich geglaubt, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg. Der arme Betrogene! Er habe sich unbewußt zum Werkzeug und Opfer eines schamlosen und unmenschlichen preußischen Imperialismus gemacht. Hiermit hatte man ein Gift, das von da ab dem deutschen Arbeitertum systematisch zugeführt wurde; dem deutschen Arbeiter mußte die große, stolze Überzeugung genommen werden, daß er für Schutz und Erhaltung seines Volkes und seines Landes in den Krieg gegangen sei, nicht gezwungen, nicht sich widerwillig dem Gesetz und der Wehrpflicht fügend, sondern in freier, selbstverständlicher Gefolgschaft. Darauf kam den Feinden Deutschlands alles, ja wirklich alles an, den Feinden außerhalb der deutschen Grenzen und denen, die sich auf deutschem Boden befanden. Und beide begannen zugleich zu arbeiten. Das wurde, zunächst notwendigerweise, mit großer Vorsicht gemacht, denn es war Krieg, im Lande Belagerungszustand, und alle öffentlichen Meinungsäußerungen standen unter der Zensur der Militärbehörden. In der Presse Deutschlands konnte man nicht wagen, auch nur das mindeste zu veröffentlichen, was imstande gewesen wäre, die Überzeugung des deutschen Arbeiters, der Deutschen überhaupt, zu erschüttern, daß sie für eine gerechte Sache kämpften. So mußten andere Wege gesucht werden. Sie wurden gesucht und auch gefunden.

In der Schweiz, in Dänemark, in Holland, diesen neutralen Ländern, die unmittelbar an Deutschland grenzen, entstanden Nachrichtenzentralen, wurden periodische Schriften herausgegeben, Flugblätter, kleine Hefte und Bücher, sorgsam abgestuft für Gebildete und weniger Gebildete, aber allen war dieselbe Richtung eigen, glauben zu machen: Deutschland habe den Krieg verschuldet. Die Militärkreise, der Kaiser, vor allem die raffsüchtige Industrie hätten ihn gewollt, außerdem die zahlreichen und starken chauvinistischen Elemente in Deutschland, die von einem Weltreich und von Eroberung und Imperialismus schon seit Jahrzehnten geträumt hätten. Der deutsche Militarismus habe immer diesem Ziel gedient und es unentwegt verfolgt. Die anderen Mächte hätten alle die Erhaltung des Friedens auf das dringendste gewünscht, weder Frankreich noch Großbritannien noch Rußland auch nur den mindesten Gedanken im Sinne von Kriegswünschen gehabt, vielmehr seien alle nur von der Sorge bewegt gewesen, daß in Deutschland einmal jene raffgierigen und eroberungssüchtigen Elemente die Oberhand gewinnen möchten und daß der nach Kriegsruhm verlangende deutsche Kaiser dann eines Tages das Zeichen gäbe, die nach Frieden verlangende Welt mit Blut und Flammen zu füllen. Dieser Augenblick nun sei mit dem August 1914 eingetreten. Die gesamte arbeitende Masse des deutschen Volks stehe unter den Fahnen des frevelhaften deutschen Annexionismus, leide, darbe und blute für ihn, für Generale, Monarchen und Kapitalisten, erfüllt von dem jammervollen Irrglauben, für Heimat und eigenes Leben zu kämpfen. Das sei auf der einen Seite ein schreckliches Unglück, auf der anderen ein empörender Frevel, aber das arbeitende, das werktätige, das eigentliche deutsche Volk habe es noch jeden Augen-

blick in der Hand, dem entsetzlichen Morden Einhalt zu tun. Die anderen Mächte hätten, wie gesagt, den Krieg niemals gewollt, sie seien Deutschland niemals feindlich gesinnt gewesen, hätten allerdings im Interesse der friedliebenden, freiheitliebenden deutschen Bevölkerung und der hohen Ziele der Zivilisation und Kultur der Welt das reaktionäre, längst veraltete und ungerechte Regierungssystem in Deutschland herzlich bedauert, ohne natürlich an eine unbefugte Einmischung je auch nur zu denken. Sache des deutschen Volks sei es nun, sich selbst die Befreiung von Militarismus und Kaisertum und der Welt durch eben diese Tat die Gewißheit dauernden Friedens und damit auch die Befreiung von den drückenden Militärlasten, also die allgemeine Abrüstung, zu geben. Die ganze Welt, alle Völker und deren Regierungen, seufzten ja, die einen wie die anderen, nach Abrüstung. Das alles habe nun im Kriege der deutsche Arbeiter in der Hand. Nur zu wollen brauche er, und der Blutstrom werde nicht mehr fließen, Freiheit und Kultur würden herrschen. Und über den Frieden brauchten sich die werktätigen Angehörigen der deutschen Bevölkerung keine Sorgen zu machen. Die jetzigen Kriegsgegner Deutschlands dächten gar nicht daran, Deutschland vernichten zu wollen oder das deutsche Volk zu hassen. Im Gegenteil, die deutsche Bevölkerung frei und glücklich zu sehen, das sei das einzige, was man in Paris, London und Petersburg wünsche. So werde der Friede ein gerechter und für das deutsche Volk leichter werden, nur müsse es sich seiner eroberungssüchtigen Bedrücker vorher entledigen. Das deutsche Volk stehe kulturell und an politischer Reife so hoch, daß es sich wirklich von einer dünnen Schicht von Reaktionären verschiedener Richtungen nicht mehr gängeln und vollends in Tod, Elend und Jammer führen lassen dürfe.

So ungefähr war der „Dreh" dieser raffinierten und höchst systematischen Beeinflussung. Stufenweise ging es, je nach den Möglichkeiten, die sich für die Verbreitung boten und je, wie weit man auf Verständnis in den deutschen Kreisen rechnen konnte, auf die man vor allem einwirken wollte. Von jenen Zentralen in den neutralen Ländern gelangten die Blätter und Schriften auf Schleichwegen aller Art über die Grenzen nach Deutschland hinein und wurden dort von Vertrauensmännern vorsichtig verteilt. Wer waren diese Vertrauensmänner, wer saß in den ausländischen Zentralen? Der Kreis der Vertrauensmänner in Deutschland bestand aus denjenigen Gruppen, die, wenn sie frei hätten auftreten können, die Kriegskredite nicht bewilligt haben würden, also Marxisten. Dazu kamen noch andere Kategorien, die bedingungslosen Pazifisten und in summa die Feinde des Deutschtums und eines starken, unabhängigen, selbstbewußten Deutschland. Es war der Geist des Marxismus, der ebenso wie sein Schöpfer voll Haß auf Vernichtung des Deutschtums zielte, wenn er von „Reaktion" sprach. Nach dem Kriege hat ein führender Marxist, namens Crispien, das Wort gesprochen: er kenne kein Vaterland, das Deutschland heiße. Dieser Mann hat für die ganze Richtung gesprochen.

In den auswärtigen Zentralen saßen vielfach ausgewanderte oder desertierte marxistische Deutsche, unter ihnen zu einem großen Teil Juden, außerdem Vertreter der Feindmächte, die mit den Landesverrätern zusammenarbeiteten. Es ist kaum nötig zu sagen, daß mit großen Geldsummen seitens der Feinde und des internationalen Judentums gearbeitet wurde.

In den ersten Jahren des Krieges erfolgte diese Propaganda der Lüge in erster Linie in der Heimat, nicht an der Front. Dort konnte man noch nicht recht herankommen, die Sache war auch zu gefährlich. In der Heimat ging es eher. Da waren die riesigen Kriegswerkstätten aller Art, da waren die zurückgebliebenen Familien, viele Millionen ratloser und leicht beeinflußbarer Frauen, da waren die gefüllten Büros. Es gibt wohl kein Volk, das gerade für

zersetzende Elemente so zugänglich ist wie das deutsche. „Der angeborenen Farbe der Entschließung, wird des Gedankens Blässe angekränkelt", sagt Shakespeare. Diese Blässe des Gedankens ist, gerade in solchen Schicksalstagen, eine denkbar schlimme deutsche Schwäche, und ganz besonders dann, wenn es sich um das durchschnittlich wenig entwickelte Nationalgefühl handelt. Wir sprachen schon von der Einwirkung der marxistischen Lehre auf die Massen in Deutschland. Auf die Nationen mit starkem, stolzem nationalen Gefühl ist sie ohne Einfluß geblieben. Wenn wir uns vorstellen, die Franzosen hätten den Krieg verloren und eine kommunistische Revolution bei sich vollzogen, so würden sie trotzdem immer Franzosen geblieben und ihr Volk und ihr Land nach außen hin mit derselben Begeisterung und Opferwilligkeit verteidigt und hochgehalten haben wie je. Der Deutsche aber neigt nach einer anderen Seite. Im August 1914 hatte die ungeheure Wucht und Gewaltigkeit des Ereignisses zunächst unmittelbar an das innerste Deutschgefühl gegriffen und dieses in einer Stärke erweckt, daß es in der ganzen Welt eine überraschende oder erschreckende Offenbarung war, sogar für die innerlich internationalistisch verseuchten Führer der Sozialdemokratie. Aber dann, beim einen früher, beim anderen später, kam nachher des Gedankens Blässe mit der Frage: habe ich, haben wir auch recht getan, ist Deutschland wirklich im Recht, könnte es nicht im Unrecht sein, und wie könnten wir dann verantworten, was wir tun und geschehen lassen? Und dann erwacht der Widerspruch gegen sich selbst, der eigene Widerspruch gegen Deutschland und gegen das, was deutsch ist und was deutsch will. Überall wird die Frage angesetzt: sind wir wirklich ohne Schuld, haben die anderen wirklich die Schuld, mußten sie nicht glauben, daß wir den Krieg wollten? Und so reiht sich eine Frage der Selbstzersetzung an die andere an. Unsicherheit und Zweifel greifen Platz, im besten Falle sucht man nach Stützen. Ließ es die damalige deutsche Regierung und selbstverständlich die sozialdemokratische Parteileitung daran vollständig fehlen, so traf jene vergiftende Propaganda um so wirkungsvoller in diese Stimmung und Schwäche hinein. Der Verfasser erinnert sich, wie erst im Laufe des dritten Kriegsjahres, als schon unendlich viel an Zeit verloren und an Stimmung verdorben war, von der Zensur gestattet wurde, näher darüber zu schreiben, daß für das auf mehreren Fronten lebensgefährlich bedrohte Deutschland das Hineintragen des Krieges in das Land des Feindes eine unbedingt zwingende Notwendigkeit militärischer und wirtschaftlicher Art gewesen war. Und gerade hier hatte die Propaganda der Zermürbung und Vergiftung von Anfang an eingesetzt und gesagt: die Regierung und die herrschenden Klassen in Deutschland behaupten, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg. Nun, das ist doch eine sonderbare Verteidigung! Wer sein Haus und Grundstück verteidigt, fällt doch nicht in dasjenige des Nachbarn ein, sondern verteidigt sich von seinem eigenen Boden aus. Warum hat Deutschland sich nicht auf den Schutz seiner Grenzen beschränkt? Die deutschen Heere sind sofort in das Land des Feindes gerückt, ja sogar durch neutrales Gebiet hindurch, das ist doch Angriff, überlegt es euch, ihr deutschen Arbeiter, die ihr dumm genug seid, zu glauben, daß ihr euch in einem Verteidigungskriege opfert! — Die das sagten und mit Scheinbeweisen stützten, hatten großen Erfolg damit in Deutschland, obgleich für jeden gesund denkenden Menschen klar auf der Hand liegen mußte, daß die deutsche Kriegführung anders gar nicht hatte handeln können. Dieses ist aber nur ein Beispiel unter vielen aus der Zeit des Krieges.

Ein englischer oder französischer Sozialdemokrat oder dessen zu Hause gebliebenen Angehörigen würden, selbst wenn sie von der Schuld ihrer Regierung am Kriege und von deren Eroberungs- und Annexionsabsichten während des Krieges überzeugt worden wären, im äußersten Falle gesagt haben — im äußersten! —, gewiß, das ist schlimm und unverantwort-

lich, aber nun haben wir den Krieg, es ist ein Existenzkrieg für unser Land und Volk, und so wollen wir vor allem erst einmal den Krieg gewinnen und dann sehen, was wir mit unseren Regierenden machen! — In der deutschen Bevölkerung aber fraß das Gift weiter, und natürlich taten die wachsenden furchtbaren Entbehrungen aller Art, die sich mit jedem neuen Halbjahr des Krieges steigerten, das ihrige dazu. Weiter kam hinzu, daß in der Heimat gerade von den herrschenden Klassen, ja selbst von den Behörden, Gesetz und Recht und Gerechtigkeit gebeugt, ja mit Füßen getreten wurden. Das alles kann und muß ohne weiteres zugegeben werden. Die Grundfrage und deren Beantwortung wird damit aber nicht im mindesten berührt: ohne die generationenlange internationalistisch-marxistische Einwirkung auf die deutsche Arbeiterschaft und andererseits ohne die ebenso lange verständnislose Behandlung der sozialen Frage durch den Staat wäre der Ausgang des Krieges für Deutschland ein vollständig anderer gewesen. Vor allem: jene furchtbare Kluft, jener tiefe Riß wäre nicht vorhanden gewesen, der das deutsche Volk in zwei Hälften geteilt hielt, und der von einem Strom von Haß, Geringschätzung, Gift und Bitterkeit und unendlichem Mißtrauen ständig durchflossen wurde. Als die große Erhebung und Aufwallung im August 1914 eingetreten war, da glaubten viele in Deutschland, nun habe sich der Spalt geschlossen, die Deutschen seien wirklich ein Volk geworden. Nein, so schnell können Tatsachen nicht ausgelöscht werden, die im Laufe von Jahrzehnten geworden sind und sich immer tiefer gefestigt und in den Empfindungen wie den Überzeugungen der Menschen verwurzelt haben. Eine Anschauung, die mit einem geboren ist, welche diejenige des Vaters war, welche seine ganze Lebensatmosphäre in der Arbeit und in den Zeiten der Muße erfüllte, eine solche Anschauung, eine solche Grundlage der Lebensauffassung und festen Beurteilung aller Verhältnisse, mag sie tausendmal unrichtig sein, kann auch durch die größte innere Erschütterung, durch die gewaltigsten Ereignisse auf die Dauer nicht verschwinden oder sich in ihr Gegenteil umkehren.

Und doch war jene gewaltige deutsche Aufwallung von 1914 echt, gerade in der Arbeiterschaft. Daß sie sich nicht erhielt und schließlich bei Millionen von Deutschen in ihr Gegenteil umschlug, beruhte neben dem Erwähnten darauf, daß die Regierung des Deutschen Reichs, der Kaiser, die herrschenden Schichten überhaupt die unermeßliche Bedeutung dieses Augenblicks nicht begriffen haben. Wohl begrüßte man, und das war ja so selbstverständlich, mit Freude und Genugtuung die Allgemeinheit der Erhebung und sparte nicht mit Lob und Anerkennung gerade für die Massen der Arbeiterschaft, aber ein starker Schuß von politischem Egoismus und Eigeninteresse war vielfach doch in dieser an sich sehr aufrichtigen Freude enthalten: der Arbeiter habe sich nun in den Staat eingeordnet, er halte treu zu Kaiser und Reich und verteidige mit dem Land auch diejenigen Einrichtungen, welche die Sozialdemokratie bisher nicht schlecht genug habe machen können. Behörden und Bürger, Kaiser und Militär verstanden aber nicht, daß der weltgeschichtliche Augenblick, wenn anders er weltgeschichtliche Folgen haben sollte, nicht unverdient geschenkt wird. Das Tatbekenntnis der Arbeiterschaft zu Deutschland mußte auf seiten des Staats ein Tatbekenntnis der Einreihung des deutschen Arbeiters als gleichwertiges Glied in die deutsche Volksgenossenschaft und in den Staatsorganismus zur Folge haben, zur unmittelbaren Folge. Das wurde versäumt. Es fehlten die Kraft, die Erkenntnis und auch die richtige Grundempfindung dafür, daß mit der Schicksalsstunde des Weltkrieges auch eine Schicksalsstunde für die Entwicklung der sozialen Frage und damit der deutschen Volksfrage schlechthin gekommen war; daß die Leiter des Staates damals in der Hand hatten, die Sozialdemokratie und damit den Marxismus überhaupt zu vernichten, ihn verschwinden zu lassen und sich dafür eine deutsche Arbeiterschaft

zu schaffen. Nötig dazu wäre gewesen eine Umwälzung des Staates von oben her, sie würde nur konsequent gewesen sein, denn wie oft und lange hatte man in den herrschenden Schichten geseufzt: ja, wenn nur die Sozialdemokratie sich auf den nationalen Boden stellen wollte, wie anders würde dann alles liegen, wie gern würde man sie an der Regierung teilnehmen lassen. In diesem Sinne war es gemeint, als Kaiser Wilhelm II. Jahre vor dem Kriege an einen Bericht über den damaligen französischen Sozialisten Millerand, den späteren Präsidenten der Republik, die Randbemerkung machte: ja, wenn wir den hätten!

Aber die Kraft zu einer solchen Umwälzung fehlte und ebenso die Einsicht für ihre Notwendigkeit. Das Bestreben des Kanzlers, des Kaisers und ihrer Organe war in diesem Belang einzig und allein, sich möglichst gut mit den sozialdemokratischen Parteiführern zu stellen, damit diese ihren Einfluß auf die Massen im Sinne der Wünsche der Regierung ausüben möchten. Und dabei waren gerade diese Führer des Marxismus in Deutschland weit entfernt von den Gefühlen deutscher Erhebung, wie sie die Arbeiterschaft 1914 beseelt hatten. Diese marxistischen Führer machten aus der Zwangslage, in die der opferfreudige nationale Schwung ihrer eigenen Arbeitermassen sie gebracht hatte, in vollendeter Unwahrhaftigkeit eine Tugend. Ihr Gedanke war während des Krieges von Anfang an: was müssen wir tun, um die Sozialdemokratische Partei zu erhalten, um die Gefolgschaft der Massen nicht zu verlieren, um unseren Einfluß auf die Regierung zu erhalten und zu erhöhen, um möglichst patriotisch zu erscheinen und dabei unauffällig und jeweils bis an die Grenze des Möglichen die Massen zur Auffassung zu beeinflussen, daß der internationale Marxismus doch das Richtige ist und seine Verwirklichung das einzige Ziel zu bilden hat; daß der Krieg ein Krieg des Kapitalismus und des Militarismus ist und jeden Augenblick beendet werden könnte, wenn Deutschland nur wollte. Nach dem Kriege hat sich über dieses Thema viel Streit entsponnen, und Prozesse sind geführt worden. Die Führer der rechten Sozialdemokratie wälzten auf die Unabhängigen ab, diese auf die Kommunisten. Sie, die Rechtssozialisten, seien immer, und erst recht während des Krieges, die besten Patrioten gewesen, hätten sich freilich immer ein richtigeres Urteil bewahrt gehabt als die Regierenden und als die Generale. In Wirklichkeit ist es nur ein Unterschied des Grades gewesen. Ganz ähnlich wie in Friedenszeiten, als der linke sozialistische Flügel Gedanken und Mund voll Umsturz hatte, während der rechte schrittweise vorgehen wollte und überzeugt war, auf diese Weise sicherer zum Ziel zu gelangen. So, nur noch sorgfältiger im einzelnen berechnet, war die Taktik der Sozialdemokratie im Kriege. Man sagte niemals: diese Forderung stellen wir und verlangen unter allen Umständen ihre Bewilligung, sondern es hieß: wir sind in schwerer Sorge, denn wir fürchten, die Gewalt über die Massen zu verlieren, wenn nicht diese Forderung bewilligt wird. Wir tragen diese hier nur vor um des Vaterlandes willen und weil Einigkeit des gesamten Volks in der Notzeit des Krieges notwendiger ist, denn je. Die Leitung im deutschen Staat wurde im Laufe des Krieges immer schwächer, immer weniger sah sie ein Ziel, immer mehr verlor sie an dem immer schon unzureichenden Selbstvertrauen. Die Schwere des Krieges und der durch ihn geschaffenen Verhältnisse in Deutschland stieg von Monat zu Monat. Im selben Grade, genau und geschmeidig sich den Möglichkeiten anpassend, sorgte die Sozialdemokratie dafür, die zersetzenden Gedanken und Schlagwörter in die Bevölkerung gelangen zu lassen, unmerklich zu schüren und zu vergiften, nach außen dabei das vaterländische Gesicht sorgfältig wahrend. Gewiß gab es Ausnahmen auch unter den Führern, aber diese haben zum allergrößten Teil nachher die Partei verlassen; zu einer öffentlichen, dauernden und berechtigten Bedeutung unter ihnen ist allein August Winnig gelangt.

Hier Schwäche, dort Heuchelei

In dem Roman „Der Weg zurück" von E. M. Remarque, dem Verfasser des „Im Westen nichts Neues", findet sich die folgende Auslassung: „Ludwig steht auf. Seine Stirn ist rot. Seine Augen brennen. Er sieht Rahe dicht ins Gesicht. ‚Und warum, Georg, warum? Weil wir betrogen worden sind, betrogen, wie wir es kaum erst ahnen! Weil man uns furchtbar mißbraucht hat! Man sagte uns Vaterland und meinte die Okkupationspläne einer habgierigen Industrie — man sagte uns Ehre und meinte das Gezänk und die Machtwünsche einer Handvoll ehrgeiziger Diplomaten und Fürsten — man sagte uns Nation und meinte den Tätigkeitsdrang beschäftigungsloser Generale!' Er rüttelte Rahe an den Schultern. ‚Verstehst du denn das nicht? In das Wort Patriotismus haben sie ihr Phrasengewäsch, ihre Ruhmsucht, ihren Machtwillen, ihre verlogene Romantik, ihre Dummheit, ihre Geschäftsgier hineingestopft und es uns dann als strahlendes Ideal vorgetragen! Und wir haben geglaubt, es sei eine Fanfare zu einem neuen, starken, gewaltigen Dasein! Begreifst du denn nicht? Wir haben gegen uns selbst Krieg geführt, ohne es zu wissen! Und jeder Schuß, der traf, traf einen von uns! Hör' doch, ich schreie es dir in die Ohren: Die Jugend der Welt ist aufgebrochen, und in jedem Land glaubte sie für die Freiheit zu kämpfen! Und in jedem Land ist sie belogen und mißbraucht worden, in jedem Land hat sie für Interessen gefochten, statt für Ideale, in jedem Land ist sie zusammengeschossen worden und hat sich gegenseitig ausgerottet! Begreifst du denn nicht? Es gibt nur einen einzigen Kampf, den gegen die Lüge, die Halbheit, das Kompromiß, das Alter! Wir aber haben uns einfangen lassen von ihren Phrasen und anstatt gegen sie für sie gekämpft. Wir glaubten, es ginge um die Zukunft! Aber es ging gegen die Zukunft. Unsere Zukunft ist tot, denn die Jugend ist tot, die sie trug. Wir sind nur noch übriggebliebene Reste! Aber das andere lebt, das Satte, Zufriedene, es lebt satter, zufriedener denn je! Denn die Unzufriedenen, Drängenden, Stürmenden sind dafür gestorben! Bedenk das doch! Eine Generation ist vernichtet worden! Eine Generation Hoffnung, Glauben, Willen, Kraft, Können ist hypnotisiert worden, so daß sie sich selbst zusammenschoß, obschon sie in der ganzen Welt die gleichen Ziele hatte!"

Der Verfasser macht sich hier, man mag das bedauern, kann sich aber nach seinem ersten Buche nicht darüber wundern, die große Lüge des marxistischen Internationalismus zu eigen. Gerade in diesem Buche, das den Weg in ein kommendes besseres Deutschland zu schildern versucht, muß mit allem Nachdruck das Folgende festgestellt werden: Es ist eine krasse Unwahrheit, auch Ausnahmen sind da nicht gewesen, daß „eine Handvoll ehrgeiziger Diplomaten und Fürsten" und „beschäftigungsloser Generale" den Krieg gewollt oder auch nur irgendwie zu seinem Ausbruch beigetragen hätten. Die Stimmung dieser Kreise läßt sich ungefähr folgendermaßen in Kürze bezeichnen: Die einen befanden sich, und zwar etwa seit dem Jahre 1906, in schwerer Besorgnis für den Fall eines kommenden Krieges, die anderen glaubten überhaupt nicht, daß ein Krieg möglich sei. Nicht lange vor dem Kriege, im Winter 1913/14,

erschien von einem hohen Beamten, einem besonderen Günstling des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, ein vielbewundertes Buch, welches diese Frage untersuchte und als Ergebnis feststellte, es werde überhaupt keine Kriege mehr geben, jedenfalls keinen anderen als den Krieg auf dem Papier der Zeitungen. Man war in diesen Kreisen, und dazu gehörten besonders auch die des Handels, der Industrie und der Banken, überzeugt, daß jedem Volke und dessen Regierung das Risiko eines Krieges viel zu hoch wäre. Weltwirtschaft und Handel hätten die Interessen der Völker derart miteinander verflochten, jedes einzelne Volk sei höchst einträglicher Kunde des anderen; besonders in bezug auf England war auf Äußerungen der Kriegsbesorgnis die ständige Antwort: England werde doch unter keinen Umständen an einem Kriege teilnehmen, der seinen eigenen besten Kunden zugrunde richten solle. Die Welt sei eben heute auf Kaufen und Verkaufen eingestellt, der Handel blühe überall, besonders auch in Deutschland, niemand werde so töricht sein, dieses gegenseitige Verdienen, dieses so gewinnbringende internationale friedliche Zusammenarbeiten der Völker durch einen Krieg zu vernichten. Das war die aufrichtige Ansicht aller jener Kreise, auch der Industrie. Die deutsche Industrie wünschte in den Jahren vor dem Kriege am allerwenigsten einen Krieg, denn gerade ihr Gedeihen war so groß, daß es das Staunen, die Bewunderung und auch den Neid aller anderen Industriestaaten der Welt bildete. Ein Jahrzehnt weiteren Friedens hätte die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der ganzen Welt zu einer wirtschaftlich unangreifbaren gemacht. „Die Geschäfte gingen glänzend", schrieb Bethmann Hollweg nach dem Kriege in seinen Erinnerungen. Die Industrie hatte wahrlich nicht die geringste Ursache, Krieg zu wünschen. Wenn sie, nachdem der Krieg da war, und die Angriffslust der Nachbarn Deutschlands feststand, Teile feindlichen Industriegebiets oder deren Ausnutzung für Deutschland sichern wollte, so konnte das für den Fall eines deutschen Sieges auch nur im Interesse zukünftiger Erhaltung des Friedens liegen. Die Kriegszielprogramme Frankreichs, Rußlands und Englands dagegen haben dokumentarisch bewiesen, daß diese Staaten den Krieg gewollt hatten und führten, um Deutschland vollkommen zu zerstückeln, daß sie den Osten des Reichs an Rußland und den Westen an Frankreich gelangen lassen wollten. Wegen jener Wünsche einer Grenzregelung im Westen zugunsten Deutschlands hat der Krieg keine Stunde länger gedauert, und niemals haben deutsche Industrielle irgendwie auf Verlängerung des Krieges hingearbeitet. Und die „ehrgeizigen Diplomaten und Fürsten"! Solche Diplomaten waren in den anderen Mächten in der Tat vorhanden, wir brauchen nur den Namen des Russen Iswolski und der Franzosen Poincaré und Delcassé zu nennen. In Deutschland hat es keinen einzigen Diplomaten oder sonst hohen Beamten gegeben, der den Krieg gewünscht hätte. Im Gegenteil, es hat niemals Diplomaten, Staatsmänner usw. gegeben, die friedliebender waren als die in Deutschland. Und die Fürsten! Nun, die Friedensliebe des Kaisers war in der ganzen Welt seit langen Jahren anerkannt. Erst als die feindlichen Mächte ihre Rüstungen auf der Höhe glaubten und nun den entscheidenden Schritt vorbereiteten, begannen sie eine geschickte Propaganda mit der Behauptung als Kern: der deutsche Kaiser wolle nunmehr den Krieg. Randbemerkungen des Kaisers, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren, beweisen, daß Wilhelm II. nicht als Eroberer in den Krieg ging, sondern als ein verzweifelnder und gebrochener Mann.

Die Generale! Wie war es mit ihnen, wollten sie wirklich den Krieg? In den fünfzehn Jahren vor dem Kriege hat der Verfasser Schriften vieler Generale und Angehörige des Generalstabs gelesen und sie gehört, aktive und inaktive. Wohl gab es, und zwar den General von Schlieffen an der Spitze, in den Jahren 1905 bis 1908 einige, die meinten, wenn Deutschland damals nicht einen Anlaß zum Kriege benutzte, so würde es angesichts der gewaltig

zunehmenden Rüstungen der Gegner später einmal erdrückt werden. Nach Schlieffens Verabschiedung und nachdem Fürst Bülow jeden Gedanken an einen Krieg schroff abgelehnt hatte, griff die andere Auffassung in den regierenden Kreisen Platz, daß Deutschland einen Krieg unter allen Umständen vermeiden müsse, und je näher der Krieg tatsächlich rückte, desto mehr entwickelte sich diese Auffassung und Richtung zur blinden Annahme, daß ein Krieg überhaupt nicht kommen könne.

Ludendorff versuchte vergeblich zu erreichen, daß alle Wehrfähigen durch die militärische Friedensschulung hindurchgingen, und seine bekannte Denkschrift, die er nach dem Kriege veröffentlichte, trägt von Anfang bis zu Ende das Gepräge schwerer vaterländischer Besorgnis: Deutschland werde in dem sicher einmal kommenden Kriege nicht genügend gerüstet sein, um den mächtigen Feinden auf allen Seiten erfolgreich gegenübertreten zu können. Von Generalen und Generalstabsoffizieren aber konnte man während der letzten Jahre vor dem Kriege häufig hören: möge der Himmel Deutschland vor einem Kriege bewahren, jedenfalls solange Kaiser Wilhelm II. lebt! Man sprach schon damals mit einem gewissen Schrecken davon, daß der Kaiser durch Augenblickseinfälle die Mobilmachung stören könne. Tatsächlich verlangte er ja auch, als die Mobilmachung bereits ausgesprochen war, sie möge gegen Frankreich zum Stillstand gebracht werden. Nur die Weigerung des Generalstabschefs von Moltke verhinderte die Ausführung dieses katastrophalen Befehls. Niemals, auch nicht vor dem Kriege, hat eine Unterschätzung der anderen Mächte, ihrer Armeen und Flotten stattgefunden. Im Gegenteil war allen die ungeheure Schwere eines solchen Kampfes stets gegenwärtig.

Es wäre ja heute, mehr als ein halbes Menschenalter nach dem Beginn des Weltkrieges, auch für Nationalisten kein innerliches Hindernis, zuzugeben: gewiß, damals habe es Generale und Diplomaten gegeben, die den Krieg wollten, aber die geschichtliche Wahrheit ist eben eine andere. Für Deutschland wäre es besser gewesen, man hätte um die Jahre 1905 und 1907 die damals chronische europäische Spannung sich in einem Kriege entladen lassen, damals waren Frankreich und Rußland rüstungsmäßig so schwach, daß Deutschland den Krieg unter allen Umständen gewonnen haben würde. Das wäre kein frivoler Plan gewesen, sondern begründet und gerechtfertigt durch die jedem nüchternen Beobachter klaren Kriegsabsichten der feindlichen Mächte für den Augenblick, wo man hinreichend gerüstet sein werde.

Es ist also eine krasse Unwahrheit des Schriftstellers Remarque, wenn er die angeführten Sätze einem aus dem Kriege Zurückkommenden in den Mund legt und widerspruchslos als Wahrheit in dem Roman erscheinen läßt. Das aber ist wahr, und deshalb müssen wir hier und in diesem Zusammenhang davon sprechen, daß die Heimkehrenden, sofern sie nicht schon in der Front das Gift in sich aufgenommen hatten, nach der Rückkehr von allen Seiten dahin belehrt wurden: man hat euch belogen und betrogen, ihr seid nur für Ehrgeiz und Habsucht anderer in Not und Tod geschickt worden, man hätte den Krieg viel früher beendigen können, wenn jene Habgierigen und Ehrgeizigen nur gewollt hätten!

Wir verstehen jetzt auch, wie furchtbar jene Arbeitermassen, die im August 1914 in höchster innerer Erhebung zu den Fahnen gegangen waren, durch den Gedanken getroffen wurden, ihre Begeisterung und ihr Opfermut, die sie dem Vaterlande entgegengebracht hatten, seien ohne würdigen Gegenstand gewesen und sie selbst das Opfer unerhörten Frevelmuts der oberen Schichten. Es war wahrlich nicht zu verwundern, daß sie dann, weil sie die Lüge eben glaubten, in das Gegenteil umschlugen. „Alles wirft der Mensch in eine Pfütze, nur kein Gefühl!“ sagt Heinrich von Kleist, und so ist es Millionen von deutschen Kriegern

gegangen, Soldaten, aber auch Unteroffizieren und Offizieren. Und dieses große Unglück, denn ein solches war es, ist in seiner ungeheuren Tragweite wohl wenig in Deutschland gewürdigt worden. Dabei ist solche Würdigung schon psychologisch eine Notwendigkeit, denn wie war und ist sonst dieser ungeheure Umschlag in der Volksstimmung zu erklären. Die üblichen Antworten: Erlebnisse im Felde, Ärger über die hohen Löhne der zu Hause bleibenden Arbeiter, ungerechte Vorgesetzte usw. reichen denn doch nicht aus. — Man spricht in Deutschland gern davon, daß die Wahrheit sich immer durchsetze und endlich überall siegen müsse. In diesem Falle hat ohne Zweifel die Lüge gesiegt, und jetzt ist ihre Herrschaft auch hier noch nicht gebrochen. Nur durch die Lüge und ihre Herrschaft war es zu erklären, daß mit verschwindenden Ausnahmen die rückkehrenden Truppenteile sich, sobald sie in die großen Städte eingezogen waren, unter der marxistischen Propaganda auflösten und die Massen derjenigen, die sich im August 1914 aus dem marxistischen Sumpf beflügelt vom deutschen Gedanken erhoben hatten, sich jetzt wieder verzweifelnd und irre an allem in denselben Sumpf hineingleiten ließen. Sie wähnten sich betrogen, und sie waren auch in der Tat betrogen, aber von denen, die ihnen sagten, daß die Träger des alten Staates die Betrüger seien. Diese Vertreter und Träger des alten Staats waren schwach, sie waren Reaktionäre und noch manches andere, aber Betrüger waren sie sicher nicht. Haben sie jemanden betrogen, so sich selbst, und sie haben ihre Strafe dafür erhalten. Von der Seite des Marxismus gesehen, war mit dem Zusammenbruch und dem Umsturz der Kreis geschlossen.

Als der Krieg begann, fügte sich die Sozialdemokratie dem Zwange der Umstände, heuchelte ein vaterländisches Gesicht vor den Arbeitern wie vor den Vertretern des Reichs, erspähte und benutzte jede Lockerung dieses Zwanges auf allen Gebieten, begann ihre unterirdische Zersetzungsarbeit mit größter Vorsicht und unter allen erdenklichen Verkleidungen. Je schwächer die andere Seite wurde, desto größer die Unverfrorenheit der Giftpropaganda, bis zu jenem letzten Augenblick, als der Kaiser Volk und Heer und Land verließ. Da war der unterirdische Kampf gewonnen, der Marxismus hatte gesiegt, die Arbeitermassen, die im August 1914 ihn besiegt und lahmgelegt hatten, wurden mit dem November 1918 wieder seine belogenen und betrogenen Werkzeuge.

Man kann sich vorstellen, daß diejenigen Soldaten des Weltkrieges, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen waren und der großen landesverräterischen Lüge des Marxismus nicht anheimgefallen waren, von namenloser Wut erfaßt wurden. Nun verstehen wir erst ganz die Stimmung, die Hitler erfüllte, als er aus dem Felde ins Lazarett und dann, nach dem Umsturz, aus dem Lazarett nach München gekommen war. Er und alle, die so empfanden und dachten wie er, sahen im Umsturz des Novembers ein Verbrechen gegen Staat und Volk. Sie begriffen das ohne spitzfindige Überlegungen, ohne nähere Kenntnis der einzelnen Vorgänge. Sie alle, jene jungen Leute des Krieges, waren um so furchtbarer getroffen, weil ihnen das Deutsche Reich, das Kaisertum und auch der Kaiser selbst den höchsten und strahlenden Ausdruck von Deutschtum und deutscher Ehre und Zukunft bedeuteten. Und nun war das auf einmal verschwunden, der Kaiser fort und im Lande der Umsturz, überdies in einer so schmutzigen und niedrigen Form, daß die ganze Welt befremdet ihrem Ekel offen Ausdruck gab. Dieser Kriegsgeneration waren alle jene seit Jahren angesammelten Sorgen und Bedenken in betreff der Person Kaiser Wilhelms nicht bekannt, vor allem galt das von seiner Schwäche. Ebenso sind es wohl nur wenige gewesen, die in den Jahren vor dem Kriege den Internationalismus und den Widerstand gegen alles Nationale und dessen damalige stärkste Verkörperung: Monarchie und Heer, in unheimlichem Tempo wachsen sahen. Auch wir waren

niedergeschmettert durch die Nachricht: der Kaiser sei nach Holland gegangen, aber wir wunderten uns nicht. Jedoch die kämpfenden Massen des Weltkrieges sahen sich gerade in diesem Punkte vor einem furchtbaren, unbegreiflichen Rätsel. Wo sollte jetzt der Halt sein, wo gab es überhaupt noch feste Werte? Gerade die Berufssoldaten, Unteroffiziere und Offiziere sahen sich ihrer Stütze und ihres inneren Halts beraubt. Der deutsche Offizier hatte sich wenig oder gar nicht mit Politik abgegeben. Was er unter Politik verstand, das war in der Hauptsache ein nationales Kredo, einfach und klar, an dem er die Fragen des Tages und ihre Behandlung durch Regierung und öffentliche Meinung maß. Dieses nationale Kredo hatte seinen festen Boden auf der Monarchie und derem jeweiligen Repräsentanten, dem Deutschen Kaiser. Man hat später gesagt: der deutsche Offizier hätte sich in Friedenszeiten mehr mit Politik beschäftigen müssen. Das ist, in dieser Allgemeinheit ausgedrückt, sicher unrichtig. Der jüngere Offizier, der Frontoffizier, konnte das durchschnittlich nicht. Die Zeit, die ihm neben dem praktischen Dienst übrig blieb, mußte er für seine theoretische Fachausbildung verwenden. Der ältere Offizier war nicht mehr dazu in der Lage. Anders stand es mit den höheren Führern. Diese hätten allerdings Pflicht und Möglichkeit gehabt. Sie wären in der Lage gewesen, sich selbst jedenfalls sachlich systematisch über die politische Lage und die Verhältnisse zu unterrichten. Freilich muß man hier andererseits sagen: mit Ausnahme sehr weniger hoher Offiziere der früheren deutschen Armee war gerade bei solchen ausgezeichneten militärischen Fachleuten politisches Verständnis und Urteil wenig entwickelt; ob überhaupt entwickelbar, war eine Frage, die nur in jedem persönlichen Einzelfall hätte beantwortet werden können. Ein genialer, tief und allseitig durchgebildeter Geist, ein edler, uneigennütziger Charakter, ein, alles in allem, homme superieur, wie der Feldmarschall Freiherr Kolmar von der Goltz, wäre gewiß jeder höchsten politischen Stellung ohne weiteres gewachsen gewesen. Hätte er vor dem Kriege den Posten des Reichskanzlers bekleidet, so würde vermutlich der Krieg nicht ausgebrochen sein; wäre Kolmar von der Goltz während des Krieges Kanzler geworden, so würde Deutschland den Krieg nicht verloren haben. Auf der anderen Seite zeigen so bedeutende Soldaten wie Hindenburg und Ludendorff, daß hervorragende militärische Befähigung das Fehlen aller politischen Begabung einschließen kann. Die Geschichte zeigt an vielen großen und kleinen Beispielen, daß die Vereinigung politischer und militärischer Befähigung verhältnismäßig selten ist und daß, abgesehen vom Herrscher oder Staatsleiter, eine Trennung des militärischen und politischen Faches stattfinden muß, ganz abgesehen auch davon, daß jedes der beiden Fächer oder Berufe den Mann vollkommen in Anspruch nimmt. Es gibt aber Lagen, wo gerade der General vor politische Aufgaben gestellt wird, ob er will oder nicht.

In der alten deutschen Armee war die Verbindung des ältesten wie des jüngsten Offiziers mit dem Kaiser bzw. König eine ganz unmittelbare und lebendige. Auf seinen Souverän leistet er den Fahneneid, er trägt „des Kaisers Rock", sein ganzes Berufsleben und, da er in seinem Berufe aufgeht, sein ganzes Leben überhaupt, steht im Zeichen des Souveräns, des Kaisers. Wird hier der Einwand erhoben, daß damals Souverän und Kaiser nur im Falle Preußen identisch gewesen seien, so ist das an sich richtig. Für jedes Kontingent der Armee war der Landesherr der Souverän, auf den der Fahneneid geleistet wurde. Ungeachtet dessen war der Kaiser der Oberste Kriegsherr, er stand über allen anderen dem Offizier und dem Soldaten gegenüber, unter seinem uneingeschränkten Oberbefehl stand das gesamte Heer im Kriege. Für jeden Angehörigen der Wehrkraft war der Gehorsam dem Kaiser gegenüber ein unbedingter. Kein Parlament noch irgendeine andere staatliche Einrichtung stand zwischen

dem Kaiser und den Soldaten, auch die Militärgerichtsbarkeit, die strafgerichtliche wie die ehrengerichtliche, unterstand ihm. Für den Offizier im besonderen war der Kaiser der Pol, um den sich alles zu drehen und nach dem sich alles zu richten hatte. Kritik am Kaiser war etwas Unmögliches. Sie wurde freilich viel geübt, um so mehr, je höher die Grade und Stellungen der Offiziere waren, aber der grundsätzliche Standpunkt schloß eine Kritik an allem, was der Kaiser tat oder sagte, als unerlaubt, als den Pflichten eines Offiziers widersprechend, ohne weiteres aus.

Ein gebrochener Mann, in der Stimmung eines Verzweifelten, ging der Kaiser in den Krieg. Und schon bald fiel auf, wie dieser Monarch, der früher mit seiner Gegenwart und seinen Reden gerade die Öffentlichkeit zu beherrschen suchte und es auch lange weitgehend tat, immer stummer und immer unsichtbarer wurde, in der Heimat wie an der Front. Dieser friedliebendste aller Monarchen, der weder vordringende Energie noch eiserne Widerstandskraft besaß, war der ungeheuren Last der Lage und seiner Verantwortung nicht gewachsen, beide drückten ihn so nieder, daß er sich in seinem Hauptquartier, umgeben nur von einer Reihe Vertrauter, zurückgezogen hielt. Und diese seine Umgebung betrachtete es als ihre Aufgabe, alles Unangenehme und Schmerzliche von ihm fernzuhalten, da er solches nicht ertragen könne. Anstatt in der schweren und furchtbaren Zeit des Krieges gerade dem Volke daheim und an der Front als Führer — natürlich nicht im militärischen Sinne gemeint — zu erscheinen und immer und überall da zu sein, wo Aufrichten, Hilfe, Ermutigung, Zeigen von Furchtlosigkeit und Autorität notwendig war, trat der Kaiser im Laufe der Kriegsjahre ganz in den Hintergrund; man hörte, spürte und sah nichts von ihm. Diese Tatsache schon brachte dem monarchischen Gedanken schweren Schaden, und nicht selten haben besorgte Freunde der Monarchie vergeblich versucht, ein anderes Verhalten des Kaisers zu veranlassen. Verwunderung herrschte auch in der Armee: es fehlte etwas, wovon jeder fühlte, daß es jetzt gerade hätte da sein müssen. Aber der Offizier, jedenfalls die Masse der Offiziere, fand sich mit der Erklärung ab: der Kaiser hat zuviel Pflichten, er wird selbst am besten wissen, wo er am nötigsten ist, uns steht eine Kritik nicht zu! — Aber man vertraute, halb bewußt, halb unbewußt, auf die Zusammenstellung der Namen: der Kaiser und Hindenburg und Ludendorff, sie bleiben, was auch kommen mag, der unentwegbare Halt des Vaterlandes, um den sich alles fest herum zu schließen hat, und dann kann nichts so schlimm kommen, daß es nicht zu überstehen wäre!

So wirkte das für den politisch Außenstehenden ganz plötzliche, widerstandslose, fluchtartige Verschwinden der Monarchen von ihren Thronen und vollends das des Kaisers auf die Armee geradezu vernichtend. Dadurch ist in der Hauptsache erklärlich, daß so zahlreiche Offiziere zu den republikanischen Parteien gingen und sich sogar dem Marxismus in die Arme warfen. Die Versuche, die besonders auch von hohen Offizieren gemacht wurden und werden, das Verhalten Kaiser Wilhelms II. zu entschuldigen oder gar zu rechtfertigen: er habe mit seinem Übertritt nach Holland das Beste gewollt und das Richtige getan, sind hier nicht zu erörtern. Wir können nur feststellen, daß die Wirkung dieses Schrittes auf die Angehörigen der Wehrkraft und auf die politische Lage in Deutschland eine im Sinne des Begriffs verhängnisvolle, verheerende gewesen ist.

Der Soldat kehrte mit Schluß des Krieges in das bürgerliche Leben sowieso zurück, für den Offizier gab es das nicht, sein Lebensberuf war der militärische Dienst in Krieg und Frieden unter dem kaiserlichen Obersten Kriegsherrn. In der schlimmsten Stunde des Krieges verließ der Oberste Kriegsherr Heer und Land, für den Offizier war damit die Achse seines Daseins, das Zentrum seiner Anschauungen plötzlich verschwunden, an der Stelle stand ein

Nichts. Der Offizier war Vorgesetzter von einzelnen Soldaten oder kleineren und größeren Verbänden. Überall da und in jeder anderen Dienststellung war er der Vertreter des Allerhöchsten Kriegsherrn gewesen, hatte sich pflichtmäßig als solcher gefühlt und war von seinen Untergebenen als solcher betrachtet und geachtet worden. Nun fehlte das alles mit einem Schlage, was blieb, war einzig und allein seine Persönlichkeit und die Achtung, die er durch sie, seine Persönlichkeit, seinen Untergebenen einzuflößen vermochte. Dazu kam, was an gewohnter, in Fleisch und Blut übergegangener Disziplin vorhanden war. Der Offizier, sofern er seiner Aufgabe gewachsen war, wurde im Kriege noch mehr als früher der Berater seiner Untergebenen. Und gerade in dem Augenblick der furchtbaren Katastrophe konnte der Offizier seinen Soldaten nichts anderes geben, nichts anderes raten, als das, was er unverlierbar in seiner Persönlichkeit trug. Persönlichkeiten sind immer in der Minderheit gegenüber den vielen, die nicht als Persönlichkeiten angesprochen werden können. Sie konnten wohl hinweisen und haben es getan, auf den Weg der Pflicht und der Ordnung, auf den Weg des Gehorsams. Sie konnten hinweisen auf das Beispiel des Führers der in die Heimat zurückkehrenden deutschen Armeen, den Feldmarschall von Hindenburg. Er hatte in einem Erlaß an die Truppen mit eindringlichen Worten ihnen gesagt, wieviel davon abhinge, daß sie geordnet zurückmarschierten und ihren Führern — denen sie ja nach dem Verschwinden des Kaisers förmlich nicht mehr verpflichtet waren — Folge leisteten. Aber weiter ging es im allgemeinen nicht. Und wenn der Soldat dem Offizier vorhielt: es zeige sich doch, daß die Leute in Berlin recht hätten, denn Hindenburg habe sich dem Präsidenten Ebert unterstellt, was sollte der Offizier — wir sprechen immer vom Durchschnitt — antworten, ganz abgesehen von der damaligen Unvollkommenheit der Unterrichtung des Heeres über die Verhältnisse in der Heimat. Hindenburg galt für das Heer ebensowohl als verehrungswürdige Persönlichkeit wie als höchste militärische Autorität. Verband er sich mit der Republik, so mußte es wohl richtig sein. Diese Republik wurde dargestellt zunächst durch einen Ausschuß aus der rechten Sozialdemokratie und den Unabhängigen, dann nur durch die rechte Sozialdemokratie. Diese Leute nannten sich Volksbeauftragte, obgleich das Volk nie daran gedacht hatte, sie, die eigentlichen Umstürzler, mit der Leitung der deutschen Angelegenheiten zu beauftragen. Aber sie mußten, so schloß notwendigerweise der Soldat und eine sehr große Zahl der Durchschnittsoffiziere, die Richtigen sein. Sonst wäre ja doch unmöglich, daß Hindenburg sich dem Sozialdemokraten Ebert unterstellte. Hatten die Sozialdemokraten also nicht doch recht gehabt? Waren die Sozialdemokraten nicht jetzt überhaupt die Retter? Und wenn sie es waren, lag da nicht auf der Hand, daß sie auch recht gehabt hatten mit ihrer Stellung gegen die Monarchie, gegen den Kaiser? War nicht der heutige Stand der Dinge: die Sozialdemokraten als Regierung im zusammengebrochenen Staat und nach der Flucht des Kaisers der klarste Beweis auch für die sozialdemokratischen Behauptungen, daß der Krieg ein Verbrechen der Monarchie gewesen sei, und daß man ihn unglaublich frevelhafterweise dann noch ohne Not bis zum Zusammenbruch verlängert habe? Daß es ein Eroberungskrieg gewesen war, daß das Volk auch nach dieser Richtung hin auf das schändlichste belogen und betrogen worden war? Sonst, und diesen Beweisgrund hat man damals so oft gehört, wäre es doch ausgeschlossen, daß der Feldmarschall Hindenburg, dieses Urbild des alten preußischen Offiziers, an dessen Lauterkeit und Gerechtigkeit niemand im Heer und in der Heimat zweifelte, gerade jetzt gemeinsame Sache mit dem sozialdemokratischen Republikanertum machen konnte. Damals war noch nicht bekannt, daß es gerade Hindenburg gewesen war, der den Kaiser ins Ausland hatte gehen lassen. Er hat sich selbst später dahin geäußert: einen anderen Weg habe es

Nr. 8. Der erste Parteitag 1922. Oberländer-Gruppe im Zuge

Nr. 9. Zusammenstöße mit der Polizei während des Turnerfestes im August 1923
Hitler (×) verhandelt mit der Polizei

Nr. 10. Ansprache Hitlers an seine Getreuen in Freimann 1923

Nr. 11. Am 1. Mai 1923 auf dem Oberwiesenfeld bei München. Bereitschaft der Nationalsozialisten gegen einen roten Putsch

schlechterdings nicht gegeben, wenn man den Kaiser nicht als Gefangenen der Feinde oder der Revolutionäre habe sehen wollen. Wir haben hier ein Beispiel, wie ratlos und hilflos und auch blind ein großer Soldat plötzlich nichtmilitärischen Problemen gegenüberstehen kann. Hindenburg dachte als alter disziplinierter Soldat, und so schien ihm vollkommen unmöglich, den Kaiser in solche Lage gelangen zu lassen, er sah aber nicht in eine weitere Zukunft, es kam ihm nicht in den Sinn, welch furchtbaren Schlag die Monarchie, der monarchische Gedanke, auch der nationale Gedanke, in Deutschland dadurch erleiden mußten.

Die Soldaten der Front, der Etappen, der Lazarette und des Urlaubs hatten schon viele Monate vor der Katastrophe gehört und gelesen: da drüben jenseits des Atlantischen Ozeans gäbe es einen weisen, mächtigen und gerechten Mann, den Präsidenten Wilson der Vereinigten Staaten, der wolle den Frieden, einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. Er sei in seinen Anschauungen ein warmer Vertreter der Freiheit der Völker und deshalb ein Gegner der Monarchien und Despotien wie das Deutsche Reich. Er habe den anderen Mächten gesagt, man wolle mit Deutschland Frieden schließen und mit dem deutschen Volk als Bruder leben, sobald es sich eine seiner Kultur würdige Staatsform gegeben hätte. Mit dem Kaiser, mit den Hohenzollern überhaupt, könne man keinen Frieden schließen, einmal wegen ihrer Untaten im Kriege und weil sie den Krieg verursacht hätten, dann auch, weil sie und das preußische Junkertum und die raffsüchtigen Industriellen das freie deutsche Volk unwürdig geknechtet hätten und weiter knechten wollten. Er, Wilson, und ebenso die anderen Mächte liebten und achteten das wirkliche, eigentliche deutsche Volk, haßten aber seine preußischen Unterdrücker und Tyrannen. Es sei unerhört, daß ein Oberster Kriegsherr durch Entfesselung eines Kriegs und durch Weigerung des Friedensschlusses über Leben, Tod und Eigentum der Deutschen zu verfügen sich anmaße. Wenn das deutsche Volk, das ja nicht den Krieg gewollt habe, als ein freies, sich selbst regierendes Volk geachtet unter den anderen Völkern der Welt friedlich leben wolle, dann möge es Schluß machen mit „Kaiserismus" und „Militarismus" und dem großen und weltmächtigen Präsidenten der freien amerikanischen Union sich anvertrauen! Die sogenannten vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson galten immer weiteren Kreisen in Deutschland als ein Evangelium, und dabei waren sie, wie schon lange dokumentarisch feststeht, von vornherein nur dazu berechnet gewesen, die Deutschen zu spalten, die Bewegung in Deutschland gegen Kaiser und Monarchie zu stärken und den Widerstandswillen zu zersetzen und zu lähmen. Aber dieses Spiel, die alte Übung seit Jahrtausenden: die Deutschen durch die Deutschen zu besiegen, durchschauten damals nur wenige. Im Gegenteil, man schwor auf Wilsons Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, und die republikanischen Parteien in Deutschland, an der Spitze die Vertreter des Marxismus, begrüßten Wilsons Propaganda gegen die deutsche Monarchie mit triumphierendem Dank. Sie ließen es sich nach außen nicht merken und sprachen nur von dem armen Vaterlande, das ja leider nur gerettet werden könne, wenn die Monarchie vom deutschen Boden verschwände.

Auf der ganzen Linie gesiegt!

Die Armee kehrte zurück, je näher man der Heimat kam, desto lebendiger wurde die Frage in den Herzen: wie ist die Lage? O, wir sind jetzt gerettet, die Regierenden haben alles vertrauensvoll in die Hände des weisen Präsidenten Wilson gelegt, jetzt werden wir den Frieden der Gerechtigkeit erhalten, nun der Kaiser endlich fort ist und alle Throne umgestürzt sind. So wurde der Soldat auch von den republikanischen Behörden empfangen, und so erzählte ihm die Presse, so hörte er in Versammlungen: es ging nicht anders, es war nicht mehr auszuhalten. Die Fürsten und die herrschenden Schichten sind Opfer ihres schlechten Gewissens und ihrer Unfähigkeit geworden, mutig haben die marxistischen Parteien sich in die Bresche gestellt, um Deutschland in dieser furchtbaren Not nicht zugrunde gehen zu lassen, um das Volk vor Verhungern und den Staat vor dem Chaos zu bewahren: ihr Heimkehrenden, was ihr auch politisch denken mögt, helft und findet euch mit den Dingen als der Grundlage ab, auf der wir alle zusammenarbeiten müssen.

Freilich, wenn sie dann hineinkamen in die großen Städte, in die Fluten der Gemeinheit und des Schmutzes, dann wurde wohl manchem klar, daß man ihn wie die anderen belogen hatte, aber wie viele waren es, die verbittert und gleichgültig und, vor allem, mürbe geworden, die Schultern zuckten und sagten: was hilft's, die Sachen sind, wie sie sind, wir können nichts ändern, heulen wir also mit den Wölfen! Und wenige waren es, wenigstens in der ersten Zeit, die sich auch selbst niemals verloren hatten, sich nicht erst auf sich wieder zu besinnen brauchten, welche die innere und äußere Energie fanden und entschlossen waren, sich mit allen Kräften gegen Gemeinheit, Internationalismus und Vaterlandslosigkeit zu stemmen und deren Vertreter bis aufs Blut auf das äußerste zu bekämpfen. Denn es handelte sich in der Tat für den Marxismus, die Demokratie und das beide beherrschend durchdringende Judentum darum, das deutsche Volk zur Vaterlandslosigkeit zu erziehen. Der Marxismus glaubte den entscheidenden Augenblick für seinen Erfolg in Deutschland nunmehr gekommen.

Mit allen Mitteln sollte nun zunächst die Organisation des alten Heeres aufgelöst, das Offizierkorps entwurzelt und an den Bettelstab gebracht werden, der militärische Geist mußte verschwinden. Es gab keine Hetzerei, die gemein genug und keine Verleumdung, die niedrig genug gewesen wäre, um zu diesem edlen Zwecke dem damaligen Republikanertum zu genügen. Hier biß man aber vielfach auf Granit. Soldaten und Offiziere, denen die Straßenbüttel der revolutionären Drahtzieher Kokarden, Achselstücke und Waffen mit Gewalt entrissen, sind nachher die unversöhnlichsten Feinde jener Republik geworden, die aus der Revolution hervorgegangen ist, von welcher der Kardinal Faulhaber sagte, sie sei aus Meineid und Verrat entstanden.

Ganz wenige aber sind es gewesen, die nach ihrer Rückkehr alle Gedanken an eigene Zukunft bewußt hintansetzten, nur im Gedanken, zu helfen und zu bessern und den nationalen Gedanken wieder aus dem Schmutz herauszuholen und ihn hoch emporzuheben. Einer von

diesen wenigen ist Adolf Hitler gewesen. Noch im Lazarett liegend, faßte er diesen Entschluß, nur wußte er noch nicht, wie er ihn verwirklichen, wie und wo er anfassen konnte. Seitdem er sich im Hochsommer 1914 freiwillig zum Heere meldete und dann hinauszog, ist er niemals innerlich, geschweige denn nach außen, von seiner geraden Linie der Pflicht, des nationalen Stolzes und des militärischen Geistes abgewichen. Vier Kriegsjahre, Verwundungen und zuletzt die furchtbare Enttäuschung hatten seine innere Festigkeit und Elastizität nicht beeinträchtigen können. Im Gegenteil, heftiger denn je strebte sein Wille in die Zukunft und mehr, wollte Zukunft gestalten, deswegen suchte er nach dem Hebelpunkt, und so kam Hitler zu den Sechsen als ihr Siebenter, und jetzt verstehen wir auch, wie schwer und ernst er es mit seiner Entscheidung nahm, ob er beitreten solle oder nicht. So hatte die deutsche Arbeiterpartei im Frühjahr 1919 ein neues Mitglied erhalten, das, so erzählte ja Hitler selbst, entschlossen war, Politiker zu werden, nicht sich einer großen, alten Partei anzuschließen, sondern selbst eine Partei zu bilden und zu führen und zu diesem Ziel den unfertigen Anfang, die „Deutsche Arbeiterpartei", zu benutzen.

Aber wie sah es damals in Deutschland aus, wie sah sich das Feld an, auf dem Hitler sich zu betätigen begann? Wie war der Zustand geworden, wer waren die Persönlichkeiten, die ihn bewirkt hatten und mit allen Kräften zu erhalten und weiter auszugestalten bestrebt waren?

Am 9. November 1918, gegen 2 Uhr nachmittags hoben hilfreiche Genossen, unter ihnen ein bis ins Mark deutschfeindlicher Däne, ein intimer Freund Herrn Scheidemanns, den sozialdemokratischen Abgeordneten und bisherigen kaiserlichen Staatssekretär Philipp Scheidemann auf die Ballustrade des Balkons der Reichskanzlei. Auf der Straße befand sich eine große Ansammlung von Menschen. Scheidemann wandte sich mit der folgenden Ansprache in Tönen des höchsten Pathos an die Hörer und in Wirklichkeit vor allem an die schnell herbeizitierten Zeitungsberichterstatter:

„Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen, der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören." Scheidemann bat die Menge, man solle diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volks nicht beschmutzen lassen, die Sicherheit dürfe nicht gefährdet werden. „Wir müssen stolz sein in alle Zukunft auf diesen Tag!" Scheidemann teilte weiter mit, dem Oberkommandierenden in den Marken und dem Kriegsminister werde je ein Beauftragter beigegeben, der Verfügungen gegenzuzeichnen hätte, im übrigen seien nur die von Ebert unterzeichneten Kundgebungen gültig. Zum Schluß ließ Scheidemann noch einmal die Republik leben.

Das arme, betrogene deutsche Volk wußte nichts von einem „glänzenden Siege", von einem „vollen Siege". Es folgte verblendet und verhetzt den entrollten Lügenfahnen der „Volksbeauftragten". E i n Sieg freilich war in jenem Augenblick, zunächst in aller Stille, erfochten worden, nämlich der Sieg des rechten Flügels der Marxisten unter Scheidemann, Ebert u. a. m. über den linken Flügel. Vom Umsturz selbst schrieb das Parteiorgan der Sozialdemokratie, der Vorwärts, nachher: „Die Revolution vom 9. November — auch das muß einmal rund heraus gesagt werden — war ein Kinderspiel, weil damals die Sozialdemokratie schon in der Regierung saß und dadurch jede Gegenwehr der Regierung hinderte." Sieger pflegen sonst ihre Kampfleistung nicht als Kinderspiel herabzusetzen. Tun sie es doch,

so wird man an der Berechtigung solcher Ausdrücke um so weniger Zweifel hegen dürfen. Anfang Oktober 1918 war die Sozialdemokratie in die — Kaiserliche Regierung eingetreten, die Genossen Scheidemann, David, Bauer gehörten ihr an; es war das Kabinett des Prinzen Max von Baden, eines liberalisierenden Hamlet, freilich ohne dessen Menschenkenntnis, Tiefe, Geist und Mut, aber ausgerüstet mit allen Schwächen der meisten letzten Vertreter des kaiserlichen Regimes, in erster Linie mit der Schwäche.

Damals zeigte sich, wie schon so oft in der Geschichte, die typische Erscheinung, daß ein schwacher Herrscher in schwieriger, krisenhafter Lage sich vertrauensvoll in die Hände seiner Todfeinde begibt. Der Kaiser war in der Tat im Wahne befangen, oder mag er ihn sich in halbbewußter Selbstblendung suggeriert haben, er werde so die Monarchie zum mindesten, aber auch vielleicht sich selbst als Monarchen erhalten. Als er auf das Drängen der gesamten Linken Ludendorff entließ, erklärte der Kaiser ihm, er werde nunmehr versuchen, das Reich mit Hilfe der Sozialdemokratie neu aufzubauen; der Kaiser das Reich neu aufbauen mit den Sozialdemokraten, den Todfeinden des Kaisers, der Monarchie, des nationalen Gedankens und einer nationalen Wehrkraft! Ludendorff hatte recht, als er von dieser letzten Unterredung zurückkehrend, seiner Frau sagte, der Sturz der Monarchie sei nunmehr besiegelt.

In rascher Folge beseitigte dieses „Kriegskabinett" die Grundlagen des monarchischen Systems, nahm dem Kaiser die Kommandogewalt über das Heer und machte seine Tätigkeit und alle Entschlüsse vom Parlament abhängig. Diese Akte der Entrechtung würden auch dann die Vorstufen zur völligen Beseitigung der Monarchie selbst gewesen sein, wenn der Novemberaufstand nicht eingetreten wäre. Der verblendete Monarch aber, der von Hoffnungen und Illusionen nicht lassen konnte, begleitete die für seine Entrechtung und Entmachtung und die Parlamentarisierung des Reichs und der Einzelstaaten von seinen Verderbern getroffene Entscheidung mit einem pathetischen Erlaß, den auch die Bundesfürsten unterzeichneten: Eine neue Epoche habe begonnen, wichtige Rechte des Monarchen seien auf das Volk übertragen worden. Das deutsche Volk möge so „aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft gewinnen". In diesem Augenblick, als er das bisherige System und die Monarchie der Entwurzelung preisgab, schrieb Kaiser Wilhelm II. in diesem seinem Erlasse: „Das Kaiseramt ist Dienst am Volke." Wie mögen Scheidemann und seine Freunde gelacht haben, als Wilhelm II. den Erlaß zur Veröffentlichung bestimmte. Anderthalb Jahre vorher schrieb der letzte russische Zar in sein Tagebuch: „Meine Abdankung notwendig ... ringsum Verrat, Feigheit, Betrug!" Und einen Monat später hatte der Kaiser abgedankt, auch umringt von Verrat, Feigheit und Betrug, dabei aber vollkommen Herr seiner Entschlüsse, und jeden Augenblick in der Lage, das um ihn gespannte Netz zu zerreißen. Hierzu war aber der Wille nicht vorhanden.

Für die Umsturzparteien kam es während dieser Monate zunächst weniger auf das Tempo an als darauf, daß die Macht in irgendeiner Form, wenn auch in Etappen, aber unaufhaltsam, auf sie überging. Das wurde mit jenem Oktoberanfang 1918 erreicht, ohne Anstrengung, ohne Risiko, „ein Kinderspiel".

Autoritativ und beschleunigend kam den Umstürzlern der Präsident Wilson zu Hilfe. Sein Verlangen nach Beseitigung der Monarchie, das man im Dezember und Januar so wirkungsvoll gegenüber den heimkehrenden Truppen ausnutzte, war im Oktober und November 1918 ein höchst wirkungsvolles Mittel mehr für die offenen und verkappten Umstürzler zur Beeinflussung der Volksstimmung in der Heimat. Jetzt, so flüsterte man dem deutschen Volk ein, habe es der Kaiser in der Hand, dem deutschen Volk den Frieden zu bringen, und zwar

augenblicklich. Wie könne der Monarch noch zögern, wo doch der Krieg verloren sei, je schneller er abdanke, desto besser. Nebenbei bemerkt: in einer früheren Periode des Weltkrieges versuchten freilich aus ganz anderen Motiven nationale Kreise, zu denen auch der Verfasser dieses Buches gehört, darauf hinzuwirken, daß der Kaiser abdanke. Man sah schon seit 1915 voraus, daß ein erträgliches Ende des Krieges nur möglich sein werde, wenn eine starke, rücksichtslose Hand und ein zielbewußter Kopf alle deutschen Kräfte zusammenfasse. Nur so, davon waren wir durchdrungen, würde auch die Monarchie erhalten werden können.

Die äußeren Feinde Deutschlands, damals unter der nominellen Führung Wilsons, strebten mit so großer Energie auf sofortige Beseitigung des „Kaiserismus" und den Umsturz in Deutschland hin, weil sie wußten, daß damit die deutsche Widerstandskraft zu Ende sein und die Schächtung des deutschen Volkes ungehindert würde vor sich gehen können. Die innerhalb Deutschlands auf Beseitigung der Monarchie und des durch sie bedingten Systems seit lange schon hinarbeitenden Parteien und hinter ihnen stehende ungenannte Kräfte wollten selbst zur Macht kommen. Das war ihr Hauptziel. Nach dem 9. November jubelte die jüdische Presse und triumphierten jüdische Redner in Versammlungen offen über dieses herrliche Ergebnis, denn es stelle die Befreiung des deutschen Volks dar. Im übrigen gaben sich in allen Umsturzkreisen viele tatsächlich dem Wahne und dem leichtfertigen Vertrauen hin: wären Kaiser und Monarchie und „Militärherrschaft" erst einmal verschwunden, so würden die Feinde dem deutschen Volke tatsächlich einen milden, einen „gerechten" Frieden geben, seinen Besitz und sein Gebiet nicht schmälern, ihm nur erträgliche Lasten auflegen und es bald frei und gleichberechtigt mit den anderen europäischen Völkern leben lassen.

Im großen und ganzen war es den Vertretern des Marxismus und dem jüdischen Internationalismus, der auch noch hinter anderen Parteien stand, recht gleichgültig, wie die Friedensbedingungen der Feinde ausfallen würden: ihnen würde es dabei auf keinen Fall allzu schlecht gehen. Die Führer des rechten Marxismus, also die Ebert, Scheidemann usw., trugen an der Frage der Bedingungen des Waffenstillstandes und des später folgenden Friedensvertrages nicht allzu schwer. Ihre Organe stellten die Aussicht der Bevölkerung folgendermaßen dar: Nach Abschluß des Waffenstillstandes werde es sich nur noch um eine kurze, unangenehme und vielleicht recht schwere Periode für das deutsche Volk handeln. Durch die werde man schnell durchkommen, und dann beginne das goldene Zeitalter allgemeiner Völkerfreundschaft, wie ja auch Wilson, unser großer und mächtiger, gerechter Richter und Schützer wolle. Die linken Parteien, damals bis weit in die politische Mitte hinein, benutzten, teils laut, teils leise, in Verbindung ihrer Außenpolitik mit ihrer Innenpolitik die Lüge, Deutschland sei am Weltkriege schuld gewesen, habe ihn gewollt, vorbereitet und vom Zaun gebrochen. Seine Stellung zur Schuldfrage hatte Wilson bereits im Herbst 1914 in einer unverschämten Depesche an den deutschen Kaiser deutlich im Sinne einer Anklage gegen Deutschland und besonders gegen ihn, den Kaiser, zum Ausdruck gebracht. In seinen bzw. seines Staatssekretärs Lansing Depeschen im Herbst 1918 erhob der Präsident ganz schroff die Anklage und forderte das Zugeständnis als Bedingung für die Einleitung von Friedensverhandlungen, daß die deutsche Regierung sich verpflichte, für alle Schäden aufzukommen, welche der deutsche „Angriff" den Alliierten irgendwie und irgendwo verursacht habe. Die deutsche Regierung gab diese Zustimmung und damit ein Zugeständnis, das im Widerspruch zur Wahrheit stehend, auf Jahrzehnte hinaus von verhängnisvoller Wirkung wurde. Es sollte sich furchtbar rächen, leider nicht an den leichtfertigen Ministern, die es gaben, sondern das deutsche Volk ist das Opfer geworden.

Es ist dargelegt worden, wie die Lügenpropaganda des Marxismus in der deutschen Bevölkerung, der bewaffneten und der unbewaffneten, immer wieder darauf hinausging: Deutschland sei am Kriege schuldig, der Kaiser im Verein mit den in Deutschland herrschenden Schichten hätten den Krieg vermeiden können, wenn sie nur gewollt hätten. Sie hätten aber den Krieg gewollt, für kriegerischen Ruhm, für Eroberung und Gewinn. Sie hätten den Krieg auch aus den gleichen frevelhaften Gründen in jedem Augenblick beenden und Frieden schließen können, weil die anderen Mächte sich nur nach Frieden gesehnt hätten. Auch deshalb müsse das werktätige Volk sich der Monarchie und des ganzen Systems mit seinen herrschenden Klassen entledigen. Diese Devise war einer der Haupthebel für den schleichenden und nachher den gewaltigen, den meineidigen, den hoch- und landesverräterischen Umsturz geworden. Und nun kam in dem Augenblick, als das System schon im Fallen war, der Kaiser ohnmächtig gemacht, Ludendorff beseitigt war, die Forderung Wilsons, den am Kriege schuldigen „Kaiserismus" zu beseitigen und die Schuld Deutschlands anzuerkennen. Die Marxisten atmeten auf: sie brauchten sich nur mit dem edlen Weltrichter Wilson einer Meinung zu erklären und der deutschen Öffentlichkeit zu sagen: Wilson hat recht und wir haben recht, die deutsche Kriegsschuld ist da, die Monarchie muß verschwinden, unsere Haltung ist gerechtfertigt, der Umsturz liegt im eigensten deutschen Interesse!

Weite bürgerliche Kreise waren zum mindesten auch davon überzeugt, daß Wilson einen „Frieden der Gerechtigkeit" bringen werde. Man müsse seine vierzehn Punkte anerkennen, die deutsche Regierung müsse sich dieselben uneingeschränkt zu eigen machen. Dadurch werde man Wilson gleichzeitig festlegen. Dieses Festlegen galt als ein besonders scharfsinniger Schachzug. In Wirklichkeit war der Gedanke kindlich, denn zu einem wirksamen Festlegen besaß man keinerlei Mittel, und auch abgesehen davon fehlte den damaligen Leitern Deutschlands jegliche Autorität. Aber auch die Heeresleitung war der Ansicht, man müsse eben zum Festlegen die vierzehn Punkte als Grundlage des zu schließenden Friedens anerkennen und festhalten. Als der Waffenstillstand geschlossen war, fuhren Soldaten der Vereinigten Staaten, Deutschamerikaner, auf Vergnügungsdampfern den Rhein herunter und sangen, als sie das Niederwalddenkmal passierten: „Deutschland, Deutschland unter alles, unter alles in der Welt." Und als einige Wochen später heimkehrende deutsche Truppen in Berlin einzogen, da hing über einer Straße quer ein Plakat mit dem Verse: „Seid willkommen tapfere Streiter, Gott und Wilson helfen weiter." Die Wilsonpsychose, planmäßig und geschickt von marxistischen Landesverrätern und Volksverrätern getrieben, verbreitet, beherrschte die müden Hirne und die ermatteten Seelen der anderen.

Marxisten und Demokraten, und wir sprechen da nicht allein von denen, die parteimäßig eingegliedert waren, lebten so vollständig im internationalistischen Gedanken, daß ihnen die wirkliche Lage Deutschlands und dessen Zukunftsaussichten teils ganz unklar, teils recht gleichgültig waren. Die internationalen Organisationen, welche während des Krieges nur mit großer Vorsicht und unter erschwerenden Umständen sich hatten aufrechterhalten und betätigen können, waren seit dem Herbst 1918, schon Monate vor dem eigentlichen Zusammenbruch, frei und ungehindert. Das galt in erster Linie auch von den freimaurerischen, von den international jüdischen Organisationen und anderen. Hier und im Jesuitismus fand man selbstverständlich, daß Deutschland als nationaler Staat nun ein für alle Male erledigt sei. Das alte Regime sei zusammengebrochen und verschwunden, weil es reaktionär und veraltet gewesen sei, nach der Weltherrschaft gestrebt habe, weil die Zeit der Kaiser und Könige überhaupt vorbei sei und für alle Vertreter vorgeschrittener Kultur und Geistigkeit der Inter-

nationalismus das Zeichen der Zukunft bilde. Der Internationalismus sei überhaupt an sich das einzige, was dem deutschen Wesen entspreche. Der Deutsche sei nicht veranlagt und befähigt, und damit auch nicht berechtigt, nach politischer und nationaler Macht auf irgendeinem Gebiete zu streben. Er möge Handel treiben, die Wissenschaften pflegen, dichten und philosophieren, aber politisch den großen Nationen die Vorherrschaft lassen, die ihre Befähigung dazu seit Jahrhunderten dargetan hätten. Der Deutsche möge politisch in jenen Nationen aufgehen und sich in dem erhebenden Bewußtsein genug sein lassen, sein Glück darin zu finden, zur Kultur und Wissenschaft der ganzen Welt befruchtend beizutragen und als Deutscher in eben dieser Welt aufzugehen. Die deutsche Geschichte zeige, daß jedesmal, wenn die Deutschen nach Macht gestrebt und Macht erhalten hätten, nach einem äußerlich hohen Aufstieg ein Sturz in furchtbare Tiefen gefolgt sei. Das müsse man jetzt erkennen, und das ganze deutsche Volk habe sich darüber klar zu werden, daß derartige Dinge niemals wieder versucht werden dürften. Ehrgeizige Monarchen, Generale und Staatsmänner hätten die Deutschen immer wieder auf jene gefährlichen und dabei unsittlichen Wege mit sich gerissen und nachher in den Abgrund stürzen lassen. Der Hang hierzu sei in der Einrichtung der nicht vom Parlament abhängigen und kontrollierten Monarchie von vornherein enthalten; freilich auch eine vom Parlament beaufsichtigte Monarchie sei immer noch eine Gefahr, mindestens ebenso schlimm wirke das Vorhandensein einer deutschen Militärmacht. Vielen Deutschen sei jener unselige Hang zum Soldatentum eigen, dazu käme die jahrhundertelange Überlieferung in den Familien, hauptsächlich adligen Familien, denen die Neigung zum Militärberuf eingeboren sei. Und noch unglücklicher müsse diese Anlage angesehen werden, weil im militärischen Beruf ja doch der kriegerische enthalten sei. Wo deutsche Soldaten seien, da bestände ohne weiteres schon Gefahr für den Frieden.

In diese Gedankengänge sei eingeschaltet, daß jene internationalistische Propaganda stets nur solche Gefahren als von Deutschland, nie als von anderen Nationen ausgehend, schilderte: Frankreich, gewiß, war eine Militärmacht, obwohl es schon lange Republik war. Aber warum unterhielt Frankreich seine gewaltige Armee? Doch lediglich nur aus berechtigter, allzu berechtigter Furcht und Sorge vor einem Angriff des deutschen Kolosses. Und hatte nicht das Jahr 1914 in entsetzlicher Weise die Berechtigung der französischen Besorgnisse bestätigt? Daß Deutschland der Angreifer gewesen war, stand doch längst fest, das Gewissen der Welt hatte sein vernichtendes Urteil längst gesprochen! Sobald Deutschland nicht mehr Militärmacht wäre, — dem Himmel sei Dank war ja die Monarchie verschwunden — würde Frankreich auch abrüsten und froh, der schweren Last endlich ledig zu sein, seine Militärmacht abschaffen. Und Großbritannien? Wie die französische Nation das natürliche Recht besitze auf die Beherrschung West- und Mitteleuropas, so sei Großbritannien bestimmt für die Beherrschung der Meere. Sobald Deutschland sich ein für allemal hier bescheide und sich freiwillig unterordne, würde es auch bei den angelsächsischen Völkern Achtung, Liebe und Vertrauen genießen. Alles in allem: die Deutschen hätten jetzt wieder einmal ihr Schicksal frei und ganz in der Hand. Erkennten sie jetzt richtig ihr Wesen und ihre Bestimmung und Sendung unter den anderen Völkern, so würden sie dem Schicksal für die jetzige Niederlage und Katastrophe letzten Endes nur tief dankbar sein können. Und es sei ja so leicht: man brauche nur die alte Überhebung von sich zu werfen, die ruchlosen Traditionen der Bismarckperiode endgültig zu begraben, den ungeheuren sittlichen und kulturellen Fortschritt durch eine Republik zu verstehen. Schon im dritten Jahre des Krieges war es möglich, daß in einem Vortrage in einem sich deutsch nennenden Klub beinah ohne Widerspruch gesagt werden

konnte: Deutschlands eigentliches Unglück sei der siegreiche Krieg von 1870/71 gewesen, und zwar war es ein Führer der rechten Sozialdemokratie, der es sagte. Man kann sich vorstellen, wie stark solche Einwirkungen waren, und vollends in jener Zeit des Zusammenbruchs: Mangel an allen Notwendigkeiten des Lebens, Unterernährung der Bevölkerung bis auf einen kleinen Teil, bis zur Psychose gehende Nervenerschöpfung, seelischer Zusammenbruch, Trauer, Schmerz, Verzweifeln an allem, was man bisher hoch und wert gehalten hatte, schließlich jene Eigenschaft, welche Tirpitz die Selbstmörderecke im deutschen Wesen nennt, dazu die beigebrachte Überzeugung, daß Deutschland an den Millionen Toten und Verwundeten des Weltkriegs die moralische Schuld trage, das alles kam zusammen und erzeugte weithin die Stimmung: nur sich beugen, nur dulden, nur sich bestrafen lassen und, das war der Kehrreim, nur nichts mehr selbst wollen! Hinzu trat, auch natürlich klug benutzt von den Verführern und Verderbern, der alte deutsche Hang zum Internationalen, zum sogenannten Weltbürgertum. Wie schön mußte es sein, die engen Schranken eines rückständigen Nationalismus zu überfliegen, und wie herrlich, nun wirklich ganz ein freies Volk sein zu können. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß gerade an dieser Stimmungmache die Juden Deutschlands und der ganzen Welt hervorragenden Anteil und in Deutschland selbst die Führung hatten. Das jüdische Volk ist seiner Gesinnung und seiner Lebenspraxis nach international, es lebt in der Tat „zwischen den Nationen", es lebt und treibt sein Wesen in der einen wie in der anderen und bleibt dabei ungeachtet seiner Verteilung — nicht Zerstreuung — über die ganze Welt ein straff zusammengefaßtes und gegliedertes Volk. Wenn wir sagen, daß dieses international lebende Volk zugleich das am meisten nationalistische Volk der Erde ist, so liegt darin kein Widerspruch, außerdem liegt der Beweis anschaulich und weltkundig vor uns. Die Juden hatten schon vor dem Kriege eine gewaltige Machtstellung und einen weitreichenden Einfluß in Deutschland, aber er war ihnen lange nicht groß genug. Daß die Juden bei ihrem seit Tausenden von Jahren unausgesetzt sich betätigenden Willen, über die anderen Völker zu herrschen und sie für sich auszunutzen, mit dem deutschen Kaiserreich nicht zufrieden waren, ist verständlich genug.

In einer Demokratie, man hat es schaudernd erlebt, pflegt es kaum etwas zu geben, was nicht käuflich wäre, nicht „seinen Preis" hätte. Das ist in demokratischen Republiken, wo die Partei, eine Partei, zugleich herrscht und regiert, verwaltet und richtet, immer ziemlich unumwunden zugegeben worden. Gewiß waren im deutschen Kaiserreiche die Zustände und Verhältnisse nicht ohne Fehl. Solange Menschen Menschen sind, wird das nie der Fall sein, und es ist auch nicht der Fall gewesen, und wenn Menschen von einem „goldenen Zeitalter", einer märchenhaften Vergangenheit oder einer unbestimmbaren Zukunft träumen, so ist das eben nur ein Zeichen für die Unerreichbarkeit eines vollkommenen Zustandes in einem Staate. Das kaiserliche Deutschland in den letzten fünfundzwanzig Jahren seines Bestehens hatte vieles, sehr vieles, worum es von anderen Völkern beneidet wurde: eine an Tüchtigkeit unerreichte, vollkommen unbestechliche höhere und untere Beamtenschaft, die außerhalb des Parteigetriebes stand, eine Verwaltung und Rechtsprechung, von der das gleiche galt. Die Monarchie, so bedenklich bei dem einzelnen Monarchen auch seine Schwächen sein und wirken konnten, stand hoch über den Parteien und bildete die Gewähr für eine gerade und beständige Entwicklung der Verhältnisse in ihrer großen Linie, mitten im Wechsel. Die Armee, Parteieinwirkungen völlig entzogen, besaß einen Offiziers- und Unteroffiziersstand von einer Vollkommenheit und Güte, wie er auf der Welt sonst nicht zu finden war. Kurz, alle diese Faktoren standen nicht allein außerhalb der Parteien, sondern auch außerhalb der Einwirkung

von, wie man heute wohlwollend sagt, Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens. Nichts war hier käuflich. Es waren vaterländische, deutsche Werte, die nicht, auch zu den höchsten Preisen nicht, gekauft werden konnten. Deswegen wurde während der letzten anderthalb oder zwei Jahrzehnte aus allen Ecken die Welthetze gerade gegen diese Einrichtungen gerichtet. Man stellte sie, diese Hetze, unter das Schlagwort, das Michels schwache Stelle treffen sollte und traf: rückständig, freiheitswidrig, engstirnig. Die deutsche Beamtenschaft war ein verknöchertes Bürokratentum, die konstitutionelle Monarchie war ein unverantwortliches Despotentum, die deutsche Wehrkraft eine vollkommen kulturwidrige Einrichtung in der Hand und Willkür des Monarchen, eine Dressuranstalt, um den zur Freiheit berechtigten Deutschen zum Kadaver in der Hand des brutalen Unteroffiziers und des von Überhebung geschwellten Offiziers zu machen. Erst wenn ein Parlament den Staat beherrsche, die Auslese der Tüchtigsten treffe, mit offenem Kopf und Herzen den Fortschritt der Menschheit, auch was Deutschland beträfe, in sich aufnähme und fördere, dann erst könne die schädliche und lähmende und Deutschland zum Fremdling unter den Kulturvölkern machende Rückständigkeit ein Ende nehmen.

Wie immer ist man und ist besonders der Deutsche nachher viel klüger als vorher und sagt entweder: das habe ich schon immer gewußt! oder: wie konnte ich damals nur so dumm sein! Gerechterweise muß man heute sagen, daß es damals vor dem Kriege nur eine verhältnismäßig sehr kleine Menge deutscher Menschen war, die sich durch solche Einflüsterungen des Auslandes und der internationalistischen Elemente in Deutschland nicht beeinflussen, sich nicht die Freude an den vorzüglichen Einrichtungen nehmen, sich diese nicht verekeln ließ. Der letzte Ausdruck ist vulgär, aber in diesem Falle so zutreffend, daß wir ihn nicht durch einen anderen ersetzen möchten. Denn darum handelt es sich in der Tat: diese nicht käuflichen Werte Deutschlands konnten nur zugrunde gerichtet werden dadurch, daß man sie in lügenhaftem Licht erscheinen ließ und sie dem deutschen Volk im Sinne des Wortes verekelte. Das ging, wenn schon in schwächerer Form, tief in die nationalen Kreise hinein: gewiß, die Monarchie sollte bleiben, mußte aber den „Anforderungen der neuen Zeit" angepaßt und eine parlamentarische werden, zum mindesten wie die in Großbritannien. Das sei der Fortschritt, das sei die natürliche Entwicklung der Monarchie. Nun mag man heute, mögen besonders die jüngeren Generationen über die damalige Monarchie und ihre letzten Träger so oder so urteilen, so wird doch das feststehen, daß die damalige konstitutionelle Monarchie die stählerne Achse war, die durch das Deutsche Reich ging, und um die sich gerade jene Werte kristallisiert hatten, welche die Grundlagen für Deutschlands Macht, Sicherheit und Gedeihen bildeten. Sogar die Fehler und Schwächen des letzten Monarchen, deren unheilvolle Schwere uns ganz unverhüllt vor Augen steht und auch damals schon stand, ändern hieran nichts. Das Versagen der Monarchie, des letzten Monarchen der sozialen Frage gegenüber wird durch dieses Urteil natürlich nicht berührt, gerade dieses war verhängnisvoll. Manche Mißstände in Beamtenschaft und Heer können das allgemeine Urteil ebenfalls nicht ändern. Wer vor dem Kriege viel mit Ausländern in Berührung kam, konnte immer die gleiche Erscheinung feststellen: ihr Deutschen seid fleißige Leute, vieles bei euch ist bewundernswert, aber eure Einrichtungen sind von einer beschämenswerten Rückständigkeit, ihr selbst, ihr deutschen Bürger, seid unfreie Sklaven usw. Der Krieg kam, alles wurde zerbrochen, bespien und vernichtet, und als die Feinde Deutschlands den Erfolg in ihren Scheuern hatten, da kamen, mit jedem Jahre, unverhohlener die wahren Meinungen heraus: das deutsche Heer sei unvergleichlich gewesen in seiner Kraft und Beweglichkeit und nicht zum wenigsten auch in der von

Verantwortlichkeit erfüllten Initiative des einzelnen Mannes, desselben, der vorher als eine durch Drill verblödete Maschine bezeichnet worden war.

Nie habe ein Land eine vorzüglichere Beamtenschaft gehabt, so hieß es weiter in der ausländischen Presse, als das Deutschland vor dem Kriege, nie habe größere und zweckmäßigere Ordnung in einem Lande geherrscht, nie sei sparsamer und ehrlicher regiert worden. Die anderen Nationen hätten besonders Deutschland um seine Beamtenschaft beneidet. Ein anderes Beispiel: Jahre vor dem Kriege schrieb ein englischer Oberst, Repington mit Namen, viel über die deutsche Armee und machte ihre jährlichen Herbstmanöver zum Gegenstand ausführlicher Kritik, einer höchst abfälligen! Nichts taugte etwas, weder die höhere noch die untere Führung, derselbe Mann konnte sich während des Krieges und nachher an Anerkennung des deutschen Heeres nicht genug tun. Er hatte das gleiche Urteil — wir kennen die Engländer — auch schon vor dem Kriege, aber man wollte heruntermachen, um dem Durchschnittsdeutschen die besten Dinge, die er besaß, verächtlich zu machen. Und das gelang sehr weitgehend, denn die Linkspresse verbreitete alle herabsetzenden Urteile des Auslandes mit besonderer Freude. Wer heute an jene Zeiten denkt, empfindet noch klarer als damals, wie zielbewußt schon zu jener Zeit das deutsche Volk mit seiner ganzen Denkweise in die Irre geführt wurde.

Etwa seit dem Jahre 1912 wurden, was früher nie der Fall gewesen war, in den Warenhäusern, auch in Spezialgeschäften, Karrikaturen von Soldaten, von Beamten und im größten Maßstabe auch von Bauern als Puppen oder als Bilder in ganz Deutschland verkauft. Das war früher nicht der Fall gewesen. Wohl hatte es immer Karrikaturen von Offizieren, Unteroffizieren, Prinzen, Großgrundbesitzern, den sogenannten Junkern, und Hofschranzen gegeben. Aber daß man den Soldaten als solchen, den Bauern, den Landmann überhaupt, den kleinen Beamten als lächerliche Tölpel und Dummköpfe dem ganzen Volke hinstellte, dessen organische Teile sie doch bedeuteten, das war das Neue, was bisher noch nicht gewagt worden war. Was bedeutete diese Erscheinung, die in Deutschland kaum gewürdigt wurde? Als der Verfasser dieser Schrift damals in Zeitungsaufsätzen auf dieses Symptom zielbewußter Zersetzung hinwies, fand er keinerlei Anklang, keinen Widerhall. Man begnügte sich nicht mehr mit den Spitzen und Führern, mit den Repräsentanten der höheren Gesellschaftsschichten, sondern es war der ganze Berufsstand als solcher, der angegriffen wurde, lächerlich gemacht und in den Schmutz gezogen werden sollte. Niemals, vorher noch nachher, hat sich eine derartige Propaganda etwa gegen den Stand des Handels, gegen Warenhäuser, gegen Börsen und Börsianer gerichtet. Diese waren „neuzeitlich" und „modern" und bedeuteten Fortschritt und Zukunft, sie standen, und das war mit die Hauptsache, durchschnittlich dem internationalen Gedanken — stellten ihn zum Teil selbst dar — näher als dem nationalen, dem Parlamentarismus sympathischer gegenüber als der Monarchie und dem monarchischen Gedanken. Die großen Stände, der Wehrstand und der alte, aber nach wie vor unbedingt notwendige ländliche Nährstand, ferner das Rückgrat des Staatskörpers, der Beamtenstand, sollten dem deutschen Volk als überflüssig, veraltet, verknöchert und lächerlich hingestellt werden, weil man von ihnen wußte, daß gerade sie die Grundlage schlechthin nicht nur des deutschen Staates, sondern der Macht und Sicherheit, ja, die gesamte Grundlage vaterländischen Gedeihens waren. Eben diese Grundlagen sollten zerstört werden, zunächst moralisch, zunächst in den Augen der 67 Millionen Deutschen, die auf ihnen standen. Es gibt ein französisches Sprichwort: Erst verächtlich machen, dann vernichten. (Avilir, puis démolir.) Und warum das alles?

Was war Ursache und Zweck dieser Treiberei, die seit der Jahrhundertwende immer deutlicher und umfassender in der Welt sichtbar war?

Es liefen da mehrere Linien nebeneinander oder durcheinander: im Gegensatz zum früheren, für die übrigen europäischen Mächte so bequemen Zustande in Europa war Deutschland zur wehrkräftigen Großmacht geworden und gedieh wirtschaftlich in einem beispiellosen Maße. Auf der anderen Seite hatte Frankreich Elsaß-Lothringen nicht vergessen, auch nicht den verlorenen Krieg, es wartete nur auf eigene Erstarkung und Bundesgenossen; Rußland stand im Zeichen des Panslawismus, der mit jedem Jahre energischer verlangte nach Konstantinopel, nach der Oberherrschaft über die Balkanhalbinsel, nach der Zertrümmerung Österreich-Ungarns, nach dem Besitz Ostpreußens. Großbritannien war, wie immer in der Geschichte, der Gegner der stärksten europäischen Festlandmacht. Die sollte zerschlagen werden, und England wollte die Kolonien und den Handel Deutschlands haben. Diese drei Mächte hatten sich seit 1906 im Verein mit kleineren zur Vernichtung des Deutschen Reichs zusammengetan und bereiteten sich von langer Hand für den von ihnen gewollten Krieg vor. Sich selber stärker machen, Deutschland schwächen auf jede nur denkbare Weise, das war der Zweck dieses Wartens. So machte es sich ganz von selbst, daß diese nationalen Großmächte sich mit den internationalen Mächten verbanden, jedenfalls gleichgerichtet gegen Deutschland arbeiteten. Nennen wir unter ihnen in erster Linie den internationalen Kapitalismus und das Freimaurertum, beide geführt und durchdrungen vom Judentum. Sie hatten und betätigten das lebhafteste Interesse an der Zermürbung der deutschen Machtgrundlagen und des deutschen Staats. Sie waren Gegner der Monarchie und, im ganzen, Todfeinde jener Stabilität, wie sie Deutschland vor allen anderen Ländern auszeichnete und dem Herrschaftswillen des Kapitalismus und des Internationalismus einen Damm entgegensetzte. Ihr Ziel, ganz natürlich durch ihre Wesensart bestimmt, war und bleibt die Weltrepublik, die Internationalisierung der Wirtschaft und des Geldwesens. Je vollständiger diese Internationalisierung stattfände, desto bedingter würde der beherrschende Einfluß dieser internationalen Mächte in der Welt werden, schließlich alle Völker einbegreifen, auflösen und aus ihrer lebendigen organischen Einheit geographische Begriffe machen.

Das Vorkriegsdeutschland war, wie wir sahen, im Vergleich zu den meisten anderen Mächten noch in hohem Grade national, unabhängig und selbständig und unkäuflich. Sobald jene Einrichtungen beseitigt waren, gab es freie Hand für das Geld, wie das ja immer in allen parlamentarisch regierten Staaten, in allen Demokratien überhaupt der Fall gewesen ist: die Mehrheit herrscht und regiert, also die Partei. Sie regiert solange, bis eine andere Mehrheit, ihr politischer Gegner, sie in die Minderheit geraten läßt und in der Regierung ablöst. Das bedeutet in der Praxis den Kampf um die Interessen. Diese bedeuten letzten Endes immer Geld. Jede parlamentarische Partei, die gesiegt hat, stellt alles im Staat, soweit es ihr irgend möglich ist, im Sinne ihres Interesses um, der politische, der wirtschaftliche Kurs werden gewechselt, die Beamtenschaft wird entweder gewechselt oder macht im Zeichen ihrer eigenen Interessen alles das mit, was sie vorher als gegnerisch und verwerflich betrachtet und behandelt hatte, und zwar „pflichtmäßig". Nach dem Umschwung tut sie das Gegenteil ebenso „pflichtmäßig". Die Charakterverderbung ist schon aus diesem Beispiel klar. Die alte Kontinuität, die Linie, ist verschwunden, jeder Regierungswechsel kann die tiefsten Erschütterungen aller Verhältnisse im Staat mit sich bringen. Niemand der neu Emporgekommenen weiß, wie lange das Glück dauern wird. Also: die Zeit wahrnehmen, carpe diem! und soviel für sich tun, wie möglich. In der parlamentarischen Demokratie liegt

mithin von vornherein und unabänderlich ein sehr mächtiges demoralisierendes Moment. Steht aber direkt oder indirekt das Geld im Vordergrunde der „Politik", so herrscht es, und damit herrscht auch die Geldmacht. Die Geldmacht bedeutet aber Personen, und zwar letzten Endes die großen internationalen Bankgruppen. Es gibt keine demokratische, parlamentarische Republik, die nicht durch das Geld regiert würde. Das Wesen solcher Geldmacht ist das fortgesetzte Geldgeschäft, und das Geschäft ist, wie ein Sprichwort sagt, „das Geld des anderen". Am größten und einträglichsten ist dieses Geldgeschäft, wenn es auf Kosten eines ganzen Volkes geht. Und die Unkosten dabei werden um so geringer sein, je widerstandsloser das Volk durch seine Regierenden sich in die Hände der Geldmacht liefern läßt. Das ist da der Fall, wo nationale Empfindung und nationaler Wille am wenigsten vertreten sind und anstatt dessen „weltbürgerliche" Zerfahrenheit und Wort- und Gefühlsschwelgerei herrschen. Ein Volk wie die Franzosen, voll hochgespanntesten Nationalgefühls, leistet deshalb auch unter republikanischer Verfassung der internationalen Geldherrschaft erfolgreichen Widerstand. Die internationale Freimaurerei Frankreichs sowohl wie Italiens sah sich in diesen Ländern gezwungen, nationalistisch aufzutreten und zu handeln, wollte sie überhaupt Ansehen und Einfluß dort wahren. In Deutschland war und ist es anders in beiden Beziehungen. Die deutsche Neigung zum internationalen Zerfließen, zur internationalen Phrase, zum „Menschheitsgedanken", die Empfänglichkeit überhaupt für allgemeine Redewendungen und Betrachtungen machen den Deutschen immer allzu leicht zum Opfer dieser überstaatlichen Mächte, dabei meist in durchaus gutem Glauben, während sie von zielbewußt internationalistischen, kapitalistisch denkenden Mehrheiten und deren Exponenten geleitet werden.

Die nationalen und internationalen Gegner Deutschlands trafen sich also in dem gemeinsamen Ziel der Schwächung, Zersetzung oder der gewaltsamen Vernichtung des neuen Reichs im Herzen Europas. Im gleichen Wunsch und Streben trat die katholische Kirche hinzu, die das Entstehen des Bismarckschen Hohenzollernreichs als ein schweres Unglück und ein gegen ihre weltliche wie geistliche Weltmacht gerichtetes Werk des Teufels ansah. Seit 1866 hatte der Jesuitenorden sich den Sturz der Hohenzollern zum Ziel gesetzt, das protestantisch bestimmte Reich mußte wieder verschwinden.

Aber es trat noch ein anderes hinzu: die Arbeitsleistung des deutschen Volks schuf allgemein Unruhe in den anderen Staaten. Besonders die angelsächsischen Völker sahen sich, um auf den Märkten wettbewerbsfähig mit den Deutschen zu bleiben, gezwungen, ihre Arbeitsleistung und damit das Tempo ihrer Arbeit wesentlich zu erhöhen. Damit waren sie wenig zufrieden und betrachteten die deutsche Arbeit als unlauteren Wettbewerb. Die weitere Folge war, daß die billigere deutsche Arbeit die anderen Völker zwang, auch ihre Preise zu senken, was damit auch die Kalkulation der großen Banken über den Haufen warf. Kurz, der deutsche Fleiß und die deutsche Energie brachten das ganze behäbige System, das sich in der Weltwirtschaft im Laufe der Jahrzehnte entwickelt hatte, ins Schwanken. Die internationale Finanz hatte die deutsche Wirtschaft noch nicht in der Hand, konnte mithin nicht „regelnd" hier irgendwie eingreifen. So sonderbar es klingt, ist also die deutsche Arbeit mit ein wesentlicher Faktor für die allgemeine Mißstimmung und Feindseligkeit gegen Deutschland gewesen. Ohne die beherrschende Beeinflussung des internationalen Geldes wäre das nicht der Fall, nicht möglich gewesen. Die deutsche Arbeit war billiger, ohne daß ihre Erzeugnisse denen anderer Völker an Güte nachstanden. Das mußte nicht nur nach der Ansicht der konkurrierenden Nationen ganz anders werden, sondern auch die internationale Geldmacht bzw. das Judentum hatten diesen Willen und erblickten in einem Vernichtungskriege gegen Deutschland das

einzige Mittel, um zum Ziel zu kommen. Und daß der deutsche Staat noch dazu die deutsche Arbeit schützte, auch versuchte, ihr auf den Märkten der Welt die Wege zu ebnen, fand man besonders empörend und hatte in diesem Punkte ebenfalls die deutsche Sozialdemokratie zum tätigen und erbitterten Bundesgenossen gegen die deutsche Arbeit. Die deutsche Arbeit wurde von den Führern des Marxismus leichtherzig der Internationale geopfert. Die marxistische Bewegung, die seit Mitte des vorigen Jahrhunderts schrie und schrieb: nieder mit dem Kapitalismus! hat sich stets im engsten Bündnis mit dem Kapitalismus gezeigt, sobald es gegen den deutschen Arbeiter ging.

Es liegt im Wesen und vor allem in den Zwecken des internationalen Kapitals, daß alle Werte flüssig seien, jedenfalls, sobald das Geschäft es erfordert, flüssig gemacht, „liquidiert" werden können. So erst werden sie reif und verfügbar, um als Gegenstand der Ausnutzung für das Geld dienen zu können. Das gilt nicht nur von den Werten selbst, sondern mindestens im selben Maße auch von ihren Erzeugern, den Menschen. Frankreich war als parlamentarische Republik immer das Land der „affaires", ob sie sich nun Panama nannten oder anders. Immer handelte es sich darum, daß Beamte sich bestechen ließen, daß sie ihr Amt mißbrauchten, um sich unerlaubte geldliche Gewinne zu verschaffen, daß sie bei unlauteren Manövern ihrer Geschäftsfreunde beide Augen zudrückten und das Geld des Staates oder des kleinen Sparers pflichtlos und mitleidlos stahlen. Solche öffentlichen Skandale wurden im Vorkriegsdeutschland mit einem gewissen Hochmut belächelt, denn derartiges kam ja in Deutschland nicht vor. Jedenfalls war es ein großer Ausnahmefall, und alle derartigen Fälle wurden auf das strengste geahndet. Anders ist es seit dem Umsturz von 1918. Skandale, einer schmutziger als der andere, folgten einander. Die Deutschen waren daran nicht gewohnt, wohl aber fand man in der jüdischen und jüdisch beeinflußten Presse häufig genug Bemerkungen wie: das sei nun einmal so im „parlamentarischen Staate", die Affären, diese Skandale seien nichts Schlimmes, sie gehörten mit dazu. Diese selbe Presse gab ohne Scham bei jedem blamablen Skandal ihrem Wohlgefallen darüber Ausdruck, daß man nun auch in dieser Hinsicht demokratische Republik sei. Die eigentlichen Gründe solcher Befriedigung lagen natürlich tiefer, nämlich darin, daß Umsturz und Aufruhr und absolute Zügellosigkeit die Dämme und inneren Hemmungen, die vorher vorhanden gewesen waren, beseitigt hatten, daß jene „Liquidität" eingetreten war, die man zum großen Geldgeschäft brauchte.

Blickt man nicht allein geschichtlich kritisch auf die Katastrophe jener Tage, die sich bis heute fortwirkt, sondern denkt man dabei auch an die Zukunft, also an das, was verschwunden ist und fehlt und irgendwie wieder ersetzt werden muß, so führt uns das von selbst zur Frage: was war es denn, was bedeutete es denn, was damals mit jenen undiskontierbaren Einrichtungen des Deutschen Reichs vernichtet wurde? Als das Reich der Arbeit und der Pflicht, als das Volk des von Kant ihm gegebenen kategorischen Imperativs hatte man sich in Deutschland jener altpreußischen Zucht gerühmt, die sich von Preußen aus im ganzen deutschen Volk durchgesetzt habe. Das war übertrieben und traf während der letzten zwanzig Jahre vor dem Kriege weniger zu. Es war viel Ruhmredigkeit dabei, auch das Bestreben, eigenes Gefühl und Empfinden mit großen und selbstsicheren Worten zu betäuben. Das fühlten wir in Deutschland schon vor dem Kriege. Damals schon schrieb Adolf Bartels seine Schrift „Deutscher Verfall", mitten in der Periode des Glanzes. Aber wieviel an Gehalt und Wert und Schutz um 1914 noch vorhanden gewesen ist, das lehren die Jahre seit 1919. Es ist immer nur ein kleiner Prozentsatz von Menschen, die den Geboten der

Pflicht und des Gewissens ganz aus eigenem Antriebe folgen, folgen können, die nur aus sich heraus den Gemeinnutz des Volksganzen über den Eigennutz stellen und gestellt sehen wollen. Es ist in der Auswirkung das gleiche, ob das Versagen diesen Geboten gegenüber aus Schwäche erfolgt oder aus einem Mangel an gutem Willen. In dem alten preußischen Staatsgedanken war diese Lage der Dinge und das Wesen der Menschen verstanden, aber der Methode nach in neuerer Zeit nicht selten unrichtig gehandhabt worden.

Der Weltkrieg hat Walter Flex das schöne Wort eingegeben: Der Offizier solle seinen Leuten nicht nur vorsterben, sondern vor allem vorleben. Aber das gilt nicht nur im Kriege, nicht nur für den Offizier, sondern für jeden, der Menschen zu führen hat oder für sie die Darstellung eines Gedankens bedeutet. Friedrich der Große hat viel von Pflicht gesprochen. Briefe, Aussprüche, Schriften des großen Königs sind voll von Hinweisen auf Pflicht, bis zur höchsten Steigerung in dem Wort: daß ich lebe, ist nicht nötig, wohl aber, daß ich meine Pflicht tue! Hätte Friedrich nur so gesprochen, so würde er in der absoluten Stärke des damaligen Monarchen und mit der Gewalt seiner Persönlichkeit damals trotz allem Eindruck gemacht und Wirkung geübt haben. Aber die Nachwelt würde sich auch von den schönsten Worten über Pflicht, Ehre und Vaterland mit verletztem Gefühl abwenden, wenn der König nicht in diesen drei Belangen: der Ehre, der Pflicht und des Vaterlandes selbst ein Vorbild gewesen wäre, ein Gegenstand der Bewunderung für die ganze damalige Welt; ein Mann und König, der seine Härte gegen andere rechtfertigte durch eine Härte gegen sich selbst, die von niemandem übertroffen, von den wenigsten erreicht werden konnte. Und wenn im letzten Jahr seines Lebens Kaiser Wilhelm I. im höchsten Greisenalter sagte: „Ich habe keine Zeit, müde zu sein", so bedeutete das keine Redensart, keine Selbstverherrlichung, sondern die Äußerung eines wahrhaft königlichen Mannes, dem als etwas Selbstverständliches die Erfüllung der Pflicht vor die noch so gerechtfertigten Ansprüche der Müdigkeit und des Alters gingen. Abgesehen höchstens von George Washington und Abraham Lincoln hat es Ähnliches nicht gegeben. Auch in den bestregierten Königreichen und Staaten überhaupt ist Ähnliches nicht zu finden, sucht man vergebens nach Persönlichkeiten und Einrichtungen, über denen bewußt und wahr der Gedanke der Pflicht stand.

Bismarck sagte: der preußische Staat mit seinen Einrichtungen und seiner Disziplin sei wie eine grobe Wolljacke, die, über die bloße Haut gezogen, zuerst unangenehm kratze, die aber unter allen Umständen warm halte. Diesen zur Staatsräson gewordenen Pflichtgedanken in seinen Auswirkungen und Verkörperungen durch Menschen auf der Höhe zu halten, setzt voraus, daß die im Staate herrschenden und leitenden Persönlichkeiten innerliche Höhe haben. Ist das nicht der Fall, so verknöchert der Pflichtbegriff, und das Empfinden der Pflicht wird oberflächlich, oft zur Heuchelei, äußert sich mechanisch und reicht nicht mehr hinunter bis auf den Grund der Persönlichkeit. Das ist ein ähnlicher Vorgang wie die Arteriosklerose. Die Arterien werden unelastisch, steif und brüchig und bersten eines Tages, der Organismus ist damit tot.

Was immer noch blieb, auch zuletzt noch in den Jahrzehnten der einsetzenden internationalen Zersetzung der Gedanken und der Anschauungen, der immer höher werdenden Schätzung des Geldes und des Geldeswertes, das waren jene gewaltigen Einrichtungen, die auf dem Pflichtbegriff aufgebaut waren, die beiden Einrichtungen hauptsächlich, aus denen Macht und Wohlstand und Unabhängigkeit emporgewachsen waren, das Heer, die Wehrkraft und das Beamtentum, ferner die Unparteilichkeit und die Stetigkeit der Monarchie. Beamtenschaft und Heer standen ganz im Pflichtbegriff. Sie waren für das große Ganze da,

trugen, verwalteten und schützten es. Das Vorkriegsdeutschland gab seinem Beamtentum, seinen Offizieren und Unteroffizieren keine Schätze, im Gegenteil zwang das Maß der Bezüge sie zu einem Leben der Einschränkung, auf der anderen Seite sorgte ein sehr schmales Ruhegehalt dafür, daß nach Ableistung der aktiven Dienstzeit keine Verelendung, kein unverschuldetes Herabsinken der Familie eintraten. Es war verboten, mit den Pflichten des Standes nicht vereinbar, auf Gelderwerb nebenbei auszugehen. Wenn es geschah, so galt es zum allermindesten als unanständig. War durch ererbtes Vermögen oder reiche Heirat in einer Offiziers- oder Beamtenfamilie mit den Mitteln auch die Lebenshaltung ungleich höher als die der Familien der Standesgenossen, so erschien es als Pflicht, im Verkehr mit ihnen und in der gegenseitigen Gastlichkeit den Unterschied nicht hervortreten zu lassen. Von Vorgesetzten wurde den Unterstellten ausdrücklich zur Pflicht gemacht, bei Gastlichkeiten niemals mit einem Aufwand, sei es an Kostbarkeiten des Hausgeräts, an Üppigkeit der Verpflegung usw., hervorzutreten, der die ärmeren Standesgenossen den Unterschied beschämend oder verbitternd empfinden lassen könne. Das war ein Kampf gegen mammonistische Lebensauffassung. Wer einwendet, dieser Kampf sei vielfach nicht richtig geführt worden, er habe auch nicht obgesiegt, hat vielleicht in mancher Beziehung recht, ändert damit aber nichts an der großen Tatsache, daß der Geldgeist, der Gedanke, das Geld zur Achse des eigenen Lebens und Strebens werden zu lassen, in den hauptsächlich tragenden Einrichtungen des Staates durch ihn und seine Organe bekämpft wurde. Wo sonst in der Welt als in Deutschland war solches der Fall?

Denken wir über diese Zusammenhänge gründlich nach, so erscheint auch der Gedanke der Beamtenehre, der Ehre des Unteroffiziers und Offiziers, beide so oft verhöhnt und bekämpft und geschmäht, klar und groß. Bevorrechtete Stände! hieß es. Ja, sie waren bevorrechtet durch die Höhe der ihnen gesetzten Aufgaben, ihre Kraft und ihr Leben in den Dienst des Staates und Vaterlandes ohne Rest zu stellen und durch die Pflicht, Staat und Vaterland, jeder in sich und aus sich, würdig an seiner Stelle zu vertreten und darzustellen. Es war ein Vorrecht, daß sich hieraus eine besondere Beziehung zu Staat und Vaterland, zur Monarchie und zum Monarchen und umgekehrt, ergab. Auch das Pensionsrecht war ein Vorrecht. Um so härter und beherrschender waren die Pflichten, und gerade angesichts des deutschen Wesens kann man ohne Mißbilligung verstehen und konnten wir auch selbst empfinden, daß nicht jeder die Möglichkeiten in seinem Wesen trug, die Unterordnung auf sich zu nehmen und in Gleisen sein Leben zu treiben, die er nicht selbst gelegt hatte. Aber keine staatliche Einrichtung kann auf Ausnahmenaturen angelegt werden, noch über einen gewissen Grad hinaus ihnen Raum lassen. Solche Menschen müssen versuchen, selbst zu sehen, wie sie sich ihr Leben ermöglichen und einrichten. Dadurch wird aber die Größe des Gedankens in keiner Weise berührt, wie sie sich im Vorkriegsdeutschland aus der alten preußischen Überlieferung heraus verkörperte: Geld und Gelderwerb aus den Schichten, die den Staat tragen und das Land schützen, auszuschalten, zum mindesten nie herrschend werden zu lassen. Daß solchem Verzicht gegenüber der Schutz des Alters und der Witwe eintrat, war gerecht und sittlich. Daß diese Berufsstände sich auf gehobenem Posten fühlten und von einer eigenen Ehre zu sprechen gewohnt waren, war wohl verständlich. Ein „gewisses Vorrecht" ergab sich ohne weiteres und zwingend, ebenso wie die Auswüchse in Gestalt einer gewissen Überhebung. Das ist ein Thema, von dem unendlich viel gesprochen und geschrieben ist, auf solche Überhebung sollte alles deutsche Unglück zurückzuführen sein. Wenn wir zugeben wollen, daß die Krankheit: Neigung zur Überhebung eines Volksgenossen über den anderen, in

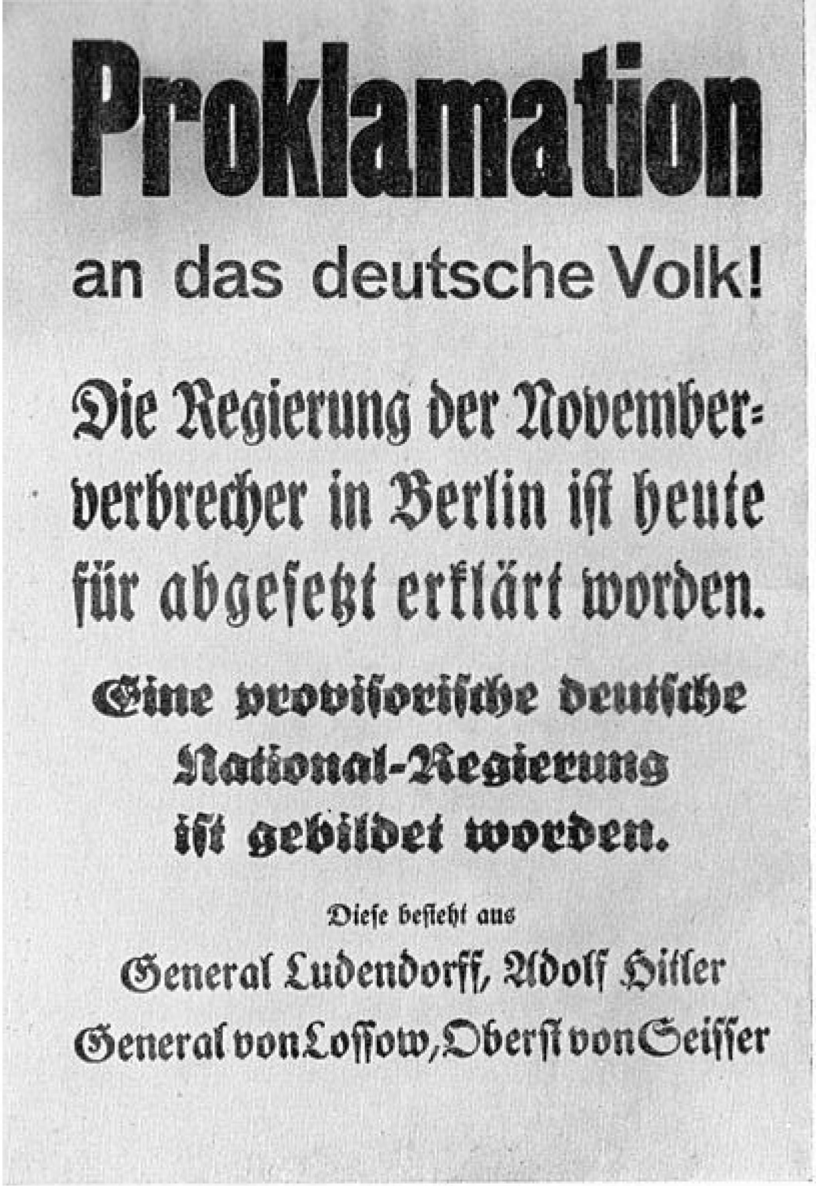
Deutschland immer eine Rolle gespielt hat, so liegt auf der Hand, daß dieses so unsympathische Laster sich auch bemerkbar gemacht und Nährboden gefunden hat. Alles kann entarten, nichts ist vollkommen, nichts ohne Beziehung auf die Umwelt noch immun gegen den Einfluß der Umwelt. Die Höhe und Größe des Gedankens wird damit nicht beeinträchtigt, und dafür bildet die Tatsache einen Beweis, daß alle Länder ohne Ausnahme nach dem Kriege bekannt haben, daß diese deutschen Einrichtungen unerreichbar an Vorzüglichkeit gewesen seien.

In Zeiten der Teuerung, die man ja auch damals hatte, ging es bei den Beamten oft schmal genug zu, und umgekehrt sahen sie, wie gewaltig in jener Zeit des materiellen Gedeihens sonst in Deutschland verdient wurde, besonders in der Industrie, in der Beamte und Angestellte aller Grade Summen verdienten, mit denen sich das Einkommen des Reichs- und Staatsbeamten nicht einmal vergleichen ließ. Den Ausgleich sollte der Beamtenstolz, die Beamtenehre herstellen und hat das auch in einem Grade getan, der nur bewundernswert genannt werden kann und an den wir heute nur mit Bitterkeit und Sehnsucht zurückzudenken vermögen. Ein Fall, der sich nicht lange vor dem Kriege zutrug, beleuchtet die damaligen Zustände:

Dem sozialdemokratischen, später kommunistischen Abgeordneten Dr. Liebknecht war folgendes zu Ohren gekommen: Ein Berliner Vertreter des Hauses Krupp wollte schnell einen bestimmten Offizier des preußischen Kriegsministeriums sprechen, und er gab dem betreffenden Angestellten bzw. Beamten der Botenmeisterei fünf Mark. Das war zweifellos eine unerlaubte Einwirkung auf den Beamten, ebenso unerlaubt war, daß der Beamte den Betrag annahm. Der genannte sozialistische Abgeordnete machte aus diesem Fall einen Skandal erster Ordnung. In der militärischen Behörde herrsche eine ungeheure Korruption, die Beamten seien bestechlich, von der großen Industrie gekauft, ein Sumpf ungeheuerlichen Ausmaßes sei aufgedeckt worden. Die sozialdemokratische Presse in Deutschland und die gesamte des Auslandes war voll davon: der reaktionäre preußische Militarismus sei verfault, ebenso wie das System, dessen Teil er bilde. Aus der Trinkgeldmücke wurde ein Korruptionselefant gemacht. Und diese ebenso unwahrhaftige wie lächerliche Aufbauschung erschütterte damals eine Woche lang die Luft. Auch die offiziellen Kreise waren außer sich, und es ist dem armen Beamten übel ergangen. Und was man damals feststellen konnte: die untere Beamtenschaft war außer sich über den Mann, der die Ehre des Standes derart bloßstellen und in Gefahr bringen konnte. Ja, es ist nicht übertrieben, daß man von jenem Stande sagte, er sei unbestechlich, einzig unbestechlich unter allen Beamtenständen der Staaten der Welt.

Pflicht und Ehre, das waren die beiden sittlichen Mächte, die herrschten, nicht Geld und Sucht nach Geld noch der Respekt vor dem Gelde, dazu kam das Gefühl, im Dienste eines Staates zu stehen und zu arbeiten, der für alle da war, jedenfalls für alle da sein sollte. Daß dieser Staat besonders in der sozialen Frage seiner Aufgabe nicht gerecht geworden ist, haben wir gesehen, aber seine Aufgabe war da, er kannte sie und anerkannte sie, und ihre Erfüllung war das Ziel seines Strebens, an und für sich schon ein Wert allererster Ordnung.

In einem Prozeß während des Krieges erklärte ein demokratischer Professor, eine Volksehre, eine Ehre für ein Volk gäbe es nicht. Es war nur folgerichtig, daß, nachdem Marxismus und Demokratie mit dem November 1918 ihr Ziel erreicht hatten, der Begriff der Ehre überall und vollständig ausgelöscht werden mußte. Dabei zögerte man aber nicht, den im alten System anerzogenen Pflicht- und Ehrbegriff für Handlungen zu beanspruchen, die im Gegensatz zu Pflicht und Ehre standen.



Proklamation

an das deutsche Volk!

Die Regierung der November=verbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden.

Eine provisorische deutsche National-Regierung ist gebildet worden.

Diese besteht aus

General Ludendorff, Adolf Hitler
General von Lossow, Oberst von Seisser

Nr. 12. Ein mutiger Beginn …

Aufruf!

Trug und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine Szene widerwärtiger Vergewaltigung gemacht. Die mir, dem General Lossow und dem Obersten v. Seisser mit vorgehaltener Pistole abgepreßten Erklärungen sind null und nichtig. Ein Gelingen des sinn- und ziellosen Umsturzversuches hätte Deutschland samt Bayern in den Abgrund gestoßen. An der Treue und dem Pflichtbewußtsein der Reichswehr und der Landespolizei ist der Verrat gescheitert. Auf diese Getreuen gestützt ruht die vollziehende Gewalt fest in meiner Hand. Die Schuldigen werden rücksichtslos der verdienten Strafe zugeführt.

Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, die Bünde Oberland und Reichskriegsflagge sind aufgelöst.

Unbeirrt aber durch Unverstand und Tücke werde ich mein deutsches Ziel verfolgen: Unserem Vaterlande die innere Freiheit zu erringen.

München, den 9. November 1923.
Ausgegeben 7½ Uhr morgens

Der Generalstaatskommissar
Dr. von Kahr

Nr. 13. … ein trübes Ende

Nr. 14. Ankunft von Hitlertruppen aus der Provinz vor dem Bürgerbräukeller am 9. November 1923

Nr. 15. Während des Umsturzes 1923 vor München

„Die Republik ruft!"

Der Umsturz setzte die Umstürzer und den engeren Kreis ihrer Auserwählten, die sogenannten Volksbeauftragten, in schwere Verlegenheit, sie wären gescheitert, in der Versenkung verschwunden und zwar in kürzester Zeit, wenn sich nicht die alte Beamtenschaft des gestürzten Systems ihnen zur Verfügung gestellt hätte. Sie selbst, die Partei und was mit ihr zusammenhing, hatten nichts an die Stelle zu setzen. Da apellierten sie, deren Arbeit und bewußtem Willen die Katastrophe zu verdanken war, an die Staatsgesinnung und an die Pflichttreue der Beamtenschaft: das Vaterland sei in Gefahr! Und beinahe die gesamte Beamtenschaft stellte sich in den Dienst dieser Sache, welche in Wirklichkeit nicht die Sache des Vaterlandes bedeutete, sondern die ehrenvolle Aufgabe, den Umstürzern eine politische und sonstige Grundlage für Existenz und Herrschaft zu schaffen. Und als das Ziel erreicht war, als man sich sicherer fühlte, da stellte man die Retter vor die Entscheidung, entweder den neuen Zustand, der durch „Meineid und Verrat" erzeugt worden war, anzuerkennen oder aus der Laufbahn auszuscheiden und brach so zahllosen Beamten durch die Lebenssorge für sich und ihre Familien das moralische Rückgrat. Im weiteren Verlauf wurde die schamloseste Gesinnungsschnüffelei geübt, und von wem die Schnüffler mit Recht oder Unrecht meldeten, er sei nicht „von Herzen" Republikaner, dem wurde die Laufbahn unter den dürftigsten Vorwänden zerbrochen.

Manche werden hier die Frage aufwerfen, ob nicht dieser Vorgang Mangel an Charakter gerade der alten Beamtenschaft zeige, da diese sich einfach hätte versagen können, wenn sie nur gewollt hätte. In jedem anderen Lande wäre dieses Urteil wohl zutreffend gewesen. In Deutschland lagen die Dinge weniger kraß. Das Beamtentum, politisch unerfahren, vielfach verständnislos, sah sich plötzlich ohne Kaiser und König, ohne Reichskanzler und andere höchste Vorgesetzte des alten Regimes und durch den Gang der Dinge vor eine Entscheidung von ungeheuerster Tragweite gestellt. In diesen schwankenden, vielfach haltlosen Zustand warfen die „Volksbeauftragten" das Wort: Rettung des Volkes und des Vaterlandes, höchste Gefahr, nicht nur für die Ernährung, sondern auch für einen Zusammenbruch des Staats schlechthin; rettet das Vaterland in höchster Not! Das waren die Worte und Ideen des alten Systems. Die „Volksbeauftragten" trieben Falschmünzerei mit den heiligen Worten und Begriffen und hatten sich in deren Wirkung auf die Beamtenschaft nicht geirrt, sie schwenkte ein und stellte sich in den Dienst des Umsturzes.

Was wäre geschehen, wenn die Beamtenschaft sich ganz oder zum größten Teil den Führern des Umsturzes verweigert hätte? Eine solche Frage kann natürlich nicht in allen Konsequenzen nachträglich beantwortet werden. Mit Gewißheit kann man aber sagen, daß die Sozialdemokratie mit ihren „Volksbeauftragten" sich nicht hätte halten können, sondern mit außerordentlicher Geschwindigkeit aus der „Macht" wieder verschwunden wäre. Ob dann „Spartakus" oder etwas Ähnliches in Deutschland an die Macht gekommen sein würde, läßt sich ebenfalls nicht sagen, aber die Möglichkeit besteht ohne Zweifel, trotz der Sicherheit,

daß solcher „Bolschewismus" auch nur für sehr kurze Zeit bestanden haben würde. Doch hiervon wird an anderer Stelle gesprochen.

Bleiben wir hier bei der Liquidierung des vorher nicht diskontierbaren Wertes der deutschen Beamtenschaft. Gegen ihre Überzeugung und Grundsätze, teils irregeführt, teils gebrochen, war sie schon damit zu etwas ganz anderem gekommen als vorher. Von nun an unterstand sie Elementen, die sie bis dahin mit Recht als verderblich und gegen das wahre Wohl des Landes und des Volkes gerichtet betrachtet hatte. Von den Beamten wurde verlangt, und sie taten es, systematisch alles von Grund aus zu beseitigen und zu bekämpfen, was sie früher hochgehalten hatten und was ihnen Autorität gewesen war. Achten konnten sie das Neue und seine Vertreter nicht; um sich zu erhalten und vorwärtszukommen, mußten sie heucheln und sich selbst untreu werden. Im Laufe der kommenden Jahre setzte dann der parlamentarische Kampf ein; siegte die eine Partei oder Parteigruppe und stellte die Regierung, so mußte man schon aufpassen und sich nach der neuen Decke strecken, wenn man nicht aus der Laufbahn herausgeworfen werden wollte. Aber das war nicht alles:

Die Wahlen zu den souveränen Parlamenten waren Sache höchsten Interesses für den Handel, für die Banken, für die Industrie. Man konnte sie durch Geld beeinflussen, denn dieses war das erfolgreiche Mittel, um die Wahlen selbst beeinflussen zu können. Noch vor den Wahlen 1928 klagte selbst der Minister Stresemann darüber, daß die Wahlen zum Reichstag durch Geld im höchsten Maße bestimmt würden, ja so weit, daß eine Interessentengruppe durchsetzen könne, einen bestimmten, von ihr gewünschten Kandidaten in das Parlament hineinzubringen. Das war im selben Jahre, als Parteifreunde desselben Mannes versuchten, Zeitungen durch Aktienkauf unter ihren beherrschenden Einfluß zu bringen, damit Dr. Stresemann in einem bestimmten Kreise Süddeutschlands gewählt würde! — Aus solchen Abgeordneten wurden dann, wenn die Partei oder Parteigruppe im Reichstag oder in einem deutschen Lande die Regierung bildete, selbst Beamte oder deren höchste Vorgesetzte. Konnte es anders kommen, als daß schon auf diesem Wege an die Stelle des Gesamtinteresses der private Interessent trat? Dieser sah überhaupt nun seine Zeit gekommen. Der Geschäftsmann aller Art und Abstufungen, einschließlich des Schiebers und skrupellosen Spekulanten, begann in Ämtern des Reichs ein- und auszugehen und so für sein Geschäft zu sorgen. Gelang es ihm, den betreffenden Beamten zu „interessieren", so hatte er gewonnen, der Beamte war ihm mit allem, was er war, in die Hand gegeben. Die Beamten sahen und hörten, daß bei ihren Vorgesetzten, bei Ministern Gauner aller Art ein- und ausgingen, daß sie Feste miteinander feierten und Geschäfte miteinander machten. Was mußte sich der Beamte denken, wenn sogar der Reichspräsident Ebert seine Photographie „seinem lieben Barmat" gewidmet hatte, wenn der frühere Reichskanzler, der Sozialdemokrat Bauer, sein Reichstagsmandat niederlegen mußte, weil sein Treiben mit denselben Gaunern ans Licht gekommen war; wenn der Zentrumsminister Höfle Selbstmord beging! Daß Minister von Amts wegen Leihgeschäfte machten, Dinge kauften und verkauften, um für ihr Ministerium bzw. Amt ein Geschäft zu machen, war früher etwas Unerhörtes, aber das galt seit dem Umsturz nicht als anstößig. Unmittelbar daneben lag die Verlockung für die Minister und unterstellten Beamten, durch Begünstigung des betreffenden Geschäftsmanns auch für sich Geschäfte zu machen. Das Ideal in dieser Beziehung ist der amerikanische Brauch: der Verbrecher wird in Ausübung der Tat abgefaßt, schlägt dem Polizisten halbpart vor, und die Sache ist erledigt, zwischen den beiden begraben.

Jene Stabilität, von der wir sprachen, wurde mit dem alten System zugleich vernichtet.

Die Vertreter des einen politischen und wirtschaftlichen Kurses wurden periodisch von ihren Gegnern abgelöst. Bald blies der Wind so, bald nach der andern Richtung. Die Minister waren Parteimänner geworden, Exponenten ihrer Partei. Nichts stand mehr über den Parteien, jede erklärte, daß eben sie das allgemeine Interesse verträte — wonach sich zu richten sei! Und was waren die Parteien denn schließlich anderes als die Exponenten, die Vertreter der eigentlichen Interessentengruppen, von denen sie Geld bekamen. Natürlich wird solches Geld nicht direkt als Bestechungssumme für einen bestimmten Zweck gegeben, sondern da gibt es viele Wege und Umwege, auf denen die Parteien als Ganzes und einzelne ihrer führenden Angehörigen von Interessenten, Geldleuten usw. beeinflußt und schließlich vollkommen abhängig gemacht werden können. Die Partei stellt, wie gesagt, auch die Beamten, soweit sie es für nötig hält. Ein aus dem vorigen Kabinett übriggelassener Beamter wird auf das genaueste beobachtet, ob er „zuverlässig" ist, und wird, hegt man den geringsten Zweifel, durch einen „zuverlässigeren" ersetzt. Mit der Zeit verflachen, ganz naturgemäß, wenn sicher nicht alle, so doch viele Gewissen. Man beginnt als selbstverständlich zu finden, daß die Beamtenschaft ein Teil der Partei oder der Parteigruppe sei, die gerade die Macht im Staate inne hat, daß die Parteien selbst die Politik ihrer Hintermänner machen, also auch die Beamten eigentlich dazu da sind. In diesem Sinne wird man auch das Wort Walter Rathenaus auszulegen haben: die Wirtschaft sei das Schicksal; nebenbei bemerkt keine originale Prägung, sondern eine abwandelnde Nachahmung des napoleonischen Wortes an Goethe: die Politik sei das Schicksal. Ein Volk, dessen Führer ihm sagen: die „Wirtschaft" sei sein Schicksal, die das Schicksal nur da suchen, wo es sich um rein materielle Werte handelt, ist verloren, und seine Führer sind entweder bewußte Verderber oder selbst irregeführt und des höheren Gedankens nicht fähig. Die Wirtschaft eines Volkes ist eines der Mittel, durch die ein Volk sich, sein Leben und seine Zukunft zu gestalten hat. Schicksal ist nicht die Wirtschaft selbst, sondern der Geist, aus dem sie hervorgeht und in dem sie geführt wird.

Im alten Reiche war es eine viel umkämpfte Frage, sie hängt mit vorher Gesagtem zusammen, die Selbstversorgung der Bevölkerung aus dem eigenen Boden sicherzustellen, jedenfalls hinsichtlich der notwendigsten Dinge. Das war nur möglich durch entsprechende Steigerung der heimischen Erzeugung mit allen einschlägigen Mitteln. Die internationalistischen Parteien waren dagegen, die Mittelparteien erklärten sich zu Halbem bereit, die Gruppen der Rechten waren dafür, wie die anderen ihnen vorwarfen, aus nacktem Eigennutz, denn, das war selbstverständlich: je mehr für die Landwirtschaft getan wurde, desto besser wurde den Interessen der Landwirte gedient. Das materielle Interesse des Berufsstandes fiel mithin mit der Sicherheit und dem Wohl des Ganzen zusammen. Der Vertreter der Monarchie, über den Parteien stehend, seinen persönlichen Sympathien nach mehr zur Mitte und der Linken neigend, erkannte die Größe des Gedankens und die Wichtigkeit seiner Durchführung und vertrat gewissenhaft die Notwendigkeit deutscher Selbstversorgung. Die Kurzsichtigkeit und Schwäche des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg scheiterte an der Aufgabe, ja auch an der Durchführung der Aushilfsmaßnahmen: von langer Hand her gewaltige Magazine an gewissen Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Futterstoffen in Deutschland zu errichten, um für einen Krieg, der mit Blockade verbunden wäre, Vorräte zu haben. Der Kaiser, die Armee, die Marine und hohe Beamte — wir haben darüber erschütternde Mitteilungen des Staatssekretärs Delbrück und des Geheimrats Meydenbauer, die Zeugnis davon geben — verlangten die Durchführung der vaterländischen Notwendigkeit, die hoch

über den Interessen stand. Sie drangen nicht durch, weil der Reichskanzler versagte. Das soll nur ein Beispiel sein für die Notwendigkeit von Autoritäten, die über jedem Interessentenstandpunkt nur das Ganze im Auge haben. Oder ein anderes: der Schutz, die Sicherheit des Landes! In der parlamentarischen Demokratie ist sie dem Würfelspiel der Mehrheit übergeben. Das einzige, was da außerparteilich wirken und entscheiden kann, sind das nationale Empfinden und der entsprechende Wille. In England, in Frankreich, in Belgien ist er vorhanden und war es immer. In Deutschland war es nicht der Fall. Wäre in den Jahren vor dem Kriege die deutsche Wehrkraft von dem Spiel der Mehrheiten und ihrer Minister abhängig gewesen, so würden die Feinde leichtes Spiel mit Deutschland nachher gehabt haben. Aber so groß war auch gegenüber der eingeschränkten Macht des Reichstags vor dem Kriege die Scheu vor den parlamentarischen Verhandlungen, daß Kaiser und Kanzler und Kriegsminister nicht wagten, das zu fordern, was eine nationale Notwendigkeit für den Schutz des Vaterlandes bedeutete.

Die Volksbeauftragten von 1918 und ihre Nachfolger riefen die Offiziere und Unteroffiziere auf, freiwillige Truppenkörper zu bilden und den spartakistischen Aufstandsbewegungen ein Ende zu machen, man rief sie auch in die Ostmarken des Reiches. Diese Offiziere und Unteroffiziere und die Krieger, die sich ihnen anschlossen, glaubten für das Vaterland zu kämpfen. In der Tat kämpften sie für die Erhaltung der sozialdemokratischen Macht, für die Demokratie schlechthin, für sämtliche Nutznießer des Umsturzes. Die Machthaber des Marxismus verfolgten dabei mehrere Zwecke zugleich: sie ließen sich und ihre Stellung durch die alte Wehrmacht retten, die monarchische Wehrmacht, deren monarchische Grundlage sie zersetzt und zertrümmert hatten. Sie konnten auf diese alten Kämpfer des nationalen Verteidigungskrieges hinweisen: sie kämpfen jetzt für uns, sie nehmen unsere Sache als die nationale an, also, deutsche Bevölkerung, wirst du auch zugeben, daß unsere Sache die deutsche ist und damit auch die gerechte! Im ganzen Lande ließ die „Reichsregierung" die Plakate anschlagen. Ihr Inhalt ist auch sonst von Interesse, wegen der Heuchelei, die aus jeder Zeile spricht:

„Kameraden!" Eine schöne Anrede! Wessen Kameraden, die Eberts, Scheidemanns, Landsbergs, Noskes, Wissells? Aber sie wollten am Ruder bleiben und so riefen sie nach den Kameraden, denen sie ihr Vaterland und ihre Zukunft und überhaupt alles genommen und verdorben hatten. In dem Aufruf heißt es: „Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheit arbeiten (ein schöner Ausbau, eine merkwürdige Freiheit), ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilsonpunkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! Proteste allein nützen nichts, sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß. Sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht. Sie helfen den Kameraden in den Ostseeprovinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen

entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten. Ihr sollt das Überrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Kriegsbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. Freiwillige vor!"

Es war richtig: die Republik rief, sie brauchte die Männer, die sie verteidigen sollten, aber das Wort der „Volksbeauftragten": „sie sorgt für euch!", dieses Wort war eine frevelhafte Lüge. Jenen Volksbeauftragten kam es auf die Lüge nicht an, sahen sie doch ihre eigne Sicherheit, ihre eigene Machtstellung und Versorgung in Frage gestellt. Es war nicht lange nachher, da stellte sich der sogenannte Reichswehrminister Noske vor das Parlament und erklärte triumphierend: er könne jetzt sagen, daß das deutsche Offizierkorps bettelarm geworden sei. Das war es, was man gewollt hatte. Dieses Offizierkorps, das beste, was es je auf der Erde gegeben hat, sollte zugrunde gehen, sollte gezwungen werden, sich zu beugen, den Zusammenhang in sich aufzugeben, sollte mit allen Mitteln herabgedrückt und so tief wie möglich erniedrigt werden. Seine Mitglieder sollten mit der geringsten Stellung und Beschäftigung zufrieden sein, und diejenigen, die sich dieser Notwendigkeit beugten, für die anderen arbeiten müssen, die ihre Todfeinde waren und den Gedanken haßten, dem sie, die Offiziere und Unteroffiziere, alles geopfert hatten, was sie waren und in dessen Dienst sie sich ohne Vorbehalt in Gedanken und Wirklichkeit gestellt hatten.

Vom anderen Standpunkt gesehen, war und bleibt selbstverständlich, daß die Vertreter der „Republik" die Vertreter des Rückgrats des alten Heeres haßten und auf seine Vernichtung, auf die Unmöglichkeit seiner Wiederherstellung mit allen Mitteln bedacht waren. Der Militarismus, so sagte der Aufruf der sechs Marxisten, sollte zu Ende sein, die Republik sich verteidigen. Der „Militarismus" war eine Lüge derselben Partei gewesen, eine landesverräterische Lüge. Die „freiwillige Schutzbereitschaft" ihrer (der Revolution) freiwilligen Bürger appellierte, ohne es ganz offen auszusprechen, an das gleiche vaterländische Pflichtgefühl, das die Seele jenes Militarismus gewesen war. Auf den Appell: der deutsche Boden, das Vaterland ist in Gefahr! reagierten die Krieger des alten Heeres, und zwar sofort; es war ihnen, die sie vier Jahre im Felde gestanden und den vaterländischen Gedanken noch nicht vergessen hatten, eine Selbstverständlichkeit. Dem Rufe des Vaterlandes glaubten sie zu folgen, nicht dem Rufe der obendrein verfassungsmäßig nicht legitimierten Republik. Wie unendlich bezeichnend hierfür ist die geschichtliche Tatsache, daß jene Freikorps, welche sich in selbstverständlicher Aufopferung den Polen und Spartakus entgegenwarfen, nur aus Vertretern eben jenes „Militarismus" bestanden, nicht aber aus solchen, welche die Republik gewünscht, zum mindesten gebilligt hatten, die aus den politischen Kreisen stammten, welche die Republik nun in Angst und Grausen gefährdet glaubten. Die, also die „wahren" Republikaner, waren nicht in den Reihen der Freikorps zu finden, wohl aber die, denen die Novemberleute so gut wie alles zerschlagen hatten, was ihnen wert und heilig gewesen war,

deren Schuld es nicht war, daß das Vaterland im Innern wie nach außen in jene furchtbare und beschämenswerte Lage hineingelangt war. „Die Republik" war also edel, sie benutzte diese Kämpfer, und als sie sie benutzt hatte, als sie sich durch sie hatte retten und festigen lassen, da stieß sie sie in Elend, Mißhandlung und Mißachtung.

Das Wort Republik — was ist eigentlich seine Bedeutung? Sie ist im Laufe der Jahrtausende verwischt worden. In Deutschland ist die Übersetzung: „öffentliche Sache" gemeinhin als zutreffend angenommen worden. Die Worte: Publikum, publizieren, Publikation sind längst angenommen für den Begriff der Öffentlichkeit, also übersetzt man: „res publica" mit: öffentliche Sache. Ursprünglich hieß es aber „res populi", übersetzt: die Sache des Volks, die Volkssache. Im Laufe der Zeit wurde dann im alten Rom daraus die „res publica". Die Sache des Volks! wer würde das nicht billigen? Aber wer sich damals fragte — und ist es heute anders? —, ob das, was wir sahen, Sache des Volks war, der konnte nur mit einem trüben und bitteren Nein antworten.

Das Grauenhafte der Novemberereignisse des Jahres 1918 lag für alle, die nicht schon mit schweren Ahnungen auf das Ende geblickt hatten, in der Plötzlichkeit, mit der alles verschwand, was als fest und unverrückbar, als tief verwurzelt mit dem deutschen Leben angesehen worden war. Mit einem gewissen Recht hat man gesagt: der Umsturz von 1918 sei keine Revolution im großen Stil, ja überhaupt keine Revolution, nämlich keine Umwälzung gewesen. Die den nationalen Gedanken verneinenden Kräfte in Deutschland konnten, bei der langen Dauer des Krieges, ihre zersetzende Friedensarbeit wirksamer fortführen als vorher, außerdem waren sie die eifrigsten Bundesgenossen der äußeren Feinde und diese die ihrigen. Die national bejahenden Kräfte der Heimat waren ihrer Aufgabe nicht entfernt gewachsen, sie wurden schwächer, die andern stärker, die Monarchien und ihre Träger verschwanden, vom Außenstehenden aus gesehen, wie mit Zauberschlag durch den Anstoß minderwertiger Elemente. Weder die Monarchen kämpften für ihre Throne, noch taten es diejenigen, die zu ihnen gehörten. Die führenden Schichten bewiesen, daß sie nicht führen konnten. Das Bürgertum als Ganzes dachte nur daran, Leben und Besitz unter irgendein Dach zu bringen. Es wäre unrecht, in Abrede stellen zu wollen, daß die Entbehrungen der Kriegsjahre und der mit dem Kriege selbst verbundene Jammer in hohem Grade für jenes widerstandslose Zusammensinken gegenüber einer Bande von Umstürzlern viel beitrugen. Und das Beispiel fehlte eben. Der Stolz, die Idee und die Treue waren verschwunden. Das war vielleicht das am meisten Niederdrückende.

Am Vormittag des 9. November 1918, als in Berlin für jeden, der nicht am Umsturz oder seiner Vorbereitung beteiligt war, nur einige Nachrichten und eine Masse mehr oder weniger unbestimmter Gerüchte vorhanden waren, schien das Bürgertum, soweit es auf der Straße war, über den Umsturz ganz zufrieden zu sein. Überall auf der Straße vernahm man aus Zwiegesprächen Freude und Hohn über den Rücktritt der Monarchen, es gab keine Niedrigkeit, die man ihnen nicht nachgesagt hätte, Diebstahl war noch das mindeste. Früher hätte in keiner Schicht der Bevölkerung, ob Monarchist, ob Republikaner, jemand an derartiges auch nur gedacht, und keiner der deutschen Fürsten hatte auch nur einen Schatten von Anlaß zu derartigen Verdächtigungen gegeben. Nun war auf einmal alles voll von niedrigen und grotesken Verleumdungen, also ein Beweis, daß es sich um eine lange, sorgfältige Vorbereitung handelte. Die Fürsten waren besonders vor dem Kriege schon starker Kritik ausgesetzt gewesen, aber man hatte in ihnen doch immer die Lauterkeit gesehen und geschätzt, sie als über den Parteien stehend angesehen und sie als unter allen Umständen „anständige

Menschen" genommen. Jetzt waren es plötzlich Verbrecher. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie planvoll man dem Volk vorlog und auf alle Weise den Eindruck verschaffte, daß alles, was man bisher verehrt und hochgehalten hatte, schmutzig und verächtlich sei. Mit psychologischer Kenntnis des Wesens der Deutschen und insonderheit ihrer Schwächen ist das alles berechnet gewesen. Die Deutschen sollten sich verraten und betrogen von Monarchen und Führerschichten glauben, sie sollten überzeugt werden, daß sie alle, die nicht dazu gehörten, vier Jahre hindurch in einer wahrhaft empörenden und frevelhaften Weise ausgenutzt, mißbraucht und geopfert worden seien. Als die Empörung so angefacht war, zeigte man ihnen nun: Seht, so sind sie, sie laufen weg, die Feigen, sie lassen euch im Stich! Und dann würde die Wut aufwachen, und in der Verbitterung, in allen Gefühlen getäuscht worden zu sein, würde der Durchschnittsdeutsche dann sich und alles außer sich rasend und sinnlos beschmutzen. So wurde es auch. Nie hat man in neuerer Zeit die vom Römer Tacitus zusammengefaßten deutschen Hauptfehler in scheußlicherer Form zusammengesehen als damals, die stultitia (Torheit), invidia (Neid, Eifersucht), taedium sui (den Ekel, den Überdruß seiner selbst). Diese letzte Eigenschaft führt in die Selbstmörderecke des deutschen Wesens. Ist der Deutsche da angelangt, so gerät er in einen Rausch der Verneinung und schmutzigen Erniedrigung seiner selbst und alles dessen, was in den Bereich seiner Gedanken tritt, und kämpft in fanatischer Perversion gegen das eigene Gute in sich. In solchen Augenblicken einer wahren „Anfechtung" können nur Beispiel und Führung helfen, die waren nicht vorhanden. In dieser erbitterten und verbitterten Verzweiflung, gequält von Hunger und Mangel, in der dumpfen Furcht, immer noch Schrecklicheres werde kommen, gab man alles verloren, ließ alles über sich ergehen und warf sich in Massen gerade den Verderbern und Verführern, gerade denjenigen, die ihnen alles Hohe und Heilige beschmutzt hatten, in die Arme.

Hitler, Sozialdemokratie; Juden, Umsturz

In seiner Wiener Lehr- und Notzeit als Arbeiter, in der täglichen Berührung mit den sozialdemokratischen Arbeitern sah sich der junge Hitler von selbst in das Studium dieses ihm ganz neuen und fremden Lebens gestoßen: „Je mehr ich Einblick in das äußere Wesen der Sozialdemokratie erhielt, um so größer wurde die Sehnsucht, den inneren Kern dieser Lehre zu erfassen.“ Er beschäftigte sich mit Marx und dem umfangreichen Schrifttum seiner Ausleger. Dabei kam er schon schnell zu dem Ergebnis: „Nur die Kenntnis des Judentums allein bietet den Schlüssel zum Erfassen der inneren und damit wirklichen Absicht der Sozialdemokratie. Wer dieses Volk kennt, dem sinken die Schleier irriger Vorstellungen über Ziel und Sinn dieser Partei vom Auge, und aus dem Dunst und Nebel sozialer Phrasen erhebt sich grinsend die Fratze des Marxismus.“ So schreibt Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“, und in seiner Verteidigungsrede im Putschprozeß 1923/24 erklärt er: als Todfeind der Sozialdemokratie und als glühender Antisemit habe er vor dem Kriege Wien verlassen. Das war Jahre vor dem Kriege, also in ganz jugendlichem Alter.

Heute ist die Judenfrage, besonders seit dem Kriege, ohne Unterlaß auf der Tagesordnung der öffentlichen und auch der nichtöffentlichen Meinung. Es gibt in Deutschland wohl niemand, der nicht irgendwie zu ihr Stellung nimmt, um Stellungnahme kommt niemand herum. Hitler erzählt, er erinnere sich nicht mehr, „wann mir zum erstenmal das Wort Jude Anlaß zu besonderen Gedanken gab. Im väterlichen Hause erinnere ich mich überhaupt nicht, zu Lebzeiten des Vaters das Wort auch nur gehört zu haben. Ich glaube, der alte Herr würde schon in der besonderen Betonung dieser Bezeichnung eine kulturelle Rückständigkeit gehört haben.“ Als Fünfzehnjähriger hörte Adolf Hitler das Wort: Jude, nahm es aber nur im konfessionellen Sinne, im übrigen war ihm der Jude ein Deutscher. Nach Wien gekommen, las er die Presse, empfand als unangenehm und ihm zuwider konfessionelle Zänkereien, er hielt die Juden für verfolgt um ihres Glaubens willen und nimmt innerlich für sie Partei. „Vom Vorhandensein einer planmäßigen Judengegnerschaft ahnte ich überhaupt noch nichts.“ So kam er nach Wien, studiert eifrig die dortige sogenannte Weltpresse, die sich damals wie heute in jüdischer Hand befand. Hier bemerkte er bald, instinktiv, die jüdische Art und empfindet sie als widerwärtig. Die Wiener Kämpfe der Christlich-Sozialen Partei, denen der junge Hitler, wie allen öffentlichen Vorgängen, mit gespanntestem Interesse folgt, ändern nun allmählich seine Ansichten über den Antisemitismus, und er schreibt dazu: „dann war dies wohl meine schwerste Wandlung überhaupt.“ Zu Hilfe kamen ihm bei dieser Wandlung, die ihm die meisten inneren seelischen Kämpfe gekostet hat, die Juden selbst. Er lernte sie in dem mit Juden gefüllten Wien beobachten und kennen, beschäftigte sich mit dem antisemitischen Schrifttum von damals. Dieses erschien ihm freilich nicht selten so flach und unwissenschaftlich, daß ihm wieder Zweifel kamen und er einmal sogar auf Monate hinaus „rückfällig“ wurde. Die Kämpfe zwischen den Zionisten und den liberalen Juden lehrten

ihn, auch diese Seite der Frage ins Auge zu fassen, und Hitler begriff, daß die Juden ein Volk seien und sich als solches vom deutschen Volk vollkommen unterscheiden. Er begriff auch, daß, ob Zionisten oder liberale Juden, ein wirklicher Unterschied zwischen beiden nicht bestand: „und an ihrer inneren Zusammengehörigkeit änderte sich gar nichts." Er beobachtete das Leben der Juden in Wien: „gab es denn da einen Unrat, eine Schamlosigkeit in irgendeiner Form, vor allem des kulturellen Lebens, an der nicht wenigstens ein Jude beteiligt gewesen wäre?" Je gründlicher der junge Hitler die jüdische Presse studiert, desto mehr verliert sich, was ihn zuerst da geblendet und irregeführt hat; die scheinbare Sachlichkeit, die stilistischen Kniffe, der Stil werden ihm unerträglich, den Inhalt erkennt er als innerlich seicht und flach. Er beobachtet schließlich in Wien das Verhältnis der Juden zur Prostitution und zum Mädchenhandel: „Als ich zum erstenmal den Juden in solcher Weise als den eisig kalten, wie schamlos geschäftstüchtigen Dirigenten dieses empörenden Lasterbetriebes des Auswurfs der Großstadt erkannte, lief mir ein leises Frösteln über den Rücken. — Dann aber flammte es auf. Nun wich ich der Erörterung der Judenfrage nicht mehr aus, nein, nun wollte ich sie." Jetzt erkennt Hitler auch den Juden als Führer der Sozialdemokratie, und da „begann es mir wie Schuppen von den Augen zu fallen. Ein langer innerer Seelenkampf fand damit seinen Abschluß."

Psychologisch und politisch ist dieser Entwicklungsgang des jungen Hitler von großem Interesse. Völlig unbefangen, beinahe ohne Kenntnis des Vorhandenseins einer Judenfrage, trat Hitler als ganz junger Mensch, alleinstehend in das Leben ein. Er schloß sich keiner Partei an, fühlte auch bald, daß ein Teil der antisemitischen Schriften jener Zeit minderwertig war, und das stieß ihn ab. Schließlich bringt ihn die fortgesetzte unabhängige Beobachtung des Lebens in der großen Stadt immer wieder zur gleichen Wahrnehmung, überall findet er den Juden in unheilvoller Betätigung. Nun erst steht sein Urteil fest und bleibt fest. Hitler ist also damals schon ganz allein seinen Weg gegangen, nicht etwa durch Bücher und Zeitungen, durch Propaganda, durch Zugehörigkeit zu antisemitischen Vereinen dazu gekommen, sondern im inneren, unabweichlichen Drange nach Erkenntnis des wirklichen Standes der Dinge. Wir sehen ihn mit Gewissenhaftigkeit Stufe für Stufe vordringen. Immer ist diesem, es muß wiederholt werden, ganz jungen Menschen vor Augen, daß das Problem, das er für sich lösen will, ein ungeheuer verantwortliches ist. Er ist sich voll bewußt, daß es für ihn gilt, sich für oder gegen ein ganzes Volk zu entscheiden. Er ringt in diesem Gefühl der Verantwortung mit sich und erklärt dieses Ringen noch lange nachher als seinen schwersten seelischen Kampf. Dabei war er damals nichts als ein junger Arbeiter, der sich mühsam sein tägliches Brot verdienen mußte, er war auch nicht einmal Angehöriger eines Verbandes, dem er sich vielleicht hätte verantwortlich fühlen können. Nein, er fühlte sich selbst verantwortlich, er strebte für sich nach Wahrheit und Klarheit, und deshalb machte er es sich so schwer. Zum zweitenmal sehen wir hier den Zug einer Gewissenhaftigkeit, die nicht etwa durch Verstandesüberlegungen oder durch äußere Umstände und Pflichten erzwungen wird, sondern rein aus innerem Zwange hervorgeht. Millionen junger Leute seines Alters hätten ihre Entscheidung: ob für oder gegen die Juden, ohne eine Minute Zeit zu verlieren, getroffen. War es bei Hitler so ganz anders, so können wir darin einen außergewöhnlichen Charakterzug feststellen und sehen einen Menschen, der, rein auf sich selbst gestellt, es mit jedem seiner Entschlüsse todernst nimmt, sich jede neue Erkenntnis, jeden Standpunkt erarbeitet. Nachdem er sich nun innerlich ganz klar geworden ist, die Juden als Führer der Sozialdemokratie ungetrübten Auges sieht, steht ihm auch das Wesen der

Sozialdemokratie klar und fest vor Augen, und er erkennt sie als den Feind, der bekämpft werden muß. Auch sie hatte Hitler nicht hassen gelernt, weil er ihre Theorie unheilvoll gefunden hätte oder weil er antisozialdemokratische Propaganda in sich aufgenommen gehabt hätte. Im Gegenteil waren ihm mit 17 Jahren, wie er erzählt, die Begriffe „Sozialdemokratie" und „Sozialismus" gleichbedeutend: „Es bedurfte auch hier erst der Faust des Schicksals, um mir das Auge über diesen unerhörtesten Völkerbetrug zu öffnen." Wohl war er in Massenversammlungen der Sozialdemokratie gewesen, ohne sich dadurch über ihr Wesen klar werden zu können. „Am Bau fand mein erstes Zusammentreffen mit Sozialdemokraten statt." Schon wenige Tage, nachdem der Arbeitsuchende, um nicht zu verhungern, am Bau tätig war, forderte man ihn auf, in die Organisation einzutreten, erklärte ihm, das müsse er. Der Hinweis auf das Muß hatte das Gegenteil zur Folge. Hitler lehnte ab, er verstände von der Sache nichts, ließe sich überhaupt nicht zwingen. Während der täglichen Mittagspause lernte er seine Umgebung näher kennen und hörte ihre meist politischen Gespräche. Das, was er hörte, war geeignet, „mich aufs äußerste aufzureizen. Alles wurde abgelehnt: die Nation als eine Erfindung der ‚kapitalistischen' — wie oft mußte ich nur allein dieses Wort hören — Klassen; das Vaterland als Instrument der Bourgeoisie zur Ausbeutung der Arbeiterschaft; die Autorität des Gesetzes als Mittel zur Unterdrückung des Proletariats; die Schulen als Institut zur Züchtung des Sklavenmaterials, aber auch der Sklavenhalter; die Religion als Mittel der Verblödung des zur Ausbeutung bestimmten Volks; die Moral als Zeichen dummer Schafsgeduld usw. Es gab aber rein gar nichts, was so nicht in den Kot einer entsetzlichen Tiefe gezogen wurde." Die ersten Wortstreite zeigten Hitler, daß er geistig zu wenig gerüstet war, und so machte er sich ans Lesen der Bücher und Broschüren, die seinen Arbeiterkollegen als Quelle ihres vermeintlichen Wissens gedient hatten. Schon bald zeigte er sich so gewappnet, auch so fähig in der Anwendung des gesprochenen Worts, daß seine Gegner ihm geistig nichts mehr entgegenzusetzen hatten und ihn als Todfeind betrachteten. Während der Arbeit wurde ihm erklärt, entweder habe er den Bau sofort zu verlassen oder werde vom Gerüst heruntergeworfen werden. Völlig alleinstehend, verließ er zunächst, dem Terror weichend, die Arbeitsstätte. Trotz und Not veranlaßten ihn dann, doch wieder hinzugehen: „und das Spiel ging denn auch wieder von vorne los, um ähnlich wie beim erstenmal zu enden". So wirft sich ihm qualvoll die Frage auf: „sind es noch Menschen, wert, einem großen Volke anzugehören?"; eine für den jungen Hitler höchst charakteristische Frage! Was wußte er vom Wesen eines großen Volks, was von den Gefahren, die ihm drohen, was von den Pflichten, die ihm und seinen Gliedern obliegen, was von seiner Größe und deren Segen, wenn die Pflichten vom Ganzen wie vom einzelnen Volksgenossen erfüllt werden. Sein Bildungsgang hatte ihn darüber nicht unterrichtet, im Elternhause war der Grund zu dieser Anschauung nicht gelegt worden, aus seiner Umgebung, der früheren wie der damaligen, konnte ihm am allerwenigsten solche Kunde und Kenntnis gekommen sein, im Gegenteil! Man steht hier vielmehr vor der Tatsache, daß Hitler das in Deutschland nicht oft vorhandene instinktive Empfinden der Volksidee in sich trug, ohne das zu wissen, bis seine sozialdemokratisch verseuchten Arbeitskollegen erst den Gegensatz in ihm weckten. Das genügte, um alles Denken und Wollen Hitlers um die Idee des Volks zu kristallisieren. Und im selben Augenblick war und fühlte sich Hitler als Kämpfer für den Volksgedanken und war sich gleichzeitig darüber klar, daß dieser Kampf, wenn er siegreich sein sollte, nur über die Leiche der Sozialdemokratie gehen könne. Der ganz allein in der Welt dastehende, in härtester Not des Lebens um die täglichen Bedürfnisse kämpfende junge Mensch sah sich aus dem

eigenen Innern heraus plötzlich und dann immer ausschließlicher von diesem drängenden und flammenden Gedanken erfüllt: Kampf für das deutsche Volk und damit Kampf gegen dessen größten Feind: die internationale Sozialdemokratie. Daß Hitler in seinem Buch, dessen erster Teil immerhin ein Jahrzehnt nach der Wiener Zeit entstand, in seine Jugenderinnerung keine späteren Erkenntnisse hineinlegte, ergibt sich daraus, daß er gerade in Wien nun auch die Praktiken der Sozialdemokratie im Kampf gegen ihre Gegner mit eindringendem Eifer und Verständnis studierte:

„Ich begriff den infamen geistigen Terror, den diese Bewegung vor allem auf das solchen Angriffen weder moralisch noch seelisch gewachsene Bürgertum ausübt, indem sie auf ein gegebenes Zeichen immer ein förmliches Trommelfeuer von Lügen und Verleumdungen gegen den ihr am gefährlichsten erscheinenden Gegner losprasseln läßt, solange, bis die Nerven der Angegriffenen brechen und sie, um nur wieder Ruhe zu haben, den Verhaßten opfern. Allein die Ruhe erhalten die Toren dennoch nicht." Den Kampf der Sozialdemokratie erkannte Hitler zusammenfassend: „Es ist eine unter genauer Berechnung aller menschlichen Schwächen gefundene Taktik, deren Ergebnis fast mathematisch zum Erfolg führen muß, wenn eben nicht auch die Gegenseite lernt, gegen Giftgas mit Giftgas zu kämpfen: „Wird der Sozialdemokratie eine Lehre von besserer Wahrhaftigkeit, aber gleicher Brutalität der Durchführung entgegengesetzt, wird diese siegen, wenn auch nach schwerstem Kampf."

Als Hitler 1919 der „Deutschen Arbeiterpartei" beitrat, war er sich mit seinem Grundgedanken also schon lange im klaren. Ein Jahrzehnt hindurch hatte er ihn schon in sich getragen, immer von neuem überprüft und entwickelt, ihn reifen lassen, wie er selbst inzwischen entwickelt und gereift war. Man versteht, wie ihn damals, 1919, die Unklarheit in Versammlungen und Gesprächen mit wohlmeinenden, unbestimmt ahnenden Leuten abstieß, abstoßen mußte, wie er unbedingt ablehnte, sich irgendeiner schon vorhandenen Partei anzuschließen.

Denn Hitler hatte in seiner Wiener Not- und Lehrzeit auch das Bürgertum, den Arbeitgeber, studiert. Er kannte die Schlaffheit und den mangelnden Mut des Bürgertums und nicht minder seinen kurzsichtigen Egoismus und sein mangelndes Verständnis für den Arbeiter, für die soziale Frage und für die Volksidee in ihrer Wirklichkeit. Aber noch ein anderes hatte er gelernt:

„Das danke ich am inständigsten meiner damaligen Leidenszeit, daß sie allein mir mein Volk wiedergegeben hat, daß ich die Opfer unterscheiden lernte von den Verführern. Anders als Opfer sind die Ergebnisse dieser Menschenverführung nicht zu bezeichnen. Denn, wenn ich nun in einigen Bildern mich bemühte, das Wesen dieser ‚untersten Schichten' aus dem Leben heraus zu zeichnen, so würde dies nicht vollständig sein ohne die Versicherung, daß ich aber in diesen Tiefen auch wieder Lichter fand in den Formen einer oft seltenen Opferwilligkeit, treuester Kameradschaft, außerordentlicher Genügsamkeit und zurückhaltender Bescheidenheit, besonders, soweit es die damals ältere Arbeiterschaft betraf. Wenn auch diese Tugenden in der jungen Generation mehr und mehr schon durch die allgemeinen Einwirkungen der Großstadt verloren wurden, so gab es selbst hier noch viele, bei denen das vorhandene kerngesunde Blut über die gemeinen Niederträchtigkeiten des Lebens Herr wurde. Wenn dann diese oft seelenguten, braven Menschen in ihrer politischen Betätigung dennoch in die Reihen der Todfeinde unseres Volkstums eintraten und diese so schließen halfen, dann lag dies daran, daß sie ja die Niedertracht der neuen Lehre weder verstanden, noch verstehen konnten, daß niemand sonst sich die Mühe nahm, sich um sie zu kümmern, und daß endlich die sozialen Verhältnisse stärker waren als aller sonstige etwa vorhandene gegenseitige

Wille. Die Not, der sie eines Tages so oder so verfielen, trieb sie in das Lager der Sozialdemokratie doch noch hinein."

„Da nun das Bürgertum unzählige Male in der ungeschicktesten, aber auch unmoralischsten Weise gegen selbst allgemein menschlich berechtigte Forderungen Front machte, ja oft, ohne einen Nutzen aus einer solchen Haltung zu erlangen oder gar überhaupt erwarten zu dürfen, wurde selbst der anständigste Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Organisation in die politische Tätigkeit hineingetrieben."

Möglich, daß Hitler, als er im Jahre 1924 diese Sätze niederschrieb, sich bewußter war als damals, wo er in physischem und geistigem Hunger und seelischer Not zu solchen Erkenntnissen gelangte. Aber, und das ist für den Beurteiler dieses Mannes das Wichtige: alle jene Grundlagen haben sich in ihm in ganz jugendlichen Jahren und ohne, daß er über eine irgend nennenswerte Bildung noch Erfahrung verfügte, geformt. Das Gebäude seiner späteren Anschauungen steht auf diesen Grundlagen. Mit derselben Klarheit erkannte Hitler während seiner Wiener Zeit schon das Schöpferische, Positive, das in dem Streben des Arbeiters nach Verbesserung seiner Lage enthalten war. Er sah die Gewerkschaften, wie sie waren und wie sie hätten werden müssen, er war nicht in blinde Kampfwut verrannt, sondern unterschied bereits klar zwischen Mittel und Ziel. Den Kampf, den Hitler dem Marxismus damals im Inneren ansagte und den er seitdem zunächst beinahe allein, dann mit der wachsenden Bewegung führt, vermag man, was beide Seiten anlangt, nicht zu beurteilen, ohne wenigstens in großen Umrissen die Gewerkschaft zu kennen und zu beurteilen.

Aus Bildungsvereinen schon kurz nach Mitte des vergangenen Jahrhunderts entstanden in langer, wiederholt unterbrochener Entwicklung die Gewerkschaften zum Zwecke der Verteidigung der Interessen der Arbeiter gegen den Arbeitgeber und auch gegen den Staat. Das war von Anfang an eine sittlich berechtigte Aufgabe und Tätigkeit. Sie hatte aber an und für sich mit Politik nichts zu tun, weder mit Parteipolitik, noch mit Stellungnahme zu den großen politischen und vaterländischen Gesichtspunkten. Die Arbeiterschaft war in jener ersten Zeit, also vor etwa siebzig Jahren, etwas ganz Neues, entstanden durch die Folgen der Dampfmaschine und der daraus sich entwickelnden Industrie. Um die Industriezentren, zunächst die Betriebe selbst gruppierte sich die Arbeiterschaft; sie wurde im Laufe der Jahrzehnte zugleich mit der Ausbreitung der Industrie zu „Arbeitermassen". Ein neuer Berufsstand war da und vergrößerte sich zahlenmäßig mit Riesenschritten, einmal durch das Wachsen der Industrie und damit der großen Städte, dann auch durch die allgemeine steigende Zunahme der Bevölkerung; heute, im Zeichen der Geburtenverminderung, klingt es beinahe unglaublich, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege der jährliche Zuwachs sich auf ungefähr 800 000 belief. —

Dieser neue Stand war annähernd ohne Rechte dem Arbeitgebertum preisgegeben, bezüglich der Arbeitszeit wie dem Lohn und der vollkommenen Unsicherheit der Arbeitsstelle. Kampf in irgendeiner Form für Erhöhung der Löhne und für Abänderung war verboten und stand unter Strafe. Der Arbeitgeber konnte in jedem Augenblick das Damoklesschwert der Entlassung herabsausen lassen. Der Staat, der dazu dagewesen wäre, den neuen Berufsstand ebenso wie die anderen zu schützen und zu vertreten, ihm selbständiges Leben zu geben und ihn zum mindesten staatlich einzugliedern, wurde dieser Pflicht nicht gerecht. Im Bürgertum fanden sich wohl einige Ansätze, aber man fühlte sich der neuen Schicht zu fern, zu hoch über ihr, war außerdem zu sehr in den Lehren und in der Praxis des Liberalismus befangen, als daß man die Bedeutung der neuanbrechenden Epoche zu erkennen vermocht hätte. Ausnahmen

waren wohl da, später besonders die vom Prediger Stöcker ins Leben gerufene Christlich-Soziale Bewegung, auch die katholische Kirche erkannte die Lage und legte den Grund zu den heutigen „Christlichen Gewerkschaften". Nach dem Ende des Bismarckschen Sozialistengesetzes erst begann die große Entwicklung der Gewerkschaft unter fähigen Führern und damit die Frage des Verhältnisses der Gewerkschaft zur Sozialdemokratischen Partei. Man ist heute im Laufe der Jahre vielfach gewohnt geworden, Gewerkschaft und Sozialdemokratische Partei einander gleichzusetzen. Das ist an sich ganz unrichtig, aber es liegt auf der Hand, daß die Sozialdemokratie, also eine politische Partei, der auf Mitgliederzahl alles ankam, von Anfang an bestrebt war, die Gewerkschaften vollständig in die Hand zu bekommen und mit ihrem Einfluß zu durchdringen.

Die Sozialdemokratie war und mußte von vornherein eine Vertreterin des Internationalismus sein. Sie stand auf der Lehre ihres Begründers, des Juden Marx, sie vertrat den Internationalismus auf allen Gebieten, von der Internationalität der Klasse bis zur Forderung der internationalen, der „Welt"republik. Dem deutschen Arbeiter lag dem Wesen seines Berufsstandes nach dieser Standpunkt fern, dasselbe konnte von seinen Führern in den Gewerkschaftsverbänden gelten. Der deutsche Arbeiter fühlte sich als Deutscher und verlangte eben nur Vertretung seiner Lebensinteressen und Hebung seiner Stellung, Schutz und Erweiterung seiner Rechte und Sicherung seiner Existenz; zu diesen Rechten mußte auch das Recht des Streiks gehören. Bürgertum und Staat ließen ihn aber im Stich, ja der Staat trat ihm mit immer rücksichtsloserer und härterer Strenge entgegen. Die politischen Parteien der Rechten und der Mitte standen einerseits auf dem Standpunkt der arbeitgeberischen Interessen, andererseits der Obrigkeitsautorität des Staates. Es war schon richtig, wenn im Arbeitnehmertum behauptet wurde und wird, jener Staat sei der Staat der Arbeitgeber und des unbedingten Obrigkeitsgedankens gewesen. Bismarck, das ist eine geschichtliche Tatsache, begriff wohl den entscheidenden Punkt, als er die Sozialdemokratie vernichten wollte und gleichzeitig die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft durch große gesetzliche Maßnahmen zu heben und zu sichern bestrebt war. Der große Mann hatte das neue Reich geschaffen, seine wachsende Sorge galt dessen Sicherheit nach außen und dem Erzielen der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit. Der Gedanke des Staatssozialismus lag ihm nahe, und er hat ihn auch nicht selten ausgesprochen. Man könnte sich vorstellen, daß, wenn Bismarck in jüngeren Jahren seine volle Kraft der sozialen Frage hätte widmen können, die Grundlage zu dem Staate entstanden sein würde, den wir heute mit vollem Bewußtsein anstreben: den im Zeichen eines nationalen, eines deutschen Sozialismus stehenden Staat.

Es gilt hier, nur den Hintergrund, den geschichtlichen und den zeitgenössischen, in großen Umrissen zu skizzieren, vor dem Hitler und seine Bewegung ihren Kampf begannen und ihn heute führen. So interessiert uns die Gewerkschaft in zweifacher Hinsicht: ihre Beziehung einmal zum Staat und den mit ihm und durch ihn herrschenden Parteien, dann zur Sozialdemokratischen Partei. Der Staat stieß die Arbeiter zurück und ließ sie schutzlos, die bürgerlichen Parteien verhielten sich nicht anders, und wenn z. B. im Reichstag ein Streik oder rigorose Strafen gegen Arbeiter besprochen wurden, so waren es nur die Sozialdemokraten, bei denen die Gewerkschaften und damit die Arbeiterschaft eine Stützung und Vertretung fanden. Staat und Bürgertum haben die Arbeiterschaft in die Arme des Marxismus getrieben, eine Tatsache und ein Ereignis von einer geradezu unermeßlichen, unheilvollen Bedeutung, das aber in weiteren Kreisen Deutschlands kaum bekannt ist, auch, wo das der Fall ist, nicht gewürdigt wird.

Trotzdem blieb damals soviel gesunder Sinn und politisch nationaler Instinkt bei den Gewerkschaften vorhanden, daß sie eine unbedingte Gegnerschaft gegen den Staat nicht für richtig hielten, jedenfalls vertraten ihre besseren Köpfe diesen Standpunkt und wollten eine sachliche Neutralität gegenüber dem Staat. Die Sozialdemokratische Partei ihrerseits betätigte nach wie vor ihren alten Grundsatz: diesem Staat, diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Sie verneinte den Staat und zog daraus auch praktisch alle Folgerungen.

Es leuchtet ein, daß eine solche Politik und Haltung den sachlich denkenden, nicht fanatisierten Elementen der Gewerkschaften unverständlich und zum allermindesten unzweckmäßig erscheinen mußte. Ja, es machte sich, wie August Winnig erzählt, eine Strömung geltend, die anstrebte, auch an die Möglichkeit glaubte: die Gewerkschaften könnten die Sozialdemokratie innerlich wandeln, und die Partei müsse der politische Ausschuß der Gewerkschaften werden. Die Partei bemerkte schnell diese Gefahr für sich, und es entspann sich ein Kampf, der in der Presse, auf Parteitagen usw. ausgefochten wurde. Bei einer solchen Gelegenheit, erzählt Winnig, habe die bekannte Jüdin Rosa Luxemburg gesagt: der wirkliche Wert der Gewerkschaften liege nur in der Organisation der Klasse und in der Vorbereitung des Endkampfes zur Erreichung des sozialistischen Endziels. — Mit anderen Worten: die Leitung der Sozialdemokratischen Partei wollte die Gewerkschaften lediglich als gefügiges Mittel für den „Endkampf" benutzen, also für die Beseitigung des Staates zugunsten der marxistischen Weltrepublik, des Kommunismus. Den Gegenpol zu dieser Auffassung bildete das Wort eines Gewerkschaftsredakteurs, Brinkmann, auf einer Konferenz: „Die deutsche Arbeiterbewegung ist krank an der Marxschen Theorie, wir müssen uns unsere eigene Theorie schaffen." Dieser deutsche Gewerkschaftler hatte recht, aber die Macht war nicht auf seiner Seite.

Die Partei siegte über die Gewerkschaft. Wenn sie auch im Laufe der Zeit einigen Führern größeren Einfluß einräumte, so waren doch diese Führer bei all ihrer hohen organisatorischen und sozialpolitischen Begabung in der Hauptsache der eigentlichen Politik fern und immer mehr gewöhnt, sich der Parteileitung unterzuordnen. Wer war nun, wenn man von Einzelpersönlichkeiten absieht, die Parteileitung? Wer bestimmte ihre Hauptlinien? Das waren die sozialdemokratischen Juden oder deren gefügige Schüler. Was der unbefangene, von außen kommende Adolf Hitler feststellte, das war eine seit langen Jahrzehnten bestehende Tatsache, über die man offen und öffentlich freilich erst in neuerer Zeit gesprochen hat. Heute steht diese Tatsache im Vordergrunde.

Unter solchen und anderen inneren Kämpfen war die Marxsche Lehre schließlich absolut bestimmend für die Sozialdemokratie geworden. Der alte deutsche Arbeiteridealismus, der sich an den Namen Weitling knüpft, unterlag in dem Kampfe. Die Führer der Sozialdemokratie, ihre Leiter während der „Heroenzeit", Bebel und wie sie hießen, standen ganz auf der Marxschen Lehre, ihre lapidaren Hauptsätze und Richtlinien waren ihnen unumstößliche, über aller Kritik stehende Wahrheiten, voller Ehrfurcht angestaunt von dem zum mindesten größeren Teil der führenden Schicht der Sozialdemokratie, wenn man sie nicht verstand. Unter den Intellektuellen der Partei bildete sich im Laufe der Jahrzehnte ein „Stand" der Marx-Ausleger, die sich als Lebenstätigkeit mit der Deutung und Zusammenstellung der Lehre dieses Mannes beschäftigten, dessen System und Gedanken in schwerer Sprache durch seine Einzelwerke und Aufsätze verstreut sind. Diejenigen Parteiführer der Sozialdemokratie waren und sind zu zählen, welche den Begründer ihrer Lehre, den mit religiöser Ehrfurcht angestaunten Marx, wirklich gelesen haben. Annähernd die gleiche Ehrfurcht brachte man den Weisen entgegen, die sich den Ruf zu verschaffen gewußt

hatten, einer authentischen Marxdeutung fähig zu sein. Dieses Alexandrinertum hat innerhalb der Partei nicht allein eine außerordentliche Rolle gespielt, sondern auch eine große tatsächliche Bedeutung gehabt und tiefste Wirkung geübt. Daß die akkreditierten Marxdeuter durchweg Juden sind, begründet sich in verschiedenen Ursachen, die man auch heute noch für die Beurteilung der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft kennen muß. Jedenfalls ist nur so möglich, die Parteien in ihrem Wesen zu verstehen, welche wir als die marxistischen Parteien bezeichnen, und die wir meinen, wenn wir sagen: unser Kampf gilt in erster Linie der Niederwerfung des Marxismus.

Es lag in seinem naturgegebenen Wesen, wenn Karl Marx auch seiner Theorie und Lehre nach international, darüber hinaus mit äußerster Vehemenz internationalistisch war, nämlich auf völlige Internationalisierung aller Auffassung, Anschauung, aller Verhältnisse und Zustände drängte und als Vorbedingung gerechter sozialer Zustände und einer sozial und überhaupt vollkommenen Welt machte. Die Marx-Biographen, welcher Anschauung sie auch selbst waren, sind sich darüber ohne Rest einig, daß Marx vollkommener Internationalist war. Diese Grundgesinnung, besser: dieser innerliche Grundzustand, paarte sich mit einem besonderen Haß gegen Deutschland im allgemeinen und gegen Preußen im besonderen. Daß Karl Marx sich über seine Volksgenossen, die Juden, sehr abfällig geäußert hat, ist bekannt und bei Juden nichts Neues. In der höchsten Steigerung wendet sich der Haß des Juden nicht selten gegen sich selbst und führt dann oft zum Selbstmord. Derartiges lag Marx freilich sehr fern. Er beschränkte sich auf scharfe und bittere Kritik an seinen Volksgenossen, lehnte aber keineswegs ab, mit ihnen zu arbeiten. Andererseits ist es nicht jüdische Gewohnheit, sich durch solche Urteile eines Volksgenossen beeinflussen zu lassen, wenn sie ihn, seine Tätigkeit als seinem Wesen entsprechend und, in weiterer Folge, als nützlich ansehen. Für den Juden bleibt auch derjenige Jude Wesen von seinem Wesen, der ihn verurteilt und seine Eigenschaften tadelnd hervorhebt.

Im Aufzeigen des Weges, der in eine deutsche Zukunft führen kann, werden wir noch wiederholt auf Lehren und Praxis des Marxismus zurückkommen, hier nur einige Hauptpunkte:

Dem Marxismus zugrunde liegt die (erwähnte) materialistische Weltanschauung, mit anderen Worten die Anschauung: das, was unsere Sinne wahrnehmen und aus ihren Wahrnehmungen heraus als Wissenschaft gestalten, beruht alles auf Wirklichkeit, ist allein Wirklichkeit. Alles andere ist Schein und Spiegelung der Gefühle und Wirkungen, welche soziale Mißstände in den Menschen hervorrufen. Was man Religion nennt, führt sich ebenfalls hierauf zurück und wird vollkommen verschwinden, wenn die sozialen Mißstände verschwunden sind. Die Nationen sind rückständige Einrichtungen, sie dienen allein den Feinden und Unterdrückern des Proletariats, den Kapitalisten, den Militaristen, kurz allen Ausbeutern des Handarbeiters. Dasselbe gilt vom Gedanken „Vaterland“: der Proletarier hat kein Vaterland, denn dieses, der Gedanke und die im Namen Vaterland beanspruchte Verpflichtung dienten dem Bürgertum lediglich zur Unterdrückung und zur Ausnutzung des Arbeiters und führten in letzter Konsequenz dazu, sein Leben im Kriege für das kapitalistische Interesse des Bürgertums hinzuopfern. Der Proletarier hat also, in Friedenszeiten wie im Kriege, nichts zu verlieren als seine Ketten. Im Begriffe Nation und Vaterland sind alle diese Ketten enthalten. Will der Proletarier sie abschütteln, so kann er das nur gegen Nation und Vaterland, nie im Verein und in Übereinstimmung mit ihnen. Durch Nation und Vaterland, diese Verkörperung seiner Tyrannen und Ausbeuter, befindet sich der Arbeiter in der Lage, daß er nichts zu ver-

lieren hat, daß er auch nichts von Nation und Vaterland zu erwarten hat. Er muß nun wissen, daß er alles zu gewinnen hat von der Internationalität und zwar von deren Ausführungsorgan: der Internationale. Beides muß er, der Proletarier, sich selbst erobern und schaffen. Das ist nur möglich durch die Zerstörung der kapitalistischen Welt, durch Auflösung der Nationen und Staaten als solche. Da die Proletarier jedes Landes der Hauptsache nach in der gleichen Lage sind, unter denselben Verhältnissen leben, so ist ihr Interesse das gleiche, und die Wege, auf denen sie zur Freiheit gelangen können, müssen folgerichtig dieselben sein. Kann der Proletarier des einen Staates das hohe Ziel nicht erreichen, so erwächst daraus einfach und zwingend die Forderung: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Diese Vereinigung muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Dazu muß die Arbeiterklasse sich über die Staaten und Nationen, über die Grenzen hinweg als ein einziges festgeschlossenes Ganzes fühlen und verhalten. Ist diese Solidarität der Arbeiterklasse international erst einmal vorhanden, so ist damit der Sieg erfochten, sind die herrschenden Klassen durch den Klassenkampf jedes Landes auf die Knie gezwungen, die Staaten und Nationen zersetzt und aufgelöst. Dazu gehört auch die Beseitigung des privaten Eigentums, das, besonders „sämtliche Produktionsmittel, in den Besitz der Allgemeinheit" übergeht. Diese Allgemeinheit wird von Marx und dem Marxismus andeutungsweise dargestellt als „das Volk", das Proletariat und in letzter Vollendung die „Menschheit". In Wirklichkeit, die Erfahrung beweist es, und hierauf werden wir noch zurückzukommen haben, wird die „Allgemeinheit" durch das Weltkapital dargestellt. Das sind Dinge, die von den Vertretern des Marxismus verständlicherweise niemals mit richtigem Namen bezeichnet werden, denn damit würde der große Plan vernichtet sein. Er ist, das wollen wir hier mit Nachdruck festnageln, auf blindes Vertrauen der Massen gegründet. Er steht und fällt mit diesem Vertrauen. Wer sich anschickt, es zu erschüttern, ist der Todfeind des Marxismus und mit anderen Worten: des Judentums und seiner Schüler.

Die Marxsche Lehre ist aus jüdischem Wesen hervorgegangen, aus dem Haß gegen alles das, was den Völkern und Nationen heilig und erstrebenswert ist, hauptsächlich aus dem Haß gegen ihre eigenen Volkswerte selbst. Das ist vergleichsweise nichts anderes als das Verhalten des jüdischen Volks anderen Stämmen und Völkern gegenüber, wie es das Alte Testament berichtet. Die Vernichtung der Nationen als solche und daher des Nationalstaats als solchem würde die Kräfte auflösen, die sich dem Ziel des jüdischen Volks widersetzen könnten, indem sie Unabhängigkeit und nationale Geschlossenheit und damit alle materiellen und ideellen Werte des Volks wahrten und ausschließlich dem eigenen Volk, soweit es die materiellen Werte anlangt, zu Nutz und Frommen kommen ließen. Im Siege der Massen, die derart irregeleitet werden, liegt also eigentlich der Sieg *über* die Massen, die dann unorganisiert und ohne Schutz dem internationalen Kapitalismus und damit dem Judentum preisgegeben sind.

So ist ohne weiteres verständlich, daß die marxistische Lehre gerade unter den Juden besonderen Anklang von Beginn an gefunden hat. Ganz abgesehen von den angedeuteten Zielen ist sie eben Geist von ihrem Geist. Schon die Form, die ätzende, gänzlich gefühllose Analytik und Dialektik der Marxschen Lehre, die Abstraktion, das Arbeiten und frivole Blendespiel mit allen Begriffen ziehen den Juden an, sind seine Sache.

Schon Zeitgenossen warfen Karl Marx vor, daß er in seinen gesamte Werken ohne alle Liebe sei und seine Lehre, die doch dem Proletarier gelten solle, keinen Funken Sympathie für diesen atme, sondern nur Haß gegen die Schichten, welche die durch seine Lehre geleiteten

Proletariermassen einst vernichten sollten. Das ist der gleiche Standpunkt wie der von Winnig über Rosa Luxemburg berichtete: der wirkliche Wert der Gewerkschaften liege nur in „der Organisation der Klasse" und in der Vorbereitung des Kampfes zur Erreichung des sozialistischen Endzieles. Die Organisation der Arbeit und der Arbeiter und ihrer Vertretung sollte nach Ansicht dieser in der Sozialdemokratie höchst einflußreichen, energischen und intelligenten Jüdin im Grunde nur der politischen Organisation der, politisch verstandenen, „Klasse", der Zersetzung und dem Umsturz dienen. Das ist vom jüdischen Standpunkt verständlich, man kann auch sagen, natürlich, weil artgemäß. Wie kommt es aber, daß innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Juden einen solchen gewaltigen Einfluß gewinnen konnten? Man konnte und kann sich kaum etwas vorstellen, was verschiedenartiger und gegensätzlicher wäre, als in einer Volksversammlung ein jüdischer Redner und auf der anderen Seite deutsche Arbeiter. Wer solchen Veranstaltungen beigewohnt hat, weiß, daß ein Kontakt zwischen Redner und Hörern nur dann Platz greift, wenn der Redner allgemeine, den Hörermassen ihrem eigentlichen Sinn und Ziel nach unverständliche große Worte von den Herrlichkeiten internationaler Anschauung, ewigen Friedens, gebraucht und sie zum Haß gegen alles aufreizt, was sich ihnen hier entgegenstellen könnte. Auch in der Verneinung liegt wohl, und besonders in Deutschland, zunächst eine starke werbende Kraft. Der Jude trat an den Arbeiter heran, erzählte ihm, wie unterdrückt er sei, nirgends zu seinem Recht komme, der Staat und die herrschenden Klassen benutzten ihn, und deshalb gäbe es für den Arbeiter nur Aufstieg durch Revolution. Die Folgen solcher Revolution wurden dann in glühenden Farben geschildert. Der Jude fügte wohl auch noch hinzu: auch er werde unterdrückt, weil er den Fortschritt im Staate wolle und weil der Antisemitismus, die scheußlichste aller Leidenschaften, herrsche, Jude und Arbeiter gehörten zusammen, beide in ihrer Lage und in ihrem gemeinsamen Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit.

Adolf Hitler erzählt aus seinen Wiener Jahren, wie ihm der jüdische Einfluß auf den einfachen Mann klar wurde. Er glaubte zunächst, es müsse ihm gelingen, ihn von der Verderblichkeit des marxistischen Irrsinns zu überzeugen, aber er erreichte nur das Gegenteil: „Je mehr ich dann so mit ihnen stritt, um so mehr lernte ich ihre Dialektik kennen. Erst rechneten sie mit der Dummheit ihres Gegners, um dann, wenn sich ein Ausweg nicht fand, sich selbst einfach dumm zu stellen. Nutzte alles nichts, so verstanden sie nicht recht oder sprangen, gestellt, augenblicklich auf ein anderes Gebiet über, brachten nun Selbstverständlichkeiten, deren Annahme sie aber sofort wieder auf wesentlich andere Stoffe bezogen, um nun, wieder angefaßt, auszuweichen und nichts Genaues zu wissen. ... Schlug man aber einen wirklich so vernichtend, daß er, von der Umgebung beobachtet, nicht mehr anders als zustimmen konnte, und glaubte man so wenigstens einen Schritt vorwärtsgekommen zu sein, so war das Erstaunen am nächsten Tage groß. Der Jude wußte nun von gestern nicht mehr das Geringste, erzählte seinen alte Unfug wieder weiter, als ob überhaupt nichts vorgefallen wäre, und tat, empört zur Rede gestellt, als ob überhaupt nichts vorgefallen wäre, erstaunt, konnte sich an rein gar nichts erinnern, außer an diese schon am Vortage bewiesene Richtigkeit seiner Behauptungen. Ich stand manches Mal starr da. ... Wer konnte auch bei der teuflischen Gewandtheit dieser Verführer das unselige Opfer verfluchen ... Nein. Je mehr ich den Juden kennenlernte, um so mehr mußte ich dem Arbeiter verzeihen." Das waren die Erfahrungen eines jungen Mannes, der weder die Geschichte der Sozialdemokratie kannte, noch die des Judentums. Trotzdem traf er ohne weiteres das Richtige.

Die Gewandtheit in der Dialektik, die Stärke im Kritisieren, die unermüdliche Zungen-

fertigkeit, die Geschicklichkeit auch in der Handhabung des geschriebenen Wortes, die angeborene Vorliebe für Journalistik und Literatentum machten den Juden von vornherein Aufnahme und Stellung in der Sozialdemokratie leicht und sicherten ihnen erfolgreichen persönlichen Aufstieg und außerordentliche Wirkung bei den Massen wie den Führern. Von jeher war auffallend, daß die Presse der Sozialdemokratie mit ganz vereinzelten Ausnahmen jüdisch geleitet wurde, ebenso wie das heute der Fall ist.

Der Deutsche ist von Natur duldsam, ganz besonders ist er geneigt, die Ansichten anderer anzuhören und gelten zu lassen, auch wenn er selbst anders denkt, auch oft innerlich unsicher und nach außen schüchtern ist, wenn geübte Zungendrescher ihm gegenüberstehen. Seine großzügige Duldsamkeit dehnt sich auch auf Weltanschauung und Religion aus. Bevor die Kirche zu den Deutschen kam, kannten sie religiöse Unduldsamkeit nicht. Den Juden in der Sozialdemokratie lag es daran, ihrer Weltanschauung nach und im Verfolg der Lehre des marxistischen Materialismus, eben diesen Materialismus dem einfachen Mann einzupflanzen. Er verspottete vor ihm nicht nur einzelne Bekenntnisse, sondern die Religion schlechthin. Überhaupt, „an etwas zu glauben" sei ein Zeichen kindischer Rückständigkeit, sei „unwissenschaftlich" usw. Der Nichtgebildete, im Denken und im Wort Schwerfällige fürchtet sich vor nichts mehr als vor dem Spott, der mit überlegener Wortgewandtheit verbunden ist. Er schämt sich vor sich selbst, so rückständig zu sein und zwingt sich selbst in eine Anschauung hinein, die seinem Wesen zuwider ist. Er fühlt sich in ihr gespalten und unglücklich, überbietet sich, diese Stimmung zu übertäuben und — der jüdische Zweck ist erreicht. Die Massen merken nicht, obgleich das seit Jahrzehnten eine bekannte Erscheinung gewesen ist, daß die Juden in der marxistischen Bewegung alles an religiösen Formen und Anschauungen und an weltanschaulichem Idealismus verhöhnten und in den Schmutz traten, dagegen niemals den jüdischen Kult, seinen Inhalt wie seine Form. Und die Massen folgten blind und taub auch hier, dem jüdischen Kult begegneten sie mit hoher Achtung. Der Schriftsteller Ernst Niekisch erzählt von einer Parteiversammlung, in der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt wurden. Man verlangte dafür nur Kandidaten, die keiner Kirche mehr angehörten. Einer, der der Kirche angehörte und den Austritt verweigerte, wurde von der Liste gestrichen. Als Niekisch erklärte, daß ein anderer, ein jüdischer Kandidat noch der Synagogengemeinde angehöre, also gestrichen werde müsse, überzeugte dieser Jude die Versammlung, daß die Zugehörigkeit zur jüdischen Kultgemeinde anders zu beurteilen sei als die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche. Das ist ein Beispiel, das lauter und eindringlicher spricht, als alle Theorien es können. Das jüdische Volk ist, wie seine ganze Geschichte einschließlich seiner Sagen zeigt, ein Volk, dem die Revolution im Blute liegt. Selbst außerstande, weder als einzelner, noch als Volk, Festes und Dauerndes zu schaffen, lehnt er sich gegen alles auf, was in den Völkern, unter denen er wohnt, fest, dauernd und Autorität ist oder sein soll. Er ist durchweg der geborene Revolutionär. Einzelne Ausnahmeerscheinungen können diese Regel nur bestätigen. Unfähig, nachher Neues zu gestalten, geht er als Revolutionär — „l'art pour l'art" — durch die Geschichte, von Volk zu Volk. Ein Beispiel ist u. a. auch das heutige Rußland. Der Jude ist nicht jener Revolutionär, der unentwegt eine, seine Idee als Ziel der Umwälzung im Auge hat und darauf hinarbeitet, der Mann, dem die Revolution selbst nur ein Mittel ist, um Möglichkeit und Platz für den neuen Bau zu schaffen. Man mag über Lenin und seinen Nachfolger Stalin und die Art ihres Neubaus denken wie man will: sie wollten doch etwas Neues schaffen, sie hatten und haben einen in ihrer Art positiven Gedanken. Der Jude Trotzki, vor und im Umsturz selbst mit an erster

Stelle, versagte ebenso wie seine jüdischen Volksgenossen nachher, weder der eine noch der andere wollte und konnte etwas anderes, als immer wieder aufs neue Revolution zu „machen".

In Deutschland waren es die Juden des Marxismus, die sich als Meister der revolutionären Propaganda unter den Massen bewährten, unter den deutschen Arbeitern, die von Hause aus, mit ganz wenigen, vereinzelten Ausnahmen, himmelweit gerade vom revolutionären Element entfernt sind. Vielmehr ist bei ihnen der Sinn für Ordnung in erster Linie ausgebildet. Es ist aber festzustellen, daß die aufreizende jüdische Propaganda gerade auch auf die gebildeten Kreise der Sozialdemokratie größten Einfluß ausgeübt hat. Es ist auch rein psychologisch sehr bemerkenswert, daß der Deutsche sich gerade durch diejenigen jüdischen Eigenschaften imponieren und führen läßt, die seinem eigenen Wesen entgegengesetzt, zum mindesten aber fremd sind.

Die taktische Frage bei Kriegsausbruch 1914: ob die Sozialdemokratische Partei die Kriegskredite bewilligen solle oder nicht, wurde von den führenden Juden der Partei verschieden beantwortet. Die einen hielten das Ja für richtig und zweckmäßig, wenige das Nein. Das waren rein taktische Erwägungen, keine Sache vaterländischen Gefühls. In dem Verlaufe des Krieges waren es wieder an erster Stelle die Juden der Partei, die, soweit der in ganz Deutschland geltende Belagerungszustand und die Zensur es gestatteten, den großen Schlag vom 9. November 1918 vorbereiteten. Es ist ein Unterschied: die fanatischen Sozialdemokraten deutschen Blutes würden im Falle eines siegreichen Kriegsausganges für Deutschland ihren Groll und Haß behalten und die Folgen getragen haben. Die jüdischen Sozialdemokraten dagegen würden sich den neuen Verhältnissen angepaßt und versucht haben, oben zu schwimmen. Sie und überhaupt die führenden Juden in Deutschland waren ihrer Sache allerdings schon von der zweiten Hälfte des Krieges an sicher. Sie haben es selbst erzählt, wie im Jahre 1917 drei führende Juden, Witting, Nathan und Preuß, bereits eine Verfassung für die kommende Republik Deutschland entwarfen. Sie wußten, daß die Verwandlung Deutschlands in eine Republik nur über Zusammenbruch und Revolution gehen konnte, und sie wollten es als von Natur grundsätzliche Gegner eines autoritären, festgegründeten Staatswesens und gar der Monarchie. Der wiederholt hier genannte ausgezeichnete Mann und frühere Sozialdemokrat August Winnig erzählt zu diesem Punkt noch das folgende:

Anfang 1918 sei jener Jude, Geheimrat (früher) Witting, auf dessen Wunsch mit Winnig zusammengekommen, habe ihm gesagt: der Krieg sei ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volk, er sei durchaus das Werk des Kaisers, Deutschlands Schuld am Kriege sei sonnenklar, Deutschlands Niederlage sicher. Der einzige Ausweg sei, daß die Arbeiter die Regierung zum Frieden zwängen. Man dürfe die Streiks nicht mehr verhindern, sondern müsse sie begünstigen. Dann würde man die deutsche Regierung in drei Monaten „auf die Knie gezwungen, Deutschland gerettet und der Zivilisation einen großen Dienst erwiesen" haben. Diese Unterhaltung wurde abgebrochen, auf Wittings Anregung kam es zu einer neuen Besprechung. Witting erklärte: die Sozialdemokratische Partei sei auch seiner Meinung, Ebert wolle freilich noch nicht, aber die Gewerkschaften werde man dafür bekommen, wenn Winnig sich bereit finden ließe. Als dieser bei seiner Ablehnung blieb, ging Witting weiter und sagte, Fürst Bülow werde sich an die Spitze der neuen Regierung stellen und bereit sein, der Sozialdemokratie vier bis fünf Staatssekretärposten zuzusichern. Winnig lehnte ab und kam mit dem Geheimrat Witting nicht wieder zusammen.

Ganz abgesehen von der unerhörten Tatsache, daß Fürst Bülow bereit gewesen ist, sich

an dem landes- und hochverräterischen Unternehmen zu beteiligen, ja es zu führen und an erster Stelle die Früchte deutschen Zusammenbruchs persönlich zu ernten, zeigt dieses Beispiel, wie die führenden reichen Juden Deutschlands den Zusammenbruch wollten und vorbereiteten, und wie, das ist besonders bemerkenswert, gerade diese Träger und Repräsentanten des internationalen Kapitalismus sich ohne weiteres in engster Fühlung mit der „antikapitalistischen" Sozialdemokratie befanden, vereint zum gleichen Ziel.

Man hat schon vor dem Kriege mit Bitterkeit und Besorgnis vergeblich beklagen müssen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands gegen die Macht und Machtentwicklung, gegen die Weltstellung der anderen Großmächte nichts einzuwenden hatte, sie selbstverständlich und berechtigt fand. Daß aber Deutschland sich unterfing, Ähnliches zu wollen und mit größtem Erfolge anzubahnen — das war in den Augen der Sozialdemokratie ein unerhörtes Verbrechen eines fortschrittsfeindlichen Imperialismus gegen Kultur und Menschheit. Deutschland hatte sich mit einer bescheidenen, selbst dienenden Rolle zu begnügen. Gewiß gab es auch Deutsche, die in verstiegenen Phantasien und Gedankengängen von den Utopien der Kultur, der Gerechtigkeit und eines ewigen Friedens kritiklos so dachten, ehrlich an ihr Phantasiegebilde glaubten und, ebenfalls nach alter deutscher Weltbürgerweise, sich einbildeten: das Deutsche Reich verhindere den Frieden und vernichte die sonst sicheren Aussichten auf ein goldenes Zeitalter, wenn es als Macht sich vorbereite, seine Unabhängigkeit zu wahren und sie mit seinem Einfluß auf friedlichem Wege zu Nutz und Frommen der Bevölkerung zu erweitern. In der Verbreitung gerade solcher Auffassungen war das jüdische Element der Sozialdemokratie immer an der Spitze und in der Hauptsache maßgebend. Sie hat der Arbeiterwelt unendlich geschadet und dazu beigetragen, den gesunden Sinn des deutschen Arbeiters auf das Gebiet internationalistischer Gedanken und Theorien abzulenken, die für die jüdischen Ziele wohlerwogene Erhöhung der jüdischen Macht bedeuten, für den deutschen Arbeiter dagegen und für Deutschland Verlust der nationalen Erkenntnis, Schwächung des nationalen Willens und damit Lebensgefährdung einer unabhängigen deutschen Zukunft.

Die von August Winnig erzählte Begebenheit beweist, wie gerade die Spitze der Berliner Finanzjudenschaft, die sich vor dem Kriege und während seines ersten Teils an Umschmeichlung des Kaisers und Lungern nach Orden und Titeln nicht genug tun konnte, nun die Schuld am Kriege dem Kaiser zur Last legte, diesem friedliebensten aller Monarchen. Ein anderer hervorragender Jude, Walter Rathenau, hatte gleich zu Anfang des Krieges auf seine Bewerbung hin und auf Grund des Vertrauens, das der Kaiser zu seinem Vater gehegt hatte und zu ihm hegte, einen Posten von höchster Bedeutung erhalten: Bereitstellung der Rohstoffe. Rathenau benutzte diese Vertrauens- und Machtstellung, um die berüchtigten Kriegsgesellschaften zu gründen. Die leitenden Stellungen in diesen Gesellschaften waren durchweg mit Juden besetzt. Sie wurden Stätten der Korruption, privater Bereicherung, politische und wirtschaftliche Vorposten jüdischen Einflusses auf alle deutschen Verhältnisse, auch auf die Art der Kriegsführung. Schon hierdurch entstand dem in sich fest zusammenhängenden Judentum Deutschlands ein gewaltiger Machtzuwachs. Derselbe Rathenau setzte sich im Kriege, solange es gut zu gehen schien, in Reden und Briefen z. B. an Ludendorff dafür ein, daß der Krieg nicht zu früh beendet werden möge, daß unter allen Umständen England auf die Knie gezwungen werden müsse. Nach dem Umsturz rühmte er sich, alles getan zu haben, um die Revolution von 1918 vorzubereiten und beklagte sich bitter, daß die Jugend ihn nicht als den Vater des Umsturzes ehre. — Der linke Marxist Oskar Cohn hat seiner eigenen Angabe zufolge während des Krieges Verbindungen mit dem russischen Bolschewismus unterhalten, zur

Revolutionierung Deutschlands auch Geld von dort erhalten, kurz, die Reihe könnte ziemlich unbegrenzt verlängert werden. Die jüdische Presse wagte sich während der zweiten Kriegshälfte mit immer klareren Andeutungen an die Öffentlichkeit: das geltende System müsse geändert werden, mit dem Militarismus müsse es ein Ende nehmen. Zu einem Frieden mit den feindlichen Mächten werde die in der ganzen Welt verhaßte deutsche Monarchie, die mit ihrem Klüngel ja auch den Krieg verschuldet habe, nicht kommen. Dazu gehöre eine Geschmeidigkeit, die den Vertretern des alten Militarismus und des Kaiserismus eben nicht eigen sei. Mit den Feinden verhandeln dürften nur solche Persönlichkeiten, die in der Welt als Vertreter der Zivilisation und des Fortschritts gelten. Man nannte sie nur mit Vorsicht, aber dem guten Michel wurde nahegelegt, daß die Retter Deutschlands nur aus dem jüdischen Lager kommen, jedenfalls unter jüdischer Leitung arbeiten müßten. Allen Ernstes schlug die linke Presse 1919 vor: für die „Friedensverhandlungen" möge der jüdische Schriftsteller Maximilian Harden (Witkowski), Bruder jenes Witting, nach Paris entsandt werden! —

Seit Ende Oktober 1918 zeigte sich eine schnell in allen deutschen Großstädten typisch werdende Erscheinung: an belebteren Straßenecken und auf Plätzen hielten sich Juden auf, die politische Gespräche begannen, Menschen um sich sammelten, Reden hielten, erklärten: der Krieg werde nur von den herrschenden Schichten zu deren Bereicherung geführt, jeden Tag könne man ihn bei gutem Willen beendigen. Wenn der Kaiser, die Heeresleitung, die Regierung das nicht wollten, dann müsse man sie dazu zwingen, ihnen die Mittel zum Kriegführen nehmen. Gerade von diesen Straßenrednern wurde mehr oder minder vorsichtig der Streik als ein solches Mittel empfohlen. Der Streikgedanke war es ja auch, durch dessen Verwirklichung der Geheimrat Witting Deutschland zur Kriegführung unfähig machen wollte. Der berüchtigte Munitionsstreik war ein Ergebnis solcher Anregungen, denen sich sogar Ebert nicht entzog. Diese Massenweigerung, im Daseinskrieg Munition herzustellen, ist das am meisten drastische Beispiel für jene verbrecherische Tätigkeit. Die überdies hochbezahlten Munitionsarbeiter selbst wären nie auf einen solchen Gedanken, geschweige denn auf dessen Verwirklichung, gekommen. Auf sie mußte schon von langer Hand her mit lügengewandten Zungen in Wort und Schrift eingewirkt werden, bis sie sich zu dieser landesverräterischen Handlung in der höchsten Not des Landes bereitfinden ließen. In feineren Formen wurde die vergiftende Arbeit in den Behörden, besonders auch in allen Stellen der sogenannten Kriegsgesellschaften, systematisch betrieben. Wo nicht ein Jude sichtbar eine leitende Stellung bekleidete, da trat er als Sekretär oder Sekretärin auf, als beratender Geschäftsmann und uneigennütziger Vaterlandsfreund, dem es keine Ruhe ließ, der sich betätigen mußte. Als dann der Umsturz da war, erblickte man plötzlich überall Juden als Leiter und an hervorragenden Stellen, genau wie in Rußland vorher. Das war so auffallend, daß man die Vermutung auch heute haben muß, daß es sich um einen vorbereiteten Mobilmachungsplan gehandelt hat. Trotz aller Ableugnung muß eine verborgene Organisation, möglicherweise eine von dem jüdischen Gemeindeverbande, dem Kahal, abgewandelte Verbandsform vorhanden gewesen sein, die im entscheidenden Augenblick nur in politische Bereitschaft gesetzt zu werden brauchte. Sonst ist die Erscheinung, daß plötzlich an allen höchsten und entscheidenden Stellen Juden waren, nicht zu erklären. Später, als der Triumph des Sieges kühlerer Überlegung gewichen war, zogen wieder in Deutschland ebenso wie in Rußland die Juden vor, etwas mehr in den Hintergrund zu treten, jedoch ohne etwas von ihrem Einfluß aufzugeben. Wie groß der Triumph der Juden nach dem gelungenen Umsturz war, zeigte hauptsächlich ihr Verhalten in den großen Städten. In Versammlungen wie in Schriften

gaben Juden ihrer stolzen Freude Ausdruck. Der Verfasser dieser Schrift hörte selbst, wie im Dezember 1918 ein jüdischer Redner erklärte: „Freudigen Herzens müssen wir den demokratischen Parteien des Westens danken, daß sie gesiegt haben. Sie haben so auch uns befreit.“ So lauteten die Äußerungen durchweg, und es fanden sich wenige, die nicht dem verhaßten alten Deutschland noch einen Eselstritt versetzten.

Als sich die Triumphstimmung etwas gelegt hatte, ließ man in seinen Äußerungen mehr Vorsicht walten. Das Judentum wußte aus alter Erfahrung, daß mit der Beseitigung nicht allein der Monarchie, sondern überhaupt der Möglichkeit unparteilicher Regierungen, daß mit der Herrschaft eines zügellosen Parlamentarismus sein goldenes Zeitalter angebrochen sei. Vor und hinter den Kulissen hatte man mit den verschiedenartigsten Mitteln für die Revolution und während ihrer Dauer gearbeitet. Überall hatte man die Hände, nichts geschah ohne die Juden — in der Tat, ihr Erfolg und ihre vorher schon gewaltige Stellung war bis zur Herrschaft gewachsen. Es war nicht zu verwundern, es liegt auch in der jüdischen Natur, daß ein so ungeheurer Sieg eine Zeitlang einige von ihnen die Vorsicht vergessen ließ. Es gab in jener Zeit vereinzelt auch andere jüdische Stimmen. Der Ausspruch einer Jüdin sei mit ehrlicher Anerkennung hier der Vergangenheit entrissen:

„Es berührt äußerst komisch, wie die große Mehrzahl der deutschen Intellektuellen eine solche Furcht hat, in den Geruch des Antisemitismus zu geraten, so daß sie überhaupt nicht mehr wagen, die Wahrheit zu sagen und einen Juden als Juden zu bezeichnen. Wäre Eisner statt Freidenker ein wirklich überzeugter Jude, so würde er sich vermutlich mit der Verwaltung unserer Gemeinden befassen, statt sich die Leitung der Geschicke eines Volks anzumaßen, von dem er nichts versteht und nichts verstehen kann. Er ist eben kein Deutscher, kein Bayer, sondern ein Jude, ein Fremdling, und es ist nicht ein Ausfluß niederster Instinkte, sondern ein durchaus berechtigtes, gesundes Gefühl, wenn das bayerische Volk sich dagegen wehrt, von Fremden regiert zu werden. Wir Juden würden uns die Zumutung doch sehr verbitten, an die Spitze einer unserer Gemeinden einen Nichtjuden zu stellen. Eisner lebte ganz in internationalen pazifistischen Ideen. Nicht daraus erwächst ihm ein Vorwurf, daß er Jude ist und als solcher dem Deutschtum fremd gegenübersteht, sondern daraus, daß er als Jude die ungeheuerliche Anmaßung besaß, sich bei dieser Sachlage an die Spitze des Staates zu stellen. Unentwegt behauptet Eisner, Deutschland trage die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges. Ich, als neutrale Jüdin, nenne das unwahr, feige, zwecklos. Nicht bloß Fürsten und Regierungen haben, wie Eisner behauptet, den Krieg gebilligt, sondern am 4. August der ganze Reichstag (weil er überzeugt war, daß das Deutsche Reich überfallen sei und sich seiner Haut wehren müsse). Es ist kein erfreulicher Anblick, wie das deutsche Volk auf Geheiß des Fremdlings Eisner um die Großmut des zynischen Siegers winselt.“ —

Solche Äußerungen waren sehr selten und wurden von den anderen in Deutschland weilenden Juden mit größter Schärfe zurückgewiesen: sie seien Deutsche und verträten in ihrer Eigenschaft als Deutsche die Interessen des deutschen Volks. Der jüdisch geleitete „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, aber schrieb nicht lange vor dem Umsturz das unvergeßliche Wort: Zum ersten Male werde Deutschland seine Fahne nicht siegreich wieder heimbringen, und die Sozialdemokratie werde dafür sorgen, daß sie niemals wieder entfaltet werde. Der Spartakusführer Karl Liebknecht, Sohn eines deutschen Vaters und einer jüdischen Mutter, setzte seinen Stolz in den ärmlichen Triumph, in den ersten Umsturztagen die rote Fahne auf dem Berliner Schloß zu hissen und im Bett des Kaisers zu schlafen. Der jüdische Leiter des Berliner Tageblatts, Th. Wolff, ließ sich nach

den Schießereien im Berliner Schloß herumführen, beschrieb die Räume mit der zynisch ironischen Breite seines Siegesgefühls, nachdem die Monarchie das Feld geräumt hatte, und erklomm den Gipfel niederer Geschmacklosigkeit, als er in demselben Aufsatze seines Blattes die Empfindungen schilderte, die er gehabt habe, als man ihm das Klosett des Kaisers zeigte. Auch das waren ein Blatt und ein Mann, die im Frieden und im größeren Teil des Krieges an öffentlicher Anerkennung und Umschmeichelung des Kaisers und seiner Friedensliebe nichts zu wünschen übrig gelassen hatten. Er war auch derselbe jüdische Leiter, über dessen journalistischer Tätigkeit während des Krieges der Pariser „Figaro" urteilte: Herr Th. Wolff sei recht eigentlich der Generalberichterstatter der alliierten Mächte. Das sollte besagen: das von diesem Herrn geleitete Blatt und besonders seine persönlichen Aufsätze hätten den Feinden Deutschlands stets die wünschenswerteste Orientierungsmöglichkeit über die deutschen Verhältnisse und Stimmung gegeben. Den kriegsgefangenen Deutschen in Großbritannien und Frankreich wurde als Lesestoff besonders das Berliner Tageblatt gegeben, damit sie am Vaterlande verzweifeln möchten. —

Karl Liebknecht befand sich in geistiger Abhängigkeit von der Jüdin Rosa Luxemburg, der geistigen Führerin des linken Flügels des Marxismus. Sie war Fanatikerin des marxistischen Gedankens bis zu seinen äußersten Konsequenzen, geborene Revolutionärin, ohne innere Hemmungen. Liebknecht, mäßig begabt, eine in sich zerfahrene Rednernatur, besaß das Talent zur Fanatisierung der Massen, außerdem die Kraft der eigenen Zwangsidee, im übrigen war er unpraktisch und Phantast, Verneiner von Natur, ohne eine Spur deutschen Gefühls. In der Zeit des Umsturzes wurde in der Presse widerspruchslos das folgende erzählt: Einer der nationalen Gefühlen nicht unzugänglichen Sozialdemokraten sagte in einem Gespräch, nachdem Liebknecht seinen Standpunkt erklärt hatte, zu diesem: „Und wenn Deutschland darüber zugrunde geht?" Liebknecht antwortete: „Um so besser!" Das war die Konsequenz einer lückenlosen internationalistischen Auffassung, zu der sich dieser Mann in zweifellos ehrlichem Fanatismus bekannte. Die jüdisch geleiteten Hauptorgane der Sozialdemokratie haben ihre tiefe Sympathie für diesen Mann, trotzdem er Gegner ihrer Partei wurde, nie verleugnet. Sie schrieben noch nach dem 9. November 1918: Liebknecht sei kein Stratege, überhaupt kein Führer, aber im Endziel sei man sich mit ihm einig.

Wenn die vorher zitierte ehrliche und mutige Jüdin schrieb, daß es eine Torheit und Feigheit der deutschen Intellektuellen sei, sich dem Juden nicht feindlich gegenüberzustellen, so entspricht dieser Vorwurf nicht ganz dem Standpunkt, von dem aus wir die obigen Streiflichter auf das Verhalten der Juden in ihrer Eigenart geworfen haben. Hier handelt es sich nicht um Antisemitismus oder Prosemitismus, nicht um Judenfeindschaft oder Judenfreundschaft, sondern um eine gegenständliche Beurteilung. Die Rolle, welche die Judenfrage bei den Anhängern des Nationalsozialismus und seinen Gegnern spielt, verlangt eine solche Betrachtung. Die Angehörigen des jüdischen Volks haben, soweit sie sich auf deutschem Boden aufhalten, eine so einflußreiche, ja beherrschende Stellung in Deutschland erlangt, der Teil des deutschen Volks, der diesen Einfluß als schädlich und unangemessen ansieht, ist so groß, daß ein Vorübergehen an der Judenfrage unmöglich ist, ja, daß niemand, der es überhaupt ernst mit seinen Ansichten meint, sich mit einem oberflächlichen Studium dieser Frage beruhigen darf. Wir haben gesehen, wie Hitler in Wien als junger Mensch am Bau die bestimmenden Eindrücke von dem Judentum erhalten hat und wie er sich Rechenschaft darüber gab. Er traf nach dem Kriege in seiner immer mehr wachsenden öffentlich-politischen Tätigkeit in allen Ständen und Schichten gerade hinsichtlich der Judenfrage auf vorbereiteten Boden.

In jenen ersten Monaten der frohlockenden Triumphstimmung waren die Juden besonders unerschöpflich in Ausdrücken des Hasses und des Hohnes und der Erniedrigung für die Offiziere des rückkehrenden Heeres, und nachher war es der Gipfel, aber auch ein kritischer Punkt jüdischer Machtäußerung, als die Feldherren des Weltkrieges, Hindenburg und Ludendorff, vor den Staatlichen Untersuchungsausschuß der Republik zitiert, von jüdischen Rechtsanwälten, darunter auch landesverräterischen Kommunisten, verhört wurden. Diese Schmach kam doch einem großen, sehr großen Teil des deutschen Volks zum Bewußtsein, der sonst gerade der Judenfrage zum mindesten indifferent gegenüberstand.

Gewiß sind nicht alle Offiziere des Weltkrieges im Besitze aller Offizierstugenden gewesen. Die furchtbaren Offizierverluste und die lange Dauer des Krieges hatten zur zwingenden Folge, daß das Offiziermaterial nicht auf der zuerst vorhandenen Höhe blieb. Gewiß sind auch Fehler in der Auswahl begangen worden. Nicht minder gewiß aber ist, daß gerade das deutsche Offizierkorps das beste der Welt war, Ungeheures, Unerreichtes geleistet und auch erduldet hat, und daß es nach der Rückkehr aus dem Felde in einer Weise beschimpft, mißhandelt und verächtlich gemacht worden ist, daß es immer eine Schande für die deutsche Nation bleiben wird. Die unbestrittenen Führer in diesem schmählichen Kampf sind die Juden gewesen, und es war kein Wunder, daß sich gerade in den Kreisen des Offizierskorps und ihrer Angehörigen eine tiefe Erbitterung gegen sie festsetzte.

Haltloses Bürgertum

Hitler erzählt, wie er während seiner ersten Tätigkeit als Bildungsoffizier — sie war sehr kurz — Tausende von Kameraden in München zum nationalen Gedanken zurückgeführt habe. Diese waren, wie viele Millionen ihrer Kameraden, durch den atemraubenden Sturz und Wechsel, durch lügnerische Propaganda verwirrt und innerlich entwurzelt, nach vier Jahren beinahe fremd in die heimischen Verhältnisse zurückgekehrt, zeitweise in den schmutzigen Fluten der Umsturzzeit untergetaucht und von ihnen mitgerissen worden. Wer hätte die Schwachen unter ihnen deshalb verurteilen können? Besonders unter Verhältnissen wie damals: die Macht in den Händen der Umstürzler und damit auch alle Mittel für notwendige Fristung und Bedürfnisse des Lebens. Die Sieger und Nutznießer des Umsturzes, die Novemberverbrecher, wie Hitler sie zuerst genannt hat, erklärten den heimkehrenden Truppenmassen: ihr findet die Dinge in Deutschland ganz anders vor, als wie ihr sie verließet, wir bedauern das mit euch, aber das Alte ist vorbei, jetzt heißt es, Neues aufrichten! Eure vaterländische Pflicht tut ihr Heimgekehrten, wenn ihr euch anschließt und der freien Republik, dem Volksstaat, treue Gefolgschaft leistet. Das klang plausibel und vor allem: die Heimgekehrten fanden ja sonst in der Heimat nichts mehr vor. Es war unrecht und unrichtig geurteilt, daß man sich in Deutschland darüber wunderte, wie schnell die geschlossen und voll Ingrimm gegen die Revolution heimkehrenden Truppenkörper zum allergrößten Teil, besonders in den großen Städten, durch geschickte Propaganda umgestimmt, zum mindesten in sich haltlos gemacht wurden und schnell jede Geschlossenheit verloren, sich ruhig entwaffnen ließen und resigniert oder angesteckt oder müde oder voll bitterer Verzweiflung ihrer Wege gingen. Dazu kamen besonders in den ersten Monaten die in den weitesten, auch bürgerlichen Kreisen unbesehen geglaubten Propagandalügen: die Weltrevolution sei in unaufhaltsamem Anmarsch, auf der britischen Flotte wehe die rote Fahne, der Marschall Foch sei von aufrührerischen Truppen ermordet worden und ähnliches. Das waren gewiß Ausstreuungen, deren Unrichtigkeit sich nach einiger Zeit herausstellte. Sie wirkten aber doch für Wochen im höchsten Maße verwirrend, gaben der revolutionären Propaganda einen ungeheuren Antrieb und gesteigerte Durchschlagskraft und zerschlug Hunderttausenden von denen, die hoffend auf etwas, wie Wiederherstellung im nationalen Geiste, aus dem Felde kamen, diese Hoffnung.

Der Kaiser, die Fürsten waren fort, der Reichstag war fort, seine nationalen Parteien zunächst zerstoben, die Führer vielfach irgendwo in der Verborgenheit, Sozialisten saßen am Ruder. Jene Autorität aber, die während des Krieges immer stärker und angesehener geworden war und deren Mittelpunkt allgemeinste Verehrung genoß — die Oberste Heeresleitung, wo war sie? Sie bestand nach wie vor, auch nach dem Umsturz. Ludendorff freilich hatte der Kaiser im Oktober bereits auf Drängen der Linken aus seiner Stellung als Generalquartiermeister entlassen und durch den süddeutschen Demokraten, General Groener, ersetzt.

Hindenburg aber war noch da. Auf ihn blickten Millionen von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten. Was würde er tun, was konnte er tun? Das Erstaunliche ereignete sich, daß der Feldmarschall mit den Umstürzlern der Sozialdemokratie, den sogenannten Volksbeauftragten, übereinkam und sich ihnen unterstellte. Es galt, die deutschen Heere geordnet in die Heimat zurückgelangen zu lassen, eine Aufgabe, die an sich groß und schwierig war, deren Leitung und Durchführung nur einer allgemein anerkannten Autorität möglich war. In Berlin besaß niemand solche Autorität. Daraufhin hatte der erste „Volksbeauftragte", der Sozialdemokrat Ebert, Hindenburg gebeten, das Heer in die Heimat zurückzuführen. In der Tat war der Feldmarschall die einzige Persönlichkeit, welche diese Aufgabe durchführen konnte, der einzige, der die Autorität besaß, ein wildes Auseinanderlaufen und ungeordnetes Zurückströmen der Heeresmassen zu verhindern. In solchem Fall würden die Folgen unberechenbar gewesen sein. Unberechenbar! Aber in welchem Sinne? Das läßt sich heute nicht ausrechnen, aber eines steht fest: wäre auch natürlich nicht die Rede davon gewesen, daß dann die einheitliche Führung des Ganzen erhalten blieb, so würde unter allen Umständen Hindenburg selbst oder einer der Generale oder eine selbstgewählte Führernatur mit Leichtigkeit in der Lage gewesen sein, einen genügend großen Truppenkörper bewaffnet in die Heimat zu führen, um dort die Revolution zu ersticken, sie auszutreten wie ein glimmendes Streichholz und die drei marxistischen Gruppen, die untereinander um die Vormacht stritten, wegzufegen. Für Hindenburg selbst wäre dieses, bei dem Ansehen, das er, abgesehen von den revolutionären Parteien und den sie leitenden Juden, genoß, ein Leichtes gewesen. Er hat es nicht getan, er hat an dies oder Ähnliches überhaupt nicht gedacht. Der Feldmarschall unterstellte sich der Revolution vollkommen freiwillig und führte die Befehle ihrer Leiter aus. Hindenburg hat die Republik, die Revolution aus einer Gefahr gerettet, der sie hilf- und machtlos gegenüberstand. Die trübe Frage: Wie war derartiges möglich? kann nur aus der Wesensart Hindenburgs heraus beantwortet werden:

Bei allen seinen hervorragenden Fähigkeiten und unbeschadet der Festigkeit und Lauterkeit seines Charakters zeichnet diesen geborenen Soldaten eine Eigenschaft aus, die für unseren Standpunkt damals ein Verhängnis bedeutet hat: eine gewisse Passivität, vielleicht auch damit verbunden oder als deren Ursache mangelnde Fähigkeit, auf Grund einer plötzlich veränderten Lage aus eigener Initiative weittragende neue politische Entschlüsse zu fassen. Dazu kommt die im Laufe eines halben Jahrhunderts anerzogene und von Jahrhunderten überlieferte, in Fleisch und Blut übergegangene Disziplin, ein Hang, ein innerer Zwang zur Unterordnung, sei es unter eine Person oder ein Abstraktum.

Als der Kaiser in den Novembertagen vor der ungeheuren Entscheidung stand, ob er als Kaiser und König sich gegenüber den Revolutionären und den äußeren Feinden bis zum letzten — einerlei in welcher Gestalt dieses Letzte an ihn herantreten würde — behaupten wolle oder nicht, da war es der Generalfeldmarschall von Hindenburg, der als einzigen Ausweg den Übertritt des Kaisers nach Holland ansah. Er selbst hat später geschrieben, es sei eben kein anderer Weg dagewesen. Man habe den Kaiser ebensowenig in die Hände der Feinde als in die der Revolutionäre fallen lassen dürfen. So stand, wie der Kronprinz erschütternd geschrieben hat, der große alte Mann, auf den sich die Augen des Kronprinzen und des Kaisers fragend und hilfesuchend richteten, stumm und selbst hilflos und ratlos da. Es hat sicher nie einen Menschen gegeben, der in seinem Wesen, auch in seiner bewußten Überzeugung vollständiger vom monarchischen Gedanken und Gefühl durchdrungen gewesen wäre, der unbedenklicher als Hindenburg sich für Monarchie und Monarch persönlich geopfert

haben würde. Und es ist an sich tragisch genug, daß gerade dieser Mann dem Monarchen, der Monarchie und dem monarchischen Gedanken den schlimmsten Dienst geleistet hat, der möglich war, und zwar in einer Situation, die gestattete, jene drei, den Monarchen, die Monarchie und den monarchischen Gedanken, nach jahrzehntelanger, wachsender Entwertung wieder in hellstem Licht strahlen zu lassen. Wir stehen Ludendorff durchaus nicht unkritisch gegenüber, daß aber er in Spa an Hindenburgs Stelle jenes schmähliche Ende nicht zugelassen haben würde, ist sicher. Hindenburg, der Mann, der auch damals in Spa alles in der Hand hatte, schwieg in Passivität, ließ die Dinge laufen und brach, das ist wieder tragisch, um den Kaiser nicht in persönlich bedrängte Lage geraten zu lassen, der Monarchie in Deutschland für immer das Rückgrat.

Den Auftrag Eberts nahm er an und rettete damit die sozialistische Demokratie. Eine Reihe von Jahren nachher ließ Hindenburg sich zum Reichspräsidenten wählen, leistete den Eid auf die Weimarrepublik und fuhr seitdem den Kurs der demokratischen Mehrheit der Republik. Man hat den Feldmarschall und Präsidenten als ein Vorbild der selbstlosen Pflichterfüllung angesehen und bezeichnet. Das ist ohne Zweifel richtig. Hindenburg hat nie an Vorteil oder Ruhm für sich auch nur gedacht. Seit seiner Jugend ist die Pflicht der einzige Leitstern dieses einfachen, geradlinigen und phrasenlosen Charakters gewesen. Pflicht und Vaterland, weiteres kannte er, dabei ein durch und durch religiöser Mensch, nicht. Der passive Grundzug seines Wesens ist in seiner Verbindung mit Ludendorff nützlich gewesen. In Spa, nachher Ebert gegenüber und später als Präsident ist er verhängnisvoll geworden. Der ihm innewohnende Geist der Unterordnung gestattete ihm weder, den Kaiser und die Monarchie als Faktoren des großen Ganzen, als Selbstzweck zu behandeln, noch auch die Machthaber der neuen Republik von oben, nicht von unten zu betrachten.

Das Wort „verhängnisvoll" wird in Deutschland häufig als eine Übertreibung angewendet. Im Falle Hindenburg ist es keine.

Für die Angehörigen des Heeres und, darüber hinaus, für Millionen und aber Millionen national fühlender Elemente in der Heimat war Hindenburg der Hort, der Fels, um den man sich scharen, an den man sich klammern wollte. Niemand blieb für alle diese Männer und Frauen übrig, nachdem der Kaiser geflohen und die sämtlichen Fürstenthrone kampflos verlassen, dann umgestürzt worden waren. Eine deutsche Landfrau schrieb damals: „Heute hat mein Mann weinend das Bild des Kaisers von der Wand genommen und uns gesagt: nun bleibt uns nur noch Hindenburg!" Und dann kam die Nachricht, der Feldmarschall habe mit Ebert verhandelt und von ihm, dem sozialdemokratischen Revolutionär, die Leitung der Rückkehr der deutschen Truppen übernommen.

Nichts blieb an innerem und äußerem Halt allen denen in Deutschland, die nicht in sich selbst Halt, Sicherheit, Selbständigkeit und Tatkraft fanden. War es da nicht besser, um „wenigstens Ruhe und Ordnung" im Lande zu haben, um nicht dem Bolschewismus das Land in die Hände fallen zu lassen, sich den herrschenden Gewalten anzuschließen? Benahmen diese sich doch „gemäßigt und vernünftig", hatte doch Ebert denkbar schleunige Einberufung der Nationalversammlung versprochen, wollten er und seine Leute doch so schnell wie möglich verfassungsmäßige Zustände in der Republik einführen und diese selbst stabilisieren und jedem ihrer Bürger Freiheit, Brot und Recht zukommen lassen, über Ungerechte wie Gerechte ihre Sonne scheinen lassen!

Das waren so die Gedanken des größeren Teils des Bürgertums in Deutschland. Auch

der Bürger trug sein Verhängnis in sich und erlag diesem Verhängnis. Fassungslos stand er da, seitdem im Sommer 1918 der Krieg militärisch eine schlechte Wendung genommen hatte. Er hatte nie an solche Möglichkeiten geglaubt, andererseits hatte er auch nie einen rücksichtslosen Willen zum Siege gehabt. Rücksichtslose Anwendung aller verfügbaren Kampfmittel, z. B. des Untersee-Handelskrieges, hatte der Bürger nicht verlangt, ja er hatte einen Widerwillen gegen solche Dinge, fand sie mit den Gesetzen der Zivilisation und Kultur nicht vereinbar, dachte, es würde ja „auch so" gutgehen, man solle nur nicht übertreiben: wie immer, so liege auch dieses Mal das Richtige in der Mitte. Man dürfe nichts tun, was einen „Frieden der Verständigung" erschweren oder gar verhindern könne, denn nachher wollten wir ja doch wieder mit den damaligen Feinden in Frieden und Freundschaft leben, sie würden uns sicher loyal „die Hand reichen". Jenes irreführende Schlagwort des „Verständigungsfriedens" beruhte auf der Unfähigkeit des größten Teils des deutschen Bürgertums, die feindlichen Mächte psychologisch richtig zu beurteilen. Wer das aber vermochte, der wußte, daß es für die Feinde nur den Sieg, den, wie Lloyd George sagte, „Knock out", geben konnte oder die Unmöglichkeit weiter zu kämpfen, also die Niederlage. Eine „Verständigung", hervorgegangen aus dem Wunsch, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, war ein Gedanke, den Großbritannien, Frankreich, Belgien und auch die Vereinigten Staaten nie gehegt haben und ihrer Mentalität wie ihren Zielen zufolge nicht hegen konnten.

Daß die deutsche Heeresleitung den Willen zum Siege und den Glauben an den Sieg solange wie irgend möglich aufrechterhalten mußte, war selbstverständlich. Die Grenze mußte gefunden werden, und über sie hinaus durfte die Unbedingtheit der Siegeszuversicht nicht aufrechterhalten werden. Das ist damals aber geschehen. Die Heeresleitung hatte, und das ist ein schwerer Vorwurf, den man ihr, besonders auch Ludendorff nicht ersparen kann, auch Persönlichkeiten von Einfluß, die Parteien oder Leser oder Vereine und Verbände hinter sich hatten, bis zum letzten Augenblick nicht ins Vertrauen gezogen. Als plötzlich die wahre Lage nicht mehr zu verheimlichen war, rief der Führer der Konservativen Partei, Herr v. Heydebrand, aus: „Man hat uns belogen und betrogen!" Die Wahrheit dieses Ausspruchs kann nicht geleugnet werden. Man hat auf der nationalen Seite in Deutschland diese Tatsache zu bestreiten versucht und, wo es ging, gar nicht darüber gesprochen. Wir müssen sie anführen, weil in dieser, gerade für das Bürgertum beinahe unerträglichen Enthüllung eine der wesentlichen Ursachen für sein Versagen in der dann folgenden kritischen Zeit gelegen hat. Jenes Verfahren der Obersten Heeresleitung, das sich auch in unzutreffenden Heeresberichten äußerte, hat man damit zu entschuldigen versucht, daß das Volk die Wahrheit nicht zu ertragen vermocht hätte, daß wahrheitsgetreue Schilderung von Mißerfolgen ihm den Willen und die Durchhaltekraft gelähmt haben würde. Dagegen läßt sich sagen, daß die nachherige, ganz unvorbereitet treffende Enthüllung der schlimmen Lage eine ungleich größere demoralisierende Wirkung haben mußte. In den Ländern unserer Feinde haben vom Beginn des Krieges an die Propaganda der Regierungen und, im Einverständnis mit ihnen, die Presse die Lage niemals rosig geschildert und immer in krassesten Farben ausgemalt, wie es Land und Volk ergehen würde, wenn Deutschland und seine Verbündeten etwa siegen sollten. In Deutschland war von solchen Dingen nie die Rede, und wenn ein Blatt oder ein Verfasser so sprach, so konnte er des höchsten und sehr tatkräftigen Mißfallens der Regierung sicher sein.

Der deutschen Bevölkerung, in der Hauptsache dem Bürgertum wurde vom Herbst 1914 an die Auffassung suggeriert: eigentlich sei der Krieg ein großes Mißverständnis der

deutschen Absichten seitens der anderen gewesen. Dieses Mißverständnis aufzuklären und zu der „Verständigung“ zu gelangen, sei das Ziel, und man sei überzeugt, daß der Augenblick kommen werde, wo man sich mit den Feinden „ohne Groll die Hände reichen“ werde, die Vernunft, der Verständigungswille müßten ja siegen. Anzeichen dafür seien in allen feindlichen Völkern bemerkbar. — Im Gegenteil hätten die schrecklichen Folgen eines verlorenen Krieges, die Lebensnotwendigkeit zu siegen, der ungeheure Ernst und die unermeßliche Gefahr der Lage unbedingt und unaufhörlich den Deutschen vorgehalten werden müssen, und zwar von Anfang an. Die Vernichtungsabsichten der feindlichen Mächte konnten gar nicht kraß genug dargestellt werden. Jeder deutsche Mißerfolg mußte ungefärbt in der Heimat bekanntgemacht werden, immer mit dem Hinzufügen: um so gebieterischer ist die Notwendigkeit, jeden Nerv anzustrengen und alles einzusetzen, um dem allgemeinen Ansturm der Feinde siegreich standhalten zu können! So ungefähr hätten der deutsche Bürger und ebenso die deutsche Arbeiterschaft allmählich und systematisch zur Höhe ihrer Aufgabe erzogen werden können. Anstatt dessen war die Bevölkerung bald mit Hurraphrasen, bald mit Verständigungsträumen und pazifistischen Illusionen gefüttert worden, man hatte es mit ihr gemacht wie mit dem Kaiser: ihr möglichst alles Unangenehme ferngehalten, sie habe schon schwer genug zu tragen, mehr würden die Nerven nicht aushalten. Was wunder, daß im Herbst 1918 gerade der Bürger unter der Plötzlichkeit all des Furchtbaren zusammenbrach, jedes Urteil und alle Gesinnung verlor.

Man hat dem Deutschen Reich viele Vorwürfe gemacht, wie es vor dem Kriege gewesen ist, besonders während des letzten Vierteljahrhunderts. Manche solcher Vorwürfe und tadelnden Kritiken sind berechtigt, manche nicht. Uns muß fernliegen, uns, die wir selbst auf Vollkommenheit keinen Anspruch erheben, den überlegenen Tadler zu machen. Vergleicht man das Vorkriegsdeutschland, den Vorkriegsdeutschen mit dem Franzosen und dem Engländer, dem Amerikaner und dem Russen vor dem Kriege, und ebenso die inneren Zustände der Länder, so schneidet der Deutsche von damals wahrlich nicht schlecht ab. Aber ein Punkt hat uns, einer freilich kleinen Anzahl von Vertretern der jetzt älteren Generation, schon damals Kopfschütteln und schwarze Zukunftsgedanken verursacht: der sorglose Illusionismus in bezug auf die Lage Deutschlands zwischen den übrigen Nationen. Das ist ja wohl immer eine der Hauptschwächen der Deutschen gewesen.

Man wird einwenden, daß gerade in den zweieinhalb Jahrzehnten nach Bismarcks Abgang in Deutschland abfällige Kritik am „neuen Kurse“ an der Tagesordnung gewesen sei, und Kaiser Wilhelm II. sich ja wiederholt in schärfster Weise gegen die „Schwarzseher“ gewandt habe. Das ist richtig, aber jene „Schwarzseher“ waren doch nur sehr wenige, und die große Masse des Bürgertums, im weitesten Sinne begriffen, glaubte dem Optimismus des Kaisers und empfand alle Kritik und Warnungen als eine anspruchsvolle und unangemessene Nörgelsucht. Von Krieg und Kriegsgefahr ist in den letzten fünfzehn Jahren vor dem Kriege viel gesprochen worden, auch in der Öffentlichkeit, aber da herrschte überall ein lächelnder, man möchte sagen, gemütlicher Optimismus: es wird schon nicht so kommen, England wird keinen Krieg gegen seinen besten Kunden führen, die Franzosen sind entartet, eine Operettennation, und könnten schon einen Feldzug im Winter nicht aushalten, mit den Russen sei überhaupt nicht zu rechnen, im übrigen würde, wenn doch ein Krieg käme, Deutschland zeigen, daß es das einzig gesunde und geordnet lebende Land wäre und seine Feinde zu Paaren treiben. Es kommt aber kein Krieg, denn alle wollen nur Handel treiben und reich werden. Der Krieg wird sich auf Zeitungskrieg beschränken, niemand wird das große

Risiko wagen. Große Persönlichkeiten würden nicht mehr kommen, das Zeitalter des „besseren Durchschnitts" sei angebrochen, und das bedeute den Frieden. Dieses Ergebnis wurde besonders gezogen in einem 1913 und 1914 viel gerühmten Buch, dessen Verfasser ein hoher Beamter und Günstling des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg war. Das war im Grunde auch die Anschauung dieses Kanzlers, der in fassungsloser Verzweiflung dem britischen Botschafter, der ihm in den ersten Augusttagen 1914 die britische Kriegserklärung überbrachte, erwiderte: „Da bricht ja meine ganze Politik wie ein Kartenhaus zusammen." Dabei war dieser Kanzler sonst nicht von leichtfertigem Optimismus, ihm fehlte nur alle Begabung für Beurteilung außenpolitischer Dinge und fremder Nationen und Staatsmänner. Er machte sich wohl Sorgen, aber glaubte nicht an wirklich letzte Konsequenzen. Die Kartenhäuser, welche das Bürgertum im allgemeinen baute, waren noch viel höher als die Bethmann Hollwegs. Ob ausgesprochen oder nicht, war eigentlich die Meinung, der Krieg 1870/71 sei das letzte Wort für die Gestaltung Europas gewesen. Deutschland werde nunmehr unangefochten und von selbst die europäische Lage dauernd beherrschen, niemand wolle Krieg, und wer sich derartiges einfallen lassen sollte, dem werde die Sache übel bekommen. Dazu kam, daß jene Zeit von einer Atmosphäre der Selbstgefälligkeit und Ruhmredigkeit und Äußerlichkeit und des Festefeierns erfüllt war, die nicht zum wenigsten im Wesen des Kaisers Ursprung und Antrieb hatte. Vom Kaiser sagte Bismarck, er wolle jeden Tag Sonntag feiern; ein bitteres, zutreffendes Wort. Ein gewisses lärmendes Prahlen war üblich geworden, der deutsche Durchschnitt gefiel sich darin und berauschte sich damit und schloß sein Auge gegenüber den Gefahren, die Deutschland und den deutschen Gedanken von außen und im Innern bedrohten.

In diesem Zusammenhang kann auch die Stellung des Bürgertums zur Monarchie nicht unerwähnt bleiben. Abgesehen von der Beamtenschaft, dem preußischen Landadel, dem Offizierkorps, natürlich den Hofkreisen usw. war ein wirklicher, aufrichtiger, innerlich empfundener Monarchismus kaum vorhanden. Man sagte es nicht laut, aber im weiteren Bürgertum wäre man mit einer parlamentarisch abhängigen Monarchie sehr einverstanden gewesen, hätte ihr Platzgreifen begrüßt und für einen „Fortschritt" gehalten. Auch in weiten Kreisen des Bauerntums waren ähnliche Auffassungen vorhanden, traten öffentlich aber nicht hervor. An nationalen Feiertagen, am Geburtstage des Kaisers usw. wurden auch in diesen Kreisen phrasenreiche byzantinische Reden gehalten. Das damals übliche Schlagwort: das deutsche Volk, der Deutsche, auch wenn viele jetzt durch die Sozialdemokratie abgeirrt seien, sei „im Grunde" monarchisch bis auf die Knochen. Das ist, abgesehen von den genannten Kreisen, nie richtig gewesen. Wohl aber war man noch bis weit in das Jahr 1918 hinein tief und ohne weiteres überzeugt, daß die Monarchie in Deutschland ganz unerschütterlich sei. Man dachte gar nicht daran, daß sich da etwas ereignen könne, und war felsenfest überzeugt, daß, auch wenn der Krieg einen schlimmen Ausgang nehmen solle, die Monarchie davon nicht berührt werden würde. Diese teils philiströse, teils aus Denkfaulheit, teils aus Furcht, sich eine unangenehme Wahrheit einzugestehen, erwachsene leichtfertige Überzeugung: natürlich, manches könne passieren, aber wirklich ganz schlimm könne es nicht kommen, dieses ganze Kartenhaus selbstzufriedener Zuversicht war durch den November 1918 zusammengebrochen, und das Bürgertum zeigte sich, jedenfalls zunächst, außerstande, in sich selbst einen neuen Halt, eine feste Achse zu schaffen. Das gesamte Denken lief auf die angstvolle, primitive Frage hinaus: wie schütze ich mein Eigentum und mein Leben, wo schließe ich mich am besten an, wo kann ich unterkriechen, um Sicherheit zu gewinnen?

Alles, worauf früher das Bürgertum stolz gewesen war, sollte es mit einem Male nicht mehr geben! Keinen Rang sollte es mehr haben, nicht mehr sich überlegen und hochgeachtet fühlen, nicht mehr „Treuegelöbnisse" an den Kaiser schicken können, nicht mehr behaupten, es sei die Nation, kurz, das ganze geschmacklos reiche Phrasenkostüm, in das es sich bisher hatte hüllen können und in dem ihm so wohl war, war verschwunden. Politischer Machtfaktor war das Bürgertum bisher durch seine parlamentarischen Parteien gewesen. Man hatte gestimmt, man hatte gewählt, man hatte „Interessen vertreten", man hatte kritisiert und repräsentiert, selbstbewußt räsonniert, Geld verdient und sich wohl sein lassen. Die vier Kriegsjahre hatten zwar das Selbstgefühl, auch die innere Behaglichkeit nicht unberührt gelassen, aber man war doch fest überzeugt, so könne es ja nicht bleiben, schlimmer könne es nicht kommen, sondern nur besser. Und als die militärische Lage immer schlechter wurde, da warf der Bürger sein Vertrauen auf den Weltrichter Wilson, auf die Weltvernunft, auf das Weltgewissen und was für Fabeltiere man sich sonst noch ersann. Und vom 10. November an lautete die Parole des Bürgers: so schlimm sind ja Ebert und Genossen gar nicht! — er zog die Folgerungen; für die bürgerliche Sicherheit mußte man eben alles tun. So erhielt in jenen Wochen des Umsturzes die neugebildete Demokratische Partei einen gewaltigen Zuzug. Sie ergab für die Wahlen zur Nationalversammlung des Januars 1919 die große Zahl von siebzig Abgeordneten. Diese Demokratie bekannte sich „rückhaltlos" zum neuen Zustande.

Ein Bürgertum als Ganzes war ja politisch natürlich nie vorhanden gewesen. Vielleicht hätte man aber annehmen können, daß der sozialistische Umsturz und Ansturm ein solches, sein gemeinsames Interesse verteidigendes Bürgertum geschaffen hätte. In Deutschland war es weit davon entfernt. Andererseits bewirkte der nach kurzem Zusammengehen sich verschärfende Gegensatz zwischen den Rechtssozialisten und den Unabhängigen und dadurch die Schwäche der ersteren auch dem Kommunismus gegenüber, daß der Ebertflügel sich allein zu schwach fühlte und der bürgerlichen Stütze dringend bedurfte. So fanden sich die Sozialdemokratie und die Demokraten gleich zusammen. Sie waren immer schon politisch nur unterschiedlich im Grade gewesen. Bismarck hatte die Demokratie, im Bilde der landwirtschaftlichen Fruchtfolge, die Vorfrucht der Sozialdemokratie genannt. Nachher gesellte sich auch das Zentrum politisch zu diesen beiden.

Gleichwohl wäre es ein leichtes gewesen, durch Zusammenschluß und Kontakt mit den rückkehrenden Truppen dem Spuk ein schnelles Ende zu bereiten. Man mag hier Entschuldigungen finden, so, daß das in der Heimat vertretene Bürgertum in der Hauptsache nur die alten Generationen oder körperlich Minderwertige der Jüngeren umfaßt hätte, daß man durch Hunger und Entbehrungen aller Art auch moralisch geschwächt gewesen sei. Alles das kann man gelten lassen, aber damit wird doch die Tatsache nicht aus der Welt geschaffen, daß in einem Augenblick, wo die Umstürzler eine gewisse Energie entfalteten, das Bürgertum ihnen nichts, aber auch gar nichts, entgegenzusetzen fähig war, sondern seine Haltung im wesentlichen die Bittstellung war: tut uns nichts, laßt uns unser Leben und Eigentum, wir wollen im übrigen auch alles tun, was ihr wollt! Diese und andere Jämmerlichkeit wurden während der Revolutionsmonate unter der hohlen Phrase verschleiert: in dieser furchtbaren Not müsse alles zusammenstehen gegen den Bolschewismus. Lehrreich genug waren die Wahlaufrufe der neugebildeten politischen Parteien zu den Wahlen für die Nationalversammlung, Anfang 1919, die weiter unten folgen. Zunächst einige Worte über diese Parteien selbst:

Die Deutschnationale Volkspartei wurde damals neugegründet. Sie sollte alle Elemente

umfassen, die sich zum nationalen Gedanken und auch zum Monarchen bekannten. Die Gründer dachten sich zunächst nur, daß man auf diesem Wege zu einer großen rechten Partei kommen werde im Gegensatz zu einer großen linken, zwischen denen dann als dritter politischer Faktor höchstens noch das Zentrum stehen würde. Die Deutschnationale Volkspartei sollte nach Möglichkeit eine Massenpartei werden, Männer, auch die Frauen, denen die „Volksbeauftragten" gleich alle politischen Rechte gegeben hatten, gleichermaßen umfassen, man öffnete die Tore weit. Der Hintergedanke war nur ganz vorsichtig angedeutet, nämlich eine Wiederaufrichtung der Monarchie. Zwar hatten die rechtsstehenden Zeitungen ihre früheren Inschriften, wie: „Für Kaiser und Reich" und ähnliche, nach dem 9. November beseitigt, aber die Führer wie ihre Anhänger waren überwiegend von dem Gedanken erfüllt: vor allem müsse die Monarchie wieder eingeführt werden. Man muß sich noch heute wundern, daß jene alten oder älteren erfahrenen Politiker der Rechten sich nicht nur solchen Gedanken hingaben, sondern tatsächlich an die Möglichkeit der Ausführung glaubten. Die wäre sicher vorhanden gewesen, wenn der Kaiser und die Monarchen eine andere Rolle gespielt und wenn sie auch bis zuletzt dem monarchischen Gedanken Ehre gemacht hätten. Eine Monarchie aber, die in so schmachvoller Weise kraftlos in nichts zerfallen war, konnte man nicht wieder aufrichten, wie man einen umgefallenen Stuhl wieder auf seine vier Beine stellt. Der Verfasser dieses Buchs hat diese Ansicht noch im Jahre 1918 öffentlich vertreten und dafür starke Mißbilligung der monarchischen Kreise geerntet. Das war gleichwohl nicht Feindseligkeit gegenüber der Monarchie, sondern die Erkenntnis, daß nur auf Grund richtiger Beurteilung der wirklich vorhandenen Tatsachen und Verhältnisse eine erfolgreiche Politik getrieben werden kann. Jener Pessimismus hat sich als richtig erwiesen: heute, zwölf Jahre später, ist der Gedanke an Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland schwächer und die Monarchie ferner denn je. Die Unfähigkeit auch des höheren nationalen Bürgertums, der Lage und dem Wesen der Dinge gerecht zu werden, frühere Fehler zu erkennen und für die Zukunft zu vermeiden, zeigte sich schon in diesem einen Punkte. Es zeigte sich auch das schlechte Gewissen in der kindlichen Taktik, daß die neugebildete Partei sich ausdrücklich als Volkspartei bezeichnete. Solche Mätzchen konnten nicht mehr ziehen.

Man hat später, und heute noch, von dem Umsturz 1918 gesagt, er sei ja gar keine richtige Revolution gewesen. Verglichen mit der Revolution in England, der großen französischen, der russischen ist der Novemberumsturz allerdings nicht als Revolution zu werten. Er erscheint neben jenen großen und weltgeschichtlichen Ereignissen, die eben bei allem Furchtbaren und Abscheulichen auch Züge der Größe aufwiesen, klein, schmutzig und vielfach lächerlich. Mitten im Verlauf konnte sogar ein Sozialdemokrat schreiben, die Revolution drohe in eine Lohnbewegung auszuarten. Vom ähnlichen Standpunkte aus hätte man sagen können, daß der Novemberumsturz nicht viel anderes sei bei vielen, ja bei den meisten seiner Träger, als der skrupellose Versuch, sich auf Kosten des Staats zu bereichern. Wohl noch nie ist in neuerer Zeit in derart ungeheurem Ausmaße mit Erfolg versucht worden zu stehlen und zu rauben. Man braucht nur an die Milliardenwerte zu denken, auf die sich das Heeresgut belief, das in der Zeit der Soldatenräte zum kleineren Teil direkt geraubt, zum größeren von gerissenen Händlern und Schiebern zum Gegenstand eines unermeßlichen „Geschäfts" gemacht wurde. Erinnern wir uns auch, wie in jener Zeit nichts, was irgendwie Wert haben könnte, sicher war: kein messingner Türgriff, keine bronzene Statuette, kein lederner Ziehriemen im Eisenbahnabteil, keine Postsendung, keine Brotkarte. Der Schmutz im öffentlichen und privaten Leben erschien identisch mit der sogenannten Revolution selbst.

Nr. 16. Die verhafteten kommunistischen und sozialistischen Stadträte am 9. November 1923

Nr. 17. Besetzung des Kriegsministeriums in München durch die damalige „Reichskriegsflagge“ (Hptm. Röhm) am 9. November 1923

An das Deutsche Volk

Bayern! Münchener!

Eine große Anzahl Münchener Bürger ist gestern Zeuge gewesen der Proklamation der deutschen Nationalregierung und hat die Worte gehört, mit denen Exzellenz von Kahr, General von Lossow, Oberst von Seisser sich mit an die Spitze der deutschen Freiheitsbewegung gestellt haben. Freiwillig haben die Herren sich der nationalen Freiheitsbewegung angeschlossen und sich

ehrenwörtlich und mit Handschlag Ludendorff-Hitler zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Das Gerücht, dies habe unter Bedrohung mit Waffen stattgefunden, ist erlogen, das geht schon daraus hervor, daß man einen deutschen General und deutschen Oberst wohl kaum durch Bedrohung zu etwas zwingen könne, was er nicht tun will. Nun ergibt sich immer mehr die Gewißheit, daß bei den Herren unter Einwirkung Berliner Kreise ein Verrat stattgefunden hat. Trifft das zu, so haben diese Herren, die sich am 9. November 1918 auf den Boden der Tatsache und der Novemberrepublik gestellt haben, heute nicht den deutschen Mut, sich der nationalen Freiheitsbewegung anzuschließen und ziehen es vor, unter Bruch des gegebenen Wortes gegen die nationale Deutsche Sache für das Berliner Judentum zu kämpfen.

Für das Blut, das bei diesem Kampf dann vergossen werden wird, sind sie verantwortlich.

Die deutsche Nationalregierung ist entschlossen, den Kampf aufzunehmen unter der schwarz-weiß-roten Flagge für Deutschlands Freiheit.

Die Deutsche Nationalregierung

Nr. 18. Der Weg zur Freiheit —

Bekanntmachung.

Durch einen Putsch Hitler-Ludendorff wurde die verfassungsmäßige Regierung für abgesetzt erklärt.

Die verfassungsmäßige Regierung besteht weiter. Sie fordert die gesamte Beamtenschaft, Polizei und das bayer. Kontingent der Reichswehr auf, ihrer verfassungsmäßigen Regierung treu zu bleiben und den Revolutionären den Dienst zu verweigern.

Wer dem entgegenhandelt, wird als

Hochverräter

behandelt.

Die Regierung erwartet, daß das bayerische Volk in Stadt und Land dem Preußen Ludendorff und seinem Anhang, der es unternommen hat, unser bayerisches und deutsches Volk in namenloses Unglück zu führen, die Gefolgschaft versagen wird.

Weitere Bekanntmachungen werden erfolgen.

Den 9. November 1923.

Für das verfassungsmäßige Gesamtministerium:

Dr. Matt.

Nr. 19. — mit Gewalt versperrt

Sogar die neutralen Länder standen vor diesem Schauspiel in ungemessenem Erstaunen und mit unbegrenztem Ekel: derartiges hätte man gerade von den Deutschen nicht erwartet. Das ist aber nicht alles.

Während das Bürgertum in seinen Schlupflöchern saß und vorsichtig versuchte, so oder so Deckung zu finden, bekämpften die drei Gruppen des Marxismus einander, jede wollte die Macht, keine einzige war von einer urwüchsigen bewußten und von einer Idee getragenen Kraft, wie überhaupt der Novemberumsturz ohne Idee war. Von den marxistischen Gruppen siegte schließlich die der bürgerlichen Demokratie am nächsten stehende Gruppe, die am wenigsten revolutionäre. Sie hatte sich die Sache vorher ganz anders gedacht und ausgemalt, nämlich als einen risikolosen Übergang, der durch die jahrelange Vergiftung und Zersetzung ausreichend vorbereitet gewesen sein sollte. Nun war diese Gruppe plötzlich durch das Drängen der beiden linken Konkurrenten zur Übernahme der Macht gezwungen worden und fühlte sich in dieser Macht so machtlos, daß sie zum Leben ebensowohl Hindenburg brauchte wie die Demokratie und ein demokratisches neues Parlament. Und dann mußten in Gestalt der Freikorps die Träger der Monarchie im tragisch rührenden Glauben, sich aufs neue für das Vaterland einzusetzen, kämpfen, um die demokratische Republik zu verteidigen und zu erhalten.

Und über dem allen stand die naivste Ahnungslosigkeit und Charakterlosigkeit den Feinden gegenüber. In der großen französischen Revolution war es eine Selbstverständlichkeit, und es bedeutete hauptsächlich die Größe dieser Revolution, daß sich mitten in deren Peripetie die Nation mit ungeheurem Schwunge gegen die äußeren Feinde wendete. Abgesehen von wenigen einzelnen Persönlichkeiten dachten in Deutschland die revolutionären Parteien nicht daran, im Gegenteil, sie leckten die Stiefel der feindlichen Räuber und konnten sich in dieser Tätigkeit nicht genug tun. Kein Zugeständnis auf Kosten des deutschen Volks war ihnen groß genug, keine Selbsterniedrigung schmachvoll genug, ein Begriff übrigens, der den Trägern und Anhängern der Revolution überhaupt fremd war. Ein weiteres Moment der Lächerlichkeit, des Mutmangels und des Fehlens einer wirklich treibenden Kraft war die Halbheit, die schließlich in der demokratischen Parlamentsrepublik endete. Überall sehr große Versprechungen, schöne und feierliche Worte, aber im übrigen: „in Furcht und Hoffnung ein hohler Darm!" Wenn ein Ergebnis eine Halbheit darstellt, so können die Ursachen darin liegen, daß in dem Widerstreit der Kräfte eben nichts weiter zu erreichen war. Darum handelte es sich aber nicht im November 1918 und in den folgenden Monaten. Da stritten keine gigantischen Kräfte und Willen miteinander. Es waren alles kleine Leute, abgesehen höchstens von den willenskräftigen Spartakisten, denen wiederum Kopf und Plan fehlten, die ohne Idee waren und höchstens zerstören konnten. In einem im Januar 1919 herausgegebenen „Revolutionsalmanach" mußte der oberste der Marxinterpreten, Kautsky, dem enttäuschten Volk auseinandersetzen: der sozialistische Zukunftsstaat lasse sich zum größten Bedauern jetzt nicht verwirklichen, weil durch den Krieg das Geld des Kapitalistentums unverantwortlicherweise aufgebraucht worden sei, mit dem programmäßig der sozialistische Staat hätte aufgebaut werden müssen; also Geduld meine Herrschaften, wenn es auch schwer fällt! Größer und hilfloser konnte die Lächerlichkeit und die im Grunde echt philiströse Kleinlichkeit nicht gedacht, noch weiter getrieben werden.

Also vergebens sucht man einen großen, ja auch nur einen bedeutenden Mann in der Geschichte des Novemberumsturzes, noch überhaupt irgend etwas Großes, einen großen Zug. Nichts von alledem! Ist es also richtig zu sagen, daß es keine deutsche Revolution gab?

Revolution bedeutet Umwälzung, bedeutet, daß das, was vorher oben war, jetzt unten

oder nicht mehr da ist, wo es war. Sieht man ab von jener Frage nach der Größe oder der Kleinlichkeit, nach der Reinheit oder der Schmutzigkeit, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß der November 1918 dieses Ergebnis gehabt hat. Schmählich und kleinlich und feige ist es auf beiden Seiten gewesen, aber das Ergebnis war gleichwohl ein weltgeschichtliches: das kampflose Verschwinden des Kaisertums und aller deutschen Monarchien, das Verschwinden des deutschen Heeres, das Verschwinden des auf die nationale Idee und auf Autorität aufgebauten und scheinbar unerschütterlich begründeten Staates. Das alles verschwand mit einem Schlage. Das bedeutet an sich ein ungeheures Ereignis! Aber wie läßt sich dieses mit jener Kleinheit und Halbheit zusammenreimen? Das ist nur möglich, wenn wir die Erscheinung der Novemberrevolution nicht auf diese selbst begrenzen, sondern ausdehnen auf mindestens das halbe vorhergegangene Jahrhundert. Die Kräfte, welche besonders seit dem siebziger Kriege in allen möglichen Formen und mit vielen Gesichtern auf den Sturz des alten Reiches hinarbeiteten und die der sozialen Frage ihren umstürzenden Charakter gaben, gehören zur Revolution. Der Akt von 1918 bedeutet, um das englische Wort zu wählen, nur ein „Outcome", aber auch kein endgültiges. Die Revolution an sich ist durch den Streich von 1918 und was ihm folgte nicht erledigt. Sie geht weiter; nicht die marxistische, nicht die von Juden geleitete, sondern die große, gewaltige Umwälzung des sozialen Lebens und aller seiner Verhältnisse, ob richtig geleitet oder mißleitet, diese Umwälzung ist etwas ganz anderes und unermeßlich bedeutender, auch problemhafter als ihre Oberflächenerscheinung vom November 1918.

Parteistückwerk – Versaillesbetrug – Los von Berlin

Anfang Januar 1919 erließen die Parteien ihre Wahlaufrufe für die am 19. stattfindende Wahl zur Nationalversammlung. Es wird leider, sachlich gesehen, immer unverständlich bleiben, mit welchem Recht dieses Parlament als Nationalversammlung bezeichnet werden konnte. In Wirklichkeit handelte es sich, man muß beinahe sagen: natürlich, um eine verständnislose Nachahmung der französischen Revolution mit ihrer „Assemblée Nationale". Hier war in Deutschland diese „National"versammlung einberufen worden von den Umstürzern und Hassern des nationalen Deutschland, den Angehörigen und begeisterten Vertretern der zweiten Internationale: auch wieder ein unfreiwillig komischer Beweis für die kleine Philisterhaftigkeit der siegreichen Ebertgruppe und der ganzen Atmosphäre, in der sie lebte.

Sehen wir uns diese Wahlaufrufe ein wenig näher an, nicht wegen des Wertes ihres Inhaltes, sondern weil sie geschichtliche Tatsachen bedeuten und das Wesen von Parteien — natürlich muß dabei die Phraseologie in Betracht gezogen werden, die in Deutschland von solchen Aufrufen unzertrennlich ist — sozusagen in der Photographie festhalten. So jämmerlich und trübe jene Periode der deutschen Geschichte ist, von welcher Seite man sie auch anschaut oder welche Episode man aus ihr herausgreift, sie ist eben doch Geschichte, ein Teil der deutschen Geschichte, der, wenn auch negativ, eine große kritische Bedeutung besitzt und behalten wird. Lassen wir die Wahlaufrufe folgen:

In ihrem Wahlaufruf zur Nationalversammlung betonte die Deutschnationale Volkspartei folgende Punkte: Grundlage ihres politischen Schaffens solle der Glaube an die Lebenskraft des deutschen Volkes und des deutschen Gedankens sein, dazu sollten die lebendigen Kräfte des Christentums im Volke wirken und fruchtbar werden. Der christliche und der deutsche Gedanke müßten mit sozialen Gesichtspunkten das ganze Volksleben durchdringen. Man verlange: Schutz der persönlichen und politischen Freiheit, Beseitigung der Willkürherrschaft, Schutz gegen Bolschewismus, Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung und der geldlichen Mißwirtschaft, öffentliche Finanzkontrolle. Eine monarchische Spitze entspreche der deutschen Eigenart und der politischen Zweckmäßigkeit, man werde aber in jeder Staatsform „mitarbeiten". Den heimkehrenden Kriegern wolle man ein wohnliches Heim und eine gesicherte Existenz schaffen. Herzlich willkommen heiße man die Frauen als gleichberechtigte politische Mitkämpferinnen.

In ihren „Richtlinien" kamen folgende Punkte hinzu: Schaffung eines Volksheeres, Wiedergewinnung der Gleichberechtigung für Deutschland in der Welt, eine zielbewußte Außenpolitik. — Planmäßige Bevölkerungspolitik, Siedlungspolitik, Landbeschaffung, plan-

mäßige Schaffung von Heimstätten. Wirtschaftlich: Privateigentum und Wirtschaft haben, im Gegensatz zu dem Kommunismus, die Grundlagen der Wirtschaft zu bilden. Wo im sozialen Interesse Überführung der Privatwirtschaft in gemeinwirtschaftliche Betriebsform geboten ist, wird sachgemäße fachmännische Durchführung verlangt. Die Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus werden bekämpft. Zwangswirtschaft und Kriegsgesellschaften sind zu beseitigen. Alle nationale Arbeit ist zu schützen. Das öffentliche Abgabenwesen ist unter sozialem Gesichtspunkt zu ordnen, die Kriegsanleihen sind sicherzustellen, die wirklichen Kriegsgewinne auf das schärfste zu erfassen. Sozialpolitik ist fortzusetzen, Schutz und Recht der Landarbeiter zeitgemäß neuzuordnen, Berufsverbände und Gewerkschaften sind gesetzlich anzuerkennen.

Die Deutsche Volkspartei:

„Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik; alle internationalen Bestrebungen, die unseres Volkes Eigenart verwischen und verdunkeln, sind scharf abzulehnen." Ein Mittelweg zwischen Partikularismus und Einheitsstaat wird verlangt, man bekennt sich zum allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht nach der Verhältniswahl, für beide Geschlechter. Man verlangt ein Volksheer, Neuordnung des Auswärtigen Amts, Freiheit für Wort und Schrift, Verein und Versammlung, weiteste demokratische Selbstverwaltung, Gleichberechtigung aller deutschen Bürger ohne Rücksicht auf Konfession, Kräftigung des Mittelstandes, Kriegsbeschädigtenfürsorge. Für Kräftigung der freien Bauern Siedlungspolitik, Aufstieg des Landarbeiters, Neuordnung des Boden- und Wohnungsrechts. Volle Koalitionsfreiheit, neues soziales Arbeiter- und Angestelltenrecht, Weiterführung der Sozialpolitik, internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Festhalten an Privateigentum und Erbrecht, an der leitenden Stellung des Unternehmers in Betrieb und in der Wirtschaft unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten. Gegen Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Überführung geeigneter Betriebszweige unter die öffentliche Gewalt nur bei sozialer Zweckmäßigkeit. Verbindung von Staat und Kirche darf nicht gelöst werden. Religionsunterricht in der Schule. Schärfste Erfassung der Kriegsgewinne und Vermögensabgabe, Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen usw. Von der Regierung wird Herstellung von Ruhe und Ordnung verlangt, Beseitigung der Mißwirtschaft und unverantwortlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Die Regierung soll den Frieden erhalten.

Das Zentrum:

Gerade jetzt muß der Geist der christlichen Wahrheit das ganze Leben durchdringen. Ein soziales Recht der Allgemeinheit ist aufzurichten. Die Zugehörigkeit zum Zentrum wird nicht durch das Religionsbekenntnis begrenzt. Das Frauenwahlrecht wird begrüßt. Verlangt: Stärkung des Reichsgedankens, Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters. Ausbau der Selbstverwaltung und Schulung des Volks. Gleichberechtigte Teilnahme an öffentlichen Ämtern ohne Kastengeist und Klassengeist. Eintreten für die Beamten, Bekenntnis zum neuen Wahlrecht.

Verlangt: Schaffung eines den christlichen Grundsätzen entsprechenden Völkerrechts, Unabhängigkeit des Heiligen Stuhls, Völkerbund, Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung, Abschaffung der Geheimverträge, Schutz der Minderheiten, Freiheit der Meere und des Verkehrs, internationale Regelung des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes.

Erhaltung des christlichen Ideals, Gewissensfreiheit, Freiheit der Religionsgesellschaften usw., gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen aller Glaubensbekenntnisse, Schutz und Stärkung der Ehre und Familie, Recht der Eltern auf die Kindererziehung, Beseitigung des Kastengeistes im Schulwesen. — Volkswirtschaft im Dienste der sozialen Gerechtigkeit, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zur Sicherung der Volksernährung, Siedlung und innere Kolonisation, Schutz des Mittelstandes, Fortführung der Sozialpolitik, soziale Rechtspflege, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Steuerlasten nach der Tragfähigkeit, keine Entwertung der Kriegsanleihe, Steuererfassung der großen Vermögen, des unverdienten Wertzuwachses, der Kriegsgewinne, keine Abwanderung des Kapitals ins Ausland.

Die Deutsche Demokratische Partei:

In ihr schließen sich alle zusammen, die, „auf dem Boden der Republik stehend, bei den Wahlen zur Nationalversammlung das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen".

Man verlangt: völlige Gleichheit für alle Bürger ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Religionsbekenntnis. Staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht, Gewährleistung der Arbeitsbedingungen der Tarifverträge. Keine neuen Standesvorrechte, nur der Tüchtige in der freien Demokratie darf vorwärts kommen. Soziale Steuerpolitik, Vermögensabgabe, Erbschaftssteuer, Erfassung der Kriegsgewinne, dabei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung, die zur Tätigkeit anspornt. Abgelehnt wird Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft, Sozialisierung nur im Einzelfall zugestanden. Das Handwerk und der Kleinhandel sind unentbehrlich. Die politische und wirtschaftliche Stellung der Beamten muß gesetzlich aufgebaut werden, Ausbau des Beamtenrechts. Schutz der Bauern, Einschränkung des großen Grundbesitzes, Beseitigung der Fideikommisse, auswärtige Politik im Geiste dauernden Friedens, Bund gleichberechtigter Völker, internationale Schiedsgerichte, Rüstungseinschränkung. Verlangt wird bei den Friedensverhandlungen volles Selbstbestimmungsrecht für Deutschland.

Die Sozialdemokratische Partei

erließ vom bekannten Boden ihres marxistischen, des „Erfurter", Programms einen Aufruf, der, an die Massen gerichtet, sich mit programmatischen Forderungen und Fragen nicht beschäftigt. Der Aufruf erklärte: Durch Austritt der Unabhängigen aus dem Kabinett sei die lähmende Zwiespältigkeit überwunden. Die neue Reichsregierung kenne nur eines: über jede Partei das Wohl des Volks, die Unteilbarkeit der deutschen Republik! Es gilt: die Nationalversammlung sicherzustellen, für die Volksernährung zu sorgen, „die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, die Erwerbslosen zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr zu fördern, Unbefugte zu entwaffnen. Nach außen: den Frieden so schnell und so günstig wie möglich herbeizuführen und die Vertretungen der deutschen Republik im Auslande mit neuen Männern zu besetzen."

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei:

Der Aufruf wendet sich gegen die Ebert-Partei, sagt dann: „Der 9. November hat unser Werk gekrönt. Deutschland ist eine sozialistische Republik!" Die Errungenschaften der Revolution seien zu sichern, die Konterrevolution zu bekämpfen. Man fordert: „Neu-

aufbau der Gesellschaft", sofortigen Beginn der Sozialisierung, Höchststeigerung der Produktion, Verteilung an die Gesamtheit, Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaats in die sozialistische Gesellschaft, „auf daß das Reich der Freiheit an Stelle des Reichs der Knechtschaft und der Ausbeutung errichtet werde ... es geht ums Ganze!"

*

Die Deutschnationale Volkspartei war damals die Hoffnung des weitaus größten Teils der national denkenden Menschen in Deutschland. Von ihr aus, so hoffte und glaubte man, solle die Erneuerung Deutschlands ausgehen, die Wiedergeburt im nationalen Geist erfolgen und schließlich einmal die Monarchie wiederhergestellt werden. Vorläufig, so hieß es, müsse man sich natürlich zurückhalten, die Revolution sei nun eben da, und auf dem Boden dieser gegebenen Tatsachen müsse auch der nationale Deutsche stehen. Der Gedanke, der übrigens durch alle bürgerlichen Parteien ging und in diesen Wahlaufrufen zwischen den Zeilen stand, war: wir machen schließlich alles mit und sind zu jedem Zugeständnis bereit, wenn nur der Bolschewismus aus Deutschland ferngehalten werden kann; nur nicht unter den Schlitten kommen! So ist auch in erster Linie das Wort des deutschnationalen Aufrufs zu verstehen: man werde in jeder Staatsform „mitarbeiten". Im übrigen enthält der deutschnationale Aufruf viele löbliche Bestrebungen und Wünsche, die an sich zum großen Teil gebilligt werden konnten. Darüber hinaus ist das Bestreben erkennbar, sozial zu erscheinen, den Namen einer „Volks"partei vor der Öffentlichkeit mit Worten zu rechtfertigen. Es fand sich auch das Wort von der Notwendigkeit einer Bekämpfung — sehr vorsichtig ausgedrückt — „der Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus". Frage: wo gibt es einen Großkapitalismus, der nicht international gerichtet wäre, und was bedeutet bei diesem Großkapitalismus die Unterscheidung zwischen ihm und seinen „Auswüchsen"? Genug, der Leser wird ohne weiteres feststellen, daß der Inhalt dieses Aufrufs von einer Partei herrührt, die keine Partei der Aktion oder auch nur eines wirklich festen Programms war, noch sein konnte. Natürlich genug, denn die Deutschnationale Volkspartei war ebenso verschiedenartig in sich, wie die Abstufungen und Schattierungen des Begriffs national und des Bekenntnisses zum Nationalismus sind.

Ebenfalls neugebildet worden war die Deutsche Volkspartei. Ihr Gründer und Führer war der aus der alten nationalliberalen Partei hervorgegangene Dr. Stresemann. Das Entstehen dieser Partei war seinem eigenen Ehrgeiz entsprungen, der Abneigung, sich einer Partei anzuschließen, in welcher er nicht Führer wäre. Ebenso wie die deutschnationale, war sie eine ausgesprochen kapitalistische Partei. Sie bekannte sich ausdrücklich zur Demokratie. Darin lag einer der Hauptunterschiede zwischen ihr und der Deutschnationalen Volkspartei. Die Wahlmache geht besonders drastisch aus der pathetischen Ablehnung aller internationalen Bestrebungen usw. hervor. Nachher sollte gerade diese Partei und ihr Führer Träger eines im freimauererischen Geiste verstandenen Internationalismus werden.

Das Zentrum bekennt sich ohne weiteres zu dem neuen Zustande, dessen Eintritt ihm in so vieler Beziehung höchst erwünscht gewesen war. Daß diese Partei mit besonders starken Worten ihr Christentum betonte, nachdem durch die Beseitigung der Monarchien die frühere Stellung der evangelischen Kirche unwiederbringlich verlorengegangen war, ist nur zu verständlich. Das Zentrum war eine der wenigen alten Parteien geblieben, es brauchte sich nicht zu ändern.

Die Demokratische Partei fühlte sich damals in einer großen Stellung und Rolle als Bindeglied zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum. Sie kam mit dem modernisierten Programm des alten linksliberalen Freisinns und betonte auch in diesem Wahlaufruf ihren in der Hauptsache jüdischen Charakter. Im übrigen finden wir dieselben Redewendungen wie seit einem halben Jahrhundert.

Die Sozialdemokratie, in deren Händen Regierung und Macht lag, setzte in ihren Aufruf nur praktische Ziele, ohne allerdings irgendwie gewillt zu sein, dieselben zu verwirklichen. Der feindliche Bruder, die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei", will ein Mittelding zwischen sozialer Demokratie und Kommunismus.

Ein merkwürdiges Bild, diese Wahlaufrufe der Parteien, wenn man bedenkt, daß sie wenige Wochen nach der Novemberkatastrophe verfaßt und vertreten wurden. Was sagen sie uns? Oder kann man sich aus diesen verschiedenartigen politischen Richtungen überhaupt kein Gesamtbild machen?

Die Deutschnationale Volkspartei, neu gegründet, spannte den Begriff national so weit, wie sie es zu können glaubte. Es sollte eine Massenpartei werden. Man wollte die Monarchie, erachtete es dabei für eine Notwendigkeit, in keinen Konflikt schroffer Art mit dem neuen sozialdemokratisch-demokratisch zu stempelnden Gebilde zu kommen. Mit dem kapitalistischen Charakter der Partei, die nur „Auswüchse" des Kapitalismus beseitigen wollte, wurde als vereinbar von der Leitung erachtet, sich zum Gedanken der Sozialisierung gewisser Betriebe zustimmend zu äußern. Es ist klar, daß die Partei nicht daran gedacht hat, derartiges wirklich zu wollen. Aber sie glaubte, es würde vielleicht doch nicht anders gehen oder es sei für die Gewinnung der Massen notwendig, wenigstens so zu tun, „als ob". Dabei war eine Sozialisierung auch von „reifen" Betrieben selbst von dem Ebertflügel der Sozialdemokratie ernsthaft nicht geplant gewesen, nicht einmal in jener ersten Zeit des Umsturzes, als die sogenannten Volksbeauftragten in Deutschland schalten und walten konnten, wie sie wollten. Jene Volksbeauftragten haben schließlich nichts anderes gewollt, als den Massen einen Schlagwortköder hinzuwerfen und womöglich den Unabhängigen und den Spartakusleuten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Äußersten Falles haben die Ebert-Leute den Gedanken erwogen, allmählich solche Sozialisierung in Angriff zu nehmen. Die Deutschnationalen dachten nicht entfernt an Ähnliches, und deshalb ist charakteristisch, daß diese Partei in den Anfängen die wichtigsten und einschneidendsten Fragen vom Gesichtspunkt der reinen Agitation behandelte. Die neugegründete Volkspartei erklärte sich offen gegen jede Sozialisierung im Gefühl der Macht der in ihr vereinigten industriellen und Bankkreise.

Allen bürgerlichen Aufrufen merkt man die schwere Angst vor dem Bolschewismus an. Man erblickte in ihm eine unheimliche Macht und sah sich im Geiste schon in „russischen Verhältnissen". Man sah den Bolschewismus damals nur als die blutige, alles vernichtende Katastrophe und nahm sich nicht die Mühe oder hatte Angst, sich über die Grundidee des sogenannten Bolschewismus zu unterrichten. Man begriff nicht, daß der Idee eine Idee entgegengesetzt werden mußte, um solch einen Feind erfolgreich zu bekämpfen. Kampf mit den Waffen gegen die Spartakisten, Beseitigung ihrer Führer, das waren natürlich notwendige Mittel, aber sie konnten immer nur Symptome dieser Bewegung beseitigen.

In jenen Monaten tat der französische Marschall Foch einen bemerkenswerten Ausspruch als Antwort auf das recht unwürdige, flehende Jammern der „Volksbeauftragten" und eines großen Teiles der deutschen Presse: Wenn die verbündeten Feindmächte Deutschland nicht, vor allem durch Zuführung von Nahrungsmitteln, stützten, so würde der Bolschewis-

mus in kurzer Zeit auch in Deutschland seinen Einzug halten. Sei Deutschland aber erst einmal bolschewistisch, dann bedeute das auch den Bruch des letzten Damms, der die Westmächte gegen den Bolschewismus schützen könne. Foch erklärte kurz und trocken: der Bolschewismus sei eine Krankheit der Besiegten, Frankreich habe von ihm nichts zu fürchten. Britische Zeitschriften schrieben: es würde sogar ganz gut sein, wenn Deutschland einen tüchtigen Schuß Bolschewismus erhielte. Deutschland könne nicht genug ruiniert werden. Alle drei irrten, die Republikkreise in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Die deutschen Parteien und sonstigen Wortführer irrten sich sowohl in ihrer kindlichen Hoffnung, mit ihren Schreckensrufen auf die Feindmächte Eindruck zu machen, sie irrten auch in dem Glauben, daß Bolschewismus oder Nichtbolschewismus lediglich eine Frage der Nahrungsmittel sei. In Frankreich und Großbritannien irrte man sich im Glauben, daß der Bolschewismus lediglich eine Niederlagen- und Verzweiflungskrankheit bedeute. Man begriff nicht oder hatte vergessen, daß das, was man heute Bolschewismus nennt, sich in Rußland schon im vergangenen Jahrhundert unter verschiedenen Namen, z. B. Nihilismus, vorbereitet hatte, und daß er aus dem Geiste des Marxismus hervorgegangen war und durch ihn fortwährend genährt wurde, daß ferner, wo immer nur Marxismus war, eine Belebung dieses Funkens in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden mußte. Das Wort „Bolschewismus" bedeutet in der Übersetzung: „Radikalismus", „Bolschewiki": „radikaler Flügel", „Radikale". Die Mächte bedachten auch wohl in ihrer damaligen Siegessicherheit nicht, daß es ihnen um jene Zeit nicht allzu viel Mühe gekostet haben würde, den Brand in Moskau bzw. in Petersburg mit Gewalt zu löschen. Das wäre damals eine Maßnahme von einschneidender Wirkung gewesen. Den kommunistischen Gedanken freilich hätte auch das nicht beseitigt. Eine Idee, die man dem Bolschewismus, dem Kommunismus, hätte entgegensetzen können und müssen, war nicht vorhanden. Aber dieser miserable Zustand bestand in Deutschland auf der ganzen Linie der politischen Parteien einschließlich der Rechtssozialdemokratie. Die Linke und der Spartakusbund wollten lediglich sklavische Nachahmung der russischen Revolution, Durchführung des Marxismus bis aufs letzte, nichts Eigenes. Neben den russischen Bolschewiken hatte die Jüdin Rosa Luxemburg hier eine Richtung gegeben, welche nach ihrem Tode fortbestand. Der sehr vereinzelten Versuche solcher deutschen Kommunisten, die sich noch deutsches Gefühl bewahrt hatten, mit der äußersten Rechten eine Verbindung herzustellen und damit eine nationale Front gegen das Ausland, gedachten wir bereits.

Während der zweiten Hälfte des Krieges hatte man in Deutschland hier und da begriffen, daß der Krieg mit in erster Linie ein Versklavungskrieg des internationalen Kapitalismus gegen Deutschland war. Auch heute muß man noch anerkennen, daß der schon hoch bejahrte Admiral Tirpitz, der selbst ganz in der kapitalistischen Atmosphäre aufgewachsen war, damals diese Tatsache erkannte und sie öffentlich zugab. Die führende Rolle des Judentums erkannte er freilich erst wenige Jahre vor seinem Tode. Hätten nicht Überlieferung und Erziehung so vielen führenden nationalen Persönlichkeiten in diesem Punkte den Blick getrübt und hätten nicht auch persönliche Interessen einen so erheblichen Einfluß ausgeübt, so würden die nationalen Richtungen in Deutschland vielleicht damals, 1919, zu einer fruchtbaren Idee und Parole gekommen sein, hätten sich jedenfalls nicht auf den Schlagwort-Standpunkt beschränkt: zu retten, was zu retten ist, „aufbauen", mitzuarbeiten mit den Parteien der Revolution und den ihr verwandten.

Vielleicht könnte bis zu einem gewissen Grade als entlastend geltend, daß die Nöte, das Elend und die Nervenzermürbung der Kriegsjahre hier lähmend gewirkt hätten. Diese

Tatsache bestand aber für das ganze Volk, das Verhältnis war also annähernd das gleiche. Das Verhalten der früher führenden Schichten bedeutete im wesentlichen ein Sichducken und Deckungsuchen, bis das Unwetter vorüber wäre, dann werde man allmählich wieder aus dem Loch kommen. Nur bis dahin nichts preisgeben, sondern höchstens so tun, als ob. Der Verfasser dieses Buchs hat damals versucht, bei den Besitzenden und deren Organisationen anzuregen, daß sie Land und Boden in ganz großzügiger Weise für Besitzlose und in erster Linie für die heimkehrenden Krieger bedingungslos zur Verfügung stellen möchten. Eine solche Maßnahme, natürlich hätte sie wirklich großzügig sein, auch tatsächlich ein Opfer bedeuten müssen, würde von gewaltiger Wirkung auf die Stimmung im Lande gewesen sein, außerdem einen Akt sozialer Gerechtigkeit und die Bekundung einer gefühlten Volksgenossenschaft bedeutet haben, ja sie hätte geradezu eine Wendung der Verhältnisse in Deutschland bewirken und die Entwicklung in Bahnen eines wirklichen Aufbaus lenken können. Die Anregung wurde ohne weiteres, stellenweise mit Hohn, abgewiesen: man denke gar nicht an derartiges, sei im Gegenteil entschlossen, alles bis aufs letzte zu behalten und zu verteidigen, mit dem Endziel, nach Möglichkeit und Kräften mit der Zeit die Verhältnisse wieder so herzustellen, wie sie vor der Revolution gewesen waren.

So dachten alle bürgerlichen Parteien bis auf das Zentrum und die Demokraten. Das Zentrum sah in der Revolution und nach ihr die Verwirklichung seiner kirchenpolitischen Bestrebungen: die Abhängigmachung des deutschen Staates von der römischen Kirche, die Desorganisierung der evangelischen, für immer die Beseitigung der Möglichkeit eines protestantischen Kaiserhauses und, im weiteren Ausblick, eine parlamentarische Monarchie eines katholischen Fürstenhauses. Das Zentrum allein verlangte damals in dem Wahlaufruf einen Völkerbund, in ihm erblickte es, wie einige Jahre nachher ein hervorragender Zentrumspolitiker sagte, einen eminent katholischen Gedanken". Die Demokratische Partei ihrerseits dachte an einen „Bund der Völker", weil sie so ihren freimaurerischen Zielen näherzukommen gedachte und sich ebenfalls eine weitere Festigung der jüdischen Internationale und ein neues Wirkungsfeld für sich versprach. Die Demokratie gehörte auch zu denen, die sich als annähernd kostenlose Gewinnerin der Revolution wußten. Sie wußte, daß nunmehr in dem zu Weimar zu beschließenden Staat das mobile Geld, das internationale Kapital, Herrscherin sein würde. Für die Demokratie, für den Liberalismus überhaupt, war der Novemberumsturz in erster Linie ein Bahnbrecher gewesen. Die rechte Sozialdemokratie war, wie wir sahen, um sich zu halten, auf bürgerliche Hilfe, in erster Linie Demokratie und Zentrum, angewiesen und würde ohne diese Hilfe sehr schnell gestürzt worden sein. Ihr Endziel blieb das marxistische, nur der Weg sollte für sie ein anderer sein wie für ihre linken Brüder und wie im damaligen Rußland.

Es hatte etwas philiströs Bürokratisches, in diesem Belang echt Deutsches, daß, als der erste der Volksbeauftragten, Ebert, erklärte, jetzt müsse so schnell wie möglich eine Verfassung gemacht werden, sämtliche, auch die gegnerischen Parteien der Rechten, hochzufrieden waren: nun, dann war ja die Sache gar nicht so schlimm, auch hier würde nichts so heiß gegessen, wie es vorher gekocht worden sei. Von außen drängten, erpreßten und quälten die feindlichen Mächte. Nachdem der Waffenstillstand geschlossen worden war, erklärte der damalige britische Premierminister Lloyd George: jetzt müsse man Deutschland „die Flanke aufreißen", damit jede Wiederaufnahme des Kampfes, jeder Widerstand, auch jeder Gedanke an derartiges zur Unmöglichkeit werde. Die Hungerblockade wurde in unmenschlicher Weise fortgeführt, Nahrungsmittel ließ man nur ab und zu und in knappster Menge nach Deutschland hinein,

um, zweckbewußt, Elend, Verwirrung und Verzweiflung zu steigern. Das Land war voll feindlicher Kommissionen, in den großen Städten, an den Industriestätten, in den Häfen, in allen Festungen, in den Zentralbehörden. Eine ungeheure Menge Spione aller Art hielt sich in Deutschland auf. In Paris tagte die sogenannte Friedenskonferenz, um die „Straf"bedingungen für Deutschland und seine Bundesgenossen festzulegen. Die deutsche Regierung und beinahe die ganze deutsche Presse überboten sich in Demutsbezeugungen den Feinden gegenüber wie ein geprügelter Hund. Man bildete sich ein oder tat so, als ob auf diese Weise die endgültigen Friedensbedingungen günstiger gestaltet werden könnten. An den leitenden Stellen war man von vornherein bereit und entschlossen, jede Friedensbedingung und jede feindliche Forderung anzunehmen. Gewiß, man würde entrüsteten Widerspruch, „feierlichen Protest" erheben. Als die Versailler Bedingungen zuerst in großen Umrissen bekannt wurden, sprach der vorläufige Reichspräsident Ebert das Wort: diese Bedingungen seien unerfüllbar, unerträglich, unannehmbar. Es war aber nicht im mindesten zweifelhaft, daß sie angenommen werden würden und daß auch er, Herr Ebert, sie annehmen werde. Er trat dann auch nicht etwa zurück, sondern das Unerfüllbare, Unerträgliche, Unannehmbare wurde angenommen.

Die während des Krieges amtierenden Reichskanzler, in erster Linie Herr von Bethmann Hollweg, auch seine Nachfolger und die gesamten Kreise, die sich um den Kanzler gruppierten, haben niemals verstehen können, was der Weltkrieg bedeutete. Trotz seines Kartenhauserlebnisses war Bethmann Hollweg bis zu seinem Tode der Ansicht, der Ausbruch des Weltkrieges beruhe eigentlich nur auf einem Mißverständnis. Keine der feindlichen Mächte habe den Krieg wirklich gewollt. Und er schloß von sich auf sie: sie alle seien in den Abgrund des Krieges mehr oder weniger hineingestolpert. Je länger der Krieg dauerte, desto herzlicher würde nachher das Verhältnis Deutschlands zu seinen Kriegsgegnern werden; England dürfe man nicht zu sehr reizen, England sei eine Bulldogge, die dann nur um so erbitterter kämpfe. Diese psychologisch gänzlich fehlgehenden Überlegungen waren einer der Hauptgründe, weshalb sich der Kanzler auch mit äußerster Hartnäckigkeit gegen die Führung eines uneingeschränkten Unterseehandelskrieges wendete. Es gab nur eine kleine Gruppe von Menschen in Deutschland, die damals begriffen, daß dieser Krieg überlegt und bewußt vorbereitet worden war und geführt werden sollte, um — wir haben vorher bereits im einzelnen darüber gesprochen — Deutschland für immer aus der Reihe der Großmächte zu entfernen, während die erwähnten Kreise sich bis zuletzt der kindlichen Auffassung hingaben: nach dem Friedensschluß werde man sich „die Hände reichen" wie nach einem Sportkampf, und alles werde nicht allein wie früher sein, sondern wesentlich besser, und die vorher verfeindeten Mächte würden in freier, gleichberechtigter Freundschaft Kultur, Zivilisation und Wirtschaft der Welt gemeinsam wieder aufbauen. Das war während des Krieges, die vier Jahre hindurch, ohne Aufhören von jenen Kreisen in die Bevölkerung hineingebracht worden. Was Wunder, wenn sie es glaubte und während des letzten Abschnitts immer dringender nach Waffenstillstand rief. Man solle ruhig alles annehmen, die Mächte wollten ja nur den guten Willen Deutschlands sehen. Gott sei Dank seien ja die Hauptschuldigen am Kriege, die Monarchen, nicht mehr da, der Militarismus sei beseitigt, wie es mit vollem Recht die feindlichen Mächte gefordert hätten. Nun müsse das Volk aber auch unmißverständlich zeigen, daß es mit jenen verbrecherischen Elementen nicht das geringste innerlich zu schaffen habe. Die Feinde forderten für den Waffenstillstand ungeheure Abgaben an Waffen, Pferden, Vorräten und vor allem an Eisenbahnwagen und Lokomotiven. Das, meinte Michel, sollte

man ihnen ruhig geben; immer nur guten Willen zeigen! Dazu kam der volksbetrügerische und landesverräterische Trick der Linken: seht ihr, wie berechtigt und notwendig der Umsturz, besonders die Beseitigung der Monarchie war, was würdet ihr, armes Volk, sonst für einen furchtbaren Frieden bekommen haben, wenn die schuldbeladenen Frevler, die euch bisher beherrscht und regiert haben, am Ruder geblieben wären! Aus demselben Grunde hielten die linken Parteien hartnäckig die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege aufrecht. Sie tun es auch heute noch, immer aus demselben Grunde.

So war es möglich, daß die Bevölkerung, eingewiegt in die Illusionen aus der Kriegszeit, bewußt betrogen durch die Revolutionsparteien, sich in den ausschweifendsten Hoffnungen wiegte: nach dem Waffenstillstand werde noch eine, jedoch kurze, Zeit außerordentlicher Schwierigkeiten folgen, aber dann komme der Friede, und so müsse man alles auf sich nehmen und geduldig ertragen. Die Friedensbedingungen würden sicher nicht leicht, nicht gerade angenehm sein, aber der Krieg sei nun eben verloren, und selbstverständlich bedeute das große Opfer. Viel größer als diese Opfer aber wäre zweifellos die hohe Errungenschaft des Friedens. Das solle man sich immer nur vergegenwärtigen.

Gegen die Versailler Bedingungen machte sich, selbst bis zur Linken hinüber, zunächst ein starker Widerstand äußerlich bemerkbar. Vielfach war dieser freilich nicht ernst gemeint. Man sprach und schrieb zuerst sehr große Worte der Entrüstung, unter keinen Umständen könnten derartige Bedingungen angenommen werden, um so weniger, als ja doch das „eigentliche" deutsche Volk unter keinen Umständen eine Schuld am Kriege trage, die man ja leider für den Kaiser, die Träger des Militarismus und die raubsüchtigen Industriellen nicht in Abrede stellen könne noch dürfe. Das war besonders die Tonart der sogenannten großen Presse, der weitverbreiteten jüdischen Blätter. Sie benutzten klug auch die Eigenschaft eines gewissen Durchschnittsdeutschtums, sich in großen, entrüsteten Worten und sogenannten Kundgebungen zu erschöpfen, ohne daß je ein wirklicher Wille dahintergestanden hätte, ein Wille zur Tat. Es ist die deutsche Neigung zu meinen und sich selbst glauben zu machen, daß Worte und in Worte gekleidete Augenblicksempfindungen an und für sich Taten seien und Wirkung ausüben müßten. Man bedenke: vier Jahre lang hatten die feindlichen Mächte nach einer vorherigen zehnjährigen sorgfältigen Vorbereitung, unter Aufbietung aller ihrer Kräfte, unter nie dagewesenen Blutopfern ihr Ziel erreicht, Deutschland zum Zusammenbrechen und als vollkommen wehrlose, widerstandslose Masse in ihre Macht zu bekommen. Und eben diese Mächte sollten jetzt bereit sein, Deutschland die Wege zu ebnen oder die Möglichkeit zu lassen, nach einiger Zeit wieder zu Wohlstand, Unabhängigkeit und Macht zu gelangen? So naiv konnte nur die Bevölkerung eines einzigen Landes denken, die des deutschen! Um diese naive Bevölkerung aber webten die internationalen Mächte und ihre Glieder das Netz des Truges. Hunderte von französischen, belgischen und englischen Emissären machten sich in Deutschland an Regierungsorgane, Abgeordnete, Professoren, kurz alle solche Persönlichkeiten, die in der Lage wären, auf die Volksmeinung Einfluß zu gewinnen, heran, und erklärten: die Mächte wollen ja lediglich in Frieden, Freundschaft und Sicherheit mit Deutschland leben, sie seien von ehrlichstem Willen zur Versöhnung beseelt. Aber natürlich müßten sie nach all den furchtbaren Verbrechen des verruchten alten, glücklicherweise beseitigten Systems und seiner Träger auch den guten Willen zur Tat beim deutschen Volke sehen.

Die Deutschen müßten sich, so ging diese Weise weiter, rückhaltlos den Mächten anvertrauen, besonders auch dem verehrungswürdigen Präsidenten der Vereinigten Staaten,

Wilson, dessen vierzehn Punkte ja im Grundsatz deutscherseits angenommen worden seien. Dieser erhabene Mann erblicke die ihm zugefallene hohe Aufgabe darin, der Welt einen Frieden wahrhafter Gerechtigkeit zu geben, und nicht anders sei es mit Männern wie Clémenceau und Lloyd George. Alle wollten Freundschaft mit Deutschland, mit dem deutschen Volk. Dieses, das Volk Goethes und Kants, habe sich ja mit Hilfe seiner Kriegsgegner in heldenhafter Aufwallung von seinen preußischen Bedrückern, vom „Kaiserismus" und Militarismus befreit und sich damit das Tor für eine schöne Zukunft im Rate der Völker geöffnet. Gewiß, die Friedensbedingungen würden hart sein und schwer. Aber das deutsche Volk müsse doch auch bedenken, wie furchtbar unter dem alten System gegen die Kultur und Zivilisation der Welt, gegen die friedlichen Völker, die das Deutsche Reich 1914 ruchlos angegriffen habe, gesündigt und gefrevelt worden sei, wie man die Neutralität des armen, unschuldigen Belgiens brutal mit Füßen getreten habe, wie es doch gerade die Weltgerechtigkeit als eine Ehrenschuld ansehen müsse, daß die vom Preußentum so lange schamlos geknechteten edlen Polen völlige Genugtuung und Unabhängigkeit erhielten. Schwer würde es sein für die erste Zeit, aber später würde man in der allgemeinen Harmonie der europäischen Staaten gar nicht merken, wo die Grenze des anderen beginne und die eigene aufhöre. In solchen Tönen ging es monatelang, und es gab nicht wenige Deutsche, die beinahe mit einer gewissen Freude den Versailler Bedingungen entgegensahen.

Die Bedingungen kamen, und ein allgemeines Entsetzen beherrschte zunächst die ganze öffentliche Meinung, abgesehen nur von der äußersten Linken. An so etwas von Härte, Grausamkeit, Vernichtungswillen und Raffiniertheit hat man nicht gedacht, mit Ausnahme von wenigen, die wie immer als Schwarzseher, Erreger des Völkerhasses usw. bezeichnet wurden. Das waren dieselben, welche nun dafür eintraten: unter keinen Umständen dürfe Deutschland seine Unterschrift unter dieses ungeheuerliche und schmachvolle Dokument setzen. Andere sagten auch, wie z. B. Ebert: unerträglich, unerfüllbar, unannehmbar! — aber sie meinten es nicht. Schon begann man wieder zu flüstern, immer in genauer psychologischer Berechnung des deutschen Wesens: die Bedingungen des Friedensvertragsentwurfes seien in der Tat die mildeste Genugtuung, welche die Welt in ihrem, durch Deutschland so schwer verletzten Gefühl verlangen müsse. Das sollte das deutsche Volk, welches doch auch den Trägern des alten Systems willig gefolgt sei, verstehen. Für Deutschland würde es das einzig Vorteilhafte sein, denn, man möge sich keinem Zweifel hingeben: die verbündeten Mächte würden, das seien sie schon sich selbst und der Welt schuldig, sich nichts, aber auch gar nichts von den von ihnen nach reiflicher Überlegung festgelegten Bedingungen abhandeln lassen. Und wenn vollends Deutsche sich einbilden sollten, sie würden durch Nichtannahme, durch ein Neinsagen dem Vertrage gegenüber eine Änderung erreichen, so würden sie eine grausame Enttäuschung erleben. Die Verbündeten wären entschlossen, in solchem Falle einfach ihre Heere nach Deutschland hineinmarschieren zu lassen, Berlin und die anderen großen Städte Deutschlands zu besetzen, den Krieg wieder zu beginnen und nunmehr Deutschland ohne Schonung und für immer zu vernichten und zu zerstückeln. Wenn andererseits die Vernunft in Deutschland den Sieg davontrage und die Nationalversammlung ohne viel Hin- und Herreden den Vertrag annähme, dann — ja dann, natürlich, mit apodiktischer Gewißheit und schwarz auf weiß könne man das natürlich nicht sagen — sei es höchstwahrscheinlich, eigentlich so gut wie sicher, daß nach Annahme des Vertrages und bei aufrichtigem deutschen Wohlverhalten die Verbündeten die Versailler Bedingungen sehr bald und sehr erheblich mildern, vielfach auch gar nicht auf ihnen bestehen würden. Es war mit in erster

Linie der sehr einflußreiche und gewandte Zentrumspolitiker, der ganz und gar im Dienste Roms stehende Erzberger, welcher sich zum Träger dieser unverantwortlichen Stimmungsbeeinflussung gemacht hat. Er und seine zahlreichen Beauftragten träufelten das Gift überall in Deutschland hin: nur unter allen Umständen bewilligen, unterzeichnen! — Nachher wird es alles nicht so schlimm (das war das Schlagwort)! Die feindlichen Mächte wollten nur ihre Siegergenugtuung haben, im übrigen wüßten sie selbst, ebenso gut wie wir, daß der Vertrag von Versailles nicht durchzuführen sei!

Der Sozialdemokrat Scheidemann hat über diese Periode geschrieben, in Tagebuchblättern, es mag dahingestellt bleiben, ob sie nachträglich verschönert worden sind; er sagt zu sich selbst: ob denn wirklich, wie Noske gesagt habe, das deutsche Volk „national so verlumpt" sei, daß es nicht mehr die Kraft habe, die Versailler Bedingungen mit Bestimmtheit und Zähigkeit abzulehnen. Das war die Methode eines großen Teils der Novemberleute: sie stellten sich, wörtlich oder figürlich, zähneknirschend hin und erklärten: ja, wenn wir könnten, wenn wir das Volk in seiner Mehrheit hinter uns hätten, nie würden wir diesen Vertrag annehmen, aber, wie nun einmal die Dinge liegen und da unser armes Volk durch den Krieg zermorscht und verwirrt und verzweifelt ist, so müssen wir als wahre Staatsmänner diesem beklagenswerten Zustande als einer furchtbaren Wirklichkeit Rechnung tragen, so gern wir den Forderungen der Mächte die Stirn böten! Der genannte Scheidemann führt diese Geste durch, indem er mit dem pathetischen Ausruf, seine Hand solle eher verdorren als diesen Vertrag zu unterschreiben, zurücktrat. Ein anderes Kabinett, auch sozialdemokratisch geführt, trat gleich an die Stelle, bereit, den Vertrag zu vollziehen. Der Reichskanzler, der dieses tat, der Sozialdemokrat Bauer, mußte nicht lange nachher wegen Bestechlichkeit sogar sein Reichstagsmandat niederlegen. Es war wahrlich ein Zeichen der Zeit, einmal, daß ein solcher Mensch in Deutschland Reichskanzler hatten werden können, und dann, daß gerade er den schmachvollen Vertrag zur Bewilligung gebracht hat; Bauer hielt dabei eine pathetische Rede über die Ehre des deutschen Volks; dieser Mann und — Ehre!

Die linken Parteien und auch ein Teil der politischen Mitte waren sich natürlich wohl bewußt, daß ihre Zustimmung zum Versailler Schandpapier eine politisch gefährliche Sache für sie würde sein können. Sie bereiteten sich deshalb zuerst auf beide Rollen vor, die der Ablehnung und die der Zustimmung. Die eine Hälfte der sozialdemokratischen und demokratischen Presse redete mit mannhaft trotzigen Worten für Ablehnung von Versailles, die andere schrieb: unbedingt müsse man natürlich ablehnen, wenn hinter solcher Ablehnung ein genügender Teil des deutschen Volkes stände, der sich rückhaltlos klargemacht hätte, was für entsetzliche Folgen die Ablehnung haben würde. Das sei nun leider nicht der Fall, also, was würde denn weiter übrig bleiben, als die Versailler Bedingungen anzunehmen!

So wurde das unglückliche deutsche Volk durch Betrüger und Verführer für ihre eigenen, nur eigensüchtigen politischen Zwecke mißbraucht und in die Katastrophe der Versailler Knechtschaft hineingestoßen. Die Verführer hatten sich aber für später den Boden ihrer Verteidigung gegen Vorwürfe sorgsam vorbereitet: wäre es irgend möglich gewesen, so würden wir selbstverständlich abgelehnt haben, aber, aber ...! Und wir konnten es dem armen Volke gegenüber wirklich nicht verantworten, daß es nach den furchtbaren Kriegsjahren nun noch länger den unberechenbarsten Katastrophen preisgegeben werden sollte, ja vielleicht der völligen Vernichtung Deutschlands und unsäglichen neuen Leiden. Und den Schlußstein aller solcher und ähnlicher Beweisführungen bildete das Argument: und wem verdankt das deutsche Volk, daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als das furchtbare Doku-

ment von Versailles gutzuheißen? Das sind die Träger des alten Systems, das sind die weggelaufenen Fürsten, das ist der desertierte Kaiser, das sind die Generale, Minister und die großen Kapitalisten des alten verruchten Regimes; ohne sie kein Versailles, ohne sie kein Krieg, denn sie haben ihn gewollt. So spielte auch hier die Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands eine schwerwiegende politische Rolle. Sie bildete nicht allein das Argument für die Novembermänner, daß ihr Umsturz gerechtfertigt, notwendig, eine Wohltat und die einzige Rettung für das deutsche Volk gewesen sei, sondern auch für die Schuld am Versailler Vertrage.

Wie lagen die Dinge nun in Wirklichkeit? Würden die alliierten Feinde im Falle der Ablehnung von Versailles den Krieg wieder eröffnet haben und in Deutschland eingerückt sein, würde die Ablehnung das Ende des Deutschen Reichs, zumal auch der deutschen Einheit, bedeutet haben? Diese Frage läßt sich heute einwandfrei beantworten, keineswegs durch ein Argumentieren mit „wenn“ und „würde“. Die Führer der feindlichen Mächte selbst haben die Antwort gegeben. Wohlweislich erst, nachdem der Versailler Vertrag in der Nationalversammlung bewilligt, in Paris unterzeichnet worden war. Dann aber kamen Schlag auf Schlag Feststellungen vom britischen Minister Lloyd George, von Clémenceau und Poincaré u. a. m. Hätten die Deutschen damals den Vertrag abgelehnt, so würde die Einigkeit zwischen den verbündeten Mächten aus gewesen sein, weil sie alle, in erster Linie England, abgesehen nur von Frankreich, Belgien und Polen, die Bedingungen zu weitgehend fanden, nicht etwa aus Mitleid mit Deutschland, sondern weil es nicht in ihrem eigenen Interesse lag, Deutschland auf die Dauer derart zu schwächen, wie die festgelegten Versailler Bedingungen es forderten. Die deutsche Regierung und die Nationalversammlung hätten also nur die Festigkeit und Nervenstärke aufzubringen gehabt, um die Versailler Bedingungen abzulehnen, natürlich mit eingehender sachlicher Begründung, und hätten dann die Kraft haben müssen, den mit Sicherheit auf die Ablehnung folgenden Sturm von Drohungen der feindlichen Mächte ungebeugt über sich ergehen zu lassen, unter Umständen auch Maßnahmen wie französisches Einrücken in deutsches Gebiet. Die Aufgabe und die Bedingung für den Erfolg hätten darin gelegen, hier eine Zeitlang unbeirrt die Ablehnung aufrechtzuerhalten und eine Annahme als unmöglich zu erklären: Deutschland sei bereit, wehrlos, wie es sich im Vertrauen auf den von Wilson versprochenen Frieden der Gerechtigkeit gemacht habe, alles über sich ergehen zu lassen, anstatt Bedingungen zu unterzeichnen, die sich in unerhörtem Widerspruch zu Wilsons Versprechungen befänden. Der damalige deutsche Außenminister, Graf Brockdorff-Rantzau, von Gesinnung linker Demokrat und eng verbunden mit dem Ebertflügel der Sozialdemokratie, im übrigen ein sehr tüchtiger Diplomat, dem es an Psychologie der anderen Mächte nicht fehlte — schade um seine sonst so wertvolle Persönlichkeit war, daß Brockdorff-Rantzau die deutsche Psyche nicht kannte und selbst durch jüdisch-demokratische Einflüsse sich verirrt hatte —, erkannte die Lage der Dinge hier richtig. Mit der Führung der Friedensverhandlungen in Paris bzw. Versailles beauftragt, vertrat er den Standpunkt, daß man die feindlichen Bedingungen nicht annehmen dürfe und war überzeugt, daß auf diesem Wege die deutsche Politik Erfolg haben würde. In der Tat kann heute nicht mehr bezweifelt werden, daß diese Politik, welche vorher von den nationalistischen Kreisen mit aller Energie empfohlen wurde, zum mindesten zu weit besseren Friedensbedingungen geführt haben würde. Wir schreiben hier ja nicht politische Geschichte, sondern versuchen, um die geistigen und sittlichen Grundlagen der Zukunft zu gewinnen, den inneren Zustand der Menschen jener Periode an sich und in seinen Wirkungen und Handlungen

darzustellen, die damals, ob beamtet oder nicht, Deutschland regierten und die deutsche Bevölkerung führten.

Den Friedensvertrag brauchte man sich nicht aufzwingen zu lassen. Die politische Notwendigkeit bestand in dem Augenblick nicht, wo ein entsprechender Wille auf seiten der Führenden vorhanden war. Jene unrühmlichen Versuche, wie sie sich in der erwähnten Äußerung Noskes, die Scheidemann sich zu eigen machte, die Schuld auf die deutsche Bevölkerung und deren Mangel an Willen und auf die „nationale Verlumpung" zu schieben, kundtaten, wenden sich gegen ihre Urheber und schlagen sie. Man braucht nur die Frage aufzuwerfen, wie denn jene „nationale Verlumpung" und Verlumptheit Tatsache werden konnte. Darauf pflegt von jenen Seiten die Antwort gegeben zu werden, die Schrecken und das Elend des langen Krieges hätten der deutschen Bevölkerung die Tatkraft gebrochen und das Urteil verwirrt, das Bedürfnis nach Ruhe zu einer alles andere unbedingt in den Hintergrund stellenden Forderung gemacht. Auf dem Papier und in Reden kann eine solche Behauptung sicher plausibel aufgestellt und vertreten werden, aber dem steht in imposanter Autorität die Tatsache gegenüber, daß in Deutschland auch nach dem Kriege und gerade unter denen, die den Krieg in vorderster Reihe mitgemacht hatten, wie Adolf Hitler, der Wille, der deutsche Wille keineswegs erlahmt oder zerbrochen war. Und die Millionen anderer? Denen hatte die jahrelange systematische Vergiftung die Augen geblendet und das Urteil verwirrt und die alle Energie auflösende Überzeugung eingeimpft: es hilft ja doch alles nichts, es ist nichts zu machen, nur Frieden müssen wir haben, und der Preis, um den er zu haben ist, kann nicht zu hoch sein. Der Nationalstaat Deutschland war ein Irrweg, ein Verbrechen, jetzt folgt das segensreiche Zeitalter internationalen Einverständnisses unter den Fittichen des Weltgewissens. Es muß von den Deutschen durch jedes nur denkbare Opfer erkauft werden; deutsche Nationalisten, die diese Richtung bekämpften, gleichen an Frevelhaftigkeit denen, welche Deutschland in den furchtbaren Krieg ohne Not hineingeführt haben! —

Die „nationale Verlumpung" ist damals als weithin bestehend anzuerkennen. Diejenigen aber, die sich im Frühjahr 1919 pathetisch darüber beklagten, hatten sie selbst mit voller Absicht herbeigeführt und in langer, landesverräterischer Arbeit erreicht — um selbst zur Macht in Deutschland zu gelangen und den Kaiserstaat umzustürzen.

Über der ungeheuren Katastrophe des Weltkrieges pflegt vergessen, jedenfalls nicht genügend begriffen zu werden, daß auch der Friedensschluß nach einem solchen Kriege unter allen Umständen ein weltgeschichtliches Ereignis bedeutet, weil er nach dem Willen des Siegers den neuen Stand der Dinge festlegt. Die Verträge von Versailles und Trianon sollten Europa ein ganz neues politisches Ansehen geben und haben es getan ausschließlich auf Kosten der europäischen Mittelmächte, von denen uns hier Deutschland allein beschäftigt. Wenn man bedenkt, mit wie einer leidenschaftlichen Teilnahme im Jahre 1871 die gesamte französische Bevölkerung die Frage der Zukunft ihres Landes auffaßte und zu beeinflussen versuchte, so ist in der Tat die Haltung der deutschen Bevölkerung 1919 im ganzen kein Blatt des Ruhmes. Die Schuld aber tragen jene Führer und Zeitungen, die es sich seit Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht hatten, den durchschnittlich so schwach entwickelten nationalen Sinn der Deutschen möglichst ganz zu beseitigen und sie mit Haß gegen den nationalen Gedanken zu erfüllen. Während des Krieges hatte die Welt mit Erstaunen, Bewunderung oder Schrecken feststellen müssen, wie gewaltiger Leistungen das deutsche Volk fähig gewesen war, sobald und wo immer, ob in der Heimat oder an der Front, eine hochwertige Führung vorhanden war. Darunter ist keineswegs nur die Führung im Felde zu verstehen. Im Gegenteil, die

Führung oder will man lieber sagen Leitung in der Heimat war von gleich großer Bedeutung. Jene unheilvollen Einflüsse, die mit fest gesetztem Ziel alles Große, Starke und Gute zu vergiften strebten, hätten durch eine feste, weitsichtige, mitreißende Führung mit Leichtigkeit erstickt, ausgerottet werden können. Diese Feststellung bedeutet eigentlich schon die Andeutung des Grundgedankens dieses Buchs: daß man der deutschen Bevölkerung in ihren breiten Massen der Arbeitnehmerschaft und des Bürgertums in ihren verschiedenen Abstufungen Vorwürfe nicht machen, auf sie die Schuld nicht legen soll, sondern auf alle die, welche zum Führer berufen, mit der Führung betraut waren oder sich anmaßten zu führen. Es ist die Stärke und die Schwäche der Deutschen, ganz abgesehen auch von aller ihrer Verschiedenheit in der rassischen Zusammensetzung und Veranlagung, daß sie in sich die verschiedensten Fähigkeiten und Fehler und Schwächen bergen. Aufgabe der Führung dieses Volks, das vielseitig ist wie kein anderes, ist, daß das Deutsche, der Willen zum Deutschen, die Erkenntnis des eigenen Wesens als eines Deutschen, das Bewußtsein, daß nur auf der Grundlage deutschen Wesens die besten Eigenschaften und die höchsten Leistungen entwickelt werden können, geweckt und gestärkt werden, daß alles andere zurückgedängt und zum Gegenstand des eigenen Kampfes jedes einzelnen in seinem eigenen Entwicklungsstreben gemacht wird.

Man braucht nicht auf die Jahrhunderte deutscher Geschichte zurückzugreifen. Die Jahre des Krieges und die wenigen Monate des Herbstes und Winters 1918/19 liefern einen teils tragischen, teils empörenden Beweis, was aus diesem Volke gemacht und mit ihm erreicht werden konnte und was aus diesen hohen und hehren Möglichkeiten durch die Schuld oder Unfähigkeit von Herrschern und Führern und Verführern damals tatsächlich gemacht worden ist.

Richtkraft nennt man beim Schiffskompaß die Eigenschaft der durch irgendwelche Einflüsse in ihrer Richtung abgelenkten Magnetnadel, nach Überwindung dieses Einflusses sich von selbst wieder richtig einzustellen. Man könnte diesen Begriff der Richtkraft auch auf Völker und Nationen anwenden, die durch irgendwelche großen Ereignisse und inneren Störungen aus dem Gleichgewicht, aus ihrer natürlichen und deshalb richtigen Richtung herausgekommen, abgelenkt worden sind. Solch ein Ereignis war für den Deutschen der Zusammenbruch und der Umsturz. Seiner nationalen Magnetnadel fehlte die Richtkraft, sie war nicht imstande, die Ablenkungen von ihrem natürlichen Pol, dem nationalen Empfinden und Willen, zu überwinden. Vielleicht kann man als eine Art Entschuldigung dazu bemerken, daß die ablenkenden Kräfte stark und dauernd waren (und sind) und ihre Angriffspunkte da gewählt hatten, wo die deutschen Schwächen am größten sind. Die Wesensart des Deutschen ist, gerade ihren Schwächen nach, den dem Deutschtum feindlichen Ausländern nicht nur bekannt, sondern liegt ihnen klar vor Augen. Das ist keine leere Behauptung, der Krieg und die nachher folgenden Jahre haben es gezeigt. Wenige Jahre vor seinem unfreiwilligen Rücktritt sagte Bismarck im Reichstage: „Lassen Sie den nationalen Gedanken leuchten vor Europa, jetzt ist er in der Verfinsterung begriffen." Als der große Mann fort war und dann, acht Jahre später, aus dem Leben geschieden war, nahm diese Verfinsterung des nationalen Gedankens in Deutschland zu. Das internationalistische Gift zersetzte ihn planmäßig und unaufhörlich.

Die Aufrufe der alten und der neuen Parteien zur sogenannten Nationalversammlung zeigen neben allem anderen, was wir erörterten, daß keine einzige der Parteien von dem Gedanken ausging, diesen auch nur andeutete: Wo liegt die eigentliche, die Hauptursache für die deutsche Katastrophe von 1918? Liegt sie außen, liegt sie innen, ist die äußere Katastrophe hervorgerufen worden durch Ursachen, die außen liegen oder im Wesen des deutschen Volks? Wie tief muß man schürfen, um der Grundursache zu begegnen? Zum mindesten die national

Nr. 20. Nach dem 9. November 1923. Polizei und Militär gehen mit der blanken Waffe gegen die Bevölkerung vor

Nr. 21. Am 9. November 1923 vor dem Hauptquartier der Nationalsozialisten im Münchener Bürgerbräukeller

Nr. 22. Die Gefallenen vom 9. November 1923
Sie fielen im treuen Glauben an die Wiederauferstehung ihres Volkes

denkenden Parteien hätten sich solche Fragen vorlegen und daran dann die Frage knüpfen müssen: was muß nun geschehen, um für den neuen Bau, den aufzuführen wir fest entschlossen sind, eine feste Grundlage zu schaffen? Denn das war klar: von Grund aus müßte wieder begonnen werden. Wir sahen, daß keine einzige der Parteien weder in ihren Aufrufen noch in den späteren Jahren auch nur diese Frage tief und ernsthaft aufgeworfen hat. Alle versuchten lediglich, mehr oder weniger den Faden weiterzuspinnen, der immer schon den Weg für ihre Partei oder politische Strömung bedeutet hatte. Es gab wohl einzelne Persönlichkeiten und auch Gruppen, die tiefer sahen und uneigennütziger wollten als die politischen Parteien, die sich, folgerichtig, auch nicht diesen Parteien anschließen wollten, weil sie sahen, daß da im allerbesten Falle nur Flickarbeit geleistet werden könne; im allerbesten Falle!

Will man die große deutsche Katastrophe auf eine ganz kurze Formel zurückführen, so muß diese lauten: Ursache war die Tatsache, daß das deutsche Volk in sich nicht einig war, einig von innen heraus, einig auf dem Boden des nationalen Gedankens und deutschen Empfindens. Durch Mangel an Einigkeit ist Deutschland zusammengebrochen, hat es den Versailler Frieden über uns kommen lassen. Wo aber lagen und liegen die Ursachen dieser Uneinigkeit? Wir antworten hierauf: sie lagen und liegen darin, daß die Arbeitnehmerschaft Deutschlands und der übrige Teil des Volks innerlich getrennt voneinander lebten, daß diese beiden Hälften einander nicht kannten noch kennen wollten, daß die Arbeitnehmerschaft dem nationalen, dem deutschen Gedanken entfremdet worden war; daß eine deutsche Zukunft nur möglich sein konnte, wenn dieser unheilvolle Spalt sich einmal geschlossen haben würde. Wie gesagt, die Erkenntnis dieses Tatbestandes, dieser niederdrückenden Wirklichkeit war hier und da vorhanden. Man schrieb auch darüber, man bezeichnete die Notwendigkeit der Einigung der Bevölkerung von innen heraus, war sich auch darüber klar, daß nur eine radikale Behandlung der sozialen Frage dem Ziele zuführen könne. Man begriff auch, der Verfasser dieses Buchs hat im Jahre 1919 diesen Gedanken ausgesprochen, daß schwerlich jene beiden Volkshälften zu einem von innen heraus einheitlichen Volk werden könnten, wenn nicht aus der Arbeiterschaft selbst ein Mann, vor allem ein Führer erwüchse.

Es war ja, was die damals führende Generation nicht begriff und nicht verstehen wollte, durch den Umsturz alles so ganz anders geworden. Die Autorität, an die alle gewohnt gewesen waren, die Monarchie und ihre durch sie autoritativen Organe, waren alle verschwunden. Man konnte sich nicht mehr, wie früher, einfach einordnen und unterordnen, sondern der neue Bau mußte frei fundamentiert und aufgerichtet werden. Da waren andere Eigenschaften nötig als sie früher genügt hatten. Da waren vor allem Persönlichkeiten notwendig, die nicht an der Erinnerung, am Vergangenen klebten und die Zukunft nicht vom Gesichtspunkt aus anzubahnen versuchten, nun nach Möglichkeit die alten Zustände wieder einzuführen und zu erkämpfen. Dazu kam, daß jene ganze Führerschicht aus den früher in Deutschland herrschenden Kreisen während des Krieges in der Heimat doch tatsächlich versagt hatte, sich als vollkommen unfähig erwiesen hatte, ihrer Aufgabe zu genügen. Diese Unfähigkeit lag in der Vorkriegszeit und offenbarte sich während Krieg und Umsturz. Es war gewiß verständlich, daß die Vertreter dieser Schicht, die innerlich in den Verhältnissen wurzelten, welche nun vorbei waren, doch von ihren alten Auffassungen nicht loskamen. So ist es immer noch im Leben gewesen, und ganz besonders in Deutschland. Viel Charakter und an sich wertvolle Treue und Pietät kann darin liegen. Man kann solche Menschen viel höher einschätzen als diejenigen, welche sich auf jeden neuen „Boden gegebener Tatsachen" zu stellen bereit sind.

Aber das Umgekehrte ist auch nicht möglich: daß Menschen, die ihrem Wesen nach, auch ihrem bisherigen äußeren Leben nach, in einer versunkenen Vergangenheit wurzeln, ein niedergebrochenes und verwirrtes Volk mit neuen Gedanken und Ideen und Plänen in die Zukunft führen könnten.

Jetzt verstehen wir, was Hitler in den Jahren 1919 und 1920 empfand, wenn er von den bürgerlichen Parteien, von den nationalen Vereinen und Verbänden mit Ablehnung und tiefer Geringschätzung dachte und auch vier Jahre später noch in seinem Buche schrieb. Er spottete mit Recht auch darüber, daß Menschen, die im alten wurzelten, behaupteten und glaubten, Neues zeugen zu können.

Hitler kannte damals nur Bayern und aus seiner Jugend Wien. Die norddeutschen Verhältnisse lernte er erst später kennen. Mit seiner Charakteristik des Münchner Lebens, der politischen Parteien und Vereine traf er damals aber auch für Mittel- und Norddeutschland das Richtige.

In Bayern waren schon im November 1918 besondere und ganz unerwartete Verhältnisse eingetreten. Im übrigen Deutschland hatte wohl jeder gedacht, gerade Bayern werde zum mindesten am längsten seinem schon seit so langen Jahrhunderten angestammten Königshause treu bleiben, das doch allgemein beliebt sei. So gab es ungeheure Überraschung und Bestürzung, als am 8. November plötzlich die Nachricht durch Deutschland ging, der König von Bayern habe das Feld geräumt, die Republik sei erklärt worden, und der sozialistische Jude, Kurt Eisner, habe sich zum Präsidenten der neuerrichteten bayerischen Republik gemacht. Dieser Kurt Eisner, lange Zeit einer der Redakteure des sozialdemokratischen Zentralorgans „Der Vorwärts", war auch da keine der leitenden Persönlichkeiten gewesen und hatte vollends irgendeine politische Bedeutung oder Fähigkeiten nie gezeigt. Er war einfach ein revolutionär gesinnter Jude, besaß die Eigenschaft dieses Volkes, eine unpolitische Masse mit allgemeinen revolutionären Redensarten zu verwirren und gefangenzunehmen. Ihm war auch jene jüdische Eigenschaft gegeben, die wir in den Novemberwochen 1918 bereits beobachtet haben, sich in der entscheidenden Krisis unmerklich so weit durchzuschlängeln, daß es schließlich nur eines kleinen Überraschungsstreichs bedurfte, um „oben" zu sein. Bei den damaligen Anschauungen würde man einen derartigen Streich weit eher in Berlin oder einer mitteldeutschen Stadt für möglich gehalten haben als gerade in Bayern, dessen Bevölkerung dem Berliner Judentum so fern steht. Aber vielleicht konnten gerade deshalb die Münchener Einwohner so gänzlich überrumpelt werden und im Banne der revolutionären Phrase, ihrer Flachheit und Geschmacklosigkeit sich von dem jüdisch geführten Mob zunächst widerspruchslos führen lassen. Eisner gehörte zu jenen Juden, die nichts konnten als einzig und allein „revolutionär sein". Hätte er länger gelebt, so würde sich seine Unfähigkeit zu irgend etwas Positivem mit großer Schnelligkeit erwiesen haben. Er war selbst berauscht in seinem Revolutionärsein und äußerte das in recht grotesken Formen. Mit dem Scharfblick seines Volks für „faule Stellen" hatte Eisner einige Umstände erkannt, die ihm gerade in Bayern dienlich sein konnten. Das eine war der alte bayerische Partikularismus. Eisner trat sofort dem in Bayern verhaßten Preußen, auch dem Reich, unabhängig, wie einem fremden Staat gegenüber, und es ereignete sich, daß sich ihm, dem hergelaufenen jüdischen Journalisten, u. a. der bekannte Führer der Bayerischen Bauern und Partikularist, Dr. Heim, unterordnete. Auch den während des Krieges gewachsenen Unwillen gegen den bayerischen König benutzte Eisner für sich. Schließlich trat er als „bayerischer Ministerpräsident" mit den feindlichen Mächten, insonderheit mit Clémenceau, direkt in Verbindung,

bezichtigte das kaiserliche Deutschland der Schuld am Kriege und veröffentlichte gefälschte Dokumente, welche diese landesverräterische Lüge vor der ganzen Welt beweisen sollten. Die Fälschung beweist, daß Eisner selbst nicht daran geglaubt hat, aber er behauptete, daß durch solches Verfahren die Freundschaft der feindlichen Mächte und deren Vertrauen zum neuen Regime in Deutschland gewonnen werden könnte. Daß diese und ähnliche Aktionen in Wirklichkeit das Gegenteil zur Folge hatten, war selbstverständlich. Auf der Pariser Konferenz erklärte Poincaré: Nachdem nunmehr offizielle deutsche Persönlichkeiten auf Grund unanfechtbarer Dokumente die Schuld Deutschlands bekundet hätten, sei eine weitere Untersuchung wahrlich nicht nötig. Ob Eisner geglaubt hat, die Feinde würden sagen: ja, das alte Deutschland hat schuld, das jetzige Deutschland ist etwas ganz anderes und gibt diese Schuld zu, wir wollen diesem neuen Deutschland nichts zuleide tun! — das muß dahingestellt bleiben, wahrscheinlich ist es nicht. Ganz ähnlich, nur durch den Diplomaten Brockdorff-Rantzau im Zaum gehalten, dachten die Regierenden in Berlin.

Man hat die deutsche Bevölkerung jener Monate und ersten Jahre krank genannt, und es wäre auch unrichtig, die Reaktion der Kriegsjahre und des Kriegsausganges auf die Nerven in Abrede stellen zu wollen. Aber die Hauptursache lag doch wohl nicht hier, sondern darin, daß die deutsche Bevölkerung während des Krieges von der Lüge von der deutschen Kriegsschuld und der anderen, daß die Monarchen und ihre Leute diese Schuld über das arme Volk gebracht hätten, durchdrungen und davon überzeugt war. Daß die meisten deutschen Monarchen durch ihr Verhalten sich außerdem unnötigerweise der Bevölkerung entfremdet hatten, vor allem nicht mit ihr gelitten hatten, trug noch dazu bei, daß man sich, wie im Falle Bayern, einem solchen Mann in die Arme warf wie Eisner, mit Schlagworten wie: Los von Berlin, los von Preußen, warum soll Bayern Preußens Sünden büßen, die Preußen sind an allem schuld und immer Bayerns Unglück gewesen! — So vermochten Eisner und seine Leute das verwirrte bayerische Volk gerade an diesem seinem alten Fehler mit großem Erfolge zu fassen. Noch in den ersten zwanziger Jahren konnte man in Bayern, insbesondere zu München, vielen Persönlichkeiten begegnen, die erklärten, die Trennung Bayerns vom Reich sei eine Notwendigkeit, schon um die deutsche Kultur zu retten, die von Berlin aus vernichtet werde; im Nachsatz lag entschieden auch ein Korn Wahrheit enthalten.

Während der zweiten Hälfte des Krieges ließen die deutschen Landesverräter in Verbindung mit den Feinden kein Mittel unversucht, um die alten bayerischen Vorurteile zu entflammen und Bayern zu vergiften. Die deutsche Einigkeit sollte damit unterwühlt und die deutsche Kraft gebrochen werden. Natürlich wirkte diese Arbeit auch nachher. So warfen Flugzeuge an der Front und auch über dem bayerischen Land ein Blatt ab, in dem u. a. folgendes stand:

„Seid ihr Bayern ein freies Volk? Nein, ihr seid es nicht. Warum? Weil ihr den Urhebern des Krieges, dem preußischen Militarismus unterworfen seid. Warum seid ihr im Kriege? Zu welchem Zweck führt ihr den Krieg? Habt ihr die Absicht, eure Grenzen auszudehnen oder tragt ihr hier euch mit der Absicht, einen anderen Volksstamm zu vernichten? Gewiß nicht, ihr fühlt euch wohl hinter euren Pfählen, in eurem Lande und unter eurem Herrscher. Aber warum kämpft ihr denn? Warum wollt ihr andere Volksstämme ausrotten, ohne Nutzen daraus zu ziehen? Weil ihr ein freies Volk nur in beschränktem Maße seid: in Wirklichkeit seid ihr, wie die Geschichte augenblicklich lehrt, nur ein Werkzeug zur Ausführung der preußischen Gelüste. Ihr seid gezwungen, euch an unschuldigen Frauen und Kindern und alten Leuten zu vergreifen, in fremde Ortschaften einzufallen, zu morden, zu

brennen und alles, was euch in den Weg tritt, zu vertilgen und zu vernichten, um den preußischen Militarismus, vertreten durch das Junkertum, zu unterstützen. Viele von euch haben Abscheu davor, aber ihr müßt, sonst trifft euch auf der Stelle die eigene Kugel: ihr habt keinen Ausweg.

Habt ihr darüber nachgedacht, ob „Kultur" in der Vernichtung von Volksstämmen besteht? Habt ihr darüber nachgedacht, ob „Fortschritt" in der Erfindung von Mordwerkzeugen zur Ausrottung von Volksstämmen besteht? In den Augen des preußischen Junkertums unbedingt, und unter dem Schutze desselben stehende Völker sind das Werkzeug zur Ausführung der Gelüste. Es besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen Verteidigung der Landesgrenzen und Eroberungsgelüsten.

Der preußische Herrscher gibt sich als das Werkzeug Gottes aus. Wehe euch und allen anderen Volksstämmen, wenn das so wäre. Aber der Gott lebt noch, der euch allen in eurer Kindheit vorgestellt wurde, und eine Zeit wird kommen, wo dieser Dünkel und Hochmut des Preußentums zerschmettert auf der Erde liegen wird ... Wie lange wollt ihr noch, daß eure Frauen und Kinder darben müssen, um den preußischen Dünkel hochzuhalten? Ist es nicht eine Schmach und Schande, im zwanzigsten Jahrhundert Kultur und Fortschritt zu nennen, daß für das siebente und achte Armeekorps schon die siebzehnjährigen Jungen herangezogen werden? Kennen diese schon das Leben? Sind sie nicht selbst noch Kinder? Was wird von ihnen verlangt? Mord und Totschlag, und sie selbst haben zu sterben als Kanonenfutter. Der preußische Moloch verschlingt den ganzen Mannesstamm von zwei Generationen. Ist das nicht himmelschreiend? Wer steht euch näher, preußischer Militarismus, vertreten durch einen Hohenzollerndespoten und Anhang, oder Gott, den ihr täglich anruft? Sich auszugeben als das Werkzeug Gottes, heißt Ketzerei treiben ... Wenn euch die Augen aufgehen, dann werdet ihr ausrufen: „Wir wollen freie Bürger Bayerns sein und unserem König dienen, wollen aber keinen preußischen militärischen Einfluß! Je früher ihr zu dieser Einsicht kommt, desto eher wird Frieden kommen. Also: nieder mit dem Urheber des Krieges, dem preußischen Militarismus." —

Es ist auch heute nicht ohne Interesse aus diesen Stellen zu sehen, wie versucht wird, auf die schwachen Punkte der bayerischen Psyche einzuwirken: die Preußen sind schuld, euch mißbrauchen sie. Man zieht sogar die bayerische Kirchenfrömmigkeit heran und die nicht ganz richtigerweise mehr als vorhanden angenommene bayerische Königstreue. Die Doppelverteilung: der Abwurf im Bereiche der bayerischen Front und über dem bayerischen Lande zeigt drastisch das Ziel. Bedenkt man dazu das Arbeiten der vergiftenden Propaganda in der bayerischen Heimat und den durchweg einfachen Sinn der Bevölkerung, die in solcher Weise geschickt und hinterlistig angefaßt wurde, so läßt sich schon verstehen, welche Verwirrung die heimischen und außerheimischen Landesverräter anrichteten, und daß diese Verwirrung das Kriegsende überdauerte.

In seinem Buche stellt Hitler fest, daß schon im Sommer 1915 Flugblätter über dem bayerischen Frontabschnitt abgeworfen wurden:

„Eines mußte bei dieser Art von Propaganda bald auffallen, daß nämlich in jedem Frontabschnitt, in dem sich Bayern befanden, mit außerordentlicher Konsequenz immer gegen Preußen Front gemacht wurde, mit der Versicherung, daß nicht nur einerseits Preußen der eigentlich Schuldige und Verantwortliche für den ganzen Krieg sei, sondern daß andererseits gegen Bayern im besonderen auch nicht das geringste an Feindschaft vorhanden wäre; freilich könnte man ihm aber auch nicht helfen, solange es eben im Dienste des preußischen

Militarismus mittue, diesem die Kastanien aus dem Feuer zu holen ... In dieser Richtung begann die feindliche Propaganda schon vom Jahre 1916 an unbedingte Erfolge zu zeitigen."

Im Herbst 1916 wurde Hitler verwundet und konnte nach erfolgter Heilung, auch schon vorher im Lazarett, feststellen, daß die Verhetzung nicht nur ihren Fortgang nahm, sondern auch immer größere Erfolge zeitigte. In Berlin stellte er große Unzufriedenheit fest. Noch viel, viel ärger waren jedoch die Verhältnisse in der Wirtschaft in München selber!

„Als ich nach Ausheilung aus dem Lazarett entlassen und dem Ersatzbataillon überwiesen wurde, glaubte ich die Stadt nicht mehr zu erkennen. Ärger, Mißmut und Geschimpfe, wohin man nur kam! Beim Ersatzbataillon selber war die Stimmung unter jeder Kritik. Hier wirkte noch mit die unendlich ungeschickte Art der Behandlung der Feldsoldaten von seiten alter Instruktionsoffiziere, die noch keine Stunde im Felde waren und schon aus diesem Grunde nur zu einem Teile ein anständiges Verhältnis zu den alten Soldaten herzustellen vermochten. Diese besaßen nun einmal gewisse Eigenheiten, die aus dem Dienste an der Front erklärlich waren, den Leitern dieser Ersatztruppenteile indessen gänzlich unverständlich blieben, während sie der ebenfalls von der Front gekommene Offizier sich wenigstens zu erklären wußte. Letzterer selbst war von den Mannschaften natürlich auch ganz anders geachtet als der Etappenkommandeur. Aber von dem ganz abgesehen, war die allgemeine Stimmung miserabel; die Drückebergerei galt schon fast als Zeichen höherer Klugheit, das treue Ausharren aber als Merkmal innerer Schwäche und Borniertheit. Die Kanzleien waren mit Juden besetzt. Fast jeder Schreiber ein Jude und jeder Jude ein Schreiber. Ich staunte über diese Fülle von Kämpfern des auserwählten Volks und konnte nicht anders, als sie mit den so spärlichen Vertretern an der Front zu vergleichen.

Noch schlimmer lagen die Dinge bei der Wirtschaft. Hier war das jüdische Volk tatsächlich „unabkömmlich" geworden. Die Spinne begann, dem Volke langsam das Blut aus den Poren zu saugen. Auf dem Umwege über die Kriegsgesellschaften hatte man das Instrument gefunden, um der nationalen und freien Wirtschaft nach und nach den Garaus zu machen.

Es wurde die Notwendigkeit einer schrankenlose Zentralisation betont."

So richtete sich der Haß der bayerischen Bevölkerung gegen Preußen, und sie begriff nicht, daß Bayern ohne Preußen nicht existieren konnte und der Willkür des feindlichen Auslandes wertlos und willenlos preisgegeben war. Man bildete sich aber, wie gesagt, auch noch einige Jahre nachher ein, daß gerade das Ausland größtes Wohlwollen Bayern gegenüber betätigen würde, denn das hatte ja in den Flugblättern gestanden.

Der Gegensatz, in dem der Bayer sich zu Preußen fühlt, und der Wert, den er auf seine möglichst große Selbständigkeit und Unabhängigkeit überhaupt und ganz besonders Preußen gegenüber legt, war für die damalige Atmosphäre in München vielfach bestimmend. Wieder muß gesagt werden: auch hier lag ein Korn Wahrheit und kein kleines. Die ungeheure abstoßende Mißwirtschaft in Berlin, auch in anderen großen Städten des Nordens erweckte im übrigen in Deutschland neben dem Ekel und Abscheu auch die Ablehnung: mit Berlin und von Berlin aus Rettung und Gesundung? Unmöglich! Also: Los von Berlin. Diese Parole ist, wenn auch kurze Zeit nur, in allen Teilen Deutschlands erwogen worden, sie hat sich gewissermaßen von selbst aufgeworfen, nicht nur im Süden, auch in Schlesien, in Ostpreußen, in Hannover. Berlin galt auch gerade ehrlichen deutschen Kreisen, die helfen und retten wollten, als ansteckender Pestherd. In Berlin liefen alle Fäden aller derjenigen Kräfte und Mächte zusammen, die in Deutschland wie in anderen Ländern ein nationales Deutsches Reich, einen deutschen Nationalstaat, nicht wollten. Sie spannen sämtlich während

des Krieges den gleichen Faden weiter, wie wir gesehen haben. Nun war der Zusammenbruch da, der lange erstrebte, ersehnte und vorbereitete. Er war die Vorbedingung, noch lange nicht das Ziel. Jetzt unmittelbar nach dem großen Erfolge galt es, das erschütterte, geschwächte Deutsche Reich vollends zu beseitigen und sich dazu weiterhin der alten deutschen Erbfehler zu bedienen. Schon vor dem Kriege las man in französischem Schrifttum nicht selten ernsthafte Betrachtungen über die Frage, ob in einem europäischen Kriege der deutsche, besonders der süddeutsche Partikularismus nicht die Einheit des Deutschen Reichs beseitigen werde. Man mußte alles tun, um den süddeutschen Staaten ihr Unabhängigkeitsgefühl und ihre Auflehnung gegen die preußische Herrschsucht und alle anderen üblen preußischen Eigenschaften zu stärken. Nach dem Umsturz hatten alle diese auf Zerreißung arbeitenden Kräfte in Deutschland vollkommen freies Spiel. Es gab da niemanden, der ihnen Hindernisse in den Weg legte, ja auch nur die Absicht dazu gehabt hätte. Die Bahn war frei. Einzig und allein die positiv deutschen Kräfte der Bevölkerung konnten jetzt dem Unheil Einhalt tun und zeigen, daß sie noch vorhanden waren.

Der Marsch in die deutsche Zukunft beginnt

Hitlers Kampf um München

Nachdem er aus Wien nach der Stadt seiner Sehnsucht, München, gezogen war, hat Adolf Hitler seine Liebe zu dieser Stadt immer bekannt und betätigt. Sie hat nie gewankt. Daß derselbe Mann, der sich im täglichen Leben nur in München wohlfühlte, begeistert für das Preußentum war, das kann man allerdings als ein charakterlich bemerkenswertes und psychologisch interessantes Merkmal werten. Das Verständnis für das preußische Wesen ist Hitler wohl zuerst während des Krieges aufgegangen, in der Bewunderung des deutschen Heeres, das, unbeschadet der Verdienste und der Leistung der anderen deutschen Staaten, eine preußische Schöpfung und Verkörperung jenes Etwas war, was man unter preußischem Geist, unter „Potsdam" zu verstehen pflegt. Seine Schriften und Reden atmen nicht allein die Bewunderung und Vorliebe für Preußentum, sondern auch ein ernsthaftes Studium der Geschichte Preußens, der Ursachen preußischer Leistung und preußischen Aufstiegs, preußischer Mißerfolge und Zusammenbrüche. So begann Hitler seine politische Tätigkeit in Bayern, nachdem erst Eisner vom Grafen Arco erschossen, dann die sogenannte Räteperiode über Bayern, besonders über München, hereingebrochen war, eine Herrschaft landfremder Juden und verbrecherischen Gesindels in einer Atmosphäre von Schmutz und Blut. Bayerische, preußische und württembergische Truppen hatten Bayern wieder befreit, verhältnismäßige Ordnung hatte Platz gegriffen.

„So waren wir uns bereits im Jahre 1919", schreibt Hitler, „darüber klar, daß die neue Bewegung als oberstes Ziel zunächst die Nationalisierung der Massen betreiben müsse." Für die Taktik in der Verfolgung dieses Ziels stellte er die folgenden Punkte auf: „um die Massen der nationalen Erhebung zu gewinnen, ist kein soziales Opfer zu schwer. Nationale Erziehung der Massen ist nur durch soziale Hebung möglich. Das Nationalmachen der Massen darf nicht halb betrieben werden", und: „wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Er heißt nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft. — Nicht nur die Erreichung des Ziels ist nötig, sondern die Vernichtung der Gegner, der internationalen Vergifter. — Das deutsche Volk ist aufzuklären und von fremden Einflüssen zu befreien." „Ohne klarste Erkenntnis des Rasseproblems, und damit der Judenfrage, wird ein Wiederaufstieg der deutschen Nation nicht mehr erfolgen." „Kampf gegen die Klassenspaltung, Erhalten der Berufsgruppierung, denn sie ist kein Hindernis für die Volksgemeinschaft. Der deutsche Arbeiter ist in seiner sozialen und kulturellen Lage bewußt zu heben. Seine internationale volks- und vaterlandsfeindliche Führung und Einstellung muß zum Verschwinden gebracht werden. Eine solche deutsche Arbeiterbewegung muß auf das schärfste Front machen gegen die Auffassung", die unter Volksgemeinschaft die widerstandslose wirtschaftliche Auslieferung des Arbeitnehmers dem Arbeitgeber gegenüber versteht. — Die Propaganda ist in Inhalt und Form auf die breite Masse anzusetzen, und ihre Richtigkeit ist ausschließlich zu messen an

ihrem wirksamen Erfolg. — Die Partei bzw. Bewegung steht im Gegensatz zu dem Parlamentarismus und Mehrheitsprinzip. Sie vertritt den Grundsatz der unbedingten Führerautorität. — Die Bewegung lehnt Stellungnahme ab zu Fragen, die außerhalb des Rahmens ihrer politischen Arbeit liegen. Sie will politisch reorganisieren, nicht religiös reformieren, sie bekämpft Parteien, welche Religion und Moral zum Instrument ihrer Parteiinteressen herabwürdigen wollen. — Die Organisation der Partei ist Mittel, nicht Selbstzweck, sie erfolgt je nach Umständen und Zweckmäßigkeit. — Die Bewegung muß die ihr zugrunde liegende Idee ebenso mit Unduldsamkeit wie mit Fanatismus fördern, sie darf sich nicht durch Verbindung mit ähnlich gerichteten Parteien binden und schwächen. — Die Bewegung soll ihre Mitglieder so erziehen, daß diese den Kampf als etwas von vornherein Erstrebtes erblicken. — Die Bewegung soll Achtung vor der Persönlichkeit haben, „sie hat nie zu vergessen, daß im persönlichen Wert der Wert alles Menschlichen liegt, daß jede Idee und jede Leistung das Ergebnis der schöpferischen Kraft eines Menschen ist und daß die Bewunderung vor der Größe nicht nur einen Dankeszoll an diese darstellt, sondern auch ein einigendes Band um die Dankenden schlingt. Die Person ist nicht zu ersetzen".

Wenn Hitler während seiner Festungshaft im Jahre 1924 diese Gedanken entwickelte, die hier in kurzem Auszug gegeben wurden, so hat er sie 1919 vielleicht nicht so ausgeführt und präzisiert, aber geleitet haben sie ihn von Anfang an, das zeigen die ersten Jahre seiner Münchener Tätigkeit. Der erste Satz: „um die Masse der nationalen Erhebung zu gewinnen, ist kein soziales Opfer zu schwer" — dieser Gedanke, dieses Empfinden haben Hitler Ziel wie Antrieb von vornherein gegeben. Vor ihm stand während des Krieges, vielleicht in ungewisseren Umrissen schon vorher, intuitiv die Gewißheit: die Massen müssen der nationalen Erhebung gewonnen werden! Warum müssen sie?

Der Deutsche Hitler hat die Frage dieses Warum nie aufgeworfen, deshalb auch nicht beantwortet. Ihm war selbstverständlich, daß die nationale Erhebung der Masse eine Notwendigkeit ist, soll nicht die Internationalisierung und damit die Zersetzung des deutschen Volks und des Deutschtums unvermeidlich werden. Daß diese vermieden werden müsse, stand für Hitler fest, und er hatte erkannt, daß der Angel- und Hebelpunkt bei der Masse zu suchen war. Das war das Entscheidende und auch das Neue. Der Nachsatz: „ist kein soziales Opfer zu schwer", folgt in logischer Notwendigkeit, denn: ist die nationale Erhebung eine Notwendigkeit, falls nicht die Nation überhaupt zugrunde gehen soll, und muß dazu die Masse gewonnen werden, so kann eben selbstverständlich kein Opfer zu schwer sein. Was für ein Opfer kommt in Betracht? Nur soziale Opfer, denn durch unsoziale Behandlung auf der einen, durch antinationale Verführung auf der anderen Seite waren die Massen dem deutschen Gedanken entfremdet und dessen Feinde auf allen seinen Gebieten geworden. Wer hatte die sozialen Opfer zu bringen? Alle anderen Schichten des deutschen Volks aus nationalen Gründen wie aus solchen sozialer Gerechtigkeit.

Im vorigen Abschnitt ist versucht worden darzulegen, wie jene furchtbare soziale Spaltung des deutschen Volks in zwei Teile sich ausgewirkt hat und wodurch sie auch im wesentlichen entstanden war. Die Katastrophe von 1918 und alles, was man über ihre Ursachen gewußt hatte und erfuhr, legte natürlich vielen nationalen Deutschen eine nachdenklichere Betrachtung der sozialen Frage näher als bisher. Man begriff, daß große Versäumnisse auf sozialem Gebiet zu vermerken waren, man erkannte auch Fehler und manche Irrtümer. Die Programme der politischen Parteien für die Nationalversammlung 1919 zeigen das Bestreben der Parteien, möglichst „sozial" zu erscheinen, hier und da mag auch manches echt

gewesen sein. In erster Linie ist es aber doch Furcht und Besorgnis gewesen, welche diese Programme gezeugt hatten. Vielfach fand man in den bürgerlichen Kreisen auch die Auffassung vertreten: die Sozialdemokratie habe ihr Ziel erreicht, sie habe nunmehr auch Verantwortung übernommen, sich damit belasten müssen. Durch die ihr so notwendig zufallenden Pflichten werde sie ganz von selbst gezwungen werden, in leidlich nationale Wege einzulenken. Auch das war schon ein Vorkriegsgedanke gewesen: der Sozialdemokratie Verantwortung zu geben, dann würde sie schon von ihren „internationalen Utopien" von selber lassen, nationale Gesinnung und gar monarchische Empfindung würden dann erwachen. Einen ärgeren psychologischen Fehler konnten die damals herrschenden Schichten kaum begehen.

Man hat sich während jener Jahrzehnte in bürgerlichen Kreisen trotz des immer mehr bedrohlichen Anwachsens der Sozialdemokratie bemerkenswerterweise niemals gründlicher vom politischen Standpunkt aus mit dem Studium der marxistischen Lehre beschäftigt. Wohl stellten einzelne Theoretiker gelegentlich fest, daß, wirtschaftlich betrachtet, die Lehren des Marxismus Utopien seien, wohl warnte man oder malte Schreckensgemälde an die Wand von den Zuständen im sozialistischen Zukunftsstaat. Man gab sich aber keine Rechenschaft darüber, bis zu welchem Grade die marxistischen Grundgedanken die Massen durchdrungen und ihre gesamten Auffassungen, in der Art, die Dinge zu sehen, gefärbt hatten. Man begriff infolgedessen auch nicht, wie weit und tief die Kluft war, welche die Massen unter ihren Führern von dem anderen Teil der Bevölkerung trennte. Man begriff ebensowenig, jedenfalls galt das für die allermeisten, daß es sich nicht allein um Verhetzung handelte, sondern ganz besonders auch um schwere, alte soziale Mißstände und Ungerechtigkeiten.

Die Machtverhältnisse hatten sich durch den Umsturz zum mindesten in das umgekehrte Verhältnis, verglichen mit der Vorkriegszeit, verwandelt. Die national-bürgerliche Presse, die rechtsstehenden Parteien und Organisationen hatten ihre politischen und sozialen Anschauungen in keiner Beziehung geändert. Sie betrachteten sich noch immer als die führenden Schichten, die nach dem Verlust einer freilich großen Schlacht nunmehr alles daranzusetzen hätten, um die verlorene Stellung in der einen oder anderen Form wiederzugewinnen. Dieser Gesichtspunkt stand durchaus im Vordergrunde. Natürlich: soziale „Zugeständnisse" und Anerkennung der neugeschaffenen Verhältnisse lehnte man nicht ab, befand sich aber immer in der Verteidigungsstellung: Notwendiges nicht zu verweigern. Man wich einfach und lediglich dem Zwang. Nirgends haben damals die nationalen Kreise den Gesichtspunkt einer allgemeinen Sammlung um den sozialen Gedanken als Mittelpunkt gehegt, noch laut werden lassen. Er war ihnen fern und fremd. Von außen betrachtet, war ihre Entrüstung über die antinationale und undeutsche Haltung der Linken voll berechtigt, zumal in jenen ersten Monaten und Jahren, als es auf der Hand lag, daß gesammelter nationaler Widerstand die Forderungen der Feinde wirksam herunterdrücken werde. Man war empört und außer sich, man schrieb in Zeitungen, man sagte in der Nationalversammlung und in Versammlungen, daß nichts falscher, nichts national verwerflicher sei, als diesen Schandfrieden über Deutschland ergehen zu lassen. Es müsse doch auch in den linken Kreisen nach den furchtbaren Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages und ihrer Durchführung Verständnis dafür geben, daß die Feinde in ihrem Willen zur Vernichtung Deutschlands sich nicht mit Worten und Vertragspapier begnügen würden, sondern um so härter vorgehen würden, je geringer der moralische Widerstand auf der deutschen Seite bleibe. Den nationalen Gefolgschaften brauchte solches nicht gesagt zu werden, jedenfalls hatte man nicht nötig, sie zu überzeugen. Wandte man sich aber mit solchen Argumenten nach links, so schallte von dort zurück: ihr Nationalen

habt am allerwenigsten das Recht, in dieser Frage Gehör zu verlangen, denn ihr habt den Krieg und seine Verlängerung verschuldet und damit auch das jetzige Unglück! Die Linke wisse jetzt genau ihren Weg, den der Völkerversöhnung durch Betätigung guten Willens, auf dem das deutsche Volk freilich auch die Buße und Strafe auf sich nehmen müsse, welche lediglich die Träger des alten Systems und die Nationalisten verdienten.

Die Massen glaubten nicht allein an diese Erzählungen ihrer Führer von der schönen Zukunft, die man in der Hand habe, wenn das deutsche Volk nur wirklich „guten Willen" zeige — sie glaubten nicht allein daran, sondern waren in aufrichtigem Idealismus ganz erfüllt davon. Es war ihr und ihrer Väter Traum seit Jahrzehnten. Nun sollte die Erfüllung kommen, sie glaubten fest daran, das einzig Schwere und Empörende sei eben, daß sie, das wahre Deutschland, für die Sünden des „Kaiserismus", Militarismus und Industriekapitalismus büßen müßten; die anderen Nationen hätten ja immer den Frieden gewollt. Wie sollten diese mit wahrer Versöhnung, auf dem Boden von Wohlwollen, Vertrauen und Gerechtigkeit zögern, wenn sie erst das wahre deutsche Volk wirklich kennengelernt hätten! In derselben Zeitperiode sprach Clémenceau seine beiden berühmten Worte: „Zwanzig Millionen Deutscher zuviel" und: Dieser Friede sei eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Er war offen und drückte damit nur aus, was der Franzose seit ungezählten Jahrhunderten Deutschland gegenüber empfindet und will. In Deutschland hatte man kein Ohr für schlimme Wirklichkeiten, man erfreute sich an Illusionen, Phrasen und Lügen.

In jenen Monaten vor der deutschen Unterwerfung unter die Versailler Forderungen warf sich Hitler in den Versammlungskampf in München. Er wandte sich an die Arbeiter, an die Massen, ohne mehr Anhang zu haben, als seine mit ihm zusammen sieben Mann starke Partei und vielleicht einige Hunderte von Kameraden, die ihn in den Unterrichtskursen kennengelernt hatten und aus dem Kriege nationalen Sinn und ihr deutsches Herz wieder heimgebracht hatten. Wir wissen nicht allein aus seiner Erzählung, sondern aus jener Zeit selbst, daß er genau so vorgegangen ist, wie er Jahre später in der Muße seiner Gefangenschaft dargelegt hat: ohne Schonung gegen alle lieben Irrtümer, gegen alle verehrten Götzen und unbedenklich gegen alle, auch die größten und scheinbar unüberwindlichen Widerstände und Gegner. Das war aber schon die zweite Periode. Die erste war das Schlimmste gewesen: „Das Schwerste in dieser ersten Zeit, da sich oft nur sechs, sieben Köpfe zusammenfanden, um den Worten eines Redners zu lauschen, war, in diesem kleinsten Kreise den Glauben an die gewaltige Zukunft der Bewegung zu erwecken und zu erhalten. Man bedenke, daß sich sechs oder sieben Männer, lauter namenlose arme Teufel, zusammenschließen mit der Absicht, eine Bewegung zu bilden, der es dereinst gelingen soll, was bisher den gewaltigen großen Massenparteien mißlang, die Aufrichtung eines Deutschen Reichs in erhöhter Macht und Herrlichkeit. Hätte man uns damals angegriffen, ja, hätte man uns auch nur verlacht, wir wären glücklich gewesen in beiden Fällen. Denn das Niederdrückende lag nur in der vollständigen Nichtbeachtung, die wir damals fanden und unter der ich damals am meisten litt."

Hätte Hitler sich einer großen oder jedenfalls bekannten Partei oder sonstigen Organisation angeschlossen, so würde er diese von ihm als die schwerste in seinen schwierigen Anfängen empfundene Periode gar nicht kennengelernt haben, sondern schon nach wenigen Wochen öffentlichen Auftretens eine bekannte Persönlichkeit gewesen sein, und wenig später hätte man von dem ehemaligen Arbeiter und Frontsoldaten Hitler als einem „kommenden Mann" gesprochen. Die Deutschnationale Volkspartei und ihr verwandte Richtungen würden diesen Mann mit Freuden genommen haben, er würde ihr „Renommierarbeiter" gewor-

den sein und seine Laufbahn innerhalb der Partei schnell und glänzend zurückgelegt haben. Wir wissen bereits, warum Hitler diesen Weg nicht allein verschmähte, sondern ihn von vornherein als mit seinem Ziel, wie er es sich gesteckt hatte, als ganz unvereinbar erkannte. Er sagt an einer Stelle seines Buchs: es habe sich für ihn ja nicht um ein Parteiprogramm gehandelt, sondern um eine Weltanschauung. Natürlich: geht man dem Begriff Weltanschauung auf den Grund, so wird man Hitler nicht in seiner Bezeichnung Weltanschauung vollkommen recht geben können, aber das Wort Weltanschauung wird in Deutschland seit einiger Zeit auch in bezug auf politische und Lebensanschauung gebraucht. Immerhin steckt ein Stück wirklicher Weltanschauung in dem organischen Begreifen des Volkes und in der Zugrundelegung des Rassegedankens für alle Politik und Wirtschaft. Der politische Instinkt Hitlers ist bemerkenswert: jung, niemals vorher mit dem politischen Parteiwesen in Berührung gekommen, eben von der Front heimgekehrt, ganz erfüllt vom gebieterischen Drange, sich der Politik zu widmen, war Hitler sich vollkommen darüber klar, daß er seinen Weg allein machen müsse, daß er von Anfang an Mittelpunkt sein und sich eine Partei bilden müsse. Wir müssen wieder sagen: so hat Hitler nicht allein geschrieben, sondern von Anfang an, und auch später mitten in schwersten Rückschlägen, gehandelt, ohne von dieser Linie jemals nur einen Augenblick abzuweichen. Das hat niemals ein Gegner oder ein Kritiker Hitlers und seiner Politik in Abrede stellen können.

Als ungemein schwer empfand Hitler in jener ersten Zeit auch die Arbeit in dem kleinen Kreise seiner Partei. Gute Leute, die das beste wollten, waren sie doch in jener deutschen Vereinsmeierei befangen, deren schlimme Lebensäußerungen nicht zum wenigsten in jenen endlosen Diskussionen, in jenem Gerede besteht, das schließlich Tatkraft und Mut zum Handeln erstickt, wenn anders die Kraft dazu überhaupt vorhanden gewesen ist. Die Römer hatten dafür den schönen Ausdruck: Diem dicendo consumere! Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Hitlers Temperament und sein unermüdliches Vorwärtsdrängen den kleinen Kreis gleich beherrschten, mit sich rissen und ihm unterordneten.

Nach monatelangem geduldigem Austragen von Einladungszetteln für die Versammlungen der Partei, nachdem ebensoviele Male sich zu den Versammlungen dieselben Sieben allein zusammengefunden hatten, gelang es schließlich, über hundert Menschen im Saale zusammenzubekommen. Ein Münchener Professor hielt die Hauptrede, Hitler durfte als zweiter sprechen. Er schreibt dazu: „Ich sprach dreißig Minuten, und was ich früher, ohne es irgendwie zu wissen, einfach innerlich gefühlt hatte, wurde nun durch die Wirklichkeit bewiesen: „ich konnte reden!" — Nun ging es aufwärts, im Oktober 1919 hatte man über hundertdreißig Besucher, und einige Wochen darauf, auf der siebenten Versammlung, konnte Hitler zu vierhundert Menschen sprechen. Im Januar 1920, im Münchener Hofbräuhause, waren zweitausend Menschen versammelt, die sich, nach anfänglichen Unruhen, zum Programm der Partei bekannten.

Hitlers Taktik war eine im Bereiche der nationalen und völkischen Strömungen bisher unerhörte gewesen. Sie entsprach genau seinen geschilderten Gedankengängen, daß Terror nur durch Terror besiegt werden kann, nicht durch geistige Auseinandersetzungen oder Unterhaltungen. Was er durch das Studium der Sozialdemokratie als die Ursache ihrer Erfolge ermittelt hatte, das wandte er nunmehr selbst an. In den ersten zwanziger Jahren sprach Hitler zu Berlin im „Nationalen Klub" über seinen bisherigen Weg, seine Arbeit und seine Methoden und Erfolge. Die meist deutschnationalen Zuhörer konnten sich kaum darüber beruhigen, daß Hitler in seinen Versammlungen jede gegnerische Regung mit Gewalt zum

Schweigen bringen ließ, sei es durch Niederschreien, sei es dadurch, daß man die Betreffenden mit Gewalt aus dem Saal entfernte. Nicht geringer war das Staunen, als Hitler ausführte, es sei ganz falsch, sich in diesen Versammlungen auf sogenannte geistige Auseinandersetzung einzulassen, hier komme es einfach auf die Stärke der Willensbetätigung an. Von einer der ersten seiner Versammlungen schreibt Hitler: „Die Besucherzahl war auf über hundertsiebzig gestiegen. Ein Störungsversuch wurde durch meine Kameraden sofort im Keime erstickt, die Unruhestifter flogen mit zerbeulten Köpfen die Treppe hinunter." — In den ersten Jahren nach dem Umsturz war es sonst in Mittel- und Norddeutschland annähernd unmöglich, nationale Versammlungen zu halten. Die Massen der Linken erschienen mit ihren Führern, sprengten die Versammlung oder schritten sofort zur Bedrohung und Mißhandlung der Anwesenden, auch der Redner. Bisweilen ließen sich die Linken erweichen, eine Versammlung ungestört sich abspielen zu lassen, aber dann war die Bedingung, daß ein sozialdemokratischer oder kommunistischer Redner uneingeschränkt zu Worte kamen, die natürlich alles daransetzten, die Wirkung der Hauptrede zu zerstören, ihren Inhalt für die Hörer zum mindesten in Frage zu stellen und den Hauptredner nicht wieder zu Worte kommen zu lassen. Gegenüber diesen lieblichen Bräuchen war es schon beinahe zur Gewohnheit geworden, daß nationale Vorsitzende in Versammlungen die Führer der gegnerischen Masse zu Anfang schon um gut Wetter baten und versuchten, die Aussprache in die Bahnen einer „geistigen Auseinandersetzung" zu lenken, selbstverständlich ohne Erfolg, denn das ist es ja immer gewesen, was die marxistischen Parteien niemals gewollt, vielmehr mit rücksichtsloser Brutalität unmöglich gemacht haben; über noch so gebildete Proteste gingen sie hohnlachend hinweg. Hitler zog aus solchen Erfahrungen der anderen Parteien von Anfang an, wie gesagt, seine richtigen Schlußfolgerungen, denn er wollte sich unter allen Umständen durchsetzen. Was die nationalsozialistische Bewegung noch lange Jahre hindurch nachher hat tun müssen und mit steigendem Erfolge durchgeführt hat, das erkannte Hitler sofort als die einzige Möglichkeit durchzudringen und, andererseits, überhaupt der neuen Bewegung Beachtung zu erzwingen. Man mußte sich die Möglichkeit schaffen, den geistigen Gehalt der neuen Bewegung, ihren Willen und ihre Idee ungestört auf die Hörer wirken zu lassen. Dieser Wirkung des Geistes mußte die Gewalt der Fäuste Weg und Schutz geben. Für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Politik entscheidet der Erfolg. Das ist eine alte und für alle Parteien anerkannte Wahrheit. Man kann wohl den Standpunkt vertreten, diese oder jene Politik oder politische Linie sei an sich richtig oder falsch. Man kann den Standpunkt vertreten, auf diesem oder jenem Wege allein könne das deutsche Volk zur Gesundung geführt werden. Die Meinung läßt sich vertreten, auf dem Wege über den Kapitalismus könne eine deutsche Gesundung nicht eintreten. Trotzdem kann es eine antikapitalistische Politik geben, die nie zum Ziele führt und eben d e s h a l b unrichtig ist. Den so gern hervorgehobenen guten Willen, die Anerkennung, „das Beste gewollt zu haben", ist eine Sache für sich, das Gebiet solcher Urteile ist seinem Wesen nach mehr ein moralisches oder das einer Charakterbeschreibung denn ein politisches.

Liest man heute Programme und Reden der völkischen Parteien des vergangenen Jahrhunderts, der Deutsch-Sozialen, der Reformpartei und wie sie sich sonst noch genannt haben, jener Parteien, die eine Zeitlang bescheiden blühten und gediehen, dann verdorrten oder zersplitterten und schließlich verschwanden, so wird man viele Anklänge an den Gedanken des heutigen Nationalsozialismus finden, außerdem eine Fülle von gutem Willen, Idealismus und richtigen großen Gesichtspunkten und Gedanken. Gleiches wird sich bei einer Prüfung der inneren

Geschichte völkischer Verbände herausstellen. Gewiß waren noch andere Gründe dafür maßgebend, daß alle solche Organisationen über einen beschränkten, verhältnismäßig kleinen Kreis nicht hinauswuchsen, daß sie, im besonderen, mit ihrer Tätigkeit nicht in die Arbeitermassen eindrangen. Wir wollen auch ohne weiteres zugeben, daß die Atmosphäre jener Jahre und Jahrzehnte eine ganz andere war als die, welche nach Krieg und Umsturz das deutsche Leben durchdrang, aber die Versammlungstätigkeit jener Parteien und Bünde hatte nichts von dem Willen und der Methode, sich unter allen Umständen durchzusetzen und weitere Kreise zu erobern. Das galt nicht einmal für die damals lebhaftesten politischen Zeiten, die der Reichstagswahlen. Wohl kam es vor, daß einige einzelne mutige Persönlichkeiten in gegnerische, z. B. sozialdemokratische Versammlungen hineingingen. Das war ein Beweis des Muts, aber ohne propagandistischen Wert, denn man ließ sie nicht zu Wort kommen. In eigenen Wahlversammlungen wurde dagegen Wert darauf gelegt, Gegner aller Art ausgiebig zu Wort kommen zu lassen. Sogar nach dem Kriege noch kam in völkischen Wahlversammlungen vor, daß Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten sich freie Aussprache erzwangen durch die Drohung, sonst würden sie die Versammlung sprengen und den völkischen Redner nicht zu Wort kommen lassen und selbst den Vorsitz nehmen. Mache man ihnen aber die gewollten Zugeständnisse, so verpflichteten sie sich, den Verlauf der Versammlung ungestört vonstatten gehen zu lassen. Der Verlauf pflegte dann so zu werden, daß die Sozialisten und Kommunisten zwar die ihnen gemachten Zugeständnisse mit Überschuß ausnutzten, dafür ihr Versprechen nicht hielten, wohl aber die Versammlung im geeigneten Augenblick sprengten und damit den Erfolg ganz oder zum größten Teil zunichte machten. Gar nicht selten kam es vor, daß in solchen Versammlungen ein paar rücksichtslose gegnerische Störer die Versammlung über den Haufen warfen, weil deren Leiter auf solche Dinge nicht vorbereitet, auch unfähig war, ihnen zu begegnen. Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts in einer Versammlung über die damals brennende Marokkofrage bzw. über die Haltung Deutschlands zu dieser Frage gelang es einer Handvoll Sozialdemokraten, die Versammlung völlig um ihre Wirkung zu bringen, weil der Vorsitzende nichts anderes, keinen anderen Rat sich wußte als wiederholten Appell an „die gute Erziehung" der Störer. Es war gewöhnlich das gleiche Bild: eine völkische bzw. nationale Versammlung, in welcher die Richtigkeit der Ansichten überzeugend vertreten werden sollte. „In aller Ruhe", „mit geistigen Waffen" sollte der Kampf durchgefochten werden, die Güte der Sache, die überzeugende Kraft der Beweisgründe sollten den Gegner zum allermindesten zum Nachdenken veranlassen; dann würde die Saat früher oder später schon aufgehen. Die gegnerischen Parteien waren nun ganz anderer Ansicht, ihnen lag nichts an einem Kampf mit geistigen Waffen, sondern lediglich daran, die geistigen Waffen des Gegners überhaupt nicht zum Einsatz, geschweige denn zur Wirkung, kommen zu lassen, und das geschah am schnellsten, nachdrücklichsten und wirksamsten durch Waffen, die das Gegenteil geistiger Waffen waren und ganz bewußt auch sein sollten.

Es ist vielleicht interessanter und sicher gebräuchlicher, von Ideen und Gedanken zu sprechen oder solche zu entwickeln oder den großen Fluß politischen Geschehens zu schildern, und es mag den Anschein einer nicht interessanten versammlungstechnischen Fachsimpelei des Politikers haben, wenn wir von diesen Dingen überhaupt sprechen. Sie haben aber eine Bedeutung und eine politische Tragweite ganz außerordentlich großen Maßes. Jene skizzierten Zustände strafen das bequeme Wort Lügen, — eigentlich bedeutet es eine Devise der Trägheit und des Mutmangels — daß eine echte Idee oder gar „die Wahrheit" sich früher oder später mit elementarer Sieghaftigkeit und Kraft Bahn brechen und an ihr die Lüge elend zerschellen

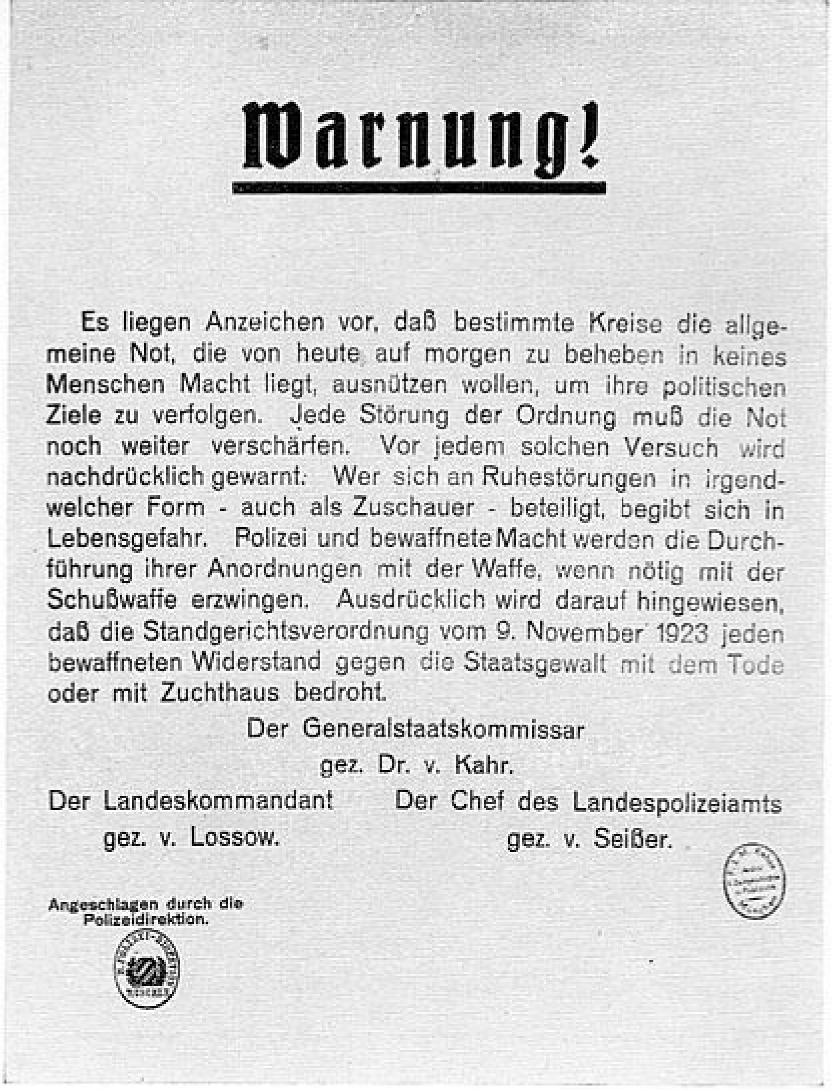
müsse. Leider stimmt diese bequeme Weisheit mit der Wirklichkeit nie oder nur höchst selten überein. Die Idee einer Verschmelzung des nationalen und des sozialen Elements war vorhanden, wenn auch in noch unbestimmten Umrissen. Kampf würde sie bald präzisiert und geklärt haben. Viele gute Gedanken, neue, tragende Gedanken lebten, zahlreiche Schriften darüber waren vorhanden. Aber man kam nicht weiter, man gelangte aus dem verhältnismäßig engen Kreise nicht heraus und hatte sich bereits daran gewöhnt, im Volke als eine mehr oder minder komische Sekte zu gelten. Das änderte freilich nichts, man blieb der Idee, dem Ideal treu, aber das war alles, der Kreis erweiterte sich nicht, höchstens, und das war vielleicht noch schlimmer: die Zahl solcher völkischen, deutschsozialen, und wie sie sonst noch hießen, Organisationen vermehrte sich ins Ungemessene.

Hitlers neue Methode, die Idee hinauszutragen in weitere Schichten, vor allem in die Arbeitermassen, war mithin eine im Sinne des Wortes bahnbrechende Tat und Methode, in aller ihrer lapidaren Einfachheit und Brutalität. Jene ersten Hitlerschen Versammlungen, welche die Beachtung von politischen Gegnern fanden, konnten nur deshalb zu Ende gebracht werden, weil die Freunde Hitlers jeden Ruhestörer sofort mit Gewalt aus dem Saal warfen oder aber, wenn er Widerstand leistete, ihn „niederkämpften". Mit dem Wachsen der Hitler-Versammlungen bildete sich dann folgerichtig der bekannte Saalschutz aus und in weiterer Folge die „S.A.", die Sturmabteilungen, die jeder Versammlung, auch im kleinsten Ort, ihre programmäßige Durchführung zu sichern haben. Physische Gewalt mußte die freie Betätigung der geistigen Waffen erst ermöglichen. Es handelte sich also von vornherein um eine reine Maßnahme der Sicherung der Versammlung und des Schutzes der Rede, des Redners und seiner Leute. Im Laufe der Jahre haben die gegnerischen Parteien vielfach ähnliche Organisationen gebildet, nur mit dem Unterschiede, daß sie zum Angriff gegen die nationalsozialistischen Versammlungen tätig sein sollten.

Alles in allem hat diese neue Hitlersche Methode eine der unentbehrlichsten Voraussetzungen zu allen breiteren Erfolgen gebildet. Nachher ist es leicht zu sagen: das sei ja furchtbar einfach, sei nicht einmal ein neuer Gedanke, das habe man ja auch machen können. Gut, es hat aber niemand vorher gemacht, und getan wurde es schließlich doch in der Hauptsache deshalb, weil die stürmische Energie und der vor nichts zurückschreckende Mut Hitlers und seiner Freunde dahinterstand.

Von weittragender Bedeutung für die Entwicklung der Partei und ihrer Propaganda war eine andere Neuerung Hitlers: auf jedem Plakat einer Hitlerversammlung stand der Vermerk: „Juden ist der Zutritt verboten!" Antisemitische Versammlungen hatte es schon vierzig Jahre vor Hitler gegeben, schärfere und mildere. Da war es nicht selten, daß Juden auftraten und judengegnerischen Äußerungen der Redner gegenüber ihren Wert und den des Judentums überhaupt hervorhoben. Dann nahm die Versammlung bald für die eine Seite Partei, bald für die andere. Heftiger Meinungsstreit verwischte die Ausführungen des Hauptredners, die doch bestimmt waren, maßgebend zu sein, die Versammlung wurde zu einem Disputierklub. Hier und da erhob sich ein Versammlungsteilnehmer und erklärte in „deutscher Sachlichkeit": man müsse auch dem Gegner Gelegenheit geben, seine Stellung und seine Gründe zu entwickeln, gewiß sei man gegen Auswüchse des Judentums, aber überall sei Maß zu halten, auch gäbe es ohne Zweifel anständige Juden, man müsse genügend freien Geistes sein, um auch den Staatsbürger anderer Konfession zu achten, ein deutschgesinnter Jude sei besser als mancher Deutsche, ein frommer Jude besser als mancher Christ usw. usw.

Das Verbot für Juden, in nationalsozialistische Versammlungen hineinzugehen, besei-



Warnung!

Es liegen Anzeichen vor, daß bestimmte Kreise die allgemeine Not, die von heute auf morgen zu beheben in keines Menschen Macht liegt, ausnützen wollen, um ihre politischen Ziele zu verfolgen. Jede Störung der Ordnung muß die Not noch weiter verschärfen. Vor jedem solchen Versuch wird nachdrücklich gewarnt. Wer sich an Ruhestörungen in irgendwelcher Form - auch als Zuschauer - beteiligt, begibt sich in Lebensgefahr. Polizei und bewaffnete Macht werden die Durchführung ihrer Anordnungen mit der Waffe, wenn nötig mit der Schußwaffe erzwingen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Standgerichtsverordnung vom 9. November 1923 jeden bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt mit dem Tode oder mit Zuchthaus bedroht.

Der Generalstaatskommissar
gez. Dr. v. Kahr.

Der Landeskommandant
gez. v. Lossow.

Der Chef des Landespolizeiamts
gez. v. Seißer.

Angeschlagen durch die Polizeidirektion.

Nr. 23.

Nr. 24. Absperrungen beim „Hochverrats"-Prozeß gegen Hitler usw.

Erste Ausgabe Preis 10 Pfennig

München-Augsburger Abendzeitung

Das Urteil im Hitlerprozeß

München, den 1. April 1924, 10 Uhr 05 Min.

Unter großer Spannung einer zahlreichen Zuhörerschaft wurde heute vormittag im Saale der Infanterieschule durch Landgerichtsdirektor Neithardt das Urteil im Hitlerprozeß verkündet.

Freigesprochen wurde: General Ludendorff

unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse.

Die übrigen Angeklagten wurden

zu Festungshaft verurteilt

und zwar wie folgt:

Adolf Hitler 5 Jahre Festung
Oberstleutnant Kriebel 5 Jahre
Dr. Weber 5 Jahre
Oberstlandesgerichtsrat Pöhner 5 Jahre
Oberamtmann Dr. Frick 1 Jahr 3 Monate
Hauptmann a. D. Röhm 1 Jahr 3 Monate
Oberleutnant Wagner 1 Jahr 3 Monate
Oberleutnant Brückner 1 Jahr 3 Monate
Oberleutnant Pernet 1 Jahr 3 Monate

Die Haftanordnung gegen Frick, Röhm und Brückner wird aufgehoben.

Das Gericht erläßt weiter Beschluß: Den Verurteilten Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick wird für den Strafrest mit sofortiger Wirksamkeit Bewährungsfrist bis 1. April 1928 bewilligt.

Den Verurteilten Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber wird nach Verbüßung eines weiteren Strafteiles von je 6 Monaten Festungshaft Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt.

Die Verurteilung und Freisprechung erfolgte mit vier Stimmen.

Die Begründung des Urteils erscheint in einer zweiten Ausgabe gegen Mittag.

Nr. 25. Der „Dank" für die Freiheitskämpfer!

Nr. 26. Hitler bei einem Spaziergang im Festungshof in Landsberg 1924

tigte aber nicht allein diese Bräuche, sondern war und blieb von großer grundsätzlicher Bedeutung: Hitler zog die Konsequenz aus der Auffassung und Erkenntnis, die sich ihm in seiner Wiener Zeit aufgedrängt und in ihm befestigt hatten, daß deutsche Zukunft nur im kompromißlosen Kampf gegen das Judentum möglich sei. Mit dem Gegner, ja mit dem Feinde für diese deutsche Zukunft und über sie zu sprechen, war widersinnig. Kamen politische Gegner, die Deutsche waren, in die Versammlungen, so war das ein Erfolg, sie sollten die nationalsozialistischen Ansichten hören, als Gegner oder als Anhänger oder als Schwankende nach Schluß den Saal verlassen und ihren Eindruck im guten oder im bösen weitertragen; es waren Volksgenossen. Der Jude aber hat in einer Hitlerversammlung nichts zu suchen, er gehört einem fremden Volke an, einem Volke, das man als den Verderber ansieht, das nichts innerlich mit Deutschland und Deutschtum gemeinsam hat, das einen Fremdkörper im deutschen Organismus bildet, den man ausscheiden will: Mit euch zu diskutieren und gar über deutsche Dinge, wäre widersinnig, unsere Stellung euch Juden gegenüber ist eine grundsätzliche und keiner Änderung unterworfen, ebenso wie in unserem zukünftigen Staate, so wollen wir auch in unseren Versammlungen keinerlei Berührung mit den Juden. Deshalb: Juden ist der Zutritt nicht gestattet! — Es verstand sich ohne weiteres dabei, daß hier nicht die Unterscheidung Juden — Christen in Betracht kam, sondern die der Rassen- bzw. Volkszugehörigkeit: Juden — Deutsche!

Auf seiten des in Deutschland befindlichen Judentums ist bis in die neueste Zeit hinein die Unmöglichkeit, sich an nationalsozialistischen Versammlungen zu beteiligen, auf das unangenehmste empfunden worden, hauptsächlich aus zwei Gründen: die im Versammlungsverbot ausgesprochene Ansicht, daß der Jude nicht zum deutschen Volke gehöre trotz seiner Staatsbürgerschaft im bisher vorhandenen Staate, wurde mit diesem Verbot in Deutschland zum erstenmal in weite und immer weitere Kreise hineingetragen. Das jüdische Verfahren war im vergangenen Jahrhundert und bis zum Kriege durchweg gewesen, vor der deutschen Bevölkerung als selbstverständlich erscheinen zu lassen, daß ein Jude deutscher Staatsangehöriger und eben dadurch ein Deutscher sei; daß der Begriff Jude sich lediglich auf das religiöse Gebiet beziehe. Aus dieser Fiktion wurde der weit verbreitete „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" geschaffen. Die zweite Haupttruppe bildete sich nach dem Kriege in dem „Verband nationaldeutscher Juden", die dritte bildeten die Vertreter des Zionismus. Alle drei Gruppen und nicht minder die zwischen ihnen vorhandenen farbloseren Schichten jüdischen Stammes verlangten, voll als Deutsche gerechnet zu werden. Ihre Macht war schon vor dem Kriege in Deutschland eine außerordentlich große. Wie sie durch Krieg und Umsturz gestiegen war, ist geschildert worden. Und nun erkühnte sich eine ganz kleine Partei, die sich nur auf München beschränkte, zum öffentlichen Beschluß zu erklären: sie lasse keine Juden in ihre Versammlungen hinein, weil Juden keine Deutsche seien. In den ersten Jahren der Hitlerpartei wurde diese Tatsache ebensowenig beachtet wie die Partei selbst, höchstens las man in jüdischen Publikationen: wenn diese Vertreter einer neuen Form des Antisemitismus sich in neuer Form lächerlich machen wollten, so möge ihnen das unbenommen bleiben. Übrigens sei das Verbot recht überflüssig, denn es würde wohl keinem Juden eingefallen sein, in die Versammlungen des Herrn Hitler und seiner Handvoll Anhänger hineinzugehen. Als die Partei dann wuchs und besonders während der letzten Jahre, änderte sich der Standpunkt des Judentums vollkommen. Man las in seiner Presse: es sei empörend, daß die Juden nicht zu den nationalsozialistischen Versammlungen zugelassen würden; daß man ihnen die Möglichkeit verweigere, sich gegen Verkennung und Verleumdung zu ver-

teidigen; sie hätten genau dasselbe Recht in Deutschland wie jeder andere deutsche Staatsbürger, es sei eine schwere Beleidigung und Kränkung. Man rief den Staat um Hilfe an, aber gerade hier konnte er nichts machen, er war außerstande, den Juden die Türen der Versammlungssäle der Hitlerbewegung zu öffnen. Der Hauptgrund für die jüdische Erregung ist verständlicherweise, daß, wenn in tausend und aber tausend Versammlungen der Hitlerbewegung auf den Plakaten steht: Juden ist der Zutritt nicht gestattet, so verbreitet sich der Gedanke, daß Juden keine Deutschen sind, auch in Kreisen und Schichten, die bisher nie daran gedacht hatten, vielleicht auch nicht daran gedacht haben würden. So schlägt das Verbot an sich schon eine ganz neue Gedankenreihe an, deren Entstehen die führenden Vertreter des Judentums jahrzehntelang auf jede denkbare Weise zu verhindern bestrebt gewesen waren.

In seinem Buch „Mein Kampf" wird Hitler nicht müde, die Unfruchtbarkeit der alten Parteien und Bünde usw. zu schildern und gibt besonders seinem Widerwillen gegen eine gewisse Kategorie völkischer Gruppen Ausdruck, welche versuchen, altgermanische Formen zu beleben, sich in deren Nachahmung zu ergehen. Er spricht sich scharf und bitter über jene völkischen Führer aus, die jahrzehntelang sich als unfähig erwiesen hätten, ihre Gedanken oder ihre Willensrichtung irgendwie durchzusetzen und dann, sobald sie von der Gründung einer neuen Partei Kenntnis erhielten, den Anspruch erhöben, auf Grund ihrer langjährigen Leistungen und Erfahrungen als Führer auf den Schild gehoben zu werden.

Wie fest Hitler schon 1919 seine Hauptgedanken und Methoden in sich trug, wie durchdacht er zu Werke ging, ergibt sich drastisch aus seiner Haltung zu den anderen Parteien und aus dem Bestreben, sofort und nach allen Seiten hin unmißverständlich herauszustellen, daß die Hitlerpartei etwas ganz anderes sei als alle anderen Parteien. 1920 gab Hitler der Partei den Namen: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Er schreibt hierzu: „Der erste Ausdruck brachte uns die Altertumsschwärmer vom Leibe, die Wortmenschen und äußerlichen Sprücheklopfer der sogenannten ‚völkischen Idee', der zweite aber befreite uns von dem ganzen Troß der Ritter mit dem ‚geistigen Schwert', all der Jammerlappen, die die ‚geistige Waffe' als Schutzschild vor ihre tatsächliche Feigheit halten."

Über den Namen ist in den folgenden Jahren von Freund und Feind viel gesprochen worden. In nationalen Kreisen, auch in den völkischen, von denen nachher die Rede sein wird, war man durchweg der Ansicht: sozial, nationalsozial, das wäre gut und richtig gewesen, aber sozialistisch! Sozialistisch sein, heiße Marxist sein. Zum allermindesten sei der Name höchst mißverständlich und schon deshalb sehr unglücklich gewählt. Es hatte ja in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Partei gegeben, die sich „nationalsozial" nannte. Nach wenigen Jahren zerfiel sie, und ihre Führer gingen teils zur Sozialdemokratie, teils zur liberalen Partei, die sich damals Freisinn nannte, über. Eine Erinnerung an diese Partei und gar eine Übernahme ihres Namens wäre sehr unrichtig gewesen, und überdies: Hitler wollte etwas ganz anderes als jene „Nationalsozialen". Auch eine Deutschsoziale Partei hatte es gegeben und gab es in schwachen Ausläufern nach dem Kriege noch. Man hat 1919 nicht wenig über den Namen gegrübelt, den man der Partei geben wollte. Eine Nationalsozialistische Partei bildeten Deutsche damals in der Tschechoslowakei, und diesen Namen nahm Hitler an. Wie immer war er sich klar dabei, daß das „sozialistisch" zunächst Hindernisse für die Propaganda im Bürgertum, besonders in Norddeutschland, bedeuten würde, aber er sah schon über solche Hindernisse hinaus und hat recht behalten. Der Name stand vollkommen im Rahmen der Aufgabe, die Hitler sich mit seiner Partei gestellt hatte:

Der internationale Sozialismus war der Ruin Deutschlands geworden und lebte als

verheerende und vergiftende Pest weiter. Hitler hatte ihn schon in Wien als den Feind erkannt, dessen Vernichtung eine Notwendigkeit sei. Dem internationalen Sozialismus stellte Hitler im Namen seiner Partei als Gegenthese und Kampfruf den nationalen Sozialismus entgegen. Der internationale Sozialismus, die Parteien des Marxismus behaupteten seit vielen Jahrzehnten, die Parteien der Arbeiterschaft zu sein. Hitler setzte ihnen entgegen: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Das wollte sagen: die neue Partei ist nicht etwa eine Partei, die sich aus dem Bürgertum rekrutiert, die Bürgertum ist, nein, es ist eine neue Arbeiterpartei, eine Partei, die echt und wahrhaft den Arbeiter vertritt, den Arbeiter und die Arbeit bedeutet, von einem Arbeiter geführt wird. Versetzt man sich in die Zeit der ersten Jahre nach dem Umsturz, die Zeit der Unruhen, der unaufhörlichen Streiks, der verzweifelten Anstrengungen der Sozialdemokratie wie des Kommunismus, ihre Herrschaft und damit die des internationalen Kapitalismus für die Dauer in Deutschland zu errichten, so wird verständlich, welch eine kühne Provozierung der internationalistischen Parteien schon der Name war: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Es gab doch nur eine „Arbeiterpartei", die SPD. und ihre Tochter, die KPD. Eine andere als eine internationale Arbeiterpartei war eine Unmöglichkeit, die konnte es nicht geben, und nun kam diese neue Partei, geleitet von einem Mann des Handarbeiterstandes, kam ein Frontkämpfer und gründete eine Partei, die sich nationalsozialistisch und Arbeiterpartei nannte! Eine unsagbare Frechheit, erhöht noch dadurch, daß diese Partei ihre Ankündigungen und Plakate in roter Farbe hielt. In der Tat, alles das war eine Provokation ersten Ranges; so sollte es sein. Die kleine Partei, ihr Führer, der bisher ganz namenlose Hitler, griff die Parteien des internationalen Sozialismus rücksichtslos in einer Weise an, wie es ihnen noch nie von einer anderen Partei, auch von den größten nicht geboten worden war. Der heute so bekannte Name: „Novemberverbrecher" für die marxistischen Parteien ist in jenen ersten Jahren zu München von Hitler geprägt und gebraucht worden.

Zu München! Es gehörte zu Hitlers taktischen Grundsätzen und Praktiken, daß er nicht wie alle anderen neuen und alten Parteien, nunmehr trachtete, womöglich in ganz Deutschland gleich ein Netz von Ortsgruppen zu gründen und dafür Kraft und Geld aufzuwenden. Nein, im Gegenteil konzentrierte Hitler alle Kräfte auf München und hielt sie dort zusammen. Dort wollte er zunächst einmal ganz festen Fuß fassen, in München sollte die feste Basis, der unerschütterliche Stütz- und Fußpunkt der Partei geschaffen werden. Sich in München durchzusetzen, dafür sollte bis auf weiteres alles eingesetzt werden. Dann, nachher würde man weiter sehen und die in München gesammelte und behauptete Kraft entsprechend weiter ausstrahlen. Auch das ist von nationalen und völkischen Parteien und anderen Organisationen ausgiebig kritisiert worden. Es war so ganz gegen alles Herkommen, gegen alle Gepflogenheiten. Hitler blieb bei seinem Verfahren und ließ sich nicht anfechten, als die Zweckmäßigkeit ihn so jahrelang auf München in der Hauptsache beschränkte, und als im Jahre 1923, wie wir noch sehen werden, die Katastrophe über sein Werk hereinbrach, begann er doch, nach Jahresfrist aus der Festung entlassen, in München wieder mit dem neuen Aufbau.

Damals in den ersten Jahren, 1919 und 1920, war in den übrigen Teilen Deutschlands, abgesehen höchstens von persönlichen Ausnahmen, die Hoffnung der Deutschgesinnten auf die neuen Parteien gerichtet, besonders auf die große rechte Sammelpartei, die Deutschnationale Volkspartei. In den nationalen Kreisen Nord- und Mitteldeutschlands war schon im Verlaufe des Jahres 1919 die Überzeugung im Wachsen, daß der nationale Gedanke immer mehr zunähme und allein durch Wahlen für die Parlamente in absehbarer Zeit die Oberhand

erhalten würde. In gewissem Sinne schien diese Meinung nicht ganz unbegründet. Die Nationalgerichteten begannen, sich allmählich von der ungeheuren Bestürzung über die Endkatastrophe des Krieges und des Novembers 1918 zu erholen und in der Folge sich zu sammeln. Die Wahlen zur Nationalversammlung hatten dem Marxismus nicht die von ihm erhoffte Mehrheit gebracht, dagegen der Deutschnationalen Volkspartei einen Erfolg, sie konnte sich als einen beträchtlichen parlamentarischen Machtfaktor bezeichnen. Die neugebildete Deutsche Volkspartei betrachtete man ohne weiteres ebenfalls als national, und nationale Töne hörte man auch aus den anderen Mittelparteien, besonders nachdem der Versailler Vertrag unterzeichnet worden war.

Völkische Bewegung

Die Mittelparteien und die Demokraten ließen sich zur Zustimmung für das Versailler Schanddokument von den Gegenparteien auf der Nationalversammlung bescheinigen, daß diese darin keinen Mangel an nationalem Gefühl erblickten. Eine sonderbare „Garantie"! Aber sie zeigte in naiver Weise die innere Unsicherheit auf beiden Seiten, die Unfähigkeit, Manns genug zu sein, die in einer deutschen Schicksalsfrage eingenommene Haltung allein und unbekümmert um andere Meinungen zu vertreten. Die gesamten Parteien hatten das sehr starke Bedürfnis, wenigstens national gesinnt zu erscheinen. Die Parteien, welche die Versailler Forderung angenommen hatten, erklärten, ihre Handlung sei in Wahrheit die „eigentlich" nationale. Und als diese, nicht bestandene, Rückgratprobe vorbei war, wurde die eigene nationale Gesinnung, ohne Risiko, unaufhörlich betont. Viel Mache und viel Schein waren also dabei, aber es ließ sich in den Jahren 1919 und 1920 doch feststellen, daß eine nationale Stimmung im Wachsen war, nicht zum wenigsten in solchen Kreisen, die sich ihrer Haltung und ihres Versagens in und nach der Novemberkatastrophe schämten. Einen starken nationalen Zufluß, der echt war, brachten rückkehrende Truppen, Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere mit in die Heimat. Es bildeten sich nationale Bünde und Vereinigungen, wie der Deutsche Offizierbund, wie der Verein nationalgesinnter Soldaten, wie der Nationalverband deutscher Offiziere; der Jungdeutsche Orden wurde gegründet, kurz, es war unleugbar: der nationale Gedanke begann wieder zu wachsen. Zugleich trat eine Bewegung mehr hervor: die völkische oder deutschvölkische Bewegung. Vor dem Kriege war in erster Linie der Alldeutsche Verband Träger des nationalen Gedankens gewesen, er hat versucht, den Gedanken auszubreiten, daß das Volk dem Staat gegenüber die höhere Idee und Einheit ist, und der Staat nur dazu dienen soll, dem Volk die ihm und seinem Leben und seiner Art angemessene Form zu geben; daß ferner das äußere Ziel des Deutschtums die Vereinigung aller in Europa getrennt vorhandenen Teile des deutschen Volks sein müsse. Der Alldeutsche Verband, der sich als solcher vom eigentlichen Parteileben fernhielt, hatte führende Mitglieder in der Deutschnationalen Volkspartei. Hinzu kam eine erhebliche Anzahl kleinerer Organisationen, die unter dem Namen der Vereinigten vaterländischen Verbände bekannt geworden sind.

In der Hauptsache war bei allen diesen Gebilden der Leitgedanke: das Gewesene mit einigen „zeitgemäßen" Abänderungen wieder herzustellen; der politisch rechte Flügel lehnte im Grunde auch solche Änderungen ab, begann außerdem ungesäumt mit einer monarchistischen Propaganda, ohne ein Gefühl dafür zu haben, daß er der nationalen Sache damit nur schaden konnte. Im allgemeinen hatte man sich als Ziel hauptsächlich gesetzt, durch baldige neue Wahlen die Mehrheit der Linken und der linken Mitte zu beseitigen und mit einem der Mehrheit nach national zusammengesetzten Reichstage national zu regieren. Sie alle, diese Parteien, Verbände und Vereine, fühlten sich vielleicht in noch höherem Grade als es ihnen

bewußt wurde, mit der zusammengebrochenen Vergangenheit unlöslich verknüpft, für sie hieß es deshalb: zuerst wieder herstellen, das andere wird sich nachher finden. Die linke Herrschaft, die Reichspräsidentenschaft in Gestalt eines Sozialdemokraten, mußte beseitigt werden.

Betrachtet man die Verhältnisse des deutschen Südens, insbesondere Bayerns, so muß angeführt werden, daß der Norden Deutschlands mit seinem Mittelpunkt Berlin den schweren Druck der Feinde von außen, alle Nöte und Fragen, die sich aus ihm ergaben, ganz unmittelbar empfand. Die Parlamente, die Presse beschäftigten sich tagaus, tagein mit diesen Fragen, und nicht anders war es mit den inneren Unruhen. Bayern seinerseits wurde bereits im Frühjahr 1919, nach den schweren Erschütterungen der Eisner-Regierung und der Rätezeit, dasjenige unter den deutschen Ländern, in dem verhältnismäßige Ordnung anzutreffen war. Ordnung! Ordnung schaffen! das war auch das tägliche Wort in Norddeutschland, in Preußen, in Sachsen. Da herrschte überall die „Ordnung!" rufende Linke, und so konnte es weder Ordnung noch Autorität noch, vor allem, Sauberkeit geben. Die Regierer dachten nicht an das große Ganze. Feindliche Bedingungen und Bedrängungen interessierten sie nur unter dem Gesichtspunkt, ob dadurch ihre eigene Machtstellung im Lande erschwert würde. Das war aber nicht der Fall, denn auf Klagen der Bevölkerung erklärte man nach wie vor: solches Elend sei eben durch die Nationalisten, die den Krieg gewollt und nachher verlängert hätten, über das Volk gekommen. Die Sorge galt in jenen ersten Jahren ungleich mehr den eigenen linken feindlichen Brüdern, die sich im Kriege von ihnen und ihren Gefolgschaften getrennt hatten. Wollten sie, die Regierenden, Ordnung im Lande schaffen, wollten sie durchgreifen, so mußten sie sich gegen diese Brüder wenden, und jeder Schlag, den diese erhielten, traf auch die eigenen Massen und stärkte die Agitationskraft des linken Flügels gegen die regierende Sozialdemokratie, trug Zweifel und Zwietracht in ihre eigenen Reihen. Vor kurzem waren sie alle eine einzige große Partei gewesen, auch heute noch waren sie alle Marxisten, sie hatten dieselben Grundsätze in Streiks, in Lohnbewegungen, ihre Massen bildeten alle die gleiche Schicht, sie arbeiteten in denselben Betrieben, sie hatten die gemeinsame Vergangenheit, und nun sollte es möglich sein, daß die regierende Sozialdemokratie mit Härte, ja mit der Waffe gegen dieselbe Masse und ihre Führer vorging, um die früher so gern zusammen verspottete „Ordnung" wieder herzustellen! Und dazu kam die vorher hervorgehobene Tatsache, daß die regierende Sozialdemokratie viel zu schwach war, um sich allein an der Macht halten zu können, daß sie sich mit dem Bürgertum verbinden mußte, daß sie zusammen mit diesem Arbeiter- und Soldatenräte beseitigte und eine halb demokratische bürgerliche Verfassung verlangte und einführte! Aber das schlimmste war, daß der rechtssozialistische Volksbeauftragte und nachherige Minister Noske die Machtbestrebungen der Linken blutig niederschlug.

Aus welchen Motiven Noske vorgegangen ist, brauchen wir nicht zu erörtern, er sah aber wie seine anderen Obergenossen, daß es für ihn und die Stellung seiner Partei und deren anderen Führern um Kopf und Kragen ging, in der vollen Bedeutung dieses Begriffes. Persönlich furchtlos, energisch, listig, auch zur Brutalität fähig, schlug Noske die spartakistischen Unruhen rücksichtslos nieder. Die Kräfte, die unter ihm und für seine Ziele siegten, waren jene Freikorps, von denen wir bereits sprachen, zusammengesetzt aus Männern, die lediglich von reiner Vaterlandsliebe erfüllt, stürmisch und freudig ihr Leben einsetzten, als die Regierung der sogenannten Volksbeauftragten sie aufrief. Sie fragten nicht, was nach dem Kampfe sein werde, sie dachten auch nicht darüber nach, weshalb und mit welchem Recht die

Machthaber und Nutznießer des Umsturzes zur „Rettung des Vaterlandes", das gerade diese in die Katastrophen mit hineingebracht hatten, aufriefen. Genug, sie kamen, und als sie alle Greuel gerade dieses Krieges siegreich durchgekämpft hatten, da dankte ihnen die Republik der Volksbeauftragten und die ihrer Nachfolger, indem sie diese Kämpfer danklos auf die Straße warf, nur darauf bedacht, die Vertreter des bisherigen Offizier- und Unteroffizierstandes nunmehr endgültig zugrunde gehen zu lassen. Als sie das merkten, da schwuren sie: derartiges sollte ihnen nicht wieder passieren, niemals würden sie sich ohne garantierte Gegenleistung wieder der Republik zur Verfügung stellen. Der Schwur war nicht notwendig, er war zu spät, man brauchte sie nicht mehr. Auf Grund dieser Tatsache konnte der Minister Noske voll Stolz, das erreicht zu haben, sagen: das Offizierkorps sei nunmehr bettelarm. Er hatte recht, das Offizierkorps des alten Heeres war völlig verarmt, bettelarm, aber es hat nicht gebettelt, nicht einmal um Gerechtigkeit, aus Stolz nicht und weil es wußte, daß es gerade hier keine Gerechtigkeit erhalten würde.

So hatten die Freikorps den sozialistisch-demokratischen Staat, geblendet durch dessen Kulisse: Vaterland, gerettet und waren von den Geretteten zielbewußt und in überlegter Treulosigkeit dem Untergang preisgegeben worden. Ein Sieg der Treulosigkeit, wie er zu den schwärzesten Flecken der gerade an solchen nicht armen deutschen Geschichte gehört.

Ein Satyrspiel war, was sich auf der anderen Seite begab: tatsächlich hatte Noske den sozialdemokratisch-demokratischen Staat gerettet. Er war der einzige von den damals „Prominenten", der über die Entschlossenheit und Furchtlosigkeit verfügte, dabei die vertrauensvollen Offiziere schlau im Glauben ließ, er sei im Grunde ein nationaler Mann, der auch vielleicht imstande sein werde, aus jener Republik einen nationalen Staat zu machen, woran er nie gedacht hat, ebensowenig wie vor oder nach ihm irgendein Marxist. Die Republik aber, alle ihre Machthaber und Nutznießer, verdankten ihm in der Tat alles, ihre Macht, ihren Reichtum und ihr Leben. So ist es tragikomisch, daß diese Geretteten nicht wagten, ihrem Retter so zu danken und so für ihn einzutreten, wie es eine selbstverständliche Pflicht für sie, als Träger jenes Staates, gewesen wäre. Vor der Angst aber, die sie vor den Massen hatten, verschwanden Gerechtigkeit, Anstand und Dankbarkeit ohne weiteres. „Der Bluthund Noske", der „Arbeitermörder Noske" war zum Schlagwort der von der linken Sozialdemokratie und den Kommunisten aufgehetzten Massen geworden. Bis tief in die Reihen der regierenden Sozialdemokratie und Demokratie war man der Ansicht, daß Noske sich zwar seiner Aufgabe erfolgreich entledigt hatte, daß ihm der Bestand des Staates zu danken sei, aber ... aber er hätte das tun müssen ohne oder nur mit ganz wenig Blutvergießen, das ginge nun einmal nicht in einer neuzeitlichen Republik, einen solchen Pelz dürfe man nur waschen, ohne ihn naß zu machen. Und dann die Massen! Sie, die immer Umworbenen, fürchtete man in den leitenden Kreisen der Republik mit allen Kräften einer angstgeschwollenen Seele. Noske mußte also verschwinden, zum mindesten kaltgestellt werden. So sitzt er jetzt seit einem Jahrzehnt als Oberpräsident in Hannover. Man wagt nicht, den „Arbeitermörder" an sichtbare Stelle, etwa in ein Ministerium, zu bringen oder ihn überhaupt im Reichstage auftreten zu lassen, denn: was würden die Massen sagen! Das ist die Frage, um die sich alles drehte, und heute ist es auch noch nicht anders. Heute aber spricht niemand mehr von Noske, schon seit vielen Jahren nicht. Wenn wir heute diesen „Fall" der Vergessenheit entreißen, so geschieht es deshalb, um zu zeigen, wes Geistes Kinder jene Persönlichkeiten waren, welche diese Republik „aufbauten". Aber wir müssen die Erscheinung Noskes auch noch von einer anderen Seite sehen.

Die nationalen Kreise erblickten in dem Noske der Freikorps, wie gesagt, einen Mann, den sie in ihr Lager hinüberziehen könnten. Politisch und psychologisch naive Offiziere versuchten, den alten Marxisten „einzuwickeln", zu überzeugen. Schweigend und listig ließ er solche Versuche über sich ergehen, innerlich lächelnd über das Vertrauen, das man ihm von nationaler Seite entgegenbrachte. Noske hat niemals daran gedacht, die Sozialdemokratie und die Anschauungen des Marxismus zu verlassen. Er war jederzeit bereit, das Vertrauen der nationalen Kinder zu mißbrauchen und nutzte die Gelegenheit, ihre Denkweise zu erfahren, gerne aus. Daß er schließlich in dem ebenfalls so unendlich naiven Kappunternehmen kurze Zeit hinters Licht geführt wurde, ändert hieran nichts. Zur Beurteilung der nationalen Parteien aber ist die Tatsache wichtiger, daß sie so große Hoffnungen gerade auf Noske setzten. Was hofften sie von ihm? Er war der Wehrminister, der Befehlshaber der vorhandenen Wehrkräfte. Bei ihm lag also der Schlüssel zur Beseitigung der derzeitigen Machthaber oder Regierung. Noske konnte, sobald er wollte, den Weg zu einem nationalen Staatswesen, in dem wohlgemerkt die nationalen Parteien herrschen würden, freimachen. Woraus schloß man nationalerseits, daß er zu einer solchen Rolle bereit sein würde? Da stand an erster Stelle seine Bekanntschaft mit Offizieren der früheren Armee und Marine. Noske war vor dem Kriege als Abgeordneter — er galt als Marine- und Militärsachverständiger seiner Partei — in Ausschüssen und bei Besichtigungen viel mit Offizieren in Berührung gekommen und hatte sich für das Gebiet interessiert, aber mit seiner Fraktion brav und konsequent dem alten Kampfruf gemäß stets gestimmt: „diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" Als er dann nach dem Umsturz, den er selbst mit schlauer Geschicklichkeit für die Sozialdemokratie gelenkt hatte, Wehrminister geworden war, da hielten ihn Nationale und besonders Offiziere für ihren kommenden Mann, der eigentlich „vollkommen national" sei. Hätten sie diese kindlichen Hoffnungen auf Noske nicht gesetzt, so würden sie vermutlich den Kapputsch mit etwas mehr Erfolg haben durchführen können, mit etwas mehr! Sicher auch nicht mit dauerndem Erfolge.

Die geschichtliche Schablone ist überall da eine schwere Gefahr, wo es an Stärke eigenen Willens und an Klarheit eigenen Zielblicks mangelt. Nach dieser Schablone bildete sich die Zwangsvorstellung: der „Revolution" werde nun die „Gegenrevolution" folgen, wie das B auf das A folgt. Der siegreiche Umsturz schrieb und schrie unaufhörlich, man müsse schärfste Aufmerksamkeit auf jede Regung einer Gegenrevolution haben, und in nationalen Kreisen flüsterte man als eine Selbstverständlichkeit: nun die Revolution gewesen sei, müsse man sobald wie irgend möglich die Gegenrevolution vorbereiten. Gesiegt hatte der internationale Marxismus, also müsse nunmehr der nationale Teil des deutschen Volks das Geschehene wieder rückgängig machen, das Gewesene wiederherstellen, nicht zum wenigsten die Monarchie. Daß solche Dinge in den Parteiprogrammen nicht gesagt wurden, versteht sich von selbst, aber so dachte man und so hoffte man. Der Verfasser dieses Buchs wandte sich damals an einen der ersten Führer der neugegründeten Deutschnationalen Volkspartei und des preußischen Konservativentums mit der Vorstellung, er möge doch der unsinnigen monarchistischen Propaganda einen Riegel vorschieben. Der Konservative gab zu, daß im Augenblick eine laute Propaganda nicht zweckmäßig sei, stellte sich aber unbedingt dabei sehr befremdet zu der Auffassung, daß monarchistische Propaganda überhaupt nicht am Platze, im Gegenteil vollkommen verfehlt sei. Das war ein Einzelfall, der sich in anderer Form auf allen Gebieten damals wiederholte. Niemand begriff, daß trotz der nicht eben großartigen Äußerungen des Umsturzes selbst sich doch nicht nur etwas Umstürzendes vollzogen hatte,

sondern etwas Grundstürzendes. Man sah die Anlässe zum Umsturz, aber nicht die tieferen Gründe und Ursachen. Man sah eigene Fehler und Unterlassungen, die den Umsturz selbst erst möglich gemacht hatten. Man sah aber nicht die tieferen Ursachen und Gründe eben dieser eigenen Fehler und Unterlassungen. Die rechtsstehenden Elemente wollten gewissermaßen auf der Oberfläche wiederherstellen durch eine neue Oberflächenschaffung. Wohl sprachen sie und mit Recht von Betrug und Verrat, von Infamie und Pöbelherrschaft und später, nach der Äußerung des britischen Generals Maurice, mit allem Recht, von dem Dolchstoß, wohl verurteilten sie das willenlose Eingehen auf alle Forderungen der Feinde, aber die Frage wurde nicht aufgeworfen: Wie war es denn möglich, daß alles so kommen konnte?

Man stellte nicht die Überlegung an, daß, wenn man das neue System beseitigen wollte, man wenigstens einen festen Ausgangspunkt, einen Baugrund, haben mußte für das, was man selbst bauen wollte. Anstatt dessen wurde von vornherein der alte Kampf der alten Parteien — alten, denn die Namensänderungen hatten ihr Wesen nicht geändert — auf die Fahne geschrieben. Jetzt wolle man den politischen Gegner aber besiegen, alles Nationale solle sich sammeln, dann werde das Ziel erreicht werden, dann werde auch die Errichtung des Kaisertums Frage nur einer kurzen Zeit sein, denn „im Grunde" sei das deutsche Volk doch vollkommen monarchisch; nebenbei bemerkt, einer der törichsten Irrtümer. Er stammte noch aus der Vorkriegszeit. Die nationalen Strömungen stellten schon im Jahre 1919 Prätendenten auf, machten neue Verfassungen und wollten Prinzen für den hohen Beruf erziehen, zu dem sie in naher Zukunft ausersehen sein würden. Die gleichen Kreise glaubten, daß es unschwer möglich sein würde, wenn sie ans Ruder gekommen wären, mit der ganzen Bevölkerung nationale Politik zu machen und so den feindlichen Mächten die „Einheitsfront" entgegensetzen zu können. Neue Vereine und Verbände wurden in jenen ersten Jahren fleißig gegründet, bei allen waren schöne, bisweilen auch noch nicht ganz abgebrauchte Gedanken zu finden, aber der Boden war immer ein ausgesprochener Bürgertumboden. Man verstand nicht, richtiger gesagt, man dachte gar nicht daran, daß *das Unglück letzten Endes nur eine Folge der tiefen sozialen Spaltung war, des ungelösten und vergifteten Zustandes der sozialen Frage*. Wie wollte man ein deutsches Volk, eine Einigung auf Grund gerade derjenigen Zugeständnisse schaffen, welche diesen breiten und tiefen Spalt geschaffen hatten?

Gewiß, auch auf die Spaltungen waren Aufmerksamkeit und Sorge der nationalen Kreise gerichtet. Aber das waren Uneinigkeiten unter ihnen selbst, zwischen den nationalen und völkischen Organisationen. Es war die alte deutsche Krankheit der Zwietracht und Eifersucht. Man dachte, der völkische Gedanke habe sich nur wegen dieser Uneinigkeiten trotz jahrzehntelanger Kämpfe und Arbeit nicht durchsetzen können. Schon vor dem Kriege hatten einzelne Persönlichkeiten Zusammenschlußversuche gemacht, um aus den verschiedenen Organisationen einen großen Bund zu schaffen, innerhalb dessen jede ihre Selbständigkeit behielte, während trotzdem im ganzen ein einheitlicher Kurs unter einheitlicher Führung gesteuert würde. Man hatte nach dem Kriege in diesen Kreisen auch bald erkannt, daß die als möglichst weites nationales Sammelbecken gegründete Deutschnationale Volkspartei den nationalen Gedanken nur matt und verwässert zum Ausdruck bringen könne und daß sie den völkischen Gedanken nur von einem Teil ihrer eigenen Mitglieder gezwungen höchstens ab und zu zu Wort kommen lassen konnte, wenn sie ihren Zusammenhalt wahren wollte. Von den völkischen Organisationen war die eine schärfer oder weniger scharf als die andere. Jede glaubte, sie besitze die Führer, den Schlüssel zu einer deutschen Zukunft, nur etwas mehr

Macht brauche sie, die anderen möchten sich um sie herumschließen, dann könne der Erfolg nicht ausbleiben.

Nun kann man heute dazu folgendes sagen: Gewiß wäre eine Einigung und ein Zusammenschluß der völkischen Verbände ein Erfolg gewesen. Hätten sie sich zusammengetan, so wäre ihr Gewicht ebensoviel größer gewesen, wie es sich durch ihr Alleingehen und gar durch unaufhörlichen erbitterten Streit teilte und zerteilte. Man nannte sich völkische Bewegung, und in der Tat war eine völkische Bewegung auch vorhanden. Durch den Streit der Organisationen, der weniger auf sachlichen Gegensätzen beruhte als auf persönlicher kleinlicher Herrschsucht und Eifersucht, den Streit der Zaunkönige, wurde sie zum Gegenstand eines beinah allgemeinen Spottes, trotz vieler tüchtiger Persönlichkeiten, die sich ihr angeschlossen hatten und die von hohem, reinem Willen getragen wurden.

In den ersten zwanziger Jahren versuchte man wieder eifrig Zusammenfassung der Bünde und Verbände. Der Deutschvölkische Freiheitsbund hatte sich gebildet, er wurde bald darauf aus dem Bunde politische Partei und versuchte sich zum völkischen Mittelpunkt für Nord- und Mitteldeutschland zu machen. Daneben stand der alte, früher sehr verdiente und auf lange Kämpfe und Leistungen zurückblickende Alldeutsche Verband, beide befanden sich in scharfem Gegensatz. Die Deutsch-Soziale Partei stand mit starken Ansprüchen an die Zukunft neben beiden als Rivalin. Die Deutschnationale Volkspartei, innerhalb derer der Alldeutsche Verband wachsend Einfluß zu gewinnen suchte, hatte einen „völkischen Flügel", der seinerseits versuchte, das völkische Element innerhalb der Partei zu größerer Geltung zu bringen, sich in der Folge jedoch trennte. Drei Führer gingen in den Deutschvölkischen Freiheitsbund, machten ihn zur Partei, während der „gemäßigtere" völkische Flügel in der Deutschnationalen Volkspartei blieb. Der Gegensatz war damit vollkommen und auf Einigung um so weniger zu rechnen, als die Deutschnationale Volkspartei sogar in ihrer Eigenschaft als nationale Partei immer mehr zu Kompromissen sich geneigt zeigte. So war an eine wirkliche Einigung der völkischen Organisationen nicht zu denken. Als nach Verlauf einiger weiterer Jahre wenigstens ein Ausgleich eintrat, war dieser doch so äußerlicher Natur, daß an eine Verstärkung des Gewichtes des einen durch den anderen oder gar an eine gemeinsame und aktive wirkliche Zusammenarbeit praktisch nicht zu denken war. Die Deutschvölkische Freiheitsbewegung, wie sie genannt wurde, enthielt von Anfang an ungleichartige Elemente, was zwar in der ersten Zeit weniger hervortrat, außerdem war ihr Programm nur recht vagen Inhalts, immerhin für die Anfangszeit genügend. Auf die spätere Entwicklung der Deutschvölkischen Freiheitspartei wird noch zurückzukommen sein. Wir erwähnen sie an dieser Stelle nur, weil in die ersten zwanziger Jahre die Annäherung ihrer Führerschaft mit Hitlers Partei fällt.

Die Zusammensetzung dieser Partei, die sich als Bewegung bezeichnete, es dagegen im Sinne des Begriffs nie war, ist interessant genug. In ihr waren diejenigen vereinigt, welche sich von der Deutschnationalen Volkspartei getrennt hatten oder durch sie ausgeschlossen waren. Die Führung wurde im wesentlichen von zwei Persönlichkeiten dieser Kategorie ausgeübt. Dazu kamen Mitglieder und Unterführer des Mittelstandes, meist auch bis dahin deutschnational. Einige aus der alten deutschsozialen Bewegung der Vorkriegszeit, andere aus konservativen Kreisen. Auch die Führer waren ausgesprochene Monarchisten und im parteipolitischen Sinne konservativ, andere, wie der Verfasser dieser Schrift, hatten die Deutschnationale Volkspartei abgelehnt und gaben sich der irrigen Hoffnung hin, die Führung der neuen Partei würde, da sie auf ihre Fahne das Wort völkisch geschrieben hatte,

verstehen und empfinden, daß der völkische Gedanke in Deutschland nur auf der Grundlage und im Geiste des deutsch verstandenen sozialistischen Gedankens verwirklicht werden könne. Nach wenigen Jahren sollte sich zeigen, daß diese Hoffnung irrig war. Wohl wollte man in dieser Partei „soziale Politik treiben", aber gleichzeitig Fühlung mit den konservativen Strömungen der Deutschnationalen Volkspartei und mit dem Lande halten, nicht minder mit den großen industriellen Arbeitgebern. Der Unterschied zwischen dieser Bewegung und der Deutschnationalen Volkspartei bestand lediglich dem Grade nach. Es herrschte ein ausgesprochener nationaler Radikalismus, außerdem ein ausgesprochener Antisemitismus. Die an sich richtige Erkenntnis des Einflusses der internationalen Mächte des Judentums, der Freimaurerei und des Jesuitismus wurde grotesk durch krankhaften Argwohn, der alles, was in der Welt geschah oder geschehen könnte, auf diese Mächte zurückführte und damit eine nüchterne politische Erkenntnis nicht aufkommen ließ. Die Elemente innerhalb der Partei, welche eine soziale Umwälzung als Bedingung für eine deutsche Zukunft ansahen, mußten sich von Jahr zu Jahr mehr eingestehen, daß sie mit dieser Erkenntnis in der Partei nicht Wurzel fassen konnten. Die deutschvölkische Freiheitspartei war eine Partei der gebildeten Schichten, die allerhand reformieren wollte, im übrigen auch in weitem Maße vergangene Verhältnisse wieder herzustellen gedachte. Als sie gegründet wurde, um das Jahr 1922, bestand Hitlers Partei, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, nicht nur, sondern sie griff in München und darüber hinaus in Bayern mächtig um sich. Hitler hatte auch einige Male in geschlossenem Kreise zu Berlin gesprochen, persönliche Fühlungen waren hergestellt worden, und bald machte sich in der Freiheitspartei der Wunsch bemerklich, mit der Hitlerpartei auch politisch in engere Beziehungen, zu einer Zusammenarbeit zu gelangen. Man dachte sich, Hitler den Süden Deutschlands, der Freiheitsbewegung Mittel- und Norddeutschland als Betätigungs- und schließlich als Herrschaftsgebiet zu überlassen.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei wandte sich ausschließlich an die höheren Schichten und an den Mittelstand, während der kleinere Mittelstand in den Städten Norddeutschlands während der ersten Hälfte der zwanziger Jahre starken Anhang für jene Deutsch-Soziale Partei aufwies.

Was der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung in den ersten Jahren ihres Bestehens viele Mitglieder zuführte, auch einen gewissen Nimbus und, wie wir sehen werden, einen zeitweiligen großen Aufschwung brachte, war in erster Linie das mehr oder weniger klare Empfinden im Volke, daß die Nachkriegsparteien, auch die nationalen, nicht das brächten noch bringen könnten, was die furchtbaren Zustände in Deutschland zu beseitigen imstande wäre. Auch der Name „Freiheitspartei", der, glücklich gewählt, an das deutsche Empfinden appellierte, hatte seinen Teil daran. Frei wollte man werden, im Innern und nach außen. Keine der alten noch der neuen politischen Parteien hatte in ihren Namen und Programmen dieses Wort der Befreiung und der Freiheit. In den ersten Aufrufen der Partei lautete die Schlußwendung: „Unser Weg ist Kampf, die Freiheit unser Ziel, es lebe die Freiheit!" Die Verfasser des Aufrufes hatten dabei in erster Linie und ausschließlich an die Befreiung von den Ketten des Versailler Vertrages gedacht. Viele Hunderttausende, die es hörten und lasen, dachten nicht weniger an die Befreiung des Deutschen von Klassenherrschaft und von Geringschätzung der gebildeten und bemittelten Schichten. Und hier lag, das Gesagte zeigte es schon, die Schwäche dieser Partei, die auch in der sozialen Schichtung an das Gewesene anknüpfen wollte und die Tradition als etwas verkündete, das sorgfältig zu erhalten und zu pflegen sei. Das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken, zur Monarchie, das die maß-

gebenden Führer einmal über das andere ablegten, bedeutete nicht allein eine Bindung der Partei und ihrer Führer, sondern mußte notwendigerweise auch breite Schichten der Bevölkerung abschrecken, die sich zu nationaler, deutscher Gesinnung durchgerungen hatten, jedoch die monarchische Staatsform, vor allem die Erbmonarchie, auf absehbare Zeit für schädlich hielten. In dieser Bewegung steckten auch starke Gefühlselemente: in einer Versammlung des Jahres 1920 sprach in einem nationaldemokratischen Verein ein Handwerker über die Monarchie und antwortete einem Vorredner mit der Wendung: „Ihr sagt, wir sollen den Kaiser und die Monarchie nicht verlassen; es ist anders gewesen — der Kaiser hat uns verlassen!" So verhielt es sich auch in Wirklichkeit.

Besonders in jenen ersten Jahren nach dem Umsturz von 1918 trat aus den verschiedenen Schichten der Bevölkerung immer wieder der Wunsch und die Sehnsucht hervor: nun endlich müßten doch die bisherigen alten sozialen Scheidewände fallen, man sei ja durchaus nicht internationalistisch, man wolle nur auf gleichem Fuße mit den anderen Schichten und Klassen behandelt werden. Die Deutschvölkische Freiheitspartei hätte gerade in diesem Gedanken sich eine feste Grundlage für ihr Gedeihen schaffen können. Aber ihre Führung versagte, weil sie selbst den sozialen Gedanken nicht in sich trug. Wohl sprach sie mit ihren Gefolgsmännern davon: vieles müsse natürlich in dem völkischen Zukunftsstaate anders werden, auch auf sozialem Gebiet. Aber das war immer doch nur ein Sozialsein mit Reformen und gleichsam „von oben herunter". Da war die Erwägung, man werde nicht darum herumkommen, weiter auf sozialem Gebiet erhebliche Zugeständnisse zu machen. Da war die Erwägung, man könne sich wohl dem Drängen solcher Strömungen nicht ganz entziehen und werde ihm nachgeben, soweit es von Fall zu Fall notwendig sei. Man hatte es also bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei im Grunde mit nichts anderem zu tun als mit einer organisierten Schicht, die sich als Herrenschicht den anderen Teilen der Bevölkerung gegenüber fühlte, sich ihre innerpolitischen Ziele in diesem Sinne gesetzt hatte und die rein taktisch denkend sich sagte, sie werde wohl den Forderungen der Arbeitnehmerschaft gegenüber bisweilen nachgeben und zurückstecken müssen. Aber es lag dieser Parteiführung sehr fern, ihr bzw. das Parteiinteresse und Parteiziel mit Interessen und Ziel und Wünschen der Arbeitnehmerschaft gleichzusetzen und, gleichsam aus der Seele der Arbeitnehmerschaft heraus, die soziale Frage zu betrachten und auch zu behandeln. Die Freiheitspartei war eine reine Bürgerpartei mit allen Eingeschränktheiten des bürgerlichen Horizonts, über den der Bürger eben nicht hinwegkommt. Wohl fand man in Reden und Manifestationen gelegentlich sehr freundliche Einstellung zu der Arbeitnehmerschaft, aber man war entschlossen, sie in ihren alten, anderen Bevölkerungsteilen untergeordneten Verhältnissen zu belassen, ja sie zu zwingen, darin zu bleiben. Das alles bedeutete keine Böswilligkeit, sondern die zwangsläufige Entwicklung einer Partei, deren Name und äußeres Gehaben nicht mit dem Wesen übereinstimmt. Mit dem einen Flügel an die konservativen Großgrundbesitzer, die ausgesprochene preußische Reaktion, gebunden und verbunden, mit dem anderen im kleinen, grundphiliströsen für große, unbestimmte Phrasen eingenommenen Bürgertum verwurzelt, bot diese Partei die Unmöglichkeit, daß diejenigen innerhalb der Partei sich durchsetzten, welche die soziale Frage für den Angelpunkt schlechthin der deutschen Zukunftsfrage hielten.

Man glaubte, und dieser Glaube war an sich richtig, mit einer rein, übrigens betont protestantischen, antikatholischen völkischen Bewegung eine Lücke auszufüllen, welche die vorhandenen politischen Parteien nicht ausfüllten, nicht ausfüllen konnten. Man begriff aber nicht, daß das nur möglich war, daß diese völkische Bewegung nur unter der Bedingung

zu einer Partei wirksam gestaltet werden konnte, wenn die Partei den völkischen Gedanken nicht allein als Abwehr und Widerstand nach außen verstand, nicht allein im rassischen Sinne, im Sinne der Rassenpflege, sondern wenn sie begriff, daß für jede Freiheitsbewegung der Gedanke des Volksgenossentums in einem zerrissenen Volk zugrunde gelegt werden und alle erfüllen mußte. Der volksgenössische Gedanke aber war und bleibt der soziale Gedanke, der sozialistische Gedanke im deutschen Sinne verstanden. Schließlich muß gesagt werden, daß die Freiheitspartei nicht frei war von jener seit Jahrzehnten in Deutschland gepflegten völkischen Vereinsmeierei, die dem jungen Hitler schon einen so tiefen Widerwillen einflößte, daß er mit aus diesem Grunde für seine Partei den Namen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wählte. Dieser Name sollte, so schreibt er, alle jene völkischen Vereine und Verbände durch das „sozialistisch", „Arbeiter" abschrecken.

Hitlers Programm

Anfang 1920 entwickelte Hitler in einer Münchner Versammlung zum ersten Male das inzwischen von ihm aufgestellte Parteiprogramm und brachte es zur einstimmigen begeisterten Annahme. Da dieses Programm zusammen mit der Partei entstanden ist, also in ihren allerersten und kleinsten Anfängen, und unverändert bis heute geblieben ist, wo die nationalsozialistische Bewegung eine Partei vieler Millionen geworden ist, so verdient dieses Programm eine ausführliche Betrachtung, nicht allein politisch, sondern geschichtlich und persönlich, als ein Ausdruck von Hitlers Ansichten und Wesen in dem Augenblick, als er, eben mit diesem Programm, in die Politik eintrat:

„Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen."

Das war ein im deutschen Parteileben noch nicht dagewesener und unerhörter Gedanke. Er hing zusammen mit dem ganz ausgesprochenen Kampfcharakter der Partei. Sie stellte ihr Programm auf und sagte: dieses Programm ist ein Kampfprogramm. Unser, der Partei, Kampf ist zu Ende, wenn die im Programm aufgestellten Ziele erreicht sind. Die Frage: warum? beantwortet der Nachsatz, der besagt: diese Partei ist keine Partei des Parteiegoismus, wie er in Deutschland üblich ist und als selbstverständlich angesehen wird. Diese Partei erklärt vielmehr offen und frei und bindet sich somit, daß sie sich nach Erreichung der aufgestellten Ziele auflösen wird. Wenn diese Ziele erreicht sind, dann wird der Zustand in Deutschland ebenfalls erreicht sein, für den die Partei kämpft und um dessentwillen sie sich gebildet hat! — In dem kurzen Satz liegt aber noch mehr enthalten, viel mehr:

Die politischen Parteien in Deutschland, wie sie durchgängig waren und sind, streben zwar eine wie die andere zur Macht, zur Herrschaft. Im Hintergrund dieses durchschnittlichen Parteibewußtseins aber steht der Gedanke, daß der Kampf der Parteien immer fortdauern und daß bald die eine Partei oder Parteiengruppe „am Ruder" sein werde, bald die andere. Das Hitlersche Programm ist aus dem Gedanken hervorgegangen, daß die Partei sich für die Durchführung ihres Programms bildet und dann dafür mit allem und bis aufs letzte einsetzt, nach der Durchführung des Programms verschwindet, aber unter allen Umständen bis zur Durchführung kämpft. Für die anderen politischen Parteien sind ihre Programme im besten Falle Richtlinien, sehr oft lediglich Propagandaphrasen, außerdem je nach Konjunktur und dem Wechsel der Ansichten innerhalb der Partei auch Änderungen, und zwar sehr weitgehenden, unterworfen. Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei vom Jahre 1919 ist, wie gesagt, seit ihrem Bestehen nicht in einem einzigen Punkte, nicht in einem einzigen Wort geändert worden, obgleich es natürlich neben den allgemein gültigen und bis

zu einem gewissen Grade zeitlosen grundsätzlichen Forderungen notwendigerweise zu einem Teile auch aus der damaligen Lage hervorgegangen ist.

Der erste Punkt des Programms sagt:

> „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland."

Der erste Gedanke an sich war nicht neu: der Alldeutsche Verband hatte ihn seit Jahrzehnten verkündet, und sein Name „alldeutsch" sollte ihn ausdrücken, nicht, wie seine Gegner und Feinde deuteten: Alles, also die ganze Erdoberfläche, solle deutsch werden. Etwas durchaus Neues aber war die Aufstellung dieser Forderung für eine Arbeiterpartei in Deutschland. Sie bedeutete die Verkündung schroffsten Gegensatzes und Kampfes gegen die marxistischen Parteien, die sich Arbeiterparteien nannten und dem Arbeiter Jahrzehnt für Jahrzehnt eingeprägt hatten, nur im schrankenlosen Internationalismus liege für den Arbeiter die Zukunft; die Nationen müßten sich miteinander vermischen, sich in eine „Menschheit" auflösen. Der erste Programmpunkt der Hitlerpartei wandte sich an den Arbeiter: du hast als Vaterland nur ein deutsches Vaterland, und dieses muß erst einmal von allen Deutschen durch deren Zusammenschluß gebildet werden.

Das Selbstbestimmungsrecht hatte der amerikanische Präsident Wilson als das Recht auch der kleinsten Völker, Nationen und Staaten hingestellt. Im Versailler Vertrage und ebenso in dem Vertrage von Saint Germain hatten die Feindmächte das Selbstbestimmungsrecht ausschließlich *gegen* das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn zur Anwendung gebracht, indem sie Millionen Deutsche mit deutschem Boden anderen Staaten zugesprochen hatten. Die Ausführung des Selbstbestimmungsrechts war ein Hohn auf die Worte Wilsons, welche übrigens von diesem Manne auch nicht in einem unparteilichen, also allgemeingültigen Sinne gemeint gewesen sind. Der Gedanke der freien Selbstbestimmung hat, wir können das heute nach mehr als einem Jahrzehnt feststellen, immer mehr Widerhall in der Welt gefunden; die Parole: Selbstbestimmung ist in steigendem Maße von den kleinen und großen Nationen, von den unterdrückten und versklavten Völkern aufgenommen worden. Die erste Forderung des Hitlerschen Programms stand damals noch unter dem ganz frischen Eindruck der „vierzehn Punkte" Wilsons und des groben Betruges der verbündeten Feindmächte, wie ihn das Versailler Papier zur grausamen Wirklichkeit für Deutschland, für Österreich und für Ungarn gemacht hatte.

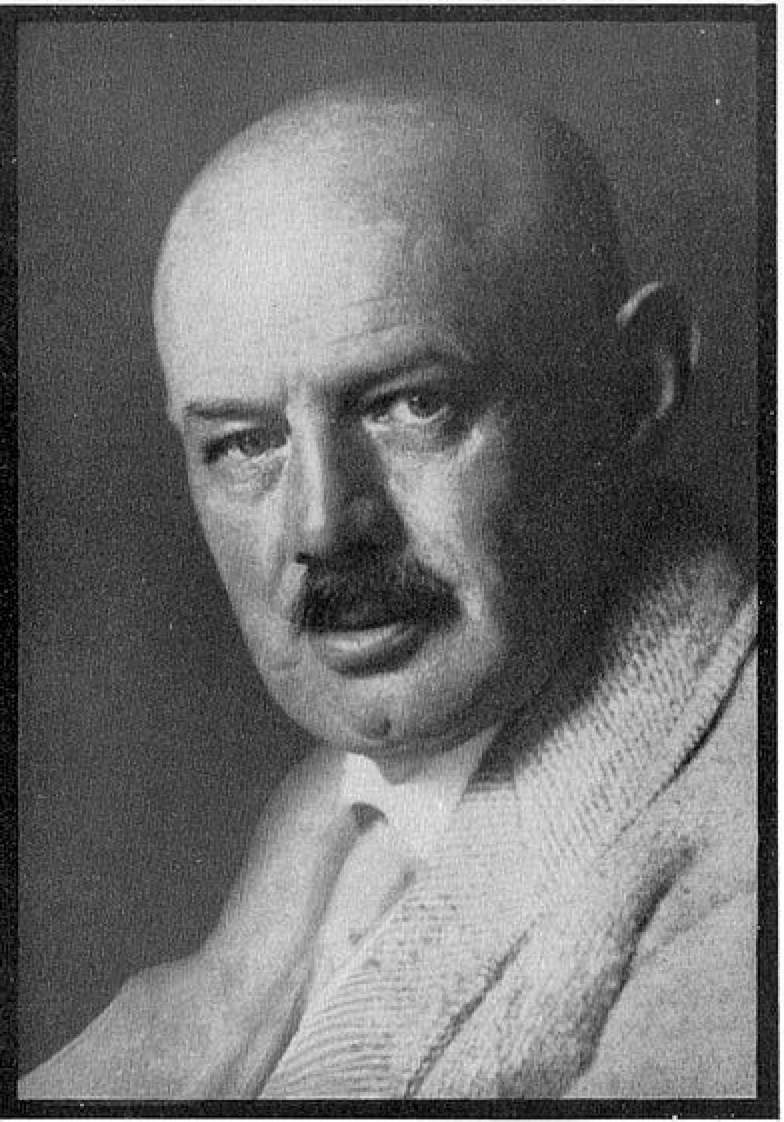
Das nationalsozialistische Programm verlangt diesen Zusammenschluß aller Deutschen, also nicht aus Eroberungslust oder Willen zu einem Kriege, sondern einfach aus dem deutschen Gedanken heraus, dem natürlichen Gedanken, daß alles Deutsche und damit alle Deutschen von Natur zusammengehören. Die unglückliche, verhängnisvolle Geschichte der Deutschen, die letzten Endes doch den Ursprung in den Fehlern und Mängeln deutschen Wesens hat, schuf jenen, man möchte sagen, herzzerreißenden Zustand, daß sogar in Europa viele Millionen Deutscher getrennt von dem Hauptstamm des deutschen Volkes zu leben gezwungen sind. Haben sie das in kleinem Maßstabe früher nicht oder weniger empfunden, so hat der Versailler Vertrag diesen Zustand zu einem immer ungerechteren gemacht, ihn auch durch die Gründung Polens und der Tschechoslowakei zu Unerträglichem verschärft. Der Zug der von dem großen deutschen Mutterlande abgeschnittenen Deutschen nach Vereinigung ist in den Jahren, die seit der Aufstellung von Hitlers Programm verflossen sind, immer mehr gewachsen. Der erste Programmpunkt hat sich also als die Zeit überdauernd

und deshalb als richtig gewählt gezeigt. Er bedeutet ein Fernziel, denn die nationalsozialistische Bewegung wußte schon damals, welche unabsehbaren Hindernisse sich der Vereinigung der deutschen Kontingente in Europa entgegenstellen, und daß der gesamte Versailler Vertrag mit als Hauptgedanken hat, daß diese voneinander gewaltsam getrennten Deutschen nicht wieder zusammenkommen dürfen. Das war und bleibt für den Nationalsozialismus nur ein Grund, um den Kampf für die Wiedervereinigung der Deutschen um so zäher und zielbewußter zu führen, auch um so umsichtiger. Die Partei ist sich schon bei diesem ersten Programmpunkt bewußt: er steht und fällt damit, daß die Anziehungskraft des Deutschen Reichs für die andern Deutschen nicht abnimmt, sondern wächst. Das aber ist auf die Dauer nur dann möglich, wenn im Deutschen Reiche neue Zustände geschaffen werden im nationalistischen, sozialistischen Sinne. Nur so kann die vielbesprochene Volksgemeinschaft zu einer gesunden Tatsache werden; nur so können die beschämenden und verderblichen Parteikämpfe mit ihren die Zerrissenheit vermehrenden Wirkungen beseitigt werden; nur so können die internationalen und internationalistischen Einwirkungen zum Verschwinden gebracht werden; nur so kann ein wirtschaftlich gesundes Deutschland zustande kommen. Und nur ein Deutschland, in dem diese Hauptforderungen erfüllt sind, vermag den außerhalb der jetzigen Grenzen lebenden Deutschen die Sehnsucht und den Willen zur Wiedervereinigung und damit auch zur Selbstbehauptung zu erhalten. Ein zerrissenes, im Innern nicht reinliches, sich selbst entehrendes Deutschland, das an seiner eigenen Zukunft zweifelt oder gar nicht einmal eine eigene deutsche Zukunft mehr will, ein solches Deutschland wird immer weniger Gegenstand der Sehnsucht für außerhalb wohnende Deutsche sein. Sie werden früher oder später, sei es mit Schmerz oder mit resigniertem Achselzucken, finden, daß bei einer solchen Entartung des Mutterlandes nichts anderes übrig bleibe, als in den anderen Völkern aufzugehen. Unnütz zu sagen, daß das hohe Ziel der Wiedervereinigung aller Deutschen dem Nationalsozialismus ohne weiteres zur freiwillig geübten frohen Pflicht macht, mit den außerhalb der Reichsgrenzen wohnenden Deutschen lebendigsten Verkehr zu unterhalten, kulturell, persönlich und politisch, durch Verbreitung der nationalsozialistischen Lehre unter ihnen.

So enthält der erste Punkt des Programms eine Fülle von Gedanken, Voraussetzungen und Zielen, die verwirklicht, den Nationalsozialismus wahrzumachen vermögen. Die Frage, ob die Angliederung der außerhalb wohnenden Deutschen, natürlich einschließlich ihres angestammten Bodens, einen neuen Weltkrieg erfordere, braucht nicht bejaht zu werden. Das nationalsozialistische Programm enthält in keinem Punkte die Forderung eines Krieges. Wie die Dinge in Europa und sonst in der Welt sich entwickeln mögen, vermag niemand zu sagen, das aber steht fest, daß ohne einen festen Willen des ganzen deutschen Volks kein deutsches Ziel erreicht werden kann. Einem geeinigten starken Willen eines Volkes aber pflegt, wie die Weltgeschichte zeigt, auf die Dauer der Erfolg nicht auszubleiben. Wo er ist, dieser Wille, da öffnet sich ihm auch — wie das englische Sprichwort sagt — ein Weg. Wie dieser Weg aussehen wird, wissen wir nicht, denn niemals in der europäischen Geschichte sind die politischen, wirtschaftlichen und nationalen Verhältnisse wie Beziehungen wandelbarer gewesen als jetzt.

Der zweite Artikel des Programms besagt:

> „Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volks gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain.“



Nr. 27. Dietrich Eckardt †, der Künder deutscher Freiheit

Nr. 28. Hitler in der Festung Landsberg

Nr. 29. Der Weg in die Zukunft: Parteitag der NSDAP. in Weimar 1927

Im Frühjahr 1919 wurde der sogenannte Versailler Vertrag zur Tatsache. An anderer Stelle dieser Schrift ist von dem Kampf gesprochen worden, der in Deutschland für und wider geführt wurde. Hitler erzählt, wie er in München versuchte, der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, daß diese Forderungen der Feinde etwas ganz anderes bedeuteten als die deutschen Bedingungen, welche man ein Jahr vorher zu Brest-Litowsk den Russen stellte. Er schildert die Verwirrung, welche die marxistische Verhetzung in den Arbeitergehirnen hervorgerufen hatte. Es war in der Tat in den Arbeitermassen ungefähr die folgende Stimmung erzeugt worden: es sei unerhört und ein Verbrechen gewesen, daß Deutschland dem revolutionären Rußland derart harte Bedingungen auferlegt habe. Deshalb habe man nunmehr auch nicht das geringste Recht, sich den Versailler Bedingungen entgegenzusetzen. Das Gefühl, daß es sich hier eben um die Frage deutscher Selbstbehauptung handelte und daß alle Vergleiche und aller Glaube an einen universellen internationalen Rechtsstandpunkt nichts als Phrase und Selbsttäuschung bedeuteten, dieses Gefühl, das natürliche Gefühl, die innere Gewißheit des inneren Naturrechts war nicht vorhanden, es war vielleicht ursprünglich dagewesen, aber unter dem Einfluß der marxistischen Verbildung verlorengegangen. Das kann uns nicht wundernehmen, wenn wir uns hier der großen, vergiftenden Lügenarbeit während des Krieges erinnern.

In der kleinen Hitlerpartei des Winters 1919/20 war das Gefühl lebendig, daß das deutsche Volk durch die beiden sogenannten Friedensverträge vom Boden der Gleichberechtigung mit den anderen Nationen mit Bedacht und Willen gestoßen wurde. Das Deutsche Reich, Österreich und Ungarn waren nicht Vertragschließende, sondern zu Bestrafende, Vergewaltigte. Ein Strafgericht sollten diese Verträge, so log die „Weltmeinung“, sein, ein Strafgericht über schuldige Verbrecher. In Berlin und Wien, behaupteten die Feinde, eifrig sekundiert in heuchlerischer Moralpose von den Internationalisten in Deutschland, habe man den Krieg von langer Hand her gewollt, vorbereitet und zielbewußt herbeigeführt. Schon im Herbst 1914 deutete eine unverschämte Depesche des amerikanischen Präsidenten Wilson an den deutschen Kaiser an: Deutschland trage die Schuld am Kriege und werde dafür nach seiner Niederwerfung bestraft werden. Während des Krieges wurde dieses Thema in der Presse unserer Feinde unaufhörlich von allen Seiten behandelt, so daß die Völker der Welt am Ende des Krieges sich nicht im Zweifel waren, daß Deutschland in der Tat der Frevler sei, welcher aus Eroberungssucht, aus Herrschbegierde und Übermut die Welt in Flammen gesetzt habe. Deutschland müsse zum „Outlaw“ unter den Völkern gemacht werden, das heißt zum Rechtlosen und Geächteten. In dem berüchtigten Artikel 231 des Vertrages war zum Ausdruck gebracht worden: Deutschland habe für alle Schäden aufzukommen, welche sein „Angriff“ angerichtet habe. Wir brauchen auf den Inhalt der beiden Verträge von Versailles und Saint Germain nicht näher einzugehen. Sie sind inzwischen auch in Deutschland weitesten Kreisen in ihren Hauptzügen bekannt geworden. Die Illusion der Anfangsjahre: man solle nur unterschreiben, nachher werde schon „alles nicht so schlimm werden“, ist verschwunden, und wo diese Ansicht aufrechterhalten wird, da beruht sie auf unwahrhaftiger Propaganda.

Die Hitlerpartei von 1919/20 traf den richtigen Punkt mit der Wendung: „Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volks gegenüber den anderen Nationen.“ Gleichberechtigung ist aber nur möglich durch Aufhebung der Versailler Bestimmungen. Eben waren die beiden Verträge festgelegt und von den sogenannten Volksvertretungen bewilligt worden, nie hatte das deutsche Volk völliger und jämmerlicher am Boden gelegen, da ging

die kleine, beinahe unbekannte, völlig ohnmächtige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in ihrem zweiten Programmartikel zum Angriff über und verlangte kurz und klar Aufhebung der Verträge als die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Gleichberechtigung des deutschen Volks. Solche Angriffsstellung um jene Zeit bedeutete viel mehr als die nach einem halben Jahrhundert noch bewunderte Weigerung der Anerkennung des Frankfurter Vertrages durch Clémenceau. Und doch war es keine phrasenhafte Redewendung, sondern eine durchaus nüchterne und in sich logische Forderung. Sie vermeidet die im Laufe der folgenden Jahre in Deutschland fast allgemein gewordene Wendung von einer „Revision" des Versailler Vertrages, sondern verlangte Aufhebung schlechthin. Das bedeutete und bedeutet nicht das Hindrängen auf einen unüberlegten Akt, es bedeutet kein bombastisches Pronunziamento, sondern man legt einfach den Finger auf den entscheidenden Punkt, der zugleich Ziel ist: „Aufhebung". Auf welche Weise und in welchen Etappen diese Aufhebung zu erreichen sei, welche Methoden dazu gewählt werden müßten, wird nicht festgelegt, etwas, was für den praktischen Politiker auch eine Unmöglichkeit bedeutet. Gleichwohl bleibt der Unterschied zwischen „Aufhebung" und „Revision" scharf und klar, denn Revision heißt: den Vertrag an sich fechten wir nicht an, sind aber der Auffassung, daß einige Punkte darin revisionsbedürftig seien. Was bei einer solchen Revision herauskommen mag, steht bei einer derartigen Forderung jedoch vollkommen dahin. Revision ist zunächst eine formale Forderung und an sich ganz ohne Inhalt. Gewiß, man kann und wird Inhalt hineinlegen können, die eine Partei diesen, die andere jenen, immerhin bleibt der Begriff der Revision schwankend, unbestimmt. Die Forderung „Aufhebung" ist dagegen eindeutig. Sie bleibt und wird bleiben, auch wenn teilweise Aufhebungen bereits erfolgt sind, bis der Forderung als Ganzes Genüge geleistet und damit die Gleichberechtigung des deutschen Volks hergestellt ist.

Diese Forderung geht aufs Ganze, rückhaltlos und deutlich und läßt dabei alle Möglichkeiten, den tatsächlichen Verhältnissen nüchtern Rechnung zu tragen, das Tempo und die jeweilige erreichbare Forderung danach zu bemessen.

Der dritte Artikel:

> „Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volks und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses."

Das sind zwei Punkte: Ernährung für die vorhandene Bevölkerung, Ansiedlung für den Bevölkerungsüberschuß. Für beide wird Land und Boden gefordert. Das vorhandene Land, der vorhandene Boden genügen für die deutsche Zukunft nicht. Der Krieg hat bewiesen, und zwar durch die barbarische Maßnahme der Blockade, der „Hungersperre", daß Deutschland nicht in der Lage war, seine Bevölkerung aus dem eigenen Boden in genügendem Maße zu ernähren. Man kann darüber streiten, ob es in Ansehung der Vorkriegsverhältnisse in Deutschland möglich gewesen sein würde, die Selbsternährung zu erreichen, vorausgesetzt natürlich eine entsprechende Fürsorge für die Landwirtschaft. In den letzten Jahren vor dem Kriege betrug der jährliche Geburtenüberschuß in Deutschland über 700 000 im Jahr, während eine Auswanderung aus Deutschland in jener Zeit des allgemeinen Gedeihens nicht stattfand. An anderer Stelle sind zu diesem lebenswichtigen Punkte bereits einige Worte gesagt worden. Bismarck sagte in einer Rede 1885 im Hinblick auf eine Panik, die sich in England in dem Augenblick der Kriegsgefahr an die Frage knüpfte, wie England sich im Kriegsfalle verproviantieren werde: „Gebe Gott, daß diese Frage niemals für Deutschland vorgelegt werden wird, sondern daß Deutschland immer in der Lage bleibe, das Korn, welches die

deutsche Nation ißt, auch selbst bei sich zu Hause zu bauen." Vierundzwanzig Jahre später sagte der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Graf Schwerin-Löwitz: „Die unabhängige Machtstellung des Deutschen Reichs wird nicht nur im zwanzigsten Jahrhundert, sondern für alle Zeit auf Gedeih und Verderb bedingt sein von der Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zur Selbsternährung des deutschen Volks." Er sprach von der Möglichkeit eines kontinentalen Krieges bei feindlicher Haltung Englands und sagte: „Dieses ist der nationale Kern der Agrarfrage." Die Frage: Wie werden wir uns ernähren?, von der Bismarck wünschte, sie werde nie an Deutschland herantreten, ist uns nicht erspart geblieben. Der Krieg hat sie im verneinenden Sinn beantwortet. Und für die Zukunft steht sie nicht minder drohend, ja noch drohender vor uns. Wäre 1914 die Ernährung der deutschen Bevölkerung aus dem eigenen Lande von den anderen Mächten als gesichert angesehen worden, so hätten diese wahrscheinlich den Krieg überhaupt nicht gewagt, denn als größte Chance für seinen siegreichen Ausgang betrachtete man eben die Unmöglichkeit für Deutschland, sich und vollends eine Reihe von Jahren, unter Aufrechterhaltung der Kampf- und Widerstandskraft lediglich aus dem eigenen Lande zu ernähren. Diese Gefahr, die sich in den geopolitischen Verhältnissen Deutschlands begründet, ist damit dauernd, solange wir auf überseeische Einfuhr lebensnotwendiger Nahrungsmittel angewiesen sind. Diese Gefahr mit allen Kräften aus der Welt zu schaffen, betrachtet der Nationalsozialismus als eine seiner hauptsächlichsten Aufgaben, ganz im Gegensatz zu den deutschen Regierungen seit 1918, die beinahe ausnahmslos statt einer nationalen Wirtschaft eine Wirtschaft der Auszehrung des eigenen Landes und seiner Produktionskraft betrieben haben.

Nach dem Kriege hat das deutsche Volk große Gebiete im Osten wie im Westen verloren, wertvollsten Boden, mit Millionen deutscher Volksgenossen. Der Krieg hat einen gewaltigen Verlust der männlichen Bevölkerung gebracht, die Geburtenziffern sinken fortdauernd. Geht es im selben Tempo weiter, so ist die Zukunft des deutschen Volks, Deutschlands überhaupt, durch fortschreitenden Geburtenschwund aufs höchste gefährdet. Das bekannte Schlagwort nach dem Roman von Dr. Hans Grimm: „Volk ohne Raum" scheint vor einer Umwandlung in sein Gegenteil zu stehen, nämlich: „Raum ohne Volk". Man stände vor einem unauflöslichen Gegensatz, wenn nicht die folgende Überlegung Platz griffe: Die Anhäufung der deutschen Bevölkerung in den großen Städten hat ungeheuerliche Maße erreicht und steigert sich weiter. Dieser Zustrom kommt vom platten Lande und wird von der großen Stadt in kurzer Zeit zerrieben und schließlich in der zweiten oder dritten Generation durch Unfruchtbarkeit vernichtet. Man hat gern, und es war früher zu einem gewissen Grade richtig, von dem Lande in seiner Eigenschaft als Jungbrunnen der deutschen Bevölkerung gesprochen, als dem unerschöpflichen Menschenproduktionsgebiet. In der Nachkriegszeit ist diese Eigenschaft verlorengegangen, es handelt sich darum, als eine Lebensfrage des gesamten deutschen Volks, diese gesunden, zeugenden Kräfte da wieder zu beleben. Dazu gehört in erster Linie, daß eine auf dem heimischen Boden eingestellte Wirtschaft die Rentabilität des Bodens wiederherstellt. Die Erfüllung dieser Aufgabe hat gleichzeitig zur Folge, daß der Zuzug der Landbevölkerung in die große Stadt zum mindesten geringer wird, weiterhin sich in Abfluß aus der Stadt nach dem Lande verwandelt. So kann allmählich das Verhältnis wieder gesund gemacht, auch die Geburtenziffer wieder erhöht werden. Je größer aber die Neigung zur Rückkehr zur Landwirtschaft wird, desto mehr Land wird gebraucht, vollends, wenn im Laufe der Jahrzehnte ein fortschreitender Geburtenzuwachs eintritt. Wer die Zukunft unseres Vaterlandes nicht überhaupt verloren gibt, muß mit einer solchen Ent-

wicklung rechnen. Sie ist mit allen Mitteln und Kräften anzustreben, während man sich andererseits darüber klar bleiben muß, daß sie auch Schwierigkeiten schafft: wir wollen keine Auswanderung größerer Mengen von Deutschen mehr, und mit der skizzierten Entwicklung wird auch die Auswandererlust abnehmen. Da tut sich dann die Raumfrage wieder auf. Sie mag sich erst nach Jahrzehnten praktisch zeigen, denn auf dem Gebiet der Binnensiedlung kann noch viel getan werden, aber wenn diese Frage einmal drängt, dann müssen für ihre Lösung von einer voraussehenden Staatsleitung die Mittel zur Lösung auch schon getroffen worden sein. Hier muß wiederholt werden, daß nicht vorausgesagt werden kann, in welcher Weise die Beschaffung von Raum erfolgen kann, sondern nur, daß der nationalsozialistische Staat sein Augenmerk auf diese Notwendigkeit dauernd zu richten hat, denn sie kann, wie gesagt, in absehbarer Zeit brennend werden.

Der Kolonialbesitz des Deutschen Reichs ist durch den Versailler Frieden von den Feindmächten geraubt worden. Deutschland behält seinen Anspruch auf ihn und erhebt diesen Anspruch unausgesetzt. Wir denken dabei weniger an Auswanderungskolonien, sondern an solche, die als Rohstoffgebiete zu bezeichnen sind. Es muß versucht werden, deutsche Auswanderung zu verhindern, was am besten eben dadurch geschieht, daß man dem Auswanderungswunsch durch bessere Verhältnisse in Deutschland den Boden entzieht. Für den nationalsozialistischen Staat gilt der Spruch Friedrich Wilhelms I. von Preußen: er sähe „Menschen vor den größten Reichtum" an. Daß eine Anzahl deutscher Menschen auch in Rohstoffkolonien notwendig sind, versteht sich von selbst, aber die dazu notwendige Menge kann ziffernmäßig als deutsche Auswanderung nicht ins Gewicht fallen.

Außerdem könnten deutsche Kolonien auch als Tauschobjekte für europäische Festlandgebiete in Betracht kommen, die einer direkten deutschen Einwanderung und Siedlung dienen würden. Das alles sind Zukunftseventualitäten, denn auch in diesem Zusammenhang müssen wir wiederholen, daß die europäischen und Weltverhältnisse nicht stabil sind, im Gegenteil. Stellt man ein fernes und hohes Ziel auf, so müssen alle Wege dafür offen gehalten bleiben. Irgendeine Festlegung auf das Wie ist vernünftigerweise nicht möglich und kann nur schädlich wirken. Fest steht aber als unabänderlicher nationalsozialistischer Hauptpunkt der Gedanke deutscher Selbstversorgung aus dem eigenen Boden mit allen hier kurz umrissenen Folgerungen, die sich daraus mit zwingender Notwendigkeit ergeben.

Artikel 4:

> „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein."

Artikel 5:

> „Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen."

Artikel 6:

> „Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten, ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten."

Einen ganz neuen Gedanken wirft der vierte Artikel auf und weist ihm eine beherrschende Stellung an: den Gedanken des Volksgenossen, der Volksgenossenschaft. Diese beiden Worte waren nicht neu, aber als Begriffe waren sie bis dahin im deutschen Leben leer gewesen, denn der Sinn des Gedankens Volk war verlorengegangen, wie unendlich oft im täglichen Leben das Wort Volk auch gebraucht worden war. Vielleicht ist es in Deutschland zu einem großen Teil deshalb dazu gekommen, weil man in den innerdeutschen Verhältnissen dem Herrscher oder Monarchen das Volk gegenüber- und unterstellte, ebenso den herschenden Klassen. Die Volksmenge, das Volk bekam so ein subalternes Gepräge, und nur bei seltenen Gelegenheiten sprach man vom Volk als von einem Ganzen einschließlich aller Schichten und Abstufungen; aber auch in diesem Falle fehlte etwas. In dem Artikel 4 gaben Hitler und seine Parteigenossen dieses fehlende Etwas durch die Worte: „wer deutschen Blutes ist". Nur der soll Staatsbürger im nationalsozialistischen Staate werden und sein können.

Die Verfassung der Republik von Weimar gestattet die Erlangung deutscher Staatsbürgerschaft annähernd jedem, einerlei, welche andere Staatszugehörigkeit er noch besitzt, unter leicht zu erfüllenden Bedingungen, die im Grunde nur Formfragen sind, andererseits gestatten diese Bedingungen den Behörden eine schrankenlose Willkür, denn sie können zurückweisen, wer ihnen aus irgendeinem Grunde mißfällt und aufnehmen, wer ihnen aus irgendeinem Grunde als deutscher Staatsbürger wünschenswert erscheint. Die Behörden können einen Mann deutschen Blutes, der auch den Krieg mitgemacht hat, der aber nicht Staatsbürger ist, ohne weiteres zurückweisen, dafür einen Senegalneger, der im Kriege gegen Deutschland gekämpft hat und die Staatsbürgerschaft will, weil er eine Deutsche heiraten möchte oder ein Geschäft auf deutschem Boden auftun will, aufnehmen. Die Regierungen dieser Republik haben, auf dem Boden solcher Verfassungsbestimmungen stehend, auch ausdrücklich den Satz aufgestellt: Wer, einerlei, welchen Blutes und woher er kommt, in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft gelangt ist, ist ein Deutscher! Nicht viel anders war es auch in den Staaten des Vorkriegsdeutschland. Das bedeutet folgerichtig zusammengefaßt: auf dem deutschen Boden innerhalb der deutschen Reichsgrenzen wohnen so und soviel Millionen Menschen. Sie alle sind deshalb Deutsche und bilden zusammen das deutsche Volk, einerlei, welcher Herkunft, welcher Farben, welcher Sprache sie sein mögen. Den Begriff der Rasse kennt der Weimarstaat überhaupt nicht und — will ihn nicht kennen. Auch „das Blut" ist ihm höchstens ein wissenschaftlicher oder ein literarischer Begriff, für das staatliche Leben gibt es ihn nicht. Die Republik von Weimar steht noch immer auf dem Boden des alten Freimaurerschlagwortes von der „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt". Die Menschen sind alle gleich, haben nur äußerlich einige Unterschiede, die Natur hat ihnen verschiedenen Anstrich im besonderen gegeben, aber das sind Zufälligkeiten. Mensch ist Mensch! Man denkt dabei unwillkürlich an die alte Gleichung der Inflation: Mark ist Mark!

Der Artikel 4 bringt nicht allein eine neue Auffassung, sondern eine neue Idee. Ihm bedeutet „Volk" nicht eine kleinere oder größere Ansammlung von irgendwelchen Menschen auf dem deutschen Boden, auf den gleichen Nenner gebracht durch gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft, sondern ein organisches Wesen von Menschen gleichen Blutes. Wer nicht, im engeren oder weiteren Sinne, gleichen bzw. deutschen Blutes ist, gehört nicht zum Volk. Da der Staat, welchen sich der Nationalsozialismus zum Ziel gesetzt hat, letzten Endes sich mit dem Volk decken wird, so muß der Staatsbürger eben auch ein organisches Glied des Volkes, also deutschen, unter allen Umständen arischen Blutes sein. Wird, wie so oft, vom Volksstaat gesprochen, so heißt das für den Nationalsozialismus,

daß die Staatsform, der Staat schlechthin, dem Wesen des Volkes die entsprechende, ihm gemäße Form zu geben hat. Indem wir nun auch das Volk als einen lebendigen Organismus ansehen, so ist hiernach klar, daß, wer nicht deutschen, germanischen und weitest gefaßt, arischen Blutes ist, einen Fremdkörper in dem wirklichen Volksstaat bilden würde. Deshalb darf er nicht zur Staatsbürgerschaft zugelassen werden und, wenn er sich bereits in ihrem Besitz befindet, so ist die Ausmerzung eine notwendige Maßnahme, die nicht aus Rassenhaß oder ähnlichen Empfindungen, sondern lediglich aus der Durchführung der Idee des Volks und des Volksgenossentums hervorgegangen ist.

Artikel 4 stellt nun hier ausdrücklich den Satz hin: „Kein Jude kann daher Volksgenosse sein." Dieser Satz bedeutet die Ausscheidung des jüdischen Elements aus dem deutschen Leben. Damit hängt aufs engste der Zusatz des vorhergehenden Satzes zusammen: „ohne Rücksichtnahme auf Konfession". Dieser Zusatz ist deswegen notwendig, um die Forderung in das richtige Licht zu stellen, weil gerade in Deutschland die Juden gewohnt waren und auch heute noch lieben, sich als „deutsche Staatsbürger jüdischer Konfession" oder „jüdischen Glaubens" zu bezeichnen. Der Zweck dieser Selbstbenennung ist, den Unterschied zwischen jüdischen und deutschen Staatsbürgern auf die Konfession, auf den Glauben, abzuschieben. Die jüdische „Konfession" ist einem hohen Prozentsatz der in Deutschland wohnenden Juden eigen. Diese sagen: der einzige Unterschied zwischen ihnen und etwa evangelischen oder katholischen Deutschen sei ihre Angehörigkeit zur Synagoge. Ein getaufter Jude, ein evangelischer oder katholischer Jude unterscheidet sich nach dieser Auffassung überhaupt nicht mehr von einem Deutschen, ist ein Deutscher. Gegen diese Fiktion wendet sich der Artikel 4. Sie stammt, wie gesagt, aus dem alten Reiche bzw. Staate, dem christlichen Staate. Jenes Reich, jener Staat war keineswegs judenfeindlich, seine Behörden, vielfach auch Monarchen rieten den Juden, sich taufen zu lassen, damit sie aus Juden Deutsche würden. Die Juden folgten diesem Rat oder gleichlaufenden eigenen Gedanken und traten in Massen durch die Taufe zum Christentum über. Getaufte Juden konnten Offiziere und Reserveoffiziere, hohe Beamte, Staatssekretäre und Minister werden, ungetaufte nicht. Sie nannten sich und wurden genannt: „Assimilationsjuden". In der Weimar-Republik fiel auch jene Religionsschranke vollkommen, die Trennung von Staat und Kirchen trat weitgehend ein, das Judentum hatte jene an anderer Stelle erörterte beherrschende Stellung in Deutschland erreicht, sein Selbstbewußtsein war gewaltig gewachsen, die Zahl der „Assimilationsjuden" sank, es bildeten sich, meist auf dem Boden des zionistischen Gedankens, jüdische Gruppen und Organisationen, die zum erstenmal seit langer Zeit sich zum jüdischen Volksbegriff, damit auch zum Rassenbegriff bekannten. Dabei wirkte stark, meist entscheidend, mit, daß in dem neuen Staat religiöse und rassische Zugehörigkeit für die Stellung im öffentlichen und privaten Leben keine Rolle mehr spielte. Die Weimar-Verfassung ist von Juden gemacht worden. Gleichwohl hielten die Juden Deutschlands vielfach an der Konfessionsfiktion fest, und eben darauf führt sich jener Nebensatz in dem vierten Artikel des nationalsozialistischen Programms zurück.

Der Jude, in welcher Form auch immer er in Deutschland erscheinen und sich geben mag, kann im nationalsozialistischen Staat nicht Bürger sein. Das ist übrigens nach den vorhergehenden Abschnitten dieses Buches nur eine ganz konsequente Wirkung, ja ein Ausdruck jener Auffassung, die Hitler sich in jungen Jahren zu Wien gebildet hatte. Von da aus ist er zu diesem einheitlichen und ganz klaren Gedanken von den Bedingungen für den Anspruch auf deutsche Staatsbürgerschaft gelangt; ein Standpunkt übrigens, der schon vor dem Kriege in völkischen Organisationen vertreten wurde.

Ausdrücklich nennt der Artikel 4 nur den Juden, und zwar deshalb, weil der in Deutschland wohnende Teil des jüdischen Volks einen so ungeheuren Einfluß ausübt und so tief auch in die letzten Verästelungen des deutschen Lebens in einer Weise eindringt, die, vom nationalsozialistischen Standpunkt gesehen, schädlich und verderblich für den einzelnen Deutschen wie für das ganze Volk ist. Es bedarf aber gar nicht solcher Werturteile, vielmehr findet der Artikel 4 seine vollkommen ausreichende innere Begründung in dem Blutgedanken, in seiner Untrennbarkeit vom Volksgedanken und weiter vom Staatsgedanken. Die praktische und empirische Bestätigung dieses Gedankens liegt in der Tatsache enthalten, daß das Zusammenleben mit dem innerlich immer fremd bleibenden Juden den Deutschen stets zu innerem und äußerem Schaden gereicht hat. „Was euch das Innere stört, müsset ihr meiden!"

Der Artikel 5 ist eine einfache Folge seines Vorgängers: Wer nicht Staatsbürger ist, soll unter einer besonderen Gesetzgebung, unter einem Fremdengesetz stehen. Er wird als Gast betrachtet, und darüber steht in unmittelbarer Selbstverständlichkeit, daß der Staat über die Dauer dieser Gastanwesenheit zu bestimmen hat. Kannte und kennt die deutsche Gesetzgebung vor und nach dem Kriege den „lästigen Ausländer", der jederzeit ausgewiesen werden kann, so will der Artikel 5, daß der lästige Blutsfremde der gleichen Autorität und Verfügungsfreiheit des Staates unterliegt. War es bisher nur die Zugehörigkeit zu einem fremden Staate, also ein formaler Unterschied oder Gegensatz — denn auch ein Mensch deutschen Blutes kann so zum „lästigen Ausländer" werden —, so will der Nationalismus die von der Natur gegebene Verschiedenheit und Fremdheit hier zur Grundlage machen.

Hieraus ergibt sich nach der andern Seite, daß diese Behandlung der Nichtdeutschen von einer gewissen Elastizität sein muß. Angehörige des germanischen Stammes, die nicht Deutsche sind, stehen diesen am nächsten, es folgen Angelsachsen und arische Angehörige der lateinischen Völker, die bekanntlich sämtlich stark mit nichtarischem Blut gemischt sind. Von da bis zu Juden und Angehörigen der gelben und der schwarzen Rasse ist wiederum ein weiter Abstand.

Es verdient noch einmal betont zu werden, daß hier der von den Juden und ihren Freunden behauptete „Rassenhaß" nicht in Frage steht. Es handelt sich vielmehr um einen ganz klaren und in sich einheitlichen Gedanken, der eine politische, eine sittliche Seite auf rassischer Grundlage aufweist. Nicht selten wird hierzu überhaupt in bezug auf diese Fragen, insonderheit der sogenannten Judenfrage, ins Feld geführt: es sei doch ein selbstausgestelltes, beschämendes Armutszeugnis, wenn man hiermit zugäbe, daß ein so geringer Hundertsatz, wie die in Deutschland wohnenden Juden ihn ausmachten, einen so gewaltigen Einfluß in Deutschland üben könnte, so daß der Nationalsozialismus sich nicht anders zu helfen wisse als durch derartige unerhörte, aller Zivilisation und Kultur in das Gesicht schlagende Maßnahmen. Darauf muß erwidert werden: In der Tat ist zuzugeben, daß die ungeheure Wirkung des jüdischen Elements in Deutschland auf gewisse schwache Seiten des deutschen Wesens, wie es bis jetzt ist, zurückgeführt werden muß; das ist sicher beschämenswert. Eben diese Schwäche muß der Grund sein, daß, bis sie durch lange Erziehung beseitigt, verschwunden ist, der Staat den Schutz gegen solche „Überfremdung" übernehmen muß. Was schwach ist im eigenen Volke, muß geschützt und ohne schädliche Einwirkungen zur Stärke entwickelt werden. Das mag sicher nicht rühmlich für die Deutschen sein, aber es ist notwendig. Damit soll nun nicht gesagt werden, daß in anderen Völkern der Einfluß nicht ebenfalls ein schädlicher und vielfach beherrschender sei. Andere Völker aber, so ist die nationalsozialistische Auffassung, gehen uns Deutsche in solchem Belang nichts an, und außerdem

kann der Deutsche nach seiner ganzen Art, die ihrerseits durch den Juden so sehr gefährdet wird, das Zusammenleben mit dem Juden nicht vertragen.

Der Artikel 6 ist eine logische Folge der beiden vorhergehenden. Nur Deutsche können Staatsbürger sein, alle Nichtdeutschen sind im besten Fall Gäste unter besonderem Recht, also kann nur der Deutsche, der Staatsbürger, den Staat führen, und nur er darf öffentliche Ämter besitzen. Diesem Artikel besonders merkt man die Zeit seiner Entstehung an, jene Jahre, in denen Juden zu höchsten Staatsstellungen gelangten, als ein marxistischer Tscheche Unterstaatssekretär im Außenministerium werden konnte. Dieser Artikel richtet sich mithin — er ist mit Recht im nationalsozialistischen Programm stehen geblieben — gegen die Zustände in dem vorhandenen Staate. Er ist ein Kampfartikel, der diesen Staat neben der Forderung für den nationalsozialistischen Zukunftsstaat im Auge hat.

Dasselbe gilt von seinem zweiten Absatz, der Kampfansage gegen den Parlamentarismus, die „korrumpierende Parlamentswirtschaft". Die Verfassung der Weimar-Republik, ihre Freunde nennen sie die freieste der Welt, steht bekanntlich auf einem Parlamentarismus von schrankenloser Macht und Zügellosigkeit. Daß demokratische Parlamentswirtschaft an sich korrumpierend ist, haben wir in einem früheren Abschnitt bereits erörtert. Und in dieser Parlamentswirtschaft ohne weiteres liegt auch die im Artikel 6 gebrandmarkte „Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten". Die folgenden zehn Jahre haben die Beurteilung des Parlamentarismus durch Hitler und seine Leute im Jahre 1920 bestätigt, und sie wiederum stimmen überein mit den Erfahrungen, welche die Weltgeschichte mit den Demokratien überhaupt gemacht hat. Der Parlamentarismus, die Durchführung des Mehrheitsprinzips, und das gerade in unserer Zeit, dem Zeitalter der Massen, ist ein Begriff und eine Erscheinung, die es früher nicht gab. Das waren in den Jahren 1919 und 1920 Zustände, die erschreckend und tiefsten gesunden Abscheu einflößend den instinktsicheren Mitgliedern der neuen kleinen Partei bewußt geworden waren. Hitler selbst erzählt ja, wie er zum Gedanken der Gründung einer ganz neuen Partei nicht zum wenigsten durch seinen Abscheu vor dem Parlamentarismus gekommen sei. Denn die sämtlichen anderen Parteien, auch die neugebildeten, waren parlamentarisch, keine hatte weder im Programm, noch in Aufrufen, grundsätzlich irgend etwas gegen Parlamentariertum einzuwenden und war vollends weit von einer Stellung und einem Kampf gegen den Parlamentarismus entfernt. Sie hatten sich auf den „Boden der Tatsachen" gestellt und hatten, jede nach ihren Anschauungen und Zielen, die Absicht, aus diesem gegebenen Boden, also auch aus dem Parlamentarismus der neuen Republik, „das Beste zu machen". Es fiel ihnen aber nicht ein, den Kampf gegen das System schlechthin zu führen, geschweige denn, ihn von vornherein als grundlegenden Programmpunkt zu verkünden. Die vergangenen zehn Jahre haben genug Fälle einer früher unerhörten und gänzlich schamlosen Korruption gebracht. Es ist nichts Neues mehr, diese Tatsache aufzuzeigen. Korruptionsfälle, die gerade auch Abgeordnete der republikanischen Parteien betreffen, sind noch länger als ein Jahrzehnt nach dem Umsturz vorgekommen. Die Gefolgschaften der weimarrepublikanischen Parteien nehmen solche Fälle mit resigniertem Achselzucken hin, das seien nun einmal die unvermeidlichen Begleiterscheinungen eines im übrigen herrlichen Zustandes, während, wie wir sahen, die jüdische Presse die Korruptionsfälle geradezu als ein Symptom lebendigen politischen Lebens begrüßte. Alles in allem regt man sich über Wiederholungsfälle auf diesem Gebiet in den weimarrepublikanischen Parteien nicht allzusehr mehr auf, höchstens daß man bestrebt ist, sie nach Möglichkeit vor der Öffentlichkeit zu schützen.

Mit dem Artikel 6 liegt aber der Fall vor, daß im Winter 1919/20 das Programm jener kleinen, eben aus der Taufe gehobenen Partei den springenden Punkt sah, aussprach und in unbeirrbarer Folgerichtigkeit hinzufügte: „Eine Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten". Die darauf folgenden zehn Jahre haben eine verheerende Fülle von Beweisen für diese Ansicht erbracht, ganz besonders auf dem Gebiete der Beamtenschaft. Überall in den deutschen Ländern, wo linke Parteien und das Zentrum herrschten, hat man erlebt, daß gleich von der Regierungsübernahme ab tüchtige und tüchtigste hohe wie untere Beamte verschwanden, um durch Angehörige der regierenden Parteien ersetzt zu werden. In der deutschen Bevölkerung ist es schon lange gewohnheitsmäßige Redewendung: über die Besetzung der Beamtenstellen entscheide nicht die Tüchtigkeit, nicht die fachliche Ausbildung, sondern das Parteibuch! Es ist bekannt, daß in den politischen linken Kreisen der Plan besteht, sobald wie möglich den Beamtentitel zu beseitigen, wo immer möglich, besonders auch zu bestimmen, daß er nicht in der Anrede gebraucht wird. Also, der Beamtenstand soll verschwinden als solcher, es soll sich nur noch um Beamten*funktion* handeln. Nichts könnte die Tendenz deutlicher zeigen: auch der Beamte und gerade der Beamte soll nichts anderes sein und auch als nichts anderes erscheinen und gewertet werden, denn: als Funktionär seiner Partei in einer Amtsstellung. Darin liegt ohne weiteres das völlige Verschwinden, ja das Verbot amtlicher Sachlichkeit und Unparteilichkeit. Und das bedeutet in weiterer, absolut zwingender Folge den Absolutismus der herrschenden Partei oder Parteien. Das Parteibuch bildet in der Tat den Befähigungsnachweis für die betreffende Beamtenstelle, ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten. Das liegt im Parlamentarismus, und deshalb wendet sich der Punkt 4, indem er sich gegen den Parlamentarismus wendet, auch gegen die Stellenbesetzung nach Parteigesichtspunkten.

Artikel 7:

„Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die gesamte Bevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nichtstaatsbürger) aus dem Lande auszuweisen."

Artikel 8:

„Jede Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Landes gezwungen werden."

Artikel 9:

„Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten haben."

Man merkt auch diesen drei Artikeln die Zeit an, in der sie geschaffen wurden. Äußerste Not bezüglich der Ernährung und auf allen anderen Gebieten der Volksversorgung herrschte damals in Deutschland. Der Deutsche stand dieser Not einzeln machtlos gegenüber, seine Blicke wandten sich nach der Regierung, nach dem Staat. Der Staat hatte die Macht und damit die Pflicht und die Verantwortlichkeit, wenigstens für die dringendsten und primitivsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen. Nun sahen die hungernden Massen in den großen Städten des deutschen Südens und Nordens, wie zu Tausenden und aber Tausenden Juden über die östlichen Grenzen nach Deutschland hereinströmten, in erster Linie aus Polen und Galizien. Der einfache Mann fragte sich empört mit Grund und Recht: Wie ist es möglich,

daß das nicht verboten wird, denn jeder neue Ankömmling von draußen ist ein Esser mehr und ein Wohner mehr! Die Wohnungsnot war auch im Laufe des Krieges sehr stark angestiegen, dann kamen vom Spätherbst 1918 an die Truppen nach Deutschland zurück, und die Wohnungsnot schwoll unerträglich an. Die Wohnungslosen mußten nun die Erfahrung machen, das war eine typische Erscheinung in den großen Städten, daß sie und ihre Familien bei den Wohnungsämtern monatelang, später wurden es Jahre, um eine Wohnung oder auch nur eine Ermächtigungskarte bitten konnten, während ein eben zugewanderter Jude seine Wohnungswünsche sofort erfüllt erhielt. Die Ursachen hierfür waren mehrfache: Seit dem Kriege standen neben den staatlichen auch die kommunalen Verhältnisse im jüdischen Zeichen, ferner verstanden sich die zuwandernden Juden auf die Kunst des „Schmierens" und verfügten über die dazu erforderlichen Geldmittel. Endlich war schon während des Krieges der Zustand eingetreten, daß einflußreiche Stellen mit Juden besetzt wurden oder daß sich mindestens ein Jude dabei befand. In jedem Wohnungsamtsbüro fand man in der Regel meist einen Juden. Es war Erfahrung und Praxis und liegt auf der Hand, daß solche Juden in den Wohnungsämtern ihre aus Osten kommenden Landsleute begünstigten, auch wenn es gegen Recht, Gerechtigkeit und Gesetz war. Daß man diese Eindringlinge in der Zeit der Brot-, Fleisch- und Kohlenkarten mit steigender Entrüstung im Volke sah, das war nur eine Selbstverständlichkeit, nicht minder die Frage: wir Deutsche haben hier nicht genug zu essen, wir erhalten keine Wohnungen für uns und unsere Familien, jene Zuwanderer erhalten alles, was sie wollen, alles auf unsere Kosten! Sie sollte man ausweisen und die Grenzen überhaupt gegen allen weiteren Zuzug schließen, denn überdies sind diese Masseneinwanderer ja nicht einmal Deutsche, sondern Juden. Unsere deutschen Brüder, die vom überseeischen Ausland zurückkommen, werden von den deutschen Behörden schlecht behandelt, während den östlichen Einwanderern mit aller denkbaren Zuvorkommenheit die Wege geebnet werden!

Ja, es ging noch weiter: In jener ersten Zeit nach dem Kriege stellten namhafte und führende Sozialdemokraten in ihrer Presse, so dem „Vorwärts", kaltblütig fest: die Verhältnisse in Deutschland würden die tüchtigsten Elemente der Arbeiterschaft, besonders gelernte und hochqualifizierte Kräfte in großen Mengen zur Auswanderung veranlassen. Das liege nun einmal in der Entwicklung der Dinge. Und dieselben Blätter forderten gebieterisch, daß man den armen „Galiziern und Polen" — das Wort Jude durfte nicht genannt werden — unter allen Umständen ihren Weg nach Deutschland hinein erleichtern müsse. Diese Verhältnisse, die gerade damals akut waren und in nationalen Kreisen mit Entrüstung und Sorge besprochen wurden, gaben zu einem Teile Anlaß zum Artikel 7, zu der Forderung einer einmaligen Handlung, nämlich der Ausweisung fremder Nationen aus den deutschen Grenzen. Außer der jüdischen Masseneinwanderung kamen keine wesentlichen Mengen von Fremden in Betracht. Eine grundsätzliche, programmatische Forderung war aber die Verpflichtung des Staates: „für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen." Darin lag, wenn man tiefer hineinblickt, eine Absage gegen den Liberalismus mit seinem „freien Spiel der Kräfte". Im Gegenteil: „für Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten" soll der Staat sorgen. Diese Forderung wurde gestellt, als von einer Arbeitslosigkeit größeren Umfanges in Deutschland noch nicht die Rede war. Hitler und seine Leute aber verlangten schon 1920 in richtigem Instinkt allein von allen Parteien und Bünden ein völlig neues System, einen Staat, der die Verpflichtung hat, für Lebensbedürfnis und Erwerb der Volksgenossen zu sorgen; ein damals sehr bemerkenswerter Gedanke, genau genommen ein staatssozialistischer.

Für die Zukunft fordert als Konsequenz der Artikel 8 das Verhindern weiterer Zuwanderung aus dem Osten und die Ausweisung der seit 1914 Zugewanderten. Damit waren wieder die Juden gemeint, deren massenhaftes Einströmen mit dem Kriege 1914 begonnen hatte. Das war so stark, daß sogar die schon vorher in Deutschland wohnenden Juden mit größtem Unbehagen auf ihre zuwandernden Brüder blickten. Sie wußten, daß die Judenfrage auf diese Weise schnell akut werden müsse, hatten gleichwohl zuviel Zusammengehörigkeitsgefühl, um auch ihrerseits Einspruch gegen die Zuwanderung zu erheben, aber unangenehm war es ihnen auch wegen der Konkurrenz und nicht zum wenigsten, weil die eingewanderten Juden, zum allergrößten Teil aus dem galizischen Reservoir kommend, auch von oberflächlicher Zivilisation unbeleckt waren.

Auch wer nicht seiner Grundanschauung nach das Verweilen von Juden überhaupt auf deutschem Boden für schädlich und unzulässig hielt, konnte schwerlich in Abrede stellen, daß die jüdische Masseneinwanderung keine schaffenden Arbeiter nach Deutschland brachte, sondern Händler, Geschäftemacher, Schmarotzer, Gauner, außerdem Literaten, deren Deutschland kaum zu wenig hat, und Journalisten, von denen wohl das gleiche gesagt werden kann. Sie konnten und können dem deutschen Volke nichts bringen und geben, sondern nur nehmen, was es selbst braucht. Die Forderung: Schließung der Grenzen gegen Einwanderung, Ausweisung der seit 1914 Zugewanderten! ist seitdem die Forderung des Nationalsozialismus gewesen und erstreckt sich auf immer weitere Kreise. Zugrunde liegt dem Artikel, wenn auch unausgesprochen, daß ein deutscher Staat auch dafür zu sorgen hat, daß das deutsche Volk nicht durch fremde Eindringlinge äußerlich oder innerlich geschädigt wird, und daß er, der deutsche Staat, die Befugnis und Pflicht hat, mit radikalen und radikalsten Mitteln zu bewirken, daß das Wort: Deutschland dem Deutschen! verwirklicht wird.

Selbstverständlich bedeuten diese Programmpunkte keinerlei „Fremdenfeindlichkeit“ schlechthin. Der Nationalsozialismus denkt nicht daran, sozusagen hermetisch das Fremde und die Fremden aus Deutschland auszuschließen. Der Nationalsozialismus ist und bleibt sich bewußt, daß die Welt sich „im Zeichen des Verkehrs“ befindet, und daß das eine dynamische Erscheinung und Kraft bedeutet, gegen die sich stemmen zu wollen ebenso töricht wie nutzlos sein würde. Ein nationalsozialistisches Deutschland wird allen Fremden ebenso gastlich und mit ebenso offener Gesinnung gegenüberstehen wie irgendein anderes Volk, es hat stets zu den Stärken wie zu den Schwächen des deutschen Volkes gehört, das Fremde mit lebendigem Interesse zu umfangen und verständnisvoller in dasselbe einzudringen als irgendein anderes Volk der Erde. Die Schwäche als Kehrseite dieser Fähigkeit war und ist bis jetzt, daß der Deutsche geneigt ist, sich selbst dabei zu verlieren. Dieses zu verhindern, betrachtet der Nationalsozialismus als eine seiner Hauptaufgaben. Wir kommen darauf an anderer Stelle noch zurück. Nur wo das Fremde als unbedingt schädlich angesehen werden muß, da ist seine Unschädlichmachung in zweckdienlicher Form eine Notwendigkeit.

Artikel 9:

„Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.“

Artikel 10:

„Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen.“

Diese beiden Artikel bilden ein Ganzes. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten müssen alle Staatsbürger besitzen, und die erste Pflicht ist die zur Arbeit, zum Arbeiten, und zwar bedeutet diese Pflicht eine Pflicht, die der Staat auflegt. Daraus ergibt sich, daß die Tätigkeit des Einzelnen dem Ganzen nicht zum Schaden gereichen darf. Wer das zu kontrollieren hat? Die Antwort kann wieder nur sein: der Staat, und zwar ein solcher Staat, der selbst aus diesem Gedanken hervorgegangen ist. Die Forderung der beiden Artikel ergibt sich aus den bestehenden Zuständen in Deutschland in der Vor- und Nachkriegszeit. Da gab es genug Tätigkeit einzelner, die gegen die Interessen der Allgemeinheit verstieß, ein Zustand, der nur hatte entstehen können, weil die Rechte und Pflichten der einzelnen Staatsbürger nicht gleich waren. Der nationalsozialistische Staat ist mit diesem Grundsatz weit entfernt von jener Auffassung, daß die Menschen, ja, auch die Deutschen untereinander gleich seien oder gleich sein könnten. Gleich dürfen und sollen nur ihre Pflichten und Rechte sein. Adolf Bartels hat, schon vor dem Kriege, das treffende Wort geschrieben: In einem wirklich völkischen Staate werde nicht jeder gleich sein, aber jeder etwas. Die Gleichheit der Rechte und Pflichten wird dadurch nicht berührt, ebensowenig wie die Rechte und Pflichten ihrem Inhalt nach. Daß die letzteren nicht zu einem Schema werden, welche die Individualität und die Persönlichkeit töten, ergibt sich klar aus dem Punkt 10: „Die erste Pflicht ist geistige oder körperliche Arbeit.“ — Jeder soll arbeiten, um Statsbürger sein zu dürfen, die Art der Arbeit soll sich nach seiner Eignung richten, damit wird Gerechtigkeit geübt werden, auch der größte Nutzeffekt herauskommen. Der nationalsozialistische Staat wird ebensowenig wie ein anderer von Menschen gemachter Staat dieses Ziel restlos erreichen, aber er versucht es und hat es sich bewußt und klar gesetzt.

Die Art der Arbeit, des Schaffens darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, mit anderen Worten, der Eigennutz und die Richtung des eigenen Willens muß sich dem Gemeinnutz unterordnen. Aus dieser Forderung allein ergibt sich eine ungleich festere Gliederung des Staates. Denn die Forderung kann nur unter der Bedingung Aussicht auf Wirklichwerden haben, wenn der Staat in seiner Autorität Einrichtungen schafft, die eine ständige wirksame Kontrolle in diesem Sinne üben. Aber die Tragweite ist noch viel größer:

In dem kapitalistischen Staat, in dem Staat, der sich ohne Schutz den international-kapitalistischen Mächten darbietet, „wie die Butter vor dem Messer liegt“, ist die Arbeit in Frondienstbarkeit dem Gelde gegenüber gekommen. Auch im alten Staat war das weitgehend der Fall. Nur jene „nichtdiskontierbaren Werte“ bildeten einen Wall zum Schutze der ehrlichen Arbeit. Trotzdem haben wir festgestellt, wie auch vor dem Kriege schon viele Millionen arbeitende Deutsche in Unfreiheit und annähernder Rechtlosigkeit, in einem neuzeitlichen Helotentum lebten. Immerhin war das Geld und dessen Besitzer, dem sie verfront waren, deutsch. Es wäre eine große, aber nicht übermäßig schwere Aufgabe des damaligen Staates gewesen, schnell und aus eigener Kraft Wandel zu schaffen. Als mit dem Umsturz 1918 jener Wall der „nicht diskontierbaren Werte“ verschwunden war, als Deutschland wehrlos und zerrüttet am Boden lag, da waren es die Fluten des internationalen Kapitalismus, die alles überschwemmten, und das Geld wurde der Zwingherr der Arbeit und brachte damit auch den Staat, der dem internationalen Kapitalismus weit die Arme öffnete, unter seine Botmäßigkeit. Die ganze Welt und die internationalen Mächte haben seitdem rastlos gestrebt, diesen Zustand zu befestigen und zu verewigen. Wir können die Gleichung aufstellen: Versklavung Deutschlands bedeutet Versklavung der deutschen Arbeit und umgekehrt.

Ein französischer Minister in dem vorigen Jahrhundert, dem Jahrhundert des Liberalismus, rief dem Volk zu: „Bereichert euch!" Der sogenannte ethische Materialismus ging von dem Satz aus: Je besser es materiell dem einzelnen in einem Staat gehe, desto besser müsse es auch dem Staat als Ganzes gehen. Es war kein Zufall, daß in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Darwinsche Wort von dem „Überleben des Tüchtigsten" im Daseinskampf bald genug als Rechtfertigung schrankenloser Ichsucht und bedenklichster und verwerflichster Mittel diente. Es wird in seiner ursprünglichen Bedeutung durch die deutsche Übersetzung auch noch verfälscht. In wörtlicher Übersetzung bedeutet die Wendung: „Das Überleben des Geeignetsten", und will sagen, daß den Kampf um das eigene Leben und dessen Bedürfnisse in dem allgemeinen Kriege der Lebewesen auf der Erdoberfläche diejenigen überleben, welche diesen Kampf am besten zu führen verstehen, also am stärksten, ausdauerndsten, unverletzlichsten, geschicktesten, listigsten usw. sind. Das bedeutet einen Krieg ohne irgendwelche Rücksicht, den jeder für sich selbst mit allen denkbaren Mitteln führt. Alte Schlagworte werden mit der Zeit mechanisch ausgesprochen und nachgesprochen. Wer sich aber überlegt, was es bedeutet, daß das „Überleben des Geeignetsten" innerhalb des Staates angewendet werden könnte, sei es auch nur vergleichsweise, wird zugeben müssen, daß das eine Unsittlichkeit und Rechtlosigkeit besagen müßte. Aber der Staat des vorigen Jahrhunderts hatte in der Tat weitgehend danach gehandelt: die „Geeignetsten" sind die Überlebenden geworden, nicht durch Tötung der anderen, sondern durch ihre Versklavung, denn sie brauchten sie, um sie für sich arbeiten zu lassen. Und wodurch wurden sie die Geeignetsten? Durch das Geld! Und wodurch kamen sie zu dem Geld? Jenes französische Frage- und Antwortsprichwort sagt: Was ist eigentlich das Geschäft? Antwort: Das Geld des anderen! Das ist hier gleichbedeutend mit der Arbeit des anderen, denn die bedeutet Geld. Die „Geeignetsten" sind also diejenigen, welche sich durch List und Gewalt auf Kosten der ehrlichen Arbeit in den Besitz des Geldes bringen, die außerdem das Geldwesen der Welt so organisiert haben und es so ausschließlich selbst beherrschen, daß sie damit denen, die nicht geldmächtig sind, ihre Gesetze aufzwingen, sie ihrer Freiheit berauben und zu Werkzeugen ihres Eigennutzes machen. Und wo bleibt da das Ganze, das Gesamte, der Sinn überhaupt des Staats? Jener „Kampf ums Dasein" kennt weder Rücksicht noch Gemeinsames vom Standpunkt des einzelnen. Jedes Mittel ist gut, wenn es Erfolg hat im Sinne schrankenloser Ichsucht. Je mehr der Staat der Ichsucht Raum läßt, desto schrankenloser will sie sich beteiligen, einerlei, ob gegen den eigenen Volksgenossen oder einen anderen Menschen. Hier ist es also Pflicht und Aufgabe des Staats, den „Geeignetsten" Zügel anzulegen und die Schwächeren und Schwachen zu schützen. Die oberflächliche Annahme, daß die „Geeignetsten" im Kampfe fürs Dasein auch die edelste Auslese innerhalb eines Staates, der doch eine Volksgenossenschaft sein sollte, wären, ist gänzlich unrichtig. Sonst müssen in der Tat diejenigen, welche ihre Eigenschaften befähigen, durch Geld andere für sich arbeiten zu lassen, die höchste Auslese und Qualität bilden. In einem Staate, wie er sein müßte und wie er von gewissenhaften deutschen Staatshäuptern anzustreben wäre, ist jede Schädigung des einen Volksgenossen durch die Tätigkeit des andern ohne weiteres gegen das Interesse der Allgemeinheit gerichtet, ganz abgesehen davon, daß der Staat auch vom reinen sozialen Gerechtigkeitsstandpunkt aus verpflichtet ist, Übergriffe der Ichsucht und die zu solchen Übergriffen drängenden Kräfte im Zaum zu halten.

Die drei Artikel 9, 10, 11 verlangen, daß jeder Staatsbürger, also jeder Deutsche, schafft, tätig ist, arbeitet. Lassen wir die Einschränkung: insoweit er und solange er arbeiten

kann! als selbstverständlich gelten, so ist dieser Grundsatz wohl noch niemals und nirgends in so klarer Bestimmtheit ausgesprochen worden: die Pflicht zur Arbeit von Staats wegen! Erinnert sei auch in diesem Zusammenhange an den schroffen Gegensatz zum Marxismus, der überhaupt eine Pflicht zur Arbeit nicht anerkennt und die Arbeit selbst im besten Falle als ein notwendiges Übel, den wünschenswerten Zustand in einem Mindestmaß von Arbeit erblickt. Der Gegensatz zum althergebrachten Bürgerstaat ist kaum geringer, denn das durchschnittliche Bürgerideal bedeutet, abgesehen von persönlichen Ausnahmen, arbeiten zum Zwecke des Geldverdienens für die eigene Person, auch für die Familie, solange, bis man genug zu haben glaubt, um sich „zur Ruhe zu setzen", und dann mit dem erworbenen Gelde irgendwie „Geschäfte zu machen". Um den anderen Volksgenossen oder Mitbürger kümmert man sich nicht, höchstens nach dem Worte Ruskins: der eine betrachtet den andern lediglich als ein Wesen, um möglichst billig von ihm zu kaufen und möglichst teuer an ihn zu verkaufen. Alles steht im Zeichen des Geldes.

Das kann erst anders werden, wenn der Staat, wie der Artikel 10 fordert, die Arbeit für das gemeine Wohl und ausschließlich im Rahmen „des Gesamten und zum Nutzen aller" als Pflicht von jedem Deutschen fordert. Es gibt im Grunde unter den deutschen Sprichwörtern kaum eines, das für die deutschen Verhältnisse beschämender wäre als das: „Armut schändet nicht." Wenn so in schärfster Fassung ausgesprochen werden muß, daß Armut nicht schändet und Reichtum nicht glücklich macht, so muß es schon weit in einem Volke gekommen sein. Betrachten wir aber das tägliche Leben der letzten Jahrzehnte in Deutschland, so kann man die Tendenz feststellen: solange man nicht genügend Geld besitzt, muß man arbeiten, mit genügendem Geldbesitz hört die Arbeit selbstverständlich auf! So wird die Arbeit lediglich in den Bereich der Ichsucht gestellt, und das Arbeiten der Millionen einzelner und Millionen deutscher Familien ist im Grunde anorganisch: jeder wirkt für sich! Die Not der letzten Jahre in Deutschland hat vielleicht so etwas wie eine Wandlung gegenüber der früheren Anschauung geschaffen, daß körperliche, überhaupt „niedere" Arbeit zu tun, eigentlich eine Schande sei, ebenso wie es in den gebildeteren und „höheren" Schichten durchweg als Schande galt, in wirtschaftlicher Not zu sein. Wie gesagt, was das betrifft, mag sich in Deutschland einiges geändert haben, aber wer steht dafür, daß mit einem Ende des allgemeinen Notstandes nicht auch die alten Vorurteile wiederkehren, wenn nicht eben der nationalsozialistische Staat die Arbeit an sich zur Pflicht erhöbe und den Wert des Volksgenossen am Maßstabe des Wertes seiner Arbeit für das Ganze, für den Gemeinnutz, bestimmte. Damit würde auch aller Wahrscheinlichkeit nach der Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verschwinden und an die Stelle der Geringschätzung auf der einen, des eifersüchtigen Hasses auf der anderen die gerechte Einschätzung des Wertes jeder Arbeit und in ihrer Notwendigkeit für das Ganze treten.

Man sieht, wie dieser kleine Artikel eine Umwertung der Werte bedeutet, eine geistige und sittliche Umwälzung. Die Idee des Volksganzen ist kein Traum mehr, ihre Verwirklichung beschränkt sich nicht mehr auf große geschichtliche Momente oder auf einzelne Persönlichkeiten. Nein, sie wird durch die tägliche Arbeit für das Ganze allmählich Allgemeingut der gesamten Volksgenossenschaft. In der Arbeit wird sich die in Rousseaus Contrat Social zum ersten Male aufgestellte Idee darstellen: Alle für einen und einer für alle!

Artikel 11:

„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft."

Hitler erzählte von seinen Anfängen, daß eine Rede des Ingenieurs Gottfried Feder einen besonders tiefen Eindruck auf ihn gemacht habe mit ihrer Darlegung der Abhängigkeit der Völker vom Finanzkapital, die in der Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft" gipfelte.

Arbeits- und müheloses Einkommen ist Bezug von Einkünften, die keine Arbeit erfordern und ohne Mühe gewonnen werden. Damit ist nicht ein Einkommen gemeint, das erarbeitet ist und nachher als Frucht dieser Arbeit Zinsen trägt. Das „abschaffen" zu wollen, wäre selbstverständlich eine Ungerechtigkeit. Überdies, und das ist besonders bei diesem Artikel zu beachten, zielt die Forderung auf einen Zustand im Staate hin, der noch nicht vorhanden ist, sondern erst in einem zukünftigen nationalsozialistischen Staate geschaffen werden kann. Damals dachte man mit dem Artikel 11 in erster Linie an die Brechung der Macht des Finanzkapitals, dieses Kapitals, das den Staat und damit jeden einzelnen in seine Zinsknechtschaft gebracht hat und jeden Tag seine Zinsherrschaft weiter befestigt. Das Kapital, dargestellt durch Banken und andere Geldgesellschaften, leiht dem Staat für irgendwelche Unternehmungen, mögen es Bauten oder andere Zwecke sein, auf Zins. Die Zinsen muß der Staat dem Steuerzahler in irgendeiner Form aufbürden, in um so höherem Maße, wenn es sich außerdem um Rückzahlungen handelt. Das Leihkapital macht nun in weiterer Folge ganz automatisch nicht nur Staat und Volk zinspflichtig, sondern wird mit der Zeit, je mehr der Staat verschuldet, zu einer Kontrollbehörde der gesamten Wirtschaft und, wenn auch meist hinter den Kulissen, auch der inneren und auswärtigen Politik des Staates.

Die Wendung: „Brechung der Zinsknechtschaft" legt also den Ton mehr auf Knechtschaft als auf Zins; sie will besagen, daß die Geldknechtschaft, in der sich das deutsche Volk befindet, gebrochen werden muß, und es ist richtig, daß sonst eine Befreiung und Freiheit Deutschlands nicht möglich ist.

Vor dem Kriege konnte man in Deutschland, während der Zeit des großen Gedeihens, das bodenständige deutsche Industriekapital und das „mobile" Finanz- und Leihkapital unterscheiden. Die Zeiten sind vorbei, die deutsche Industrie ist im Laufe der Jahre nach Krieg und Umsturz vom Leihkapital abhängig geworden, also, genau genommen, in den Besitz von Banken und Geldgesellschaften oder einzelner großer Kapitalisten übergegangen. Wir können heute in Deutschland den Unterschied zwischen Industriekapital und Finanzkapital nicht mehr machen. Das Finanzkapital kann als deutsches Kapital nicht angesprochen werden, ebensowenig die großen Banken auf deutschem Boden als d e u t s c h e Banken. Diese Geldgesellschaften sind lediglich als Filialen des Weltkapitals zu betrachten, die dessen Weisungen auszuführen haben. Sie arbeiten nicht für deutsche Interessen, sondern für das internationale große Geldgeschäft, das durch die Leiter des Weltkapitalismus überall da getrieben wird, wo es mit möglichst geringen Unkosten möglichst große Erträge abwirft — auf Kosten des Volks, mit dem das Geldgeschäft gemacht wird. Am unkostenlosesten und ergiebigsten ist die „Arbeit" des Weltkapitals in einem großen Volke, das arbeitsam ist und dessen Regierung es dem Geschäft des Weltkapitals ausliefert. Das ist mit Deutschland, mit dem deutschen Volk im Laufe der vergangenen zwölf Jahre geschehen.

Es handelt sich hier nun nicht etwa nur um Wucher im großen und im kleinen, sondern darum, daß das Geldgeschäft des Finanzkapitals letzten Endes immer auf das Zinsgeschäft zurückgeht. Es schafft dem Finanzkapitalisten ein müheloses Einkommen. Es ist wohlgemerkt ein grundlegender Unterschied, ob ein Mann aus einem erarbeiteten Vermögen, mag es groß oder klein sein, seine letzten Jahre verbringt, indem er von Zinsen lebt, oder ob eine Bank

das Zinsgeschäft als Bedingung ihrer Daseinsberechtigung und als Selbstzweck behandelt. Im einen Falle dient der Zins der Lebensfristung auf Grund einer während des vorhergehenden Lebens geleisteten Arbeit, im zweiten handelt es sich um das Geldgeschäft an sich. Das eine ist nicht zu beanstanden, das zweite ist unsittlich an sich, in kleineren Verhältnissen schädlich, in größeren verderblich. Es wird Sache des nationalsozialistischen Staates sein, die Grenze zu ziehen und die Kontrolle auszuüben.

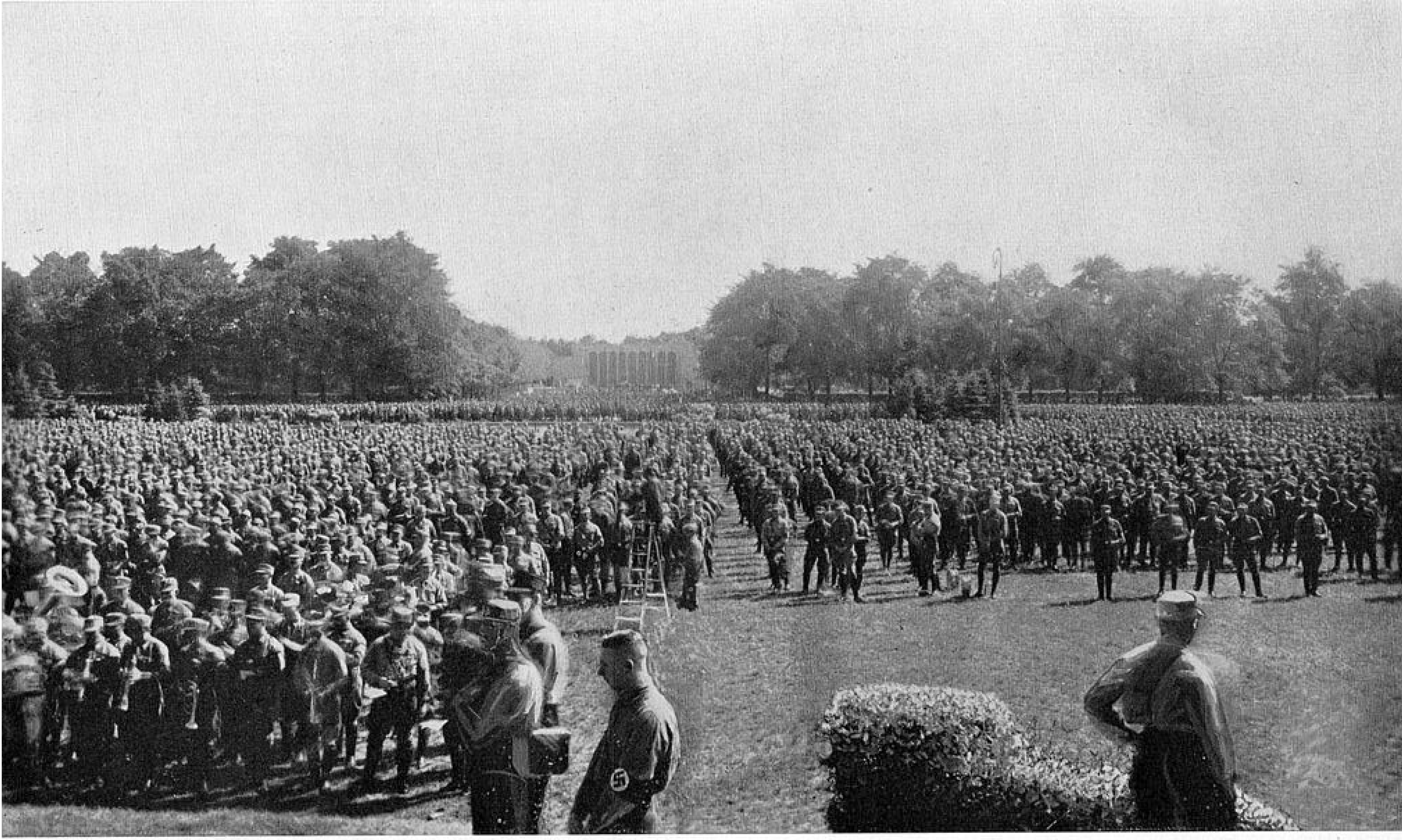
Seitdem im Programm der Partei der Artikel 11 formuliert wurde, hat sich gerade auf diesem Gebiete sehr vieles geändert. Der von Feder verkündete, übrigens schon vor dem Kriege nicht selten behandelte Gedanke bleibt im großen und ganzen richtig. Es ist unsinnig und eine wirtschaftliche Selbstverstümmelung des Staates, wenn er für seine Unternehmungen Geld vom Finanzkapital borgt und ewig Zinsen zahlt, sich deshalb beinahe niemals aus dieser Zinsknechtschaft lösen kann. Richtig ist ebenso der Gedanke, daß der Staat jederzeit in der Lage wäre, einen Kanal- oder Eisenbahnbau selbst zu finanzieren, wenn er Geldscheine auf dieses Unternehmen ausgibt und sie nach Vollendung wieder einzieht, so daß eine Inflationierung nicht stattfinden kann. Dieses Problem hängt innerlich mit dem einer nationalen Geldwährung zusammen. Das ist auch eine Frage, die innenwirtschaftlich und innenpolitisch gelöst werden kann. Darüber hinaus ist aber seit dem Jahre 1920 etwas hinzugekommen, was damals in dieser Form noch ganz außer Betracht stand, sich jedenfalls nicht annähernd nach Umfang und Entwicklung übersehen ließ: die Entwicklung der „Reparationen“ und die ungeheure Masse der deutschen Anleihen bei anderen Ländern bzw. dem Finanzkapital und schließlich die wachsenden Summen, die Deutschland jährlich an das Ausland für Lebensbedürfnisse bezahlen muß, die es bei einer nationalen Wirtschaftspolitik im eigenen Lande produzieren könnte.

Heute steht Deutschland unter den Younggesetzen, die seine finanzielle, wirtschaftliche und damit auch politische Versklavung auf zwei Menschenalter hinaus durch deutsches Reichsgesetz festgelegt haben. Die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber dem Auslande, die privaten wie die staatlichen, belaufen sich auf ungeheure Summen und ihre Zinsen allein auf Milliarden Goldmark jährlich. Hier haben wir auf absehbare Zeit die am unmittelbarsten drückende Zinsknechtschaft. Sie zu beseitigen, ist eine Frage der Außenpolitik, der Diplomatie und letzten Endes der Macht. Es liegt auf der Hand, daß diese furchtbaren Lasten nicht etwa durch eine einfache gesetzgeberische Maßnahme beseitigt werden können. Um dieses Teiles des Artikels 11 willen ist dem Nationalsozialismus Unbesonnenheit und Dilettantismus nachgesagt worden. Vergegenwärtigt man sich die Entstehungszeit des Artikels, so ist klar, daß sich sein Sinn zwar nicht geändert, aber ungemein erweitert hat durch die Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und die Versklavung Deutschlands im großen. Der Grundgedanke des Artikels bleibt dessenungeachtet der gleiche: arbeitsloser Gewinn ist zu verbieten, die Verknechtung des deutschen Volks durch den Zins ist nach Maßgabe praktischer Möglichkeiten zu beseitigen. Ganz allgemein wird das Problem erfaßt, wenn wir sagen: Brechung der Geldherrschaft schlechthin.

Der Nationalsozialismus will, daß das Wort: „Geld regiert die Welt“ sachliche Berechtigung und Sinn verliere. An die Stelle der Geldherrschaft soll die Herrschaft der Arbeit treten; ein großes, aber sicher nicht undurchführbares Unternehmen. Zu seiner Durchführung ist das Ausscheiden Deutschlands aus der Goldwährung wahrscheinlich eine Notwendigkeit. Eine inländische, eine nationale Währung muß an ihre Stelle treten, ein Anfang fand bereits im Winter 1923/24 statt durch Einführung der Rentenmark. Sie beendete die Inflation

Nr. 30. Der Deutsche Tag 1923 in Nürnberg

Nr. 31. Reichsparteitag in Nürnberg 1929: Der Führer spricht!



Nr. 32. Wie hat sich das Bild in wenigen Jahren verändert! Zehntausende sind zum Parteitag 1929 nach Nürnberg geströmt

und hätte allmählich zu einer völlig genügenden und unumstößlichen deutschen Währung ausgestaltet werden können. Die internationalen Finanzmächte beseitigten die Rentenmark durch die Dawesgesetze und nahmen das Geldwesen Deutschlands selbst in die Hand. Vorher wurde das „Rentenmarkwunder" in der ganzen Welt bestaunt. Deutschland hätte die Möglichkeit, die Schaffung einer nationalen Währung, freilich nicht gerade durch die Rentenmark, wieder aufzunehmen und damit aus der internationalen Goldwährung auszuscheiden. Nur durch sie ist die internationale Finanz zu einer weltbeherrschenden Macht geworden und deshalb stellen ihre Organe es so dar, als ob Ausscheiden aus der Goldwährung einen Staat zugrunde richten müsse. Diese Behauptung ist begreiflich genug, denn, wie gesagt, beruht die Macht des Weltgeldtums über einen Staat auf der Goldwährung und fällt mit ihr.

Daß der nationalsozialistische Staat die großen Banken und die Börse unter seine Kontrolle stellen wird, ist in solchem Zusammenhang selbstverständlich, denn beide sind Organe des Weltkapitalismus. Der nationalsozialistische Gedanke ist an sich nicht kapitalfeindlich, und Bildung bodenständigen nationalen Kapitals, „Volksbetriebskapitals", muß einer seiner Hauptaugenmerke sein. Was er ablehnt, als unbedingt volksfeindlich bekämpft, ist nicht das Kapital an sich, das dem Volke zu dienen hat, sondern der internationale Kapitalismus, der das Volk, seinen Besitz und seine Arbeit, in Sklavenketten geschlagen hat.

Das alles sind Dinge von unermeßlicher Bedeutung, und die Schwierigkeiten, die der Durchführung gegenüberstehen, sind sicher nicht zu unterschätzen. Man soll sich auch nicht vorstellen, daß Reformen von heute auf morgen durchgeführt werden können. Daß aber ohne die Verwirklichung dieser Gedanken deutsche Gesundheit, wirtschaftliche und auch politische Unabhängigkeit nicht erreicht werden kann, steht fest.

Der Zustand des heutigen Deutschland, ein Zustand, wie ihn die Weltgeschichte in so tragischer Drastik noch nie gesehen hat, ist ein Beweis für die Richtigkeit unserer Thesen: Ein Land, dessen Besitz, dessen Arbeit und arbeitende Menschen sich in dem Prozeß einer fortschreitenden Enteignung befinden, dessen Auslandsschulden ungeheuerlich angewachsen sind, dessen heimische Produktionskraft durch lange Mißwirtschaft steigend geschwächt, das überdies auf viele Jahrzehnte hinaus mit ungerechten und unerfüllbaren Kriegstributen belastet worden ist. Niemand wird beweiskräftig in Abrede stellen können, daß ein solches Land nur von innen heraus und durch radikalste Wirtschaftsmaßnahmen wieder gesund und produktiv gemacht werden kann. Der Schlüssel heißt Arbeit und seine Anwendung: Arbeit im organischen Zusammenhang aller Volksgenossen zum Gemeinnutz, für das Ganze. Es ergibt sich wiederum, daß die Forderungen des nationalsozialistischen Programms nur in einem nationalsozialistischen Staate wirksam in Angriff genommen und durchgeführt werden können. Es gilt beinahe von jeder einzelnen Forderung, ganz besonders aber von derjenigen des Artikels 11 und den folgenden, daß sie nicht Reformen, sondern Umwälzungen im Prinzip und in der Praxis bedeuten; auch Umwälzungen und Beseitigung derjenigen Anschauungen, die länger als ein Jahrhundert in Deutschland und in Europa gegolten haben, die Geld und Streben nach Geld als Lebensmotto für Nationen und Völker aufgestellt haben. Deutschland ist am schwersten von den Auswirkungen dieses Grundsatzes getroffen und geschlagen worden, Deutschland wird deshalb als erstes aller Völker und Länder auch den Weg zum Gegenteil finden.

In derselben Linie liegen die folgenden Artikel.

Artikel 12:

> „Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volk bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne."

Es ist eine alte Erfahrung, daß in Kriegen von gewissen Schichten ungeheure Gewinne erzielt werden. Die Bedürfnisse des Krieges sind nicht nur anormal, sondern maßlos, und ganz besonders in einem Kriege, wo es um das Dasein, um alles geht. Die ganze vielgestaltige Industrie wird vom kriegführenden Staat zu höchsten Leistungen für die Bedürfnisse des Krieges in Anspruch genommen: so schnell wie möglich heißt es, so viel wie möglich, so gut wie möglich, und dahinter steht dann das Um-jeden-Preis, denn das Muß des Krieges ist gebieterisch, und jeder Augenblick ist kostbar, vielleicht entscheidend. Genaue Untersuchungen des Preises, Handeln und Feilschen, wie es im Frieden selbstverständlich wäre, kann im Kriege durch den Zeitverlust verhängnisvoll werden. Dieser gewaltige Druck der kriegerischen Notwendigkeit, der auf dem Besteller Staat liegt, öffnet der Überteuerung, der Erschleichung, dem Betrug Tür und Tor. Ungeheure Preise wurden gefordert und minderwertige Ware geliefert, wie es, zumal während der zweiten Kriegshälfte, geschah. Die Organisation jener jüdisch geleiteten Kriegsgesellschaften öffneten dem Betruge, der Schiebung und der Bestechung Tür und Tor, sie hat auch oft genug die Beamtenschaft in Mitleidenschaft gezogen. Durch Schmuggel von notwendigen Waren über das neutrale Ausland nach Deutschland haben sich Milliarden von deutschen Staatsangehörigen „verdient gemacht", wenn sie zum Beispiel Öl und Kautschuk, Kupfer und andere lebensnotwendige Waren an die deutsche Regierung verkauften, wohl wissend, daß sie jeden Preis dafür erhalten konnten, weil es eben ums Leben ging. Solche und noch viele andere Wege verschafften dem direkten und indirekten Kriegslieferantentum unermeßliche Gewinne. Sie gingen letzten Endes nicht zu Lasten des Staates, sondern der deutschen Bevölkerung, die entweder an den Fronten kämpfte und blutete oder in der Heimat von Jahr zu Jahr mehr darbte. Die Empörung über diese Zustände, an denen letzten Endes der schlaff regierte Staat die Schuld trug, war schon während des Krieges in der Bevölkerung allgemein und steigend. Aber was sollten die armen Hungernden machen? Wo sollten sie einsetzen? Und so wandte sich ihre Wut schließlich, und zwar leider nicht mehr unberechtigt, gegen die Behörden, gegen die früher unangefochtene und unanfechtbare Autorität des Staates. Während des Krieges war dieser aber selbst von seiner früheren Höhe der Unparteilichkeit und nicht interessierten Autorität herabgestiegen, er war ein Staat derer geworden, die auf Kosten ihrer Volksgenossen lebten und Gewinne einstrichen.

Als der Umsturz da war, erscholl allgemein die Frage: nun werde doch sofort mit den Kriegsgewinnern abgerechnet werden. Man las daraufhin in den Veröffentlichungen der „Volksbeauftragten" einige Ankündigungen über die Einziehung der Kriegsgewinne, aber es erfolgte nichts, höchstens konnten die Kriegsgewinner auf solche Ankündigungen hin ihre Beute im Auslande in Sicherheit bringen, jedenfalls hat keine irgendwie ernstliche Bemühung nach dieser Seite hin stattgefunden, im Gegenteil waren die Wintermonate 1918/19 die Zeit einer reifen Ernte für die nicht minder ehrenwerte Kategorie der „Revolutionsgewinner". Man braucht nur an die ungeheuren Diebstähle und Schiebereien des Heeresgutes zu denken. An sie knüpften sich in den Jahren darauf jene schmutzigen und beschämenswerten Schieberprozesse der Kutisker, Barmat, Sklareks und wie sie alle

hießen, und mit denen gerade „die Größten“ der führenden Sozialdemokraten in freundschaftlichem Verhältnis, teils auch in ebenso freundschaftlich-schmutzigen Geschäftsverbindungen standen. Zu ihnen gehörte der Sozialdemokrat Bauer, der als Reichskanzler auf das Kabinett Scheidemann folgte, um den Versailler Vertrag zur Annahme des Parlaments zu bringen. Dieser Mann hielt auf der Nationalversammlung eine pathetische und schöne Rede über Ehre. Nicht lange nachher mußte er wegen seines gewinnbringenden Verhältnisses zu Barmat sogar sein Reichstagsmandat niederlegen. — Erwähnt man diese Verhältnisse und Beziehungen, eine damals erscheinende Schrift gleichen Namens nannte sie den „Rattenkönig“, so ist klar, weshalb die Volksbeauftragten und ihre Nachfolger im Ernst nie daran gedacht haben, den Kriegsgewinnern ihren Raub auszuspannen.

Vorgreifend wollen wir bemerken, daß zu diesen Gewinnern des Krieges und der Revotion einige Jahre später auch noch die Gewinner der Inflation traten — und ihre Gewinne waren sicher nicht zu verachten. Die 1924 zum erstenmal in Erscheinung tretende nationalsozialistische Reichstagfraktion hat damals und in den folgenden Jahren wiederholt den Antrag auf Enteignung der Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinner im Reichstage gestellt mit dem Vorschlage, daß die Erträge solcher Enteignung den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zugute gebracht würden; ein gerechter Antrag, der mit der nötigen Rücksichtslosigkeit auch durchführbar gewesen wäre. Bezeichnend genug, daß die Nationalsozialisten mit ihrem Antrag ganz allein blieben, es fand sich keine einzige Fraktion, die für ihn gestimmt hätte.

So ist der Artikel 12 vom gleichen Gedanken erfüllt wie der vorhergegangene. Er geht noch viel weiter mit seiner Enteignungsforderung, weil er auch einen viel weitergehenden Fall behandelt. Der Kriegsgewinn soll, sogar nachträglich, enteignet werden, denn er ist doppelt zu verurteilen. Er ist skrupellose Ausnutzung der Zwangslage, in der sich der Staat während des Krieges befand. Es ist ein unerträglicher Kontrast: der Kriegsgewinner streicht gewaltige Summen ein, während seine Volksgenossen oder Mitbürger an der Front bluten oder in der Heimat darben.

Artikel 13:

> „Wir fordern die Verstaatlichung aller bisher bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts)“.

Hier setzt der programmatische Kampf gegen den Kapitalismus ein. Wenn es eine Einrichtung gibt, die im Grund ihres Wesens als volksfeindlich bezeichnet werden muß, so sind das die „vergesellschafteten Betriebe“, die nicht minder Feinde des Staates sind, nämlich jeden Staates, der versucht, ein Volksstaat zu werden. Sechs Jahre, nachdem Hitler dieses Programm aufgestellt hatte, wurde in einem Ausschuß des Reichstages über die Haltung beraten und abgestimmt, welche einem gewaltigen Kartell, dem sogenannten Eisenpakt, gegenüber einzunehmen sei. Es handelte sich um einen Zusammenschluß der französischen, deutschen, luxemburgischen und belgischen Schwerindustrie. Die industriellen Vertreter der nationalen Parteien der Rechten und der Mitte in jenem Ausschusse waren sich klar darüber und gaben zu, daß dieses Kartell stärker sei als der Staat, daß der Staat gegen seine Preisbildung, Lohnpolitik usw. ohnmächtig sei. Trotzdem stimmten sie aus kapitalistischer Interessenrücksicht für diesen Pakt. Gefragt, warum? erwiderten sie, das sei nun einmal die Entwicklung! Es ist in Deutschland schon politischer Brauch geworden, das schlechte politische Gewissen hinter dem Schlagwort „Entwicklung“ zu verstecken. — Die sozialdemokratischen

Vertreter in jenem Ausschusse aber erklärten, auch sie würden dem Eisenpakte zustimmen. Zwar bedeute er eine neue gewaltige Steigerung des Kapitalismus, aber je höher dieser steige, desto näher käme er seinem Sturze, eine elende Ausrede, die auch als solche schlecht war, denn es war klar, daß diese Steigerung des europäischen Kapitalismus ihn selbst gewaltig stärken und unterbauen, unter allen Umständen seinen Sturz, stand dieser überhaupt in Aussicht, in unbestimmbare Ferne hinausschieben mußte. Es war ein krasser Fall, daß hervorragende Führer des internationalen Sozialismus nicht vermeiden konnten, ihre Zugehörigkeit zum internationalen Kapitalismus durch die Tat der Zustimmung zu bekräftigen. Auf der gleichen Höhe stand die Äußerung des anderen Vertreters, auch eines hervorragenden Führers der Sozialdemokratie: man werde für dieses Kartell stimmen, aber nur unter der Bedingung, daß der Staat die Massen der innerhalb des Kartells beschäftigten Arbeiter gegen die Arbeitgeber schütze. Dabei war kein Zweifel, daß der Staat hierzu gar nicht imstande war; dasselbe unwahrhaftige Verschleierungsmanöver der Öffentlichkeit, den eigenen Anhängermassen gegenüber. — Dagegen stimmten nur die Nationalsozialisten.

Der nationalsozialistische Staat will an jeder Stelle Persönliches. Persönlichkeit gleichbedeutend mit Verantwortung, die immer nur persönlich sein kann. Denkt man an einen unpersönlichen, großen Betrieb, eine Aktiengesellschaft. Jeder kann Aktien kaufen, ob er Deutscher oder Nichtdeutscher ist, und ganz gleichgültig, ob er irgendeinen persönlichen Zusammenhang mit dem Werke hat, ja ob er auch nur eine Ahnung besitzt, was die Aktie bedeutet, die er in der Hand hat. Er hat sie an der Börse gekauft, wo er Aktien von Großbetrieben aller Erdteile und Länder kaufen und sich unter ihnen aussuchen kann, was ihm am vorteilhaftesten für sein Geldgeschäft, das meistens ein Spekulationsgeschäft ist, erscheint. Die Aktie eines Werks kann an einem Tage ungezählte Male den Besitzer wechseln. Jeder Besitzer einer Aktie ist gleichzeitig der Mitbesitzer des Werks, von dem er weiter nichts weiß, als daß es „gut" sei. Und wenn dieser Mitbesitzer eine gewisse Zahl von Aktien desselben Werks an der Börse gekauft hat, so kann er dadurch entscheidend für das Schicksal des Werkes werden, er kann mit ihm machen, was er will, ohne Sachkenntnis oder Sachinteresse zu besitzen. So sind, umgekehrt betrachtet, vom Generaldirektor bis zu den Massen der Angestellten und Arbeiter des Werks alle von diesen Aktionären, die die Mehrheit des Werkes in der Hand haben, abhängig. Niemand vermag an irgendeinem Tage zu sagen, wem das Werk gehört, denn in jedem Augenblick kann die Aktienmehrheit in andere Hände übergegangen sein. Niemand auch vermag zu sagen, ob das betreffende Werk noch in deutschen Händen liegt oder ob sich nicht die Mehrheit der Aktien seit gestern oder seit Schluß der Börse in Händen von ausländischen Aktienbesitzern befindet.

Der Staat nicht minder als die arbeitende Bevölkerung sind unter solchen Umständen die Betrogenen, und der Zustand selbst schlägt dem Volksgedanken ins Gesicht. Die Arbeit des Deutschen soll ihm selbst innerhalb der Grenzen des Gemeinnutzes zugute kommen. Daß die deutsche Arbeit vom höchsten Beamten des Werks bis zum Handarbeiter dem Aktionär zufließt, in dessen Macht es liegt, über die Gehälter der Angestellten und Beamten zu verfügen und die Lohnpolitik gegenüber dem Arbeiter entscheidend zu beeinflussen, das ist ein widersinniges und, der Ausdruck muß wiederholt werden, volksfeindliches Verhältnis. Das gilt nicht allein für die zusammengeschlossenen Betriebe, sondern auch für den großen unpersönlichen Einzelbetrieb. Es ist ein unerträglicher Gegensatz, daß so die organisierte deutsche Arbeit dem Geldgeschäft und dem Einkommen von Spekulanten, Geldleuten überhaupt, dient. Eine weitere Folge ist, daß die eigentliche Besitzerschaft, also die Aktien-

inhaberschaft, gar kein soziales Interesse an dem Personal besitzt, sondern im Gegenteil das antisoziale Interesse: möglichst viel unter möglichst geringen Unkosten herauszuholen; möglichst geringe Unkosten bedeuten naturgemäß möglichst geringe Löhne.

Die internationale Sozialdemokratie, der Marxismus haben, auch dieses Beispiel aus neuester Zeit beweist es, nie einen wirklichen Kampf gegen die Trusts usw. geführt, getreu ihrer Praxis, dem eigentlichen Übel nie an die Wurzel zu gehen. Die Sozialdemokratie bekämpft den Unternehmer bis aufs Blut, wie in alten Zeiten, aber das hinter ihm stehende Finanzkapital, von dem er selbst abhängig war und für das er selbst arbeitete, wurde nicht bekämpft, noch mehr: nicht genannt, es durfte nicht genannt werden. Der nachnovemberliche Staat hat wohl unendlich viel von sozialen Dingen gesprochen, seine soziale Gesinnung gerühmt, aber sich, ebenso wie der Marxismus, gehütet, die Wurzel des Übels auch nur zu suchen. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts kämpfte in den Vereinigten Staaten von Amerika der Präsident gegen die mächtigen Trusts dort. Er unterlag, sein Kampf war angesichts der amerikanischen Verhältnisse von Anfang an aussichtslos. Immerhin war die Finanz, die er bekämpfte, die des eigenen Landes. In dem Deutschland nach 1918 war das Geld der Trusts usw. internationales Geld. Ein Kampf auf Tod und Leben mußte gegen es geführt werden. Er ist nicht gekämpft, nicht einmal versucht worden. Alle Regierungen der Weimar-Republik — an anderer Stelle und in anderem Zusammenhange wurde bereits davon gesprochen — erblickten in der internationalen Geldmacht den Retter und Gebieter, dem sich der einzelne und das deutsche Volk mit allem, was es besaß, unterzuordnen habe. Möglich, daß sich der eine oder andere trotzdem Gedanken gemacht hätte. Aber dann mußte er auch wahrnehmen, daß es sich um eine Umwälzung — eine Umwälzung im Sinne des Begriffs! — handelte. Allein diese Erkenntnis hätte genügt, daß er alle Gedanken weit von sich wies.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die durch Mißwirtschaft und Geldherrschaft hergestellten Zustände können nicht mit einem Male beseitigt und von einem goldenen Zeitalter abgelöst werden, besonders nicht in Deutschland, wo der Wirtschaftskörper eine denkbar kunstvolle, in sich verflochtene Organisation bildet. Auch im Hinblick darauf setzte der Artikel 13 fest, daß die Trusts usw. zu verstaatlichen seien, also der Staat sollte die Kontrolle über sie und in ihnen ausüben. Hier ist schon früher Gesagtes zu wiederholen, daß „der Staat" nicht derselbe Staat sein konnte und sein kann, der jetzt vorhanden ist, sondern ein Staat, der auf dem Boden unseres Programms steht, ebenso wie die Menschen, die den neuen Staat bilden. Einen Staat im Staate, einen im Grunde feindlichen Fremdkörper wie die Trusts kann der nationalsozialistische Staat weder vertragen noch dulden. Der vom Geld beherrschte einfache oder zusammengelegte Großbetrieb dient der Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft, macht sie zu Untertanen des Geldes und hält sie in dieser Knechtschaft. Der nationalsozialistische Staat kennt keine Staatsbürger erster und zweiter Klasse. Daraus resultiert der

Artikel 14:

„Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben."

Die Vorstellung, daß der Arbeiter, überhaupt der Arbeitnehmer von Natur als dienende Klasse des Volkes bestimmt sei, hat bemerkenswerterweise im gesamten Bürgertum noch immer Boden, ebenso das abscheuliche Wort: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe." Und stimmt jemand theoretisch dagegen, so hat er viele Aber: in der Praxis sei das

nun einmal so und nicht zu ändern. Wir sagen darauf: Das scheint allerdings so, und es kann damit nur unter einer Bedingung anders werden, nämlich daß der nationalsozialistische Staat eintritt, dessen „Lied" alle zu singen haben, ob Arbeitgeber, ob Arbeitnehmer. Jene scheinbar unausrottbaren Gegensätze und Mißverhältnisse können nur in der höheren Einheit des nationalsozialistischen Staats, der zugleich die Volksgenossenschaft selbst darstellt, verschwinden. In diesen Gedankenkreis gehört auch die Beteiligung des Arbeitnehmers am Gewinn. Die Einwendungen sind gleich zur Hand, schon seit längeren Jahren: alle Betriebe seien verschieden und verschieden ertragreich, wie sollte man da eine Norm für die Gewinnbeteiligung finden, und wenn gar Verlustwirtschaft einträte, was dann? Und wenn der Arbeiterbestand in einem Werke wechsle? Auch für die Form der Gewinnbeteiligung sei schon manches versucht worden, und nichts habe recht funktioniert, sei es die Kleinaktie gewesen oder bares Geld oder Sparkasse, kurz: ein schöner Gedanke, aber praktisch nicht zu lösen! Gewiß, es sind hier und da Versuche gemacht worden, aber immer nur aus privater Initiative, dergegenüber sich sofort, oft genug im gleichen Betriebe, Gegenkräfte bemerkbar gemacht haben, während der Staat nie auch nur platonischen Anteil an solchen Bestrebungen genommen hat. Der Artikel 14 setzt voraus, daß der nationalsozialistische Staat, und zwar er allein, die Durchführung und Regelung der Gewinnbeteiligung in die Hand nimmt. Damit wird die ganze Frage auf einen neuen Boden gestellt, und wo der Wille des Staates besteht, da wird sich ohne weiteres der Weg zeigen. Die Gewinnbeteiligung des Arbeitnehmers am Werke wird nicht nach einem Schema geregelt werden, vielmehr individuell, je nach dem Wesen der Betriebe. Es ist gar kein Zweifel, daß die praktische Seite des Problems der Gewinnbeteiligung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bietet. Mindestens ebenso wichtig erscheint die ideelle Seite der Gewinnbeteiligung, die, das steht nicht im Artikel 14, in weiterer Folge auch Mitverantwortlichkeit und Anteil am Besitz zur Folge haben muß.

Wir übersetzen das Wort Sozialismus mit: Durchführung der Volksgenossenschaft. Unternimmt ein Führer, eine Partei diese ebenso hohe wie große und alles umwälzende Aufgabe, so muß er dienende Unterordnung unter private Persönlichkeiten, Gesellschaften und unter das Geld nicht nur verbieten, sondern ausrotten. Dienende Unterordnung ist nur dem Staate und seinen Organen gegenüber Notwendigkeit und deshalb Gebot. Es kommt aber noch ein anderes Moment hinzu: in einem vorherigen Artikel ist als einer der Hauptgrundsätze der nationalsozialistischen Gedankenwelt die Pflicht zur Arbeit, zum Schaffen ausgesprochen worden. Die Arbeit soll herrschen, nicht das Geld noch der Funktionär der Geldmacht. Ist dem aber so, dann darf auch im Betriebe, gleichviel welcher Art, die Arbeit und damit der Arbeiter nicht als etwas Untergeordnetes angesehen und behandelt werden. Darauf erfolgt der Einwand: Arbeiter seien doch schließlich alle, vom Generaldirektor bis zum Handarbeiter, aber es gäbe eben höhere und niedere Arbeit, es gäbe geradezu unbezahlbare Einzelpersönlichkeiten und als das andere Extrem die Masse der Handarbeiter, die nun einmal doch nur Nummern seien, ohne einen persönlichen Arbeitswert. Hier kommt es auf den Begriff und den Maßstab „Leistung" an. Die Arbeit an sich erleidet keine Differenzierung. Arbeit ist Arbeit, ob mit dem Kopf oder mit der Hand. Für die Entlohnung der Arbeit, richtiger des Arbeiters, hat die Leistung den Maßstab zu geben. Es ist wieder kennzeichnend für die tiefe Unsittlichkeit des Marxismus, daß er die Leistung ausschalten möchte und den ungelernten Arbeiter in bezug auf Entlohnung mit dem hochqualifizierten Arbeiter gleichstellen will. Die Leistung will darum der Nationalsozialist auf allen Gebieten als maßgebend und wertbestimmend eingeführt wissen. Ohne den Willen

zur Leistung wird auch das Aufwärtsstreben, der Trieb, das höchste aus sich zu entwickeln, verkümmert und bei den meisten schließlich erstickt. Andererseits wird das Leistungsprinzip das Gefühl der Gleichberechtigung aller Arbeit nicht beeinträchtigen, dagegen die alte Vorstellung, Arbeit sei dem Besitz untergeordnet, beseitigen. Die Arbeit ist nicht dem Besitz dienstbar, sondern der Besitz wird erst durch die Arbeit geheiligt, indem er selbst Arbeit im Dienst des Ganzen tatsächlich leistet.

Der praktische Wert der Gewinnbeteiligung liegt auf der Hand, er besteht in dem „Interesse" am Gedeihen und somit an der Förderung des Werkes. Dazu gehört auf der anderen Seite, daß der Arbeiter oder seine Vertretung am Werk allen Einblick haben muß und daß das Betriebsratswesen, das bis jetzt absichtlich immer in den Kinderschuhen gehalten worden ist, zu einem wirklichen lebendigen Faktor ausgestaltet wird. Alles in allem will der Gedanke der Gewinnbeteiligung das soziale Recht des Arbeitnehmers in den Vordergrund stellen und auf das Nachdrücklichste materiell und ideell betonen. Das vollwertige Recht des Arbeitnehmers kraft seiner Eigenschaft als deutscher Volksgenosse wird zum Ausdruck gebracht. Den gleichen Gedanken enthält

Artikel 15:

„Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung."

In den Jahren nach dem Umsturz ist der Staat durch eine falsche Politik und Wirtschaft und durch unrichtige Grundanschauungen über das Wesen des Volks so heruntergekommen, daß selbst die Altersversorgung der Beamten sehr in Frage steht. Was der Artikel 15 einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung nennt, muß in der Praxis bedeuten: die Versorgung für das Alter aller derjenigen, die in der arbeitsfähigen Zeit ihres Lebens zum allgemeinen Wohl und Nutzen gearbeitet haben. In einem früheren Abschnitt wurde von der alten Beamtenschaft und dem alten Offizierkorps gesprochen, die als Gegenwert für ihre pflichtmäßige Berufsarbeit ein mäßig berechnetes Gehalt vom Staate erhielten und nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst eine Pension, die sie selbst und die Familie sicherstellte. Der Grundgedanke ist von unanfechtbarer sozialer Gerechtigkeit. Wenn heutzutage von Vertretern der Sozialdemokratie und der Demokratie dagegen geeifert wird, so ist maßgebend dafür einmal der Haß gegen alle Einrichtungen des alten Staates, die Bollwerke gegen den Marxismus waren, und dann die im Wesen dieser Anschauungskreise liegende Bestrebung, überall wurzellose, von den Geldmächten abhängige Existenzen zu schaffen.

Artikel 15 beabsichtigt also mit großzügiger Ausgestaltung der Altersversorgung die Durchführung eines ungeheuren Unternehmens, das grundsätzlich und praktisch weit über die bisherigen Altersversorgungsgesetze hinausreicht. Der Gedanke ist ganz folgerichtig, gerecht und einfach und von einer Monumentalität, die in Deutschland und in anderen Ländern einzig dasteht. Die Volksgenossenschaft, die Volksverbundenheit kann in keiner Weise schöner und großartiger hervortreten, als wenn das gesamte Volk durch seinen Staat, den Volksstaat, für den Lebensrest seiner Alten sorgt, gleichviel aus welchen Schichten und Berufen sie hervorgegangen sind. Es handelt sich hier also nicht um Wohltat und Wohltätigkeit, sondern um Durchführung des Volksgedankens und ein Recht des Volksgenossen, gleichbedeutend mit einer natürlichen Pflicht des Volksstaats. Die sozialen Wohlfahrtseinrichtungen aus dem vorigen Jahrhundert, seien es die privaten oder die staatlichen, trugen stets den Stempel der Wohltätigkeit, dabei auch der politischen Absicht, dem Marxismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, und haben deshalb zur sozialen Versöhnung nicht

beigetragen, sondern im Gegenteil die soziale Spaltung der deutschen Bevölkerung noch vertieft. Das konnte nicht anders sein. Wird aber die Altersversorgung als eine Sache des gesamten Volkes angesehen und behandelt, so ist die Wirkung: das Verschwinden der sozialen Kluft.

Fordert Artikel 15 die materielle Sicherstellung aller der Volksgenossen, die das Alter unfähig gemacht hat, ihrer Arbeitspflicht Genüge zu leisten, so verlangt Artikel 16 die Erhaltung wichtigster und arbeitswilliger Berufsstände, nämlich:

> „Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden."

Was hier vor länger als einem Jahrzehnt gefordert wurde, bedeutet jetzt mehr denn je eine brennende Forderung: die Schaffung eines gesunden Mittelstandes in allen seinen verschiedenen Zweigen. Heute befindet sich der Mittelstand in Lebensgefahr, erdrückt und zerrieben vom Großkapital und von marxistischer Klassenpolitik, jenen beiden wirklich nur zum Schein untereinander feindlichen Genossen. Das ist nichts Neues. Schon Jahre vor dem Kriege gab die Sozialdemokratie die Losung aus: der Mittelstand, auf dem Lande wie in der Stadt, sei durch die moderne Entwicklung, durch den Arbeitsprozeß, durch den Verkehr, durch die unaufhaltsame Zunahme der Großbetriebe dem Untergang geweiht. Da sei nichts zu machen, und es bedeute einen Fehler, Menschen und Berufsstände halten zu wollen, deren Zeit eben abgelaufen sei. Im übrigen sei der Untergang des Mittelstandes auch politisch heilsam, denn er setze sich durchaus reaktionär zusammen. In späteren Jahrzehnten ist die Sozialdemokratie aus taktischen Gründen mit solchen Äußerungen vorsichtiger geworden, aber ihre Politik und Wirtschaft war stets auf Vernichtung und Entwurzelung des Mittelstandes gerichtet. Sie blieb hierin auch ganz konsequent. Die Sozialdemokratie stand mit der Auffassung, die Zeiten des Mittelstandes, insbesondere auch des Handwerks, seien gezählt, durchaus nicht allein, es war die Meinung sehr weiter Kreise in Deutschland, auch solcher, die es bedauert hätten. Sie blickten auf die Gefahr, die dem Handwerk wie dem kaufmännischen und dem gewerblichen Mittelstande von den Großbetrieben drohte, besonders von den großen Warenhäusern und ähnlichen Einrichtungen. Hätte man die Forderung des Artikels 16 vor dem Kriege, wo sie auch schon gestellt wurde, berücksichtigt, und dann im Jahre 1920, so würde die Not des Mittelstandes nie zu der heutigen Höhe gestiegen sein. Die Forderung bleibt bestehen, ebenso wie die andere sehr notwendige: die Berücksichtigung der kleinen Gewerbetreibenden bei öffentlichen Lieferungen. Das waren und sind beides sehr wunde Punkte.

Daß der Mittelstand durch die „moderne Entwicklung zum Tode verurteilt" sei, wurde bereits Jahrzehnte vor dem Kriege behauptet; neben den schon genannten Faktoren mache ihn die moderne Technik tot. Auch staatliche Behörden neigen zu dieser Ansicht. Der Mittelstand kann wohl sagen, daß Staat und Parteien niemals versucht haben, ihn mit Ernst und großen Mitteln zu fördern, er ist immer das Stiefkind gewesen. Und trotzdem haben wir festzustellen, daß der Mittelstand auch heute noch am Leben ist, obgleich er nun wirklich in Lebensgefahr schwebt. Es handelt sich keineswegs darum, den Mittelstand, namentlich das Handwerk, etwa künstlich, im Gegensatz zur „Entwicklung", am Leben zu halten. Er hat vielmehr gerade in diesen letzten Jahrzehnten und besonders in der neuesten, allerschlimmsten

Zeit bewundernswert bewiesen, welche Lebenskraft er besitzt und wie notwendig er deshalb für das Leben der Bevölkerung bleibt. Erst die allgemeine Auszehrung Deutschlands seit bald einem Jahrzehnt hat nun den Mittelstand an den Rand seines Grabes gebracht, aber nicht ihn allein, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft; ein Beweis, daß der Mittelstand nach wie vor eines der wichtigsten und an sich lebensfähigen organischen Glieder des gesamten Volkes und seiner Wirtschaft bleibt. Ein Staat, der weder den Marxismus durchführen will, noch Plutokratie ist, muß ohne weiteres für den Mittelstand eintreten und ihn wieder zur Gesundung bringen. Vollends gilt das vom nationalsozialistischen Staat, der seine Grundlage auf die ehrliche und schaffende Arbeit stellt und weder ein Staat der Arbeitgeber noch des internationalen Geldes ist, ja gar nicht sein kann, wenn er sich nicht selbst verleugnen will.

Artikel 17:

> „Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation."

Der deutsche Boden, das ist die nationalsozialistische Auffassung, gehört als Ganzes dem ganzen Volke. Daraus ergibt sich, daß jeder Volksgenosse Anspruch auf ein Stück Boden besitzt, mag es noch so klein sein. Es ergibt sich weiter, daß das Volk über die Verwendung des Bodens entscheiden und verfügen muß. Das ist nur möglich durch das Ausführungsorgan des Volks, seinen Staat. Der Staat, der nationalsozialistische Staat, ist mithin dem Volk für die Verwendung, Verwaltung, Bearbeitung usw. des deutschen Bodens verantwortlich. Es ergibt sich daraus, daß der Staat die Autorität und Kontrolle über die Verwendung des Bodens und auch über seine Verteilung bzw. Neuverteilung haben muß. Diese Notwendigkeit ist entstanden durch den volksfeindlichen Mißbrauch, der im Laufe der Jahrzehnte mit dem deutschen Boden getrieben worden ist. Dieses höchst wichtige Kapitel müssen wir etwas näher ansehen.

Der nationalsozialistische Staat steht auf dem Boden des Privatbesitzes, ja er geht noch viel weiter: er will die Zahl der Besitzer deutschen Bodens so stark vermehren wie irgend möglich. Jeder neue Bodenbesitzer erhöht die Produktionskraft des Gesamtbodens, trägt zur Unabhängigkeit Deutschlands vom Auslande bei, bedeutet die Verwirklichung eines sozialen Rechts, verknüpft Mensch und Boden miteinander. Das ist schon an anderer Stelle ausgeführt worden. Der nationalsozialistische Staat mit seinem Grundsatze vom organischen Wesen des Volks, von seiner engen Zusammengehörigkeit mit dem Boden, von der Notwendigkeit unablässiger Förderung der Arbeit muß geradezu Mehrung und Festigung des Besitzes in allererster Linie anstreben. Vor einigen Jahren wurde vor einer Reichstagswahl von landwirtschaftlicher Seite auf Grund dieses Artikels behauptet: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei eigentumsfeindlich. Darauf erließ Hitler die folgende Erklärung: „Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚unentgeltliche Enteignung' nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften." — Das ist richtig, nicht einmal etwas

Neues. Hören wir Bismarck in einer Rede vom Jahre 1882 über Enteignung und Sozialismus:

„Sozialistisch ist Herstellung der Freiheit des Bauernstandes; sozialistisch ist jede Enteignung zugunsten der Eisenbahn; sozialistisch im höchsten Grade ist z. B. die Zusammenlegung der Grundstücke, die dem einen genommen und dem anderen gegeben werden, bloß weil der andere sie bequemer bewirtschaften kann; sozialistisch ist der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das ist alles sozialistisch. Ich könnte das Register noch weiter vervollständigen. Aber wenn Sie glauben, mit dem Worte „sozialistisch" jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung notwendig ist. — Die unentgeltliche Enteignung bezieht sich lediglich auf den deutschen Grund und Boden, der von Ausländern nur zu Spekulationszwecken aufgekauft worden ist. Desgleichen auf solchen Grund und Boden, der durch eine grenzenlose Lotterwirtschaft des Besitzers ‚brach' liegen bleibt und somit einem Anbau von Nahrungsmitteln entzogen wird."

So sprach der große deutsche Staatsmann vor bald einem halben Jahrhundert, derselbe Mann, von dem heute noch behauptet wird, er sei die Verkörperung antisozialen Geistes gewesen! Und das war in einer Zeit des Gedeihens in wirtschaftlicher Hinsicht, der Gesundheit der Landwirtschaft, einer unbedingten Zuverlässigkeit des Staates, einer völligen Freiheit von fremden Einflüssen, auch solchen des internationalen Geldes. Trotzdem hielt Bismarck solchen Sozialismus für notwendig und war der Ansicht, daß dieser sich im Laufe der Zukunft ganz von selbst weiter entwickeln müsse. Er hängt eben mit dem Volksgedanken und der Volkswerdung unmittelbar zusammen. Während der Zeit nach dem Umsturz hat das Geld, und zwar das fremde Geld, nicht nur die Begriffe von früher entwurzelt, sondern auch das Eigentum, auf dem Lande wie in der Stadt. In unheimlich großem Maße dient es den Geldgesellschaften und Geschäftemachern lediglich als Gegenstand der Spekulation, nicht zu reden von dem an sich unsittlichen Hypothekenwesen. Daß hier ein wirklicher Volksstaat radikal ein- und durchgreifen muß, ist eine Selbstverständlichkeit, denn seine Aufgabe ist, dem Volke den Boden seines Vaterlandes mit allem, was in diesem liegt und auf ihm steht, zu erhalten und wieder herzustellen. Deshalb muß er das Recht beanspruchen: der Kontrolle, der Verwendung und Verwaltung des Bodens und auch der Oberautorität in der Verteilung des Bodens. Diese beiden Rechte werden im nationalsozialistischen Staat nicht dazu dienen, das Eigentum zu beseitigen, sondern es zu befestigen und neues zu schaffen. Wenn der Artikel 17 von einer Bodenreform spricht, so bezieht sich diese Forderung in der Hauptsache auf die erwähnten Punkte. Sie soll niemals dazu dienen, rechtmäßigen Besitz, also etwa den Hausbesitz, zu beseitigen oder zu erschüttern, im Gegenteil! Aber der Wucher soll beseitigt werden. Das sagt auch der

Artikel 18:

„Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen ohne Rücksicht auf Konfession und Rasse."

Die beiden Artikel stehen in innerem Zusammenhang, nur daß Wucher und Schieberei in Deutschland nicht allein mit Bodenwerten getrieben wird, sondern mit allem möglichen. Der Artikel verlangt schlechthin Todesstrafe für diese Verbrechen und trifft damit das

Richtige. Das vergangene Jahrzehnt hat gezeigt, wie gerade diese Verbrecher am Volke und seinem Besitz durch Freiheitsstrafen nicht beseitigt, auch nicht abgeschreckt werden können. Unzählige Prozesse haben bewiesen, daß die Schieber und Wucherer, ihre Komplizen, legale und illegale Schützer unerschöpflich an Wegen und Mitteln sind, um sich einer wirklichen gerechten Ahndung zu entziehen. Die inneren Zustände begünstigen das. Die Todesstrafe gegen „gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber" usw. ist keineswegs zu schwer und hart, sondern die einzige Art, um dieser Pest, die seit Krieg und Umsturz in Deutschland umgeht, schnell und vollkommen ein Ende zu machen. Sie bedeutet gleichzeitig eine wirksame Schutzmaßnahme für die ehrliche Arbeit und für den Besitz.

Für den Besitzer gilt recht eigentlich der Satz des Nationalsozialismus, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht. Andererseits wirkt jeder sachgemäß bearbeitete und verwaltete Besitz ohne weiteres im Sinne des Gemeinnutzes, und zwar um so stärker, je besser der Besitzer selbst gedeiht. Diese Beziehung so zu halten oder zu gestalten, ist die Aufgabe der Volkswirtschaft. Enteignen wird der Staat nur da, wo das Gemeinwohl es verlangt oder der Besitz nicht sachgemäß verwaltet wird, was auch dem Gemeinwohl widerspricht. Im einzelnen wäre höchstens noch zu sagen, daß bei jedem Bodenverkauf der Staat sich das Vorkaufsrecht vorbehält, daß er das Hypothekenwesen kontrolliert, ebenso Verwaltung und Bewirtschaftung. Er schafft einen Wall um das Privateigentum und die ehrliche Arbeit, einen Schutz gegen den fortwährenden Ansturm der Geldgesellschaften und Geschäftemacher, die das Feste entwurzeln wollen, um es in das Hin und Her des „freien Handels" hineinzustoßen und zum Gegenstand der Profitgier zu machen. Im Deutschen Reich ist seit 1924 durch die Dawesgesetze und später die Younggesetze in nie vorher dagewesenem Maße Enteignung des Besitzes durch das internationale Geld eingetreten. Und hier schließt der Kreis wieder: dieser hier in aller Kürze skizzierte Schutz des Besitzes, des Privateigentums kann nur vollständig durchgeführt werden, wenn erst der Staat den Schnitt zwischen sich und dem internationalen Gelde zu vollziehen beginnt.

Die Schlußworte des Artikels 18 sollen in der Hauptsache besagen, daß wir frei sind von einem einseitigen Antisemitismus, daß es ganz gleichgültig für die Bestrafung ist, ob der Verbrecher ein Deutscher, ein Jude oder ein Ausländer ist.

Artikel 19:

> „Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht."

Dieser Satz steht im engen Zusammenhange mit dem vorhergehenden und besonders mit dem Artikel 17: Das heute noch in Deutschland geltende römische Recht behandelt den Boden als eine Sache wie irgend etwas anderes, das man kauft und verkauft. Es war eine echt römische Auffassung, die sich tragisch, aber gerecht durch den Untergang des römischen Staates später gerächt hat. „Der Bauer ist kein Spielzeug", und ebensowenig dürfen er und andere Besitzer und Besitze zum Handelsgegenstand werden, ohne daß sich der Staat selbst darum kümmert. Wir brauchen auf das große Gebiet des Rechts, des römischen und des deutschen und auf die Unterschiede und Gegensätze zwischen den beiden hier nicht einzugehen. Nur das soll gesagt werden, daß ein deutsches Recht, übrigens in sehr starkem Anklange an das alte deutsche Recht, in erster Linie die Verbundenheit von Volk und heimischem Boden, die Begriffe der Pflicht und der Ehre zum Gegenstande haben wird und damit ohne weiteres auch die Entthronung des Geldes im Leben des Volks. Die Pflicht

des Staates gegenüber dem einzelnen und umgekehrt gehört dazu. Über der Pflicht steht die Ehre. Das deutsche Recht hat sich organisch aus der Idee des deutschen Volks als eines organischen Wesens zu entwickeln. Nur damit hat es etwas zu tun. Dem römischen Recht schulden wir keinerlei Pietät. Es hat in den Jahrhunderten seiner Anwendung in Deutschland zersetzend gewirkt, weil es nach seiner Art der deutschen Art, ihren Bedürfnissen und Folgerungen fremd ist. Es ist natürlich aber höchste Zeit, daß endlich diesem Gegensatze rücksichtslos und radikal Rechnung getragen werde. Daß Hitler und seine Leute, jung und unerfahren, wie sie waren, auch dieses in seiner ganzen Wichtigkeit erkannt haben, ist nicht nur ein Verdienst, sondern ein Zeichen sichersten politischen Instinktes. Gewiß ist der Gedanke an sich nicht neu. Besonders seit 1871 haben viele deutsche Denker die Notwendigkeit eines deutschen Rechts nachgewiesen. Aber die Schaffung deutschen Rechts als einen Hauptprogrammpunkt einer neuen politischen Partei hinzusetzen, war der kleinen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vorbehalten.

Artikel 20:

> „Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Austausch unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern, ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf, auf Staatskosten."

Artikel 21:

> „Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung körperlicher Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größere Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine."

Artikel 20 bezeichnet den festen Willen, ein Problem zu lösen, das ebenso tief wie schwer ist: Begabungen suchen und bilden, in die ihnen von der Natur gewiesenen Wege lenken, Charaktere erziehen und entwickeln. Ähnliche Forderungen, wie die des Artikels 20 sind schon oft vor dem Kriege aufgestellt worden. Sozialdemokratie und Demokratie haben „freien Aufstieg der Begabten" verlangt und Ausschaltung der Geldfrage durch ein Eintreten des Staates. Der nachmalige Kanzler Bethmann Hollweg rief als preußischer Minister sein viel zitiertes: „Freie Bahn dem Tüchtigen!" Die Forderungen waren inhaltlich gleichlautend, und doch bedeuteten sie etwas ganz Verschiedenes: die Sozialdemokratie wollte die aus ihr hervorgegangenen „Tüchtigen" für sich behalten, sie sollten die Partei als Macht stärken, ihr mehr Intelligenz und Ansehen zuführen. Bethmann Hollweg und die damaligen führenden Schichten dachten, daß besonders Begabte der unteren Schichten bemerkt und gefördert werden und dann in einzelnen Fällen in die herrschenden Schichten aufsteigen und in ihnen aufgehen sollten. Eine charakteristische Szene ereignete sich in den ersten zwanziger Jahren auf einer Sitzung des Reichswirtschaftsrats. Da führte Hugo Stinnes in einer Rede aus: innerhalb der Arbeitnehmerschaft gäbe es so viele Begabungen, unverbrauchte

Kräfte des Geistes und Charakters. Es sei höchst wünschenswert, daß sie zur Blutauffrischung in die Kreise der Arbeitgeberschaft, der Beamten usw. aufstiegen. Als Stinnes diesen Gedanken ausführte, erfolgten zornige Zwischenrufe der Sozialdemokraten: das möchten Sie wohl, die wollen wir für uns behalten! Damit ist der Zustand bezeichnet: jede Schicht, jede Partei und Anschauungsgruppe unterstützt oder verlangt sogar alle Aufstiegsmöglichkeiten, aber die Tüchtigen, die Begabten, die Auserwählten will jede für sich behalten als Verstärkung in ihrem Kampfe gegen die anderen Parteien, Klassen, Schichten usw. Solche Willensrichtungen und Beschränktheiten schneiden den großen Gedanken von vornherein die Wurzeln ab, außerdem kann es niemals zu einer Durchführung und Regelung in der Praxis kommen. Es ist deshalb ganz etwas anderes, wenn die äußerlich ähnlich lautende Forderung vom Nationalsozialismus erhoben wird, denn der nationalsozialistische Staat wird kein Staat der Parteien, der Klassen, der oberen und unteren Schichten, sondern des organischen Volksgedankens sein, der Staat, der in allem, was er tut und will, das organische Wesen des Volksganzen und die Stellung des einzelnen Deutschen als organisches Glied des Volkskörpers vor Augen hat. Dadurch wird der Gesichtspunkt des Staates für die Auslese und Ausbildung der Tüchtigen ein ganz anderer. Das muß sich schon in den Grundlagen und Richtlinien der Volksbildung herrschend bemerkbar machen. Die nationalsozialistische Partei weiß besser als jede andere die großen Kräfte im Volk zu schätzen und zu erkennen, sie will diese nicht zur Trennung entwickeln, nicht zur weiteren Spaltung, sondern zum vereinten Wirken im deutschen Gedanken. Das bildet auch den Richtpunkt für die Ausbildung und Bildung. Weist Artikel 21 auf die Staatsbürgerkunde hin, so ist auch dieser Gedanke, von außen betrachtet, nicht neu. Staatsbürgerkunde wird schon lange gelehrt, aber bisher, im alten Staat wie im neuen, ist sie immer eine recht trockene Wissenschaft gewesen, an der vollends die Jugend keinen Gefallen gehabt hatte, auch nicht haben konnte. Gedanken über das Mehrheitsprinzip, über Verfassungsparagraphen sind nichts, was junge Menschen begeistern und zu höherem Fluge anregen könnte. Etwas ganz anderes aber, wenn sich dem jungen Menschen der lebendige und blutvolle Volksgedanke bietet, während der Staat automatisch formgebend an die zweite Stelle tritt. Im Zeichen des Volks steht alle Bildung des Geistes, Gemüts und Charakters und nicht minder die Lehre, die sich auf das praktische Leben bezieht und seinen Notwendigkeiten dienen soll. Eines schickt sich nicht für alle. Das gilt auch hier, aber in dieser höheren Einheit: Volk bleibt alles und bleiben alle gesammelt und aufeinander bewußt bezogen.

Für die Auswahl und Förderung der Begabten und Edlen kann nicht der Gesichtspunkt gelten, „auf die Suche" nach werdenden großen Männern und Genies zu gehen. Solche Ausnahmeerscheinungen künden sich immer von selbst an. Daß es dann Pflicht ist, sie auf jede Weise zu fördern, versteht sich von selbst. Die deutsche Geschichte zeigt nicht selten das Bild: ein großer Mann, ein Genie führt die Deutschen auf eine unerreichte Höhe; er verschwindet, sein Werk steht vielleicht noch eine Zeitlang, und dann erfolgt ein um so tieferer Sturz. Einem Volk wie dem englischen, hat derartiges niemals passieren können. Wirklich große Männer hat England seit mehr als hundert Jahren nicht hervorgebracht, dafür aber eine Durchschnittsführerschaft von außerordentlich hohem Niveau. Wir sprechen nun nicht allein von politischen Führern, sondern von Bahnbrechern, Führern und Trägern auf allen Gebieten des deutschen Lebens. Diese Schichten haben uns bis jetzt viel mehr gefehlt als anderen Völkern. Deutschland hatte seine sozusagen akkreditierten Klassen und Schichten. Es muß wiederholt festgestellt werden, daß sie sich als unfähig zur Lösung ihrer

Aufgabe gezeigt haben. Der Nationalsozialismus will keine Führerschicht bilden, die sich auf bestimmte Klassen und Gesellschafts-, Vermögens- und Bildungsschichten beschränkt und in ihnen erstarrt. Der Nationalsozialismus will keine Prärogativen, ungeachtet aller Anerkennung des Wertes der Tradition und Vererbung, man denke an die Begriffe der Beamtenfamilien, Professoren- und Offiziersfamilien und der so nötigen, nur durch lange Geschlechterfolge möglichen Stetigkeit der Landwirtschaft und ihrer Träger. Im nationalsozialistischen Staate sollen und werden die führenden Schichten sich in immerwährender Erneuerung aus anderen und in Bewegung befinden, durch Aufsteigen und Eindringen neuer, fähiger Elemente und durch den Abstieg unfähig Gewordener oder nicht Bewährter. Ein Erstarren, ein cliquenhaftes Zusammenschließen zu materiellen und ideellen Interessentengruppen wird dadurch verhindert, ebenso wie das Ausschließen anderer Volksgruppen von der Beteiligung an der Führung, am Vorangehen überhaupt. Das sind sicher sehr hohe und große Aufgaben, nicht von heute auf morgen zu lösen. Es kommt darauf an, daß sie zunächst überhaupt einmal mit revolutionärem Ernst in Angriff genommen werden.

Einem Zweifel mag noch vorgebeugt werden. Die nationalsozialistische Volksbildung bedeutet keine geistige Absperrung von dem Bildungsleben anderer Völker, von den Schätzen, welche die Jahrtausende uns überliefert und aufbewahrt haben, im Gegenteil! Nur sollen darüber die Erfordernisse des praktischen Lebens nicht vernachlässigt werden, wie das allerdings früher weitgehend geschehen ist. Der Deutsche soll auch weiterhin seine große und beinahe einzig dastehende Fähigkeit, Eigenarten und Geist anderer Völker zu verstehen, ausbilden und betätigen, aber er soll durch entsprechende Gegengewichte, die ihm die neue Erziehung gibt, gehindert werden, über solche Vielseitigkeit sich selbst zu verlieren.

Kostenlose Ausbildung besonders veranlagter Kinder ohne Rücksicht auf Stand und Beruf soll nicht wie heute zugunsten von Parteiauffassungen erfolgen, sondern nur mit Hinblick auf den Volksgedanken. Der letzte Satz des Artikels 20 — wir wollen nicht vergessen, daß das Programm im Winter 1919/20 entstanden ist — atmet auch eine persönliche Note, den Gedanken an die eigene, harte Jugend und die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich dem brennenden Streben nach Wissen und Bildung entgegensetzten. Wie viele Millionen junger begabter Menschen, die nicht über das ungewöhnliche Maß von Hitlers Willenskraft und Elastizität verfügten, mögen im Laufe der letzten sechzig Jahre gebrochen, gelähmt, unfruchtbar geworden sein! Die Weimar-Republik hat den freien Aufstieg und die Förderung begabter, aber unbemittelter Kinder zu einem ihrer Schlagworte erhoben. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Die Jugend gilt jedem als die Zukunft, denn sie ist die Zukunft. Wie die ältere Generation die Zukunftsentwicklung wünscht, so versucht sie die Jugend zu richten und zu bilden und betrachtet als die Tüchtigsten die, von denen sie glaubt, daß sie nach ihren Anlagen dazu bestimmt sind, einmal die Führung in dieser bestimmten Richtung zu übernehmen. Wie alle anderen Artikel des Programms, so läßt auch dieser erkennen, daß die Richtung, welche die nationalsozialistische Bewegung dem deutschen Volk weisen will, weit abweicht von den Anschauungen und Willensbetätigungen des Systems und Geistes, die man im allgemeinen als die Weimar-Republik zu bezeichnen pflegt. Deren ausgesprochenem Zuge zum Internationalistischen steht der Nationalismus entgegen. Die Auffassungen und Anschauungen, mit denen die Jugend in das Leben tritt, sind maßgebend für alles Spätere. Wer die Nation als einen Rest reaktionärer Anschauungen und Verhältnisse ansieht und sein Ideal in einer der drei Internationalen erblickt, wird der Todfeind der gegenteiligen Anschauungen und Ziele sein und umgekehrt. Wenn also gesagt würde, diese Erziehungs-

und Bildungsforderung des nationalsozialistischen Programms sage eigentlich nichts Neues, so kann sich das nur auf die ganz äußerliche Form beziehen. Die nationalsozialistische Forderung ist ihrem Inhalt und Wesen nach ein in Deutschland absolut Neues und bedeutet an sich schon etwas Epochemachendes.

Für einen Staat, der aus der heranwachsenden Jugend aller Schichten und Berufe ohne Rücksicht auf Reichtum und Armut das Beste machen und das Mögliche herausentwickeln will, ist es eine Selbstverständlichkeit, für die Hebung der Volksgesundheit alles Denkbare zu tun. Das ist der Sinn des Artikels 21, er eröffnet soziale Ausblicke von außerordentlicher Weite. Als das neue Jahrhundert begann, kam das Schlagwort auf, es sei „das Jahrhundert des Kindes". Das vergangene Menschenalter hat, auch wenn man vollständig vom Kriege und seinen unmittelbaren Folgen absieht, dieses Schlagwort Lügen gestraft. Die furchtbaren Folgen der Hungerzeit, besonders auch der Nachkriegsblockade, haben auf Jahrzehnte hinaus der deutschen Volksgesundheit einen schweren Stoß gegeben. Im Jahre 1919 schrieben die feindlichen Blätter triumphierend: die während der Blockadezeit geborenen Kinder und deren Kinder würden erst den lebendigen Beweis erbringen, wie tödlich für die deutsche Volksgesundheit die Blockadezeit gewesen sei; man höhnte: diese „englische Krankheit" werde nun in Deutschland für Generationen anhalten. Artikel 21 will Ertüchtigung und gesetzliche Festlegung der Turn- und Sportpflicht. Es versteht sich, daß diese Pflicht staatliche Aufsicht erfordert. Die geschmacklosen und nicht ertüchtigenden, sondern die Volksgesundheit schwer schädigenden Auswüchse des Sports, die wir seit zehn Jahren in Deutschland erleben, werden damit ohne weiteres verschwinden. Es kommt nicht auf Rekorde und internationale Verbrüderungen, sondern auf die Gesundung des deutschen Volkes, auf nichts als das an. Die Grundlage aller Hebung der Volksgesundheit, die in diesem Artikel nicht erwähnt zu werden braucht, sind das Wohnungswesen, die Ernährung und, nicht zu vergessen, zum mindesten Bewahrung der Jugend vor Alkohol und Nikotin.

Auf der Voraussetzung einer gesund erzogenen Jugend, die durchdrungen ist vom völkischen Gedanken, erwächst naturgemäß und folgerichtig

Artikel 22:

> „Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres."

Das Söldnerheer ist Deutschland durch den Versailler Vertrag aufgezwungen worden, ebenso wie die gänzlich unzureichende, geringe Bemessung seiner Stärke. Dieses Söldnerheer, die Reichswehr, ist auch bei bester Ausbildung nicht in der Lage, die Sicherheit des Deutschen Reichs und den Schutz der deutschen Grenzen zu gewährleisten, weder zu Lande noch zu Wasser noch vollends in der Luft. Das Söldnersystem wurde von den Feinden, an erster Stelle von Clémenceau, gewählt, damit die Deutschen nicht wieder durch ihr altes Reservesystem auch bei verhältnismäßig geringer Stärke des stehenden Heeres im Kriege eine große Macht ins Feld stellen könnten. Aber es handelt sich noch um viel mehr. Die allgemeine Dienstpflicht, dieser unsterbliche Gedanke der großen Patrioten und Organisatoren zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts, erwächst unmittelbar der Volksidee selbst: das Volk, die Nation sehen es als Recht und Ehrenpflicht an, sich selbst und ihren Boden gegen äußere Feinde zu schützen, und zwar durch ihre eigene Jugend ohne Unterschied. Um dieser Aufgabe genügen zu können, ist für die waffenfähigen Jahrgänge die Dienstpflicht notwendig. Wir wissen vom alten Heere, wie die Jahrzehnte dieser Dienstpflicht und ihre unaufhörliche Aus-

übung eine Volkserziehung im höchsten Sinne geworden sind, wobei keinesfalls in Abrede gestellt werden soll, daß die alte Armee auch Mängel hatte wie jede menschliche Einrichtung. Aber darauf kommt es hier nicht an. Abgesehen von den ausgesprochenen Militaristen gibt es kaum jemand unter den Männern und Frauen der älteren Generation, die nicht seufzend denken: hätte man nur den Militärdienst von früher, dann würde die Jugend nicht so verlottert und zuchtlos sein! — Darüber hinaus kann auch festgestellt werden, daß die furchtbaren Schädigungen der Gesundheit durch das großstädtische Leben und durch Alkohol und Nikotin nicht annähernd so groß sein würden, wenn die jungen Menschen durch ein militärisches Dienstjahr ganz aus solcher Welt herausgerissen, an Ordnung, Zucht, eine regelmäßige, einfache Ernährung und viel Aufenthalt in freier Luft gewöhnt würden. Kurz, eine allgemeine militärische Dienstpflicht wirkt sich in allen Teilen des Volkslebens aus und zwar in wohltätigster Weise. Unnötig zu sagen, daß die Formen sich ändern. Wenn es einmal möglich sein wird, wieder ein Volksheer zu schaffen, so werden die Formen in mancher Beziehung andere sein, als sie damals waren. Das Moment des Vertrauens zum Führer wird eine größere Rolle spielen, als es früher der Fall war. Manche militärischen Formen werden anders sein. Die Persönlichkeit des einzelnen wird freier zum Ausdruck kommen können und müssen, der Unterschied, der Abstand zwischen Vorgesetzten und Untergebenen wird sich weit weniger auf das Persönliche und das Gesellschaftliche erstrecken.

Die Idee des Volksheeres der Zukunft ist und bleibt genau die gleiche, wie sie von Scharnhorst, Boyen und Gneisenau usw. gefaßt und formuliert worden ist.

Die Feinde des Militarismus in Deutschland sind mit dem Söldnerheer sehr einverstanden, ebenso die feindlichen Mächte des Auslandes. Beiden liegt gleichermaßen daran, den militärischen Geist der Deutschen zum Verschwinden zu bringen, die Söldnertruppe pazifistisch zu durchdringen und sie mit der Zeit zu einer Polizeitruppe, zu einer uniformierten sozialdemokratischen Gewerkschaft zu deklassieren. Das ist bis jetzt noch nicht gelungen, aber die Tendenz soll dahingehen, und es ist Tatsache, daß führende linke Politiker und ein Mann von der immerhin bedeutenden Stellung eines Reichstagspräsidenten offen die Kriegsdienstverweigerung aussprechen.

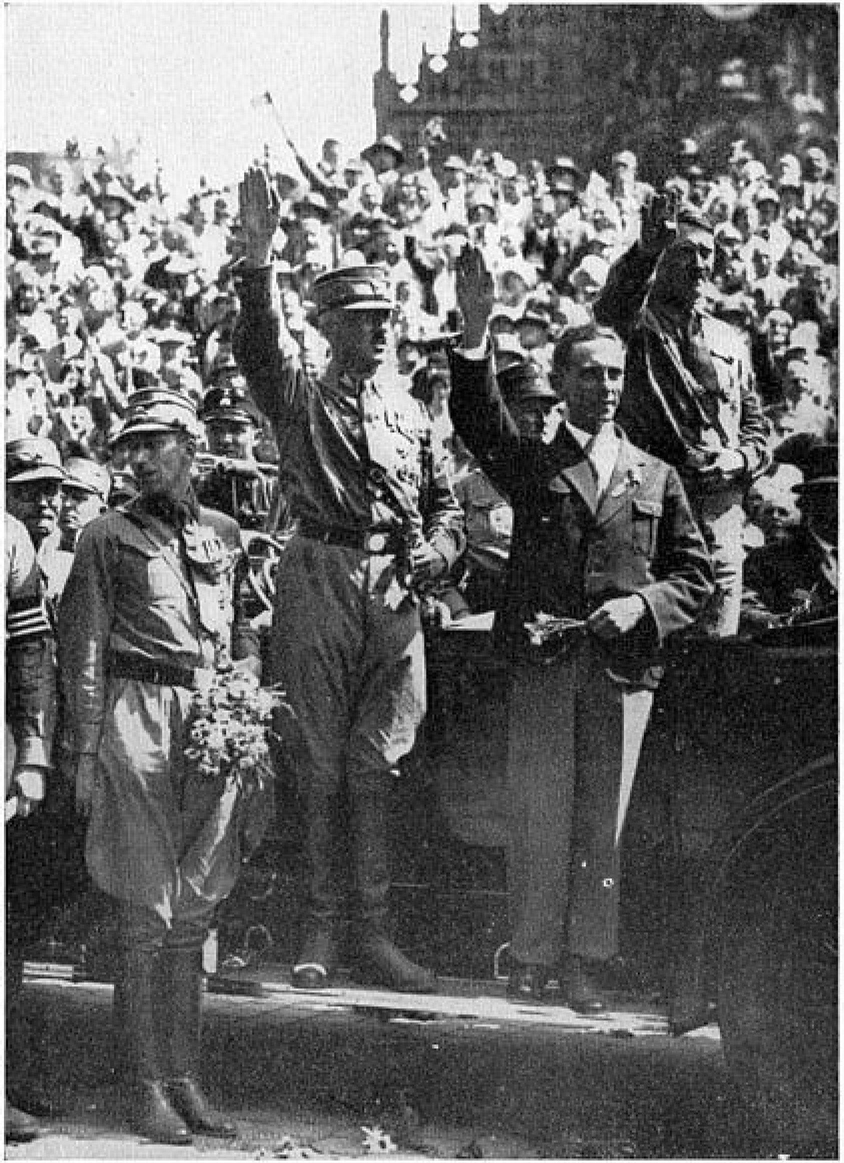
Die Erreichung des Zieles einer Aufstellung eines wirklichen Volksheeres kann nur von innen heraus angebahnt werden. Dann erst sind die Widerstände von außen zu überwinden, und die Dinge gehen wieder zurück auf den Artikel des Programms, der die Aufhebung des Versailler Vertrages fordert. Ein Volk, das frei und imstande sein will, seine Unabhängigkeit zu wahren, muß ein Volksheer haben. Ein Volksheer hat zur unmittelbaren und unentbehrlichen Voraussetzung ein Volk, das den Willen zur Freiheit besitzt und von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß Wehrhaftigkeit eine Lebensnotwendigkeit ist. Und das wiederum wird erst dann möglich, wenn die Massen der deutschen Bevölkerung, insonderheit der Arbeiterschaft, begriffen haben und auch empfinden, daß Auswirkung des Vaterlandsgefühls und soziale Wohlfahrt dasselbe sind und aller Internationalismus soziale Verknechtung unter das Geld und feindliche Mächte bedeutet. Diese innere Umkehr und Umwälzung will der Nationalsozialismus bewirken. Das Programm beweist, daß Hitler und seine Leute die Erkenntnis schon damals besaßen, daß nur ihr Leitgedanke und ihre Weltanschauung Berufung und Befähigung dazu aufbringen können.

Wenn der Artikel 22 einfach die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres fordert, so ist wieder daran zu erinnern, daß wir mit dieser Forderung im Winter 1919/20 stehen, in einer Periode ganz kurz nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages,

Nr. 33. Hitler bei der Hitlerjugend. Die Jugend gehört der NSDAP.!

Nr. 34. Reichsparteitag der NSDAP. in Nürnberg am 4. August 1929
General von Epp und Adolf Hitler am Kriegerdenkmal im Luitpoldhain

Nr. 35. 1929 in Nürnberg



Nr. 36. Reichsparteitag der NSDAP. am 4. August 1929 in Nürnberg

mitten in der Auflösung des alten Heeres, während der Periode der Freikorps, kurz in einer Zeit allgemeiner Aufgewühltheit in Deutschland; die neue Organisation des Söldnerheeres war noch nicht einmal im Aufbau begonnen worden. Man betrachtete diese Frage als isoliert, trug sich wohl auch, wie damals sehr viele Deutsche, mit dem Gedanken, alle Verhältnisse seien noch im Fluß, es werde sich das Diktat des Versailler Vertrages wohl auch noch ändern lassen usw. Darauf kommt es aber in der Beurteilung des Programms nicht an, sondern auf die richtige Erfassung des entscheidenden Punktes: Volksherr statt Söldnerheer.

Artikel 23:

„Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen.

b) Nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen die ausdrückliche Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.

c) Jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen die vorstehenden Forderungen verstoßen."

Dieser Artikel enthält die Erkenntnis und zieht die Konsequenzen daraus, daß die „bewußte politische Lüge" einen im Sinne des Wortes verhängnisvollen Einfluß vor dem Kriege und besonders während des Krieges ausgeübt hat. Das Mittel dieser bewußten politischen Lüge war und ist die Presse. Man könnte hier den Einwand erwarten: jene Presselüge gegen Deutschland sei doch in der Hauptsache von der ausländischen, von der „Weltpresse" ausgegangen. Das ist zu einem gewissen Grade richtig, aber außerdem war der Einfluß der „Weltpresse" auch deshalb — nicht allein deshalb — so verderblich, weil sie die in Deutschland gedruckte Presse als Widerhall fand. Diese in Deutschland gedruckte, in den meisten Fällen nichtdeutsch zu nennende Presse ging und geht mit dem feindlichen Auslande im völligen Einverständnis zusammen, auf gleichen Wegen und zu gleichen Zielen, nur in der Form nicht selten anders, sobald es zum Gelingen der Irreführung der deutschen Bevölkerung zweckdienlich erscheint. An erster Stelle steht hier die jüdische und jüdisch beeinflußte Presse, die unter allen möglichen Masken, nicht selten auch ohne solche den Internationalismus auf Kosten des Bestehens des Deutschen Reichs und des deutschen Gedankens durchführen will. Es handelt sich hier nun keineswegs allein um die Schriftleiter, sondern in erster Linie auch um die Besitzer der Zeitungsunternehmen bzw. um die Mehrheiten der Aktiengesellschaften, denen die Zeitungen gehören. Die Aufgabe ist also zu lösen, das Zeitungswesen in Deutschland zu etwas wirklich Deutschem zu machen. Als erste Bedingung dazu wird gleich im Punkt a des Artikels 23 klar bezeichnet: Schriftleiter und Mitarbeiter müssen Volksgenossen sein, also Deutsche. Damit wird eine Voraussetzung gegeben,

aber freilich leider keine Garantie, daß damit die Schriftführung der deutschen Presse auch tatsächlich eine deutsche sein werde. Es ist immer die Schwäche vieler Deutschen gewesen, teils durch fremde Beeinflussung, teils aus eigener Gesinnung, sich internationalen Gedankengängen bis zum Volks- und Landesverrat hinzugeben. Dazu kommen, außerhalb des politischen Gebietes, die kulturelle Vergiftung und allgemein überhaupt die Erfüllung der deutschen Gemüter und Geister mit Undeutschem. Das bringt der Schluß des Artikels genügend zum Ausdruck. Es versteht sich, daß Zwangsmaßnahmen auch nur eines der Mittel darstellen, die notwendig sind, um die Presse zu reinigen und zur Gesundung zu bringen, und ebenso selbstverständlich ist ausgeschlossen, daß Zwangsmittel und Bestrafungen das allein erreichen können. Sinnesänderung und innere Umkehr allein, das Sichbesinnen auf die deutsche Eigenart müssen und werden die Grundlage einer öffentlichen Meinung bilden, die wirklich deutsch ist.

Artikel 23 des Programms ist seiner Form nach eine Forderung an den vorhandenen Staat, obgleich die Verfasser des Programms sehr genau wußten, daß dieser Staat die Forderung niemals erfüllen würde. Alles, was Artikel 23 verlangt, befindet sich im schroffen Gegensatz zu den Grundsätzen und Praktiken des jetzigen Staats. Gerade in Deutschland glaubt die lesende Bevölkerung noch vollständig naiv an das gedruckte Wort. Es ist tragisch, ja jammervoll, feststellen zu müssen, daß dieser treu-kindliche Glaube seit Jahrzehnten ungestört in der abscheulichsten Weise mißbraucht und betrogen wird. Er kann in den Dienst der Wahrheit nur gestellt werden, wenn auf der einen Seite die Lüge rücksichtslos bekämpft wird, auf der anderen Seite man die Wahrheit auch bietet. Der Staat muß also die deutsche Presse, die er will, nicht nur organisatorisch, sondern auch geistig und sittlich aufbauen. Die Frage der Regeneration der Presse ist ihre Umwandlung in ein Organ der Volkserziehung, das zugleich der Ausdruck der von fremden Bestandteilen und Einflüssen gereinigten Volksseele und des Volkswillens sein soll.

Artikel 23 ist deshalb so wichtig und bemerkenswert, weil auch er den treffsicheren Instinkt der heimgekehrten Soldaten unter Führung Hitlers zeigt. Ganz allgemein gesprochen: er fordert zum Kampf für die deutsche Kultur und gegen alles auf, was sie schädigen und vergiften könnte. Davon ist die Presse ein Teil, vielleicht der allerwichtigste. Die Presse des Auslandes, besonders jene „große Presse", die in jüdischer Hand liegt und das mit großer Geschicklichkeit benutzte Werkzeug zur Durchführung der jüdischen Weltziele bildet, kann naturgemäß unmittelbar nicht von Deutschland aus beeinflußt noch geändert werden. Wohl aber würde die Schöpfung einer von außen und innerlich unverfälschten deutschen Presse einen gewaltigen Einfluß in der ganzen Welt ausüben, schon weil sie selbst unbeeinflußbar durch die internationale Lüge wäre und den Kampf gegen sie mit allen Mitteln aufgenommen hätte. Einem solchen rücksichtslosen und dabei überlegenden und geschickten Feinde gegenüber würde sich die Weltpresse schon sehr schnell in eine sehr unbehagliche und in hohem Maße gefährdete Lage hineingedrängt sehen. Es gibt zwar in der Welt sehr viele Feinde Deutschlands und ungezählte Massen von Menschen, die dem deutschen Wesen und dem Deutschtum ohne Verständnis gegenüberstehen, oft mit Abneigung. Darüber aber darf man nicht vergessen, daß Abneigung und Verständnislosigkeit zu einem sehr großen Teil auf der Lügentätigkeit der Presse des Auslandes und der in Deutschland gedruckten undeutschen Presse beruhen. Es liegt auf der Hand, daß eine wirklich deutsche Presse Außerordentliches durch einen entschlossenen und geschickten Kampf in der Welt erreichen könnte.

Es steht mit dem Problem Presse ähnlich wie mit vielen anderen unerfreulichen und

verderblichen Erscheinungen unserer Zeit: Wir befinden uns im Zeitalter des Verkehrs. Schon vor länger als einem Menschenalter hatte dieses Wort des Deutschen Kaisers seine Richtigkeit. Seitdem haben sich die Mittel und Möglichkeiten des Verkehrs ungeheuer weiter gesteigert. Es wäre sehr kurzsichtig, wollte man sich dem Zuge der Zeit und der unaufhaltsamen Entwicklung der Technik entgegenstemmen. Abgesehen von der Erfolglosigkeit würde die Sache, die man fördern wollte, höchstens noch geschädigt werden. Ein Staat, wie es der nationalsozialistische sein wird, wird sich niemals gegen solche Entwicklungen zu stemmen versuchen, niemals danach streben, Totes wieder lebendig zu machen. Die Geschichte lehrt, daß das unmöglich ist, ganz abgesehen davon, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, wie auch ihr Programm schlagend zeigt, vollkommen auf und in die Zukunft gerichtet ist und ein geschlossenes, eigenes Ideengebäude besitzt. Das im deutschen Sinne Neuwerden der Presse wird im Gegenteil unter Benutzung aller technischen Fortschritte auf dem Gebiete des Verkehrs vom Nationalsozialismus zu betreiben sein, genau auf demselben Wege und durch die gleichen Mittel technischen Fortschrittes, durch die die internationalistische Presse ihre große Machtstellung in der Welt erlangt hat. Der einzige Unterschied wird der sein, daß die deutsche Presse in den Dienst der Wahrheit gestellt sein wird. Ein Unterschied freilich, der Weltbedeutung besitzen wird.

Artikel 24:

> „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in uns und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigenutz."

Die Forderung der Freiheit der religiösen Bekenntnisse im Staat ist letzten Endes die alte Forderung der Gewissensfreiheit schlechthin, von einer anderen Seite gesehen: eine vollkommene Duldsamkeit gegenüber religiösen und weltanschaulichen Dingen. Bekennt sich der Staat zu solcher Duldsamkeit, so darf sie natürlich nicht zum Selbstmord werden. Der Staat muß da die Grenze bestimmen, wo sein eigenes Lebensinteresse in Frage steht. Der Staat kann und darf sich nicht auf dem Altar irgendeines Religionsbekenntnisses opfern. Deshalb hat er die Scheidelinie da zu ziehen, wo die Träger eines religiösen Bekenntnisses es gegen den Staat gebrauchen, ohne daß das Bekenntnis selbst etwas dem Staat Feindliches enthielte, oder wo es sich um ein Religionsbekenntnis handelt, das in sich staatsfeindlich ist, wie z. B. das jüdische Gesetz. Dieses ist aufgebaut auf Einheit, Geschlossenheit und göttliche Auserwähltheit des jüdischen Volks. Die heiligen Schriften der Juden verheißen ihnen als Volk die Weltherrschaft in Gestalt der Zinsversklavung aller anderen Völker der Welt. Der Nichtjude gilt, nach göttlicher Vorschrift, als minderwertig und rechtlos, als höchstens insofern von Wert, als er dem Judentum dienstbar wird. Wir können in diesem Zusammenhang von den zahlreichen Kämpfen absehen, die seit Jahrzehnten hinsichtlich des rein moralischen Wertes oder Unwertes des Judentums in Deutschland und in der Welt geführt werden. Der Programmpunkt 24 versteht auf alle Fälle unter den religiösen Bekenntnissen, die den deutschen Staat gefährden und gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen, in allererster Linie das jüdische. Das mosaische Gesetz ist

in vollkommenem Sinne eine National- oder Rassenreligion, aus dem jüdischen Wesen unmittelbar und restlos hervorgegangen. Sie ist deutschem Wesen fremd, entgegengesetzt und schädlich, sie wirkt durch ihre Träger und ohne sie als Schädigung und Gefahr für einen deutschen Staat, wenn er die Form und das Gepräge des Deutschtums, des deutschen Wesens und Volkes darstellen soll. Das ist die Auffassung jenes Passus im Artikel 24 und der Grund, weshalb der nationalsozialistische Staat dem jüdischen Religionsbekenntnis keine Freiheit zubilligen würde. Nennt Artikel 24 sonst einfach nur den „jüdisch-materialistischen Geist", so deshalb, weil annähernd jeder Jude, ob gesetzgläubig oder nicht, diesen verkörpert. Im übrigen erledigt sich die Frage durch den Artikel des Programms, welcher nur Deutschen das Staatsbürgerrecht geben will.

Es liegt keineswegs ein Widerspruch darin, wenn der Artikel 24 in seinen Anfangsworten die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse, mit einer Einschränkung, fordert und im zweiten Absatz erklärt, die Partei als solche vertrete den Standpunkt eines positiven Christentums. Es finden sich im nationalsozialistischen Staat Religions- und Weltanschauungen, die einerseits nicht christlich sind, andererseits aus deutschem, aus germanischem Wesen hervorgehen, wie zum Beispiel die deutschgläubigen und nordischen Gemeinschaften oder aber Strömungen wie die Deutschkirche, welche in einer Verschmelzung arisch-germanischer Religionsanschauungen mit dem Kirchentum des evangelischen Bekenntnisses die Zukunft deutschen Religionslebens erblicken. Ihnen gegenüber wird, nach Artikel 24, der nationalsozialistische Staat vollkommene Duldung beobachten, in der richtigen Erkenntnis, daß die Ausdrucksformen des religiösen Empfindens und Dranges wechselnd sind. Die Kirchen, deren Dogmen feststehen oder aber von der kirchlichen Leitung autoritativ umgewandelt werden, wenn die Kirche glaubt, daß Änderungen der Anschauungen es notwendig machen, haben ihr eigenes kirchliches Innenleben, auch in ihren Formen. Wer da seelisch nicht mehr mit kann, muß sich eben von der Kirche trennen oder wie viele gleichgültig in ihr weiter bleiben. Die anderen deutschbetonten religiösen Strömungen wird der nationalsozialistische Staat nach dem Wort zu behandeln haben: „Und was in schwankender Erscheinung schwebt, befestiget mit dauernden Gedanken!" eingedenk der Erfahrungswahrheit, daß nichts unreligiöser ist, als drängendes religiöses Sehnen und Fragen zurückzudrängen oder zu terrorisieren. Wir leben — glücklicherweise! — in einer Zeit weltanschaulicher und religiöser Gärung. Der religiöse Drang der Deutschen sucht nach neuen Formen, richtiger: er strebt, seinen Gedanken und Sehnsüchten eine seiner seelischen Sprache entsprechende Gestalt, einen lebendigen Ausdruck zu geben, oder er weist überhaupt die Form ab.

Eine der vornehmsten Eigenschaften des Deutschen ist stets seine Duldsamkeit in Dingen der Religion und Weltanschauung gewesen. Fanatischer Glaubenseifer, Zwang, Haß und Vernichtung Andersgläubigen gegenüber war ihm immer fremd. Und wenn auch in Deutschland zahllose Scheiterhaufen gebrannt haben, wirkliche und figürliche, so sind das Ausflüsse und Nachwirkungen eines dem Deutschen im Grunde vollkommen fremden Wesens.

Das Programm besagt von Anfang bis zu Ende, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eine lediglich politische Partei ist. Sie gibt sich also *in ihrer Eigenschaft als Partei* mit religiösen Fragen nicht ab. Hitler sagt in seinem Buch, derartiges bleibe solchen Menschen überlassen, die sich als berufene Reformatoren fühlen und glauben. Andererseits hat die Partei selbstverständlich in dieser ihrer Eigenschaft und später als die Macht im Staate zu den Kirchen, zu den religiösen Strömungen Stellung zu nehmen, wie jede andere Partei, die zur Herrschaft oder zu beherrschendem Einfluß gelangt. Wollte man denken,

der Kommunismus gelangte zur Herrschaft in Deutschland, so würde sich dasselbe begeben wie in Rußland: Verfolgung der Religion, Schließung der Kirchen usw. Also war es notwendig, daß das Programm in großem grundsätzlichem Zuge die Stellung des nationalsozialistischen Staates zu diesen Verhältnissen und Fragen klar zum Ausdruck brachte. Diese Notwendigkeit ergab sich übrigens auch aus einem anderen Grunde: die neue Partei besaß in Hitler einen Führer katholischen Glaubensbekenntnisses, die Bewegung hatte von Anfang an ihren Hauptsitz und Stützpunkt in dem erzkatholischen München. Ihr Boden war während der ganzen ersten Zeit das überwiegend katholische, aber zum Teil evangelische, also religiös gemischte Bayern. Von vornherein hätte gerade angesichts der bayrischen Verhältnisse die Vermutung nicht ferngelegen, daß die neue Partei eine konfessionell katholische Arbeiterpartei sei und sein wolle. Oder aber es wäre denkbar gewesen, daß die neue Arbeiterpartei ebenso wie die sozialdemokratische und kommunistische religionsfeindlich sei, schließlich lag es auch im Bereich der Möglichkeit, daß die ausgesprochen antisemitische und im ausgesprochen germanischen Gedanken wurzelnde Partei zwar nicht religionsfeindlich, wohl aber christentumfeindlich sei. Kurz, Stellungnahme war notwendig.

Von der katholischen Kirche ist neuerdings die Behauptung ausgesprochen und agitatorisch gegen den Nationalsozialismus benutzt worden: der Artikel 24 im besonderen und die Gesamtheit des Programms im ganzen beweise, daß der Nationalsozialismus, im Sinne der katholischen Kirche verstanden, eine Irrlehre sei, denn er stelle das Rassische mit einem fanatischen, unberechtigten Nationalismus über die Religion, Rasse und Rassentum seien ihm an sich Religion; das Christentum sei ihm nicht das Höchste, sondern es soll sich der Rasse einordnen und unterordnen, — das alles sei mit der katholischen Kirchenlehre nicht zu vereinbaren. Infolgedessen haben im Laufe des Jahres 1931 die Bischöfe Deutschlands auf eine Weisung des Papstes (Weihnachten 1930) in amtlichen Auslassungen erklärt: der Nationalsozialismus sei eine Irrlehre, kein dieser Partei als Mitglied angehörender Katholik könne die Sakramente erhalten. Dem steht die folgende bemerkenswerte Tatsache gegenüber: im Winter 1919/20 ist das Programm der Partei aufgestellt und veröffentlicht worden. Damals wäre es Sache der Kirche gewesen, sich dazu zu äußern. Die Kirche hat aber volle elf Jahre geschwiegen, bis zum Jahre 1930, und zwar unmittelbar bis nach den Reichstagswahlen des Septembers 1930, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als zweitstärkste Partei in den Deutschen Reichstag einziehen ließen. Dieser Widerspruch bedarf kaum eines Kommentars. Im Zusammenhang mit dem Programm der Partei sei es nur erwähnt, in einem späteren Abschnitt kommen wir darauf zurück.

Allgemein wäre zu den Behauptungen des deutschen Episkopats das folgende zu sagen: Das Programm der Partei stellt keineswegs die Rasse über die Religion, auch bedeutet ihr die Rasse nicht Religion. Die Partei vertritt aber den Standpunkt — er ist auch zwischen den Zeilen des Artikels 24 zu lesen —, daß jede Rasse, jede Nation, religiöse Dinge, auch wenn man sie ganz allgemein als vorhanden annimmt, mit ihren eigenen Augen betrachtet. Der große deutsche Katholik des vorigen Jahrhunderts, Ignaz Döllinger, sagt in einer kleinen Schrift: im Grunde ständen sich religiös ein deutscher Protestant und ein deutscher Katholik viel näher, als ein deutscher Katholik und ein italienischer Katholik. Was bewirkt diese Erscheinung? Die gemeinsame deutsche Art ist da, religiöse Formen, mögen sie einander noch so entgegengesetzt und feindlich gegenüberstehen, können das, von Ausnahmen natürlich abgesehen, nicht aus der Welt schaffen. Der Döllingersche Vergleich ist, weiter ausgedehnt, noch sehr viel drastischer, nehmen wir den Katholizismus

bekehrter Chinesen oder Neger, so wird ein tief religiöser deutscher Katholik zwar den gelben oder schwarzen katholischen Bruder als solchen betrachten, mit ihm dieselben Gebete sprechen, sie werden auch zusammen zur Kommunion gehen, aber innerlich religiöse Berührungspunkte werden sie nicht haben. Nicht anders ist es mit den evangelischen Kirchen. Als im Jahre 1925 in Stockholm der große internationale Kirchenkongreß stattfand, der die Welteinheit der evangelischen Kirchen darstellen sollte, kamen die hohen Geistlichen der evangelischen Kirche Deutschlands betrübt und kopfschüttelnd zurück: man habe sich religiös mit den delegierten Geistlichen der angelsächsischen Länder eigentlich gar nicht verstehen können. Dafür gibt es ein großes geschichtliches Beispiel: Luther sagte im Verlaufe seiner Unterhaltung mit dem Schweizer Zwingli: „Ihr habt einen anderen Geist als wir".

Jesus hat gesagt: „In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen!" In diesem Sinn und Geist sollte man das Problem, denn es ist ein Problem, auffassen und anfassen, soweit es das große Haus des Christentums anbelangt. Die deutsche Nation, soweit sie christlich denkt und fühlt, sieht und lebt die christliche Lehre anders als andere christliche Nationen, sie sieht sie in ihrer Sprache und mit ihren Augen. Die Kirche braucht den übernationalen Charakter des Christentums damit in keiner Weise beeinträchtigt zu glauben. Sie würde es auch nicht tun, wenn nicht politische Gründe für sie dabei eine große Rolle spielten. Das gibt die Kirche naturgemäß nicht zu. Sie fußt in der Öffentlichkeit auf den bekannten Worten des Paulus: es gäbe da nicht Griechen, nicht Juden, nicht Skythen usw., sondern alle seien eins in Christo. Wer dieses paulinische Wort in seiner Eigenschaft als Christ akzeptieren will, wird gleichwohl in der Wahrheit keinen Widerspruch erblicken, daß der Skythe, der Jude und der Grieche, jeder in seiner naturgegebenen und deshalb gottgewollten Art, in seinen Ausdrucksformen, in seiner Art zu sehen und zu fühlen, sich in Christo wisse. Die katholische Kirche will sich aber, wie die Auslassungen der Bischöfe beweisen, auf solche höhere, geistige Auffassung nicht einlassen. Sie vertritt die Ansicht, daß der Rassenstandpunkt der Partei mit der übernationalen Eigenschaft des durch die katholische Kirche dargestellten Christentums nicht vereinbar sei. Die Rasse dürfe nicht als Faktor innerhalb des Christentums stehen und gelten. Das sei mit dem Katholizismus nicht zu vereinigen. Aus den leitenden Kreisen der evangelischen Kirche kamen ganz ähnliche Äußerungen. In beiden Lagern wird vom „Neuheidentum" und von einer Rassenvergötterung seitens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gesprochen. Beides zu Unrecht! Weder das nationalsozialistische Programm, noch die Anschauungen in der mittlerweile so ungeheuer angewachsenen Partei vergotten die Rasse, wohl aber wird jeder tiefer denkende Mensch, soweit er religiös gestimmt ist, zur Auffassung kommen müssen, daß, wie alles andere, was wir in unserer Anschauungswelt kennen, auch die Rassen gottgegeben, also gottgewollt sind, und daß es gleichfalls göttlicher Wille sein muß, daß sie Rassenverschiedenheiten und -gegensätze äußerer und innerer Art aufweisen, daß Völker, die physisch und seelisch als Rassen entarten, auch der sittlichen Entartung anheimfallen. Die Weltgeschichte gibt gerade, was das betrifft, anschauliche und furchtbare Beispiele.

Die Kirchen versuchen ihre Behauptung von der Antichristlichkeit des Nationalsozialismus damit zu rechtfertigen, daß sie ihm nationale Überhebung oder, wie der Kardinal Bertram schrieb, „unberechtigten Nationalismus" vorwerfen. Auch das entspricht nicht den Tatsachen. Der Nationalsozialismus überhebt sich nicht über andere Nationen, aber er sagt: die nationale oder rassische Eigenart ist da, sie ist zu entwickeln und zu pflegen und fordert, daß sie geachtet wird. Der sich seiner nationalen und rassischen Eigenart bewußte Deutsche

weiß, daß die höchste geistige, kulturelle, sittliche und auch physische Entwicklung des Menschen und damit des Volkes nur dann erreicht werden kann, wenn sie auf dem Boden der nationalen und rassischen Eigenart und ihrer Anlagen gefördert wird. Das nationalsozialistische Programm zeigt in seiner Gesamtheit nirgends Überhebung solcher Art, sondern immer nur die Feststellung: die deutsche Eigenart ist da, sie ist zu schützen und zu pflegen, ihr Bewußtsein und Gefühl sind auch deshalb zu stärken, weil der Deutsche durchschnittlich viel zu wenig an solchem Gefühl und solcher Erkenntnis besitzt. Der Nationalsozialismus ist weit entfernt von der im Sinne des Begriffs maßlosen nationalen Überhebung der Franzosen, der Polen, der Engländer, für die jeder „Fremde" ein minderwertiges, für Sklavendienste im besten Falle brauchbares menschliches Wesen ist. Mit der nationalen Überhebung dieser Völker hält ihre weltanschauliche und religiöse gleichen Schritt. Jede hält sich im jüdischen Sinne für gottauserwählt. Von den Kirchen ist niemals eine abfällige Stellungnahme, nicht einmal eine Kritik gegen solche Maßlosigkeit und Borniertheit erfolgt. Hätte sich ein polnischer oder französischer Bischof Erlasse geleistet, wie der deutsche Episkopat im Winter 1930/31, so würde seines Bleibens in seinem Lande nicht mehr lange gewesen sein, ein Sturm nationaler Wut hätte jeden solchen Kirchenfürsten aus dem Lande getrieben. Diese Dinge können sich eben nur in Deutschland ereignen.

In seinem Buche schreibt Hitler: „Die Bewegung lehnt jede Stellungnahme zu Fragen, die entweder außerhalb des Rahmens ihrer politischen Arbeit liegen oder für sie als nicht von grundsätzlicher Bedeutung belanglos sind, entschieden ab. Ihre Aufgabe ist nicht die einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes. Sie sieht in beiden religiösen Bekenntnissen gleich wertvolle Stützen für den Bestand unseres Volks und bekämpft deshalb diejenigen Parteien, die dieses Fundament einer sittlich-religiösen und moralischen Festigung unseres Volkskörpers zum Instrument ihrer Parteiinteressen herabwürdigen wollen." „Gerade der Völkische hätte die heiligste Verpflichtung, jeder in seiner Konfession dafür zu sorgen, daß man nicht nur immer äußerlich von Gottes Willen rede, sondern auch tatsächlich Gottes Willen erfülle und Gottes Werk nicht schänden lasse. ... Das Bekämpfen von Wesenseigenschaften einer Konfession innerhalb unserer nun einmal vorhandenen religiösen Spaltung führt in Deutschland zwangsläufig zu einem Vernichtungskrieg zwischen beiden Konfessionen."

Das wurde 1924/25 von Hitler geschrieben, die Grundsätze sind von der Partei und innerhalb der Partei ausnahmslos durchgeführt worden. Im übrigen sind, wie erwähnt, in Deutschland und überall die Fragen und Formen der Welt- und Religionsanschauungen im Fluß.

Der Schluß des inhaltreichen Artikels 24 heißt: „Gemeinnutz vor Eigennutz". Wer tiefer nachdenkt, findet, daß diese Parole sich aus dem Artikel 24 ergibt. Die Gesinnung und der Geist, die den unvollkommenen Menschen befähigen, seinen Eigennutz hinter den Gemeinnutz zu setzen, können nur dann die nötige Stärke gewinnen, wenn wir den „jüdisch-materialistischen Geist" in und außer uns bekämpfen, ausscheiden. Das wiederum ist nur möglich, wenn die geistigen und sittlichen Grundlagen, vor allem die religiöser Art, vorhanden sind. Die daraus hervorgehende Gesinnung ist mit Eigennutz unvereinbar, sie bedeutet weitestgehende Liebe und Duldung des Volksgenossen, nicht allein seiner religiösen Auffassungen, sondern auch im täglichen Leben; Forderungen übrigens, die sich sowohl mit den christlichen decken, wie mit denen der deutschgläubigen und nordischen Gemeinschaften. Jesus hat keine Eigenschaft und keine Praxis schärfer gegeißelt als die des Eigennutzes.

Artikel 25:

„Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reichs. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. Die Bildung von Ständekammern und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten."

Dieser Schlußartikel des Programms gibt eine zwar kurze, dabei doch weit umrissene Skizze, wie sich die neue Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Autoritäten und die richtunggebenden Kräfte im künftigen nationalsozialistischen Staate dachten. Der Artikel will die Schaffung einer starken Zentralgewalt und unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich. Dieses „politische Parlament" ist naturgemäß nicht als ein Parlament im Sinne des Parlamentarismus zu verstehen. Im Gegenteil ist der Nationalsozialismus der unbedingte Gegner des Parlamentarismus und von seiner Schädlichkeit auf das tiefste durchdrungen. In einem vorigen Abschnitt ist hierüber ausführlich gesprochen worden. Der Nationalsozialismus lehnt nach wie vor auch das „Mehrheitsprinzip" als unsittlich, als dumm und als insbesondere dem deutschen Wesen durchaus widersprechend ab. Die Zentralgewalt des nationalsozialistischen Staates wird in ihrer Zusammensetzung und Gestalt nicht näher bezeichnet. Auch das zeigt den politischen Instinkt der Führer jener paar jungen Leute, die sich im Jahre 1920 eine Partei nannten. Ihnen war klar, daß sie, noch weit von ihrem Ziel entfernt, sich auch als Partei in den ersten Anfängen befanden. Dadurch wurde ihre Zuversicht nicht beeinträchtigt, aber sie wußten, daß im Laufe der Jahre die Verhältnisse nicht die gleichen bleiben, viele Anschauungen und Formen wechseln. Eines stand für sie fest, vor allem wohl auch angesichts der furchtbaren Erfahrungen des Krieges und der seit dem Umsturz verflossenen fünf Viertel Jahre: das Deutschland der Zukunft, ein gesundes Deutschland, konnte nur unter einer starken Zentralgewalt geschaffen werden. Diese Zentralgewalt würde über den Parteien und Interessengruppen stehen, dem Ganzen die Stabilität und Kontinuität geben und erhalten. Das politische Zentralparlament würde mithin jener eigentlichen Zentralgewalt unterstehen, seinerseits wieder die Autorität für das Reich und seine Organisationen bilden.

Es ist doch sehr bemerkenswert, daß diese Gedanken, als deren Vater man Hitler ansprechen darf, ihm schon damals vor Augen standen. Er hatte sie niemandem abgesehen. Wenn heute Gegner des Nationalsozialismus behaupten, er sei Nachahmer des mussolinischen Faschismus und seiner Einrichtungen, so ist daran zu erinnern, daß Mussolinis Italien im Jahre 1920 noch gar nicht vorhanden war, sondern daß damals das italienische Volk unter dem zersetzenden marxistischen Regiment und der Herrschaft der Freimaurerlogen in Mißwirtschaft, fortschreitender Zerrüttung und höchster Unzufriedenheit lebte. Erst im Jahre 1922 gelangte Mussolini ans Ruder und konnte in den folgenden Jahren darangehen, seine Gedanken zu verwirklichen.

Die Betonung der starken Zentralgewalt soll nicht heißen, daß der Staat überhaupt im Zeichen einer Zentralisierung stehen würde, wie wir ihn, zumal in romanischen Ländern, zu sehen gewohnt sind. Deutlicher ausgedrückt: die Führung soll einheitlich und muß infolgedessen zentraler Natur sein. Um eine Führung sein zu können, darf sie nicht der Lahmlegung durch Parteimehrheiten ausgesetzt sein. Die Führung muß führen, gleichviel, ob sie durch einen Mann oder eine Körperschaft dargestellt wird, sie hat sich aber beraten zu lassen, und

dazu sind die verschiedenen Gremien vorzusehen. All dieses ist als unbedingt überparteilich zu denken. Die Schilderungen der Zustände während des Krieges in Deutschland ließen erkennen: trotzdem der Träger der Monarchie, Kaiser Wilhelm der Zweite, seinen Aufgaben nicht gewachsen war, weder selbst die Fähigkeit der Führung im großen besaß, noch die Gabe hatte, von der Natur berufene Führer auszuwählen und zu halten, so war doch die Monarchie mit ihren Einrichtungen ungeheuer stark, solange der Kaiser und König überhaupt da war. Erst als er die Zügel schleifen ließ und schließlich fortwarf, um in das Ausland zu flüchten, war alles zu Ende, und das System brach zusammen. Die folgenden Jahre haben dann gezeigt, wohin durch den Mangel einer starken Zentralgewalt das deutsche Volk und Land gebracht wurden. Diese schlimmen und beschämenden Erfahrungen hatten die Schöpfer des nationalsozialistischen Programms im Jahre 1920 noch gar nicht gemacht, sie hatten erst das Jahr 1919 mit der Nationalversammlung hinter sich. Aber sie hatten die Tätigkeit des Reichstages in den Jahren der Kaiserzeit schaudernd erlebt und konnten sich vorstellen, was erst ein zügelloser Parlamentarismus in Deutschland bedeuten würde, wenn er selbst die oberste und einzige Zentralgewalt darstellen würde.

Jeder einzelne Punkt des Programms betont und bedeutet die Zusammenfassung des deutschen Volks zur volksgenössischen organischen Einheit. Jeder Punkt atmet den bewußten Willen zu völkischer Zusammenschweißung des durch Parteikämpfe, Interessenstreite und Vorurteile geblendeten und zerrissenen Volkes. Wirkliche Zusammenfassung vollends der Deutschen angesichts ihrer Vergangenheit und ihres Wesens kann nur im Zeichen einer Idee stattfinden. Ist keine Idee da, so werden sich altes Unglück und Leid nur in neuen Formen fortsetzen. Die Idee ist da: die Pflicht jedes Deutschen, sich mit jedem anderen Deutschen, als von derselben Art und durch dasselbe Blut verbunden in organischer Gemeinschaft des Volksganzen zu fühlen und damit die Pflicht des einzelnen dem Volksgenossen und in weiterer Schlußfolge dem Volksganzen gegenüber. Jeder einzelne Programmpunkt weist auf diesen Gedanken und sein Ziel hin und bildet so einen Teil des Fundaments für die Errichtung des Volksbaues auf dem Boden der Rasse, der Art. Dieser Boden muß so fest sein, daß sich auf ihm um so größere Freiheit und individuelle Selbständigkeit bewegen kann. Um den Boden zu schaffen und ihn mit der Zeit unzerstörbar fest zu einem Ganzen zusammenwachsen zu lassen, bedarf es vorher straffer Organisation und großzügiger, psychologischer Führung. Nicht nur der Gedanke, sondern auch Aufgabe und Werk sind groß: zum erstenmal die Deutschen in ihrer Geschichte zu einem wirklichen Volk zu machen. Weil das noch nie der Fall gewesen ist, kann man auch hier von einem W i e d e r werden nicht sprechen, ein deutsches Volk, das diesen Namen verdienen will, muß erst aus sich heraus geboren werden. Rein äußere Maßnahmen können das nicht bewirken, sie bilden höchstens Hilfsmittel, wenn auch unentbehrliche. Die Wandlung zum Volke muß von innen heraus kommen, durch die Idee. Die trügerischen Scheinideen vom Liberalismus, vom internationalen Sozialismus usw. müssen als Irrlichter erkannt werden, an ihre Stelle hat die Idee zu treten, welche das Volk als Ganzes in der naturgebotenen Zusammengehörigkeit der gleichen Art sieht und seine Verwirklichung in Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber anderen Nationen und feindlichen Mächten gewährleisten will. Die Idee will mit gleicher Stärke den Gedanken der Gerechtigkeit für den einzelnen Volksgenossen durchgeführt wissen. Und die Träger der Idee wissen, daß der Nationalismus auf Sand gebaut ist, wenn der Sozialismus nicht die Grundlage bildet, und daß ebensowenig der Sozialismus, nämlich die Volksgenossenschaft, zu verwirklichen ist, wenn nicht der Nationalismus die soziale Gerechtigkeit

heischenden Volksgenossen vor allem innerlich auf dem Boden des deutschen Gedankens vereinigt.

Als Bismarck vorgeworfen wurde, er habe 1871 von den deutschen Einzelstaaten viel mehr verlangen, viel weitergehende Forderungen durchsetzen können, sagte er: das sei richtig, aber er habe nur das Ziel gehabt, daß sich die Einzelstaaten innerhalb der neuen Reichsverfassung frei und wohl fühlen sollten und nicht das Bewußtsein haben dürften, gezwungen worden zu sein. Das ist eine Erwägung, die sich für den letzten Satz des Artikels 25 geltend macht. Die einzelnen Bundesstaaten, oder wie sie heute genannt werden: Länder, die deutschen Stämme sollen nicht gezwungen, nicht in ein Schema rücksichtsloser Zentralisierung hineingepreßt werden. Die Reichszentralgewalt erläßt Rahmengesetze, und diese können die Bundesstaaten bzw. die einzelnen deutschen Länder je nach ihren Eigenarten und Überlieferungen gestalten, um sie dann im Sinne der Gesamtabsicht der Zentralgewalt durchzuführen.

Eine große und wichtige Arbeit der Aufklärung und Erziehung im neuen Staate, sie muß von der Zentralgewalt ausgehen, bildet die Pflicht, den Gemeinnutz über den Eigennutz zu stellen; denn das materielle Wohl des einzelnen kann auf die Dauer am besten gewahrt und gefördert werden, wenn sich alle Volksgenossen in der Förderung des Gemeinnutzes zusammentun. Wir haben hier die gerade Umkehrung des Liberalismus und des sogenannten ethischen Materialismus, der lehrte: ginge es dem einzelnen gut, so würde es auch dem Ganzen gut gehen. Die Erfahrung in Deutschland hat gezeigt, daß das Umgekehrte der Fall ist, daß die Lehre unrichtig, ja eine unsittliche Lüge ist, Egoismus des einzelnen und vieler einzelner könne zur Verwirklichung und Festigung der sittlichen Idee eines in einem Kulturstaat zusammengefaßten Volkes beitragen. Eigentlich sollte es solcher Erfahrung nicht bedurft haben, müßte die Überlegung genügt haben, daß aus Unsittlichem nie Sittliches werden kann, ebensowenig wie aus Unreinem Reines. Die Ichsucht, man mag sie noch so schön anstreichen und dekorieren, bleibt nun einmal immer etwas Unsittliches und Gemeines, während der Volksgedanke schon deshalb das Gegenteil bedeutet, weil er von jedem einzelnen Kampf gegen die eigene Ichsucht und ihre Unterordnung unter das Gemeinwohl verlangt bis zum letzten und höchsten Opfer.

Daß das seit 1919 geltende System diesen Anforderungen nicht entspricht, haben die verflossenen Jahre bestätigt. Anstatt innerlich zur Volkseinheit zu streben, ist die Zerrissenheit nur noch größer geworden. Immer neue Zwietrachtsmomente sind hinzugekommen, und es ist bemerkenswert genug, daß sich die wütendsten Angriffe gegen die nationalsozialistische Bewegung richten, welche den Gedanken des in sich geeinten Volks auf ihr Banner geschrieben hat und den einzigen Weg, einen neuen Weg, dafür weist!

Die Betonung der starken Zentralgewalt und der unbedingten Autorität des politischen Zentralparlaments ist im Laufe der vergangenen Jahre wiederholt von Gegnern des Nationalsozialismus als eine neue Auflage des früheren Autoritätsstaates, des Obrigkeitsstaates, bezeichnet worden; das im Grunde reaktionäre Wesen der Bewegung offenbare sich schon in diesem Artikel 25! Die frühere Monarchie war durch ihre Fehler, und zwar nicht allein durch die des letzten Kaisers, zum Obrigkeitsstaat geworden. Darin wurzeln ihr Sturz und zu einem wesentlichen Teil überhaupt die Katastrophe von 1918. Zwischen beiden besteht ein großer Unterschied. Sie sind verschiedenen Wesens. Was ein Staat ohne Autorität bedeutet, kann und nicht kann, zeigen die seit 1919 verflossenen Jahre. Die Personen, die ihn geschaffen haben, die Parteien, die sich zu ihm bekennen, ihn für gut und wert

halten, um weiterzubestehen, sind die gleichen, die von bitterem, tätigem Haß gegen den alten Staat erfüllt waren. Sie würden ihn auch gehaßt haben, wenn er ein wirklicher Autoritätsstaat gewesen wäre, Autorität durch sein Wesen, nicht durch sein Verhalten als „Obrigkeit" besessen hätte. Hiermit bezeichnen wir die schwache Stelle des alten Staats. Die an anderer Stelle behandelte unglückliche Entwicklung der sozialen Frage verschärfte vollends den Gegensatz und vergrößerte den Spalt. So wurde die Autorität des Staates und seiner Organe immer mehr zu einer dem eigentlichen Volkskörper fremden Obrigkeit, die sich aus den herrschenden Klassen und Schichten rekrutierte. Von einer gegenseitigen Durchdringung aller Schichten und Volksgenossen, wie es der Nationalsozialismus will, war nicht die Rede, beide Seiten widersetzten sich. Alles in allem ein Ergebnis ungesunder Zustände, ein Beweis, daß „etwas faul" war.

Die unbedingte Autorität und starke Zentralgewalt hat mit dem alten Obrigkeitsstaat nichts zu tun, im Gegenteil bedeutet der Arikel 25 die vollzogene Umwälzung der Anschauungen und ihr klar formuliertes Ergebnis. Wer will diese Umwälzung herbeiführen und vollziehen? Die nationalsozialistische Bewegung, die keine Partei im herkömmlichen politischen Sinne ist, die sich weder auf bestimmte Schichten noch Interessenten stützt oder sich aus ihnen einseitig ergänzt. Die nationalsozialistische Bewegung hat sich, wie das Programm von 1920 stillschweigend voraussetzt, zu einer Vereinigung von Deutschen entwickelt, die von allen Seiten und aus allen Schichten, einschließlich der Massen der Arbeitnehmerschaft, kommen, sich in der Idee der Bewegung, der Idee des nationalen Sozialismus zusammenschließen. Für diese Bewegung und ihre Führung gibt es also ein soziales Oben und Unten nicht. Sie kennt auch keine Obrigkeit im Sinne eines Obrigkeitsstaates. In den parlamentarischen Demokratien ist das Wort beliebt: die Regierungen bedeuten lediglich Ausführungsorgane des Volkswillens. Die Geschichte hat auf Schritt und Tritt bewiesen, daß diese schöne Redewendung eine irreführende, hohle Phrase ist. Unsere bisherigen Ausführungen über den Parlamentarismus, Liberalismus und internationalen Sozialismus machen hier eine besondere Begründung überflüssig. Der Nationalsozialismus wird dann zur Herrschaft gelangen, wenn er als nationalsozialistische Bewegung eine genügend große Macht und Wucht besitzt. In demselben Augenblick bedeutet er den Schwerpunkt des deutschen Volks. Er und seine herausgestellten Führer und seine Regierungsorganisationen werden nicht als Obrigkeit über dem Volkskörper stehen, sondern mitten in ihm drin und in sich selbst einen Willensakt und die Willensrichtung dieser treibenden Kraft bedeuten. Die Zentralgewalt dieses Reichs beruht letzten Endes auf der Führung des Ganzen und den Organen, die sich diese Führung schafft. Das ist der grundlegende Unterschied gegenüber dem Obrigkeitsstaat, dem das Oben und Unten, das Hoch und Nieder ein Gepräge gab, das schon die kommende Dämmerung dieses sonst in vielem vorbildlich dastehenden Staates bedeuten mußte und bedeutet hat. Der kritische Punkt im Obrigkeitsstaat und ebenso in dem jetzigen parlamentaristischen Staate liegt in der Unmöglichkeit, den sozialen Zwiespalt zu beseitigen, die soziale Frage zu lösen. Das kann nur die nationalsozialistische Bewegung, die den nationalistischen und den sozialistischen Gedanken in sich verschmolzen hat.

Der Schlußsatz des Programms heißt: „Die Führer versprechen, wenn nötig, unter Einsatz ihres eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten." Die Schöpfer des Programms waren sich ganz bewußt, daß die Durchführung der Punkte eine völlige Umwälzung alles in Deutschland Bestehenden bedeuten, und daß

nicht nur die Durchführung, sondern überhaupt der Kampf für Macht und Programm restlosen persönlichen Einsatz erfordern würde.

Die wenigen Worte genügen, um den von allen anderen vollkommen abweichenden Charakter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu zeigen. Wann hätte eine politische Partei und vollends eine in Deutschland von jedem Führer verlangt, mit dem Einsatz seines Lebens zu jedem Programmpunkt zu stehen? Auf irgendeine andere Partei angewendet, würden solche Worte lediglich Anlaß zu einem Heiterkeitsausbruch geben, von dem sich die betreffende Partei selbst nicht ausgeschlossen hätte. Daß der Schlußsatz des nationalsozialistischen Programms keine leere Phrase ist, haben seitdem viele Hunderte Mitglieder der Partei bewiesen. Es ist nicht übertrieben, wenn man alle, die ihr Leben eingesetzt und zu einem großen Teil dabei verloren haben, als wahrhafte Blutzeugen der nationalsozialistischen Idee bezeichnet.

Damals schon in den Anfängen waren sich die Führer klar darüber, daß vor ihnen eine unübersehbare Zeit schwerster Kämpfe lag. Sie wollten den Kampf, das Programm war als Kampfprogramm aufgesetzt worden, es hat heute noch nichts von diesem Charakter verloren. Bis heute ist keine Silbe daran geändert worden. Wir haben seinen Inhalt hier aufgezeichnet und erklärt und können ohne Übertreibung sagen, daß, abgesehen von einigen inhaltlich unwesentlichen Anachronismen, nach Verlauf eines ungeheuer ereignisreichen Jahrzehnts nichts daran veraltet ist, nichts sich als falsch berechnet und als unrichtig vorhergesehen erwiesen hat. Die Programme der politischen Parteien in Deutschland pflegen nicht gerade eine Gewissensfrage zu sein, es gibt für sie beinahe ein Klischee bei jeder politischen Richtung. Niemand bildet sich ein, daß jeder Punkt gewissenhaft zu durchdenken sei, in der Regel wird nur besonders sorgfältig überlegt, welche Wirkung die verschiedenen Punkte und Wendungen in der Öffentlichkeit auf den Freund, auf den Gegner und, vor allem, auf diejenigen Kreise haben wird, welche die betreffende Partei gerade gewinnen will. Jeder neue Wahlaufruf bringt eine neue Schattierung, irgendeine „aktuelle" Änderung, durch die man das Wahlergebnis günstig zu beeinflussen hofft. Das Einerseits-Andererseits spielt in den Parteiprogrammen eine hervorragende Rolle, man will keine Brücke abbrechen, man will nicht „zu schroff" sein, man will sich vorbehalten. Man versäumt niemals die schwungvolle Redewendung, die sich an die Öffentlichkeit wenden und einnehmend wirken soll. Man denkt gar nicht daran, daß ein solches Programm einmal tatsächlich durchgeführt werden würde. Es muß eben alles da sein, hübsch aussehen und alles in allem die Reklameanzeige der Partei darstellen.

Die 25 Punkte zeigen von allen solchen Absichten und Rücksichten, Umsichten und Aussichten nichts. Kurz und schroff hingestellt, stehen sie da. Sie knüpfen an nichts Vergangenes an, sie sprechen nicht von Weiterentwicklung und Fördern, sie sagen nicht, daß sie Neues wollten, aber selbstverständlich auch „das Gute" der Vergangenheit nicht verwerfen wollten. Nein, dieses Programm *war etwas Neues*, nicht allein durch seine Forderungen, sondern durch seine Art. Wer die 25 Punkte mit den Aufrufen der Parteien zur Nationalversammlung 1919 vergleicht, sieht ohne weiteres die völlige Wesensverschiedenheit. Dieses Programm will nur Zukunft und will etwas Ganzes, keine Kompromisse. Wir wollen, wie Hitler schrieb, kein neues Programm, sondern eine neue Weltanschauung. Mag sie vorher, auch vor dem Kriege schon, von anderen Deutschen gehegt, auch zum Teil formuliert worden sein, so bleibt es doch das Verdienst Hitlers, den nationalsozialistischen Gedanken benannt, fest gefaßt und als Sturmfahne in den Kampf hineingeführt zu haben. Wo aber

eine neue Weltanschauung verkündet worden ist, müssen die theoretischen und nachher die praktischen Konsequenzen gezogen werden.

Das schlechthin Entscheidende ist die Tatsache, daß diese Partei bewußt als eine Partei der jungen Generation geschaffen wurde. Das war und ist in Deutschland und überhaupt wohl eine ganz neue Erscheinung. Sonst pflegte es in den Parteien folgendermaßen zuzugehen: Innerhalb der betreffenden Partei bildete sich eine Vereinigung der jüngeren Jahrgänge, mochten sie sich nun Jungliberale oder Jungdemokraten oder Jungkonservative nennen. Sie wollten in ihrer Partei das junge, das treibende Element darstellen, eine Verknöcherung der Partei verhindern; die Partei sei doch nicht nur für die Alten da, das gehe nicht an. Als Kuriosum wollen wir feststellen, daß vor dem Kriege der im übrigen geistig bedeutende Führer der Partei, von Heydebrand, wiederholt erklärte, die Konservative Partei könne nie eine zahlenmäßig sehr große Partei werden, denn die konservative Anschauung beanspruche für ihr Verständnis eine Lebenserfahrung und eine Reife, die nur ältere Leute hätten. Es sei deshalb auch kein Wunder, daß die Jugend, sogar innerhalb der konservativen Schicht, sich nicht selten von der Konservativen Partei als solcher abwende. Das entsprach den Tatsachen, der Führer nahm die Tatsache hin. In den anderen Parteien aber, wo die Jugend in leicht abgeänderter Form eines Parteinamens den „frischen Zug" in die Partei hineinbringen sollte, ereignete sich, den Gesetzen der Natur gemäß, daß auch die Jungen mit den Jahren älter wurden und ordnungsmäßig in die Parteistellen einrückten. Ausnahmen wurden bei Günstlingen und besonders begabten Rednern gemacht, wie z. B. beim nachherigen Außenminister Dr. Stresemann, der sehr jung in den Reichstag kam. Aber solche Ausnahmemänner werden mit ihrer vorzeitigen Beförderung auch vorzeitig politisch alt. Eine Verjüngung der Parteien konnte nicht eintreten und sollte es auch nicht, die „stürmische Jugend" war an sich sehr zahm, wurde jedes Jahr älter und legte Wert auf ihr eigenes Wohlverhalten, denn was sollte sonst aus der Parteikarriere werden? Die Haupt- und Dauersache war und ist auch heute noch: die Partei, ihr Programm, ihre „Grundsätze". So ändert sich die Partei nicht, immer behalten die älteren Jahrgänge in ihr die Führung, das Verschwinden der Alten und das Nachrücken der Jungen — in der Regel gilt ihre Jugend bis zum 45. oder gar 50. Jahr — findet so langsam statt, daß eine Änderung im Verhältnis der Einflüsse der verschiedenen Altersschichten nicht stattfindet.

Die Hitlerpartei schuf mithin auch in diesem Punkte etwas ganz Neues. Ihr Führer hatte im Jahre 1919 sein dreißigstes Lebensjahr vollendet, um ihn scharte sich Jugend und immer nur Jugend. Sie kam nicht aus einer bestimmten politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Schicht, sie war durchweg durch keinerlei Parteianschauung und Parteigrundsätze gebunden gewesen, weder innerlich noch äußerlich. Diese Jugend stand unter dem Eindruck der Katastrophe von 1918/19 und mitten in ihr. Sie hatte keinerlei Respekt vor den vorhandenen Parteien und noch weniger vor ihren Traditionen. In der ersten Zeit der Partei rekrutierte sie sich überwiegend aus Kriegsteilnehmern, die im Verlaufe von vier Kriegsjahren die heimischen Parteimaschinerien überaus gering werteten. Aber auch die anderen, die im Laufe der dann folgenden Jahre zur Partei kamen, waren von keinem Vergangenheitsballast irgendwelcher Art beschwert. Sie sahen das deutsche Chaos, litten unerträglich darunter, sie sahen keine Werte der Vergangenheit, suchten nach Zukunft, nach einem Boden, auf dem sie selbst deutsche Zukunft bauen könnten. — Die neue Partei hatte auch keinerlei Bindungen wie die anderen, zum Beispiel an Interessentengruppen, die eine Partei zu ihrer Vertretung brauchen, ihre eigenen Leute hineinschicken und ihre Interessen

durch die Partei vertreten lassen. Wurden und werden in Deutschland neue Parteien gegründet, so pflegt die erste Frage zu lauten: wer, welche Kreise „stehen hinter" dieser Partei, sind es die Banken, ist es die Industrie, sind es die Großgrundbesitzer? Hinter der jungen Hitlerpartei stand niemand, keine monarchischen Kreise und auch nicht die katholische Kirche. Sie stand ausschließlich auf ihrem eigenen Willen, dessen originaler und unverfälschter Ausdruck das Programm war, das sein eigentlicher Urheber, Adolf Hitler, im Januar 1919 auf der bis dahin größten Versammlung der Partei zweitausend Zuhörern vorlas und vor ihnen mit siegreichem Erfolge verteidigte.

Diese Versammlung und ihr Inhalt bezeichnen den ersten großen Abschnitt im Leben der Hitlerpartei. Die Zeit des Nichtbeachtetseins, die Hitler und seine Leute als besonders qualvoll empfunden hatten, war vorbei. Das Programm war da, das Eis, das die Partei bis dahin von der weiteren Öffentlichkeit geschieden hatte, war gebrochen. Der Kampf, den man wollte, suchte und für notwendig befunden hatte, nahm in fortwährender Steigerung seinen Fortgang, und zwar in einem Tempo, wie man es im politischen Leben bis dahin nicht gekannt hatte. Hitler hatte nämlich mit dem Brauch gebrochen, daß öffentliche Versammlungen nur in größeren Pausen stattfinden dürften, damit die Leute nicht ermüden und das Interesse der Öffentlichkeit an der Bewegung nicht erlahme. Hitler stellte den entgegengesetzten Grundsatz auf: mindestens jede Woche eine, oft sogar zwei Versammlungen, bei allen bemerkenswerteren Ereignissen von öffentlichem Interesse eine Versammlung, Einrichtung des Parteiapparats derart, daß in kürzester Zeit eine Versammlung vorbereitet werden kann. So geht es Schlag auf Schlag. Ebenso mit Flugblättern und Handzetteln. Hitler wird schnell in München und bald über München hinaus eine bekannte Figur, man hat persönliche Achtung vor ihm, erkennt seine ungewöhnliche Rednergabe an. Internationaler Sozialismus und Kommunismus beginnen schnell, ihn zu hassen, denn sie erkennen in ihm den gefährlichen Feind, der die Arbeiterpsyche kennt, die Methoden und Wirkungen der marxistischen Propaganda studiert und verstanden hat und sie nun seinerseits gegen den Marxismus mit höchster Energie und Geschicklichkeit anwendet. Damals, in den allerersten Zeiten seines Kampfes, prägte Hitler das Wort von den „Novemberverbrechern". Der andere Kampfruf: „Nieder mit dem Marxismus!" stammt ebenfalls von ihm.

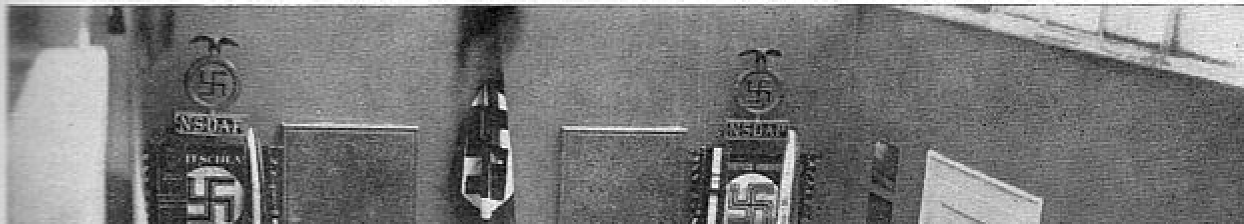
Die leitenden Kreise Bayerns ließen die Hitlerpartei gewähren, in dem etwas vagen Gedanken, sie sei eine nationale Partei und könne nichts schaden. In den Münchener Oberschichten urteilte man um das Jahr 1920/21 über Hitler auch mit einem gewissen Wohlwollen, war aber durchweg der Ansicht, aus der Partei könne auf die Dauer nichts werden. Früher oder später werde sie sich wohl, schon aus Mangel an Mitteln, mit einer der alten großen Parteien vereinigen. Wohin könne das auch führen: immer Versammlungen und Versammlungen, dabei sei München doch nicht der Mittelpunkt Deutschlands, Hitlers Tätigkeit und Wirkungskreis beschränke sich aber lediglich auf München und Umgebung, es sei also eine lokale Parteibewegung, auch nirgendwo anders in Deutschland möglich als eben in München. Man ging aber in Hitlers Versammlungen, sie waren für das Münchener Bürgertum eine „Attraktion" geworden, und manche Münchener Politiker und Vertreter einflußreicher Gruppen dachten sich: diesen Hitler würde man einmal ganz gut für eigene Zwecke benutzen können. In den übrigen Teilen Deutschlands urteilte man ähnlich, mit dem Zusatz, jede neue Gründung einer nationalen Partei sei an sich erfreulich, so auch die Hitlers. Aber eine Bedeutung werde die Partei wohl kaum gewinnen, höchstens für Bayern, außerdem müsse sie sich erst die Hörner etwas ablaufen. Nur sehr vereinzelt wurden in Norddeutschland

Stimmen laut, die der Freude darüber Ausdruck gaben, daß es gerade ein Handarbeiter war, der eine neue nationale Partei gegründet hatte und führte. In jener erwähnten kleinen Versammlung, als Hitler im Berliner Nationalen Klub über seine Tätigkeit und Methoden sprach, bestand seine Hörerschaft in der Hauptsache aus früheren hohen Offizieren und Angehörigen der gebildeten nationalen Schichten, vielfach auch aus Parlamentariern. Man hörte ihn an, man stimmte ihm zu, auch wurde der Seufzer vernehmlich: wenn wir doch ein Dutzend solcher Leute hätten! Aber das war alles. Hitlers Programm hat wohl beinahe jeder als etwas recht Nebensächliches behandelt. Man begrüßte nur: hier ist ein nationaler Arbeiter, ein tatkräftiger Mann, wir wünschen ihm alles Gelingen! Die Erscheinung Hitlers und seiner Partei mit der sozialen Frage in Verbindung zu bringen und von da aus tiefer zu graben, das fiel niemandem ein. Dem Verfasser dieser Schrift ist erinnerlich, wie er anläßlich dieser Versammlung über die Verständnislosigkeit der Deutschnationalen Volkspartei einige Bemerkungen machte, die die Vertreter dieser Partei leidenschaftlich bestritten, ohne freilich eine tatsächliche Rechtfertigung bringen zu können. Es gab da etwas wie eine Zwangsidee, die damals die nationalen Kreise beherrschte, ihnen die Blickweite einschränkte und den Blick selbst trübte. Das sollte sich auch in der Folge zeigen. Hitler suchte damals in jenen Kreisen Verständnis für seine Ideen und hat es nicht gefunden. Das Bild würde aber unvollständig sein, wenn wir nicht feststellten, daß sich auch in der wahrlich in jeder Hinsicht politisch zerwühlten Hauptstadt des Reiches ein Suchen und Sehnen nach etwas Neuem bemerkbar machte. In zahllosen kleinen Konventikeln und Zusammenkünften wurde in buntester Mischung von Gebildeten und Ungebildeten, von Angehörigen des Handarbeiterstandes bis zum Akademiker über die soziale Frage und über einen Weg der Wirtschaft in die Zukunft, der zugleich ein Weg zur Befreiung werden könne, beraten. Jeder hatte einen anderen Plan, phantastische Dinge wurden mit tiefem Ernst durchgesprochen, man wollte „an die Arbeiterschaft herankommen", man wollte dies, man wollte das, aber man wußte nicht wie, und so zerflatterten, wie in Deutschland schon so oft, wieder alle diese Ansätze, nicht, weil die Ideen alle unbrauchbar gewesen wären, sondern weil kein Führer vorhanden war, insbesondere kein Mann, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen war.

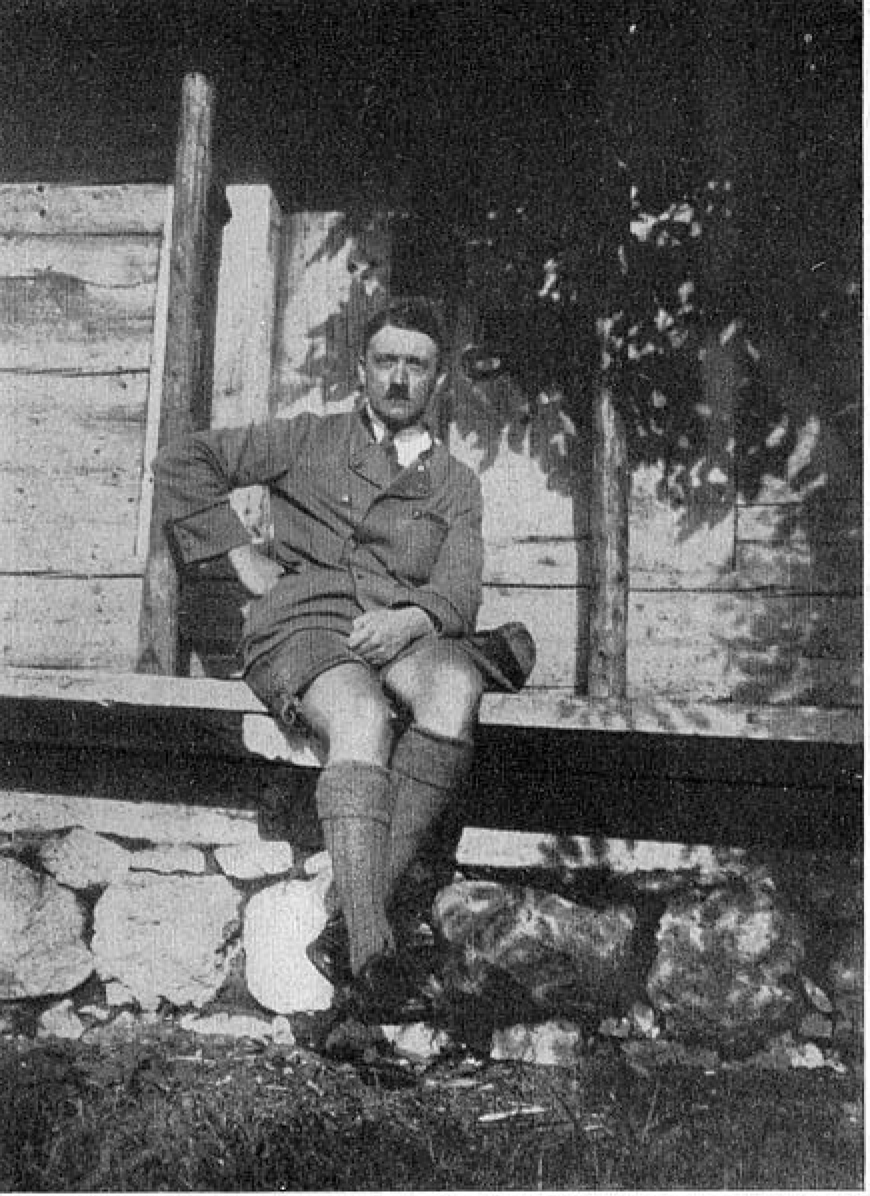
„Kriegsverbrecher", Kapp, Ruhraufstand

Der im Jahre 1919 zur Tatsache gewordene Versailler Vertrag trat mit dem 10. Januar 1920 nach Unterzeichnung des Ratifizierungsprotokolles in Kraft. Jeder seitdem verfließende Tag zeigte die krasse Unwahrheit der ruchlosen Phrase: bewilligt nur, unterschreibt nur, unterwerft euch nur, damit die Mächte sehen, daß Deutschland den guten Willen hat, dann wird alles nicht so schlimm kommen! Folgerichtig kroch die Regierung mit ihren Parteien vor den Feinden, und diese benutzten das selbstverständlich, um nun erst recht auf dem deutschen Volk herumzutreten. Mit den „Kriegsverbrechern" begann es. Die Mächte der Feinde, in erster Linie Frankreich und Belgien, dann auch England, wollten ihre Wut und ihre Rache über die Friedensbedingungen hinaus stillen und stellten die berüchtigten Listen der „Kriegsverbrecher" auf. Durch ihre Bestrafung sollte das deutsche Volk vor der ganzen Welt als eine Nation von Verbrechern und Ehrlosen erscheinen. Zu den „Kriegsverbrechern" gehörten von Hindenburg und Ludendorff abwärts viele Hunderte deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten. Die Strafverfolgungen sollten beginnen, und einige fanden in der Folge auch vor dem Leipziger Reichsgericht statt, eine ewige Schande für diesen höchsten deutschen Gerichtshof und die damalige Regierung. Wir erinnern an diese schmachvolle Episode, um den Hintergrund zu skizzieren, auf dem die politische und seelische deutsche Freiheitsbewegung wuchs, sich verstärkte und vertiefte. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die marxistische und die demokratische Presse sich zu der Bestrafung der „Kriegsverbrecher" durchaus sympathisch stellten: begangene Schuld, so hieß es schamlos in diesen Blättern, müsse ihre Sühne haben, dagegen lasse sich nichts einwenden. Auch nur ein Schimmer von der Empfindung des englischen Wortes: „Recht oder Unrecht, — mein Land!" war da nicht zu finden, man freute sich aufrichtig, wenn deutsche Unterseebootshelden wegen einer verleumderischen britischen Anklage gefangengesetzt und zu schweren Strafen verurteilt wurden. Die „nationale Verlumpung" war soweit vorgeschritten, daß nur die ausgesprochen nationalen Zeitungen entrüstet waren, als eben jene Unterseebootshelden in Ketten, wie schwere, gemeine Verbrecher, durch die Straßen geführt wurden. Welches andere Volk der Welt hätte sich so erniedrigt und beschmutzt! Die feindlichen Mächte stellten nun das Verlangen, daß die deutsche Regierung dafür sorge, daß die „Kriegsverbrecher" sich stellten oder ausgeliefert würden. Nur zu gerne würde die Regierung das getan haben, aber die Sache hatte für die Linksregierung böse Haken. Die nationale Bewegung war im Wachsen, die Linke in ewiger Furcht vor „Gegenrevolution". Ihre Stellung empfand sie nach rechts wie nach links als schwach, war auch in sich selbst nicht einig, das ganze Land war dauernd voll Unruhe und Unordnung. Folgte die Regierung dem Befehl der Mächte, die „Kriegsverbrecher" auszuliefern, so konnte das im Inneren gefährliche Folgen für sie haben. Und es kam noch hinzu, daß es nicht nur Offiziere waren, die man der „Bestrafung" der feindlichen Mächte ausliefern sollte. Wie gerne hätten die

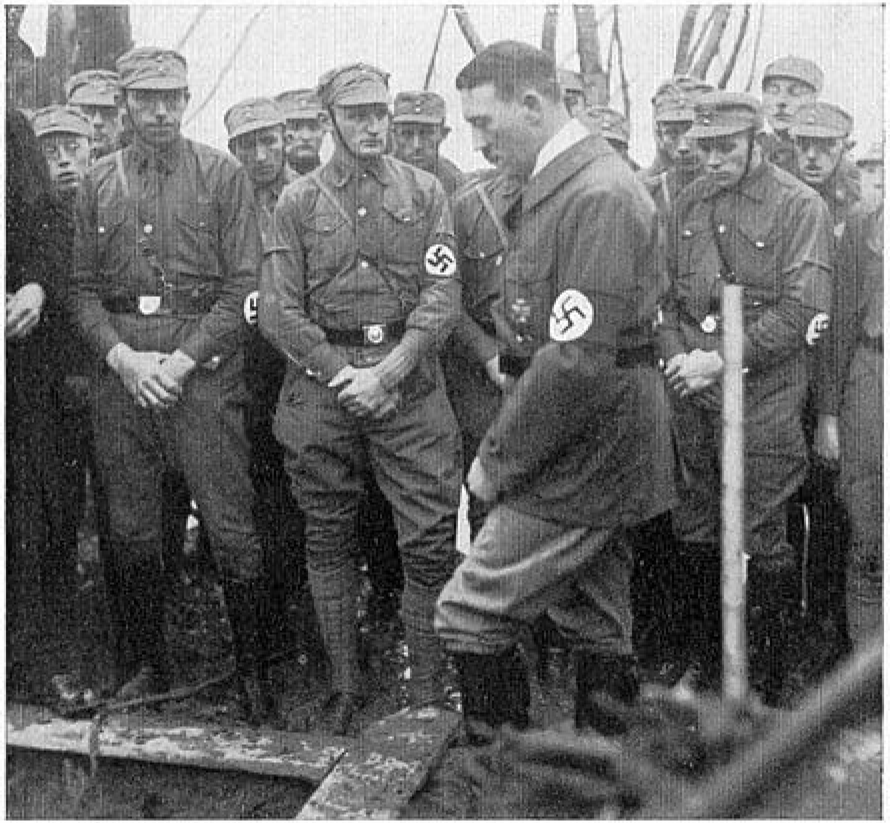
Nr. 37. Demonstrationsaufmarsch der Nationalsozialisten vor der Staatsoper in Wien



Nr. 38. Sitzung der Reichsleitung. 1929



Nr. 39. Hitler in ſeinen geliebten Bergen



Nr. 40. Hitler am Grabe eines von Kommuniſten und Marxiſten ermordeten SA.-Mannes in Wöhrden (Schleswig-Holſtein)

Lenker der „Volksregierung" **das** getan! Aber schon begann es im Bereich der Linken zu murren: **Soldaten** sollten zur Bestrafung ausgeliefert werden! Das war eine zu gefährliche Sache, denn diese und auch viele Unteroffiziere gehörten doch „zum Volke", waren nicht, wie Offiziere, Diplomaten usw. eine vom „Volk" getrennte Schicht. Die „Volksregierung" konnte derartiges unter keinen Umständen riskieren, und so machte man aus dieser höchst egoistischen Not eine pseudonationale Tugend. Noske erklärte den ausländischen Vertretern, er werde keinen Finger rühren, könne überhaupt nicht für die Folgen einstehen, wenn die Mächte ihr Verlangen wirklich durchzusetzen versuchen würden. So unterblieb nach einigen Beispielen der Schande und der Würdelosigkeit die Verfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher. Es war aber in jener Periode eine maßlose Erregung und das Bewußtsein von der Tiefe der ganzen deutschen Erniedrigung vor sich gegangen, man fing, jedenfalls in weiten Kreisen, allmählich an zu verstehen, worum es ging und was aus Deutschland gemacht werden sollte. Die deutsche Regierung fürchtete diese Bewegung und fühlte, daß sie ihrer Stellung lebensgefährlich werden könnte. Sie erklärte sich deshalb den feindlichen Mächten gegenüber auch außerstande, die Pflicht der Auslieferung zu erfüllen. Daraufhin wurde dann die Ausführung deutschen Gerichten übertragen, jene Fälle wurden verhandelt, mit der Zeit verlief die Angelegenheit im Sande.

Im selben Jahre begann die geldliche Erpressungstaktik der Mächte, und im Zusammenhang mit ihr nahmen auch die „Sanktionen" ihren Anfang. Zeitweilig wurde Frankfurt, überhaupt die Mainlinie, besetzt. Auf den internationalen Konferenzen, deren endlose Reihe im Jahre 1920 ebenfalls eröffnet wurde, wurden die deutschen Delegierten wie ehrlose Verbrecher behandelt, und nur sehr wenige, wie z. B. der Außenminister Simons, Hugo Stinnes und der Gewerkschaftsführer Hue trachteten und wußten Würde zu wahren. Gleichzeitig trat auf den Konferenzen, zu Hause ließ sich das verbergen, unheilvolle Zwiespältigkeit in den deutschen Delegationen hervor. Wenn z. B. auf der Konferenz von Spa Stinnes erklärt hatte, die von den Franzosen verlangten Kohlenmengen könnten nicht geliefert werden, so erklärten der spätere Minister Rathenau, Dernburg usw., die Lieferungen seien doch möglich, womit natürlich jeder ernsthafte Widerstand der Delegation gegen die Erpressung durch die anderen Mächte hinfällig wurde. Nicht anders war es mit der Entwaffnungsforderung der verbündeten Mächte. Und immer waren unter denen, die bedingungsloses Nachgeben gegen alles, was die Feinde verlangten, wollten und tatsächlich herbeiführten, führende jüdische Persönlichkeiten. Ihr Einfluß war groß und blieb es. Schwache, leichtgläubige, von utopischen Menschheitsträumen erfüllte Deutsche gaben willig der Phrase nach, Deutschland müsse in allem den Willen der Mächte tun, sei es auch auf Kosten seiner höchsten Werte und seiner Lebensbedingungen. Dann würden, wir hören noch heute diese alles nüchterne politische Urteil in Deutschland verwirrende Phrase, eines Tages die Mächte von Vernunft, Moralgefühl und Wohlwollen bewegt, alle Bedingungen des Friedensvertrages bis zur Erträglichkeit erleichtern und mildern, weil es das deutsche Volk so brav und so voll guten Willens ohne Rücksicht auf sein eigenes Wohl unternommen habe, das Unerfüllbare und Unerträgliche auf sich zu nehmen. Schüchterne Versuche wurden gemacht, die Mächte zu bewegen, die im Versailler Diktat auf hunderttausend Mann festgesetzte Stärke des Reichsheeres auf zweihunderttausend Mann zu erhöhen. Der „Hohe Rat" der Mächte erklärte, dieses Ersuchen würde man nicht einmal prüfen. Auf der Konferenz in Spa 1920 führte der deutsche Reichskanzler Fehrenbach eine melodramatische Tränenszene auf, sprach von seinen grauen Haaren und daß er ein alter Mann sei, worauf Lloyd George laut zu seinen

Nachbarn sagte: „Passen Sie auf, gleich fängt der deutsche Kanzler an zu weinen", zur allgemeinen Erheiterung der Konferenz. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, war Mangel an Würde nicht allein in den deutschen Regierungen und Delegationen vorhanden, sondern auch in dem allergrößten Teil der Presse, der „öffentlichen Meinung". Immer wieder richteten Zeitungen, Organisationen, Einzelpersönlichkeiten und Minister Appelle an die Feindmächte, an die „Weltmeinung", flehten um Mitleid mit dem deutschen Volke, das doch nicht so schuldig sei wie seine früheren Herrscher, das tue, was irgend in seinen Kräften stehe, in der Erwartung, daß sein guter Wille anerkannt werde und die bisher erbarmungslosen Mächte Regungen und Erwägungen der Menschlichkeit zugänglich werden möchten. Die Presse und die Reden jener gesamten Jahre wiesen immer wieder das Wort: erbarmungslos auf. Man hatte sich in Deutschland schnell daran gewöhnt, nur die Stellung des um Erbarmen Flehenden einzunehmen. Da war von keinem Anspruch auf Recht mehr die Rede, von Stolz und Würde überhaupt nicht zu sprechen. Abgesehen von der traurigen Charakterlosigkeit bedeutete diese Haltung vollkommene Unfähigkeit, die Gesinnung, überhaupt die Psyche der anderen Mächte zu verstehen. Diese hatten seit einem Jahrzehnt den Vernichtungskrieg gegen Deutschland vorbereitet, mit dem dokumentarisch festgelegten Ziel, es zu zerstückeln, ihm alles zu nehmen, das deutsche Volk niemals wieder zu Eigenkraft auf irgendeinem Gebiete gelangen zu lassen. Unter ungeheurem Einsatz von Blut und Geld war nach vier Jahren endlich das Ziel erreicht worden. Wenn die Zusammengebrochenen darüber nun jammerten, allen Stolz und alle Haltung verloren und um Erbarmen baten, so war ihnen die Weltgeschichte fremd geblieben und der Sinn des Krieges überhaupt, der immer ein Kampf um die Macht ist und für deren Urheber es ein Recht oder Unrecht überhaupt nicht gibt. Auf einer Finanzkonferenz des Jahres 1920 jammerten die deutschen Delegierten um internationale Finanzhilfe. Britischerseits wurde ihnen höhnisch erklärt: wir helfen uns selbst, wenn es uns schlecht geht, helft ihr euch auch! Ohne Aufhören ging auch das laute deutsche Jammern über die Gefahr des Bolschewismus von Deutschland aus durch die Welt. Deutschland sei der einzige Damm gegen die Bolschewistenflut für den Westen. Überlasse man Deutschland dem Elend, dann würde dieser Damm brechen. Man glaubte es wohl zum größten Teil selbst nicht, war aber dumm genug, anzunehmen, daß die Feindmächte es glauben würden. Gewiß war Bolschewismusgefahr in jenen Jahren vorhanden, aber gerade hier galt es, sich selbst zu helfen. Deutschland konnte verschiedene Wege gehen: rücksichtslos im Innern Ordnung schaffen, daneben aber mit Rußland als Macht außenpolitische Beziehungen unterhalten. Man konnte sogar, das war ein Jahr später, als die Sowjetrussen gegen Polen kämpften, mit ihnen militärisch gemeinsame Sache gegen den polnischen Todfeind machen. Alles in allem: wenn in Deutschland die damals herrschenden Schichten und die Regierenden mitten in der großen Katastrophe nüchternen Mut und Tatkraft bewahrt hätten, so hätte sich vieles zur Verbesserung der deutschen Lage tun lassen, auch durch passiven Widerstand. Aber es blieb das alte Bild: jede neue Forderung der Feinde wurde zunächst deutscherseits mit großen, empörten Worten, das sei unberechtigt, das sei unmöglich, das werde man niemals zugeben, beantwortet. Erklärten dann die verbündeten Mächte, sie blieben auf ihrem Willen bestehen und würden Mittel finden, sie durchzusetzen, sei es durch „Sanktionen", sei es durch Gewalt, dann schlug in Deutschland, bei der Regierung angefangen, die Stimmung um, aus der Empörung wurde haltloses Jammern, die Bevölkerung hörte gleich zur Beruhigung die alte Legende wieder von der Notwendigkeit, guten Willen zu zeigen, dann würde auch alles nicht so schlimm

werden. Nichts konnte unwürdiger und zugleich nichts konnte dummer sein, als dieses, wie gesagt, bei jedem Anlaß wiederkehrende Verfahren. Man konnte zweierlei tun: entweder würdig und schweigend auf eine neue Forderung erklären: man weiche dem Zwange und werde versuchen, das Geforderte durchzuführen oder: man sei außerstande, außerdem erhebe man Einspruch vom Standpunkt des Rechts. Die nationalen Blätter und Redner, die das und ähnliches forderten, erfuhren die schärfsten Vorwürfe von den regierenden Schichten: sie verschlimmerten die Lage nur noch in ihrem sinnlosen Chauvinismus. Und doch und gerade dadurch wuchs in der Bevölkerung langsam wieder nationale Stimmung, und immer schärfer bildeten sich nach den ersten Jahren völliger Verwirrung und des großen Durcheinanders zwei Richtungen im deutschen Volk heraus: die des nationalen Willenswiderstandes und die des widerstandslosen Erfüllens.

Die inneren Unruhen dauerten an, die Regierung blieb provisorisch, man stand noch immer im Zwischenzustande der Nationalversammlung. Als im Reichstagsgebäude über das Betriebsrätegesetz beraten wurde und die linksradikalen Massen sich anhäuften, wurde auf diese geschossen. Versuche, den Generalstreik zu verwirklichen, scheiterten, aber die Lage wurde von links her immer unsicherer, und von Moskau aus leistete man erfolgreiche Werbearbeit. Die Regierung wagte nicht vorzubeugen, nicht Ordnung zu schaffen. Sozialdemokratische Minister und Journalisten erklärten wieder und wieder, sich selbst zum Hohn: nur Arbeit kann uns retten! Aber es wurde nicht gearbeitet, die Lage wurde immer schlechter, die Wirkungen der Hungersperre und der großen Katastrophe, der Mangel an Autorität im Lande, die Unfähigkeit, Ordnung herzustellen, das im Bürgertum allgemeine Gefühl der Unsicherheit: jeden Augenblick könne irgend etwas im Lande wieder „losgehen", wollte nicht weichen.

Die nationalen Elemente drängten Anfang 1920 auf die Auflösung der Nationalversammlung. Diese hatte ihre Aufgabe im vergangenen Jahr erfüllt: die von der Linken und der Mitte dem neuen Staate zugedachte Verfassung war bewilligt, das Friedensdiktat von Versailles war in Kraft getreten. Folgerichtig wäre es gewesen, sofort die Nationalversammlung aufzulösen, die Verfassung zu vollziehen. Der Reichspräsident war zu wählen. Der Sozialdemokrat Ebert war von der Nationalversammlung als vorläufiger Präsident gewählt worden und in Tätigkeit. Die linke und mittlere Mehrheit fürchtete, daß bei der nun fälligen Wahl eines definitiven Reichspräsidenten Ebert keine Mehrheit mehr erhalten würde und verlangte deshalb, daß die neue Wahl nicht verfassungsmäßig durch allgemeine Wahl, sondern von dem nunmehr verfassungsmäßig zu schaffenden Reichstag vorzunehmen sei. Die nationalen Parteien forderten Auflösung der Nationalversammlung, Neuwahlen für den Reichstag und die Wahl des Präsidenten durch das gesamte Volk. In diese Lage fiel der sogenannte Kapp-Putsch.

Kapp war ein verdienter hoher preußischer Verwaltungsbeamter aus dem konservativen Lager. Während des Krieges hatte er gegen den Kanzler Bethmann Hollweg scharf Stellung genommen und gegen Ende des Krieges mit dem Admiral Tirpitz die Vaterlandspartei gegründet. Hinter ihm standen persönlich die Vertreter der scharfen nationalen Richtung und die militärischen Kreise, ein großer Teil der Generäle der Reichswehr, General von Lüttwitz, als deren höchster militärischer Vertreter, und Kapitän Ehrhardt mit seiner Brigade. Am 13. März 1920 besetzte Kapitän Ehrhardt Berlin, drei Tage später flohen Kapp und Lüttwitz, es war alles zu Ende. Für die Betrachtung des Hintergrundes vom Wachsen der nationalen und hauptsächlich der nationalsozialistischen Bewegung hat es keinen Wert, auf Einzelheiten einzugehen. Der Kapp-Putsch aber ist unendlich charakteristisch für die

Anschauungen jener Jahre in den nationalen Kreisen. Der Verfasser dieses Buches darf für sich in Anspruch nehmen, nicht in nachträglicher Weisheit zu kritisieren. Als an jenem Morgen sich den Fernerstehenden ganz unerwartet die Streitkräfte Ehrhardts als die Herren von Berlin zeigten, als die Maueranschläge die Beseitigung der alten Regierung und den Beginn eines neuen Zustandes verkündeten, war das erste Wort des Verfassers auf die glückstrahlende Botschaft eines Bekannten das Wort aus „Max und Moritz": „Aber wehe, wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe, ach das war ein schlimmes Ding, wie es Max und Moritz ging". — Woher solcher Pessimismus? Daß etwas vorging, konnte näher Beobachtenden damals kaum verborgen bleiben. Es war das in Deutschland so bekannte heimliche, aber weit hörbare Geflüster, das der Deutsche nicht lassen kann, wenn er etwas vorbereitet, was niemand vorher wissen darf. Dieses laute Flüstern erreichte im letzten Augenblick auch das Ohr der Regierungsbehörden, so daß sie durch Haussuchungen und Verhaftungen Kapp und seine Leute zwangen, etwas früher loszuschlagen, als sie beabsichtigt hatten, aber das Ergebnis würde auch sonst kaum ein anderes geworden sein. Den Nationalen, die den Dingen näher standen, wenn sie auch nicht „offiziell" eingeweiht waren, war schon längst der Plan im großen bekannt. Einige versuchten zu warnen, besonders vor dem Generalstreik und vor dem Losschlagen ohne umfassendste und in allen Einzelheiten getroffene Vorbereitungen. Die Warner wiesen auf den Generalstreik hin, der zweifellos kommen werde. Ein hoher militärischer Hintermann erklärte: wenn e r sich beteilige, dann werde schon alles in Ordnung sein. Auf die Frage: vielleicht würde es ja möglich sein, trotz ausgesprochenen Generalstreiks die Arbeiter in die Kohlengruben zu bringen, aber wie werde man sie dort zum Arbeiten bringen? Ja, auch das werde keine Schwierigkeiten haben, lautete die Antwort. Zu jener Probe ist es nicht gekommen, denn die Vorbereitungslosigkeit war so vollkommen, daß schon nach drei Tagen der Putsch zusammenbrach. Die Putschisten hatten die Macht ohne Kampf in die Hand bekommen und wußten nichts damit anzufangen, sie hatten alle Gewalt in der Hand, aber solche Angst, sie anzuwenden, daß sie nicht einmal die nötigen Gewaltmaßregeln anwandten, um die Reichsbankbeamten zu zwingen, angeforderte Geldsummen herzugeben; sie hatten jeden Versuch zum Streik durch öffentlichen Anschlag unter Todesstrafe gestellt, und als der Streik verkündet wurde, bestraften sie weder einen einzigen Streikenden, noch stellten sie Walter Rathenau an die Wand, der nicht nur den Streik begünstigte, nachdem ihm die nach Stuttgart geflüchtete alte Regierung verkündet hatte, sondern auch seinen Angestellen und Arbeitern die Streikausfälle zu ersetzen zugesichert hatte. Es war klar, daß der Generalstreik unter solchen Verhältnissen siegen mußte. Heute möchte man beinahe sagen, daß die Kapp-Regierung sich auch ohne Generalstreik nicht lange gehalten haben würde. Ihre Mitglieder waren alle Männer von höchster Vaterlandsliebe, manche von ihnen in ihrer Art sehr tüchtig, aber der Aufgabe, die sie hier auf sich genommen hatten, war keiner gewachsen. Von den Offizieren wäre es vielleicht Kapitän Ehrhardt gewesen, aber auch der fand nicht den Entschluß, unbekümmert um Rangunterschiede die Dinge rücksichtslos in die Hand zu nehmen, nachdem er gesehen hatte, daß die anderen versagten und nicht den Mut zu den Entschlüssen fanden, die eben gefaßt werden mußten.

Die Groteske dieses ganzen Unternehmens zeigt sich in ihrer ganzen komitragischen Größe, wenn wir uns erinnern, daß ein internationaler Spion und gewerbsmäßiger Umsturzagitator, der in Ungarn geborene Trebitsch-Lincoln, die organisatorische Seele des Kapp-Putsches war. Die grenzenlose Naivität des Deutschen gab hier, wie schon so oft, wieder einmal der Umwelt zu lachen. Nicht lange vor dem Kapp-Putsch war Trebitsch-Lincoln von

England über Holland nach Deutschland gekommen, er, ein in Ungarn geborener Jude, naturalisierter Engländer, gewesenes Mitglied des britischen Unterhauses, jahrelang reich beschenkter Günstling eines reichen Engländers, den er nachher betrogen hatte und dafür eine Kerkerstrafe erhielt. Nach Abbüßung benutzte er die deutsche Harmlosigkeit, erklärte, er wolle Großbritanniens Untergang herbeiführen und in Deutschland die Monarchie wieder herstellen. Trebitsch-Lincoln erhielt Zutritt in Doorn, erwarb sich das Vertrauen des deutschen Kronprinzen, wurde der Vertraute Ludendorffs, des Obersten Bauer, nationaler deutscher Zeitungen und weiterer nationaler und monarchistischer Kreise. Deutsche Warner, die diesen Hochstapler durchschauten, wurden nicht gehört, und so wurde dieser Mann die treibende und leitende Kraft im Kapp-Putsch. In den späteren Gerichtsverhandlungen sind beschämende Schilderungen von dem Durcheinander jener Tage gegeben worden, das da herrschte, wo Gehirn und Wille in Klarheit und Konzentration vorhanden sein mußten, wenn ein solcher Schlag Aussicht auf Gelingen haben sollte. Solchem Mangel an wirklicher Bereitschaft, an Führung und an Plan allein verdankten es die nach Stuttgart geflohene republikanische Regierung und ihre Parteien, daß der von ihnen proklamierte Generalstreik sein Ziel erreichte und die Kapp-Regierung nach drei Tagen wie ein Phantom verschwand. Wenden wir uns einen Augenblick der Psychologie dieses unglücklichen Unternehmens zu:

Der Putsch war kein Ergebnis persönlichen Ehrgeizes, auch Kapp war von solchen und anderen unedlen Motiven frei, nicht minder der General von Lüttwitz und die anderen. Nur bei Ludendorff, der leitend im Hintergrund stand, dürfte ein starker Schuß Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis vorhanden gewesen sein. Ihn hat jedenfalls der Gedanke geleitet, er würde nach geglücktem Beginnen die Leitung des Staates übernehmen. Weite nationale Kreise, die durch das Kappsche Unternehmen völlig überrascht wurden, hielten sich zurück — abgesehen von persönlichen Ausnahmen —, um zu sehen, wie die Dinge laufen würden. Zweck und Ziel waren ihnen sympathisch, und hätte Kapp sich länger halten können, so würde man sich auf der nationalen Seite ohne Zweifel ganz für Kapp entschieden haben. Die Industrie dachte zum großen, vielleicht größten Teil anders, insbesondere war einer der größten Machtfaktoren Deutschlands, vielleicht der größte, Hugo Stinnes, durchaus gegen solche Dinge. Dem Verfasser dieses Buches sagte Stinnes, Ludendorff habe versucht, ihn für eine gewaltsame Änderung der Staatsleitung bzw. des Systems zu gewinnen, er, Stinnes, habe ihm geantwortet: „Wenn Sie derartiges versuchen, Herr Ludendorff, so trennen sich unsere Wege!" Das war bei Stinnes keine Liebe zur Weimar-Republik und ihren Leitern. Er wollte Ruhe im Lande, war auch mit vielen anderen der Ansicht, daß die nationale Stimmung und Bewegung im Lande ständig zunehme und man nur abzuwarten brauche, um in aller Ruhe das nationale Element zum Überwiegen und in der Folge zum Herrschen in Deutschland zu bringen. Daß diese Bewegung da war, haben wir schon festgestellt. Wie sie sich ohne den Kapp-Putsch ausgewirkt haben würde, ist nicht zu sagen, aber es ist außer Zweifel, daß sich die Politik und die Gesetzgebung der Nationalen ebenso wie Kapp und seine Leute an der Oberfläche der Probleme gehalten haben würden. Die Maueranschläge und Flugblätter der Kapp-Regierung stellten zwei Punkte heraus: man denke weder an eine Wiederherstellung der Monarchie noch wolle man dem Versailler Vertrage die Anerkennung verweigern. Beides mußte gleichwohl in der Linie des Kappschen Programms sein, denn es lag Kapp und seinen Leuten in erster Linie daran, das Ausland nicht unruhig werden zu lassen. Man versicherte ausländischen Persönlichkeiten und Vertretungen, es handle sich um eine reine innerdeutsche Neuordnung, um keine Änderung der außenpolitischen Haltung. Kapp

und seine Leute wollten erst fest im Sattel sein und dann weiter sehen; ein an und für sich richtiger Gedanke, der freilich am Unverständnis der Mentalität des Auslandes krankte. Frankreich und England würden damals eine nationale deutsche Regierung nicht anerkannt haben, höchstens, und das war der Punkt, auf den alles ankam: wenn die Massen durch die Umsturzregierung gewonnen worden wären. Davon konnte hier nicht die Rede sein, und daran haben die Leiter des Kapp-Putsches auch nicht gedacht. So war es nicht ohne zureichende innere Ursache, daß der Generalstreik der Massen ihnen zum schnellen Untergang wurde, was, wie gesagt, hätte vorausgesehen werden müssen, auch von Warnern vorausgesehen worden ist. Ohne die Masse, einerlei, von welcher Seite sie kam, war ein Gelingen nicht möglich. Es wiederholte sich die in der Weltgeschichte häufige Erscheinung, daß ein Umsturz, daß die Beseitigung einer Regierung oft sehr leicht, aber das Halten des so geschaffenen Zustandes schwer ist, und wenn der Umsturz gelingen soll, er einer breiten Grundlage bedarf. Im Falle Kapp war von einer solchen Grundlage nicht entfernt die Rede, man hat wohl gedacht: habe man einmal die Macht in Händen, so werde sich alles schon irgendwie, jedenfalls nicht ungünstig, entwickeln.

Nachdem die weimar-republikanische Regierung, freilich nicht infolge eigener Kühnheit und Leistung, nach Berlin zurückgekehrt war, erklärte sie, noch heute findet man das im Schrifttum der Linken: Die Kraft des republikanischen Gedankens und des Volksstaates habe den Spuk der Kapp-Regierung mit unwiderstehlicher Gewalt beseitigt. In Wirklichkeit war es nicht der republikanische Gedanke gewesen, sondern der in den Massen der Linken seit Jahren und Jahrzehnten genährte und vergiftete Haß gegen alles Nationale. Der Haß auch gegen das alte System, gegen die früheren herrschenden Klassen, und ganz besonders gegen alles, was Offizier hieß. Von dem „republikanischen Gedanken" machte man sich unter den Massen wenig Vorstellung, und von der Republik hatten die gleichen Massen nichts Positives gesehen, weil diese nichts Positives geleistet hatte. Was sie zur bedingungslosen und geschlossenen Durchführung des Generalstreiks veranlaßte, war der Ruf ihrer Führer: „Die früher herrschenden Klassen wollen euch wieder in den Obrigkeitsstaat bringen, und es wird euch noch viel schlimmer gehen als unter dem früheren System."

Wir wollen bedenken, daß es März 1920 war, nachdem nur reichlich ein Jahr seit dem Novemberumsturz verflossen und dieses Jahr selbst von leidenschaftlichem Streit, teilweise blutigen Kämpfen, ausgefüllt gewesen war. Der alte Leitsatz der Gegenrevolutionen: sie müßten ausgeführt werden, bevor sich die Zustände gefestigt hätten, also möglichst schnell nach dem Umsturz, traf auf die deutschen Verhältnisse nicht zu. Es wäre notwendig gewesen, zu warten und vor allem die sozialen Gründe der Katastrophe, die wir in einem früheren Abschnitt dargelegt haben, zu erkennen und demgemäß zu handeln: der Novemberumsturz stand im Zeichen des sozialen Schlagwortes, das soziale Motiv wurde mißbraucht. Eine Beseitigung des durch den November geschaffenen Zustandes konnte nur im Zeichen des wirklich sozialen Gedankens mit Anspruch auf Dauer und Gesundung erfolgen. Dazu war die Zeit damals nicht reif.

Wir gelangen also zum Ergebnis, daß das Kapp-Unternehmen unter allen Umständen ein Fehler war, für die lediglich nationalen Strömungen war der Fehler um so größer, als der Kapp-Putsch die nationale Aufwärtsbewegung unterbrach und unnötigerweise recht weitgehend diskreditierte. Immerhin hatte das Kapp-Unternehmen den, im Rahmen des Ganzen gesehen, freilich geringen Erfolg, daß nunmehr endlich die Wahlen zum Reichstage beschleunigt wurden. Sie fanden am 30. April 1920 statt und ergaben eine starke Zunahme

und Stärkung der Rechten. Die nationalen Kreise waren damit zufrieden, meinten: sei auch das Kapp-Unternehmen fehlgegangen, so habe es doch diesen Erfolg gezeitigt, und nun würden die Dinge schon weitergehen, in derselben Richtung zu einem immer stärkeren Vorwiegen der nationalen Bewegung „in unserem im Grunde nationalgesinnten und monarchischen Volke“. Man hatte nun die „große nationale Partei“, wie konnte es dann noch fehlgehen? Man hatte die Reichstagswahlen durchgesetzt, man hatte erreicht, daß die Wahlen für den Reichspräsidentenposten durch allgemeine Volksabstimmung stattfanden, nicht, wie die Linke verlangt hatte, vom Reichstage, wo natürlich die linke Mehrheit ihren Präsidenten sicher durchgebracht haben würde. Dessenungeachtet bewirkten alles in allem der Kapp-Putsch und sein Ausgang eine außerordentliche Erhöhung des Selbstbewußtseins des Weimar-Republikanertums und seines Ansehens unter den Massen. Tatsächlich war der Erfolg auf ihrer Seite, der Mißerfolg der Kapp-Leute aber katastrophal gewesen, der Generalstreik hatte sich als Sieger gezeigt. Das Selbstbewußtsein der in den freien und in den christlichen Gewerkschaften des Zentrums vereinigten Massen war gewaltig gestiegen, sie fühlten sich als die Herren der Lage. Nun konnte der Weimar-Republik nichts mehr gefährlich werden: man brauchte in Zukunft nur den Generalstreik zu verkünden, nur damit zu drohen, dann war jeder Ansturm gescheitert.

Unmittelbar nach dem Ende des Kapp-Unternehmens brach in Westdeutschland, vorwiegend im Ruhrgebiet, ein lange, sorgsam vorbereiteter kommunistischer Aufstand los, der die Regierung in schwerste Bedrängnis versetzte. Wiederum mußte man auf die nationalen Soldaten und Offiziere zurückgreifen, und zwar in größtmöglichem Maßstabe. Die kommunistischen Truppen waren vorzüglich ausgerüstet, der Aufstand war von Moskau aus organisiert, Geldmittel in reicher Fülle vorhanden. Das Ziel dieses Kampfes war nicht allein der Sturz der Regierung, sondern die Aufrichtung der Sowjetherrschaft in Deutschland. Der Augenblick erschien günstig und die Erschütterung durch den Kapp-Putsch kam ihm besonders zustatten. Die Niederwerfung wurde dem General von Watter übertragen, und man stellte ihm als Kommissar der Regierung den Sozialdemokraten Severing zur Seite. Die Regierung befürchtete stark, General Watter werde die in seine Hände gelegte Macht benutzen, um erst die Kommunisten niederzuschlagen und dann die Republik zu beseitigen. Außerdem spielte in den Regierungskreisen, im besonderen bei der Sozialdemokratie, die alte Sorge mit, daß General von Watter gegen die aufständischen kommunistischen Arbeiter zu scharf vorgehen werde. Dann würde das Gefühl der Solidarität in den sozialdemokratischen Gewerkschaften erwachen, sie würden die sozialdemokratische Partei verlassen, um sich dem Kommunismus anzuschließen. — So wollte die Regierung und hinter ihr die sozialdemokratische Partei, daß mit dem aufständischen Knaben Absalom säuberlich verfahren werde, so säuberlich wie möglich. Nachher ist nicht wenig darüber gestritten worden, ob General von Watter in der Lage und willens gewesen wäre, eine York-Rolle zu spielen oder nicht. Wir begnügen uns mit der Tatsache, daß er diese Rolle nicht übernommen hat, daß Severing und die hinter ihm stehenden Kräfte damals gesiegt haben. Ob es anders hätte kommen können, ob, wenn es anders gekommen wäre, die Folgen nützlich oder schädlich gewesen sein würden, ist eine müßige Frage. Die geschichtliche Tatsache aber steht fest, daß es wiederum die Kraft und Aufopferung nationaler Elemente war, welche damals die Sozialdemokratie und die Weimar-Republik gerettet haben, einmal, indem sie den Kommunistenaufstand niederschlugen, dann, als sie ihre Macht nicht gegen die Republik von Weimar kehrten.

Es ist von wesenhafter Bedeutung für die Beurteilung der damaligen Verhältnisse, den Kapp-Putsch und den Ruhraufstand vergleichend nebeneinander zu stellen, wie sie auch zeitlich unmittelbar gefolgt sind: Beide wollten die Beseitigung der demokratischen Weimar-Republik mit genau entgegengesetzten Zielen. Die Kapp-Leute wollten den nationalistisch geprägten Staat, sie verkörperten die Ziele der vorher herrschenden nationalen Schichten, die sich ihre alte Stellung im Staat zurückerobern und diesen selbst entsprechend umgestalten wollten. Das Ziel der Kommunisten war der Umsturz alles Vorhandenen, die Vernichtung des Nationalismus, des Bürgertums und nicht minder der Sozialdemokratie. Wollte der Kapp-Putsch im wesentlichen Wiederherstellung des Vorkriegsstaates mit einigen nicht zu umgehenden Änderungen, so war das Ziel des Ruhraufstandes die Durchführung der kommunistischen Revolution, die im Jahre 1919 Spartakus nicht hatte erreichen können. Waren am Kapp-Putsch äußerlich und innerlich nur die sogenannten höheren Schichten mit Mitläufern und die nationalistischen Soldaten beteiligt, so kam der Kommunistenaufstand so gut wie vollständig aus der Handarbeiterschaft, abgesehen von einem Teil der Organisatoren und Führer, von denen eine beträchtliche Menge aus Russen und russischen Juden bestand. Trotzdem und trotz der Greuel, welche die bewaffneten Kommunistenmassen verübten, ist nicht zu verkennen, daß in jenem Aufstande nicht allein die Moskauer Propaganda lebte, sondern nicht zum wenigsten auch die tiefe Enttäuschung und Erbitterung der Arbeitermassen darüber, daß der Umsturz von 1918 alle damals gelobten feierlichen und glänzenden Versprechungen nicht erfüllt hatte. Die Arbeitermassen von 1920 glaubten tatsächlich, für ein Ideal der Freiheit zu kämpfen; daß sich unter ihnen viele verbrecherische Elemente fanden, ändert hieran nichts. Die sozialdemokratische Regierung begriff diesen Stand der Dinge klar, und der unblutige Sieg Severings über Watter hat für die Sozialdemokratie mehr bedeutet als allgemein wohl angenommen wird. Den Kappleuten fehlte das Sozialistische, den kommunistischen Führern das Nationalistische.

Der Ruhraufstand erscheint in noch bestimmterem Licht, wenn wir uns erinnern, daß das Jahr 1920 auch den Krieg der russischen Sowjetunion gegen Polen brachte, der zunächst siegreich für die russischen Waffen verlief, bis die russischen Truppen nicht weit von Warschau den von französischen Offizieren geführten polnischen Streitkräften das Feld räumen mußten. Die deutsche Regierung erklärte Neutralität im russisch-polnischen Konflikt, der von Polen vom Zaun gebrochen war. Es ist eine Überlegung für sich, ob nicht, ungeachtet ungeschwächten Gegensatzes gegen den Bolschewismus als solchen, damals eine militärische deutsche Kooperation mit den russischen Truppen gegen Polen angezeigt gewesen wäre. Anregungen solcher Art traten auch deutscherseits an die Regierung heran, jedoch vergebens. Der russische Feldzug vergrößerte die allgemeine Erregung in Deutschland begreiflicherweise in hohem Grade. Die Soldaten der Roten Armee standen an der ostpreußischen Grenze und fraternisierten mit den deutschen Soldaten und Eingeborenen, und der Einfluß auf die Verstärkung der kommunistischen Bewegung in Deutschland war unverkennbar. Im Bürgertum Deutschlands wuchs die Furcht vor dem Bolschewismus, dabei herrschte in manchen Kreisen die Auffassung: er müsse mit schicksalhafter Notwendigkeit doch einmal kommen, also wäre es am besten, wenn er bald käme.

„Erfüllung", Verzweiflung, Politischer Mord

Der äußere Druck auf Deutschland verstärkte sich in immer unerträglicher werdender Weise. Eine internationale Konferenz folgte der anderen. Zweck aller war, eine möglichst wirksame Methode zu finden, um aus dem zerrissenen Lande und ausgehungerten Volk auf Grund des Versailler Vertrages so riesenhafte Geldsummen wie möglich herauszuholen. Der Ruhraufstand gab den Franzosen Vorwand, deutsche Städte zeitweilig zu besetzen. Schärfster Druck wurde auf die Regierung der Republik ausgeübt: die ganze Bevölkerung sollte entwaffnet werden. Der Druck wäre nicht nötig gewesen, denn jene Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien konnten nicht erwarten, sich durch rigoros durchgeführte Entwaffnung von der Angst zu befreien, die Waffen könnten einmal gegen das Weimarsystem angewandt werden. Auch die vielgenannten Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen sollten aufgelöst werden. Die Franzosen betrieben durch ein Heer von Agenten, auch durch ihre offiziellen Vertreter, ihren Plan der Zerstückelung Deutschlands: im Westen die Ablösung der Rheinlande durch den sorgsam gepflegten Separatismus und im Süden die Ablösung Bayerns vom Reich, mit dem letzten Ziel: Herstellung der alten, verhängnisvollen Mainlinie.

Wirtschaftlich wuchsen Not und Unordnung, zu einem Teil durch die Auflagen der Mächte, in der Hauptsache aber infolge der Mißwirtschaft der Regierungen, der allgemeinen Desorganisation. Das waren auch die Früchte jener Erziehung der Arbeitermassen durch die marxistischen Führer, daß die Arbeit im letzten Grunde ein notwendiges Übel sei, eigentlich nur für die Dummen bestimmt. Kein Wunder, daß aus der „Revolution" eine „Lohnbewegung" geworden war, wie ein tief enttäuschter, ehrlicher Sozialdemokrat schon im Jahre 1919 voll Bitterkeit erklärte. Dabei war die Arbeitsleistung innerhalb der Arbeitsstunden eine sehr geringe, die Disziplin in den Betrieben war nicht aufrechtzuerhalten. Keineswegs darf man verkennen, daß gerade diese Verhältnisse und Zustände auch unmittelbare Reaktionserscheinungen des Krieges waren. Millionen Frontkämpfer konnten sich an eine geregelte Arbeit, besonders in den Fabriken, nicht gewöhnen, auch gesundheitlich nicht, während die Heimbevölkerung die Folgen der Entbehrungen und des Hungers in und an sich trug. Die heranwachsende Jugend, die während der Kriegsjahre ohne väterliche Erziehung und Aufsicht gewesen war, trug zur Erhöhung der allgemeinen Zuchtlosigkeit einen erschreckend großen Teil bei. Allgemein kam hierzu die nervöse Erregung jener ganzen Zeit, die auch in den nächsten Jahren anhielt. Die Alarmnachrichten von außen und im Innern jagten sich. Die unsinnigsten Illusionen und die grausamsten Enttäuschungen folgten einander. Meinungen und Willensrichtungen, Haß und Mißtrauen standen einander schroffer denn je

gegenüber. Die Regierungen, ihre Parteien und ihre Presse konnten sich nicht genug tun, alles Nationale und die Nationalisten als die Verderber und die Feinde des Vaterlands und des Volks hinzustellen. Das geschah in doppelter Absicht. Den Feinden sagte man so: wir, die Regierungsparteien, sind weder am Kriege noch am Widerstande gegen eure Wünsche schuld, wir haben deshalb allen Anspruch auf euer Wohlwollen. Und nach innen gewandt, bedeutete das: an eurem, des Volks, Elend sind lediglich die Nationalen schuld. Sogar der Außenminister Dr. Simons, der auf der Konferenz von Spa mit Würde und Haltung aufgetreten war, erklärte als sein Ziel: „Herstellung eines Verständigungswillens bei den Gegnern durch Nachweis unseres ehrlichen Willens." Er äußerte die Hoffnung: „daß wir uns so in der Welt mehr Freunde schaffen werden, als wir sie uns durch Macht und Gewalt je errungen haben". So konnte sich ein Mann in der Psychologie der Gegner täuschen, der, innerlich von nationaler Gesinnung, von der demokratischen Atmosphäre tief beeinflußt worden war. Als ob Deutschland vor dem Kriege durch „Macht und Gewalt" sich „Freunde in der Welt" verscherzt hätte. Im Gegenteil: auch das Deutschland der Macht und des Reichtums hatte durch Schwäche und Ziellosigkeit seine Stellung in der Welt gefährdet. Und wenn Simons vom „ehrlichen Willen" des zusammengebrochenen Deutschlands sprach, so verkannte er, wie so viele Deutsche jener Jahre, daß der ehrliche Wille, der gute Wille, eben Schlagworte waren, die in der deutschen Bevölkerung den kindlichen Glauben hervorrufen sollten, daß auf diese Weise Wohlwollen und „Verständigungswillen" der Mächte erreicht werden könnten. Dabei kam es diesen lediglich darauf an, soviel wie nur irgend möglich aus dem deutschen Volk und Land herauszupressen und daneben: es nicht wieder zu Kraft und Willen gelangen zu lassen. Frankreich erklärte, die Entwaffnung Deutschlands und die deutschen Zahlungen seien französische Lebensfragen. Der französische Minister Loucheur tat den Ausspruch, man müsse Deutschland in Konkursverwaltung nehmen. Daneben wurde von Frankreich und auch England in der ganzen Welt verbreitet: das siegreiche, friedliebende Frankreich sei wirtschaftlich durch den Krieg, insbesondere durch die verbrecherische, barbarische deutsche Kriegführung ruiniert, während das geschlagene, am Kriege schuldige Deutschland wirtschaftlich blühe. Wo bleibe da Recht und Gerechtigkeit? Dabei begannen in Frankreich die Drohungen immer bestimmter zu werden: wenn Deutschland nicht genügend und nicht pünktlich zahle, werde Frankreich das Ruhrgebiet besetzen und, wenn England sich nicht beteilige, auch selbständig vorgehen. Die Rheinlande werde man aus dem deutschen Zollverbande herausnehmen und die im Versailler Vertrag ausgemachten Fristen für die Räumung der Rheingebiete aufheben. Anfang März erfolgte das berüchtigte Londoner Ultimatum. Bei dieser Gelegenheit tat Lloyd George auf eine Rede von Simons die Äußerung: eine Frage der Kriegsschuld sei nicht anzuerkennen, die sei „cause jugée", dabei hatte er sich erst kurz vorher dahin ausgesprochen, daß eigentlich alle Mächte sich in den Krieg hätten hineintreiben lassen, ohne ihn gewollt zu haben. Der britische Minister wußte, daß die Kriegsschuldlüge die Grundlage der schamlosen Versailler Bedingungen war und deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden mußte. Um die gleiche Zeit, im März 1921, besetzten die Franzosen vier rheinische Städte. Der Plan wurde in der französischen Presse offen erörtert, mit der Herausnahme der Rheinlande aus dem deutschen Zollverbande werde deren Annexion beginnen. Als Großbritannien sich mit Bestimmtheit gegen diesen Plan erklärte, drohte Frankreich aufs neue mit der Besetzung des Ruhrgebiets. Simons sandte vergebliche Hilferufe nach den Vereinigten Staaten.

Anfang Mai erfolgte das Ultimatum der Mächte, und Simons, der es bis dahin

für unannehmbar erklärt hatte, mußte zurücktreten. Ihm folgte das Kabinett Wirth, welches dann die Unterwerfung unter die Forderungen der Mächte vollzog. Eben in dieser Periode fiel die Entscheidung über Oberschlesien. Man hatte wieder einmal, das Kabinett Wirth an der Spitze, mit Großbritanniens Wohlwollen gerechnet. Die britische Presse und britische Minister hatten eine Haltung eingenommen, als ob England Oberschlesien, gemäß der Abstimmung, bei Deutschland lassen würde, wenn die deutsche Regierung sich dem Londoner Ultimatum unterwürfe. Das war die Parole des Kanzlers Wirth: „Ich stehe und falle mit Oberschlesien!" Er stand aber nicht zu diesem stolzen Wort. Großbritannien ließ die deutsche Regierung im Stich, weil Frankreich ihm mit großen Schwierigkeiten im Orient drohte. Man verglich sich auf Kosten Deutschlands, und das Ergebnis war die oberschlesische Vergewaltigung zugunsten Polens. Zwar trat Wirth zurück, aber nur scheinbar. Acht Tage nach seinem Rücktritt übernahm er wieder das Kabinett.

Mit diesem Kabinett Wirth begann die Periode der deutschen Außenpolitik, die wir heute noch unter der Bezeichnung „Erfüllungspolitik" kennen. Der moralische Widerstand, den die deutsche Regierung Simons nicht selten geschickt und fest betätigt hatte, wurde hiermit ein für alle Male aufgegeben, und es hieß: erfüllen! Erfüllen der Forderungen der feindlichen Mächte mit der grundsätzlichen Bereitwilligkeit, einerlei, ob man solche Forderungen als erfüllbar ansah, ob sie erfüllbar waren oder nicht. Gezahlt sollte werden, und Geld war nicht genügend vorhanden; produziert sollte werden, um Werte zu schaffen, zu exportieren und Gegenwert zu erhalten, aber die Mächte setzten eine hohe Abgabe auf alle deutsche Ausfuhr fest, sie hatten die Zolltrennung des Rheinlandes vollzogen, sie zwangen uns, ungeheure Sachwerte „auf Reparationskonto" zu schaffen und abzuliefern. Die deutsche Währung, die sich sogar über Krieg und Umsturz hinaus noch glänzend gehalten hatte, begann sich immer schneller fortschreitend zu entwerten. Sie wurde zum Spielball der internationalen Finanz, und das traf wiederum zusammen mit den verzweifelten Bemühungen der deutschen Regierung, ausländische Kredite zu erhalten. Hier begann die verhängnisvolle Politik, die von den Mächten erpreßten Reparationszahlungen mit vom Auslande geliehenem Geld zu bezahlen und sich damit in unabsehbare Schuldenwirtschaft zu stürzen. Die internationale Hochfinanz ging von nun an auf eine immer stärkere Ruinierung der deutschen Währung aus. Wie mit einer Saug- und Druckpumpe wurde vom Weltgeldzentrum aus das Spiel mit der deutschen Reichsmark getrieben: bald brachte man sie ein wenig höher, bald stürzte man sie in einen immer tieferen Abgrund. Noch in unseren Tagen, ein Jahrzehnt und länger nach dem Beginn jener schreckensvollen Zeit der Inflation, untersuchen Politiker und Wirtschaftler die Ursache des ruchlosen Entwertungsspieles und sprechen von dem „Rätsel der Inflation". Sie lag nicht, jedenfalls nur zum kleinsten Teil, in wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, sondern in der einfachen Tatsache, daß schwache und internationalistisch gerichtete deutsche Regierungen Deutschland zum wehrlosen Gegenstand der Weltfinanzspekulation hatten werden lassen. Ein ungeheures Finanzgeschäft sollte gemacht werden und wurde gemacht. Nicht weniger war es, wie wir weiterhin sehen werden, der moralische Zweck, die deutsche Bevölkerung zur Verzweiflung zu bringen, sie mürbe zu machen.

Gerade zu Beginn jener Periode trat ein Mann mit wachsender Schnelligkeit in den politischen Vordergrund, welcher der „Erfüllungspolitik" ihre stärkste Note geben sollte. Es war Walther Rathenau, ein Mann, dem sein gewaltsames Ende einen nicht verdienten Nimbus verschaffen hat. Jude von Abstammung und Art, war er ganz in Ideen des Internationalismus befangen und selbst, ja auch seiner Geburt nach, international. Auf einer

internationalen Bankierkonferenz zu Paris im Frühjahr 1922 führte er sich mit den Worten ein: er repräsentiere den internationalen Finanzgeist, ein Wort, das, wenn man jene Zeit beurteilen will, viel mehr Beachtung verdient, als es erhalten hat. In das Zeichen des internationalen Finanzgeistes wurde Deutschland von seinen Verderbern in der Tat gestellt. Als Rathenau schließlich Außenminister geworden war, stellte er sich in einer Reihe von Reden auf den Standpunkt: Erfüllung des Versailler Vertrages und aller Forderungen, welche die Mächte als seine Grundlage an Deutschland stellten, sei eine Pflicht, sogar eine Ehrenpflicht für Regierung und Volk. Die Deutschen hätten ihre Unterschrift unter dem Versailler Vertrag genau ebenso zu „honorieren" wie der ehrbare Kaufmann seine Zahlungsverpflichtung, die er einmal unterschrieben habe. Derselbe Rathenau bekannte sich damals zu der Auffassung: in der Erfüllung der Reparationsforderungen handle es sich schließlich nur darum, wie weit man das Volk in das Elend hineingeraten lassen dürfe. In etwas positiverer Form sagte der Reichskanzler Dr. Wirth, ein intimer Freund und kritikloser Bewunderer Rathenaus: Erst Brot, dann Reparationen! — In dieser Gegenüberstellung war der Form nach immerhin keine Ergebung in eine u n b e d i n g t e Erfüllungspolitik ausgesprochen, sondern die Ansicht: erst bei Vorhandensein und nach Sicherung auskömmlicher Ernährung der Bevölkerung könnten die Forderungen der Mächte nach Kräften erfüllt werden; allerdings blieb das ein leeres Wort. Den feindlichen Mächten war es gleichgültig, ob das deutsche Volk Brot hatte, und die Minister waren zu sehr von dem Erfüllungsgedanken benommen, als daß sie den Mut aufgebracht hätten, nein zu sagen mit der Begründung: das deutsche Volk hat nicht genug, um zu essen und um sich zu kleiden. Sie fühlten sich als Heroen duldender Passivität. — Der Ausspruch Rathenaus zeigt noch einen anderen Gedanken: die Feinde würden, wenn sie den „guten Willen" Deutschlands in Gestalt wachsender Verelendung der deutschen Bevölkerung sähen, ein Einsehen haben und aus Gründen der Menschlichkeit und gerührt über soviel „guten Willen" ihre Forderungen ermäßigen. Ja, diese Forderungen!

Zuerst in jenen Jahren wurde der Name „Reparationen" auch in Deutschland allgemein. Reparation heißt: Wiedergutmachung. Was war wiedergutzumachen? Nach dem Versailler Vertrage hatte Deutschland für alle Schäden aufzukommen, welche „sein Angriff" 1914 angerichtet hatte. Sein Angriff! Das war das Wort, um das sich hier alles dreht, es waren die Schuldfrage und die Schuldlüge. In Wirklichkeit hatte Deutschland nicht angegriffen, sein Kampf vom August 1914 bis zum November 1918 war ein Verteidigungskampf für deutsche Unabhängigkeit, ja Existenz gewesen. Noch einmal: Reparation heißt: Wiedergutmachung! Deutschland hatte nichts, noch etwas gutzumachen, da es nichts verschuldet hat. Erst in den allerletzten Jahren ist es der völkischen und nationalen Presse gelungen, das Wort „Tribute" an die Stelle von „Reparationen" zu setzen. Tribut bedeutet Leistungen, die dem Unterlegenen zwangsweise erpreßt werden. Zu Tributen kann aber nie eine vertragliche oder moralische Verpflichtung bestehen, der Begriff des Tributes bezeichnet und bedeutet unter allen Umständen: Leistung unter Zwang. Es war ein Fehler von weitragender Bedeutung, daß die deutschen Regierungen, alle bis heute, an dem Worte „Reparationen" nie Anstoß genommen, sondern es sich zu eigen gemacht hatten, und damit die Lüge, Deutschland habe den Krieg freventlich verschuldet.

Der Wille zu schrankenloser Unterwerfung unter alle Forderungen und Auflagen der Mächte war bei Rathenau und anderen hervorragenden Vertretern des Judentums in Deutschland schon gleich nach dem Kriege bemerkbar geworden. Schon auf der ersten Kon-

ferenz zu Spa erlebte man das erwähnte schmachvolle Schauspiel, daß, als Stinnes und andere Industrielle die Lieferung einer gewissen Kohlenmenge an Frankreich für unmöglich erklärten, Rathenau, Dernburg u. a. m. gegenteilige Meinungen äußerten und damit den nationalen Widerstand bewußt sabotierten. So ging es in der Zukunft folgerichtig und planmäßig weiter. Der internationale Finanzgeist, wie er sich international, also in der ganzen Welt, unter Führung jüdischer Geldmachthaber auswirkt, verlangte die Eingliederung Deutschlands in den Rahmen seiner Zwecke und Absichten. Er wollte keine politischen Reibungen mehr, Deutschland sollte nicht einmal den Willen mehr haben, eine tatsächliche Außenpolitik zu treiben, die „Reparationen" sollten eine von der internationalen Finanz zu besorgende „geschäftliche", höchst gewinnbringende Angelegenheit werden.

Diese Richtung zeigte sich noch im Laufe des Jahres 1921 derart, daß in allen nationalen Kreisen eine wachsende Empörung, tiefste Erbitterung und Beschämung Platz griffen. Der Minister Erzberger, Mitglied der Zentrumspartei, fiel dieser Erbitterung zum Opfer und wurde von jungen Nationalisten erschossen. Erzberger bedeutete einen Typ grundsatzloser und leichtfertiger Politiker, wie sie einem Staate nur zum höchsten Schaden gereichen können. Während des Krieges betrieb er, solange er noch an den Sieg Deutschlands glaubte, eine ausschweifende Politik der Eroberung und der Annexionen. Als er nicht mehr an den Sieg glaubte, schlug er in das Gegenteil um und war bereit, alles preiszugeben, er verhandelte mit dem Marschall Foch um den Waffenstillstand mit derselben verantwortungslosen Leichtfertigkeit, wie er dem deutschen Volk Steuern und eine Finanzreform aufzwang, die sich schon bald als einerseits erfolglos und andererseits als eine vergebliche, unersetzbare Blutentziehung für die Wirtschaft und die Bevölkerung erwies. Erzberger war einer der Haupttriebfedern für die Annahme des Versailler Diktats. Bald darauf zeigte er in einem Prozesse, daß seine Hände nicht sauber geblieben waren. So entlud sich schließlich die tiefe Erbitterung in dem tödlichen Angriff auf das Leben Erzbergers. Der Reichskanzler Wirth verurteilte, wie es sein Recht war, das Attentat, zeigte aber die eigene völlige Urteilslosigkeit und Parteilichkeit, als er Erzberger Leistungen gigantischer Größe nachrühmte, als er sagte, Erzberger habe die Einheit Deutschlands gerettet und sei ein unvergleichlicher Patriot gewesen.

Die tiefe, gärende Erbitterung des nationalen Teils der deutschen Bevölkerung wurde um so stärker, als man nicht allein das Schmachvolle und Beschämende der Erfüllungsmethode, der Erfüllungspolitik überhaupt, empfand, sondern auch politisch klar erkannte, daß das Ziel der Erfüllungspolitik unter keinen Umständen erreicht werden würde, nämlich eine entgegenkommende Anerkennung des guten Willens der deutschen Regierung durch die Mächte. Es zeigte sich die typische Verständnislosigkeit der linken Parteien in auswärtigen Fragen überhaupt. Gewiß stellte man sich innerhalb der nationalen Bewegung — sie war tatsächlich in diesen Jahren eine Bewegung geworden — hier und da, besonders in Kreisen der Jüngeren, einen nationalen Widerstand und Befreiungskampf zu leicht vor. Man ließ in der Beurteilung der Lage wichtige Faktoren außer acht: die Wirtschaftsunordnung, die Geldlosigkeit, den Mangel an Waffen, besonders an schweren, die Tatsache auch, daß die Macht in Deutschland sich in den Händen der Erfüllungsparteien befand, daß Deutschland von Landesverrätern und Spionen wimmelte. Es fehlte, kurz gesagt, an einer nüchternen Einschätzung der Kraftfaktoren auf beiden Seiten. Auf der Seite der Erfüllungsparteien fehlte die Einschätzung der Verhältnisse nach der entgegengesetzten Richtung, es fehlte vor allem die Voraussetzung aller Erfolgsmöglichkeiten, der nationale Wille. An seiner

Stelle war entweder mehr oder minder stumpfe Ergebenheit vorhanden, oder Illusionen, die sich um das Schlagwort vom „guten Willen" zu gruppieren pflegen. Was ganz fehlte, waren auch Würde und Stolz den Mächten gegenüber. Bitten und Klagen, Ergebenheitsbezeugungen, das wurde alles in einer Weise beliebt und geübt — zum geringschätzigen Lächeln und zur abfälligen Beurteilung des gesamten, auch des neutralen Auslandes —, daß bewußt deutsch denkende Deutsche schon dadurch allein in innere Raserei geraten mußten. Seit jenen ersten zwanziger Jahren bis zum heutigen Tage gibt es keine Worte der Herabsetzung und der Beschimpfung, die nicht gegen die deutschen Nationalisten in Deutschland angewandt worden wären. Das mildeste ist der Vorwurf einer Phantastik, die sich um die harten Tatsachen der Wirklichkeit nicht kümmere. Man kann ruhig zugeben, daß besonders in den jüngeren Schichten auch Phantastik vorhanden war, gewiß auch größere Worte gebraucht wurden, als sie der Wirklichkeit entsprachen. Aber abgesehen davon, daß auf seiten der Erfüller der gleiche Fehler nach der negativen Seite hin gemacht wurde und sich viel schwerer und unheilvoller auswirken mußte, gab es auf der nationalen Seite, bei aller Stärke des Willens auch so viel Nüchternheit und Überlegung, daß jener an sich nur wünschenswerte Überschwang nie schädlich in die Erscheinung treten konnte. Das ungeheure, kaum erträgliche Maß zurückgedrängten Schmerzes und sich immer stärker ansammelnder Empörung wäre niemals eingetreten, noch möglich gewesen, wenn man bei den Regierungen auch nur einen Schimmer nationalen Willens und Geistes hätte wahrnehmen können. Anstatt dessen traten die Träger und Repräsentanten eines schrankenlosen Internationalistentums immer beherrschender in den Vordergrund des deutschen Lebens: Juden, von Juden geleitete Deutsche, Vertreter des internationalen Sozialismus, des internationalen Freimaurertums und des Ultramontanismus. Die Deutschbewußten sahen auch — diese Erscheinung gibt heute noch dem öffentlichen Leben Deutschlands das Gepräge —, daß die äußere wie die innere Politik Deutschlands von dem Bestreben beherrscht wurde, Anerkennung und Lob seitens derjenigen Staaten und Staatsmänner des Auslandes zu erlangen, deren ganzes Bestreben war und von ihrem Standpunkt auch sein mußte, das deutsche Reich und Volk dauernd ohnmächtig und gebrochen zu halten. So trat zur Erbitterung über das Geschehene und seine Urheber in Deutschland die tiefe Besorgnis: wie sollte die Zukunft werden, wenn es so weiter ginge?

Bismarck hat nicht selten gesagt: jedesmal, wenn er Lob für sich aus dem Auslande höre, habe er das Gefühl, irgendeine Dummheit gemacht zu haben. Man wird einwerfen: ja, da sei die Lage doch eine ganz andere und unvergleichlich bessere gewesen! — Selbstverständlich muß das zugegeben werden, ebenso, daß nach 1918 vieles in Deutschland getan werden mußte, was gegen das Interesse von Volk und Land ging. In einem anderen Lande, z. B. in Frankreich, hätten die Staatsmänner alles derartige mit schweigendem, kaltem und ablehnendem Stolze getan und über sich ergehen lassen, immer der ganzen Bevölkerung zeigend, daß sie wider ihr Gefühl und nur unter unwiderstehlichem Zwang so handelten, nur, weil sie nicht anders konnten. Aber hier in Deutschland lagen die Dinge anders. An die Spitze des Staates kamen in buntem Wechsel Persönlichkeiten kleinen Formats und kleiner Gesinnung, stolz und überheblich, eine solche Stellung erreicht zu haben, von der sie früher nicht einmal zu träumen gewagt haben würden. Sie waren für die Schmeichelei des Ausländers, vollends für die eines ausländischen Staatsmannes, unbegrenzt empfänglich und dürsteten nach seiner Anerkennung. Psychologie des Franzosen, des Engländers, des Amerikaners fehlte ihnen völlig, deren Ratschläge waren ihnen Orakel, Anerkennung als Staats-

mann oder als Persönlichkeit beglückte sie. Die Ahnungslosigkeit gegenüber dem Wesen der Außenpolitik, der fremden Mächte und deren Zielen zeigte sich bisweilen in drastischer Weise: der verstorbene sozialdemokratische Führer Hermann Müller, als Mensch vorwurfsfrei, ehrlich und anständig, aber innerlich nie in der Lage, über den Parteizaun hinüberzugucken, erklärte im Jahre 1919 als Außenminister: Deutschland brauche eine Außenpolitik im früher gekannten Sinne nicht mehr zu treiben, auch sei ja die Geheimdiplomatie abgeschafft; Deutschlands Außenpolitik habe in „werktätiger Liebe" auch zu den anderen Nationen zu bestehen! — Und was für eine Gesinnung, was für ein Standpunkt ist es, wenn ein Reichskanzler, es war Dr. Wirth, einem ausländischen Zeitungsmann theatralisch erklärte: es sei etwas Großes darum, am Sterbebett eines Volkes zu stehen. Damit meinte dieser deutsche Reichskanzler das deutsche Volk! Hätte er zehnmal die Auffassung gehabt, der Untergang Deutschlands sei nicht mehr abzuwenden, so mußte es äußerste Empörung aller Deutschgesinnten hervorrufen, wenn er sich so zu einem Ausländer und in der Öffentlichkeit äußerte.

Nehmen wir hinzu, daß das innere Leben in Deutschland beherrscht wurde von Korruption und Schiebertum, schmutzigster Streberei, Beseitigung tüchtiger Leute zugunsten solcher, die nur eine genehme Parteizugehörigkeit aufweisen konnten, und daß niedrigste Vergehen gegen Eigentum und Volkswohl gar nicht oder in unzureichendster Weise gerügt wurde, so ist wohl zu verstehen, daß die verzweiflungsvolle Wut jener nationalistischen jungen Kreise vor nichts zurückschreckte. Solch ein Fall war die Erschießung Erzbergers, solch ein Fall war auch die Erschießung Rathenaus im Frühsommer 1922. Andere ähnliche Taten und Versuche jener ersten zwanziger Jahre sind alle auf die gleichen Motive zurückzuführen.

Über die Beurteilung dieser Taten ist viel geschrieben worden. Diejenigen, die Erzberger und Rathenau das Leben genommen haben, hat man als gemeine Mörder, als feige Mordbuben bezeichnet. Sicher verdienen sie diese Namen nicht. Sicher waren ihre Motive die denkbar reinsten. Sicher war ihr einziger Gedanke, dem deutschen Volk und dem Deutschtum einen Dienst zu leisten, weil sie diese Persönlichkeiten als verderblich und verhängnisvoll ansahen. Sie verbanden mit ihrer Tat weder Ehrgeiz, noch leere Ruhmsucht, noch irgendeinen Gedanken des Eigennutzes. Man hat ihnen vorgeworfen und es als Feigheit auslegen wollen, daß sie sich hernach nicht den Gerichten stellten, sondern sich ihnen entzogen. Eine solche Gestellung wäre sicher begreiflich, auch gefühlsmäßig verständlich gewesen, aber man wird auch den folgenden Gedankengang nicht ohne weiteres von der Hand weisen können: jene Nationalisten lehnten den Staat von Weimar von Grund aus und restlos ab. Sie sahen ihn aus dem Umsturz von 1918 entstanden und betrachteten den Umsturz als einen Akt des Hochverrats und nicht minder des Landesverrats. Sie waren der Ansicht, daß der neue Staat zu Unrecht bestände, daß ihm alle Autorität fehle und damit auch seinen Gerichten. Man erblickte in ihm einfach einen Feind, zu dessen Vernichtung man alle Kräfte und alle Mittel aufzubieten habe, und man war entschlossen, das zu tun. Über die Berechtigung dieses Standpunktes ließ und läßt sich nicht streiten, weil die Standpunkte einander ohne irgendwelche Zwischenglieder oder schroff und unversöhnlich entgegenstehen. Stellt sich ein Verbrecher den Gerichten, so tut er das im inneren Bedürfnis nach Sühne. Übergibt sich ein politischer Attentäter dem Gericht, so hat er nicht das Gefühl, sühnen zu müssen, weil seine Tat für ihn kein Verbrechen ist. Wenn er es gleichwohl tut, so will er damit sagen, daß er bereit ist, für die von ihm vertretene Sache sein Leben

hinzugeben. Jene Männer, die Erzberger und Rathenau das Leben nahmen, folgten einem anderen Gedankengange: ein Bedürfnis nach Sühne empfanden sie ebensowenig, wie wenn sie im Kriege einen feindlichen Soldaten getötet hätten. In Erzberger, Rathenau und anderen erblickten sie nur Feinde und Verderber des Vaterlands. Nach vollbrachter Tat wollten sie ihren Kampf für Deutschland genau so weiterführen, wie im Kriege der Soldat oder Offizier nach Niederwerfen oder Töten eines Feindes weiterkämpft gegen andere Feinde. Brachten sie sich nach der Tat im Ausland in Sicherheit, oder versuchten sie, es zu tun, so leitete sie der Gedanke, daß früher oder später eine nationale Umwälzung in Deutschland stattfinden und ihnen dann die Möglichkeit geben werde, sich im Dienst des Vaterlandes auf deutschem Boden weiter zu betätigen.

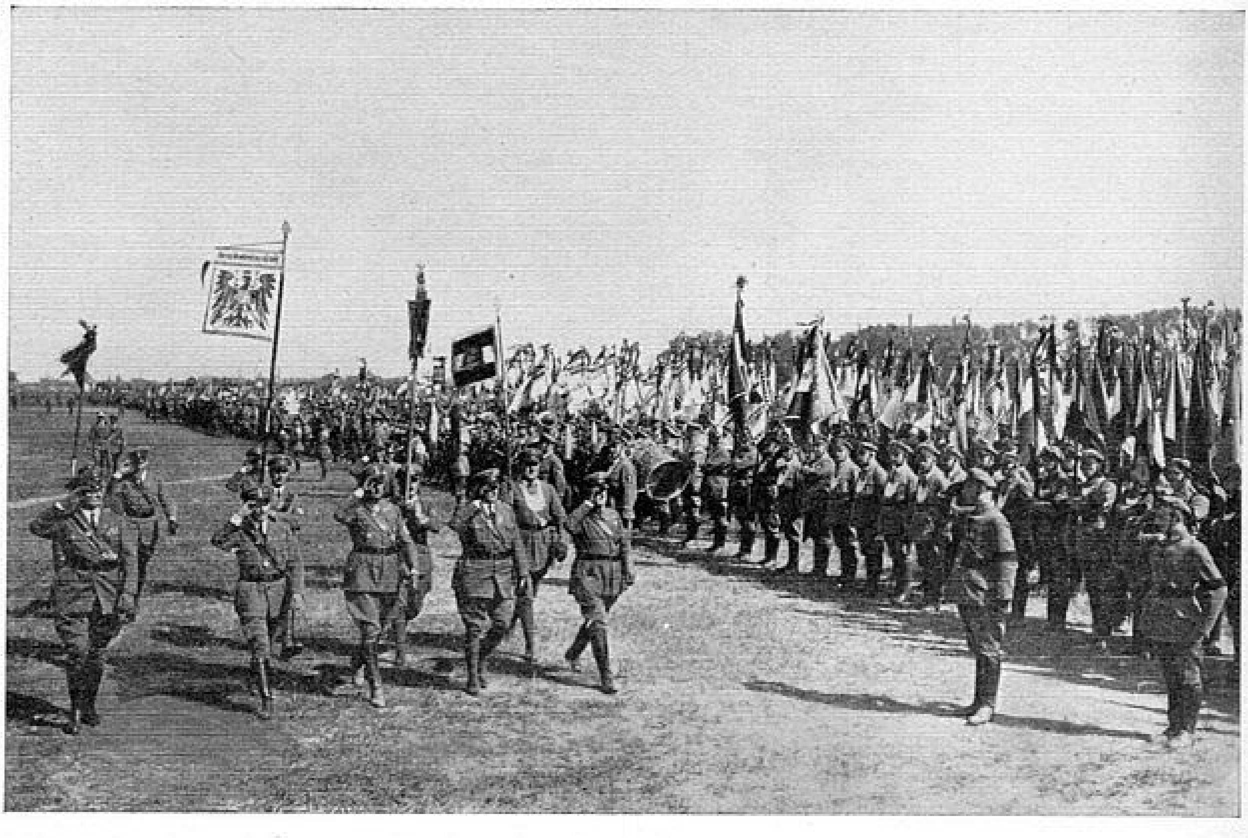
Etwas anderes ist das Problem des politischen Mordes überhaupt: Möglichkeit einer Billigung des Mordes vom menschlichen Standpunkte gibt es nicht. Beim politischen Morde ist das Motiv entscheidend für die Beurteilung, und auch die Sache, in deren Namen der Mord vollführt oder versucht wird. Es wird kaum ein Zweifel darüber bestehen können, daß der politische Mord mit dem Motiv: für Volk und Vaterland! sittlich am höchsten steht, objektiv geurteilt. Rein subjektiv kann ein politischer Mord, auch wenn er für irrsinnige Phantasmen und aus borniertestem Fanatismus geschieht, persönlich ganz reine Motive als Ursache haben. Rest bleibt allein die Frage, wie es menschlich zu verantworten ist, einen anderen Menschen zu morden. Politisch ist die Antwort amoralisch: weil dieser Mensch zum Wohl des Vaterlandes beseitigt werden mußte, weil es sich um die Frage handelt: das Vaterland oder er! Dies ist in der Tat die Fragestellung jener Nationalisten der zwanziger Jahre gewesen.

Fragt man abseits von moralischen Erwägungen nach der politischen Zweckmäßigkeit des politischen Mordes, so ist die Antwort: die Folgen eines politischen Mordes sind beinahe niemals zu berechnen, b e i n a h e niemals. Handelt es sich um eine Persönlichkeit von ganz anormalen Ausmaßen, so liegen die Dinge etwas anders. Wäre Napoleon einem der zahlreichen gegen ihn gerichteten Mordversuche zum Opfer gefallen, so würde ohne jeden Zweifel seine europäische Zwingherrschaft von selbst schnell zusammengefallen sein. Wäre Friedrich der Große ermordet worden in der Zeit seiner Kriege, so würde vermutlich eine Großmacht Preußen nicht entstanden sein. Wie unsicher aber auch in den markantesten Fällen Voraussagen sind, zeigt die Ermordung Cäsars. Sie sollte die Republik retten, aber die Entwicklung zu Diktatur und Absolutismus nahm lückenlos ihren Fortgang, weil eben der römisch-republikanische Gedanke tot war. Kurz, die Folgen des politischen Mordes lassen sich im besten Fall negativ in ganz schmalem Ausschnitt und auf kürzeste Frist voraussehen. Wie sich nachher das Gewebe von Ursache und Wirkung weiter knüpfen wird, entzieht sich jeder menschlichen Berechnung. Das einzig Tatsächliche bleibt: d i e s e Persönlichkeit ist fort!

Bei der Sektion der Leiche Erzbergers wurde festgestellt, daß er wahrscheinlich nur sehr kurze Zeit zu leben gehabt haben würde. Außerdem wäre er durch den erwähnten Prozeß wohl sowieso nicht wieder ein leitender Faktor im politischen Leben geworden. Wäre der Anschlag auf Rathenau nicht gemacht worden, so würde sich sein Internationalismus in den kommenden Jahren ohne jeden Zweifel derart herrschend bemerkbar gemacht haben, daß die nationalistische Bewegung allein dadurch gewaltig an Kraft, Willen und Erkenntnis gewachsen wäre und, ebenso wahrscheinlich, würde die junge Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die als kräftiger Funke zu glühen begann, noch schneller zur hellen Flamme geworden sein. Gerade das international jüdische Gepräge Rathenaus und seiner Politik,

Nr. 41. Franz Seldte und Oberstleutnant Duesterberg, die Bundesführer des Stahlhelms nehmen die Marschparade der Stahlhelmer in Koblenz ab anläßlich des Reichsfrontsoldatentages am 4. und 5. Oktober 1930

Nr. 42. Stahlhelmtag in Koblenz am 4. und 5. Oktober 1930.
Vorbeimarsch am Deutschen Eck



Nr. 43. Stahlhelmtag in Breslau 1931. Die Bundesführer schreiten die Front ab

die Hohlheit seiner blendenden Phraseologie und der den Grund seines Wesens bildende Nihilismus würden dann von weiteren Mengen der deutschen Bevölkerung erkannt worden sein. Es wäre unmöglich gewesen, daß Rathenau, dank der Propaganda seiner jüdischen Volksgenossen und persönlichen Bewunderer, noch heute als ein politisches und wirtschaftliches Genie und ein gedankenreicher Mensch und edler Charakter beklagt und gepriesen würde. Die ganze Urteilslosigkeit des deutschen Durchschnitts gerade in diesem Punkte zeigte sich 1922 gelegentlich der Konferenz zu Genua. Rathenau war kurz vorher Außenminister geworden, hatte das erste Ziel seines unersättlichen Ehrgeizes erreicht. In Genua wurde ihm gestattet, eine Rede zu halten. Er hielt sie, wie immer, formvollendet, der Inhalt bestand aus allgemeinen, leeren Redewendungen. Besonders bewundert wurde der Schluß, der in einer Zitierung Petrarcas: in der dreimaligen Wiederholung des italienischen Wortes für Friede (Pace, Pace, Pace) bestand. Wie nicht nur vorauszusehen, sondern unvermeidlich sicher war, blieb die Rede ohne jede tatsächliche Wirkung, sie war und blieb eine feuilletonistische, rhetorische Leistung, die keinerlei politische oder auch moralische Spur hinterließ, wie überhaupt seine Tätigkeit, abgesehen von einem wirtschaftlich für Deutschland schädlichen Abkommen, ohne jeden positiven Erfolg blieb, im Gegenteil die internationalistische Eingliederung Deutschlands lediglich förderte. In den Nachrufen für den getöteten Rathenau wurde bombastisch erklärt, Rathenau habe durch seine Rede in Genua der Völkerverständigung Bahn gebrochen. In der Gerichtsverhandlung über die Ermordung sagte der Vorsitzende: Rathenau sei der Mann gewesen, der in den Nöten „dieses schrecklichen Winters (1922/23) einen Weg gefunden haben würde". Der größte Teil der deutschen Bevölkerung seufzte dazu: und diesen Mann habe man ermordet! Daß von Völkerverständigung nichts bemerkbar war, daß man weit entfernt von einer Bahnbrechung war, daß im Gegenteil Deutschland als der schuldige Verbrecher von allen in Betracht kommenden Mächten behandelt wurde, das ging im Phrasenschwulst unter und sollte es. Das: Ja, wenn wir Rathenau heute hätten, so wäre alles anders und besser geworden, das hat dank einer gewissenlosen Propaganda noch lange Jahre nachher die politische Urteilsfähigkeit in Deutschland schwer beeinträchtigt. Der Nationalismus wurde von den regierenden Kreisen und den hinter ihnen stehenden Kräften als Verbrechertum ausgerufen und verfemt. Der Reichskanzler sagte: „Der Feind steht rechts!" Der SPD.-Führer Wels nannte die schwarz-weiß-rote Flagge die „Mörderfahne".

Die Anhänger des Erfüllungskurses und die Vertreter eines nationalen Widerstandes gaben in ihrem Gegensatze den deutschen Verhältnissen immer ausgesprochener ihr Gepräge. Die Regierungen und ihre Parteien sprachen unausgesetzt von Schicksalsverbundenheit des ganzen deutschen Volks, von der Notwendigkeit der Verwirklichung wahrer Volksgemeinschaft, einer Schicksals- und Notgemeinschaft. Wohl verstanden, bedeutete das die Forderung, daß die nationalistischen Gegner der Regierung und ihres Erfüllungskurses ihre eigene Sache zu verlassen, diejenige aber, welche sie für verderblich hielten, sich zu eigen zu machen hätten. Man vergleicht nicht selten unsere politischen Verhältnisse, besonders das politische Leben in Deutschland, mit den in Großbritannien und sagt: In den großen Fragen der Nation stehe auch die Nation immer einig zusammen und stelle alle Parteigegensätze in den Hintergrund. Warum könne das nicht in Deutschland ebenso sein? Diese Frage ist seit dem Jahr 1919 in der politischen Linken und Mitte unaufhörlich erhoben worden. Sie ist nicht allzu schwer zu beantworten. Die Tatsache, daß in Großbritannien und in Frankreich in den großen Fragen der Nation alles zusammensteht, begründet sich in der Stärke des nationalen

Gefühls und Willens bei jenen beiden Völkern. Jeder Engländer, jeder Franzose steht ohne weiteres und unentwegbar auf dem Boden des nationalen Gedankens. Spricht er von Internationalität, von Menschheit und von Welt, so ist sein Gedanke, daß er diese drei Faktoren als Schlagworte oder irgendwie seiner Nation dienstbar machen, sie zu deren Nutz und Frommen verwenden will. In Deutschland liegen die Dinge umgekehrt, man möchte beinahe von zwei Deutschland sprechen. Das deutsche Nationalistentum entspricht jener Sinnesart, wie sie das ganze Volk in England und Frankreich ohne weiteres, ohne Nachdenken, nur aus Instinkt besitzt und als selbstverständlich betätigt. Der andere Teil der deutschen Bevölkerung ist durch lange Verbildung, Beeinflussung und Propaganda von seinem inneren deutschen Urquell abgelenkt, bereit, Deutschtum und Deutschland dem „internationalen Gedanken" zum Opfer zu bringen, die Nation mit allem, was sie ist und hat, in ein „europäisches System" einzugliedern, und die höchste Form scheint ihnen die „Menschheit". Eine Vereinigung dieser beiden Standpunkte war und bleibt Unmöglichkeit. Wirkliche Volksgemeinschaft in Deutschland ist nur denkbar, wenn es gelingt, die angeborene und damit pflichtmäßige deutsche Anschauung und Auffassung zur herrschenden zu machen, daß für alle das eigene Volk, die eigene Nation über allem anderen steht, und unter allen Umständen für den Deutschen der Boden bleibt. Vor dem Kriege erblickte ein Engländer den Ausspruch des Großen Kurfürsten als Briefkopf: „Bedenke, daß du ein Deutscher bist!" Er meinte, in England würde eine entsprechende Mahnung als ebenso lächerlich wie unverständlich angesehen werden, denn für jeden Briten verstehe es sich ohne Nachdenken von selbst, daß er immer als Brite denke und handle. —

Diese beiden unvereinbaren Standpunkte also gaben seit dem Jahre 1920/21 dem deutschen Leben sein Gepräge und teilten Deutschland in zwei Lager. Auf beiden Seiten gab es „radikale Flügel" und verschiedene Abstufungen, aber Einzelfragen, z. B. über neue Forderungen der Feinde, forderten Entscheidungen und führten dann die Vertreter des absoluten Internationalismus und Pazifismus zusammen mit den „Auchnationalen" der Mittelparteien. Den anderen, der „Rechten", wurde als einer der härtesten der Vorwurf gemacht, daß sie sich „negativ" stellten, anstatt „positiv" mitzuarbeiten. Als positive Mitarbeit aber konnte der Rechten niemals eine Mitarbeit erscheinen, die zu einem Ziel führen sollte, das man als verhängnisvoll, als vollkommen negativ beurteilte, nämlich zur Vernichtung des Reichs und zur Auflösung des Deutschtums.

Noch mehr vertieft und vergiftet wurde der Gegensatz durch die Schaffung eines Gesetzes „zum Schutze der Republik", das die Regierung Wirth nach der Tötung Rathenaus im Reichstage einbrachte. Es wurde zum Gesetz unter jener vom Reichskanzler Wirth in die Öffentlichkeit geworfenen Parole: „Der Feind steht rechts!" Zum erstenmal hatte hier ein deutscher Minister Angehörigen des gleichen Volks gegenüber anstatt „Gegner" die Wendung „Feind" gebraucht. Ein höchst bedeutungsvoller Unterschied, denn Gegnertum braucht nur politische Meinungsverschiedenheit zu bezeichnen, Feindschaft bedeutet feindliche Gesinnung und den Willen zur Vernichtung des anderen. Das Gesetz stellte alle Gegner der Erfüllungspolitik der Republik, ihre wirtschaftliche Tätigkeit und einzelne Persönlichkeiten unter ein Ausnahmegesetz, machte sie um ihrer anderen Gesinnung willen zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Die schwersten Strafen wurden für Nichtigkeiten und wegen kleinlicher Empfindlichkeiten verhängt, die Presse wurde geknebelt oder ruiniert. Der Entwurf jenes sonst in keinem Kulturstaat möglichen Gesetzes lag schon seit längerer Zeit bereit, man wartete nur auf einen Anlaß, und diesen gab die Ermordung Rathenaus, obgleich weder die

Mörder Erzbergers noch Rathenaus mit der politischen Rechten etwas zu tun hatten und einer geheimen Vereinigung angehörten, die ganz selbständig und unabhängig vorging.

Von dem Freikorpsführer Roßbach wurde einmal das später oft wiederholte Wort gebraucht: man wolle keine Monarchie, man wolle die Republik nicht vernichten, aber man setze sich vor, aus der jetzt vorhandenen Republik eine deutsche Republik zu machen. Damit wurde gesagt, und das gilt weithin auch noch heute, daß der Unwille sich nicht — abgesehen von den beschränkten Gruppen der ausgesprochenen Monarchisten — gegen die republikanische Staatsform richtet, sondern daß man mit der Art nicht einverstanden ist, wie diese Staatsform durch die Herrschenden und Regierenden ausgefüllt und benutzt wird.

Der Erlaß des Gesetzes zum Schutz der Republik bedeutete nicht zum wenigsten ein Zeichen der Unsicherheit und das Empfinden innerer Schwäche der in Deutschland herrschenden Parteien. Sie fühlten den Boden unter sich wanken, fürchteten weitere Erschütterung ihrer Machtstellung, wußten, ohne es freilich zu sagen, daß sie unfähig für eine im vaterländischen Sinne positive Leistung waren, hatten erkannt, daß ihnen Erfolg versagt sein mußte, sahen die nationale Bewegung zunehmen und griffen so zum rein äußerlichen Schutz durch Zwang und Gewalt.

Eine sehr bemerkenswerte Erscheinung war nach dem Erlasse dieses Ausnahmegesetzes der laute Triumph des Judentums nicht allein in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern und Amerika. In der jüdischen Presse war man unvorsichtig genug, das Gesetz zum Schutze der Republik geradezu als einen großen Erfolg des Judentums hinzustellen, als ein Gesetz gegen den „Antisemitismus". Die gleiche Presse ließ durchblicken: Endlich sei es den Juden Deutschlands gelungen, ein Gesetz solcher Art zu ihrem Schutze Tatsache werden zu lassen. Der Schutz der Republik wurde ohne weiteres mit dem Schutz des Judentums gleichgesetzt. Die Juden wußten, welche gewaltige Machtstellung sie durch die Weimar-Republik in Deutschland seit dem Novemberumsturz in der Hand hatten.

Sie wußten aber auch, daß ihre Herrschaft um so unsicherer und gefährdeter wurde, je mehr man sie als Tatsache in den breiten Schichten des Volks erkannte. Jede öffentliche Erörterung ihrer Machtstellung und gar Kritik derselben war doppelt gefährlich. Solche Möglichkeiten mußten beseitigt werden. Ein ausgesprochenes Judenausnahmegesetz ging nicht an und hätte das Gegenteil des Gewollten erreicht. So wurde die Republik benutzt, und es gelang.

Als Kuriosum für spätere Zeiten mag aufbewahrt werden, daß zum Beispiel die Wendung: die Weimar-Republik sei eine Judenrepublik, unter Strafe gestellt wurde. Das sei beleidigend für die Republik. Sachlich ließ sich das gerade vom Standpunkt der herrschenden Schichten nicht aufrechterhalten, weil für sie der Jude als besonders hochstehend, vorbildlich und bewundernswert gilt, so konnte die Republik eigentlich ihre Verbindung mit dem Namen Jude wohl nicht als Beleidigung empfinden. Dagegen hatte der Jude das höchste Interesse daran, daß er durch die Verbindung der beiden Worte nicht als herrschende Macht in der Republik nach außen erschiene. Andererseits wollte und konnte er auch nicht diese Verbindung als eine Beschimpfung des Judentums hinstellen und etwa deshalb den Richter anrufen, so wählte er den Ausweg: die Verbindung der beiden Worte sei eine Beschimpfung, da sie eine Abhängigkeit der Republik von einem bestimmten deutschen Volksteil andeuten wolle, während die Republik im Zeichen des Gesamtvolks stehe. So brüchig diese und andere Auslegungen auch waren, der unmittelbare Zweck wurde erreicht, solche Redewendungen waren straffällig und liefen dem Gedanken eines „Schutzes der Republik" zuwider.

In den regierenden Kreisen und ihren Parteien ist damals behauptet worden, es werde nationalerseits eine „Mordpropaganda" getrieben. Das ist niemals der Fall gewesen. Die politischen Attentate gingen aus Empörung und Verzweiflung hervor, verbunden mit dem unwiderstehlichen Drang zu helfen, zu retten, aus unbezähmbarem Zorn gegen diejenigen, welche Land und Volk ins Unglück gebracht hatten und durch ihre Politik und persönlichen Einflüsse in Ohnmacht und Schande hielten. Die Empörung über die Machtstellung des jüdischen Fremdvolks in Deutschland kam dazu.

Es war kein Wunder, daß sich, übrigens schon seit 1920, unter den beständigen Verfolgungen der Linken viele nationale Männer zu geheimen Organisationen zusammenfanden. Sie hatten keine andere Möglichkeit, ihren Plänen zur Befreiung Deutschlands nachzuhängen und an deren Förderung zu arbeiten. Das Gesetz zum Schutze der Republik verbot alle geheimen Vereinigungen, alle Zusammenschlüsse ähnlicher Art, ohne daß das Erfolg gehabt hätte. Dazu gab es seit 1920 in immer sich mehrender Anzahl öffentliche nationale Organisationen. Die meisten wollten eigentlich dasselbe: das große, nationale Deutschland befreien und wieder aufbauen, die inneren Zustände säubern, eine nationale Regierung. Wenn sie aber zusammenkamen, und waren es nur zwei, dann war der Wille nie derselbe, geschweige denn wären die Wege die gleichen gewesen. Man war sich höchstens in der Theorie einig, und wenn zwei solcher Führer z. B. begeistert die Volksgemeinschaft priesen, so verstand jeder von ihnen ihr Zustandekommen nur darin, daß alle anderen sich ihm unterordneten. Die großen Soldaten- und Offiziervereine, von denen schon gesprochen wurde, stellten wertvolle nationale Faktoren dar, aber sie bedeuteten weit weniger politische Machtzentren. Ihre Entstehung und ihr Grundgedanke waren im wesentlichen gleich: bei den Offizierverbänden war es das Gefühl der alten Standesgemeinschaft und das Bestreben, sie auch nach der Katastrophe durch Organisation aufrechtzuerhalten, dazu kam die Notwendigkeit einer gemeinsamen Vertretung der Interessen. Das nach Hunderttausenden zählende Offizierkorps der alten Armee war durch die Bestimmung des Versailler Friedensvertrages auf wenige Tausende herabgesetzt. Die übrigen waren ohne Stellung und im Laufe der ersten Hälfte der zwanziger Jahre in tiefstem Elend, weil angesichts der allgemeinen Unordnung der neue Staat keine Pensionen zahlte. Die mit dem Jahre 1922 steigernd einsetzende Inflation machte aus diesem Elend der Offiziere und Unteroffiziere eine wahrhafte Katastrophe. Erst nach dem Jahre 1924 begann ein Ausgleich sich anzubahnen und eine wenigstens annähernde Erfüllung der berechtigten Versorgungsansprüche aller dieser Männer, deren Lebensberuf das Soldatentum gewesen war, die während ihrer besten Jahre alle Kräfte in den Vorbereitungsdienst des deutschen Verteidigungskampfes gestellt und diesen dann über vier Jahre lang geführt hatten. Der Staat erblickte in dieser Menge von Offizieren und Unteroffizieren eine Gefahr, ihm lag deshalb daran, sie wirtschaftlich so schwach wie möglich zu halten, nachdem er, wie wir sahen, sie und ihren vaterländischen Eifer benutzt hatte, um sich selbst zu retten und zu erhalten. Ein Teil dieser Offiziere machten mit dem neuen Staat bald ihren Frieden und versuchten, in ihm unter- und weiterzukommen, die anderen glaubten, die Weimar-Republik nur als eine vorübergehende Erscheinung betrachten zu können und standen ihr in tiefer Feindschaft gegenüber. Als die machtvollste und lebensfähigste Organisation, die aus dem Gedanken der Kriegskameradschaft hervorgegangen war, ist der „Stahlhelm" übrig geblieben, von fähigen Führern geleitet. Wir brauchen ihn von allen anderen nur näher zu betrachten, zumal er auch in der Gegenwart ein Faktor von Bedeutung geblieben ist. Aus dem Gedanken der Kameradschaft, wie gesagt, und ihrer

Fortführung über Krieg und Revolution hinaus entstanden, hat der „Stahlhelm“ also seine eigentlichen Wurzeln in der Vergangenheit, in der Erinnerung. Das bürgerliche Leben mit allen seinen Erfordernissen und Ablenkungen hat die Angehörigen des „Stahlhelm“ von Jahr zu Jahr zwingender in Anspruch genommen. Von Jahr zu Jahr rückt die Vergangenheit des Krieges und das, was die Krieger damals verband, ferner hinaus. Von Jahr zu Jahr wird der Einzelne mehr für die Politik in Anspruch genommen, sei es auch nur durch die Notwendigkeit, zu den Parteien Stellung zu nehmen.

Der „Flaggenstreit“ trat hinzu. Die Weimar-Republik hatte anstatt der alten schwarz-weiß-roten die schwarz-rot-goldene Flagge eingeführt. Die Linke hatte eigentlich die rote Fahne für den republikanischen Staat gewünscht, die „Fahne der Menschheit“, wie ein sozialdemokratischer Führer an einem „Verfassungstage“ sagte, aber man hatte doch nicht wagen können, diesen Schritt zu tun. Die schwarz-rot-goldene Flagge, so versuchten die Führer und Träger der Weimar-Republik sie zu rechtfertigen, knüpfe an die vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts an, an die deutsche Burschenschaft, also an die besten und freiheitlichsten, dabei vaterländischen Überlieferungen und an jenen reinen und opferbereiten Idealismus der Auslese der damaligen akademischen Jugend Deutschlands. Das war eine dialektische und geschichtliche Irreführung: das Schwarz-Rot-Gold der alten Burschenschaft war das Sinnbild der deutschen Einheitswünsche unter einem deutschen Kaiser. Das deutsche Kaisertum, das war der glühende Wunsch und das Ideal der damaligen deutschen Jugend und Millionen deutscher Patrioten überhaupt, sollte wieder erstehen. Das Sinnbild aller dieser Bestrebungen war die schwarz-rot-goldene Fahne, und ganz Deutschland war damals begeistert, als die Kriegsschiffe des Deutschen Bundes die schwarz-rot-goldene Flagge führten. Es gab und gibt niemand in Deutschland, der diese Vergangenheit der schwarz-rot-goldenen Fahne und sie selbst nicht mit Achtung, Sympathie und Rührung betrachtet. Aber was hatte man jetzt aus ihr gemacht? Die Flugblätter und Flugschriften, welche die Feinde und deutsche Landesverräter in Deutschland verbreiteten und über den deutschen Fronten abwarfen, waren vielfach mit den schwarz-rot-gelben Farben versehen. Dieses an sich ehrwürdige Zeichen wurde also benutzt, um das Volk und das Heer über die Ziele der landesverräterischen Flugschriften irrezuführen und sie so zum Verrat am Vaterlande und am Volk zu bringen. Durch diesen schamlosen Mißbrauch war die schwarz-rot-goldene Fahne etwas Anderes geworden, etwas himmelweit Verschiedenes von dem alten Zeichen des „Traums von der deutschen Einheit“ unserer Väter und Großväter. Die Kriegsschiffe des Deutschen Bundes hatten die schwarz-rot-goldene Fahne geführt, das Symbol des Kaisers, auf den man hoffte, und künftiger deutscher Größe. Im Herbst 1918 hißten die Matrosen und ihre Führer auf den deutschen Kriegsschiffen die rote Fahne, bevor sie die Schiffe in einem Akte weltgeschichtlichen Verrats kampfunfähig machten und damit den Feinden auslieferten. Im Zeichen der mißbrauchten Schwarz-Rot-Gold-Farben wurde eine landesverräterische Propaganda getrieben, wurden die Monarchien in Deutschland gestürzt und der Umsturz vollzogen, der Übergang zur Republik als „Sieg des Volks auf der ganzen Linie“ gerühmt. Als dieser „Sieg“ erfochten worden war, nahm die Nationalversammlung mit Mehrheit anstatt der schwarz-weiß-roten Fahne die schwarz-rot-goldene zum Wahrzeichen der neuen Republik. Diese Republik befand sich in schroffem Gegensatze zum Gedanken der traurig verpufften Einheits- und Kaiserbewegung des vorigen Jahrhunderts, über welcher damals die schwarz-rot-goldene Fahne wehte. Schon deshalb erregte es die Entrüstung des national bewußten Teils des deutschen Volks und der Enkel jener patriotischen Idealisten der vierziger Jahre,

daß diese Farben nun Umsturz und Internationalismus decken sollten, und damit ihren alten Charakter und ihre frühere Bedeutung verlieren mußten. Dazu kam die Frage: mit welchen Gründen und mit welchem Recht wird die schwarz-weiß-rote Fahne beseitigt? Das halbe Jahrhundert, während sie über dem deutschen Volk und Land wehte, war eine Zeit nicht allein des Ruhmes und Glanzes, sondern auch der äußeren Einigkeit und Einheit, der Sicherheit und des Gedeihens — trotz aller Kritik, die wir an ihr üben —, eine Zeit des Stolzes aller Deutschen auf dem ganzen Erdball; eine Zeit der Siege, die in weiser Mäßigung nicht Eroberungen, sondern ausschließlich der Festigung und Sicherung Deutschlands gedient hatte; es war eine Zeit, in der das deutsche Volk einen Bismarck und einen Moltke, Männer von weltgeschichtlicher Größe besessen hatte, und einen Herrscher wie Kaiser Wilhelm den Ersten, der in allen Herrschertugenden und persönlicher Würde ein Vorbild war. Unter dieser Fahne und mit ihr war das Deutsche Reich geschaffen und seine Einheit hergestellt, die Sehnsucht von Generationen erfüllt worden. Unter dieser Fahne hatte Deutschland den großen Heldenkampf von 1914 bis 1918 gefochten. Über vier Jahre hatte diese Fahne den deutschen Boden gegen den Feind erfolgreich beschützt. Im Grunde war es also nicht unverständlich, daß sich der Haß der Leute und Parteien, welche den Umsturz vollbracht oder begrüßt hatten, gegen die schwarz-weiß-rote Fahne wandte. Sie freilich gaben andere Erklärungen: Die schwarz-weiß-rote Fahne könne das Nachkriegsdeutschland „der Welt" nicht zumuten. Für sie repräsentierten diese Farben Militarismus und Despotismus, Unterdrückung, Eroberungssucht, Verdrängung des Rechts durch die Macht. Der Flaggenwechsel sei schon deshalb notwendig, um anzuzeigen, daß das deutsche Volk mit dem alten verruchten System und Regime endgültig gebrochen habe.

So standen einander die Schwarz-Weiß-Roten und die Schwarz-Rot-Goldenen in grimmigem Gegensatz gegenüber. In den Mittelparteien war man vielfach der Ansicht, der Flaggenwechsel sei ein schwerer Fehler gewesen, aber nun sei er einmal erfolgt, und eine Änderung könne höchstens in Übereinstimmung aller Parteien wieder erfolgen. Die gegenseitige Verbissenheit in die Flaggenfrage führte, vorgreifend sei es bemerkt, dazu, daß im November 1924 die Reichstagswahlen mit der Parole: hier Schwarz-Weiß-Rot, hier Schwarz-Rot-Gold durchgekämpft wurden. Es waren besonders und an erster Stelle die Organisationen von alten Kämpfern und Offizieren, die in dem Flaggenwechsel das Entweder — Oder Deutschlands und die alles umfassende Kampfparole erblickten. Man hat bei diesem Kampfe und seiner Beurteilung immer eins außer acht gelassen: bei den Schwarz-Rot-Goldenen entsprach die Politik dem Sinn, welchen sie den gewählten Farben unterlegten. Von 1919 an hatten sie keinen Zweifel darüber gelassen, übrigens in folgerichtiger Verwendung ihrer Farben in jenen Kriegsflugblättern, daß Schwarz-Rot-Gold die Bedeutung eines Systems der parlamentarischen Demokratie, des Pazifismus, des Internationalismus habe, daß zwischen ihr und der roten Fahne ein Unterschied nur dem Grade nach, der „Entwicklung" nach bestehen solle. Es handelte sich also in der Tat um eine vollkommene Übereinstimmung zwischen dem Symbol und der tatsächlich getriebenen Politik. Auf der schwarz-weiß-roten Seite war es anders. Die Wahl der Farben, das wurde von ihren Anhängern ohne Unterschied der Parteien mit Nachdruck erklärt, sollte eine ausgesprochen nationale, charakterfeste Politik bedeuten. Schon während der ersten Hälfte der zwanziger Jahre zeigte die politische Mitte, soweit sie sich für Schwarz-Weiß-Rot erklärt hatte, daß sie ihre schwarz-weiß-rote Fahne über einer schwarz-rot-goldenen Politik und Wirtschaft wehen ließ. Auf diese Weise mußte die Klarheit des Gegensatzes zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold

verschwinden und damit auch die Einheit der schwarz-weiß-roten Front. Sie wurde so denn auch die schwächere. Die Farbengegensätze deckten nicht mehr die Gegensätze der Politik und der Anschauung in nationalen Dingen.

Dem Geist der jetzigen Zeit liegt es an sich nicht, sich für eine Flagge, für gewisse Farbenzusammenstellungen oder Embleme begeistern zu können, so wie das in früheren Jahrhunderten der Fall war. Schon Bismarck betrachtete die Farbenwahl und Zusammenstellung als eine Frage von sehr untergeordneter Bedeutung. Die außerordentliche Steigerung des Gegensatzes und Streites lag in der Abschaffung der Farben des alten Reichs und in der damit verbundenen ausgesprochenen Kriegserklärung gegen den nationalen Gedanken und dem Leugnen der reinen und edlen Motive, die deutscherseits im Weltkriege gewaltet hatten.

Der Kampfruf: Schwarz-Weiß-Rot enthielt auch den Traum von der Herstellung einer „großen nationalen Rechten". Man kann hier in Abwandlung des Moltkeschen Wortes sagen: ein Traum und nicht einmal ein schöner! Was bedeutete „eine Rechte", was wollte sie? Die Aufrufe zur Nationalversammlung haben es uns gezeigt, wir brauchen darüber kein Wort mehr zu verlieren. Die Ziele, welche sich die schwarz-weiß-roten Parteien gesetzt hatten, waren nicht aus Gedanken hervorgegangen, die dem deutschen Wesen und der deutschen Not auf den Grund gegangen waren. Fahne einer neuen deutschen Zukunft konnten diese Farben nicht werden. Die Fahne einer, trotz aller Kritiken, ruhmvollen und großen deutschen Vergangenheit ist die schwarz-weiß-rote Fahne geblieben, und mit Gefühlen der Treue wie des Schmerzes wird der nationalempfindende Deutsche ihrer auch in Zukunft gedenken. Der persönliche Standpunkt des Verfassers dieses Buchs, wenn es gestattet ist, ihn hier anzudeuten, ist, daß der Streit um eine Flagge und die Flagge selbst von geringer Wichtigkeit ist. Farben und Farbenzusammenstellungen werden erst zu etwas Wirklichem durch die Richtung, in der die Fahne getragen wird und durch die Taten, über denen sie weht.

Im Jahre 1920 schon, also sehr bald nach der Aufstellung und der Veröffentlichung ihres Programms, beschäftigte sich die junge Partei Hitlers mit der Flaggenfrage, mit der Wahl einer Fahne für die neue Partei. Die Art, wie Hitler diese Frage behandelte und löste, ist so charakteristisch, daß wir ihn, wie er sich in seinem Buche äußerte, hier selbst sprechen lassen wollen:

„Solange die Novemberschande währt, mag sie auch ihre äußere Hülle tragen und nicht auch diese noch einer redlicheren Vergangenheit zu stehlen versuchen. Unsere bürgerlichen Politiker sollten es sich in das Gewissen rufen, daß, wer für diesen Staat die schwarz-weiß-rote Flagge wünscht, einen Diebstahl an unserer Vergangenheit begeht. Die einstige Flagge paßte wirklich auch nur für das einstige Reich, genau so, wie Gott sei Lob und Dank, die Republik sich die für sie passende wählte."

Das war auch der Grund, weshalb wir Nationalsozialisten im Aufziehen der alten Fahne kein ausdrucksvolles Symbol unserer eigenen Tätigkeit hätten erblicken können. Denn wir wollen ja nicht das alte, an seinen eigenen Fehlern zugrunde gegangene Reich wieder vom Tode erwecken, sondern einen neuen Staat erbauen.

Die Bewegung, die heute in diesem Sinne mit dem Marxismus kämpft, muß somit auch in ihrer Fahne schon das Symbol des neuen Staates tragen.

Die Frage der neuen Flagge, d. h. ihr Aussehen, beschäftigte uns damals sehr stark. Es kamen von allen Seiten Vorschläge, die allerdings meist besser gemeint als gut gelungen waren. Denn die neue Fahne mußte ebensosehr ein Symbol unseres eigenen Kampfes sein, wie sie andererseits auch von großer plakatmäßiger Wirkung sein sollte. Wer sich selbst viel

mit der Masse zu beschäftigen hat, wird in all diesen scheinbaren Kleinigkeiten doch sehr wichtige Angelegenheiten erkennen. Ein wirkungsvolles Abzeichen kann in Hunderttausenden von Fällen den ersten Anstoß zum Interesse an einer Bewegung geben.

Aus diesem Grunde mußten wir alle Vorschläge zurückweisen, unsere Bewegung durch eine weiße Fahne, wie dies von vielen Seiten vorgeschlagen wurde, mit dem alten Staat, oder richtiger mit jenen schwächlichen Parteien zu identifizieren, deren einziges politisches Ziel die Wiederherstellung vergangener Zustände ist. Außerdem ist Weiß keine mitreißende Farbe. Sie paßt für keusche Jungfrauenvereinigungen, aber nicht für umwälzende Bewegungen einer revolutionären Zeit.

Auch Schwarz kam in Vorschlag. An sich passend für die heutige Zeit, war in ihr aber keine irgendwie deutende Darstellung des Wollens unserer Bewegung gegeben. Endlich wirkt diese Farbe auch nicht mitreißend genug.

Weiß-Blau schied aus, trotz der ästhetisch wundervollen Wirkung, als Farbe eines deutschen Einzelstaates und einer leider nicht im besten Rufe stehenden politischen Einstellung auf partikularistische Engherzigkeit. Im übrigen hätte man auch hier nur sehr schwer einen Hinweis auf unsere Bewegung finden können. Das gleiche gilt für Schwarz-Weiß.

Schwarz-Rot-Gold kam an sich nicht in Frage.

Auch Schwarz-Weiß-Rot nicht, aus bereits erwähnten Gründen, jedenfalls nicht in der bisherigen Fassung. In der Wirkung steht diese Farbenzusammenstellung allerdings hoch über alle anderen erhaben. Es ist der strahlendste Akkord, den es gibt.

Ich selbst trat immer für die Beibehaltung der alten Farben ein, nicht nur, weil sie mir als Soldaten das Heiligste sind, das ich kenne, sondern weil sie auch in ihrer ästhetischen Wirkung meinem Gefühl weitaus am meisten entsprechen. Dennoch mußte ich die zahllosen Entwürfe, die damals aus den Kreisen der jungen Bewegung einliefen, und die meistens das Hakenkreuz in die alte Fahne hineingezeichnet hatten, ausnahmslos ablehnen. Ich selbst — als Führer — wollte nicht sofort mit meinem eigenen Entwurf an die Öffentlichkeit treten, da es ja möglich war, daß ein anderer einen ebenso guten oder vielleicht auch besseren bringen würde. Tatsächlich hat ein Zahnarzt aus Starnberg auch einen gar nicht schlechten Entwurf geliefert, der übrigens dem meinen ziemlich nahekam, nur den einen Fehler hatte, daß das Hakenkreuz mit gebogenen Haken in eine weiße Scheibe hineinkomponiert war.

Ich selbst hatte unterdes nach unzähligen Versuchen eine endgültige Form niedergelegt: eine Fahne aus rotem Grundtuch mit einer weißen Scheibe und in deren Mitte ein schwarzes Hakenkreuz. Nach langen Versuchen fand ich auch ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Größe der Fahne und der Größe der weißen Scheibe sowie der Form und Stärke des Hakenkreuzes.

Und dabei ist es dann geblieben.

In gleichem Sinne wurden nun sofort Armbinden für die Ordnungsmannschaften in Auftrag gegeben, und zwar eine rote Binde, auf der sich ebenfalls die weiße Scheibe mit schwarzem Hakenkreuz befindet.

Auch das Parteiabzeichen wurde nach gleichen Richtlinien entworfen: eine weiße Scheibe auf rotem Felde und in der Mitte das Hakenkreuz. Ein Münchner Goldschmied, Füß, lieferte den ersten verwendbaren und dann auch beibehaltenen Entwurf.

Im Hochsommer 1920 kam zum ersten Male die neue Flagge vor die Öffentlichkeit. Sie paßte vorzüglich zu unserer jungen Bewegung. So wie diese jung und neu war, war sie es auch. Kein Mensch hatte sie vorher je gesehen; sie wirkte damals wie eine Brandfackel. Wir

selber empfanden alle eine fast kindliche Freude, als eine treue Parteigenossin den Entwurf zum ersten Male ausgeführt und die Fahne abgeliefert hatte. Schon wenige Monate später besaßen wir in München ein halbes Dutzend davon, und die immer mehr um sich greifende Ordnertruppe besonders trug dazu bei, das neue Symbol zu verbreiten.

Und ein Symbol ist dies wahrlich! Nicht nur, daß durch die einzigen, von uns allen heißgeliebten Farben, die einst dem deutschen Volke soviel Ehre errungen hatten, unsere Ehrfurcht vor der Vergangenheit bezeugt wird, sie waren auch die beste Verkörperung des Wollens der Bewegung. Als nationale Sozialisten sehen wir in unserer Flagge ein Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird.

Hitler erzählt vorher, wie er die Schöpfung eines Symbols der Bewegung schon gleich zu Anfang als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen habe, als Fahne sowohl wie als Parteiabzeichen. Er erinnert sich dabei an eine große marxistische Kundgebung in Berlin nach dem Kriege: „Ein Meer von roten Fahnen, roten Binden und roten Blumen gaben dieser Kundgebung, an der schätzungsweise 120 000 Personen teilnahmen, ein schon rein äußerlich gewaltiges Ansehen. Ich konnte selbst fühlen und verstehen, wie leicht der Mann aus dem Volke dem suggestiven Zauber eines solchen grandios wirkenden Schauspiels unterliegt." — —

Dies mag der Anlaß gewesen sein, daß Hitler sich schon gleich nach der Gründung mit der Frage eines Symbols, einer Fahne für die Partei, intensiv beschäftigte. Hitler dachte im Jahre 1920 aber, wie seine Ausführungen auch zeigen, nicht hauptsächlich an eine propagandistische Wirkung, sondern es war ihm auch darum zu tun, die neue Gesamtanschauung in der Parteifahne auszudrücken, unter die er die Deutschen zusammenführen wollte. Symbolisch war die rote Farbe für den sozialen Gedanken der Partei, sie nimmt bei weitem den größten Raum des Fahnentuchs ein und ist beherrschend im Eindruck. Als die selbstverständliche Ergänzung tritt das nach Hitler den nationalistischen Gedanken ausdrückende Weiß hinzu, und als etwas ganz Neues das Hakenkreuz, das Symbol der die nationalsozialistische Bewegung durchdringenden Idee der Rasse, also des arischen Gedankens, der nicht allein antisemitisch ist, und der sich innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung im Laufe der Jahre nach der Breite und in die Tiefe in einer damals ungeahnten Weise entwickelt hat. Das Hakenkreuz ist seitdem als das Symbol der nationalsozialistischen Bewegung schlechthin angesehen worden, das Weiß erachtet man ohne weiteres als selbstverständlich, das Rot muß immer mehr seiner symbolischen Bedeutung nach in den Vordergrund treten, denn ohne den volksgenössischen Sozialismus ist ein neues Deutschland unmöglich, das wußte Hitler schon damals aus Instinkt und aus der harten und schmerzvollen Erfahrung seiner Jugend.

Bayern in Deutschland — Ruhrkrieg — Der 9. November

Nach der energischen Beseitigung der jüdisch bestimmten „Rätezeit“ unterschied sich das innerpolitische Leben Bayerns dauernd und wesentlich von den Zuständen in den anderen deutschen Ländern. Die viel gebrauchte Wendung: Bayern sei die Ordnungszelle in Deutschland, hatte, vergleichsweise jedenfalls, ihre Berechtigung. Der alte bayrische Lokalpatriotismus gewann jetzt angesichts des marxistischen, von immer neuen Unruhen heimgesuchten Norddeutschlands eine andere Bedeutung und wurde zu einem positiven deutschen Wert. Den Internationalismus, der in Nord- und Mitteldeutschland herrschte, kannte Bayern nicht. Abgesehen natürlich von Marxismus und Demokratie, die aber nicht herrschend in Bayern waren, machte sich ein lebhaftes und starkes Nationalgefühl, nicht nur als bayrisches, sondern auch als allgemein deutsches, geltend.

Von allen anderen deutschen Ländern und deren Bevölkerungen war Bayern das einzige, dessen Volk man ohne Übertreibung als monarchistisch ansehen konnte. Der Monarchismus hätte nur geweckt zu werden brauchen, um in hellen Flammen in die Höhe zu schlagen. Starke Kräfte in den oberen bayrischen Gesellschaftsschichten arbeiteten für Wiedereinführung der Monarchie. Der letzte König Ludwig war unbeliebt gewesen, aber sein Sohn Rupprecht hätte, was das bayrische Volk betraf, nur die Hand nach der Krone auszustrecken brauchen, um sie zu besitzen. Auch die Organe der römischen Kirche waren in gleichem Sinne tätig, erkannten jedoch die Kompliziertheit dieses Problems und die Gefährlichkeit einer Überstürzung. Deutschland war seit 1919 parlamentarische Republik, die Nationalversammlung hatte die neue Form gegeben, Bayern hatte sich nicht ausgeschlossen und war ein Glied eben dieser Republik, hatte auch für sich selbst die gleiche Verfassungsform eingeführt. Wurde Bayern Monarchie, so bedeutete das mit Sicherheit Trennung vom Körper des Deutschen Reichs, und was dann? Die wirtschaftlichen Bande wurden gelöst, und ohne Anschluß nach anderen Seiten konnte Bayern nicht bestehen. Die immer wieder auftauchenden Pläne einer Donauföderation wurden auch in den ersten zwanziger Jahren viel besprochen und noch gründlicher erwogen. Aber das waren Zukunftsbilder, man wußte nicht, wie sie verwirklicht werden könnten. Nur das eine war sicher, daß die Deutschland feindlichen Großmächte solche und ähnliche Ziele anstrebten und daß Bayern mit zwingender Notwendigkeit ihr Werkzeug und ihr willenloses Objekt sein würde. Konnten der römischen Kirche auch solche Ausblicke nur recht sein, so stand doch die Frage dahinter: welche Stimmung würde im übrigen Deutschland dann gerade der Kirche gegenüber entstehen? Wie würde sich der nationale Sinn des Bayerntums dazu verhalten? Ähnliche Überlegungen stellte man auch in gewissen Schichten des bayrischen Monarchismus an, Schichten, die sich in einer kleinen, international völlig

abhängigen, auch ganz im Schatten der römischen Kirche stehenden bayrischen Monarchie wohlgefühlt haben würden. Auf der anderen Seite standen die marxistischen Massen, die aber gegen eine lebhafte, auch amtlich betriebene monarchistische Propaganda nichts hätten ausrichten können. Die klerikale Partei Bayerns, die Bayrische Volkspartei, würde sich nicht widersetzt haben, aber sie konnte und wollte auch nicht in Gegensatz zu ihrer Schwesterpartei, dem Zentrum, handeln, welche die deutsche Republik mit kaum verhaltenem Jubel begrüßt hatte und politisch keinerlei Anstoß an ihr nahm, jedenfalls von Jahr zu Jahr weniger.

Freilich hatte der Münchner Kardinal Faulhaber 1922 auf dem Münchner Katholikentage gesagt: „Wehe dem Staate, der Verfassungen macht ohne den Namen Gottes, der durch seine Gesetzgebung die Ehescheidung erleichtert, die außereheliche Mutterschaft begünstigt, wo seine Gesetze in Widerspruch stehen mit dem Gesetz Gottes, da gilt der Satz: Gottes Recht bricht staatliches Recht ... die Revolution war Meineid, war Hochverrat und bleibt in der Geschichte gezeichnet mit dem Stempel eines Kainsmals. Eine Untat kann durch keine Grundsätze heilig gesprochen werden." — Auf demselben Katholikentage wurde dieser Kardinal durch andere geistliche Sprecher korrigiert, die erkennen ließen, daß der Klerus und die ihm unterstellten politischen Parteien mit dem neuen Zustande in Deutschland durchaus zufrieden seien; und er ließ sich korrigieren. Um die gleiche Zeit erklärte der damalige Zentrumsabgeordnete und später mehrmalige Reichskanzler Dr. Marx, die regierenden Stellen der Weimar-Republik seien im Sinne der Bibel als eine von Gott gesetzte Obrigkeit anzuerkennen. Diese verschiedenen Äußerungen zeigen, wie man damals innerhalb des Klerus und seiner Parteien verschiedener Ansicht war. Es hat aber nicht lange gedauert, bis die Auffassung ganz einheitlich Platz griff, daß der durch 1918/19 in Deutschland geschaffene Zustand der Kirche und ihren Organen nur erwünscht sei und ihre Macht in ganz Deutschland gewaltig erhöhen werde.

Die Stellung Hitlers und seiner Bewegung zu diesen Fragen war wiederum eine ganz gesonderte und unabhängige. Er war der Feind des bayrischen Monarchismus und Partikularismus, ein Todfeind des Marxismus und unbedingter Gegner einer ultramontanen Politik Bayerns. Der Gedanke des Großdeutschlands, wie ihn das Parteiprogramm von 1920 hinstellt, blieb für Hitler ohne Ausnahme maßgebend, ein Kompromiß gab es nicht. Infolgedessen war seine Stellung von vornherein schwierig und wurde um so schwieriger, je stärker seine Partei in München wurde, je größere Massen in seine Versammlungen hineingingen, je mehr er als politischer Faktor zählte. In jenen ersten zwanziger Jahren schon veranstaltete er mindestens einmal, oft zweimal, in der Woche Versammlungen, und die politische Bedeutung der Partei und der Reden Hitlers wurde von keiner Seite in Abrede gestellt. Im Jahre 1922 erklärte der bayrische Minister des Innern: die Ausweisung Hitlers — der ja deutsches Staatsbürgerrecht nicht besaß — werde erwogen. Für die Volkstümlichkeit Hitlers, so wenige Jahre nach Gründung der Partei und öffentlicher Tätigkeit überhaupt, war bezeichnend genug, daß es der bayrischen Regierung nicht ratsam schien, den „Erwägungen" tatsächlich Folge zu geben.

Zur Beurteilung der damaligen Verhältnisse in Bayern müssen die bewaffneten Verbände herangezogen werden. Nach dem Umsturz und nach der Schreckensherrschaft der „Räte" in Bayern waren sie in ganz Deutschland gebildet worden, zunächst zu einem überwiegenden Teil jedenfalls als Schutz bei marxistischen Unruhen. Sie wurden mit allgemeinen Namen als Selbstschutzorganisationen bezeichnet; im Namen lag übrigens vernichtende Kritik am

Staate, dessen selbstverständliche Pflicht der Schutz aller Staatsbürger ist. Von Bayern aus wurden die Selbstschutzorganisationen, die Einwohnerwehren, im großen Stil organisiert. In Erinnerung ist der Name „Orgesch“, die Organisation Escherich. Ein bayrischer Forstrat dieses Namens war der Vater der Organisation. Sie dehnte sich über ganz Deutschland aus. Ihr Anfang war eben der Gedanke des Selbstschutzes gewesen, die Schaffung der Möglichkeit, daß jeder Deutsche in die Lage gesetzt würde, sich, sein Haus, seinen Besitz zu verteidigen. Daraus folgte, daß diese Verteidigung, um stark und wirksam zu werden, für Ortschaften organisiert werden müsse, dann müsse sie auf größere Gebiete übergehen und als Gesamtheit einheitlich geleitet werden. Die Organisation Escherich und andere ähnliche gewannen eine Zeitlang in Deutschland eine erhebliche Bedeutung und Macht, sie waren für viele sogar eine nationale Hoffnung. Ob sie eine ernste Probe bestanden haben würde, ist eine andere Frage. Die weimarrepublikanischen Regierungen und Parteien erblickten in diesen Organisationen instinktiv den Feind. Die Organisationen waren von nationalem Geist erfüllt, sie besaßen Waffen, also begrüßten es die Weimarparteien, ohne es laut zu sagen, daß die feindlichen Mächte mit immer stärkerem Nachdruck die vollständige Entwaffnung Deutschlands verlangten. Der Gedanke lag von vornherein nahe, besonders wenn man den vielfach unklaren Überschwang der nationalen Kreise von damals bedenkt, daß aus diesen Selbstschutzorganisationen, Heimwehren usw. allmählich bewegliche militärische Organisationen gebildet würden, die sich im gegebenen Augenblick gegen den äußeren Feind, zumal gegen Frankreich, wenden und den Befreiungskampf einleiten könnten. Erinnern wir uns auch, daß gerade in jenen Jahren von seiten des Reichswehrministers Geßler und militärischen Fachleuten versucht wurde, in Gestalt einer „Schwarzen Reichswehr“ im geheimen eine große, bewaffnete Landesverteidigungstruppe zu schaffen, zunächst berechnet, feindlichem Einmarsch entgegenzutreten, in weiterer Folge vielleicht noch größeren Zielen nachzustreben. Hier waren aber die Waffen unter der Kontrolle der Ministerien, also waren diese Organisationen für die Weimarparteien nicht besorgniserregend, es sei denn, daß Minister, z. B. der genannte Reichswehrminister, selbst zu einem Staatsstreich geschritten wären; der Fall wäre unter Umständen — die nicht eintraten — gar nicht so undenkbar gewesen.

Wie weit jener Überschwang und die Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse ging, konnte man damals oft mit einigem Erschrecken feststellen. So erklärte der Forstrat Escherich in einer internen, aber ihrer Zusammensetzung nach nicht kontrollierten Versammlung, daß er mit seiner Organisation eines Tages die Franzosen aus den Rheinlanden hinauswerfen werde, unter tosendem Beifall der Anwesenden, unter denen sich zahlreiche höhere Offiziere befanden. Nationale Begeisterung, die Erbitterung über die Knechtschaft und die feindliche Besetzung deutschen Bodens hatten weithin in Deutschland die Urteilskraft in bedenklichem Grade beeinträchtigt. Der Verlauf des Jahres 1922/23 sollte das noch deutlicher machen.

Während im übrigen Deutschland alle nationalen Organisationen verfolgt und nach Möglichkeit unterdrückt wurden, stellte sich Bayern auf einen anderen Standpunkt. Die bayrische Regierung verweigerte amtlich die Entwaffnung der Verbände, sie sei infolge der Unsicherheit der Verhältnisse nicht möglich. Bayern wurde so der Hort und Mittelpunkt der damaligen nationalen Bewegung. Nationale Persönlichkeiten, die im übrigen Deutschland wegen irgendwelcher „Umtriebe“ verfolgt oder beobachtet wurden, fanden in Bayern einen Zufluchtsort, wo sie zum mindesten nicht verfolgt und auch nicht ausgeliefert wurden, und von wo ihnen die Möglichkeit des Entkommens nach dem Auslande nicht versperrt wurde. General Ludendorff hatte seinen Wohnsitz nach Bayern verlegt und bildete dort eine Zeitlang den

Mittelpunkt eines Teils der aktiv-nationalen Bewegung. Mit jener reinen Wehrbewegung verknüpften sich immer enger nationalpolitische Pläne. Sie gingen aber nicht, wie noch zwei Jahre vorher, von Berlin, sondern jetzt von München aus. Es war kein Wunder, daß die bayrische Regierung mit der Reichsregierung häufig aneinander geriet und sich so eine wachsende Spannung der Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und damit auch überhaupt zwischen Bayern und dem Reiche ergab. Die bayrische Regierung weigerte sich, die Heimwehren usw. aufzulösen: sie seien ein Gebot der inneren Sicherheit. Die bayrische Regierung stellte sich ablehnend zum Republikschutzgesetz. Die bayrische Regierung weigerte sich wiederholt, Zeitungsverbote auszuführen, die von Berlin aus angeordnet worden waren. Bayrische Minister, besonders der Ministerpräsident von Kahr, hielten Reden gegen Berlin und Berliner Maßnahmen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Die schwarz-rot-gelbe Republikfahne sah man nie und nirgends in Bayern, sondern entweder das alte schwarz-weiß-rote Abzeichen oder die bayrischen Farben und seit 1920 auch die Hakenkreuzfahne. Die bayrische Abneigung gegen den Berliner Marxismus und Internationalismus, gegen den beherrschenden jüdischen Einfluß und die Unfähigkeit, Ordnung und Sauberkeit zu schaffen, konnte kaum noch schärfer hervortreten als in den Jahren 1921 und 1922. In den nationalen Kreisen Bayerns und anderer Teile Deutschlands formte sich damals der Gedanke, von Bayern müsse die nationale Befreiung des deutschen Volks im Innern ausgehen, die deutsche Revolution sich vollziehen. Die nationalen Verbände Bayerns veranstalteten in München Kundgebungen von einem Umfange, wie es bisher noch nicht dagewesen war, gegen jede neue Zumutung der Feinde, gegen die empörende Entscheidung über Oberschlesien, kurz bei jedem nationalen Anlaß. Diese Kundgebungen erregten großen Ärger in den Berliner herrschenden Kreisen, die alles Nationale haßten, wenn auch mit schlechtem Gewissen und mit dem Gefühl, daß man in Berlin so doch eine sehr üble Figur mache. Die nationalistische Bewegung in Bayern erfuhr einen weiteren Aufschwung durch die immer offensichtlicheren Pläne, Bayern und überhaupt Süddeutschland vom Reiche abzutrennen. Frankreich hatte zu diesem Zweck nach München einen Gesandten geschickt, der versuchte, den bayrischen Partikularismus in Separatismus umzuwandeln. Man wandte sich damit einmal an die alten bayrischen Partikularisten, besonders aber an die Monarchisten, kurz, es war das gleiche Rezept, das wir auch in einem Flugblatt fanden. Poincaré und seine Leute hatten damals bereits seit einiger Zeit die Absicht, das Ruhrgebiet in einem ihnen geeignet erscheinenden Augenblick zu besetzen. Gleichzeitig sollte dann außer Westdeutschland auch Süddeutschland abgesprengt und damit das große französische Ziel endgültiger Vernichtung des Deutschen Reichs erreicht werden.

Von Bayern aus, so dachten die nationalen Kräfte und Organisationen zum größten Teil, könne und müsse im Reiche der Nationalismus zum Siege geführt werden. Nicht selten hörte man den Vergleich: unter der napoleonischen Herrschaft sei „der Freiheit Licht" aus dem Norden, von Ostpreußen her, gekommen, jetzt würde Bayern die Rolle übernehmen. Die schnellgläubigen Hoffnungen und Wünsche machten den bayrischen Ministerpräsidenten von Kahr zu einer starken, vielversprechenden Persönlichkeit; er sollte sich nachher seinen Verherrlichern als etwas anderes enthüllen. Nationale Politiker und Deputationen fuhren nach München, um mit Kahr zu sprechen. Kahr wurde nach Norddeutschland, z. B. nach Pommern, eingeladen und hoch gefeiert als der Mann, der das geeinte Deutschland zum großen Befreiungskampf fähig machen werde. Naturgemäß verstärkte sich die Spannung zwischen Bayern und der Berliner Regierung, die gesamte Linke war außer

sich, aber Bayern blieb fest, ein Vorgehen von Reichs wegen war unmöglich. Umgekehrt blieb man sich auch in Bayern bewußt, daß ein Sichlossagen vom Reich für Bayern unhaltbar sein würde. Kahr trat im Herbst 1921 zurück, an seine Stelle kam der in Berlin gewesene Graf Lerchenfeld, ein Mitglied des bayrischen Zentrums, ihm folgte im Herbst 1922 Knilling als Minister.

Diese nationalistische Bewegung wollte marschieren, möglichst ohne Blutvergießen, aber marschieren wollte sie, um die in Berlin wurzelnde marxistisch-demokratisch bestimmte Regierung zu beseitigen. Der Norden und der Süden sollten einander in die Hände arbeiten, die Organisationen des Südens und des Nordens nach einem gemeinsamen Plane vorgehen, sobald man bereit war. Zum Bereitsein gehören zweierlei Dinge: die Vorbereitung der Pläne und der organisierten Menschen, ob wir sie nun Truppen nennen oder anders, ferner Entschlußkraft der Führer, schließlich in diesem etwas verwickelten Fall auch ein einheitlicher Oberbefehl und allseitige freiwillige Unterordnung. Keiner dieser Bedingungen und Voraussetzungen entsprach die tatsächliche Lage. In Berlin wurden Sitzungen über Sitzungen abgehalten, Aufmarschpläne entworfen, künftige Ministerlisten aufgestellt und über Führung gestritten. Bald waren bayrische Führer in Berlin, bald norddeutsche in München. Viele betrachteten Ludendorff als den gegebenen militärischen und politischen Führer, andere stritten ihm die politische Befähigung ab, waren aber der Ansicht, daß Ludendorff als Oberbefehlshaber der Streitkräfte ohne weiteres auch die politische Führung an sich reißen würde. Führer bayrischer Verbände unterhielten zwar auch Verbindung mit Ludendorff, vielfach sehr nahe, aber sie hatten Bedenken gegen den Preußen, also vorwiegend ein politisches Bedenken, freilich von anderem Gesichtspunkt aus gesehen. Bayern wollte und sollte „durch Weiß-Blau gegen Schwarz-Rot-Gelb zu Schwarz-Weiß-Rot“ führen, das war damals die Parole, aber über das Wie war man sich wenig einig, und das alte Laster, der Ehrgeiz aller Möglichen, die Führer waren oder werden wollten, trieb sein Wesen.

Hitler hatte inzwischen, seinem Anfangsplan treu, durch unausgesetzte Versammlungstätigkeit, Flugblätter und Kundgebungen, im Jahre 1922 seine Stellung in München zu einer höchst beachtlichen gemacht. Seine Sturmtrupps waren geschult und musterhaft diszipliniert, man hatte Waffen, auch Geschütze, der Nationalsozialismus war schon eine Macht. Es lag auf der Hand, daß die Wehrverbände verschiedener Art, gleichviel, ob sie mehr politisch oder mehr militärisch waren, mit der Hitlerpartei weder in ihrem Wesen noch in ihrer Struktur verglichen werden konnten. Immerhin versagte sich Hitler nicht einem vorbereitenden Zusammenwirken mit ihnen, im sicheren Bewußtsein, daß er trotz der Kleinheit seiner Partei mit seiner unbedingt disziplinierten und begeisterten Truppe der stärkste war und infolgedessen auch automatisch der Führende sein würde. Seine Stellung und die seiner Partei gerade in München war delikat genug: dem bayrischen Partikularismus stand Hitler nicht allein völlig fern, sondern er bekämpfte ihn von seinem großdeutschen und in gewissem Sinne auch preußischen Standpunkt scharf. Nicht minder abgeneigt war er der monarchistischen Strömung in Bayern. Diese war sehr stark, so stark, daß der als Generalstaatskommissar bestellte Herr von Kahr dem General Seeckt erklärte: neunzig Prozent der bayrischen Bevölkerung wolle die Monarchie wieder haben. Das galt im höchsten Maße auch für München, das nach wie vor Hitlers Machtschwerpunkt bildete. Hitler mußte sorgfältig vermeiden, sich irgendwie für monarchistische Bestrebungen einspannen zu lassen. Auf der anderen Seite durfte er volkstümliche bayrische Empfindungen nicht ver-

letzen. Weiter mußte er sich hüten, sich und seine Bewegung von den nationalen Verbänden ins Schlepptau nehmen zu lassen, ohne sich andererseits von einem Zusammenwirken für nationale Ziele auszuschließen. So wurden gewaltige Kundgebungen nacheinander in München abgehalten mit schärfster nationaler Parole und schroffer Stellungnahme gegen Erfüllungspolitik und Marxismus, gegen Berlin.

Hitlers Stellung wuchs zusehends, denn immer mehr Deutschgesinnte blickten auf ihn, als den einzigen, der die Entschlußkraft zum Handeln besitzen würde. Entschlüsse zum Losschlagen, zum „Marschieren" waren von Führern der Verbände wiederholt gefaßt worden. Wenn aber der Augenblick nahte, so war man nicht bereit und fand den „Absprung" nicht, auch fehlte es an Einigkeit. Übrigens kann man in jenen Jahren die beinahe durchgängige Erscheinung feststellen, daß sich die Führer und Unterführer der nationalen Organisationen, einerlei, wie sie sich nannten, über die Stärke ihrer Verbände starken Selbsttäuschungen hingaben. Ihre Listen waren vollständig, aber die Zahl der Menschen entsprach, wenn man sie aufbot, nicht den Namen auf den Listen. Das galt auch für die anderen Teile Deutschlands. Die Selbstschutzorganisationen und Einwohnerwehren bestanden zum größeren Teil aus Menschen, die wohl zur örtlichen Verteidigung bereit waren. Handelte es sich aber um ein „Marschieren" zu einem großen Ziel mit ungewissem Ausgang, so zog sich ein großer, vielleicht der größere Teil zurück. Es waren zahlreiche ältere Menschen dabei, ebenso wie in den anderen nationalen Organisationen. Diese waren durchschnittlich kaum gewillt, sich auf einen Befehl hin mit allem einzusetzen, wenn es sich nicht um direkte Verteidigung ihres Eigentums und der Sicherheit ihrer Familien handelte. Bei Hitler war das alles ganz anders, da herrschte Geschlossenheit, höchster Unternehmungsgeist und Tatendurst. Das Wort des Führers war unbedingt und allein maßgebend.

Anfang des Jahres 1923 marschierten die Franzosen in das Ruhrgebiet ein. Sie führten damit einen längst vorbereiteten Plan aus, den Vorwand gab die Verspätung geringfügiger Holzlieferungen, zu denen sich Deutschland verpflichtet hatte. Man hoffte in Paris, daß diese Ruhrbesetzung endgültig die Zerstückelung des Reichs herbeiführen würde. Großbritannien billigte den Schritt nicht, sah sich aber auch nicht in der Lage, etwas dagegen zu tun. Deutschland war außerstande, das französische Eindringen zu verhindern. Die Regierung entschloß sich mit der Mehrheit der Parteien zum „passiven Widerstande". Die Bevölkerung sollte sich zwar von jeder Ausschreitung fernhalten, dagegen den Franzosen jede Arbeit verweigern, passiv alles über sich ergehen lassen, aber keinen Finger rühren auf irgendwelche französischen Forderungen und Verlangen, insbesondere sollte keinerlei Arbeit in den Kohlengruben und für den Eisenbahnverkehr geleistet werden. Die Regierung erhob den üblichen „feierlichen Protest". Der passive Widerstand nahm seinen Anfang, und im Maße seiner Dauer verschärfte sich die französische Bedrückung und beispiellose Vergewaltigung und Quälerei der deutschen Bevölkerung.

Der Beschluß zum passiven Widerstand in diesem „Ruhrkriege" zeigte wieder einmal tragisch die deutsche Unfähigkeit, tatsächliche Verhältnisse richtig einzuschätzen und unangenehme Aussichten nüchtern ins Auge zu fassen. Man war in Kreisen der Regierung und ihrer Parteien, auch der Sozialdemokratie, tatsächlich überzeugt, der passive Widerstand würde den Franzosen die Kohlengewinnung unmöglich, ihren Truppen und Behörden das Leben im Ruhrgebiet unerträglich machen. Man rechnete in Berlin naiverweise, daß dieser

schweigende Kampf schon nach wenigen Monaten von den Deutschen gewonnen sein werde. Große Worte wurden gesprochen. Der nachmalige Kanzler und Außenminister Stresemann rief in die Öffentlichkeit: Deutschland müsse jetzt wie ein neues Irland aufflammen und durchhalten, es bedürfe nur der Einheitsfront in Deutschland, um den Erfolg zu sichern. Die Franzosen würden moralisch und organisatorisch außerstande sein, der Schwierigkeiten im Ruhrgebiet Herr zu werden und in wenigen Monaten begreifen, daß sie das Spiel verloren hätten. Außerdem sei Deutschland ja im Recht, und das Recht müsse bekanntlich unter allen Umständen siegen. Der Verfasser dieser Schrift schrieb dazu im Januar 1923: „Tag für Tag müßte der gesamten deutschen Bevölkerung, ganz besonders auch durch die Regierung, gesagt und auseinandergesetzt werden, daß hier wieder einmal die Länge die Last zu tragen hat. ... Deswegen ist es eine Notwendigkeit, daß die Deutschen in ihrer Gesamtheit auch innerlich sich auf lange Dauer einrichten und sich klar machen, daß alle Kräfte der Entsagung, des Opferwillens, des deutschen Stolzes und der Tat so hoch gesteigert werden müssen, wie es nur möglich ist und — das ist immer zu wiederholen — auf die Dauer für einen nicht im entferntesten absehbaren Zeitraum unter Verhältnissen, die gar nicht schwer genug gedacht werden können. ... Das Schwere und Schwerste, die Beanspruchung der höchsten und edelsten Kräfte, alles das steht noch bevor und wird wahrscheinlich eine beispiellose Probe sein.“ —

Das heute hier gefällte Urteil über das deutsche Ruhrunternehmen ist also nicht nachträgliche Weisheit, sondern ist in den angeführten Zeilen bereits vollkommen angedeutet. Nüchternes Urteil mußte eben zum Ergebnis kommen, daß, sollte der passive Widerstand zum Erfolg führen, zwei Bedingungen von vornherein als erfüllt festzustehen hatten: das ganze Volk mußte dahinterstehen, einmütig im nationalen Geist und Willen, und zweitens durfte sich niemand darüber im unklaren sein, daß dieser Widerstand nicht für einige Monate, sondern für einen gar nicht absehbaren Zeitraum zu berechnen war. Regierung und Volksvertretung und Volk mußten in der Überzeugung einig sein: einerlei, wie lange es dauert, wir können durchhalten und werden durchhalten! Keine dieser Bedingungen war erfüllt. Leichtfertig war die Berechnung auf einige Monate eingestellt, und selbst diese Zeit erwies sich als unerträglich: die Geldbeträge, welche aufgewandt werden mußten, um die Ruhrbevölkerung auf das notdürftigste zu erhalten, waren schon untragbar, zweitens war von einer nationalen Einheitsfront nicht die Rede. Die Sozialdemokratie hatte den Ruhrkampf von Anfang an nur als Parteisache aufgefaßt und als einen politischen Protest der Partei. Die Partei mußte zunächst ungefähr aus den gleichen Gründen mitmachen wie 1914: die nationale Empörung der Ruhrarbeiterschaft, insbesondere der Gewerkschaften zwang sie dazu. Nicht lange nach Beginn des passiven Widerstandes aber schrieb der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, triumphierend: jetzt sei es gelungen, die Gefahr einer nationalen Bewegung innerhalb der Ruhrarbeiterschaft zu beseitigen. Diese wisse nunmehr, daß es sich nur um den Kampf des Rechtes gegen den Militarismus handle, und ein deutscher Militarismus werde ihr genau so verhaßt und bekämpfenswert erscheinen wie jetzt der französische. Es gelang der Parteileitung und ihren Organen, die Ruhrarbeiterschaft in diesem Sinne maßgebend zu beeinflussen. Man suggerierte ihr: ein organisierter deutscher nationaler Widerstand rufe wieder deutschen Militarismus hervor, und der wäre natürlich noch viel verabscheuungswürdiger als der französische. So schob man der Arbeiterschaft gegenüber das Ganze auf die Geldfrage und erklärte von vornherein: zu lange dürfe die Sache nicht dauern, das könne man nicht ertragen! Ja, es

Nr. 44. Adolf Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht beim Hochverratsprozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere 1930

Nr. 45. Hitler beim Verlassen des Reichsgerichts in Leipzig 1930

Nr. 46. Das Braune Haus in München

Nr. 47. Berittene SA. in Königsberg 1930

konnte sich ereignen, daß bereits zu Beginn des passiven Widerstandes linksstehende Berliner Blätter schrieben: Einige Monate werde Deutschland diesen Kampf wohl führen können, aber länger natürlich nicht. Mit derartigen Andeutungen waren den Franzosen schon die für sie wichtigsten Fingerzeige gegeben. Schließlich, das kam als entscheidend hinzu, erklärten diejenigen Politiker der Mitte, die am stärksten zum Ruhrkampfe getrieben hatten, an der Spitze Dr. Stresemann, nach einigen Monaten: der Ruhrkampf müsse eingestellt werden, Deutschland gehe darüber zugrunde, man habe der Welt eine ungeheure deutsche Leistung gezeigt, aber nun müsse Schluß gemacht werden. Diesen Hebel benutzte Dr. Stresemann, um den bisherigen Kanzler, den er selbst zum Ruhrkampf ermuntert hatte, zu stürzen und sich an seine Stelle zu setzen, er, der vor wenigen Monaten erklärt hatte, Deutschland müsse jetzt in der Unbezwinglichkeit seines Widerstandes ein zweites Irland sein. Dieser Politiker und alle die anderen haben es von Anfang an nicht ernst gemeint, oder sie sind mit unverantwortlicher Leichtfertigkeit in das „Ruhrabenteuer", wie sie selbst es nannten, hineingegangen, sie alle, denen sämtliche Informationsquellen über die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands zur Verfügung standen, mußten wissen, daß Deutschland es auf diese Weise nur kurze Zeit würde aushalten können. Andererseits bestand für die Behauptung, die Franzosen würden an der Aufgabe, die sie sich für das Ruhrgebiet gestellt hatten, scheitern, nicht der allermindeste Grund. Diese Illusion war mit der anderen von 1914 vergleichbar: die Franzosen würden einen Winterfeldzug nicht ertragen, besäßen überhaupt keine Ausdauer usw.

1923 marschierte also Frankreich überlegt und vorbereitet in das Ruhrgebiet hinein. Es ist sich über die Schwierigkeiten ebenfalls vollkommen im klaren gewesen. Daß seine Berechnung richtig war, hat das für Deutschland katastrophale Ergebnis gezeigt. Alles in allem: mit einem solchen „Geist" das Wagnis des passiven Widerstandes zu übernehmen, war deutscherseits ein Verbrechen. Die nationalen Kreise Deutschlands, die politischen und die bewaffneten Verbände versuchten andere Wege: Sabotage, Organisierung der Ruhrbevölkerung zum Widerstande, geräuschlose Beseitigung von Franzosen, besonders von Führern. Auch Pläne, eine Erhebung zu organisieren und gegen Frankreich loszuschlagen, waren im Gange. Alles das wäre vielleicht weniger aussichtslos gewesen, wenn die deutsche Nation einig gewesen wäre im nationalen Gedanken, wenn ein Volkskrieg organisiert worden wäre mit Wissen, Übereinstimmung und Förderung der Regierung, wenn es keine Sozialdemokratie gegeben hätte und keine leichtfertigen politischen Streber, die ungeachtet der Leiden der Bevölkerung an ihre Laufbahn dachten; wenn es keine Landesverräter gegeben hätte. Diese Voraussetzungen waren nicht vorhanden, und so mußte Schlageter, der tragische Held des Ruhrkampfes, von den Franzosen ermordet, nutzlos fallen und viele, viele andere furchtbare Qualen aller Art über sich ergehen lassen. Die Geschichte des Ruhrkampfes ist noch nicht geschrieben worden. Wir berühren sie hier hauptsächlich, um zu zeigen, daß mit einem derart irregeleiteten Volke ein solches Unternehmen von vornherein aussichtslos sein mußte, ebensowohl der passive Widerstand wie Organisierung des Volkskrieges. Spätere Regierungen und Volksvertretungen und die Presse haben die wahren Ursachen der Ruhrkatastrophe verschleiert. Sie beschränkten sich auf Klagen und Jammern über die Leiden, über die finanzielle Katastrophe, über die Besetzung des deutschen Gebiets und auf das im höchsten Maße verdiente Lob der Standhaftigkeit der Bevölkerung. Als aber im Herbst 1923 der Reichspräsident Ebert in einem Aufruf den passiven Widerstand liquidierte, schrieb die jüdisch-demokratische „Berliner Volkszeitung" unter dem Titel: „Wie

der Ruhrkampf verlorenging": „Die Akteure schminken ab, der Souffleur klappt sein Buch zu und geht nach Hause, das Publikum entfernt sich. Einige Unzufriedene fordern ihr Eintrittsgeld zurück, aber die Kasse ist längst geschlossen. Das Licht erlischt." Frivoler, zynischer konnte man wohl kaum sprechen. Daß diese Sprache gewagt wurde, ist bezeichnender als beinahe alles andere: „Die Akteure schminken ab!" „Akteure" schrieben die Juden!

Den nationalen Kreisen, besonders den militärischen, bei der gewaltigen Menge von früheren Offizieren, die den Volkskrieg wollten, begeistert und voll Vertrauen vorbereiteten und teils auf eigene Hand zu führen versuchten, war es bitterster Ernst. Sie waren zu jedem Opfer entschlossen, um den Feind aus Deutschland herauszutreiben. Sie hofften und wollten nichts für sich, sondern alles nur für Land und Volk. Das gleiche gilt von den nationalen Verbänden. Sie alle aber zeigten den Mangel an Überblick in der Abschätzung der Schwierigkeiten und des gegenseitigen Machtverhältnisses, sie alle gaben sich schwerer Selbsttäuschung hin, weil sie das glaubten, was sie wünschten.

In der Öffentlichkeit wurde damals vielfach Hitler der Vorwurf gemacht, er störe die Einheitsfront des deutschen Volkes gegen die Franzosen. Hitler ließ sich nämlich durch das Gerede von der Einheitsfront nicht abhalten, nach wie vor die „Novemberverbrecher" mit größter, unermüdlicher Heftigkeit in Wort und Schrift anzugreifen. Nun war die „Einheitsfront", wie gesagt, von Anfang an ein Schein, und es war eine große naive Torheit, im besten Falle, zu glauben, daß die Franzosen sie für eine wirkliche Einheitsfront ansehen würden. Wenn Hitler gerade angesichts der ganzen Lage sich mit besonderem Ungestüm gegen die politische Linke, insbesondere die Sozialdemokratie, wandte, so hatte er nur zu sehr recht, und zwar nicht nur in Beziehung auf den November 1918, sondern wegen des sozialdemokratischen Verhaltens gerade in der Ruhrsache: nur durch eine ganz große, geschlossene und tiefe nationale Bewegung konnte das Ruhrunternehmen Aussicht auf Erfolg erhalten, und eben das war das, was die Sozialdemokratie unter keinen Umständen wollte und was „abzudrehen" ihr auch gelang. Das Novemberverbrechertum hat sich im Ruhrkampfe in seiner ganzen ruchlosen Widerwärtigkeit offenbart. Das ungeblendet durch den Schwall von Redensarten zu erkennen und nach dieser Erkenntnis zu handeln, war ein Verdienst Hitlers und ein Beweis für seine später oft bewiesene Fähigkeit, auch in einer verwickelten Lage das Wesentliche zu erkennen.

So wurde im Herbst 1923 der Ruhrwiderstand aufgegeben und der Abgeordnete Dr. Stresemann Reichskanzler, nachdem er kurz vorher in den Freimaurerorden eingetreten war. Eine südamerikanische Freimaurerzeitschrift, die „Cadena", schrieb daraufhin „prophetisch": nunmehr beginne in den französisch-deutschen Beziehungen eine neue Epoche, denn der Freimaurer Stresemann sei deutscher Reichskanzler geworden. Das bedeutete mit anderen Worten, daß die Leitung der französischen Freimaurerei die Kanzlerschaft Stresemanns gewollt und durchgesetzt hatte. Der französisch bestimmte Teil der Weltmaurerei hatte mit am aktivsten von allen Mächten und Kräften den Weltkrieg vorbereitet und gewollt. Die größten Hasser Deutschlands, wie Clémenceau, Poincaré u. a. m., auch Briand, waren bzw. sind Maurer. Die allgemeinen Ziele der Maurerei: Beseitigung der Monarchien, Herrschaft des Geldes und der Geheimbünde, besonders deren Einführung in Deutschland, lagen durchaus in der Linie der nationalen Ziele der Franzosen. Das Ziel war erreicht worden, nun galt es, wenn möglich, Deutschland zu internationalisieren, den deutschen Freiheitswillen zu zersetzen, alles auf friedlichen Ton zu stimmen und nach außen als Ziel der französischen Politik zu proklamieren: ein freundschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis mit

Deutschland auf dem Boden und unter „gewissenhafter Beachtung der bestehenden Verträge", also des Versailler Vertrages.

Deutschland sollte dahin gebracht werden, den aufgezwungenen Vertrag von Versailles nunmehr freiwillig anzuerkennen und mit ihm alle Auswirkungen, die sich noch ergeben konnten. Der Augenblick schien gegeben, sich für diesen Plan die nötigen Voraussetzungen in Deutschland selbst zu schaffen, denn durch die Wirkungen des Ruhrkampfes waren die deutschen Verhältnisse in ein bedenkliches Schwanken gekommen. Die Inflation erreichte ihren Höhepunkt, die innere Lage in Deutschland wurde von Monat zu Monat gespannter: auf der einen Seite die Regierung mit ihren Parteien, die die bestehende Lage erhalten wollten, auf der anderen die Nationalisten und die Völkischen, und auf der dritten die Kommunisten. Der Gemütszustand der deutschen Bevölkerung näherte sich der Verzweiflung, als Dr. Stresemann und die Seinen erklärten: der Ruhrkampf müsse nun abgebrochen werden, Kraft und Geld seien verbraucht, dazu käme die ungeheuerliche Geldentwertung. Gleichwohl hätte eben diese Inflation, der sich das brave deutsche Volk wie einem unentrinnbaren Schicksal hungernd und ergeben beugte, jeden Tag beendet werden können, wie sie im Herbst 1923 durch die Einführung der Rentenmark tatsächlich beendet wurde. Warum geschah das nicht? Warum sträubte man sich bis zur Stunde, den wirklichen Ursachen der Inflation, die wie der schwarze Tod durch das Land ging, rückhaltlos auf den Grund zu gehen? Wie konnte ein Reichskanzler und ein Finanzminister diesen volksmordenden Zustand bestehen lassen, obgleich er, wie gesagt, von einem Tag zum andern beseitigt werden konnte? Das Ausland warf den deutschen Regierungen vor: sie ließen die Mark stürzen, um damit wirtschaftliche Geschäfte für Deutschland zu machen. Nichts war unrichtiger und lügenhafter als diese Behauptung. Man muß hier, wie so oft, auf die alte Ermittlungsfrage der Römer zurückgehen: „Cui bono?" Wem gereicht es zum Vorteil? Dazu braucht keine Theorie aufgestellt zu werden, die Erfahrung und die Tatsachen liegen jedem vor Augen, der sie sehen will: es war die Weltfinanz, die damals als Gewinner aus der deutschen Inflation hervorging, und außerdem Frankreich mit seinem großen Raub aus dem Ruhrgebiet. Zum jüdischen Feste schrieb damals eine Londoner jüdische Zeitschrift mit Hinblick auf den Ruhrkrieg: „Ein schönes Purim!" — Die Inflation war ein gewaltiges, höchst ertragreiches Manöver des internationalen Kapitals auf Kosten Deutschlands. Kein Zweifel, daß in Deutschland die Zahl der „Gewinnbeteiligten" sehr groß war. Über den Hintergründen der Inflation liegt noch dunkler Nebel. Trotz häufiger Forderung haben die deutschen Regierungen keine Untersuchung eingeleitet.

Es war in der Tat gelungen, alle nicht ausgesprochen nationalistischen Elemente Deutschlands mürbe zu machen und die regierenden Kreise mit ihren Parteien und Hinterleuten nach irgendeinem Strohhalm als Rettungsanker ausblicken zu lassen. Die Versailler Hauptmächte erklärten einmal über das andere: deutsche Not hin, deutsche Not her, Deutschland muß zahlen. Frankreich war bereit, anstatt Geld sich „produktive Pfänder", wie Poincaré das nannte, zu nehmen und Deutschland in seine Bestandteile aufzulösen. England und Italien wollten das nicht. Der britische Minister Bonar Law erklärte damals öffentlich: die einzige Möglichkeit für Deutschland, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden, bestände im Aufnehmen internationaler Kredite. Mit anderen Worten: Deutschland sollte sich im Auslande Geld leihen und mit diesem Gelde seine „Verpflichtungen" aus dem Versailler Vertrage erfüllen. Aber dazu mußte Deutschland erst „kreditfähig" werden. Man wußte schon, wie das zu machen sei, aber es mußte eine deutsche Regierung gefunden werden, die

es von sich aus einleitete. Wurde Deutschland aber zerstückelt, so würden die Versailler Mächte, abgesehen höchstens von Frankreich, und da war es auch auf die Dauer zweifelhaft, nicht zu „ihrem Gelde" kommen. Ehe noch Dr. Stresemann Reichskanzler geworden war, erklärte er damals in der Öffentlichkeit: Hilfe könne dem deutschen Volke nur von außen kommen, und zwar in Gestalt auswärtiger Anleihen. Da das Kapital, welches die Anleihen geben könne, in der Hauptsache von Juden innegehabt oder geführt werde, so sei es frevelhaft, daß es in Deutschland Menschen gäbe, die etwas gegen die Juden sagten oder versuchten. Es war kein Zufall, daß diese Äußerung in der gleichen Zeit fiel, als Dr. Stresemann Mitglied des Freimaurerordens geworden, als er nach lange vorbereitetem Plan den Abbruch des Ruhrkampfes betrieb.

Der „internationale Finanzgeist" Rathenaus hatte den Mann gefunden, durch den er sich in Deutschland ohne Zwang und Druck zur Herrschaft zu bringen entschlossen war. Es war in der Tat für diesen Zugriff der psychologische Augenblick gekommen: tiefste Niedergeschlagenheit über die Ruhrkatastrophe, wirtschaftliches Elend, aus dem niemand einen Ausweg zu erblicken vermochte, der Feind tief im Lande, bei allen Mächten kühl abweisende Antworten auf flehentliche Bitten, die übrigens ebenso würdelos wie zwecklos von vornherein waren, französische Zerstückelungsbestrebungen stärker denn je, Korruption im Innern, Unordnung, zügellose Parteiwirtschaft, steigendes Anwachsen der kommunistischen Bewegung — das alles hatte in allen Kreisen und Parteien, die nicht zu den entschlossenen Nationalisten gehörten, alle anderen Empfindungen und Regungen erstickt. Nur Hilfe wollte man, einerlei, um welchen Preis, einerlei, woher. Es war aber nicht allein Not und das Gefühl der Hilflosigkeit und Ratlosigkeit, nein, die geschilderten und die späteren Vorgänge würden nicht verständlich sein, wenn wir nicht jene Richtung nennten, die hier für das Schicksal Deutschlands entscheidend geworden ist. Das war eben die Richtung, welche Stresemann repräsentierte. Er hat seine Politik gern später als „nationale Realpolitik" bezeichnet, nicht zum wenigsten, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß seine politischen Gegner, die Nationalisten, zumal die Nationalsozialisten, eine Politik der Phantasie und Wünsche trieben, nicht auf realem Boden blieben, deshalb das Gegenteil erreichten, ihre Politik also eigentlich nicht national sei. Wir werden später über die Früchte der Stresemannschen Politik noch zu sprechen haben. Hier kommt es auf die Grundlage dieser Politik an. Sie bestand in einer unbedingten, einer, man möchte beinahe sagen, a priori Anerkennung des internationalen Geldes als König der Könige dieser Erde, als eine unbedingt herrschende Macht. Diese Richtung beschränkte sich nicht auf den „nationalen" und internationalistischen Liberalismus und das Zentrum, sondern umfaßte auch die Sozialdemokratie Deutschlands, die angeblich den Kapitalismus bekämpft. Daß die Juden in allen Ländern das Kapital als Weltherrscher anerkennen und verehren, braucht kaum ausdrücklich hervorgehoben zu werden, denn sie selbst stellen den Kapitalismus dar und führen ihn. In einem vorhergegangenen Abschnitt wurde erwähnt, daß die Sozialdemokratie niemals das internationale Kapital bekämpft, sondern sich immer als sein Diener gefühlt und bewährt hätte. Die Sozialdemokratie fürchtet nichts in höherem Grade, als nationale Anschauung und nationalen Willen. Der internationale Finanzgeist wird von ihnen als das allein wirksame Gegengift gegen den nationalen Willen angesehen, mit Recht, und deshalb mit allen Kräften gefördert. Die Sozialdemokratie bekennt sich zwar nicht offen als Dienerin des Weltkapitals, wohl aber als Todfeindin alles Nationalen. Die deutschen Nationalisten, welche auf kapitalistischer Grundlage stehen, bekennen sich mit mehr oder weniger Recht zum nationalen Gedanken,

aber sie schweigen darüber, daß sie im Grunde und in der Praxis zum nationalen Gedanken nur im Rahmen der weltkapitalistischen Herrschaft halten.

Es erhellt, denken wir hierbei auch an die fünfundzwanzig Artikel des nationalsozialistischen Programms, daß es keinen schrofferen Gegensatz geben kann, als den des Nationalsozialismus zu jener pseudonationalen Richtung, deren hervorragendster Vertreter der langjährige Minister Stresemann war. Wahrhaft national wirken kann nur ein offener und tatsächlicher Feind des Kapitalismus, der Geldherrschaft. Denn Kapitalismus ist, in welcher Form auch immer, der natürliche Gegner des nationalen Gedankens, den er höchstens für seine Zwecke mißbraucht. Er will und muß seinem Wesen nach Volk und Arbeit für sein Geldgeschäft dienstbar machen. Dieser Gegensatz läßt sich nicht auflösen. Nationale Oberflächenerfolge dürfen darüber nicht täuschen.

Minister und Kanzler hatten in den vier Jahren der Republik häufig genug gewechselt. Das Ausland und die „Finanzwelt" hatten nur einen Menschen bisher mit besonderer Aufmerksamkeit begrüßt und mit besonderer Befriedigung gewertet. Das war Rathenau, der „Repräsentant des internationalen Finanzgeistes"; ihm sei größtes Vertrauen entgegenzubringen, schrieb eine französische Zeitung. Selbstverständlich war Rathenau dem gesamten Internationalistentum ein höchst willkommener Mann; „international in der besten Bedeutung des Wortes", schrieb im Berliner Tageblatt der jüdische Volksgenosse Rathenaus, Dr. Dernburg. Gleichwohl war Rathenau im Internationalistentum und auch bei seinen jüdischen Volksgenossen keineswegs besonders angesehen als Politiker oder gar als Staatsmann. Nach seinem Tode wurde das offen ausgesprochen. Vorher konnte man ihn aber sehr gut brauchen, denn er imponierte als Literat dem hochgebildeten Michel und nicht minder durch seine Wortgewandtheit und den Schwall seiner edlen Phrasen. Rathenau aber hatte nicht, wie Stresemann, eine als national geltende Partei hinter sich, auch keine nationale Vergangenheit, wie der frühere Imperialist und Annexionist Stresemann. Gerade darin, und in seinem unbedingt nationalen Ruf lag der gewaltige Wert Stresemanns für die internationalen Mächte und für die Deutschland feindlichen Nationen. Es war vom Standpunkt des Erfolges für diese Mächte und Kräfte etwas ganz anderes, ob etwa ein Sozialdemokrat oder ein demokratischer Jude die deutsche Politik im Sinne der internationalen Finanz zu führen unternähme, oder der Führer der Deutschen Volkspartei, auf deren Fahnen „national" stand, Sympathie für Schwarz-Weiß-Rot, und die noch vor nicht langer Zeit auch deutliche Auflehnung gegen den Versailler Vertrag bekundet hatte. Für sehr weite deutsche Kreise galt 1923/24 noch der Name Stresemann als ein unanfechtbar nationales Programm und er selbst als ein Führer in nationale Zukunft. Ein Mann mit solchem Nimbus konnte schon für den großen Plan, Deutschland in die Hände der internationalen Finanz zu bringen, etwas bedeuten. Auch in diesem Zusammenhang ist an Stresemanns damaligen Eintritt in die Freimaurerloge zu erinnern und an den großen internationalen Jubel: nun beginne ein neuer Abschnitt in der politischen Geschichte Deutschlands und in seiner Beziehung zu den Versailler Mächten, besonders zu Frankreich.

Obgleich die völkischen und nationalen Kreise Deutschlands sich über diese und verwandte Zusammenhänge nur zum kleinsten Teil klar waren, empfanden sie doch, daß sich mit dem Abbruch des Ruhrkampfes und der Kanzlerschaft Stresemanns, des Mannes, der den Ruhrkampf vor wenigen Monaten noch gewollt und gefordert hatte, eine neue und verhängnisvolle Wendung vollzog. Stresemanns Ehrgeiz, seine Wandelbarkeit im Dienste dieses Ehrgeizes und seine Empfänglichkeit für Schmeichelei waren bekannt, sein Eintritt in

die Loge war Weltgespräch, die Hoffnungen der französischen, der britischen und der belgischen Regierung auf den nunmehr beginnenden Stresemann-Kurs erfüllten die Presse aller Länder. Die Beunruhigung des völkischen und nationalen Deutschlands wurde um so größer, als Stresemann seine Regierung mit der „großen Koalition" bildete: unter Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei, der Partei begeisterter „Erfüllung", des Pazifismus, des Internationalismus, der Schwesterpartei des Kommunismus trotz allem Streit, der Partei der wirtschaftlichen Auflösung aller bodenständigen Werte und Berufsstände.

Die inneren Zustände Deutschlands schienen immer ausgesprochener und unaufhaltsamer der Katastrophe entgegenzugehen, nicht zum wenigsten auch unter dem wachsenden wirtschaftlichen Elend. Der Zusammenbruch, das Aufgeben des Ruhrkampfes, waren für die Nationalisten, besonders die jüngeren Generationen, ein furchtbarer Schlag. Ihr vorwärtsstürmender Wille und ihr glühendes Sehnen nach deutscher Befreiung hatten sie bis zuletzt im Irrglauben gehalten, es sei auf diesem Wege möglich, gegen die Franzosen zum Erfolge zu gelangen. Man ahnte freilich nicht, daß zwar ein Erfolg des Ruhrwiderstandes nie möglich gewesen war, vielmehr daß das „Abenteuer" zu einem politischen Parteimanöver mißbraucht wurde. Diese verwirrte Lage und verzweifelte Stimmung gab der russisch-bolschewistischen Propaganda Veranlassung zum Versuche, die nationalistische Jugend in Deutschland zu gewinnen. Eine große und geschickt geleitete Propaganda wurde von Moskau aus nach Deutschland getragen. Der bekannte Leiter der Außenpropaganda des Sowjetstaates, Radek, erklärte in Wort und Schrift, alle Opfer und Anstrengungen der deutschen Nationalisten zur Erreichung nationaler Befreiung würden umsonst sein. Der von den Franzosen durch Hinrichtung beseitigte Schlageter sei für nichts gestorben. Er sei ein „Wanderer ins Nichts", und so werde die ganze nationalistische Bewegung auch ein Wandern ins Nichts werden. Die einzige Möglichkeit des Erfolges sei durch ein Zusammengehen der nationalistischen Bewegung mit der bolschewistischen gegeben, ja durch das Aufgehen in dieser. Der Bolschewismus allein vermöge die Freiheit der Nationen nach außen und die der Völker im Innern zu erreichen. Dieses Thema wurde geschickt variiert, und bald ging in der nationalistischen Jugend das Schlagwort um von der russischen roten Armee, die im Rheinstrom ihre Pferde tränken würde. Öffentliche Auseinandersetzungen, auch in der deutschen Presse, fanden über die Frage statt, ob nicht wenigstens ein Zusammengehen für „ein Stück des Weges" zwischen deutschem Nationalismus und dem Bolschewismus möglich sei. Deutscherseits wurde es von allen besonnenen nationalistischen Elementen verneint. Gleichwohl sind viele Jüngere damals für einen „Nationalbolschewismus" begeistert gewesen. Sie ahnten nicht, daß das „National" bald verschwunden und der Bolschewismus allein übrig geblieben sein würde. Der russische Bolschewismus hatte höchstes Interesse daran, ein „Sowjetdeutschland" herzustellen und unter falscher nationaler Parole den deutschen Nationalismus dafür zu gewinnen. Er hatte aber keinerlei Interesse daran, ein nationalistisches und gar ein nationalsozialistisches Deutschland werden zu lassen, das in der Folge ein gefährlicher Gegner des Bolschewismus bzw. Kommunismus werden mußte. Konnte dieser durch geschickte Propaganda den deutschen Nationalismus zu seinem Werkzeug machen, so war das ein gewaltiger, vielleicht entscheidender Erfolg. Durch diese Überlegung wird an der Tatsache nichts geändert, daß ein deutscher Staat mit fester nationaler Leitung ohne Scheu mit Moskau politisch und wirtschaftlich verkehren und arbeiten kann, nach der Devise, daß keiner von beiden sich um die inneren Verhältnisse des anderen zu kümmern hat, und daß Deutschland sich das Recht vorbehält, im eigenen Hause, nach eigenem Willen, Ordnung zu halten. Nicht anders

macht es Mussolini, der seit dem Jahre 1930 mit Sowjetrußland durch schwerwiegende Verträge verbunden ist.

Die völkische und nationalistische Bewegung gelangte nach der Ruhrkatastrophe zur Überzeugung, es könne nun nicht mehr so weitergehen, das nationale Deutschland müsse sich durchsetzen und die Regierung in die Hand nehmen. Die Frage war: welcher Weg führt zu diesem Ziel? Die andere Frage: von wo die Freiheitsbewegung ausgehen solle, erachtete man als gelöst. Bayern würde der Kraftmittelpunkt sein, die Operationsbasis, von der ausgegangen werden mußte. Doch gab es zwei weitere große Fragen: die Art des Vorgehens selbst und die Führung während des Vorgehens.

Da waren — um noch einmal die vorhandenen Kräfte zu überblicken —: in Nord- und Mitteldeutschland die nationalen Verbände, die äußerlich in Arbeitsgemeinschaften verwandelten alten Freikorps, die Selbstschutzorganisationen, die Offizier- und Soldatenverbände, der Alldeutsche Verband, die Deutsch-Völkische Freiheitspartei. Lauter Verbände und Organisationen, die im schroffen Gegensatz, um nicht zu sagen, in tödlicher Feindschaft, zu dem neuen Staate mit seinem System und zu der Reichsregierung standen und von ihr mit den gleichen Empfindungen gewertet wurden. Das war anders nur in Bayern. Dort stand auch die Staatsregierung ausgesprochen im Zeichen des Gegensatzes zu der Reichsregierung, war ausgesprochen national und überzeugt, daß von ihr bzw. von Bayern aus ein nationales Deutschland gestaltet werden müsse und könne.

Nach Abbruch des Ruhrkampfes hatte sich die Lage in Bayern folgendermaßen gestaltet: Seit Beginn des Jahres 1923 bzw. nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet war in Bayern der Ausnahmezustand verhängt worden, weil die Regierung fürchtete, die Lage sonst nicht in der Hand behalten zu können. Nicht nur richtete sich der Zorn der Bevölkerung gegen die französische Gesandtschaft in München und gegen die feindlichen Kommissionen der Mächte, sondern es handelte sich in erster Linie um die Hitlerbewegung. Hitler war es auch, der den unmittelbaren Anlaß zur Verhängung des Ausnahmezustandes gegeben hatte. Er hatte einen Parteitag einberufen und war entschlossen, diesen trotz des Verbotes durch die bayrische Regierung abzuhalten. Die Veranstaltung fand statt, und zwar unter Beteiligung begeisterter Menschen aus ganz Deutschland. Im Frühjahr verlangten die bayrischen Sozialdemokraten von der Regierung, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verboten würde. Den marxistischen Parteien waren in erster Linie die Hitlerschen Sturmtrupps ein Dorn im Auge, weil sie nationalsozialistische Versammlungen zu schützen imstande waren und mit Störern nicht eben säuberlich umgingen; sie sollten natürlich vor allen verschwinden.

Die bayrische Regierung lehnte ab, einmal, weil sie selbst durch die Befürchtung beunruhigt war, daß die Sozialdemokraten, sie verfügten über starke bewaffnete Organisationen, sich mit Gewalt in Besitz der Macht in Bayern setzten, andererseits war die Hitlerbewegung schon so stark und Hitler selbst so volkstümlich, daß die Regierung, auch abgesehen von der Partei selbst, ein Verbot gegenüber der Stimmung des nationalen Bayerns nicht wagen konnte. So konnte die Partei weiter werden, und Hitler führte mit einer bisher in Deutschland unerhörten Wucht und Heftigkeit den Kampf gegen den Marxismus, gegen alle Lauheit mit rücksichtslosen Worten, wie man sie noch nicht gehört hatte. Ganz frei von jeder herkömmlichen „Taktik" wandte er sich gegen das System, seine Vertreter und Einzelpersönlichkeiten, und sein: „Nieder mit den Novemberverbrechern!" flog über ganz Deutschland. Getreu seinen ersten Anfängen wies er zu neuen Zielen und stellte den neuen Gedanken,

den nationalsozialistischen, auf. Dafür, nicht für Wiederherstellung früherer Zustände oder Monarchien, sprach er, unaufhörlich betonend, daß die Vernichtung des Marxismus die unerläßliche Voraussetzung für jedes nationale Ziel sei. In jener Zeit kam zuerst die Bezeichnung auf, und zwar rührte sie von Hitler selbst her: er sei der Trommler für das neue Deutschland. Daß er auch damals schon mehr werden wollte und sich als mehr fühlte, ist sicher, aber in jener Periode kam es gerade für seine Bewegung vor allem auf „Trommeln" an.

Wie gespannt die Lage in Bayern, zumal in München, war, zeigte der erste Mai 1923. Da standen Hitlers Organisationen und die nationalen Verbände bewaffnet unmittelbar bei München, auf der anderen Seite ebenso bewaffnete Truppen der Polizei und der Reichswehr. Ein einziger Schuß, und der blutigste Zusammenstoß wäre dagewesen. Die Lage löste sich friedlich. Sie war entstanden, weil angenommen worden war: die Linke beabsichtige einen Putsch.

Nach der „Liquidierung" des Ruhrwiderstandes wurde im Reiche der Ausnahmezustand erklärt und die vollziehende Gewalt zunächst dem Reichswehrminister Geßler übertragen, später dem General von Seeckt. In der Folge ergaben sich neue Spannungen zwischen Bayern und dem Reich, insbesondere weil General von Lossow, der Befehlshaber der bayrischen Reichswehr, aber als solcher dem General von Seeckt unterstellt, von ihm einen Befehl erhielt (es handelte sich um das Verbot des nationalsozialistischen Organs „Der Völkische Beobachter"), den er der bayrischen Regierung gegenüber nicht ausführen konnte. Dem Berliner Verlangen, sofort den Abschied zu nehmen, erklärte Lossow in seiner Eigenschaft als Organ der bayrischen Regierung nicht nachkommen zu können. So war zwischen Bayern und Reichsregierung ein in seiner Art unerhörter Zustand eingetreten. Der neue bayrische Generalstaatskommissar, der frühere Ministerpräsident Herr von Kahr, und die Reichsregierung bzw. das Reichswehrministerium verkehrten öffentlich in höchst gereiztem Ton und in unerhörten Wendungen miteinander. Von der einen Seite hieß es: Partikularismus, Mangel an Disziplin in höchster Notlage des Vaterlandes; von der anderen: unzulässige Eingriffe in die bayrischen Rechte, Marxismus, Unordnung!

Noch verwickelter wurde die Lage durch die folgenden Momente: angesichts der geschilderten Zustände und auch des Wachsens der kommunistischen Bewegung in der allgemeinen wirtschaftlichen Not und Verzweiflung waren auch in Berlin Pläne erwogen worden, auf diktatorischem Wege nicht allein Ordnung zu schaffen, was ja nachher auch geschah, sondern auch zu regieren. Besonders dem Reichswehrminister Geßler und dem General von Seeckt lagen solche Pläne und Gedanken nicht fern. Vom Standpunkt der Machtfrage gesehen, hing alles von der Haltung der Reichswehr ab. Daraus ergaben sich verschiedene Fragen: würde die Reichswehr unter allen Umständen dem General Seeckt gehorchen und folgen, einerlei, ob, wenn er sie aufriefe, die Verfassung zu schützen, er selbst die Diktatur in die Hand nahm? Ferner: würde die Reichswehr auf nationale Organisationen schießen, wenn Seeckt den Befehl dazu gäbe? Ferner: war es denkbar, daß verschiedene Teile der Reichswehr aufeinander schössen, wenn der eine Teil mit der nationalen Bewegung ginge, der andere gegen diese vorgeschickt würde? Ferner: würde die Reichswehr gegen nationale Organisationen kämpfen, wenn diese unter dem Befehl Ludendorffs, des Quartiermeisters des Weltkrieges, marschierten? Schließlich: war es möglich, General von Seeckt mit der nationalen Bewegung in eine Linie und „Marschrichtung", zu bringen? Dieser Versuch ist verschiedentlich gemacht worden von Führern des Alldeutschen Verbandes, auch fand einmal

vor dem Konflikt zwischen München und Berlin eine Unterhaltung zwischen Kahr und Seeckt statt, die negativ, jedenfalls ergebnislos, verlief, ebenso wie Besprechungen zwischen Seeckt und dem Führer des Alldeutschen Verbandes. Das gleiche war zwischen Hitler und dem General von Seeckt der Fall. Die innere Lage Deutschlands hat damals in der Tat in den Händen des Generals von Seeckt gelegen, weil er die Macht hatte. Entschied er sich für die nationale Revolutionsbewegung, so war schon durch seine Entscheidung die nationale Bewegung an der Macht, denn gegen die geeinte Reichswehr gab es, auch auf der Linken, kein annähernd genügendes Gegengewicht.

Über die Motive, weshalb er den Schritt nicht tat, hat General von Seeckt sich selbst nicht geäußert. Man wird ungefähr soviel sagen können: der General wollte selbst nur unter der Bedingung die Macht, die er hatte, anwenden, wenn er glaubhaft sagen konnte, er tue es zum Schutze der Verfassung und der öffentlichen Sicherheit. Mit der Möglichkeit, daß solche Umstände einträten, hat er gerechnet, auch schon an vorbereitende Maßnahmen, wie Auswahl von Persönlichkeiten, gedacht. General von Seeckt war sicher nicht ohne Ehrgeiz, aber man sagte von ihm, daß er sich seiner Natur nach niemals an einem Unternehmen beteiligen würde, das ein erhebliches Risiko erfordert. Durchführung der nationalen Revolution bedeutete natürlich unter allen Umständen ein Risiko. Wie die Dinge laufen werden, kann man niemals in einem solchen Falle wissen, außerdem war es möglich, daß das feindliche Ausland mehr oder minder ernste Schwierigkeiten machen würde. Schließlich lagen die Dinge so, daß General Ludendorff kaum geneigt gewesen wäre, mit Seeckt irgendwie zu teilen. Später in einem Prozesse hat Seeckt sich ironisch dahin geäußert: die nationalen, nach Macht begierigen Politiker pflegten auf der Suche nach einem General zu sein, der dumm genug wäre, sich in den Dienst ihrer Machtgelüste zu stellen. Bei ihm seien sie damit an den Unrechten gekommen. General Seeckt ist als der Organisator der Reichswehr mit der Geschichte des nachrevolutionären Deutschlands so verbunden, es hat soviel Macht und Einflußmöglichkeit in seiner Hand gelegen, daß wir ihn auch als zeitgeschichtliche Erscheinung in unserer Betrachtung nicht unerwähnt lassen können. Seeckt ist nicht in dem Sinne, wie die nationalistischen Offiziere der alten Armee, Nationalist. Er empfindet noch weniger als sie, jedenfalls als die meisten von ihnen, den Zustand der geistigen und seelischen Umwälzung in Deutschland, sondern betrachtet die Verhältnisse und Faktoren lediglich taktisch. Damals würde er die Macht in die Hand genommen haben, wenn er nicht anders gekonnt hätte. Die Beurteilung der nationalrevolutionären Bewegung in Deutschland blieb bei Seeckt an der Oberfläche. Er empfand nicht den zukunftsträchtigen Geist der Hitlerpartei, nicht die Imponderabilien, die dieser neuen Bewegung innewohnten und von allen anderen unterschieden. Hitler war für ihn ein junger Mann, der nicht ernst zu nehmen sei. Andererseits trug Seeckt sich in den ersten zwanziger Jahren mit Gedanken einer gewaltsamen Befreiung Deutschlands vom französischen Joch, ohne daß sie zu wirklichen Plänen geworden wären. Bei allem war sein Grundgedanke, im Innern offene Konflikte zu vermeiden, alle Gewaltakte überhaupt, es sei denn zur Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Rahmen der Weimarverfassung. Ob er dabei dem Standpunkt und der Machtstellung der Linken Zugeständnisse machte, erschien ihm weniger wichtig. Ein Mann von großen militärischen Gaben und von erheblichen Leistungen, hatte er auch Blick für politische Lagen, es fehlte ihm auch wohl nicht die Bereitschaft, seine militärische Macht einmal in die Waagschale zu werfen, aber den Augenblick dazu wollte er nicht selbst herbeiführen, er hat es jedenfalls nicht getan, obgleich er jeden Augenblick in der Lage dazu gewesen wäre.

Trotz seiner positiv militärischen Leistung bleibt Seeckt die problematische Erscheinung eines egozentrischen Ehrgeizigen, der jede Lage nach ihrer Eignung als Mittel für seine persönlichen Ziele wertet und behandelt.

Zum Herbst 1923 bildeten sich in den nationalrevolutionären Kreisen zwei Hauptrichtungen heraus. Die eine unter der Führung von Kahr ging von dem Gedanken aus, daß das Kabinett Stresemann der letzte parlamentarische Versuch sein werde; wie dieser Mann übrigens selbst geäußert hatte. Was dann? Für diesen Fall wollte man ein Direktorium bilden, in dem Kahr, ein Wirtschaftsführer, ein politischer Führer und ein militärischer die leitenden Persönlichkeiten sein sollten. Die Personen sollten so ausgewählt werden, daß sie zunächst dem Ausland keinen Anstoß gäben. Gewalt wollte man nach Möglichkeit vermeiden und hoffte von Bayern aus die Reichswehr, jedenfalls eine genügende Anzahl einzelner Reichswehrkörper und Befehlshaber, zu gewinnen. Der Augenblick würde bald kommen, ihn müsse man abwarten, denn die innere Lage sei so unhaltbar, daß sie demnächst platzen müsse. Der Akt der nationalen Befreiung und Neugestaltung sollte von München ausgehen, aber in engster Verbindung mit den nationalen Kräften des Nordens. Anfang November veröffentlichten die Reichsregierung und der sozialdemokratische vorläufige Präsident Ebert einen Aufruf, der auch folgende Sätze enthielt:

„In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch zahlenmäßig nicht starke Kreise, versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volks, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben, vielleicht sogar die Brandfackel des Kampfes Deutscher gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen. Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit aller Kraft entgegenzutreten. Sie wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen ... Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel, um jedem Putsch mit Erfolg zu begegnen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eid ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertraut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für Ordnung und Freiheit des deutschen Reichs eintreten wird."

Trotz dieses zuversichtlichen Tones war sich die Reichsregierung der Unsicherheit der Lage bewußt. Sie wußte auch, wie gewagt ihre Hoffnung, ihr festes Vertrauen war, darauf, daß im Falle eines Konflikts „das gesamte deutsche Volk" für „Ordnung und Freiheit" eintreten werde; jedenfalls was diejenige Ordnung und Freiheit anbelangte, welche die Reichsregierung meinte, nämlich die demokratische, marxistisch bestimmte Republik von Weimar. Sie am allerwenigsten konnte von sich behaupten, daß sie Ordnung, Freiheit gebracht habe. Gerade der Geist der Unordnung, der inneren Unfreiheit war es ja gewesen, der selbst in sehr gemäßigten nationalen Kreisen die Ansicht hervorgebracht hatte: so könne und dürfe es nicht mehr weitergehen. Zu solchen Kreisen gehörte sogar der Jungdeutsche Orden. Dieser wandte sich in den ersten Novembertagen an den Generalstaatskommissar von Kahr: „Alles wartet mit fieberhafter Spannung, daß Euere Exzellenz endlich den Befehl zum Einsatz aller kampfbereiten Kräfte geben. Alles, was im Vaterlande deutsch gesonnen ist, schaut mit grenzenlosem Vertrauen auf Euere Exzellenz und sieht in Ihnen den Mann, unter dessen Befehl alle vaterländischen Verbände zum Befreiungskampf bereit sind. Handeln Sie, befehlen Sie, wagen Sie das eine Wort, und ganz Deutschland wird hinter Ihnen stehen" ... Der Jungdeutsche Orden stellte damals eine erhebliche Macht dar.

Man kann heute mit Sicherheit sagen, daß die Hoffnung der Regierung von einer

Geschlossenheit der Bevölkerung im Sinne der Weimarrepublik auf sehr schwachen Füßen stand. Alle wirkliche Hoffnung konnte eben nur auf die Reichswehr gesetzt werden. Nichts vermag den Grad der Spannung jener Wochen besser zu beleuchten, als die Tatsache, daß in der Öffentlichkeit eine solche Sprache geredet werden konnte, wie der Aufruf der Regierung und die Beschwörung des Jungdeutschen Ordens an Kahr, „endlich den Befehl zum Einsatz aller kampfbereiten Kräfte" zu geben. Gegen wen? Gegen die Reichsregierung, gegen die Verfassung!

Ob Kahr, Lossow usw. wirklich „losgeschlagen" haben würden, vermag niemand zu sagen und ebensowenig, ob sie überhaupt die Kraft zu solchen Entschlüssen besaßen. In der Tat stand diese Münchner Zentralstelle mit allen nationalen Verbänden, die für einen solchen Kampf in Betracht kommen konnten, in enger Verbindung. Ein Mal über das andere waren das Losschlagen und die Operationspläne, die Führerfragen, die Frage der künftigen Regierung, ausgiebig besprochen worden. Manche Gelegenheiten schienen verpaßt worden zu sein, und die Frage wurde immer häufiger gestellt, ob Kahr und die Seinen, und mit ihnen die Führer aus dem Norden, den Worten die Tat folgen lassen würden. Zweifelsohne ließ sich auch die Anschauung vertreten, daß ein Losschlagen, ein Putsch überhaupt nicht zweckmäßig seien. Man würde am Mut und der Tatkraft solchen Mannes nicht haben zu zweifeln brauchen. Wer aber den Streich für notwendig hielt und an seinen Erfolg glaubte, der mußte ihn auch führen, nachdem er seit Jahr und Tag und länger die Vorbereitungen getroffen hatte. Kahr hat später in dem Hitler-Ludendorff-Prozeß Anfang April 1924, auch bei anderen Gelegenheiten, selbst und durch andere seine Pläne dahin dargestellt, daß er mit nationalen Persönlichkeiten bzw. Führern des Nordens die politischen und wirtschaftlichen Pläne bereits fertiggestellt gehabt hätte; auch die Personen seien bestimmt gewesen, man habe nur noch den rechten Augenblick abwarten wollen. Die Aktion nicht zur Unzeit zu entfesseln, sei von größter Bedeutung gewesen. Bei allen Beteiligten habe der Wille bestanden, diese Neuordnung der Machtverhältnisse in Deutschland ohne bewaffneten Konflikt, ohne Bürgerkrieg, zu bewerkstelligen. Über das Wie hat man sich des näheren allerdings nie geäußert, sondern nur angedeutet, daß der Druck auf die derzeitigen Machthaber in Deutschland durch die verbündeten und unter sich organisierten nationalen Kräfte Deutschlands eben ein überwältigender geworden sein würde. Die Tatsache, daß Kahr Generalstaatskommissar Bayerns und General von Lossow der Befehlshaber der bayrischen Abteilung der Reichswehr, daß weit überwiegend das gesamte bayrische Volk national gesinnt war, also der Staat Bayern selbst die Basis für das Unternehmen bedeutete und sein ganzes Gewicht in die Waagschale gelegt haben würde, bedeutete eine außerordentlich starke Stütze und Aussicht; man vergleiche nur damit das Kappunternehmen, bei dem es sich lediglich um Personen und Organisationen handelte. Und doch blieb bei allen diesen und ähnlichen Kombinationen immer einfach die Frage entscheidend: was würde die Reichswehr tun, was würde überhaupt geschehen, wenn es zu bewaffnetem Konflikt mit der Reichswehr und einzelnen Teilen der Reichswehr gegeneinander käme? General von Seeckt sagte über diese Möglichkeit in einer persönlichen Unterhaltung: dann sei überhaupt alles aus und der Bestand des Reichs ebenfalls eine Erinnerung der Vergangenheit. Wie andererseits die Kreise um Kahr die Reichswehr, richtiger den Mann, dem sie gehorchten, den General von Seeckt, hätten gewinnen können, steht dahin, denn er hatte sich von Beginn der großen Krisis an klar und deutlich mit der Reichsregierung und dem Präsidenten Ebert identifiziert.

Hitler mit seiner Partei und einigen Verbänden hatte sich gegenüber der um Kahr

gesammelten nationalen Bewegung stets seine Selbständigkeit bewahrt und seine endgültige Haltung wiederholt ausdrücklich abhängig gemacht von dem Vorgehen oder Nichtvorgehen Kahrs. Er war immer der Treibende gewesen, und entschlossen, sich durch kein Hindernis zurückschrecken zu lassen. Seinem „Deutschen Kampfbund" waren angegliedert die Bünde: Oberland und Reichsflagge, außerdem hatte er ein Abkommen mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei und den ihr angeschlossenen Verbänden. Kahr seinerseits befand sich mit der Organisation Ehrhardt im Einvernehmen. Im Gegensatz zu Kahr rechnete Hitler mit einem tatsächlichen „Marschieren"; dabei ist nebensächlich, ob es, nach dem damaligen Schlagwort, ein „Marsch auf Berlin" tatsächlich geworden wäre. Schon seit längerer Zeit bestand zwischen Hitler und Ludendorff eine enge Beziehung. Daß die nationalistischen Kreise des Nordens durchweg zu Ludendorff standen und in ihm den Führer erblickten, haben wir gesehen, Kahr und seine Leute hielten ihrerseits die Heranziehung Ludendorffs als Führer für unmöglich, da die Widerstände in Nord- und Mitteldeutschland gegen ihn zu schroff seien und eine Beteiligung des Generals überhaupt ein friedliches Gelingen des Unternehmens als unmöglich erscheinen lassen würde. Hitler war dagegen der Ansicht: der Name Ludendorff werde genügen, um hinreichend große Teile der Reichswehr zu gewinnen, auch werde die Reichswehr unter keinen Umständen auf Truppen und Verbände schießen, die im Zeichen des Namens Ludendorff marschierten. Während bei Kahr ein bayrisches Vorurteil gegen Führung eines derartigen Unternehmens durch den Preußen Ludendorff bestand, erblickte im Gegenteil Hitler darin gerade das Zeichen für die Größe und die Deutschheit dieser, wie er sie nannte, „nationalen Revolution". Die Unterschiede und Gegensätze zwischen der Auffassung des Kahrkreises und Hitlers hatten sich, wie die Aussagen in dem Hitlerprozeß beweisen, seit dem Oktober 1923 mit steigender Deutlichkeit entwickelt. Im selben Maße wuchs das Mißtrauen Hitlers, ob Kahr tatsächlich den Entschluß zur Tat finden würde. Nach Ansicht des Verfassers kann man allerdings bezweifeln, ob Kahr, Lossow und der damals viel genannte Befehlshaber der Münchner Schutzpolizei, Oberst Seißer, auch nur die ernstliche Absicht gehabt haben, zum Entschluß zu kommen. Wegen der starken Kräfte und der Verbindung mit dem Norden, die hinter Kahr standen, vor allem auch wegen Lossow mit seiner Reichswehr, mußte für Hitler viel darauf ankommen, sich nicht von dem Kahrkreise zu trennen und sich nicht in Gegensatz zu ihm zu bringen, sondern ihn mitzureißen. Dann, so kann man annehmen, war Hitlers Ansicht, würden im Laufe des Unternehmens die stärksten Energien ohne weiteres die Führung übernehmen und behalten. Von Hitler hat man später gesagt, sein Ehrgeiz und ein durch Schmeicheleien übersteigertes Selbstgefühl wären mit ihm durchgegangen und hätten ihn dem Drange erliegen lassen, nach der Führung des Ganzen zu streben, nicht mehr, wie vorher, „der schlichte Trommler" zu bleiben und sich daran genügen zu lassen. Die Wahrheit sieht, wie meistens, einfacher aus: wie Hitler sich seinerzeit seine eigene Partei suchte und zu sechs Menschen der siebente wurde, in der ganz selbstverständlichen innerlichen Voraussetzung, daß er der Führer werden würde, so war es auch im November 1923. Hitler war bereit, sich militärisch Ludendorff unterzuordnen, aber die politische Führung wollte er haben, einfach, weil seine Natur, sein Wesen und seine Ziele es verlangten, und weil sein Instinkt ihm sagte, daß er die stärkste Energie und treibende Kraft unter den in Betracht kommenden Persönlichkeiten sei. Auch — wir wollen uns die inneren Zusammenhänge vor Augen halten — wollte Hitler im Grunde etwas ganz anderes als Kahr und seine Leute, als die verschiedenen nationalen Verbände und, das würde sich später gezeigt haben, auch als Ludendorff. Zunächst freilich schien das

Ziel für alle das gleiche, nämlich die Erringung der Macht im Staat. Aber dann würden sich die Wege geteilt, dann würden sich auch die Gegensätze mit unvermeidlicher Notwendigkeit persönlich wie sachlich zur Geltung gebracht haben. Man denke nur an das von Hitler aufgestellte Parteiprogramm mit seinen fünfundzwanzig Artikeln. Kahr und die um ihn gruppierten Personen und Organisationen waren durchaus national, aber ebenso durchaus bürgerlich und weit entfernt von einer wirklichen politischen und sozialen Verwandtschaft mit dem Hitlerprogramm und der Hitlerpartei. Sie wären auch bereit gewesen, sich schließlich mit den bis dahin in Deutschland herrschenden Gewalten irgendwie zu vergleichen, vorausgesetzt, daß die nationalen Strömungen zum Durchbruch gekommen wären. Hitler wollte etwas anderes, nämlich nicht nur, wie Kahr und seine Leute, den Marxismus entthronen, sondern eine bis auf den Grund gehende politische und soziale Umwälzung und einen Aufbau auf neuer Grundlage. In den ersten Novembertagen, so erzählte Kahr nachher vor Gericht, habe er mit allen Vertretern und Führern seine großen Pläne erörtert und dabei u. a. gesagt: „daß es ein Verbrechen wäre, wenn man die Reichswehr und die Polizeiwehr in die Notwendigkeit versetzen würde, bei Auflehnung gegen die Staatsautorität gegen vaterländische Verbände und Kreise mit der Waffe vorzugehen." — Hiermit hatte sich der Generalstaatskommissar seine Grenzen selbst gezogen, und zwar eng genug. In denselben Tagen war man mit Hitler übereingekommen, daß er nichts auf eigene Hand unternehmen wolle. Man fürchtete seine vordringende Tatenlust und wollte sich sichern. Im Grunde zeigte aber diese Abmachung, daß Kahr und seine Leute wahrscheinlich überhaupt nicht ernstlich auf einen Staatsstreich hinaus wollten, sondern auf ein Kompromiß mit den herrschenden Gewalten im Reiche. Auf alle Fälle hatte Hitler die Überzeugung gewonnen, daß die Dinge so nicht weitergehen könnten, daß, wollte man überhaupt etwas, ein entscheidender Impuls notwendig sei. Die Gelegenheit dazu gab Hitler eine Versammlung, die der Generalstaatskommissar am 8. November im Bürgerbräukeller zu München abhielt. Kahrs Führer waren sämtlich versammelt, auch sonst viele politische Persönlichkeiten nationaler Richtung. Die Versammlung war zahlreich besucht, da vorher angekündigt worden war, Kahr werde ein Manifest an die deutsche Nation verlesen. Jedenfalls sollte die Versammlung nicht etwa der Auftakt für eine revolutionäre Tat werden. Ganz unerwartet erschien während der Rede Kahrs Hitler im Saal, gefolgt von einer Anzahl Bewaffneter, verschaffte sich durch einen Schuß in die Saaldecke Ruhe und verkündete: Die nationale Revolution sei ausgebrochen, die Ausgänge des Saales seien durch sechshundert bewaffnete Nationalsozialisten besetzt. Dann forderte er den Generalstaatskommissar, ferner den General von Lossow und den Oberst Seißer auf, mit ihm in ein Nebenzimmer zu gehen. Dort drängte Hitler die drei, jetzt mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Zögernd entschlossen sie sich, nachdem vorher General von Lossow den beiden anderen zugeflüstert hatte: man müsse Komödie spielen!

Inzwischen hatte Hitler General Ludendorff aus seiner Wohnung holen lassen. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß Ludendorff unterrichtet war, auch genau wußte, worum es sich handeln würde. Wie gesagt, waren die Beziehungen zwischen Hitler und Ludendorff eng, und Hitler hatte seinen Plan, die nationale Revolution durchzuführen, auf Ludendorffs Beteiligung mit aufgebaut. — Nachdem sich der General, im Versammlungszimmer angelangt, zum Schein kurz und förmlich hatte unterrichten lassen, erklärte er sich einverstanden und gewillt, das Unternehmen mitzumachen. Nachdem Kahr, Lossow und Seißer ihre Zustimmung gegeben und sich auch formal verpflichtet hatten, trat Hitler mit ihnen und Ludendorff wieder vor die Versammlung und erklärte: in Bayern werde Kahr die Regierung

übernehmen, und zwar als Landesverweser, der Polizeipräsident Pöhner werde den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen. Die Berliner Regierung sei hiermit abgesetzt, die neue deutsche Regierung werde nunmehr hier in München gebildet werden; und zwar: er, Hitler, übernähme bis zur Abrechnung mit den Novemberverbrechern die Leitung der Politik in dieser provisorischen Nationalregierung. General Ludendorff übernähme die Leitung der neu zu bildenden Nationalarmee, General von Lossow würde Reichswehrminister, Oberst von Seißer Reichspolizeiminister. Jetzt gälte es, mit allen verfügbaren Kräften auf Berlin zu marschieren! — Unter dem Beifall der Versammlung verließ Hitler den Saal. Kahr, Lossow und Seißer, die als Gefangene zurückgeblieben waren, wurden, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben hatten, von Ludendorff — unglaublicherweise — entlassen. Von vornherein einig, fiel es ihnen nicht schwer, durch Telefon und Funkspruch Hitler und seinen Leuten das Wasser abzugraben und die Regierung wieder in die Hände zu nehmen, Reichswehr und Polizei in Bereitschaft zu setzen, die Kasernen den Beauftragten Hitlers zu verschließen.

Morgens, vor Tagesanbruch des 9. November, erfuhren Hitler und Ludendorff bereits, daß Kahr, Lossow und Seißer sofort — nach ihrer allzu sorglosen Entlassung durch Ludendorff — überall erklärt hatten, sie fühlten sich durch erzwungene Versprechungen nicht gebunden und würden mit allen Mitteln gegen die „Rebellen" vorgehen. Insbesondere General von Lossow hatte einem Obersten mitgeteilt: erforderlichenfalles werde seine Reichswehr mit Gewalt vorgehen und die Ordnung wieder herstellen. Im Verlaufe des Vormittages erließ Kahr ein Manifest, in dem er ungefähr das gleiche sagte. Sie seien von Hitler vergewaltigt worden, dieser habe Verrat geübt, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei hiermit aufgelöst, ebenso die beiden ihr angeschlossenen Bünde. Er, Kahr, behalte die vollziehende Gewalt in der Hand und werde „unbeirrt durch den Unverstand und die Tücke" ein deutsches Ziel verfolgen: unserem Vaterlande die innere Freiheit wiederzugeben.

Am Vormittag des 9. November befand sich tatsächlich die Macht bei Kahr, Lossow und Seißer. Hitler und Ludendorff gaben sich darüber keinerlei Täuschung hin. Für sie und die ihrigen handelte es sich um schnellste Entscheidung, was sie angesichts dieser Lage noch tun könnten und tun wollten. Man hatte sich im Bürgerbräukeller, dem Ort der gestrigen Versammlung, zusammengefunden und beschlossen, einen Demonstrationszug durch die Stadt zu machen. Der sollte eine Art „Erkundung" der Stimmung Münchens sein. Das Spiel war verloren. Voran gingen unbewaffnet und in Zivil Hitler und Ludendorff, unmittelbar gefolgt von den verschiedenen Unterführern, auch der erste Vorsitzende der Deutschvölkischen Freiheitspartei, der ohne Kenntnis des Anlasses nach München gekommen war, machte den Zug mit. Im Zuge hatte man das Gewehr ungeladen umgehängt. Als der Zug am Odeonsplatz angekommen war, feuerten Polizeimannschaften und Reichswehr auf die Spitze des Zuges, neunzehn der Vordersten lagen tot in ihrem Blut, eine Anzahl wurde verwundet, andere wurden verhaftet, darunter Ludendorff, jedoch dann auf Ehrenwort entlassen. Hitler wurde zwei Tage später verhaftet. Anfang April des nächsten Jahres fand die erwähnte Gerichtsverhandlung statt, Ludendorff wurde freigesprochen, Hitler zu fünf Jahren Festung verurteilt mit Aussicht auf Verkürzung der Strafe. So endete der sogenannte Hitlerputsch am gleichen Tage, der fünf Jahre vorher den Umsturz gesehen hatte.

Die Einzelheiten kommen für unsere Schilderung und Beurteilung nicht in Betracht, sondern nur das Ganze dieses wohl einzigartigen Vorganges, der sich in keinem anderen

Lande der Welt so hätte abspielen können. Die Frage, ob das Unternehmen gelungen wäre, wenn Kahr, Lossow und Seißer mit Ludendorff und Hitler gemeinsame Sache gemacht haben würden, läßt sich heute nicht beantworten. Selbstverständlich hätte sich Bayern in den Händen der Nationalrevolutionäre befunden, und man würde diese Position an sich vielleicht auch haben halten können. Es lag aber in der Situation, daß Bayern, auch in Verbindung mit anderen süddeutschen Ländern, nicht für sich allein betrachtet werden konnte. Bayern konnte nur Stützpunkt und Sprungbrett für das eigentliche Ziel des Unternehmens sein: die Beseitigung der Berliner Regierung und die Erringung der Macht im Reiche. Der Marsch auf Berlin hätte eine Art Feldzug bedeutet, der nur gelingen konnte, wenn die Truppen der Reichswehr an den bayrischen Grenzen und dann weiterhin in Mittel- und Norddeutschland sich Ludendorff und Hitler angeschlossen hätten. Die kampffähigen Organisationen in Nord- und Mitteldeutschland genügten militärisch nach Zahl, Ausrüstung und Ausbildung nicht der Aufgabe, die ihnen zugefallen wäre, nämlich die Macht dort zu gewinnen und Hitler und Ludendorff von der Thüringer Grenze an nach Norden den Weg freizumachen. Das Gelingen stand also auf jener einen Voraussetzung, daß der Name Ludendorff überall, wo sein Träger erschien, ohne weiteres siegte, daß die Beredsamkeit und vorstürmende Energie Hitlers Seelen und Willen gefangennahm. Der Verfasser dieser Schrift hat damals ein solches Unternehmen nicht für zweckmäßig gehalten, weil er am Erfolge zweifelte, auch schon im Sommer 1923 dem General von Lossow alles Mißtrauen entgegenbrachte. Nachdem Kahr und Genossen aber Hitler und Ludendorff verraten hatten, war die Sache ohne weiteres verloren. —

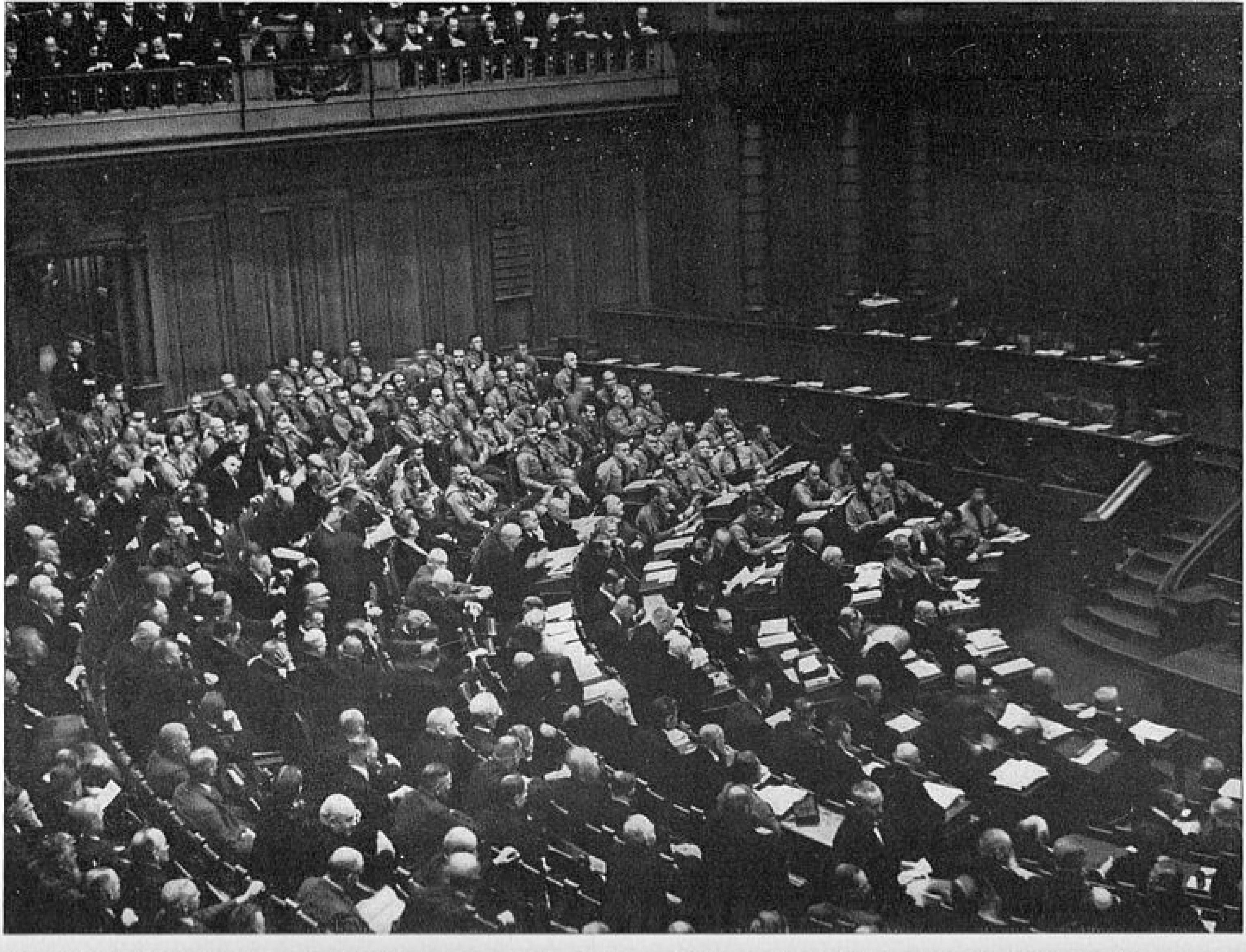
Im Prozeß des Frühjahrs 1924 wurde von den Angeklagten verschiedentlich mit Recht gesagt, daß Kahr und Lossow genau ebensogut wie sie auf die Anklagebank gehörten, denn Kahr und der General hatten ja von langer Hand her die ganz offen zugestandene Absicht verfolgt, die Reichsregierung, die Verfassung, das ganze System zu beseitigen, ein Direktorium zu bilden, alles, wenn irgend möglich, ohne Blutvergießen. Der Plan war ein anderer als der von Hitler. Wollte man aber Hitler und die Seinen als Hochverräter betrachten und verurteilen, so hatten Kahr und Lossow nicht nur Hochverrat geplant, sondern auch vorbereitet und intellektuell bereits ins Werk gesetzt, sowohl durch ihre Propaganda, wie durch ihre öffentlichen Erklärungen und ihre schroffe Stellung gegen die Reichsregierung, insbesondere Lossow gegen seinen militärischen Vorgesetzten, General von Seeckt. Psychologisch ist die Erklärung nicht schwer: alle, die das bestehende System erhalten und unter keinen Umständen einen wirklichen Konflikt wollten, sahen Hitler und Ludendorff als die einzigen gefährlichen Persönlichkeiten an, die zu einem großen „Schlag" imstande wären. In Hitler witterte man die revolutionäre Kraft und, nicht zu vergessen, Werbekraft, und die unmeßbaren Aussichten einer nationalen Arbeiterpartei. Eben hier war die Gefahr für das System. Den bayrischen Gegnern Hitlers lag besonders daran, ihn ein für allemal außer Gefecht zu setzen und die von ihm geschaffene Bewegung zu vernichten. Zu diesem Ziel war auch ein noch nicht erwähnter, mächtiger Faktor: die römische Kirche bzw. ihre Vertretung in München durch den Erzbischof Faulhaber und politisch durch die Bayrische Volkspartei am Werk. Über die Rolle der kirchlichen Organe in jenen Novembertagen ist Authentisches noch nicht ermittelt worden, aber es erscheint sicher, daß durch Organe der Kirche die Pläne Hitlers rechtzeitig vorher in München wie in Berlin bekannt geworden sind. Auf Einzelheiten kommt es auch hier wenig an, aber von großer Bedeutung ist und bleibt die Stellung der Kirche. Bereits in den vorhergegangenen Jahren hatten sich der

Erzbischof und andere Geistliche gegen das „Neuheidentum“ des Nationalsozialismus geäußert, insbesondere gegen ihr Zeichen: das Hakenkreuz. Auch sonst konnte die Kirche am allerwenigsten einen nationalen Sozialismus brauchen, auch nicht in Bayern.

Man mag den Hitlerputsch, selbst vom nationalen Standpunkt gesehen, als einen Fehler und weiter nichts bezeichnen, auch als Grund für diese Meinung anführen, er habe eben nicht gelingen können und vieles vernichtet, was sonst noch hätte wachsen und gedeihen können. Darüber ist kein Wort mehr zu verlieren. Was uns heute an dem mißglückten Versuch fesselt und unsere Anteilnahme erweckt, und was ihm dauernden Wert gibt, ist mehr persönlicher, psychischer Natur:

Adolf Hitler, 1919 ein unbekannter junger Mann, ohne Anhang, vollkommen machtlos, ohne Erfahrung, hatte innerhalb von vier Jahren sich eine Stellung geschaffen und eine Macht gewonnen, die ihn zu einem Faktor erster Ordnung in Deutschland machte. Es hat ihm niemand geholfen, auch nicht das Geld, er war nicht im Schatten einer Macht oder einer beherrschenden Persönlichkeit herangewachsen, er war auch durch keine listigen Schliche an die Oberfläche gelangt. Hitler hatte alles sich selbst zu verdanken, insbesondere seiner eigenen Arbeit der Propaganda und der Organisation, einer Doppelarbeit von unerhörter Intensität, Kraft, Zähigkeit und Geschicklichkeit. Nun hatte er, erfüllt von leidenschaftlicher Anteilnahme an allen Angelegenheiten des Vaterlandes und mit unbegrenztem Vertrauen zu sich selbst, die gewaltige Aufgabe in Angriff genommen, die nationale Revolution zu entfesseln und sie dann im Verein mit General Ludendorff durchzuführen. Ob er dieser Aufgabe gewachsen gewesen wäre, ist eine müßige Frage, die Hauptsache aber ist: er hatte das Höchste gewagt, furchtlos und unbekümmert, und war gescheitert. Dieses Scheitern war nicht das Mißglücken eines Versuchs, sondern eine Katastrophe, wie sie vollständiger kaum gedacht werden konnte: er selbst gefangen, einer mindestens einjährigen Strafe entgegensehend, die Partei, die er mit unsäglicher Mühe aufgebaut hatte, verboten. Alles schien vernichtet und verloren, jedenfalls lag die absehbare Zukunft undurchdringlich und düster vor ihm. Der große Prozeß vom April 1924 gab Hitler und seinen Freunden allerdings noch einmal Gelegenheit, ihre und der Partei Volkstümlichkeit gewaltig zu erhöhen und den nationalsozialistischen Befreiungsgedanken vor ganz Deutschland glänzend zu vertreten. Dies war wirklich einmal ein Prozeß, auf den der so oft unwahrerweise gebrauchte Ausdruck paßte, daß die Angeklagten zu Anklägern wurden. Ungebeugt traten sie alle ihre Strafe an. Hitlers Erklärung vor dem Urteil schloß mit den folgenden Worten: „Ihr Urteil, das Sie fällen werden, kenne ich. Aber jenes Gericht (die Geschichte) wird uns nicht fragen: Habt Ihr Hochverrat getrieben oder nicht? Jenes Gericht wird über uns richten, über den Generalquartiermeister der alten Armee, über seine Offiziere und Soldaten, die als Deutsche das Beste gewollt haben für ihr Volk und Vaterland, die kämpfen und sterben wollten. Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichtes der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichts zerreißen, denn sie spricht uns frei!“ —

Nr. 48. Die Einweihung des Schlageter-Ehrenmals auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf 1931



Nr. 49. Bei der Eröffnung des Reichstages am 13. Oktober 1930 erschienen 107 nationalsozialistische Abgeordnete im Braunhemd. Damals eine gewaltige Zahl! Wenig mehr als zwei Jahre später zogen 288 Abgeordnete der NSDAP. in den Deutschen Reichstag ein. Der Aufbruch der Nation hat begonnen!

Dawesgesetze, Locarno und die Nationalsozialisten

Der Prozeß hatte in allen völkischen Kreisen Deutschlands einen ungeheuren Widerhall: hier war doch einmal Wille zu entschlossener Tat, der Risiko nicht scheute, am Werk gewesen, ein Wille und Opfermut ohne egoistische Motive, reiner vaterländischer Idealismus! Was verschlug es demgegenüber, daß die Sache fehlgegangen war! Auch viele, welche Hitlers Weg zum Ziel aus irgendwelchen Gründen nicht als richtig befunden hatten, richteten sich innerlich auf an dem Geschehenen und fühlten sich angespornt, fortan zu dem großen Gedanken zu stehen, sich in seinen Dienst zu stellen. Im gleichen Frühjahr fanden Wahlen zum Reichstage statt, und hier entstand nun für den Nationalismus und für die gesamte völkische Bewegung eine neue Lage. Hitler hatte in den ersten Jahren eine Vertretung seiner Partei im Reichstage abgelehnt. Er versprach sich von einer solchen nichts, als geschworener Feind des Parlamentarismus. Als sich jener Deutschvölkische Freiheitsbund unter der Führung von drei Abgeordneten, die sich von der Deutschnationalen Volkspartei getrennt hatten, zu einer politischen Partei machte, war Hitler der Ansicht, es sei ein Fehler. Man dürfe dem Parlamentarismus nicht den kleinen Finger geben, das Ziel müsse auf nichtparlamentarischem Wege erreicht werden. Nun wurde freilich die Deutschvölkische Freiheitspartei, trotzdem sie Partei gewesen war, wegen Staatsgefährlichkeit im Jahre 1922 verboten, aber sie konnte, weil sie über drei Abgeordnete verfügte, immerhin nicht mundtot gemacht werden, sie hatte so immer eine öffentliche Vertretung. Je größer die Willkür der Regierungen in Deutschland wurde, je rücksichtsloser und brutaler ihr Kampf gegen die nationale, besonders die völkische Bewegung, desto wertvoller, ja unerläßlich erschien eine parlamentarische Vertretung für die völkische bzw. nationalsozialistische Bewegung in Deutschland. Hitler, niemals dogmatisch, verschloß sich solchen Erwägungen nicht, und so beschloß man in engster Verbindung mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei für die Frühjahrsreichstagswahlen 1924 gemeinsam Kandidaten aufzustellen. Da die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verboten war, so fand man sich unter dem Namen: „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" für die Wahlen und bis auf weiteres zusammen. Die Wahlen ergaben für die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" zweiunddreißig Abgeordnete. Das war ein glänzendes Resultat, denn die Partei des Südens war verboten, ebenso wie ihre Presse, ihre Organisation zerschlagen worden waren. Außerdem hatte sie außerhalb Münchens überall erst in den Anfängen gestanden. Die Deutschvölkische Freiheitspartei hatte als Organisation in der Hauptsache nur die früher deutschnationale Anhängerschaft der drei Abgeordneten, wirkliche Organisierung darüber hinaus hatte nicht durchgeführt werden können, war doch auch die neu gebildete Freiheitspartei verboten worden. Erst kurz vor den Wahlen

wurde das Verbot aufgehoben. Der große Erfolg hatte nicht zum wenigsten seine Ursache in der Werbekraft des Hitlerprozesses, dazu kamen die verzweifelte Stimmung im Lande, das wirtschaftliche Elend und die Empörung über den marxistischen Einfluß im ganzen Reiche. Die Partei bzw. Fraktion stand unter der Führung des früheren Deutschnationalen von Graefe, die Nationalsozialisten wurden vertreten durch Gregor Straßer, als Platzhalter Hitlers, der auf der Festung saß und sich weigerte, von dort aus zu leiten, weil er nicht genug in Fühlung mit der unmittelbaren Wirklichkeit sei. General Ludendorff war ebenfalls, und zwar auf Anregung des norddeutschen Teils, also der Freiheitspartei, in den Reichstag eingetreten. Man erblickte in ihm das Bindeglied zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen der nationalsozialistischen und der völkischen Freiheitsbewegung. Die vereinte Bewegung zusammenzuhalten, mußte das Ziel der Führer sein, und man hatte sich daran gewöhnt, die Namen: Ludendorff, Hitler, Graefe als die Verkörperung dieser Einigkeit und Einheit zu betrachten. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Vereinigung, eine „Zusammenlegung" an und für sich allen Grundauffassungen Hitlers widersprechen mußte, wie wir sie in einem früheren Abschnitt kennengelernt haben. Er wollte allein sein und allein führen, weil er wußte, daß hierin seine Stärke lag und er auf die Dauer so auch den anderen völkischen Parteien und Bünden gegenüber der Führende werden würde. Der 9. November zwang Hitler, das Kompromiß einzugehen, weil ja die verbotene Partei als solche keine Kandidaten aufstellen konnte. Ludendorff hatte im Grunde die Absicht, als Oberführer alles Völkische und Nationalsozialistische unter sich zu einen, von Graefe war als Verehrer Ludendorffs damit einverstanden, während seine Organe bestrebt waren, die Organisation der Freiheitspartei möglichst auch in den Gebieten zu erweitern, die nach vorhergegangenen Abmachungen den Nationalsozialisten zustanden. So kam schon sehr bald Uneinigkeit, Eifersucht und Mißstimmung in die Reihen der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung. Daran konnte eine große und an sich glänzende Kundgebung und Tagung der Gesamtbewegung zu Weimar nichts ändern. Und als im Frühherbst des Jahres 1924 der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen auf den November desselben Jahres anberaumt worden waren, vergrößerten sich die Spannungen und wurden zu Rissen, bildeten sich neue Bünde, zeigte sich persönliche Streberei, kurz, es traten alle jene betrüblichen Zwietrachtserscheinungen ein, welche seit bald einem halben Jahrhundert die völkischen und deutschsozialen Bewegungen nie zu einer großen Entwicklung hatten kommen lassen. Besonders seitens der Nationalsozialisten war die Mißstimmung gegen die Freiheitsparteiler immer mehr angewachsen, man behauptete, die letzteren benutzten die Festungszeit Hitlers, um die Nationalsozialisten politisch zu übervorteilen, Meinungsverschiedenheiten sachlicher Art und über Kandidaturen kamen hinzu, und so war es kein Wunder, daß die neuen Wahlen des Novembers 1924 ein sehr schlechtes Ergebnis zeitigten: die nationalsozialistische Freiheitsbewegung sank von zweiunddreißig auf vierzehn Abgeordnete, womit sie nicht einmal die Stärke einer Fraktion erreichte, also annähernd einflußlos in den neuen Reichstag einzog. General Ludendorff war auch in dem neuen Reichstage vertreten. Daß an ein einiges Zusammenarbeiten wie früher nicht zu denken war, stand von vornherein fest, ein Zustand der Unsicherheit und beinahe allseitigen Mißtrauens hatte Platz gegriffen. Die Beziehungen zwischen Graefe und Hitler waren durch Graefes Besuche auf der Festung zwar aufrechterhalten worden, aber das Vertrauen bestand nicht mehr, und Hitler hat damals besonders Graefe und dessen Parteiorganen den Vorwurf gemacht, daß sie seine Lahmlegung auf der Festung in politisch unlauterer Weise auf Kosten der alten Hitlerschen Organisationen zur

Stärke und Ausdehnung der Freiheitspartei benutzt hätten. Die Propagandisten, Gauleiter der beiden Bewegungen gelangten in wachsenden Gegensatz zueinander, und es war unvermeidlich, daß sich diese Gegensätze auch im Reichstage selbst auswirkten. Die Lage blieb solange in der Schwebe, bis nach rund Jahresfrist Hitler aus der Festung mit Bewährungsfrist entlassen wurde, denn nur er konnte die Entscheidung treffen, was aus dem bisherigen Verhältnis und dem gemeinsamen Arbeitsplan der beiden Parteien werden sollte. Alle möglichen Erwägungen und Bestrebungen waren im Gange, als Hitler die Entscheidung traf, daß er mit allen, die sich jetzt wieder zu ihm bekannten, seine Partei ganz von neuem wieder aufbauen werde. Darin lag also auch ohne weiteres die Trennung von der Freiheitspartei. Das nie tatsächlich bestandene „Triumvirat": Ludendorff-Hitler-Graefe ging auseinander, Ludendorff erklärte, er könne nur in der Führung der gesamten völkischen Bewegung sein, nicht eines Teils derselben. Zwischen Hitler und Graefe wurde das schon lange schwelende Zerwürfnis nun unheilbar und zur ausgesprochenen Gegnerschaft. Die Abgeordneten und die Unterführer der alten nationalsozialistischen Freiheitsbewegung hatten sich jetzt zu entscheiden, welcher Führung sie folgen wollten, ebenso stand es im Lande.

In den völkischen und nationalistischen Kreisen war die Klage ziemlich allgemein, daß nun wieder Uneinigkeit ein großes Werk zerstört habe, und besonders gegen Hitler wurde der Vorwurf der Eigenbrötelei erhoben. Verschärft wurden die Verhältnisse noch dadurch, daß das Gerücht verbreitet worden war, Hitler habe seine Befreiung aus der Festung nur dadurch erkauft, daß er sich der Geistlichkeit, also Rom unterstellt habe. Es wurde als Hitlers Äußerung kolportiert: er habe seinen Frieden mit Rom gemacht. Das wollte sagen, so meinte man, daß Hitler nunmehr den völkischen Gedanken bzw. den nationalsozialistischen nicht mehr rückhaltlos vertreten wolle, noch könne, sondern nur in den Grenzen römischer Wegweisung. Hierdurch wurden verschiedene, u. a. der Verfasser dieser Schrift, entscheidend beeinflußt, sich nicht für die wieder neu gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu entscheiden, sondern bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu bleiben, obgleich er und andere ihren sozialen Auffassungen nach innerlich zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gehörten.

In der gemeinsamen Reichstagstätigkeit der beiden Gruppen während des Jahres 1924 waren die Unterschiede und Meinungen gerade auf diesem, dem sozialen Gebiet noch nicht hervorgetreten. Der Sommer 1924 war ganz ausgefüllt von dem Kampf um die Dawesgesetze und die Aufwertung der durch die Inflation entwerteten Werte.

Ebenso wie die Dawesgesetze das ganze Gebiet außenpolitischer, innerpolitischer und wirtschaftlicher Fragen umfaßten, so brachte dieser Kampf auch den ganzen Gegensatz der Sammelpartei gegen den durch Dr. Stresemann vertretenen Kurs zum Ausdruck. Stresemann und seine Leute hatten in den aussichtslosen Ruhrkampf hineingeführt, hatten ihn, als es parteipolitisch zweckmäßig erschien, liquidiert und dann alles darangesetzt, um Deutschland durch das internationale Kapital zu „retten". Die Vertreter der Weltfinanz hatten sich großmütig dazu bereit erklärt, aber gleichzeitig verlangt, daß die nationale deutsche Währung, die Rentenmark, beseitigt und durch eine internationale Währung ersetzt würde, unter Gründung einer Bank, die zwar, um das deutsche Volk zu täuschen, Reichsbank heißen sollte, aber nichts anderes war als eine Filiale der großen New-Yorker Bankgruppen. Damit wurde Deutschlands Wirtschaft und Politik in die Hand der Weltgeldmacht gelegt. Zugleich wurde die Höhe der an die feindlichen Mächte jährlich zu zahlenden Tribute auf unerschwingliche Beträge festgesetzt. Sie wurden bemessen auf Grund der „moralischen Schuld" Deutschlands,

nämlich der als wahr unterstellten Lüge, Deutschland habe den Ausbruch des Weltkrieges verursacht. Unter dem Druck der Verhältnisse „bekannte" sich die deutsche Regierung mit ihren Parteien zu dieser Lüge. Ferner: während der ersten Verhandlungen der Weltfinanz im Winter 1923/24 hatten deren Vertreter der deutschen Regierung gesagt, sie würden nur unter der Bedingung eine Kreditwürdigkeit Deutschlands anerkennen, falls der deutsche Staat sich im Innern entschulde. Die deutsche Regierung kam diesem Ersuchen bereitwillig nach und strich die sämtlichen Verpflichtungen aller ihrer Gläubiger, ein Vorgehen, das jedes Gefühl für Treue und Glauben zwischen Staat und Staatsbürgern zerstören mußte. Millionen von deutschen Sparern, von Staats- und Hypothekengläubigern wurden damit nicht allein entrechtet, sondern dem Elend und vielfach dem Hungertode preisgegeben. Es konnte dem Gedanken wie der Ausführung nach nichts geben, was die Tiefe des Gegensatzes der nationalsozialistischen Anschauungen zu denen des geltenden Systems besser verdeutlicht.

Fügt man hinzu, daß die Dawesgesetze neben dem Geldwesen auch noch die Eisenbahn dem Staate nahmen, seine gesamte Wirtschaft unter Kontrolle stellten, so ist klar, daß die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung im Kampf gegen die Dawesgesetze den Kampf gegen die Todfeinde ihrer Staats- und Lebensanschauung führte. In keinem andern Volk war es möglich, daß sich nicht nur ein Kabinett, sondern eine Reichstagsmehrheit fand, welche die Herrschaft des internationalen Geldes über das ganze Volk, seine Wirtschaft und seine Politik freiwillig durch Reichsgesetz festlegte. Man muß hinzufügen, daß diese Mehrheit nicht etwa schweren Herzens, nicht etwa einem unwiderstehlichen Zwange sich unterwerfend, jene verruchten Gesetze zur Wirklichkeit werden ließ, sondern mit Freude, ja, Triumph. Die Sozialdemokratie, welche viele Millionen Handarbeiter auf diese Weise der Versklavung und dem Elend preisgab, rühmte sich: diese Gesetze seien ein glänzender Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Sie wollte Stresemann den Ruhm nicht lassen, ohne ihre führende Unterstützung „den Weg ins Freie" gefunden zu haben. Sie mußte wissen, ebensogut wie es damals die Nationalsozialisten gewußt haben, daß zu den Folgen jener Gesetze notwendigerweise auch die Arbeitslosigkeit gehören werde. Das gleiche gilt für den damaligen Finanzminister Dr. Luther, der von der Tribüne des Reichstages inständig bat, man möge doch recht schnell die Gesetze bewilligen, dann würde die Erwerbslosigkeit verschwinden; auch dieser Minister mußte wissen, daß das Gegenteil der Fall sein würde, wie die Jahre nachher es gezeigt haben. Es kann nicht unsere Absicht sein, auf die Einzelheiten jener Zeit einzugehen, so wichtig und weittragend sie auch sein mögen. Hier kommt es darauf an zu zeigen wie grundsätzlich und ihrem innersten Wesen nach sich die Anschauungen der nationalsozialistischen bzw. völkischen Bewegung und die des damaligen Staates entgegenstanden. Es offenbarte sich bei der Gelegenheit der Dawesgesetze und sechs Jahre später des Youngplanes der theoretisch oft dargelegte Gegensatz, mitten in verhängnisvoller Praxis: die Sozialdemokratie als die starke, mächtige Vertreterin des internationalen Sozialismus in Deutschland, sie, welche seit ihrem Bestehen sich nicht hatte genug tun können in Ausdrücken des Abscheus gegen den Kapitalismus, war jetzt der entscheidende Faktor, um die Herrschaft eben desselben Kapitalismus über Deutschland und namentlich über die deutsche Arbeit und den deutschen Arbeiter herbeizuführen und, welch grausame Ironie! durch *deutsches* Reichsgesetz festzulegen! Die Sozialdemokratie lieferte damit den Tatbeweis, daß sie die Dienerin des internationalen Geldes ist und keinen Augenblick zögert, die Handarbeiterschaft eben diesem Gelde auszuliefern. Die internationale Finanz hat immer nur das eine, gleiche Interesse: das Geldgeschäft um seiner selbst willen, hierzu die Völker, in

erster Linie deren ehrlich arbeitenden Teile und den Ertrag ihrer Arbeit sich dienstbar zu machen.

Die Sozialdemokratie und die anderen Parteien, welche für die Bewilligung dieser versklavenden Gesetzgebung eintraten, haben, besonders nachher, erklärt, es sei eben eine harte Notwendigkeit gewesen. Die Unwahrheit solcher, nur taktisch verständlichen Behauptungen geht zum Teil aus dem Gesagten schon hervor, zum anderen aus der Tatsache, daß jene Parteien und ebensowenig die Regierung auch nur versucht haben, die Bedingungen zu verbessern, was möglich gewesen wäre. Abgesehen hiervon war es auch gar nicht nötig, den Weg internationaler Anleihen in dieser Weise zu beschreiten, zumal der Anfang einer nationalen Währung bereits mit vollem Erfolg geschaffen worden war. Und hätte man seit 1919 anstatt der internationalistischen eine nationale Wirtschaftspolitik getrieben, so wäre jene Notlage überhaupt nicht eingetreten.

Das Schlimmste von allem, die eigentliche Wurzel der Unversöhnlichkeit des Gegensatzes, begründete sich aber in dem Fehlen des nationalen völkischen Willens schlechthin, ja, die sogenannten Erfüllungsparteien und was hinter ihnen stand, betrachteten jede nationale Willensregung als etwas ihrem Wesen Todfeindliches. Und mit Recht, das, was den anderen Völkern eine selbstverständliche Eigenschaft und Pflicht war, galt hier als ein Frevel an der „Menschheit", als Reaktion und Beschränktheit des Geistes, als Maulheldentum, als etwas, das aller Moral und Vernunft widerspreche. Man glaubte, von der Sozialdemokratie bis weit in die Deutschnationale Volkspartei hinein, an eine früher oder später erwachende „Weltvernunft", an ein „Weltgewissen". Man war überzeugt, ist es auch heute noch, daß nur „Kriegspsychose" jene auf Zugrunderichtung Deutschlands hinzielende Politik hervorgerufen habe, und daß sie mit der angeblichen Psychose verschwinden werde. Man war weiterhin überzeugt, daß der Augenblick kommen werde, an dem die anderen Mächte, gerührt von der Erkenntnis, daß die Deutschen voll guten Willens seien und zahlten, soviel sie könnten, nunmehr den verlorenen Sohn an ihr Herz drücken und Deutschland helfen und fördern würden, wieder blühend und stark zu werden. Sie begriffen nicht und haben auch heute nicht begriffen, daß der Vernichtungskrieg von 1914—18 gegen Deutschland nach zehnjähriger kühler und zielbewußter Vorbereitung geführt wurde mit dem Ziel, Deutschland, wie die Engländer sich ausdrückten, zum Krüppel zu schlagen (Germany must be crippled), ihm das Rückgrat zu brechen. Das war weitgehend nach vierjährigen ungeheuren Opfern an Geld und Blut gelungen. Welchen Grund sollten die Mächte nun haben, Deutschland zu helfen, wieder zu werden, was es vorher gewesen war? Gewiß kann es, z. B. für Großbritannien, erwünscht sein, daß Deutschland stärker wäre als es ist, um ein festländisches Gegengewicht gegen Frankreich für Großbritannien zu bilden. Großbritannien würde aber niemals zulassen wollen, daß Deutschland wieder ein Machtfaktor höheren Ranges werde; nicht zu reden von Frankreich, das seine „Sicherheit" nur dann erreicht zu haben glaubt, wenn Deutschland ohnmächtig, willenlos und womöglich zerstückelt am Boden liegt und Frankreich am Rhein steht.

Nathenau glaubte etwas Bedeutendes auszusprechen, als er in dem von ihm geliebten prophetischen Ton sagte: „Die Wirtschaft ist das Schicksal"! Das Wort war ein Plagiat des napoleonischen: „Die Politik ist das Schicksal"! Das eine ist so oberflächlich wie das andere, aber das Originalwort war der Ausdruck des Machtbewußtseins eines großen Mannes und Eroberers, der mit dem deutschen Dichter über Schicksalsdramen sprach, das andere nur das Effekthaschen einer eitlen jüdischen Literatennatur. Dieser Rathenausche

Ausspruch bezeichnet auch die Auffassung und die Stimmung der Richtung in Deutschland, die wir unter dem Namen der Erfüllungsparteien zusammenfassen. Sie dachten immer nur: Wirtschaft, wirtschaftliche Notwendigkeiten, wirtschaftliche Möglichkeiten! Diese ausschließliche Art der Betrachtung und Richtung wäre immerhin erträglich und unschädlich geblieben, ja nützlich geworden, wenn man unter Wirtschaft nationale Wirtschaft verstanden hätte. Nicht aber internationalistische Wirtschaft, mit Deutschland als dem Objekt der internationalen Finanz, das nur leidender Teil in der sogenannten Weltwirtschaft sein konnte.

Die Bereitwilligkeit zu „erfüllen" kommt auch im allgemeinen der deutschen Eigenart entgegen, das eigene Ich aufzugeben, aushöhlen zu lassen und den deutschen Willen in sich zugunsten eines fremden auszulöschen. Diese alte deutsche Schwäche ist durch den Krieg und zielbewußte Einwirkung in einem seit hundert Jahren nicht dagewesenen Grade gestiegen. Man ist bereit, sich auch innerlich aufzugeben, sich in Fremdes, Feindliches einpressen zu lassen, zu dienen. Im Grunde sind alle Redewendungen von Menschheit, Weltvernunft und Weltgewissen nur Selbsttäuschungen, wenn auch oft genug unbewußt angewendet, über diese Schwäche und Haltlosigkeit, für diesen Mangel an innerer Eigenkraft und Glauben an das Deutsche. Von der internationalen Finanz und deren Organen zielbewußt genährt, ist in der Bevölkerung die Ansicht und noch mehr: die Stimmung erzeugt worden, daß die politische Rolle Deutschlands ein für allemal vorbei und von einer deutschen Eigenmacht überhaupt nicht zu reden sei. Die Zukunft liege für den Deutschen im Bestreben, den „Weg zur Menschheit" bahnen zu helfen und als Vorstufe für die allgemeine Vereinigung in jenem Fabelwesen „Menschheit" den europäischen Gedanken mit aller Inbrunst zu pflegen und einen „engstirnigen" Nationalismus bei sich und bei anderen zu bekämpfen. Der Marxismus verbindet mit dieser Scheinideologie zwanglos seine besonderen Ziele, der Liberalismus ebenfalls, und das Judentum bedient sich beider.

Die Denaturierung des Deutschen zum „Europäer" würde den nationalistischen Mächten Europas dauernd die risikolose Möglichkeit geben, nach Belieben mit dem deutschen Lande und der deutschen Bevölkerung zu verfahren. Die Denkschrift der Finanzsachverständigen, die die Dawesgesetzentwürfe anbahnte, enthielt u. a. den Gedanken: nach Annahme jenes Planes bedürfe Deutschland einer auswärtigen Politik nicht mehr, sondern habe einfach dauernd alle Kräfte anzustrengen, um jedes Jahr die „Reparationen" als Sühne für seine schwere Kriegsschuld zu zahlen. Dieses Wort ist vergessen, der Dawesplan durch den schlimmeren Youngplan ersetzt worden, und das Bestreben ist das gleiche geblieben.

Der Dawesplan, die Art, wie er aufgedrängt und verwirklicht wurde, war auch von symbolischer Bedeutung. Die Zumutung war berechnet auf ein entartetes Deutschland, auf ein deutsches Volk, das reif geworden sei zur Denaturierung und damit zum Untergang in seiner Eigenschaft als Volk. Diese Berechnung setzte den Fortgang des inneren Volksverderbens voraus, wie es im November und Dezember 1918 zum Ausbruch gekommen war. Auch in Frankreich hatte es nicht lange nach Deutschland Inflation gegeben. Auch nach Frankreich wandten sich damals die Vertreter der Finanzmächte, sie wollten „sanieren" wie in Deutschland. Die Franzosen waren anderer Auffassung. Die gegnerischen Parteien taten sich unter Poincaré zusammen, durchdrungen vom nationalen Willen: Frankreich nicht den internationalen Geldmächten auszuliefern, und das Vorhaben gelang. Man wird einwenden, daß Frankreich siegreich und Deutschland zusammengebrochen war. Gewiß hätte Deutschland es schwerer gehabt, aber Frankreich in gleicher Lage wie Deutschland würde unter keinen

Umständen sich willig die Schlinge haben um den Hals legen lassen, denn gesammelter einheitlicher Volkswille setzt sich immer durch. —

Die nationalsozialistische Bewegung hat den Kampf gegen die Dawesgesetze mit allen Kräften vergeblich geführt, und nach ihrer Bewilligung durch die Mehrheit des Reichstages feierlich erklärt, daß sie dieselben niemals anerkennen werde. Der Akt der Dawesgesetzgebung und was ihr folgte, ging für die nationalsozialistische Bewegung an Bedeutung weit über die eines politischen oder wirtschaftlichen Aktes hinaus. Es handelte sich um einen entscheidenden Schritt, das ganze deutsche Volk dem internationalen Gelde dienstbar zu machen, also um einen weltgeschichtlichen Triumph des Geldes. Das Wesen des Geldes als einer Macht und das Wesen des deutschen Volks sind einander auf Tod und Leben entgegengesetzt. Auf die Dauer muß das eine das andere vernichten. Das wissen die Träger der Geldmacht; aber im deutschen Volk wissen es nur die Träger des Nationalsozialismus. Wir haben das nationalsozialistische Programm eingehend betrachtet, dem Leser ist danach die grundlegende und schicksalhafte Natur dieses Gegensatzes klar. Er beherrscht und enthält im Grunde auch alle anderen Gegensätze des Nationalsozialismus gegen die in Deutschland herrschenden Gewalten und Richtungen.

Die Vertreter der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" im Reichstage waren 1924, abgesehen von den Kommunisten, die einzige Partei, welche in ganz gerader Linie die Dawesgesetzgebung bekämpfte und, ohne einem Kompromiß zugänglich zu sein, ablehnte. Die Ablehnung der Kommunistischen Partei erfolgte aus Motiven, welche im Gegensatz zu denen des Nationalsozialismus standen.

Der Kampf des Nationalsozialismus gegen diese Gesetze wurde in Deutschland nur von einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung verstanden und gewürdigt. Man warf den Nationalsozialisten, auch im Reichstage selbst, in erster Linie vor, daß sie die politischen Wirklichkeiten und harten Notwendigkeiten nicht verständen, noch verstehen wollten, sondern in politischen Phantastereien lebten. Die Politik, welche Dr. Stresemann treibe, die „nationale Realpolitik", werde Deutschland langsam, mühsam und allmählich zur Freiheit führen, das sei sein einzig großes Ziel. Die Nationalsozialisten seien zu töricht, um das zu verstehen. Sie glaubten, nationale Politik treiben, bestehe in großen Worten. Die Bedeutung der Versklavung eines großen Volks und Landes wurde am allerwenigsten begriffen: es sei doch ein großes Glück und der einzige Weg zur Rettung, daß Deutschland endlich Geld und Kredit vom Auslande erhalte. Dieses Unverständnis hat seinen tiefen und trüben Sinn:

Unter den vielen spießbürgerlichen „Sprichwörtern" der Deutschen gibt es auch eines: „Geld regiert die Welt". In ihm liegt sehr vorsichtige moralische Mißbilligung dieses Zustandes, aber man resigniert: „merke dir, mein Sohn, daß es so ist, daß das Geld überall auf der Erde herrscht und alles beherrscht, und — — richte dich danach!" Das ist die „Moral" des Durchschnittsdeutschen. Die nordische Mythologie weiß vom Fluch des Goldes zu erzählen, von der tragischen Schuld und dem Untergange derer, denen das Gold zum Schicksal wurde. Gold als Schicksal war Fluch und führte zum Untergang, war Schuld. Der deutsche Bürger von heute denkt anders, nämlich so: das Geld herrscht nun einmal, man muß das wissen, um „lebensklug" zu werden, denn man muß sich mit ihm gut stellen, wenn es geht; womöglich Vorteil daraus schlagen, mißbilligend nutznießen, denn das Leben sei ja nun einmal so und nicht anders. An Auflehnung, an Änderung dieses entwürdigenden Zustandes denkt der Durchschnittsdeutsche nicht. Ihm ist die Herrschaft des Geldes eine naturhafte Notwendigkeit, mit der er sich eben abzufinden habe. Spricht er oder liest er von der „hohen

Finanz", von der „Bankwelt", was sie getan habe oder wolle, so bedeutet es dem deutschen Philister das gleiche wie eine Wettervoraussage: ob gut oder schlecht, man muß es hinnehmen. Und der Philister lächelt schadenfroh, wenn er urteilt: ja auch die Regierungen müssen sich dem Gelde beugen, Geld regiert die Welt, deshalb sollen die da oben sich nichts einbilden!

Als sich während der Verhandlung über die Dawesgesetze die Vertreter aller beteiligten Regierungen in London zusammengefunden hatten, hieß es jeden Tag in der Presse Deutschlands: Heriot habe dieses oder jenes gesagt, MacDonald sei erkältet, die deutschen Minister hätten ausgezeichnete Eindrücke gewonnen, ein französischer Minister sei für einen Tag nach Paris gefahren, werde wahrscheinlich am nächsten Tage zurückkehren usw. Solches Zeitungsgewäsch, wie man es gewohnt ist, verstummte eines Tages, anstatt dessen brachte die gesamte deutsche Presse in Riesenbuchstaben die erschütternde Kunde: die Bankiers der Welt sind in London angekommen! Hinter ihnen verschwanden die „Staatslenker", Minister und Delegierten, das war eine Selbstverständlichkeit, sie hatten nichts mehr zu sagen, interessierten nicht mehr. Und der Bürger staunte, lächelte verschmitzt: ja, ja, Geld regiert die Welt! Und dem Michel war ja seit Wochen eingeschärft worden: die allmächtige Hochfinanz wolle Deutschland retten, sei ihm wohlgesinnt unter der Voraussetzung, daß es wirklich guten Willens sei. Ja, man trieb es soweit, daß der Außenminister Stresemann in einem Ausschuß des Reichstags mit geheimnisvoller Eindringlichkeit sagte: aber meine Herren, die Amerikaner haben es uns ja gesagt, sie schlagen unsere Schlachten, wir haben uns nur ruhig zu verhalten und die Bedingungen anzunehmen, die für Deutschland den Weg ins Freie bahnen werden! Man sollte glauben, daß die „Hochfinanz" das deutsche Volk frei und gesund machen wolle. Und das politisch so grenzenlos naive deutsche Volk hat es geglaubt und glaubt es zum großen Teil noch.

Daß das Geld eine unwiderstehliche, dabei wohltätige Macht sei, ist in Deutschland kein neuer Glaube. Er liegt unausgesprochen auch im Grundgedanken des Liberalismus, hat aber seit dem vorigen Jahrhundert die deutsche Bevölkerung viel tiefer und viel umfassender durchdrungen als gemeinhin geahnt wird. Während der Regierung Kaiser Wilhelms des Zweiten ist die Anbetung des Geldes und die Anerkennung seiner Allmacht weiter gewachsen. Neu hinzu kam die Überzeugung, daß die Deutschen selbst als Geldmacht Herrschergewalt auszuüben hätten. Sie fühlten sich also als „vom Bau". Sie standen mit dem Gelde auf Duzfuß und zwinkerten der internationalen Geldmacht zu: ja, wir beiden! Nach dem Kriege war es damit vorbei, die Geldmacht ist wieder das große Schicksalswesen, mit dem man sich unter allen Umständen und auf alle Bedingungen hin gut zu stellen habe, denn sie verlangt Gehorsam. So ist es auch verständlich, daß die im Geldunterwürfigkeitswahne befangene Mehrheit des Parlaments und ihre Gefolgschaften im Lande die Haltung der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung als geradezu irrsinnig betrachteten. Auflehnung gegen die Geldmacht, das konnte es für jene nationale Realpolitik nicht geben, durfte es nicht geben. Denn das, was Stresemann und die Seinen „real" nannten, war gerade die unbedingte Anerkennung der internationalen Geldmacht als des Herrn.

In diesem Zusammenhange kann die Tätigkeit der sogenannten großen Presse nicht übergangen werden. Sie ist seit Jahrzehnten unaufhörlich am Werk, der deutschen Bevölkerung die Göttlichkeit der Geldmacht als eine der ewigen Wahrheiten zu predigen. Ein Volk, das vermessen und töricht genug sein könne, sich gegen diese Macht aufzulehnen, sei dem Untergang unrettbar geweiht. Die geheimnisvollen ungeschriebenen Gesetze des Handels

und der Wirtschaft würden nur von den großen Bankherren genügend übersehen, denen ja das Wohl der Welt und der Menschheit vor allem anderen, unbekümmert um den eigenen Vorteil, am Herzen liege. Und dreimal wehe, wenn gewissenlose Menschen es sich etwa beifallen lassen könnten, an der Goldwährung zu rütteln! Es sei im Gegenteil für jedes Volk eine Gnade und ein ganz unberechenbarer Vorteil, wenn es von der Weltfinanz zur Goldwährung zugelassen werde. Und nun das moralisch schuldige Deutschland, der Weltverbrecher von 1914! Darf er etwas anderes empfinden als Dank und immer nur Dank dafür, daß die Geldmacht sich seiner annehmen will? Natürlich, die Bedingungen können ja nicht leicht sein, aber das muß eben geduldig ertragen werden!

Diese Schilderung der dauernden Einwirkung durch die Presse ist leider nicht einmal übertrieben. Man war im Jahre 1924 und später ohne weiteres bereit, jedes Zugeständnis auf Kosten der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Staates zu machen. Worte wie: Würde, Stolz gab es ernstgemeint schon lange nicht mehr, sie galten als Renommisterei, im besten Falle als weltfremde politische Romantik. Man mußte doch begreifen, daß nun endlich die tatsächliche „nüchterne Wirklichkeit", ungeschmälert und klar ausgesprochen, in ihre Rechte trat. Und diese „Wirklichkeit", das einzige, was nicht „Romantik" war, das war das Geld, die Geldmacht, das sind die „Gläubiger der Welt". Wodurch sie das geworden waren, danach fragte niemand. Um so eifriger rechnete man sich und anderen vor, daß die „Gläubiger der Welt" das größte Interesse an Deutschlands wirtschaftlicher Kräftigung hätten. Man dachte nicht daran oder verschwieg es, daß der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, hätte die „Bankwelt" ihn nicht gewollt. Hätte die „Bankwelt" nicht den Zusammenbruch Deutschlands erstrebt, so wäre er nicht eingetreten. Hätte die „Bankwelt" nicht den Eintritt der Vereinigten Staaten in die Reihen der Feinde Deutschlands gewünscht, so wären sie neutral geblieben, trotz Unterseekrieg; der Präsident Wilson selbst hat das im Senat zu Washington kaum verschleiert erklärt. Es war die „Bankwelt" gewesen, die ungeheure Summen in den Kriegsmateriallieferungen an die verbündeten Feinde Deutschlands angelegt hatte und nun unter keinen Umständen wollte, daß diese „Interessen" durch einen Sieg Deutschlands oder einen unausgefochtenen Krieg verlorengehen sollten. Hätte die „Bankwelt" darauf bestanden, so würden Großbritannien und seine Bundesgenossen die Hungersperre der Blockade gegen Deutschland nicht haben verhängen können; Deutschland hätte über Holland während der Dauer des Krieges Baumwolle, Kupfer, Gummi und Lebensmittel erhalten, um den Krieg vielleicht zu gewinnen, aber die „Bankwelt" hatte das nicht gewollt, denn sie beherrschte die Vereinigten Staaten.

Allein die Vertreter der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bestritten damals die Behauptung: der Weltfinanz könne daran gelegen sein, Deutschland politisch und wirtschaftlich gesunden zu lassen, und gar sich dafür einzusetzen. Gesundung, richtig verstanden, bedeutete — und bedeutet! —: unabhängig werden vom internationalen Gelde. Es war und bleibt ein Widersinn, daß das internationale Geld bereit sein könnte, seinen deutschen Sklaven selbst die Mittel zu geben, sich zu befreien, und noch dazu, nachdem es soviel gekostet hatte, Deutschland zum Sklaven zu machen.

Vor dem Kriege war man in Deutschland allgemein der Ansicht: Großbritannien werde nie Krieg gegen Deutschland führen, weil wir sein bester Kunde seien. Ebenso ein Trugschluß ist die Annahme: die internationale Finanz könne an dem wirtschaftlichen Wohlergehen eines unabhängigen Deutschlands Interesse haben. Das „Interesse" beschränkt sich auf das Bestreben, den Sklaven arbeitswillig zu halten und entsprechende Verhältnisse zu schaffen,

damit seine Arbeit genügenden Gewinn für die Weltfinanz abwirft. Ihr aber muß die Arbeit gehören, von ihr muß der Arbeiter abhängig sein.

An dieser eigentlichen Grundlage der Dinge kann die selbstverständliche Bemühung der Führer der Weltfinanz und ihrer Büttel, oberflächliche und scheinbare Vorteile und Erleichterungen für die deutsche Wirtschaft zu erlangen, nicht das geringste ändern. Man hat so oft gehört, daß irgendein führender Finanzmann erklärte, das deutsche Wohlergehen sei notwendig für das Wohlergehen der Welt. Viele Personen öffentlicher Geltung und die meisten Zeitungen begrüßen solche Äußerungen als ein Zeichen „beginnender Vernunft" oder als Einsicht und Unparteilichkeit der Weltfinanz immer mit dem unvermeidlichen Kehrreim: und jetzt muß sorgfältiger denn je darauf geachtet werden, daß diese edle und wohlwollende Weltfinanz nicht verletzt oder irre gemacht wird. Nur den guten Willen ununterbrochen zeigen, beweisen, daß die Deutschen „moralisch abgerüstet" haben!

Wenn also die Vertreter der nationalsozialistischen Idee die Dawesgesetze und die wesensgleichen, noch schlimmeren Younggesetze des Jahres 1930 ablehnten und beiden nach Vollzug die Anerkennung verweigerten, so liegen die Ursachen und Motive viel tiefer, sie sind viel umfassender, als daß man hier lediglich von der unterschiedlichen oder gegnerischen Auffassung eines politischen und wirtschaftlichen Weges oder einer verschiedenen Methode sprechen könnte. Es handelt sich vielmehr um einen so tiefen Gegensatz grundsätzlicher und anschauungsmäßiger Art, daß ein Ausgleich unmöglich ist. Für den einen bedeutet das Geld und vollends seine Herrschaft, den Feind, für den anderen ist es die umworbene Autorität, der erhabene Schirmherr. Daraus folgert, daß zwischen diesen beiden Richtungen ebensowenig eine Verständigung über Freiheit wie über den nationalen Gedanken möglich ist. Für den einen ist die Verwirklichung des nationalen Gedankens Ziel, für den anderen finstere Reaktion oder im besten Falle Übergangsstadium zu „Europa" und weiterhin zur „Menschheit".

Der August 1924 hatte der Weltfinanz die durch deutsches Reichsgesetz verbriefte Fronherrschaft über das deutsche Volk, sein Land und seine Arbeit gebracht. Das sollte der „Silberstreifen an dem bis dahin so düsteren Horizont des deutschen Volks" sein. Um die Jahreswende 1924/25 ließ der Außenminister Stresemann auf außenpolitischem Gebiet die entsprechenden Schritte folgen. Damals begann jener Weg, der unter dem Namen Locarnopolitik weltbekannt geworden ist. Welches war der politische Grundgedanke?

Um diese Politik richtig zu verstehen, muß man daran erinnern, daß sie der Anregung des damaligen britischen Botschafters entsprungen ist. Dieser war mit Recht der Auffassung, daß es den Interessen Großbritanniens zuträglich sein würde, wenn Deutschland gegenüber Frankreich die Westgrenzen von 1919 ausdrücklich, und zwar freiwillig, anerkenne, und sich ebenso freiwillig einer dauernden internationalen Kontrolle der deutschen Rheinlande unterwerfe. Die Franzosen klagten und beschwerten sich dauernd: der Vertrag von Versailles sei deutscherseits nur gezwungenermaßen anerkannt worden, er biete keine Bürgschaft. Deswegen verlange Frankreich ein Bündnis mit England, da es die einzige wirkliche Sicherheit: die Rheingrenze, nicht erhalten habe.

Der Minister Stresemann, seit jungen Jahren Parlamentarier, ohne genügende Kenntnis des Auslandes, trotz schneller Intelligenz und großer Rednergabe ein kleiner Mann, aller Schmeichelei im höchsten Maße zugänglich, wurde mit leichter Mühe von jenem geschickten englischen Diplomaten zum eifrigen Helfer gemacht. Auf dessen Anregung ging er mit Begeisterung ein, seine Schritte sorgfältig, sogar seinen eigenen Kabinettskollegen,

verheimlichend, bis der Plan durch Notifizierung an Frankreich und Großbritannien nicht mehr von deutschen Gegnern verhindert bzw. zurückgehalten werden konnte. Der Minister bot Frankreich an: freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages, Internationalisierung der Rheinlande, das Versprechen, niemals eine kriegerische Lösung von Konflikten mit den westlichen wie den östlichen Nachbarn zu unternehmen. Das Zugeständnis war ein geschichtliches Ereignis, denn die deutsche Regierung erkannte so den Diktatfrieden von Versailles ganz freiwillig, ohne Notwendigkeit an und gab die eigentliche Herrschaft über die Rheinlande — abgesehen von der nominellen deutschen — den „am Rhein interessierten Mächten“ preis.

Auf Grund der Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege waren die Bedingungen des Versailler Diktats festgelegt worden. Die freiwillige Anerkennung dieses Gewaltaktes durch den Locarnovertrag im Herbst 1925 bedeutete trotz der Scheinablehnung der „moralischen Schuld“ Deutschlands am Weltkriege das Eingeständnis, daß Deutschland der tatsächliche Schuldige sei. Die neue deutsch-polnische Grenze, deren Unerträglichkeit sich jeden Tag zeigt, eine für Deutschland wahrhaft „blutende Grenze“, werde man nicht mit Gewalt zu ändern versuchen. Auch dieses Zugeständnis machte das Kabinett Stresemann in Form einer feierlichen Versicherung. Nach reichlich halbjährigem Verhandeln und nachdem die beiden Westmächte den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde zur Bedingung des Inkrafttretens der Locarnoverträge gemacht hatten, erfolgte deren Abschluß im Herbst 1925 zu Locarno. Ein Jahr nachher trat Deutschland vertragsgemäß in den Völkerbund ein, der alles andere, nur nicht einen Bund der Völker bedeutet. Was war der Grundgedanke der viel berufenen Locarnopolitik?

Seine Träger, in erster Linie der Außenminister Stresemann, ferner die Phantasten des sogenannten Verständigungsgedankens, die Finanzkreise und der größte Teil der Wirtschaftsvertreter glaubten, daß auf diesem Wege nicht allein eine Verständigung mit Frankreich hergestellt werden würde, sondern eine tatsächliche, auf Vertrauen beruhende Freundschaft der beiden benachbarten Staaten und Völker, auf dem Boden einer vollkommenen Gleichheit. Die fortwährenden Klagen und Beschwerden der französischen Seite: Frankreichs Sicherheit sei durch Deutschland bedroht, glaubte man in Berlin durch die Zugeständnisse und Verpflichtungen von Locarno aus der Welt schaffen zu können. Man nahm sie ernst und glaubte durch ein so „beispielloses Beispiel“ eines guten Willens endlich den Weg zum edlen Herzen Frankreichs gefunden zu haben. Frankreich und Deutschland als Freunde, politisch und wirtschaftlich eng verbunden, so hieß es, würden den dauernden unstörbaren Frieden Europas bedeuten, außerdem den Aufbau eines neuen wirtschaftlichen Wohlstandes für Deutschland gewährleisten. Sei das aber der Fall, so könne es auch nicht zweifelhaft sein, daß Frankreich früher oder später zu einer Änderung der deutsch-polnischen Grenze seine Zustimmung gäbe. Diese von vornherein jeder wirklichen Voraussetzung entbehrende Hoffnung hatte der britische Botschafter beim Minister Stresemann erweckt. — Weit über alle diese noch so wichtigen politischen Einzelfragen hinaus aber fußte die Locarnopolitik auf dem irrigen Glauben: es handele sich wirklich darum, Frankreich über seine „Sicherheit“ zu beruhigen, dann erst stehe der auf Vertrauen beruhenden aufrichtigen Freundschaft und dem dauernden Frieden in Europa nichts mehr im Wege. Die Pläne der deutschen Locarnopolitiker aber gingen noch weiter. Ihr Wunsch hieß und heißt auch heute noch: Europa, Vereinigte Staaten von Europa! Das ist das Ziel der „Bankwelt“. Es handelt sich dabei um eine neue Konzentration des kapitalistischen Systems mit dem Ziel, die machtlosen

Staaten Europas, in erster Linie Deutschland, unter Ausnutzung der Schwäche des deutschen Nationalbewußtseins zu unterjochen.

Diese von allen Trägern der Erfüllungspolitik betriebene „Europa"politik steht in schroffem, unüberbrückbarem Gegensatz zur nationalsozialistischen Idee. Das braucht nach dem Gesagten nicht mehr bewiesen zu werden. Einerseits die Idee der deutschen Nation als kraftvolle unabhängige Macht zwischen den anderen Völkern und Nationen, auf der anderen Seite der Gedanke, daß das deutsche Volk mehr oder minder allmählich aufzugehen habe im „Europäertum", daß es das Objekt der mächtigen Völker und der Weltgeldmacht sein und hierin seine Zukunft erblicken müsse, — das sind die beiden Auffassungen! Es gibt unter den Propheten der „Vereinigten Staaten von Europa" einige, die aufrichtig glauben, Deutschland werde mit Frankreich und den andern Staaten als unabhängige Macht zusammen für den „Fortschritt der Menschheit" arbeiten. Gemeinsame wirtschaftliche und politische Bande auf Grund freiwilliger Selbstbeschränkung würden alle europäischen Staaten umschließen! Aber trotzdem werde sich Deutschland als Großmacht mit Wehrkraft und voller politischer Freiheit behaupten. Aber nur wenige wohlmeinende Schwärmer denken, glauben und hoffen das. Die meisten erblicken die Zukunft Deutschlands in bewußtem und endgültigem Verzicht auf politische Macht und Unabhängigkeit. Sie finden sich bereitwillig ab mit der Stellung Frankreichs als der führenden Macht in Europa. Deutschland soll nicht daran denken, selbst führen oder politisch auch nur etwa mitsprechen zu wollen, eine zur Selbstverteidigung starke Armee zu besitzen, eine unabhängige Außenpolitik zu treiben. Diese Zeiten seien nun einmal vorbei. Der Weltkrieg habe gezeigt, daß die Deutschen vom Schicksal nicht dazu bestimmt seien, Großmacht zu sein. Warum Unmöglichem nachjagen, noch dazu um den Preis unmenschlicher Blutopfer und furchtbaren Volkselends! Aufgabe der Deutschen gerade sei etwas ganz anderes als das Streben nach äußerer Macht; — und dann folgt das Lied auf den Internationalismus, auf die „deutsche Kulturmission in der Welt" usw. Und in dieses Lied stimmen alle Feinde deutscher Größe ein, und wir hören besonders von Frankreich her: ja, das Deutschland Goethes und Kants! Diesem Deutschland habe immer Frankreichs Liebe gegolten, ebenso seine unbeschränkte Anerkennung der deutschen Kulturmission. Das entspreche auch dem Wesen des „eigentlichen" Deutschen, der sich von der rohen und kulturfeindlichen Verpreußung ferngehalten habe. Das wahre deutsche Volk habe sich 1918 von der preußischen Tyrannenherrschaft befreit, nun möge es auch die Folgerung ziehen und „das Deutschland der Menschheit" werden. — —

Die „Europa"politik müßte in ihren Folgen mit einer unausweichlichen Notwendigkeit zur Auflösung des deutschen Volks und damit des Deutschtums führen. Der deutsche Gedanke würde verschwinden, der Deutsche würde in bewußter Vermischung mit den anderen europäischen Rassen zugrunde gehen, die deutsche Kultur würde in dem Mischmasch einer „europäischen" Zivilisation verschwinden. Und ob die äußere Form noch eine Zeitlang bliebe: mit Deutschland, mit dem Deutschen Reich wäre es zu Ende! Wie gesagt, ist die Zahl derjenigen Menschen in Deutschland nicht klein, welche mit einer solchen „Entwicklung" durchaus einverstanden wären und diesen Vorgang tatsächlich für eine Entwicklung zu etwas Höherem halten. Der Internationalismus ist durch Liberalismus und Marxismus tief in die deutsche Bevölkerung eingedrungen, die Irrlehre vom Fortschritt der Menschheit hat viele Millionen deutscher Hirne verwirrt. Und alle anderen Nationen und Mächte zeigen das lebendigste Interesse daran, daß sich dieser deutsche Zersetzungsprozeß vollziehe. Man rechnet mit der deutschen Schwäche: sich, besonders nach dem Verlust des Krieges, solchen

Tendenzen hinzugeben, den feindlichen Kräften keinen Widerstand zu leisten und sich damit zu trösten und vor sich selber zu rechtfertigen: es helfe ja doch nichts, „die Entwicklung“ sei nun einmal so. Dazu kommt als äußerer Antrieb die mächtige Steigerung des Verkehrs, der in Zukunft an Stärke und Vielfältigkeit noch zunehmen wird. Es ist klar, daß ein Volk den auflösenden Kräften des Verkehrs erliegt, wenn es nicht die innerlichen Gegenkräfte besitzt. Umgekehrt wird ein Volk, das die Idee seiner Eigenart und Kraft als heiliges Feuer in sich trägt, durch lebendigstes Interesse an allem, was außer ihm liegt, nur Bereicherung und Stärkung erfahren.

Die nationalsozialistische Bewegung ist einer Verständigung und Annäherung der Völker in keiner Weise abgeneigt, im Gegenteil entschlossen, sie zu fördern, immer unter der Voraussetzung der Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volks, seiner anerkannten und tatsächlichen Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Das Wort „Verständigung“ ist schon während des Krieges in Mißkredit geraten, weil es verfälscht wurde. Die damals sogenannten Verständigungspolitiker in Deutschland betrachteten Verständigung als eine einseitige Handlung. Unausgesprochen oder nicht, bewußt oder nicht, ging die Verständigungspolitik von der Voraussetzung aus, daß eigentlich diejenigen recht hätten, welche von Deutschland Unterwerfung verlangten und Ergebung in einen Dauerzustand der Unfreiheit. Wir mußten erleben, daß die Verständigungspolitik, die gleichbedeutend war mit der Erfüllungspolitik, nur eine fortgesetzte Unterwerfung auf Kosten des eigenen Rechtes und der eigenen Möglichkeiten bedeutete. Der Nationalsozialismus begreift unter Verständigung *etwas Gegenseitiges*, nicht Unterwerfung auf der einen, Forderungen, die von Drohungen und Druck begleitet werden, auf der anderen Seite. Gegenseitiges Sichverständigen in Streitfragen, auch in grundsätzlichen Fragen mit anderen Völkern, das entspricht durchaus den Auffassungen und Anschauungen des Nationalsozialismus. Die Anwendung dieser beiden entgegengesetzten Anschauungen auf die Praxis der Außenpolitik hat sehr bald gezeigt, auf welcher Seite die sachlich richtige Überlegung stand. Die Jahre der Erfüllungspolitik bilden einen einzigen Beweis dafür, daß die Mächte — besonders Frankreich — mit denen sich die Erfüllungspolitiker „verständigen“ wollen, niemals an Verständigung auf gleicher Basis denken. Sie trieben vielmehr eine Politik der fortgesetzten Erpressung, und sobald eine deutsche Regierung einen Schritt zurückwich, rückte Frankreich entsprechend einen Schritt vor, um zu neuer Erpressung zu schreiten. So ist es auch heute noch.

Der Nationalsozialismus hat in Wort und Schrift die Verständigungs- oder Erfüllungspolitik als aussichtslos bezeichnet, nicht aus blindem Oppositionsgeist oder Maulheldentum, nicht aus phantastischer Selbsttäuschung, sondern, weil er sich einen durch Vorurteile und eigene Wünsche ungetrübten Blick bewahrt hat. Der Nationalsozialismus hat die anderen Nationen psychologisch richtig beurteilt auf Grund ihrer Wesensart, ihrer jahrhundertelangen Geschichte und in nüchterner Erkenntnis ihrer Ziele. Er hat aus dem Verhalten anderer Nationen nie das geschlossen, was wünschenswert gewesen wäre, sondern nur das, was die Folge ihres bisherigen Handelns sein müsse. Die Jahre nach dem Novemberumsturz haben ohne Ausnahme die Richtigkeit des nationalsozialistischen Urteils ergeben.

Was die Ära Stresemann anmaßend nationale Realpolitik nannte, hat sich als eine internationalistische Phantastenpolitik gezeigt. Von phantastischen Voraussetzungen und Selbsttäuschungen ging auch die Politik der deutschen Republik nach Locarno aus. Die Vertreter der nationalsozialistischen Bewegung erkannten das von vornherein und erblickten in dieser Politik den Weg zu einer fortschreitenden Internationalisierung und gleichzeitigen

Versklavung Deutschlands durch das internationale Kapital. Die Vertreter der Ära Stresemann scheiterten an ihren eigenen Illusionen.

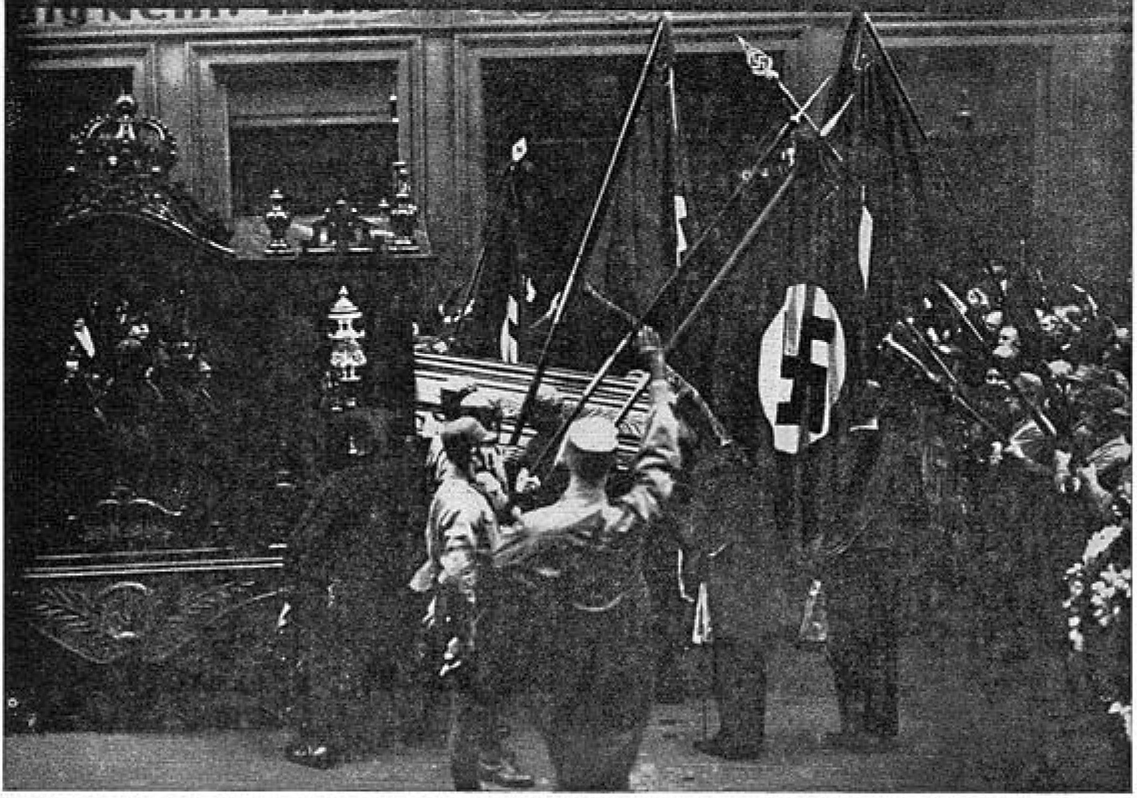
Deutschland hatte sich, wie ein sozialdemokratischer Jude freudig im Reichstag erklärte, bis aufs Hemd entwaffnet. Stresemann und seine Leute glaubten fest, nach dieser Entwaffnung würden auch Frankreich, Belgien und Polen abrüsten. Umgekehrt war die Folge: Frankreich und seine Bundesgenossen bestanden auf Deutschlands Wehrlosigkeit und dauernder Kontrollierung, während sie selbst ihre Rüstung fortgesetzt erhöhten. Stresemann und seine Leute hofften, Frankreich werde nun eine andere Stellung zum Versailler Vertrag annehmen und dessen „Revision" ins Auge fassen. Im Gegenteil: Frankreich erklärte ein über das andere Mal, daß eine Besserung der französisch-deutschen Beziehungen nur auf dem Boden strengster Innehaltung des Versailler Vertrages möglich sei. Die Träger der Stresemannschen „Verständigungs"politik nahmen an: Frankreich und seine Bundesgenossen würden nunmehr die Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands zurücknehmen. Das Gegenteil geschah: die Mächte erklärten, die Schuld Deutschlands am Kriege sei nach wie vor die Grundlage des Versailler Diktates mit allen seinen Bedingungen. Die Träger des Stresemannkurses hatten geglaubt, die Mächte würden eine zugunsten Deutschlands veränderte Stellung zur polnischen Grenzfrage einnehmen. Nein, Frankreich erklärte, seine Ostgrenze liege an der Weichsel, Großbritannien und die anderen Mächte ließen diesen französischen Standpunkt gelten. Stresemann und seine Leute waren überzeugt, der nunmehr so glänzend erwiesene „gute Wille" Deutschlands werde die Mächte veranlassen, die unerträgliche Höhe der deutschen Zahlungen herabzusetzen. Das Entgegengesetzte trat ein: die Mächte gingen vom Dawesplan zum Youngplan über, der die Schlinge nur noch enger zog und nur noch schwerer zerreißbar machte. — —

Die Jahre der Erfüllungspolitik haben in summa den Beweis erbracht, daß eine wirkliche Verständigung mit Mächten wie Frankreich, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei nicht möglich ist. Alle diese Völker sind Todfeinde Deutschlands, ihrem Wesen, ihrer Geschichte und ihrer Entstehung nach. Polen und die Tschechoslowakei sind 1918 eigens dazu geschaffen worden, um Deutschland und das Deutschtum in seinem Leben zu bedrohen. Das unausgesetzte Bestreben beider ist auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichtet. Nicht anders steht es mit Frankreich, ihrer Patronatsmacht. Die Franzosen können im besten Falle Deutschland als gefügigen und willenlosen Diener gebrauchen. Das ist von Anfang an die Erkenntnis der nationalsozialistischen Bewegung gewesen, die Erfahrung hat ihr recht gegeben. Auch hier stehen sich in Deutschland also zwei Auffassungen und politische Grundrichtungen unversöhnlich gegenüber. Daran wird auch dann nichts geändert, wenn etwa in irgendeiner außenpolitischen Tagesfrage eine Übereinstimmung stattfinden könnte, wenn z. B. in der Frage der Abrüstung Vertreter des Erfüllungskurses und Nationalsozialisten einmal die Ansicht teilten, daß nach ergebnislosem Ausgange der Abrüstungsverhandlungen Deutschland im Völkerbunde nichts mehr zu suchen habe. Eine solche gelegentliche Übereinstimmung kann die inneren Gegensätze nicht berühren.

Es steht hier aber noch etwas anderes zur Diskussion, das nicht allein die Regierungen angeht, sondern das ganze deutsche Volk und nicht minder jeden einzelnen Deutschen: Die nationalsozialistische Bewegung ist gefühlsmäßig und ihrer durch die Erfahrung bewährten Überzeugung nach unbedingter Feind der für das heutige Deutschland typischen Anbiederung und Anschmeichelung bei anderen Mächten, insonderheit bei denen, die unsere Todfeinde sind. Die politischen Gegner des Nationalsozialismus sagen: da Deutschland, selbst wenn es

wolle, einen Krieg nicht führen könne, so müsse man sich eben möglichst gut mit allen anderen Mächten stellen und hoffen, daß diese ihre Vorurteile gegen Deutschland ablegten. Das Hauptübel sei, daß man in den anderen Staaten Deutschland überhaupt gar nicht kenne. Man müsse ihnen also Gelegenheit geben, den Deutschen kennenzulernen und festzustellen, daß der im Auslande mit Recht verhaßte deutsche Militarismus nicht mehr bestehe, ebensowenig wie jene brutale preußische Überhebung verbunden mit engstirnigem Nationalismus. Wir haben hier wieder mit einem verhängnisvollen Irrtum des deutschen Spießbürgers zu tun. Die anderen Völker, z. B. Franzosen und Polen, kümmern sich wenig darum, ob die Deutschen bis dahin von ihnen verkannt worden seien oder nicht. Sie erblicken im Deutschen einfach einen Feind, im „besten" Falle ein ärgerliches Hindernis, das zu beseitigen sei. Alle deutschen Eigenschaften, die geeignet wären, diesem Ziel Widerstand entgegenzusetzen, machen den Deutschen für jene Völker nur noch hassenswerter. Dieser Haß wird gelegentlich, wenn es der Vorteil erheischt, versteckt, er bleibt aber immer unauslöschlich bestehen. Die sogenannten Verständigungsaktionen durch Vereine, durch Besuche, durch Reden erwecken entweder Verachtung und Widerwillen oder werden dazu benutzt, um auf Kosten Deutschlands irgend etwas durchzusetzen.

Die anderen Nationen besitzen ein stark ausgebildetes Gefühl für eigene Ehre und Würde. Die Franzosen haben sich nach 1871 niemals das geringste vergeben. Sie waren, nach einer Redewendung des damaligen Leitaufsatzschreibers im Pariser „Temps", des nachmaligen Ministerpräsidenten Tardieu, bereit, mit Deutschland das „politische und diplomatische Kleingeld" auszutauschen, aber zu keiner Annäherung, keiner Verständigung. Bei jeder internationalen Berührung amtlicher oder persönlicher Art: formelle Höflichkeit bei kältester Zurückhaltung, keinerlei Reagieren auf das dauernde törichte, psychologisch unrichtige Zuneigungswerben von seiten der Deutschen, in dem leider oft genug der Deutsche Kaiser an der Spitze stand. Das war in der Zeit, als Deutschland, der Sieger von 1870/71, groß, reich und mächtig und unabhängig in Europa dastand. Heute ist Deutschland der entwaffnete, verstümmelte, mißhandelte Fronknecht Europas. Und gerade in dieser Lage wäre es nicht allein deutsche Pflicht, sondern müßte dem Empfinden jedes Deutschen entsprechen, den Verkehr mit den Unterdrückernationen auf das formell unbedingt Notwendige zu beschränken und immer eingedenk zu sein, daß es eine wirkliche Verständigung mit Todfeinden nicht gibt und daß der Geknechtete sich selbst und seinen Nachkommen diesen Todfeinden gegenüber Stolz und Zurückhaltung, alles in allem: Form! schuldig ist. Romanen wie Angelsachsen haben diese Eigenschaft, die Deutschen lassen es zum großen Teil mehr denn je daran fehlen.



Nr. 50. Die Beisetzung des Studenten Horst Wessel, 1930, der durch kommunistische Mörderhand fiel

Nr. 51. Studenten bei der Skagerrakfeier anläßlich des Stahlhelmtages zu Breslau 1931

Nr. 52. Im Zeichen von Harzburg: Hitler im Gespräch mit einem Stahlhelmführer

Nr. 53. Unübersehbar sind die Braunen Bataillone geworden
1931 Aufmarsch in Weimar

Deutsche Zukunft als Ziel

Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung zur Macht

Mit dem Beginn der Locarnoperiode fiel der entscheidende Abschnitt in der äußeren Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung zusammen.

Als Hitler aus der Festung kam, war sein vorher schon erwähnter Entschluß, die Partei allein und vollständig von neuem wieder aufzubauen, für Außenstehende zunächst überraschend. Er sammelte den kleinen Kreis seiner früheren engsten Mitarbeiter und Vertrauten, und es zeigte sich sehr bald, daß ihm in Mittel- und Süddeutschland so gut wie alle Anhänger treu geblieben waren. Auch neue waren hinzugekommen. Denn, war auch der Novemberputsch mißglückt, so hatte ihn Hitler doch unter restlosem Einsatz seiner Persönlichkeit aus reinsten Motiven versucht. Während der Festungszeit hatten sich in verschiedenen Gegenden Deutschlands als Provisorium bis zu Hitlers Freilassung Vereinigungen gebildet. Diese stellten sich ihm nun zur Verfügung. Als persönliches Moment kam Sympathie und Bewunderung zur Geltung, weil sich Hitler ungebrochen, mit alter Willensstärke und mit unzerstörbarem Selbstvertrauen, ebenso wie 1919, ganz auf sich selbst stellte und alle Einigung mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei und anderen Parteien abwies, ebensowenig bereit war, sich wieder mit Ludendorff zu verbinden. Zu diesem Punkte ein paar Worte:

Ludendorff hatte während des Jahres 1924 gezeigt, daß er nur als das Haupt der gesamten völkischen Bewegung angesehen werden wollte. Schon deshalb kam es wiederholt zu Reibungen, bald mit der einen, bald mit der andern Seite. Es ist nicht notwendig, auf Einzelheiten einzugehen, es genügt vielmehr, festzustellen, daß politisches Zusammenarbeiten mit General Ludendorff nicht möglich war, weil dieser befehlen, nicht auf gleichem Fuß mit anderen politisch arbeiten wollte. Was den Novemberputsch 1923 anbelangt, so kann man vielleicht sagen, daß Hitler den General Ludendorff in jenem Augenblick notwendig brauchte. Wenn aber der Putsch gelungen wäre, so würden sich unvermeidlich die schwersten Differenzen zwischen Ludendorff und Hitler ergeben haben. Wenn man die militärische Leistung Ludendorffs im Kriege auch rückhaltlos anerkennt, so kann man seine politische und staatsmännische Befähigung immerhin erheblich anders beurteilen. Die Geschichte, auch die der neuesten Zeit, beweist, daß selten die Befähigung des Militärs und die des Staatsmanns in der gleichen Persönlichkeit vereint sind. Aber selbst wenn man solche Erwägungen ausschaltet, so bleibt die Tatsache bestehen, daß eine gemeinsame Führung durch Hitler und Ludendorff sich wegen der Unabhängigkeit und Eigenart der beiden Persönlichkeiten ausschloß. Hier darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß sich Ludendorff während des Prozesses nicht, wie alle anderen Angeklagten, offen zu einer Teilnahme am Putsch und zu dem Entschluß, den Staat umzustürzen, bekannt hatte. Daraus hatte sich auch in erster Linie sein

Freispruch ergeben. Ludendorff hatte seinen Freispruch also der Tatsache zuzuschreiben, daß er sich nicht solidarisch mit den anderen Angeklagten während der Gerichtsverhandlung erklärt hatte. Alles in allem: wollte Hitler auf seiner alten Linie von 1919 weiterarbeiten, so mußte er als Führer wieder der einzige und unumschränkt bleiben.

Die Jahre 1925/26 bedeuteten eine Zeit angestrengtester Wiederaufbauarbeit durch Hitler und seine Anhänger, und dabei entwickelte sich eine wachsende Verschärfung der Gegensätze zwischen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Beide trafen in der Organisation und Propaganda aufeinander, persönliche Zwistigkeiten und politische Differenzen traten hinzu. Die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei glaubten, organisatorisch wie parlamentarisch erheblich im Vorsprung zu sein und rechneten damit, daß früher oder später eine Wiedervereinigung, von Hitler ausgehend, stattfinden würde. Zur Verschärfung der Gegensätze trug die Reichspräsidentenwahl des Jahres 1925 erheblich bei. Hitler hatte eine gemeinsame Propaganda für die Wahl Ludendorffs vorgeschlagen, aber seine Anregung war von der Deutschvölkischen Freiheitspartei abgewiesen worden, einmal, weil man einen zu großen Einfluß Hitlers fürchtete, dann, weil die Führung der Bewegung der Meinung war, daß eine Aufstellung Ludendorffs mit einem schweren Fiasko enden werde, man wollte den General nicht in solch eine Position bringen.

Im Reichstag dagegen arbeiteten, eine unnatürliche Vereinigung, die Abgeordneten der beiden Richtungen weiter im Fraktionsverbande miteinander, auch hier verschärften sich die Gegensätze. Eines wurde während der beiden Jahre 1925 und 1926 immer deutlicher: die Deutschvölkische Freiheitspartei entwickelte sich in steigendem Tempo zu einer nationalen bürgerlichen Partei, die Nationalsozialisten legten ihrerseits wachsenden Wert auf die Betonung und Entwicklung eines deutschen Sozialismus. Die Deutschvölkische Freiheitspartei zeigte sich in ihrer Führung zunehmend als parlamentaristisch, auch ihrem Geiste nach, die nationalsozialistischen Abgeordneten kümmerten sich wenig um das Parlamentariertum des Reichstages und verwandten alle Kraft und Zeit auf die Propaganda des nationalsozialistischen Gedankens im Lande. Die Deutschvölkische Freiheitspartei, jedenfalls ihre Führung, trat in Beziehung und Verbindung zu den preußischen Konservativen, also zu den Vertretern der Reaktion, den unbedingten Monarchisten. Sie war selbst ausgesprochen monarchistisch. Die Nationalsozialisten stellten die Frage der künftigen deutschen Staatsform zurück und betrachteten die rechtsstehenden politischen Richtungen als ihre Gegner und als Hindernisse auf dem Wege zu dem erstrebten Deutschland der Zukunft. Die Deutschvölkische Freiheitspartei war kapitalistisch, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei betrachtete den Kapitalismus unbedingt als Feind des Volks. Der Deutschvölkischen Freiheitspartei war die Handarbeiterschaft eine, wenn auch gut zu behandelnde, doch zum Dienen bestimmte Schicht der deutschen Bevölkerung, während die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich mit dem deutschen Arbeitertum identifizierte. Innerhalb der Führung der Deutschvölkischen Freiheitspartei bildete sich in diesen beiden Jahren eine wachsende Meinungsverschiedenheit, besonders hinsichtlich der sozialen Frage, heraus. Ein Teil des Parteivorstandes vertrat hier genau dieselben Anschauungen wie der Nationalsozialismus, während der andere Teil und auch die größte Hälfte der Parteianhängerschaft im Lande zwar „Reformen" wollten, aber den sozial-revolutionären Gedanken von sich wiesen, überhaupt innerlich ausgesprochen klassenmäßig und bürgerlich dachten. Alle Gegensätze der Anschauungen, die in dem kurzen, stürmischen Dawessommer 1924 nicht hervorgetreten waren, zeigten sich jetzt und verursachten Konflikte

innerhalb der Partei, die sich so sehr verstärkten, daß schon seit dem Jahre 1925 der Bruch nur eine Frage der Zeit sein konnte. Er vollzog sich um die Jahreswende 1926/27 als Abschluß einer monatelangen Führungskrisis in der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Drei Abgeordnete — unter ihnen der Verfasser dieses Buches — trennten sich von der Deutschvölkischen Freiheitspartei und traten zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei über, zu der sie ihrer Gesinnung nach immer gehört hatten. Was diese Abgeordneten zwei Jahre vorher abgehalten hatte, sich Hitler gleich anzuschließen, war, wie erwähnt, der Glaube gewesen, daß Hitler seine Befreiung aus dem Gefängnis und die Möglichkeit, überhaupt wieder öffentlich aufzutreten, mit seiner Unterordnung unter die römische Kirche erkauft habe, war die Überzeugung, daß seine Freiheit also nur eine scheinbare sei und „sein Friede mit Rom" ihn ein für allemal hindere, deutsche Belange gegen den Willen des Papstes und seiner Organe wahrzunehmen. Nun hatten aber die beiden Jahre 1925 und 1926 klar gezeigt, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihrem Führer keineswegs unter römischer Botmäßigkeit stand, sondern im Gegenteil im schroffsten Gegensatz zu allen politischen Erscheinungsformen der Kirche und ihrer Organe. Der Übertritt jener Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei war also möglich geworden. Sie hatten während jener beiden Jahre versucht, ihre (in deutschem Sinne) sozialistische Überzeugung in der Parteiführung durchzusetzen. Wäre das möglich gewesen, so würden die betreffenden Persönlichkeiten in der Partei geblieben sein, freilich mit der Absicht, im gegebenen Augenblick die ganze Deutschvölkische Freiheitspartei Hitler zuzuführen. Diese und andere Pläne wurden durch die Verschärfung der Krisis und den Bruch überholt. Mit dem Austritt und Übertritt jener Abgeordneten, denen sich dann eine wachsende Anzahl Gesinnungsgenossen der Deutschvölkischen Freiheitspartei anschloß, trat ein neuer wichtiger Abschnitt der Entwicklung ein:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war nunmehr unter den verschiedenen völkischen Parteien und Bünden die unbedingt bedeutendste geworden, die Freiheitspartei war auf den absteigenden Ast gekommen; der Rivalitätskampf war zu Ende. Die Wahlen des Jahres 1928 zeigten den neuen Zustand drastisch: die Deutschvölkische Freiheitspartei vermochte keinen Abgeordneten mehr in den Reichstag zu bringen. Die Deutschsoziale Partei war schon vorher aus dem Reichstag verschwunden. Die Partei Hitlers, erst seit drei Jahren im Aufbau, erschien mit zwölf Abgeordneten im Reichstage, als einzige unter den sämtlichen Vertretungen und Organisationen der völkischen Bewegung. Aber das war nicht allein die Folge jener Übertritte, sondern auch das Resultat der ungeheuren, angespannten und, man möchte sagen: inbrünstigen Arbeitsleistung während dieser drei Jahre. Der Schwerpunkt war der drängende, glühende Wille Hitlers und seiner engeren Mitarbeiter, sein organisatorisches Genie und seine nicht minder geniale Kunst der Propaganda, ihr Instinkt für die jeweilige Lage und deren psychologisch richtige Ausnutzung. Nach der schweren Anfangsarbeit stellte sich mit den Jahren 1928/29 der Erfolg in immer reicherem Maße ein, bis die Wahlen von 1930 den bisherigen Gipfelpunkt erreichten. Davon wird weiterhin noch die Rede sein.

Viel erörtert wurde die Frage nach der Stellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Parlamentarismus in Verbindung mit ihrer eigenen parlamentarischen Tätigkeit. Es hat bisweilen einige Mühe gekostet, der Bevölkerung zu beweisen, daß ein Widerspruch hier nicht vorliegt. Das Programm der Partei zeigt schroffe Ablehnung des Parlamentarismus und den Entschluß, ihn abzuschaffen, sobald es der Partei möglich ist. Wir erwähnten, daß ursprünglich Hitler gegen einen Eintritt seiner Partei in die Parlamente war, daß er sich aber nachher von der Notwendigkeit überzeugte und danach handelte.

Das drastische Beispiel jener ersten Jahre war das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Ihre damaligen drei Reichstagsabgeordneten blieben das einzige öffentliche Sprachrohr der Partei, und ihr Vorhandensein war während der Zeit des Verbots von unschätzbarem Wert, eben weil sie da waren, auch den Namen der Partei weiterführen konnten, in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Beschwerden erheben, Forderungen stellen konnten mit ganz anderm Gewicht als solche, die nicht Abgeordnete waren. Aber es kamen auch noch andere wichtige Gründe hinzu:

Der Parlamentarismus war der Feind, und eben deshalb mußte man, um ihn zu bekämpfen, um den Endkampf gegen ihn vorzubereiten, den parlamentarischen Apparat benutzen. Auch das Scheitern des Putsches vom 9. November 1923 war für die Wandlung der Beurteilung entscheidend gewesen und eine Lehre geworden. Konnte man damals die Ansicht haben: vorläufig sei die Wiederholung eines gewaltsamen Versuchs, die Macht im Staat zu erlangen, aussichtslos, so machten die folgenden Jahre immer klarer, daß die „Putschzeit" überhaupt vorbei war. Ob in jenen ersten Jahren ein geglückter Putsch auf die Dauer zum Ziel geführt haben würde, bleibt eine offene Frage. Es hatten immer das Verständnis, das Interesse und der Wille der großen Menge des Volkes gefehlt, wenigstens eines wesentlichen Teils. Aber wie dem auch sei, für die nationalsozialistische Bewegung stand fest, daß sie zunächst alle Kräfte darauf zu konzentrieren hatte, sich selbst wieder aufzubauen und Macht zu gewinnen. Daß das nicht auf den Wegen von 1922/23 möglich war, erschien nach der Novemberkatastrophe selbstverständlich. Die Frage war, ob die Partei ihren Kampf lediglich außerhalb des Parlaments durch Versammlungen, durch die Presse, durch Kleinarbeit führen sollte. Die Benutzung dieser Mittel war ohnehin eine Selbstverständlichkeit. Freilich der Pressekampf fing erst an, und in Bayern, Preußen und verschiedenen anderen deutschen Ländern wurde Hitler das öffentliche Reden verboten, ein Zeichen, wie hoch man das Wort und die Kraft dieses Mannes einschätzte und wie sehr man ihn fürchtete. Erst einige Jahre später wurde das Redeverbot wieder aufgehoben. Die nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstage, so wenige es auch waren, stellten einen Kampfposten von größter Wichtigkeit dar. Wir sagten schon, daß sie in den Jahren 1925/26 die Vorzugsstellung des Abgeordneten in erster Linie für die Propaganda im Lande ausnutzten. Wichtige Dinge waren Redefreiheit, Fahrtfreiheit und andere Rechte, die im Jahre 1931 den nationalsozialistischen Abgeordneten allerdings wieder genommen wurden.

Der nationalsozialistische Gedanke mußte, um durchzudringen, um Eigentum vieler Deutscher zu werden, ihnen zur Kenntnis gebracht werden. Die nationalsozialistische Presse war aber klein, arm und wenig verbreitet, die übrige Presse ignorierte sie ebenso wie nationalsozialistische Versammlungen. Der Reichstag dagegen war die Tribüne, die allen sichtbar war. Hier konnte der Nationalsozialist nicht allein vor den Abgeordneten der anderen Parteien seine Sache bekanntmachen und vertreten, sondern auch vor der Presse. So verstümmelt sie auch die Reden nationalsozialistischer Abgeordneter wiedergab, — sie konnte sie nicht ganz totschweigen, vollends nicht nationalsozialistische Anträge und Stellungnahme. Die parlamentarische Beteiligung machte es dem Nationalsozialismus auch möglich, den Feind, den Parlamentarismus, auf seinem eigenen Gebiete und in seinem eigenen Wesen anzugreifen. Um einen Feind richtig einzuschätzen, ihm gegenüber die richtige Taktik zu treiben, muß man ihm an der Klinge bleiben, dann lernt man auch seine schwachen Seiten kennen. Man hatte die Möglichkeit, in das parlamentarische Getriebe hineinzusehen und einzugreifen, in der Öffentlichkeit rückhaltlos darüber zu berichten und auf diese Weise die

Parlamente und auch die Regierung politisch zu beeinflussen, an der Schwächung beider zu arbeiten. Diese Andeutungen allein zeigen, wie unverantwortlich es gewesen wäre, sich aus Abneigung gegen den Parlamentarismus nicht der Waffen bedienen zu wollen, die er seinem Gegner bot.

Alles kommt auf die Anwendung an. Die nationalsozialistischen Abgeordneten haben auch in den Jahren, in denen ihre Zahl die Fraktionsstärke nicht erreichte, niemals ihren Kampf ohne Wirkung geführt und es immer verstanden, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dauernd zu fesseln. Es ist bezeichnend genug, daß die anderen Parteien trotz ihrer ungeheuren, erdrückenden Mehrheit alle, auch die kleinlichsten Mittel anwandten, um diese kleine tapfere Minderheit mundtot und wirkungslos zu machen. Man kürzte ihre Redezeit auf ein Viertel oder ein Fünftel, man verbot ihnen durch Ordnungsruf und Wortentziehung Angriffe und Redewendungen, die Angehörige anderer Fraktionen ungerügt gebrauchten. Kurz, die Nationalsozialisten wurden — mit Recht — als ein Fremdkörper in den Parlamenten empfunden und mit unverhülltem Haß betrachtet. Man begriff oder fühlte, daß diese wenigen Abgeordneten etwas anderes waren als nur politische Gegner; daß sie etwas Neues und dabei unbedingt Feindliches bedeuteten, daß sie die parlamentarische Atmosphäre und jene „Gemütlichkeit" störten, die sich in den „Hohen" Häusern bei längerer Zusammenarbeit auch zwischen politischen Gegnern zu entwickeln pflegt. Dafür waren allerdings die Nationalsozialisten nicht zu haben, sie nahmen auch an keinerlei gesellschaftlichen Veranstaltungen der Parlamente teil, sie verhehlten niemals, daß sie Feinde des parlamentarischen Systems waren. Sie bedienten sich mit Geschicklichkeit und aller Rücksichtslosigkeit aller parlamentarischen Mittel, um, wenn sie ihre Ziele auch nicht durchsetzen konnten, so doch nach Möglichkeit die Pläne der anderen Parteien zu durchkreuzen. Man gab sich niemals zu der parlamentarischen „Taktik" her, die man als Kuhhandel zu bezeichnen pflegt. Man verschmähte die kleinen Kniffe und auch Mittel der Demagogie, um der einen oder der anderen Seite für Gegenleistungen gefällig zu sein oder zu scheinen. Die Wirkung, welche jene paar Abgeordneten im Reichstage bis zum großen Wahlerfolg des Septembers 1930 ausgeübt haben, beruht auf dieser unerbittlichen und rücksichtslosen Gradlinigkeit ihres Vorgehens und auf der ungebeugten Hartnäckigkeit in dem ungleichen Kampf. Das war freilich sehr wenig „parlamentarisch". Es wurde nie verschleiert, daß sich der Kampf der Partei im Parlament gegen das Parlament selbst richtete und gegen das System dieser Republik, das sich auf dem Parlamentsgedanken aufbaut.

Dieser Unterschied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gegenüber den anderen Parteien hat sich von Anfang an auch im folgenden gezeigt: der Schwerpunkt der politischen Parteien, von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie, liegt im Parlament. Sie sind auch insofern parlamentarische Parteien. Ihr Führer oder Vorsitzender ist unter allen Umständen im Parlament. Die parlamentarische Fraktion leitet direkt oder indirekt die Partei und deren Politik. Der Mittelpunkt der nationalsozialistischen Bewegung hingegen liegt in ihrem Führer Hitler und dem engen Kreise von Ratgebern, die er um sich versammelt hat. Er, der Führer, ist nicht im Parlament. Hätte Hitler Wert darauf gelegt, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben und sich dann in den Reichstag wählen lassen, so würde trotzdem das Zentrum und die richtunggebende Kraft der nationalsozialistischen Bewegung außerhalb der Parlamentsfraktionen sein. Jeder einzelne Abgeordnete der Partei ist ein Außenposten im Kampfe der Partei, und zwar wesensgemäß: ein Angriffsposten.

Die parlamentarischen Fraktionen der Partei treiben in den Parlamenten eine Politik,

deren große Linie ebenfalls vom Führer festgelegt wird. Wenn eines Tages sämtliche Abgeordnete der Partei ihre Parlamentsmandate niederlegten, so würde dadurch, abgesehen von der Aufgabe dieser wichtigen Position, die Struktur und das Wesen der Partei in nichts geändert werden. Jeder der anderen Parteien würde in demselben Augenblick ruiniert, beinahe ohne öffentlichen Einfluß und ohne Zukunft sein. Eine Reihe politischer Parteien sind im Laufe der vergangenen Jahrzehnte untergegangen, weil es ihnen nicht möglich war, im Parlament eine genügend breite Basis zu erlangen. Wie weit sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei von einem solchen Standpunkt entfernte, beweist das Bedenken Hitlers noch im Jahre 1923, ob man überhaupt Abgeordnete in das Parlament schicken solle. Der erste Gedanke jeder anderen neuen Partei ist schon bei der ersten Wahl: haben wir irgendeine Aussicht, Kandidaten durchzubringen?

Sehr erbitterte Wahlkämpfe kannte auch das Vorkriegsdeutschland, aber zwischen zwei Wahlen war es meist still im Lande, und nur ab und zu kam ein Abgeordneter in seinen Wahlkreis, um Rechenschaft über seine Tätigkeit im Parlament abzulegen. Dieser Brauch blieb auch nach dem Kriege und unter dem neuen Wahlrecht der Republik bestehen. Die nationalsozialistische Bewegung — sie zeigte sich hier im vollen Sinne des Begriffs als eine Bewegung — hatte Jahr für Jahr, Tag für Tag, „Wahlzeit". Unermüdlich waren ihre Redner in Stadt und Land tätig. Sie arbeiteten da nicht für Wähler und Wahlen, nicht für irgendeinen Terminerfolg, sie schrieben auf ihre Fahne nicht den Kampf gegen irgendeine Steuer, sie setzten sich nicht liebedienerisch für die „Interessen" eines Teils der Bevölkerung ein, nicht gegen Schwarz-Rot-Gelb, nicht für Schwarz-Weiß-Rot, nicht gegen die Republik als solche, nicht für die Monarchie, nicht für einen bestimmten Berufsstand oder gegen eine bestimmte Klasse. Von den nationalsozialistischen Rednern hörten die Städter und Landleute nicht die altbekannten Schlagworte. Die Redner wurden nicht angepriesen als der „bekannte Parlamentarier Soundso" oder als der bewährte Vorkämpfer für dieses oder jenes Programm. Nein, bei den Nationalsozialisten war alles anders als bei den anderen. Der Philister der Stadt und des platten Landes hatte alle Ursache, den Kopf zu schütteln und sich zunächst abzuwenden. Es hieß: was wollen und was können denn diese jungen Leute. Sicher wissen sie das selbst nicht. Gäbe es einen besseren Beweis dafür als die Erklärung, ihre Partei sei gegen das Parlament und gegen Parlamentariertum! Und dabei kandidierten sie selbst für den Reichstag und die anderen Parlamente! Im November 1924 habe sich doch noch die ganze Hohlheit der sogenannten völkischen Bewegung gezeigt mit dem Zusammenbruch der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bei den Wahlen und im Lande. Überall sähe man den Kampf einer völkischen Gruppe gegen die andere. Die Führer, die immer vom großen Vaterlande sprächen, seien vom kleinlichsten Ehrgeiz erfüllt, keiner könnte den anderen neben sich sehen, niemand denke vollends daran, sich um der angeblich gemeinsamen Sache willen sogar unterzuordnen. Das deutsche Volk aber habe genug von Putschen, genug von Militarismus und Reaktion, von Maulheldentum und phantastischen politischen Plänen. In Ruhe wolle man arbeiten, die langersehnte Freiheit und Friedlichkeit der endlich errungenen demokratischen Republik genießen, der Welt den guten Willen zu Frieden und Zivilisation zeigen und so allmählich die Wunden des Krieges heilen lassen, den eben jene nationalistischen Schreier verschuldet gehabt hätten. Ein zweites Mal werde das deutsche Volk sich von diesen Verbrechern und Kapitalistenknechten nicht verlocken und beherrschen lassen.

So stand es während der Jahre zäher Werbearbeit seit 1925.

Wie ist es möglich gewesen, wie hat es Ereignis werden können, daß ein halbes Jahrzehnt nach der Katastrophe der völkischen Parteien im Norden wie im Süden die Reichstagswahlen des Herbstes 1930 ergaben, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die zweitgrößte politische Partei geworden war? Daß die nationalsozialistische Bewegung in allen Schichten, Berufsständen und Klassen der Bevölkerung zugleich Fuß und Wurzel gefaßt hatte, das war für den erschrocken aufmerkenden deutschen Staatsbürger auffallend und bedenklich. Die Reichspräsidentenwahl des Frühjahrs 1932 und die gleichzeitigen Preußenwahlen bewiesen vollends, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Verlaufe von knapp anderthalb Jahren die bei weitem stärkste Partei in Deutschland geworden war.

Schon längere Zeit vor dem Kriege konnte man nicht selten Betrachtungen in den politischen Blättern aller Richtungen lesen: das geltende Parteiwesen entspreche nicht mehr dem politischen, dem wirtschaftlichen und sozialen, überhaupt dem öffentlichen Leben. Erneuerung sei dringende Notwendigkeit, damit Form und Inhalt des Lebens im deutschen Staate nicht in immer größeres Mißverhältnis zueinander gerieten. In jeder politischen Richtung wurden ähnliche Gedanken in irgendeiner Form gehegt. Das Reichsparlament wurde schon vor dem Kriege in Deutschland sehr wenig geachtet. Nicht etwa, weil es unter dem monarchischen System zu wenig Befugnisse besessen hätte. Im Gegenteil hätten damals die Parteien des Reichstages die ihnen zustehenden Befugnisse weit mehr und weit wirkungsvoller ausnützen können, als es der Fall war. Man brachte dem Parlamente Mißachtung entgegen, weil es in eine im höheren Sinne politische Rolle hineinzuwachsen nicht fertig brachte; weil es nicht Deutschland verkörperte, sondern eine dauernd sich vermehrende Anzahl von Parteien mit Parteiinteressen, eine Summe von Parteiehrgeiz und Parteidünkel, klein, kleinlich und kurzsichtig. Der Parteistreit beherrschte das politische Leben in Deutschland, und wir wissen, daß Bismarck, der Schöpfer des Reichs, der nichts kannte als seine deutsche Pflicht, den deutschen Parteigeist als den „Lokigeist" bezeichnete, der durch den blinden Höder, den einsichtslosen Wähler, den nationalen Gedanken töte. Bismarck sprach in einer seiner letzten großen Reden die berühmte Mahnung im Reichstage aus: „Lassen Sie den nationalen Gedanken leuchten vor Europa, augenblicklich ist er in der Verfinsterung begriffen!" Nach dem erzwungenen Rücktritt des großen Mannes machte die Verfinsterung weiter Fortschritte, zur tiefen Sorge aller, welche die nationale Frage und das Äußerlichkeitswesen der Epoche Kaiser Wilhelms des Zweiten durchschauten. Sie begriffen auch, daß unter dem großen patriotischen Tamtam jener Jahrzehnte sich die Pest des Internationalismus ausbreitete. Dann kam das verhängnisvolle Ereignis, der Weltkrieg mit allen Erscheinungen, die in früheren Abschnitten dieses Buches behandelt worden sind; dann der Umsturz und schließlich ein dem schrankenlosen Parlamentarismus ausgelieferter Staat.

Das Ansehen des Parlaments ist, seitdem es allmächtig an erster Stelle im Staate steht, nicht größer geworden als vor dem Kriege, im Gegenteil! Seit dem Bestehen der Weimarer Verfassung haben deren Macher und Anhänger über diesen Mangel an Achtung bitter geklagt und sich darüber entrüstet. Sie haben aber nichts daran ändern können, sogar unter ihren eigenen Parteien nicht. Und ein demokratischer Minister sogar nannte im Jahre 1930 den Reichstag einen „Interessentenhaufen". Tiefen Eindruck haben auf die Bevölkerung die seit 1919 keineswegs seltenen Fälle von Korruption in Verbindung mit Parlamentariern, ja Ministern, gemacht. Die Ansicht ist weit verbreitet, daß eine große Zahl der Abgeordneten ihr Mandat in erster Linie als Gelegenheit zum Geschäftemachen betrachten, daß ihnen das Wohl des Ganzen mehr oder minder gleichgültig sei. Die Tatsache

ist notorisch, daß industrielle und andere Interessentengruppen durch ihr Geld bestimmte, ihnen genehme Abgeordnete in die Parlamente, besonders in den Reichstag, hineinbringen. Noch im Jahre 1928 bestätigte in der Öffentlichkeit der damalige Außenminister Dr. Stresemann, daß dem so sei, beklagte die Zustände, duldete aber, daß für Propagierung seiner eigenen Kandidatur der Aktienkauf von Zeitungsunternehmen versucht wurde. Es ist bekannt, daß in den Parlamenten, besonders im Reichstage, Abgeordnete bzw. ganze Parteien ihre Abstimmungen von den Interessentenkreisen abhängig machen, die hinter ihnen stehen. Man kann es den Interessentenkreisen, mag es sich um Industrie, um Gewerbe oder andere handeln, keineswegs übelnehmen, daß sie versuchen, Parlamentskreise, womöglich große Parteien für ihr Wohlergehen zu gewinnen. Niemand würde es Reichstagsparteien verdenken, daß sie solche Interessen vertreten, allerdings nur, wenn sie nach gewissenhafter Untersuchung und Überlegung in deren Förderung das Interesse des Vaterlandes in seiner Gesamtheit erblicken. Aber hier handelt es sich einfach darum, daß das Geld der Interessentengruppen die Überzeugung von Abgeordneten bestimmen, zum mindesten beeinflussen kann.

Seit dem Bestehen der neuen Verfassung sagen ihre Anhänger der Bevölkerung unaufhörlich: der Staat sei nun wirklich ihr Staat, jeder einzelne Deutsche habe das gleiche Recht. Alles, was da sei, gehöre ihm mit, man habe nun doch endlich eine Republik anstatt des Obrigkeitsstaates und der Monarchie. Besonders in den ersten Jahren war ein naives Drängen der Bevölkerung bemerkbar, sich diesen Reichstag oder diesen Landtag, der den Staatsbürgern doch auch gehörte, einmal anzusehen, zu hören, was die Vertreter des Volks dort sagten, wie sie das Volk vertraten. Diese harmlosen Volksgenossen gehen mit Stolz, Spannung und Freude in den Saal der Volksvertreter und kommen mit tiefer Enttäuschung, mit Entsetzen und Verachtung wieder heraus: so würdelos hätten sie sich den Reichstag oder Landtag denn doch nicht vorgestellt. Der bürgerliche oder sozialdemokratische Berufsparlamentarier schüttelt zu solchen Dingen geringschätzig das Haupt: wie soll das dumme Volk auch wissen, welche Unsumme von Arbeit da in seinem Interesse von pflichttreuen Vertretern des Gemeinwohls still und unauffällig jahraus, jahrein geleistet wird! Verständnis dafür sei natürlich nicht von ihm zu verlangen, und so müsse man über unreife Urteile eben hinweggehen. Und doch haben diese enttäuschten und entsetzten Volksgenossen den richtigen Instinkt, denn sie beruhigen sich nicht nach dem niederschmetternden Eindruck im Parlamentsgebäude, sondern fragen, immer wacher werdend: wo sind denn die Ergebnisse dieser angeblich so pflichttreuen und fruchtbringenden Parlamentsarbeit? Was ist denn da an fruchtbringender Arbeit für das deutsche Volk geleistet worden? Wohin hat die Tätigkeit der Parlamentsparteien Volk und Land politisch, wirtschaftlich und sozial gebracht? Sicher kann der Durchschnittsdeutsche sich nicht darüber Rechenschaft geben, wie alles und jedes im einzelnen gekommen ist, welche Gelegenheiten versäumt, welche falschen Wege beschritten wurden, aber über das traurige und furchtbare Ergebnis im ganzen wird er sich zunehmend klar. Dazu kommt die Erkenntnis, daß die Parteien, aus denen der Reichstag, und daß der Reichstag, aus dem die Kabinette hervorgehen, überhaupt beschämend weit unter dem Leistungsniveau stehen, welches das Volk verlangen muß.

Aber nicht das allein, sondern auch die Auffassung bricht sich Bahn, daß die politischen Parteien und ihre parlamentarischen Vertretungen ihre deutsche Pflicht nicht tun, nie das Ganze sehen, noch für das Ganze sich aufopfernd einsetzen. Das entscheidende Moment ist, daß im Lande das Übel als unheilbar angesehen wird, denn: träte eine neue Partei auf, so möge sie im Anfang vielleicht ganz gute Absichten haben, aber von einem gewissen Ent-

wicklungsgrade an werde sie unweigerlich wie die anderen. Die berüchtigte Bezeichnung des deutschen Reichstages als der „Quatschbude" ist seinerzeit im Volke entstanden, nicht im Reichstage. Hätte Deutschland eine lange parlamentarische Vergangenheit, so könnte man hier vielleicht vom Zeichen des Verfalls sprechen. Aber, wie die Dinge liegen, muß man schon sagen — und auch das ist das Urteil im Volke — daß der Parlamentarismus von Grund aus untauglich ist und, wie wir hinzufügen möchten: daß sich weder das System für die Deutschen eignet, noch die Deutschen ihren Eigenschaften nach für dieses System passen.

So war die Werbearbeit der Nationalsozialisten auf dem Lande und in der Stadt etwas ganz Neues, sie forderten keine Reformen der parlamentarischen Verhältnisse, sondern Beseitigung der Parlamente überhaupt, sie enthüllten die Verlogenheit des sogenannten unheilvollen Mehrheitsgedankens. Das konnten sie leicht an Hand der deutschen Verhältnisse beweisen. Schiller schon sagte mit Recht: „Mehrheit ist Unsinn". Die Apostel des nationalen Sozialismus brauchten nur den Gang der Dinge seit 1919 zu schildern, um den Beweis zu führen, daß das Schlagwort von den „Folgen des verlorenen Krieges" nicht annähernd ausreicht, um die Dauerkatastrophe seit der Einführung des Weimarstaates zu erklären. Sie schlossen daraus aber nicht: so müsse man die Hoffnung fahren und das Unvermeidliche, wie es auch kommen möge, über sich ergehen lassen, sondern die Hörer vernahmen das ganz Neue: Deutschland ist nicht verloren, wenn es sich auf sich selbst besinnt, das deutsche Volk wird nicht zugrunde gehen oder aufgelöst werden, wenn es sich unter einer neuen Parole zusammenfindet, der Parole des Nationalsozialismus. Er bedeutet nationalen Willen und nationalen Widerstand bis zum äußersten, verbunden mit einem deutschen Sozialismus. Der Leser kennt das Programm. Aber nicht das Programm allein, ja vielleicht nur zum kleinsten Teil, verschaffte der nationalsozialistischen Bewegung Eingang in die deutschen Herzen.

Das bekannte Wort ist im allgemeinen wahr, daß niemals so viel gelogen werde, als nach einer Jagd und vor einer Wahl. Was den Nationalsozialismus betrifft, so wird über ihn nicht nur gelegentlich, sondern unaufhörlich und ohne Pause gelogen, seitdem er systematisch versucht, Bevölkerung und Öffentlichkeit über sein Wesen und Wollen aufzuklären. Der Name der Partei zuerst gab Anlaß dazu: Nationalsozialisten!? Wie läßt sich das zusammenreimen, das sei doch ein Gegensatz, ein Widerspruch, der ganz unvereinbar sei und bleiben müsse. Seit Menschengedenken war in Deutschland „national" das Gegenteil von „sozialistisch" gewesen, sozialistisch waren die Sozialdemokraten, die waren aber gerade, weil sie sozialistisch waren, gegen das Nationale. Und die Nationalen, die wollten erst recht nichts mit Sozialisten zu tun haben, und ihnen war das Wort „sozial" ein rotes Tuch. Besonders drastisch zeigte sich diese überlieferte Begriffsstutzigkeit in den ersten Jahren nationalsozialistischer Werbetätigkeit auf dem Lande. Mitte der zwanziger Jahre war der Bauer in Nord- und Mitteldeutschland durchweg entweder demokratisch oder deutschnational, zu einem kleinen Teil gehörte er der Volkspartei an. Demokratische Bauern, landwirtschaftliche Besitzer überhaupt gab es bereits vor dem Kriege in großen Mengen. Diese sonderbare Erscheinung liegt zu einem wesentlichen Teil in dem mißleiteten Unabhängigkeitsgefühl des Bauern begründet. Der damalige Name der Demokraten: Freisinnige Volkspartei imponierte dem Bauern und blendete ihn: freisinnig war ein schönes Wort: frei und sinnig! Volkspartei war auch ein schöner Name! Dazu kam gerade in der Bauernschaft die weitverbreitete Auffassung, daß eine Republik eigentlich die beste Staatsform sei, denn da herrsche „das Volk"; von einem Monarchen brauche man sich eigentlich nichts befehlen zu lassen. Dieser Auffassung ist der Verfasser bereits vor fünfundvierzig Jahren im Norden

Deutschlands, auf dem Lande beinahe durchschnittlich, begegnet, in einer Zeit, als wirtschaftliche Sorgen auf dem Lande nur eine geringe Rolle spielten. Als in späteren Jahrzehnten die Sorgen und Nöte kamen, begann ein Teil der Landbevölkerung zu begreifen, daß der Liberalismus, auch unter den schönsten Namen, sein Feind war. Ein Teil des Bauerntums aber blieb der demokratischen Fahne treu. In vielen Teilen Deutschlands war außerdem der Haß gegen die herrschenden Schichten stark ausgeprägt, besonders gegen die Adligen und Großgrundbesitzer, eine Erbschaft aus den Zeiten der Leibeigenschaft. Durch die große Zusammenfassung im Bunde der Landwirte — heute Reichslandbund — wurde dieser Haß weitgehend, aber keineswegs vollständig überwunden. Es blieb ein bitterer Rest zurück, auch da, wo sich der Begriff adlig und nichtadlig mit der anderen Gegenüberstellung: kleinerer und mittlerer Besitzer gegen Großgrundbesitzer nicht deckte. Viel dazu beigetragen hatte die Tatsache, daß der Großgrundbesitz eine Wirtschaftspolitik trieb oder anstrebte, die dem kleineren und mittleren Besitz wenn auch nicht schädlich, so doch zum mindesten nicht annähernd so nützlich war wie dem großen Grundbesitz. Der Bauer sollte konservativ, später deutschnational wählen und setzte sich dabei oft genug, bei steigender eigener Not, nur für den Vorteil des großen Grundbesitzes ein. Diese Tatsache wurde dann von den linken Parteien mit List ausgenutzt, um den Bauern in das Lager seiner Verderber, nämlich der Demokratie, zu treiben. Ähnliche Verhältnisse waren in den kleinen und mittleren Städten. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts spielte sich vor einer Wahl folgender charakteristische Vorgang ab: nach der Wahlversammlung saßen, wie es üblich war, die politischen Gegner zusammen um das dampfende Nationalgetränk: ein älterer Bürger erzählte mit Ingrimm und wehmütigem Rückblick auf die schöne alte Zeit: sogar ein Warenhaus soll jetzt in der guten Stadt gebaut werden. Seine nationalen (damals deutschsozialen) Gegner machten ihm mit Mühe, aber schließlich auf Grund unwiderleglichen Materials klar, daß das Warenhaus geradezu ein Produkt demokratischer freisinniger Auffassung und Bestrebung sei. Schließlich genötigt, das zuzugeben, blickte der alte Demokrat finster, schlug auf den Tisch und sagte: „Das ist ein Skandal, aber freisinnig bleibe ich doch!" Nur mißverstandene Treue, perverser Konservativismus, Bockigkeit und, nicht zum wenigsten, Mangel an politischem Sinn können solche grotesken Erscheinungen zeitigen. Nach der Revolution und unter dem Eindruck der Unordnung und der Gefährdung des Besitzes konnte die Deutschnationale Volkspartei auf dem Lande, vielfach auch im städtischen Kleinbürgertum siegen. Man traute der Demokratie und Sozialdemokratie nicht, man kannte auch ihren Militärhaß und schloß daraus, daß im Punkte Sicherheit doch die Deutschnationalen zuverlässiger wären, außerdem seien sie mit den Interessen des platten Landes verknüpft. Nach Umsturz, Unruhen und Inflation wollte man auf dem Lande und in der Stadt vor allem Ruhe haben. Ruhe predigten alle, die Deutschnationalen freilich darüber hinaus auch nationale Politik.

Auf diese künstlich verschrobenen Verhältnisse und Stimmungen traf nun die nationalsozialistische Propaganda mit ihrer ganz neuen Tonart. Die national Gesinnten im Lande sagten: das sind Sozialisten, die uns mit dem Wort national täuschen wollen! Sie wollen euch alle enteignen, ob ihr Bauern seid oder Handwerker oder Gewerbetreibende und Kaufleute! Und die links Gestimmten sagten: das sind verkappte Nationalisten, richtige Reaktionäre, sie wollen weiter ihre Putschpolitik vom November 23 treiben, sie wollen Wilhelm wieder holen und mit ihrer sozialistischen Deckparole die Arbeitnehmerschaft fangen, auf ihrem Rücken zur Macht im Staat emporsteigen und sie dann noch mehr ausnutzen und

knechten, als es unter dem alten System der Fall gewesen ist! — Und dann, so hieß es auf beiden Seiten, auf der linken und der rechten: man habe schon seit vielen Jahren völkische Gruppen und Parteien erlebt, sie seien gekommen und gegangen, hätten sich vereinigt und gespalten, nie Positives geleistet, nur von Phantastereien und vom Judenhaß gelebt. Wir erinnern uns, wie im Frühjahr 1924 nach Wahlen, die den großen völkischen Erfolg brachten, ein Führer der Deutschnationalen Volkspartei schrieb: die Erfahrung beweise, daß extreme völkische Gruppen oder Parteien sich niemals lange halten, niemals über ein geringes Mittelmaß anwachsen könnten. Das sei auch selbstverständlich, weil diese Parteien lediglich dem Antisemitismus ihr Gepräge verdankten, und weil sie zu positiver Leistung unfähig seien. So sagte man auf beiden Seiten. Und dazu kam der völkische „Führerstreit", der mit seinem Hin und Her den anderen Parteien ununterbrochen die schärfsten Waffen gegen die zahlreichen Teilverkörperungen des völkischen Gedankens in die Hand gab. Öffentliche Verhöhnung, raffiniertes Gegeneinanderhetzen der völkischen Gruppen und Parteien, diese bewährten und besonders jüdischerseits virtuos geübten Methoden hatten schon seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit lückenlosem Erfolge ihre Wirkung geübt. Wie sollte es jetzt auf einmal anders sein? Hat man doch wieder Beweise aus jüngster Zeit: Entfremdung zwischen Ludendorff und Hitler, Bruch zwischen Hitler und Graefe, Zusammenbruch durch Scheitern des Münchener Putsches, Katastrophe der Novemberwahlen 1924, Hitler durfte nicht reden, bald würden sie ihn gewiß wieder festsetzen. In diesem Tone ging es. Um dieselbe Zeit wurde die Parole ausgegeben: Schwarz-Weiß-Rot gegen Schwarz-Rot-Gelb, Links gegen Rechts, Republikaner gegen Monarchisten und Umstürzler. Auf beiden Seiten glaubte und hoffte man, die Zeit der „großen Linken" und der „großen Rechten" sei gekommen und damit der Endkampf, zum mindesten ein periodisches politisches Wechselspiel, das z. B. in den angelsächsischen Staaten bald die eine, bald die andere Hauptrichtung zur Regierung kommen läßt. Das Schlagwort der „großen Partei" beherrschte damals die politisch-parlamentarischen Vorstellungen. Das Gegenschlagwort war: „Splitterparteien". Die „völkischen Splitter" mit ihren paar Abgeordneten im Reichstage würden ja bei den nächsten Wahlen verschwinden, wenigstens würde der schädliche Unfug dann zu Ende sein!

Trotz allem ging die Werbearbeit der neu gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stetig vorwärts. Unnötig zu sagen, daß Hitler nach wie vor der Mittelpunkt war, und daß neben ihm seine alten vertrauten, hochbefähigten Organisatoren und Propagandisten standen, die sich alle mit fanatischer Hingebung der großen und schweren Aufgabe widmeten. Man hatte auch aus der Vergangenheit viel gelernt. Und wenn die Öffentlichkeit die Nationalsozialisten damals nur aus ihrer unermüdlichen Redetätigkeit kannte, so entging ihr, daß sich hinter dieser lauten Tätigkeit das stille und grundlegende systematische Organisieren verbarg, mit einer Ordnung und einer Strenge, wie sie, abgesehen von der Sozialdemokratie, auch nur annähernd keine andere politische Partei Deutschlands aufweisen konnte.

Aber das alles, so notwendig es war, hätte als Voraussetzung nicht genügt, um trotz der großen Schwierigkeiten stetig ohne Rückschlag, zuerst langsam, dann immer schneller zum Erfolg zu führen. Das Anziehende war in erster Linie die Eigenart, die vollkommene Neuartigkeit dieser Partei. Der Gründer, der Führer, die Seele der Bewegung war aus kleinsten Verhältnissen hervorgegangen, bis zum Kriege Handarbeiter gewesen, hatte freiwillig den Krieg mitgemacht, sich ausgezeichnet, war verwundet und durch Gas vergiftet worden, hatte seine Partei ohne irgendwelche Anlehnung an eine andere geschaffen, hatte den Putsch gewagt

und damit sein Leben eingesetzt, ein Jahr hinter Kerkermauern gesessen und dann unbeirrt die Arbeit zur Verwirklichung seines Gedankens wieder von neuem aufgenommen. Was er und seine Leute verkündeten, war etwas ganz anderes, als man von den anderen Parteien zu vernehmen gewohnt war. Es war der Ruf zum Kampf gegen das bestehende System, für einen deutschen Sozialismus, es war der seit 1918 nicht gehörte Appell an Stolz und Ehre, an Selbstgefühl und Unverdrossenheit.

Ungerecht wäre zu behaupten, daß diese Mahnungen lediglich von den Nationalsozialisten ausgegangen wären. Die Deutschvölkische Freiheitspartei vertrat ebenfalls völkische und nationale Befreiungsziele, ebenfalls der „Stahlhelm". Freilich lebte hier noch die trügerische Hoffnung, Deutschland könne in absehbarer Zeit einen Befreiungskampf mit der Waffe gegen Frankreich und Polen führen. Der Nationalsozialismus hat sich dieser gefährlichen Selbsttäuschung nie hingegeben, er ist im Gegenteil der Auffassung, daß Deutschland nur von den internationalen Elementen in solch einen neuen Krieg getrieben werden solle, von Elementen, die ein Interesse daran haben, daß die neu aufgewachsene deutsche Jugend vernichtet werde, damit dem deutschen Volk und der Rasse eine nicht wieder auszugleichende Blutentziehung verursacht und die deutsche Zukunft endgültig vernichtet werde.

Jedoch die Lügen der politischen Gegner über die nationalsozialistische Bewegung sind so tief verwurzelt, daß es Jahre dauerte, bis man im Lande anfing, den Nationalsozialisten zu glauben, was sie wirklich wollen. Man muß hinzufügen: auch was sie wirklich sind. Aber immer wieder wurde das Mißtrauen wach, ob die Nationalsozialisten es wirklich so meinten, wie sie erzählten, ob sie nicht trotz alledem Reaktionäre, Kriegstreiber, Kapitalistenknechte oder Bolschewisten seien. Dieses erst mit der Zeit überwundene Mißtrauen kann man nur zu einem Teile auf die Verleumdungen gegnerischer Parteien, hauptsächlich auf die jüdische und judaistische Presse zurückführen. Es gab noch einen Grund, der tiefer lag: man war im Laufe der Jahre und Jahrzehnte von allen Parteien enttäuscht, getäuscht, hinters Licht geführt worden. Alle Parteien hatten allen herrliche Versprechungen gegeben, aber sie weder erfüllt, es nicht einmal versucht, sondern sich damit begnügt, in den Wahlzeiten mit demselben Schwulst und Phrasen die Versprechungen zu erneuern.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verspricht nichts und hat es nie getan. Sie würde von ihrem Wege abweichen, wenn sie es in Zukunft täte. Darin lag schon ein ganz neues Moment, ebenso in dem Werberuf: kommt zu uns, Hitler ist der Mann, der zur Befreiung führt, zuerst zur inneren und dann zur äußeren! Niemals geben nationalsozialistische Redner, auch nicht vor Wahlen, Versprechungen, etwa so: wählt nationalsozialistisch, so werden unsere Abgeordneten in diesem und jenem Punkte für eure Interessen stimmen! — Nein, sie sagen: wählt nationalsozialistisch, dann tragt ihr damit ein Stück zur Beseitigung des vorhandenen Systems bei und zur Grundlegung des neuen, das wir Nationalsozialisten bringen werden!

Seit 1918 waren die Deutschen nicht nur vom feindlichen Auslande, sondern auch von den herrschenden Parteien und den Erfüllungskabinetten ohne Unterlaß gedrückt, zu Willenlosigkeit und Demut „erzogen" worden. Immer hatte es geheißen: wir müssen uns beugen und fügen, es ist nichts zu machen; wir müssen uns auch innerlich unterwerfen, wir sind ja auch im Grunde schuldig, wir müssen das schwere Los geduldig auf uns nehmen, fleißig arbeiten, um die Reparationen zu bezahlen und hoffen, daß so im Laufe der Jahrzehnte die anderen Mächte anerkennen, daß wir das Mögliche tun, wir dürfen keine nationalistischen und militaristischen Neigungen haben, damit Weltvernunft und Weltgewissen dazu führen

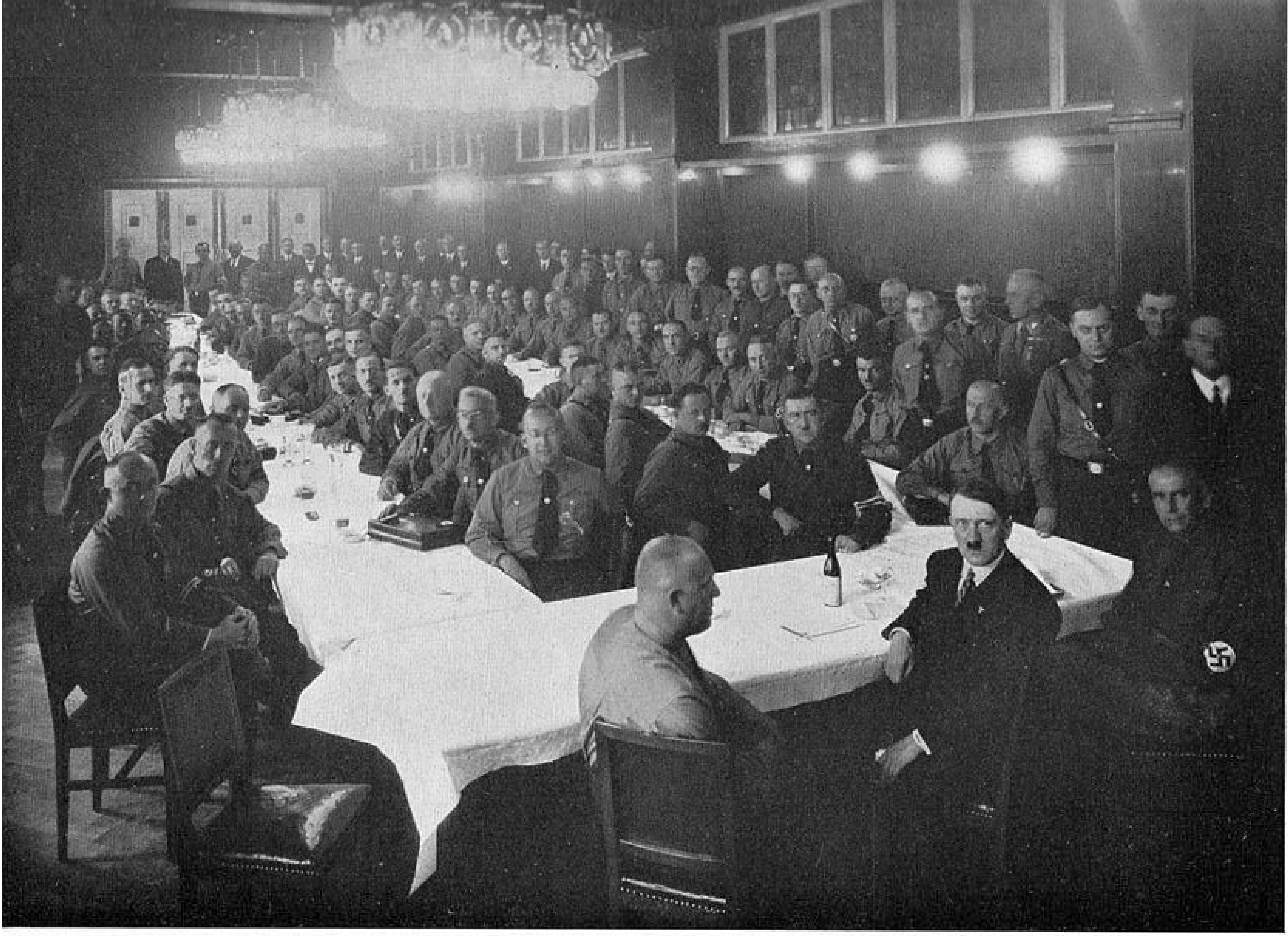
mögen, daß vielleicht eine spätere Generation Deutsche frei, glücklich und gleich geachtet im „Rate der Völker" leben kann. So und noch viel gedrückter und demütiger tönte die Weise. Jahrelange folgerichtige und zielbewußte Fortsetzung eines solchen Verfahrens übt mit der Zeit, noch dazu bei einem so weichen Volk ohne genügende nationale Richtkraft, nach solch einem Kriege seine Wirkung, bis schließlich sogar die Bitterkeit von der immer stärker werdenden Sehnsucht nach Ruhe und Willenlosigkeit erstickt wird, beim Durchschnitt jedenfalls. Die aufwachsende Jugend findet dann bei den Eltern, überhaupt bei den Älteren keinen Widerhall mehr für ihren jugendlichen Vorwärtsdrang. Hier liegt wieder ein wesentlicher Teil des Erfolgsgeheimnisses des Nationalsozialismus: an die Jugend wenden sich alle Parteien und verkünden als neue Weisheit den alten Spruch: wer die Jugend habe, der habe die Zukunft; wir sprachen schon davon. Der Nationalsozialismus ist selbst jung, nicht allein seine Idee, nicht allein das Bestehen der Partei. Zum allergrößten Teil waren es junge Menschen, die sich an die Bevölkerung wandten. Es gelang ihnen, die selbst jung waren, die Jugend zu finden und zu packen. Der Jugend paßte das Lied von der Entsagung und Demut, vom geduldigen Arbeiten für Tributerfüllung, vom Verzicht auf Freiheit und auf Durchsetzen des eigenen Wesens nicht. Die Jugend war deshalb „unpolitisch" geworden: „was sollen wir uns die Parlamentsbonzen anhören, sie sagen doch alle mehr oder weniger dasselbe!" Der Nationalsozialismus brachte der Jugend, was sie brauchte, was sie begeisterte. Er gab ihr etwas, wofür sie sich opfern konnte. Die jungen Vorkämpfer des Nationalsozialismus sind zu Hunderten für die Bewegung und ihren Führer gestorben und zu Tausenden für ihn verwundet worden. Wo wäre jemals derartiges, auch in früheren Jahrzehnten, in Deutschland vorhanden gewesen? Dieses todesverachtende Sicheinsetzen, dieses begeisterte Eintreten für die Überzeugung auf die Gefahr langer Freiheitsstrafen hin galt und gilt nicht dem Programm, beruht nicht auf Suggestion, sondern kommt daher, daß die nationalsozialistische Idee gerade die Jugend in ihrem Innersten getroffen und ergriffen hat. Und darauf kommt alles, tatsächlich alles an.

Der Nationalsozialismus führt zurück auf das Volk als Ganzes, und letzten Endes auf die Art, die Rasse, den Rassengedanken. Das Volk, die Nation, bedeutet dem Nationalsozialismus nicht das Zusammenleben von fünfundsechzig Millionen beliebiger Menschen auf dem deutschen Boden, die sich miteinander so gut wie möglich einzurichten und abzufinden hätten im Bestreben, recht schnell „Europäer" zu werden und das Eigenwüchsige in sich zu vernichten. Für den Nationalsozialismus ist das deutsche Volk ein organisches Wesen. Man kann es mit einem Baum vergleichen, an dem jeder Teil gleich wichtig, zum Leben notwendig ist, mag es sich um die Wurzeln, den Stamm, die Rinde, die Zweige oder Blätter handeln. Ebenso besitzt kein Glied des Volkes den Anspruch, sich besser zu dünken als das andere, keines ist minderwertiger als das andere. Der Volksorganismus muß, wenn er seiner schicksal- und naturgewollten Bestimmung entsprechen soll, in sich geschlossen sein, er ist von allem Fremden zu reinigen, denn es bedeutet für ihn Krankheit und Siechtum, zum mindesten die Unmöglichkeit des Gedeihens.

Solche Gedanken allein bedingen Todfeindschaft und Auflehnung gegen alles, was in der Weimarrepublik gelten und herrschen will. Gerade die Jugend hat das am unmittelbarsten empfunden: wollte man Befreiung, wollte man soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliches Gedeihen, so mußte von innen heraus der Anfang gemacht und die bewußte Deutschheit der Seele Grundstein werden. Alles mußte verneint, bekämpft und besiegt werden, was das geltende System unter dem Schlagwort „Fortschritt der Menschheit" der Nation zum

Schaden aufzwang. Der Nationalsozialismus lehrt in das eigene Innere zu blicken, aus ihm das Beste und Tiefste heraufzuholen und zu wissen: das bin ich, ich bin ein Deutscher, das ist meine Art, sie allein kann und darf für mich gelten, für mich als Einzelwesen und Glied meines Volkes! Aus dem Born des eigenen Wesens konnte und kann der Nationalsozialismus die Kraft nehmen, jedem einzelnen einzuprägen: euch wird gesagt, alles Auflehnen sei vergebens, sich anzupassen und zu gehorchen, zu fronen und leiden sei und bleibe nunmehr das Los des Deutschen. Das Gegenteil ist wahr, nichts ist verloren, bis der Deutsche sich selbst aufgibt, also, auf zum Kampf gegen alles, was unser Wesen schwächen und zersetzen will! Wir Nationalsozialisten wollen ja nicht Partei und Parteigedeih. Sobald unser großes Ziel, das alle Deutschen umfaßt, erreicht ist, löst sich satzungsgemäß die Partei auf!

Wenn auch aus den völkischen Bünden und Parteien verschiedener Namen niemals annähernd das geworden war, was ihre begeisterten Anhänger erträumt hatten, wenn sie im Gegenteil meist traurig und vielfach unrühmlich endeten oder sich ohne Wachstum dahinschleppten, so war doch die Sehnsucht nach Verwirklichung des deutschen, des völkischen Gedankens im Lande nie gestorben. Man hatte sich aber enttäuscht und oft verbittert in sich selbst zurückgezogen, man fühlte sich vielfach entmutigt nach so vielen Mißerfolgen, und es war kein Wunder, daß man besonders in Mitteldeutschland und auch im Norden der Hitlerbewegung zum mindesten skeptisch gegenüberstand. In dem Grade, wie Bedenken und Mißtrauen schwanden, kamen alle die von völkischer Sehnsucht Erfüllten und früher Enttäuschten allmählich hervor, prüften die neue Bewegung und fanden in ihr das, was sie früher anderswo nicht gefunden hatten. Sieht man ab von den traurigen Erscheinungen der Führerstreitigkeiten, von Eifersucht und Verdächtigungen, von Mangel an Wirklichkeitssinn, an organisatorischer und verwaltungsmäßiger Exaktheit, so hatte den völkischen Bünden mehr oder weniger ein unbedingt freiheitliches Element gefehlt. Zum mindesten waren da Halbheiten und Unklarheiten vorhanden gewesen. Die alte Deutschsoziale Partei, mit Hamburg als Mittelpunkt, hatte, bis auch sie durch Führereifersüchteleien zugrunde ging, ihre soziale Gesinnung aufrichtig genug gemeint, aber sie war eine ausgesprochene Mittelstandspartei und machte sich niemals ganz von der Abhängigkeit von der Rechten, besonders der Konservativen und des Bundes der Landwirte frei, sie mußte stets Rücksichten nehmen. Revolutionärer Geist war bei ihr nicht zu finden. Sozialer Sinn war gewiß da, aber man erreichte nichts. Man seufzte nur: „wenn die sozialdemokratischen Massen doch national wären, wenn sie doch zur Erkenntnis kämen!" Außerdem — das soll nicht verkannt werden — stand die deutschsoziale Partei im Banne des monarchischen Gedankens und Systems. Es ist heute leicht, diese Hemmungen mit Lächeln abzutun. Damals bedeuteten sie für viele schwerwiegende seelische, politische und gesellschaftliche Realitäten. Und beinahe alle erkannten dabei die Tatsache: die Träger der Monarchie, ihre Berater, die Beamtenschaft, die gesamte „Gesellschaft" war für den Gedanken eines deutschen Sozialismus nicht zu gewinnen. Man verstand solche Gedanken nicht und verdammte sie in Bausch und Bogen als „sozialdemokratisch", denn sie waren ja doch gegen die Monarchie gerichtet, gegen die Monarchie, an deren Fundamenten die rote Flut schon jahrelang rüttelte, und die zu schützen die Erfüllung vaterländischer Pflicht bedeutete. Wer sich dieser Auffassung entgegenstellte oder auch nur versuchte, sie als unreif und oberflächlich zu widerlegen, sah sich mit einem Schlage allein auf weiter Flur und gleichzeitig vom internationalen Marxismus und der jüdischen Demokratie anerkennend umworben. Die nationalsoziale Partei der neunziger



Nr. 54. Die 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten bei einer Fraktionssitzung in Gegenwart Hitlers

Nr. 55. Die neueröffnete Führerschule in München. Aus allen deutschen Gauen werden die Unterführer in dreiwöchigen Kursen ausgebildet

Jahre, von Intellektuellen geleitet, enthielt einen guten und keimkräftigen Gedanken. Als sie trotzdem nach wenigen Jahren endete, gingen ihre Führer zum Teil zur jüdischen Demokratie, andere zur Sozialdemokratie über, einige blieben allein. Es ist unnütz, nachträglich darüber zu rechten: was hätte geschehen können. Tatsache ist, daß die Menschen damals nicht anders waren, obgleich es gerade in der Deutschsozialen Partei und den ihr verwandten Gruppen wahrlich nicht an Kritik und an Mut fehlte. —

Das Verschwinden der Monarchien, der Umsturz und was nachher kam, gab der republikanischen Linken und Mitte Anlaß, in allen Tonarten von der Souveränität des Volks, von seiner staatlichen Freiheit und Unabhängigkeit zu sprechen und sie als höchst denkbare Errungenschaft hinzustellen. Die traurigen und beschämenden Folgen dieser Propaganda, die im Grunde nur die Herrschaft der Macher und Nutznießer des Umsturzes festigte, blieb aber auch nicht ohne Wirkung auf die bewußt deutschdenkenden Kreise der Bevölkerung, soweit man nicht glaubte, das Vergangene wiederherstellen und die Monarchie kurzerhand wieder aufrichten zu können. Diese Wirkung des Umsturzes auf den nationalen und nationalistischen Teil der Bevölkerung hat man meist außer acht gelassen. Gewiß dachten alle diese Deutschen vorher monarchisch, und gewiß sahen sie mit Recht in einem sozialdemokratischen Umsturz ein schweres Unglück und eine ungeheure Gefahr für Deutschland in seiner Gesamtheit. Gewiß hatten sie auch die Mißstände, die sich unter der Monarchie entwickelt hatten, ohne weiteres als das kleinere Übel angesehen und in den Kauf genommen. Man sagte sich, der Wert des monarchischen Systems für Deutschland sei so groß, daß alles andere demgegenüber nicht ins Gewicht fallen dürfe. Und für das, was noch zu wünschen übrig wäre, würde ja die Zukunft irgendeine Besserung und Lösung bringen!

Nun waren alle diese Werte verschwunden. Man war Gegner des Umsturzes, des demokratischen und internationalistischen Geistes, nicht zum wenigsten seiner Vertreter. Die Rücksicht, die man früher auf die Monarchie genommen hatte, war fortgefallen. Der deutsch fühlende und deutsch wollende Deutsche auf dem Lande und in der Stadt, besonders, soweit er nicht zu den sogenannten höheren Schichten und nicht zu den Bemittelten gehörte, verlangte nunmehr den Sozialismus, der von der Linken und der republikanischen Mitte so laut werbend, anspruchsvoll und unwahrhaftig ausgerufen wurde. Wie falsch der Ton war, fühlte man wohl oder erkannte es auch an den politischen Folgen und Wirkungen. Aber warum mußte es nur diese falschen Töne geben, warum mußte der soziale Gedanke zur verlogenen, internationalistischen, ja, landesverräterischen Phrase werden? War der soziale Gedanke nicht an sich tief, ursprünglich, edel und gerecht, konnte er nicht allein das „einige Volk von Brüdern" schaffen? Wie traurig mußte es um unser Volk und seine Führer stehen, daß trotzdem die alten engen Schranken zwischen den einzelnen Deutschen nicht fielen, daß es beim alten blieb: das kastenmäßige Oben und Unten, die gönnerhafte Bevormundung, die im besten Falle nicht ausgesprochene Gesinnung, daß ein Teil der Bevölkerung dazu da sei, dem anderen zu dienen und daß alle zum Dienste des Geldes da seien. Den von Internationalisten, von Juden und Judengenossen geführten Deutschen sprach man fortgesetzt von Freiheit, sie hatten durch das Parlament und den „Mehrheitsgedanken" die nach ihrer irregeleiteten Meinung freieste Verfassung der Welt — da war es doch das Recht auch aller derjenigen Deutschen, für die das Deutschtum Sonne und Leitstern war, das zu pflegen, was sie unter Freiheit verstanden und dafür zu kämpfen. Hatte sich doch die alte „Gesellschaftsordnung" wahrhaftig nicht bewährt, war sie doch eine der Ursachen der Novemberkatastrophe, ja des unglücklichen Kriegsausgangs selbst gewesen.

Diese und ähnliche Überlegungen sind nicht konstruiert und einem fingierten Volk in den Mund gelegt worden. Vor dem Kriege haben Angehörige des kleinen Mittelstandes, des Bauernstandes und der Arbeiterschaft nicht selten bedrückt geäußert: sie seien urdeutsch und national gesinnt und würden sich gern anderswo anschließen und wählen; aber wie würden sie auf der Rechten, auch von den völkischen Gruppen teilweise behandelt! Die letzteren wollten vielleicht das Beste, aber es sei doch kein Verlaß auf sie, außerdem sei da nur „Antisemitismus" und unbestimmte Zukunftsmusik, Einfluß würden diese Parteien nicht bekommen, und dann: die Führer sind doch eben Leute, die etwas Besseres sein wollen als wir!

Da kamen dann die Nationalsozialisten und zeigten, daß national und sozialistisch richtig verstanden keine Gegensätze sind, daß die beiden Gedanken und Begriffe vielmehr zusammengehören, ja, daß sie nur die beiden Seiten der gleichen Idee sind. Nur langsam drang diese große Wahrheit in die Gemüter, aber im Laufe weniger Jahre ist ihre Werbekraft in das Ungeheure gewachsen. Auch das ist ein Zeichen der Gesundheit der nationalsozialistischen Bewegung, daß ihr die Erfolge nicht mühelos vom Himmel fielen, sondern daß sie die Früchte begeisterter, zäher und methodischer Arbeit sind, im fortwährenden, immer erbitterter werdenden Kampf mit den Gegnern, die von Jahr zu Jahr die Größe der ihnen vom Nationalsozialismus drohenden Gefahr klarer erkannten.

Der Führer der NSDAP.

Als 1928 die nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag nur zwölf waren, die Stärke und damit die Rechte einer Fraktion nicht erreicht hatten, war die Bewegung im Lande doch bereits eine wirksame Macht, und die Gegner begannen zu begreifen, daß ihre Tendenz kräftig, gesund und aufstrebend war. Schon der 1927 in Nürnberg begangene Parteitag hatte das Gepräge eines großen deutschen Festes. Er war eine Kundgebung, auf die ganz Deutschland freilich mit sehr verschiedenen Gefühlen blickte. Trotz Spott und Verkleinerungsbestreben war die feindliche Besorgnis unverkennbar. Der ebenfalls in Nürnberg abgehaltene Parteitag 1929 zeigte, daß die Hitlerbewegung den Kraftmittelpunkt der gesamten deutschen Freiheitsbewegung bedeutete und ihre Zukunft!

Hitlers Reden waren überall, wo er Versammlungen abhielt, Ereignisse von öffentlicher Bedeutung geworden. Nicht nur im engen Kreise bei der täglichen Organisationsarbeit, auch in der Öffentlichkeit ging eine einzigartige begeisternde und werbende Wirkung von Hitler aus; einzigartig auch deshalb, weil sie sich nicht auf bestimmte Schichten, Berufe, Bildungskreise oder Alterskreise beschränkte, sondern, weil Hitler in den gemischtesten Versammlungen durchweg auf alle Teilnehmer gleichermaßen wirkte. Hitler beschäftigt sich in seinen Reden, sofern nicht aktuelle Vorgänge es unbedingt verlangen, nicht mit Tagesereignissen und Tagesfragen. Er geht immer von irgendeiner Seite aus auf den großen Grundgedanken der nationalsozialistischen Bewegung zurück, erläutert ihn an Vorgängen und Verhältnissen der greifbaren Wirklichkeit, hebt ihn zum Ideal und entflammt im Herzen des Hörers den Zündstoff des Willens. Bei aller Kunst des Aufbaus der Hitlerschen Reden, die stets sorgfältig durchdacht sind, wird man banale rhetorische Floskeln nicht finden. Und wer sich kritisch zum Inhalt stellt, vermag nie zu leugnen, daß der Redner nur sich selbst und seine Gedanken und Ziele ausspricht und sich echt in jedem Worte, in jeder Wendung und jeder Geste gibt. Mit anderen Worten: Hitler kennt in seinen Reden nichts von dem Theaterdonner so vieler großer Redner. Man versuchte, und tut es noch, Hitler als einen „Nurredner" zu charakterisieren und meinte, als die Partei den großen Aufschwung nahm, er hätte lieber der Trommler — wie er sich früher ja selbst genannt hat — bleiben sollen. Sein Wille, der Führer Deutschlands zu werden, übersteige weit seine Fähigkeiten, es werde ein Ikarusflug, und damit nicht allein eine Katastrophe für ihn, sondern auch für das deutsche Volk selbst werden. Das wäre richtig, wenn Adolf Hitler nur Rhetor wäre. Er besitzt aber auch, wie wiederholt bemerkt wurde, zugleich die Gabe des Organisators im hohen Maße und hat mit glänzendem Erfolge diese Fähigkeit erwiesen.

Einen großen Redner und Agitator gab es Ende des 19. Jahrhunderts: Adolf Stöcker. Er hat nicht vermocht, Dauerndes zu schaffen, weil ihm Fähigkeiten fehlten, die Hitler besitzt. Ein Vergleich dieser beiden Persönlichkeiten hat großen Reiz. Wir beschränken uns hier auf

Wiedergabe einiger Sätze aus dem ausgezeichneten Stöckerbuch von Frank, „Hofprediger Adolf Stöcker und die Christlich-Soziale Bewegung" von Dr. Walter Frank (Verlag Reimar Hobbing, Berlin):

„Während er hier die Möglichkeit einer Machterweiterung nicht ausnutzte, versäumte der Hofprediger zugleich, seine agitatorische Machtstellung in Berlin so zu verankern, daß sie auch einem Angriff von oben hätte trotzen können. Stöcker war wohl — das trat hier verhängnisvoll hervor — ein Agitator großen Stils, aber die Massen, welche die Gewalt seines Wortes in Bewegung gesetzt hatte, sich organisatorisch als schlagkräftiges Instrument einer entschiedenen Politik zu sichern, war ebensowenig seine Begabung, wie es seine Sache war, im gegebenen Augenblick einen klaren staatsmännischen Entschluß zu fassen. Hans Leuß nennt ihn „einen der größten Demagogen der Geschichte", aber dabei doch nur einen „Mann des Moments, bei aller Energie doch Sanguiniker, der sich in momentanen Anregungen erschöpfte; keinen Mann der Organisation, überhaupt keinen Staatsmann, sondern einen Demagogen, ohne Plan und Festigkeit". Die Massen, die Stöcker erobert hatte, nahm nicht etwa die christlich-soziale Partei auf; sie blieb vielmehr auch in der Glanzzeit des Stöckerschen Tribunats zahlenmäßig klein. Die konservativen Bürgervereine und die antisemitischen Organisationen waren es, welche sich in den Ertrag teilten. In den Jahren 1881 bis 1885 standen sie noch unter dem Einfluß des Hofpredigers. Sobald nun aber die einen gouvernemental, die anderen radikal wurden, wie dies mit dem Jahre 1886 einzutreten begann, kam die christlich-soziale Partei unter ein Feuer von zwei Seiten und verlor ihre Macht. „Stöcker hat keine glückliche Hand" — schrieb 1888 Bismarck — „die Erfolge, die er erreicht, bleiben momentan, er vermag sie nicht unter Dach zu bringen und zu erhalten; jeder gleich gute Redner, und deren gibt es, entreißt sie ihm." Was der Agitator im Ansturm der Volksversammlungen gewonnen hatte, das verspielte er wieder in der Verteidigung des kühlrechnenden, zähen Kampfes auf dem Boden parteipolitischer Strategie, parlamentarischer Taktik und höfischer Intrigue."

Zur Beurteilung seines Wesens und seiner Fähigkeiten muß man den Werdegang Hitlers betrachten. Schon, als er noch in der Front stand, war sein erster Gedanke nicht, Redner zu werden, sondern sich der Politik zu widmen. Und die entscheidenden Antriebe dazu stammen, wie sein Buch: „Mein Kampf" beweist, aus seiner Jugendzeit vor dem Kriege, als er in Wien auf dem Bau arbeitete. Damals folgte er dem Drang seines Innern: die Not des eigenen Lebens führt ihn zu dem sozialen Problem, die Judenfrage erschließt sich seinem Nachdenken und folgerichtig die Rassenfrage. Sie wird Basis seines Empfindens, Denkens und Handelns. Er erkennt, daß das Rassenproblem eine der Daseinsfragen des Deutschen und des Deutschtums geworden ist. Das ist nicht der Entwicklungsgang eines Mannes, den man als Rednernatur abstempeln könnte. Man kann wohl auch den weiteren Schluß ziehen: ein Nichtsalsredner könnte weder der ausgezeichnete Frontsoldat gewesen sein, noch hätte er den Putsch 1923 gemacht. Die Rednernaturen pflegen ihre Kraft im Reden auszuleben und zu erschöpfen, zu Entschluß und gewagter Tat sind sie nicht fähig. Der Nurredner pflegt sich auch an seinen rhetorischen Erfolgen genügen zu lassen, er hält seine Reden für Taten. Hitler ist sich seiner Redegabe, die er zur Kunst ausgebildet hat, wohl bewußt, aber er benutzt sie letzten Endes doch nur als Mittel, um seinem eigentlichen Ziel näherzukommen. Man darf nicht vergessen, daß er sich dieses Ziel schon im Jahre 1919 gesetzt hatte, ehe er Meister der Rede war und die Größe dieser Begabung kannte. Das geht aus seinem Buch und seinem Programm hervor. Er faßte von Anfang an den Entschluß, seine

politische Tätigkeit nur in und mit seiner eigenen, von ihm unbeschränkt geführten Partei auszuüben. Sein Programm setzt sich die völlige Umgestaltung der äußeren Verhältnisse Deutschlands zum Ziel, zugleich mit einer Umwandlung der politischen und wirtschaftlichen Grundanschauungen. Der Nurredner denkt an solche Dinge nicht. Ebensowenig wird der Nurredner nach schwersten katastrophenartigen Rückschlägen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen sein Werk wieder von vorn anfangen und die alte Linie unbeirrt wieder aufnehmen, selbst unter dem jahrelangen Druck eines Redeverbotes.

Das zweibändige Buch Hitlers „Mein Kampf" zeigt eine ausgesprochen starke Individualität und eine unaufhörliche, heftige Willensanspannung. Das Buch offenbart außerdem eine ganz gewaltige, fleißige, man möchte sagen leidenschaftliche Arbeit an sich selbst und den inneren Drang, zu einer festen, sich selbst genügenden Lebens- und Weltanschauung zu gelangen. Es kommt wenig genug darauf an, ob der eine oder andere die Gedankengänge ablehnt, das ist eine Sache für sich. Hitler hat sich seine Bildung in ständiger Wechselwirkung mit eigener Gedankenarbeit in Zeiten stürmischer Tätigkeit — abgesehen allein von dem Festungsjahr — aneignen müssen. Der Leser seines Buches wird die Größe und Intensität dieser Arbeit bewundern müssen. Er muß anerkennen, daß Hitler nichts oberflächlich Gelesenes wiedergibt, sondern daß er alles seiner Wesensart gemäß in sich verarbeitet hat. Hitlers Werk beweist, daß er alles vom Gesichtspunkt eines Mannes, der bestimmen und führen will, auffaßt. Das ist für ihn Selbstverständlichkeit. Er ist „a priori" von der Gewißheit durchdrungen, daß er zum Führer geboren sei und Führer sein werde. Nicht allein seine äußere Tätigkeit, auch sein ganzes Denken und seine Arbeit an sich selbst gelten der Vorbereitung für die kommende Führertätigkeit im großen. Führer im wachsenden Kreise ist Hitler seit 1919 gewesen. Oft hört man: er hat also Führerqualität und Führerwillen! Gut, aber wohin wird er uns, wird er Deutschland führen? Nur die Zukunft wird die Antwort erteilen können. Man kann nur sagen: seht sein Programm, sein Wirken, seine Erfolge und hört von seinen Zielen.

An Hitler kann man schon heute feststellen: er ist seiner selbst sicher und überzeugt von seiner deutschen Mission. Er erkennt die ihm durch seine Wesensart gewiesenen neuen Bahnen. Ob und wie im einzelnen er diese Mission verwirklicht; ob er das erreicht, was er will, das vermag niemand zu sagen, auch er selbst nicht. Auch die bedeutendsten Männer haben das nicht gekonnt. Bis jetzt hat Hitler bewiesen, daß er mit den wachsenden Aufgaben, die ihm das Zunehmen der Partei fortschreitend stellte, selbst gewachsen ist. Daß er sich furchtlos und ganz für seine Sache einsetzt, braucht keines Beweises, ebensowenig, daß er über einem gewöhnlichen persönlichen Ehrgeiz steht. Selbstverständlich hat er Freude am Erfolge und an seiner eigenen Leistung. Aber das Gefühl der ungeheuren Verantwortung, die von Jahr zu Jahr größer und schwerer für ihn, den unumschränkten Führer einer gewaltigen umwälzenden Bewegung, wird, empfindet er in ihrem vollen Umfang. Er weiß, daß diese Verantwortung mit jedem neuen Blutopfer, mit jeder Verwundung und Verstümmelung, mit jeder neuen Bestrafung von Angehörigen seiner Partei und mit der Größe der Bewegung selbst an Schwere zunimmt. Schon jetzt, in der zweiten Hälfte des Jahres 1931, ist der Nationalsozialismus der unbestritten führende Faktor in der deutschen Bewegung. Von ihrer Entwicklung und *Führung* hängt das deutsche Schicksal so oder so ab. Sollte die nationalsozialistische Bewegung scheitern oder sich von ihrer Grundidee: dem nationalen Sozialismus, abdrängen lassen, so wäre das Unglück unermeßlich groß und die Auswirkung für die Zukunft nicht abzusehen. Der Einfluß der Bewegung durchdringt heute schon ganz Deutschland. Es

gibt keine Partei, keine Schicht, keine Richtung, die ihr gleichgültig gegenüberstehen könnte, auch wenn sie es wollte. Da gibt es nur ein Entweder — Oder, nur ein Für oder Gegen!

Hitler ist im Frühjahr 1931 zweiundvierzig Jahre alt geworden. Er hat sich die schwersten und höchsten Aufgaben gestellt, ein Unmöglich hat er nie anerkannt und sich durch Rückschläge nicht schrecken lassen. Nichts deutet darauf hin, daß seine innere Entwicklung zu Ende sei, daß er nicht weiterwachse. Ein Rezept und einen Termin für den Erfolg kann kein gewissenhafter Mensch geben, und nur ein doktrinärer Philister kann derartiges verlangen. Hitler selbst kann nur aus tiefster Überzeugung glauben, daß sein Weg der richtige sei, und daß er sich für befähigt und berufen halte, ihn bis zu Ende zu gehen. Schließlich: Hitler hat es selbst ausgesprochen, wenn irgend jemand ein Eigentumsrecht an der nationalsozialistischen Bewegung habe, so sei er es. Das ist richtig und unwiderlegbar. Immer ist Hitler bisher der Führer, der Richtungweisende und die Seele der Bewegung gewesen. Dieser Mann läßt sich auch von seinen Gegnern nicht mit ein paar Worten, so oder so, abtun. Selbst wenn man von Gefühlsmomenten absieht, muß anerkannt werden, daß Adolf Hitler ein Mensch ungewöhnlicher Art ist, daß er ungewöhnliche Kräfte und Gaben in sich vereinigt, daß er von lauterstem Willen und einer echten, tiefen, zu jedem Opfer und zu jedem Entschluß bereiten Hingebung für das deutsche Volk und den deutschen Gedanken erfüllt ist. Ein Mann, der solche Eigenschaften in sich vereinigt, ist von seiner Leistung, der von ihm geschaffenen Bewegung, nicht zu trennen. Man muß ihn als einen deutschen Faktor ersten Ranges werten. In dem heutigen zerrissenen Deutschland, wo Zweifel, Verzweiflung, Skepsis und unfruchtbare Kritikasterei eine so große Rolle spielen, sagt es unendlich viel und ist von erhebender Bedeutung, daß es einen Mann gab, namenlos, allein und mittellos, der sich das höchste Ziel setzte und der innerhalb reichlich eines Jahrzehntes die Hoffnung vieler Hunderttausender geworden ist, die ihm unbegrenzt vertrauen und sich ihm schrankenlos hingeben, für den mindestens zehn Millionen Deutsche bei Reichstagswahlen den Stimmzettel abgeben werden; ein Beweis des gewaltigen persönlichen Vertrauens, das sich auf Hitler vereinigt.

In den letzten Jahren hat Adolf Hitler die Wahrheit des englischen Sprichwortes erfahren: „Nichts ist so erfolgreich wie ein Erfolg!" Seit dem großen Wahlerfolge vom Herbst 1930 hat sich der Zustrom zur Partei weiter verstärkt. Die Hoffnung der politischen Gegner: „die nationalsozialistische Welle" habe mit dem September 1930 ihren Gipfel erreicht und werde sich nunmehr verlaufen, hat sich nicht erfüllt. Wer die Bewegung kennt, weiß, daß es sich nicht um eine Welle handelt, die kommt, steigt, sich überstürzt und wieder verläuft. Dieses Bild paßt in keiner Beziehung. Um die Jahreswende 1926/27 sagte Hitler in einer Unterhaltung mit dem Verfasser dieser Schrift, er sähe die Zukunft der Bewegung klar vor sich. Das Schwerste des neuen Aufbaues sei jetzt überwunden, freilich sei noch dauernde angespannte Propagandaarbeit notwendig. In wenigen Jahren aber werde der Zustrom zur Partei so groß werden, daß man sorgfältigste Auslese vornehmen müsse. Zwei Jahre später schon begann das Wachstum der Partei immer größeren Umfang anzunehmen, und heute, im Sommer 1932, ist es gewaltiger denn je zuvor. Was Hitler mit der Auslese meint, liegt auf der Hand: es handelt sich nicht allein um das Abweisen der an und für sich unwürdigen, minderwertigen Elemente, sondern auch um die Frage, ob die neu zur Partei kommenden Persönlichkeiten tatsächlich Nationalsozialisten sind, es zum mindesten innerlich werden wollen. Natürlich sind unter den Andrängenden viele, die glauben, in der großen und wachsenden Partei persönliche Vorteile, Möglichkeiten für Beschäftigung

und Laufbahn zu finden und nicht wenige, die denken: Nationalsozialismus sei jetzt eben Mode, folglich müsse man der Partei beitreten. Der Zustrom kommt vielfach auch aus bürgerlichen und kapitalistischen Kreisen, die etwa folgendermaßen argumentieren: Die nationalsozialistische Bewegung wird wahrscheinlich früher oder später ans Ruder kommen. Treten wir rechtzeitig in möglichst großen Mengen ein, so werden wir, wird unser Berufsstand Einfluß innerhalb der Partei und damit auch auf ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Kurs gewinnen! Also hinein in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei! — Diese bürgerlichen Strömungen, die kein Vertrauen mehr auf die eigene Kraft und die Zukunft haben, wünschen sehnlichst, der Partei den Charakter einer Arbeiterpartei zu nehmen. Auf diese Wünsche werden wir später näher eingehen. Hier werden sie nur gestreift, um zu zeigen, mit welcher Sorgfalt und Energie der Führer gerade in den Zeiten großen Erfolges dafür sorgen muß, daß die Partei so bleibt, wie er sie geschaffen hat, und wie es das Programm von 1919 fordert. Alle neuen Elemente, welche der Partei zuströmen, müssen sofort in die Organisation eingegliedert, von ihr erfaßt werden. Es handelt sich um einen wirklichen Einschmelzungsprozeß. Elemente, die sich nicht einschmelzen lassen, müssen wieder ausgeschieden werden. Voraussetzung ist natürlich, daß die Parteiführung und der alte Kern dem Geist und dem Programm der Partei treu bleiben, so daß es niemals vorkommen darf, daß einzelne auch nur mit dem mindesten Rechte sagen können: ich passe nicht mehr in die Partei hinein, weil ich ihren Leitsätzen und ihrem alten Geiste treu geblieben bin, die Parteiführung dagegen nicht! Das sind Gefahren, wie die Weltgeschichte lehrt, denen jede mächtig werdende Partei und Bewegung ausgesetzt ist.

Hitler war sich schon in seinen Anfängen darüber klar, daß die Durchführung seines Programms letzten Endes von der inneren Umkehr und Umwälzung der Deutschen abhängt. Er wird heute wissen, von welch entscheidender Bedeutung es ist, dafür zu sorgen, daß die Voraussetzungen zu dieser inneren Umwälzung nie verlorengehen dürfen.

Seit dem Herbst 1930 ist die nationalsozialistische Bewegung maßgebend für die gesamte deutsche Befreiungsbewegung. Der Stahlhelm, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutschvölkische Freiheitspartei, der Alldeutsche Verband, nicht zu reden von den kleineren Organisationen und Gruppen, weichen in vielen wichtigen Punkten weit von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ab. Sie machen ihr manche Vorwürfe, sie möchten selbst die Führung haben oder sich mit Hitler in die Führung teilen. Aber vorausgesetzt, daß die nationalsozialistische Bewegung ihren Weg gerade weitergeht und sich selber treu bleibt, werden die Ereignisse und die Entwicklung der Dinge alle diese Verbände zwingen, sich dem großen Zuge der nationalsozialistischen Bewegung anzuschließen. In wichtigen Punkten, sagten wir, bestehen Gegensätze zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und den anderen nationalistischen und völkischen deutschen Freiheitsbewegungen. Die entscheidende Frage ist, ob diese Organisationen ihre Rivalität aufrechterhalten oder die wirklichen oder vermeintlichen Anschauungsunterschiede aufgeben werden, wenn der Nationalsozialismus seinen Entscheidungskampf gegen die Gegner und Feinde ficht, die er niederwerfen muß, um zu seinem Ziel zu gelangen. Um hier klar zu sehen, müssen wir einen Überblick über die jetzige Stellung und Machtstellung der nationalsozialistischen Bewegung, über den Stand ihres Kampfes, unter Berücksichtigung der Gesamtlage Deutschlands, gewinnen:

Hitlers alter Kampfruf: Nieder mit den Novemberverbrechern! gilt für die nationalsozialistische Bewegung heute genau so wie im Jahre 1919. Die nationalistische, sozialistische und weltanschauliche Bedeutung dieses Kampfes hat sich gegenüber früheren Jahren wesentlich

erweitert. Als Todfeind des Marxismus verließ der junge Hitler seinerzeit Wien. Todfeind des Marxismus ist heute die nationalsozialistische Bewegung in ihrer Gesamtheit. Der nationale Sozialismus und der internationale Sozialismus sind von Natur Gegensätze. Kein Kompromiß, kein Ausgleich ist zwischen ihnen möglich. Der Kampf dauert so lange, bis einer von beiden auf der Strecke bleibt; ein Drittes gibt es nicht. Heute auf der Höhe riesiger Erfolge ist Hitler seiner Methode, Menschen zu gewinnen, treu geblieben, die er 1919 als richtig erkannte. Nie hat in Deutschland ein Mann so große Werbe- und Anziehungskraft entwickelt, die sich im Laufe von zwölf langen, inhaltsreichen Jahren progressiv weiter gesteigert hat. Hitler als Motor ist keine andere Persönlichkeit in Deutschland auch nur vergleichbar. Darüber und über die Volkstümlichkeit dieses Mannes gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Die Aufgabe hat Adolf Hitler sich gesetzt, Deutschland aus der Katastrophe herauszuführen, es frei und unabhängig zu machen, es in nationalsozialistischem Geiste innerlich und äußerlich umzuformen. Eine größere Aufgabe kann man sich nicht stellen. Nur ein Staatsmann und Volksmann ersten Ranges kann ihr gerecht werden. Möge Adolf Hitler sich als solcher offenbaren!

Der Arbeiter – Volksgenosse

Der internationale Sozialismus will die internationale Klassengenossenschaft unter der Trugparole: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Diese Vereinigung soll die Grenzen der Staaten sprengen, die Nationen zersetzen und schließlich vernichten, zunächst „Europa" schaffen, dann „die Menschheit". Das ist das Ziel. Welcher Mittel sich der Marxismus bedient hat, um dieses Ziel zu erreichen, zeigen das Jahr 1918 und die seitdem verflossenen Jahre. Die Sozialdemokratie behauptet gern, man spräche heute von Marxismus, ohne zu wissen, was er eigentlich bedeute, und ohne daran zu denken, daß die heutige Sozialdemokratie nur noch sehr wenig auf der Marxschen Lehre fuße. Es ist auch uns bekannt, daß die marxistischen Theorien durch die Erfahrung und Praxis zum Teil ad absurdum geführt worden sind. Ebenso steht aber fest, daß die Hauptlehre des Marxismus, der absolute Internationalismus, für die Sozialdemokratie Deutschlands genau so maßgebend ist wie für den Kommunismus. Nebenbei sei bemerkt, daß die zur Zeit bestehende Feindschaft zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus im Grunde ein Konkurrenzkampf zwischen zwei Verwandten ist, die dasselbe wollen. Bringt die Zukunft eine wesentliche Schwächung der Sozialdemokratie, z. B. durch Wahlen, so besteht kein Zweifel, daß sich der übrigbleibende Teil schnell radikalisieren und mit dem Kommunismus gemeinsame Sache machen wird. Irgendwelche Hindernisse grundsätzlicher Art bestehen da nicht.

Die beiden Parteien des Marxismus betrachten auch ihrerseits die nationalsozialistische Bewegung als ihren Todfeind. Das gilt mit Grund und Recht. Sie sehen sich mehrfach durch sie bedroht: die Sozialdemokratie bleibt nicht nur der Gegner der nationalsozialistischen Betätigung und Gesinnung, sondern sie erblickt in der starken nationalistischen Strömung, die die nationalsozialistische Bewegung hervorgerufen hat, eine Lebensgefahr für den Bestand ihrer Partei und deren Zukunft, eine Vernichtung ihrer Zukunftsziele. Sie sehen ihr Ideal einer internationalen Weltrepublik, in der das Geld schrankenlos herrscht, bedroht. Die intellektuell führenden Juden der Sozialdemokratie verstärken diesen Haß noch wesentlich. Denn die Juden streben nach einem hemmungslosen Internationalismus, weil sie wissen, daß so die Macht des Judentums als Nation, als Alljudentum unbeschränkt wird. In einem nationalsozialistisch bestimmten deutschen Staate würde die Macht der Sozialdemokratie ohne weiteres gebrochen werden, und sie hätte keine Möglichkeit, sich wieder zu erheben. Ja, ohne vorherige Zerstörung des Marxismus kann der Nationalsozialismus nicht zur Macht gelangen. Der Nationalsozialismus würde der Sozialdemokratie die Hauptwaffe aus der Hand schlagen: ihren „Sozialismus", und an seine Stelle den wirklichen Sozialismus, die Durchführung des Volksgenossentums, setzen und einen Zustand schaffen, der keine Sehnsucht mehr nach den alten internationalistischen Trugbildern aufkommen ließe. Die Sozialdemokratie weiß das und behauptet: der deutsche Sozialismus sei eine irreführende Unwahrheit. Wir wollten mit diesem Schlagwort nur die Massen gewinnen, um auf ihrem

Rücken zur Macht zu gelangen und sie dann zu unterdrücken, sie als eine zum Dienen bestimmte Schicht zu knechten und in einem reaktionär gearteten und eingerichteten Staat auszunutzen. Das gleiche sagen die Kommunisten und versuchen, die Arbeiterbevölkerung davon zu überzeugen. Der Nationalsozialismus antwortet auf diesen Vorwurf mit der Überlegung: in allen Ländern, in denen es besitzlose Massen gibt, im wesentlichen also in den Industriestaaten, existiert die Arbeitnehmerbewegung:

Sie ist revolutionär im elementaren Drängen und Wollen der Massen nach sozial gehobener Stellung. Die Arbeitnehmerschaft will nicht mehr als der dienende Teil der Bevölkerung angesehen werden und fungieren. Sie will, und das kommt ganz besonders bei der deutschen Mentalität als wichtiger, wenn nicht maßgebender Faktor in Betracht, auch in ihrem Menschentum gleichgewertet, gesellschaftlich gleichgeachtet werden. Die Rechte, die ihr die „freieste Verfassung der Welt" gibt, genügen der Arbeitnehmerschaft nicht. Das Wort, daß der Mensch nicht von Brot allein lebe, kann man besonders auf den deutschen Arbeitnehmer anwenden, viel mehr als etwa auf den angelsächsischen. In Deutschland handelt es sich also um ein seelisches Problem, das nur durch eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse, innerlich beginnend, gelöst werden kann und muß. Die Gleichachtung des Arbeitnehmers muß eine Selbstverständlichkeit für alle deutschen Schichten werden. Das ist nur möglich, wenn der volksgenössische Gedanke voll verstanden und empfunden wird, auch von den Schichten in Deutschland, die sich als die oberen, als zur Führung bestimmt ansehen. Dazu gehört, daß diese Schichten in erster Linie den Dünkel zum Opfer bringen, etwas Besseres und Höheres zu sein als die anderen. Dieses seelische Problem kann nur der Nationalsozialismus lösen, nie der Marxismus. Der Marxismus „löst" die Frage, indem er die „Diktatur des Proletariats" verkündet und, z. B. in Rußland, in seiner Weise durchführt, nämlich durch Mord, Auswanderung oder Verelendung aller anderen Schichten. In Wahrheit hat nicht das Proletariat die Diktatur inne, sondern ein kleines Komitee, das von Mitgliedern des Bolschewistenbundes gebildet wird. Ihr Mittel ist Terror.

Absicht und Ziel der Sozialdemokratie sind in abgeschwächter Form die gleichen. Der Diktator der sozialdemokratischen Partei ist das Geld, der Weltkapitalismus. In dem seit zwölf Jahren durch die Sozialdemokratie maßgebend beeinflußten Weimarstaate hat der Weltkapitalismus uneingeschränkt geherrscht. In einem sozialdemokratisch geführten deutschen Staat kann es nicht anders sein . . . Da aber, wo das Geld in irgendeiner Form herrscht, sind wahrer Sozialismus, Volksgemeinschaft und Volksgefühl eine Unmöglichkeit. Das beweist außer der Erfahrung die einfachste Überlegung. Im einen Falle wie im anderen handelt es sich um Ausnutzung und Knechtung des Volks, denn weder die Herrschaft des Geldes, noch die eines Tyrannenbundes kann oder will eine volksgenössische Gemeinschaft. Sie zu schaffen, ist nur der Nationalsozialismus imstande. Er allein kann als Todfeind des Kapitalismus, als unbedingter Gegner jeder Tyrannis die Volksgenossenschaft in tiefer Aufrichtigkeit anstreben und schließlich zur Verwirklichung bringen.

Der Nationalsozialismus erkennt das revolutionäre Aufwärtsstreben der Arbeitnehmerbewegung als berechtigt an, denn es entspricht dem volksgenössischen Gedanken, ist Sinn und Seele des deutschen Sozialismus. Wenn wir Sozialismus so verstehen, müssen wir und muß vor allem die Führung der Partei stets eingedenk sein: Nie darf die nationalsozialistische Bewegung vom Wege eines tatsächlichen radikal durchgeführten und aufgefaßten Sozialismus abirren, niemals ein Kompromiß mit dem Bürgertum schließen. Das Bürgertum strebt, besonders seit die nationalsozialistische Bewegung stark und mächtig geworden ist, mit allen

Kräften und Mitteln und auf allen Wegen nach einem solchen Kompromiß. Das Bürgertum hat die Parole des Nationalsozialismus: Nieder mit dem Marxismus! aufgenommen. Ein gemeinsames Schlagwort bedeutet aber keine Wesensgemeinschaft. Der demokratische Teil des Bürgertums, das vielfach selbst nicht weiß, wie weit es im Innern marxistisch denkt, ist die Vorfrucht des Marxismus, wie Bismarck sagte. Liberalismus und damit Kapitalismus beherrschen das Bürgertum weitgehend. Mag man hier und da das Gefühl haben, daß sich eine neue Gesellschaftsschichtung und Gesellschaftsanschauung anbahnt, man versucht die Erkenntnis abzuweisen und möchte den Nationalsozialismus als Sturmbock, zum mindesten als Mauer benutzen. Der Nationalsozialismus soll den Marxismus — wie ihn das Bürgertum versteht — niederschlagen und beseitigen und dafür den Bürgerstaat wieder neu herstellen, teil an ihm haben. Und da jede Arbeit ihres Lohnes wert ist, das ist die Hauptsache, soll er selbst verbürgern. So rechnen die Bürgerparteien von den Deutschnationalen an bis zu den Demokraten, jede auf ihre Weise. Ein so entstandener neuer Bürgerstaat würde mit einigen Abänderungen und Reformen doch immer wieder „derselbe in Grün" sein: ein kapitalistischer Staat, ein Klassenstaat, ein Staat mit einer herrschenden und einer dienenden Schicht, ein Staat, in dem ebenso wie bisher die soziale Frage ungelöst bliebe, ein Staat schließlich, der wiederum von Grund aus umgewälzt werden müßte, um einen deutschen Sozialismus verwirklichen zu können.

Die soziale Umwälzungsbewegung, wir nannten sie Arbeitnehmerbewegung, ist elementar. Wenn das Bürgertum wartet und denkt, das Wetter werde sich verziehen, dann irrt es sich gründlich. Höchstens das Tempo läßt sich nicht voraussagen, es kann schneller oder langsamer sein. Die revolutionäre Bewegung aber ist ständig und unaufhaltsam. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, daß die Arbeitnehmerschaft in Deutschland an Zahl weit mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung beträgt. Es muß wiederholt werden: der Drang dieser gewaltigen Schicht, nach oben zu kommen, ist berechtigt, er entspringt Gefühlen und Trieben, die nicht nur zu rechtfertigen sind, sondern von jedem Deutschen als Zeichen begrüßt werden müßten, daß es sich nicht um „stumpfe Massen" handelt. Daß unter den Millionen Arbeitnehmern auch viele stumpf sind und materiell denken, ist selbstverständlich. Dasselbe finden wir, nur in entsprechend anderer Form, genau so bei den höheren Schichten, bei den „Gebildeten und Besitzenden". Gerade diese haben am allerwenigsten das Recht, sich über unberechtigte Forderungen der anderen zu entrüsten.

Die große revolutionäre Arbeitnehmerbewegung, die neueste Phase der sozialen Revolution, die seit hundertfünfzig Jahren, genau genommen seit dem Bauernkriege, in Deutschland auf dem Marsche ist, ist unaufhaltsam. Gewiß können gewaltsame kommunistische, auch sozialdemokratische Umsturzversuche die Notwendigkeit hervorrufen, ihnen mit den Waffen entgegenzutreten. Das wäre unter allen Umständen beklagenswert. Der nationale Sozialismus kann es nie wünschen, schon weil sich dann die von den Internationalisten irregeführten Arbeitnehmermassen wieder in Gegensatz zu ihren nationalsozialistischen Arbeitergenossen und deren Führer stellen müßten. Der Ausgleich der Widerstände gegen die schließliche Volkseinigung würde unter diesen Umständen zum mindesten schwieriger werden. Den bürgerlichen Parteien wäre der Gedanke eines blutigen Konflikts nicht hinderlich, weil sie die Idee der sich von innen heraus formenden wirklichen Volksgenossenschaft entweder nicht kennen oder ihr keine Opfer bringen wollen. Der Nationalsozialismus denkt nicht daran, sich der revolutionären Arbeitnehmerbewegung entgegenzustellen, er muß im Gegenteil in ihr stehen, ihre treibende Kraft bilden. Sein Ziel ist: sie umzulenken aus dem internationalistischen

Fahrwasser in das nationalistische, und dann auf dem nationalistischen Boden das große Werk der Einigung zu vollbringen. Aus alledem ergibt sich, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihrer Idee, ihrem Ziele treu bleibend, sowohl die Linke, wie die Mitte und in der Folge auch die nationale Rechte als Gegner erwarten muß. Die Gegnerschaft des ausgesprochen nationalistischen Teils der politischen Rechten, also der Deutschnationalen Volkspartei, wird sich auswirken, möglicherweise erst in einem späteren Stadium. Die Deutschnationale Volkspartei kann mit dem Nationalsozialismus konform gehen, solange es sich um Nationalismus und lediglich um Opposition gegen die Regierungsmehrheiten und gegen das System handelt. Der Gegensatz wird in dem Augenblick schroff, in dem der Nationalsozialismus die soziale Frage auf die Tagesordnung bringt. Das will und muß er, denn sein Nationalismus ist mit seinem Sozialismus nicht nur verbunden, sondern untrennbar von ihm.

Die nationalsozialistische Bewegung ihrerseits ist weder rechts noch links, sie steht überhaupt außerhalb der Bezeichnungen und Begriffe parlamentarischer Geographie. Sobald man die nationalsozialistische Bewegung mit Recht als „links" oder „rechts" bezeichnen könnte, wäre sie schon entartet und unfähig geworden, ihre Sendung zu erfüllen: die Sendung der Volkseinigung, der Volkwerdung und der Befreiung.

Die Antwort auf die Frage, weshalb Deutschland den Weltkrieg verloren habe, lautet in aller Kürze: weil die Deutschen unter sich nicht einig, weil sie nicht ein Volk im Sinne des Begriffs waren, etwa wie die Engländer und die Franzosen. Die Deutschen sind im Verlaufe ihrer Geschichte aus vielen Gründen untereinander uneins gewesen. Diese Ursachen haben sich alle im Laufe der Jahrhunderte überlebt. Bismarck hat die Deutschen zum großen Zusammenschluß im Reiche zwingen müssen. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit und dem Nutzen des Zusammenschlusses zu einer großen staatlichen Einheit ist mittlerweile Allgemeingut geworden. Wenn sie auch bei den internationalistischen Parteien zu finden ist, so haben gerade sie wenig Ursache, sich dessen zu rühmen. Denn wirtschaftliche und parteiliche Erwägungen sind für sie maßgebend gewesen, nicht das deutsche Volksgefühl. Das beweist am besten die Gleichgültigkeit, mit der die Parteien der Linken, auch der Mitte, die deutschen Volksteile behandeln, die durch die Versailler Bedingungen vom Mutterlande getrennt oder in die schwerste Gefahr gelangt sind, das Memelgebiet, Danzig, Ostpreußen und das getrennte und zerstückelte Schlesien und Westpreußen, nicht zu reden von Elsaß-Lothringen, an das in diesen politischen Kreisen nicht mehr gedacht wird.

Die Ursache der inneren Uneinigkeit im neuen Reiche war die ungelöste soziale Frage. Hier schließt sich das Problem der äußeren Befreiung an das der inneren Befreiung an. An dieser Problemstellung sind alle anderen Gruppen der deutschen Freiheitsbewegung entweder achtlos oder absichtlich vorbeigegangen. Nur die nationalsozialistische Bewegung hat die Kernfrage von Anfang an erkannt: ohne Befreiung im Innern gibt es keine äußere Befreiung. Die Befreiung im Innern ist eine vielfältige Aufgabe. Sie muß bei denjenigen Deutschen beginnen, die am wenigsten frei sind: der Arbeitnehmerschaft. Diese trägt dafür in sich die Sehnsucht, daß sie frei werden will und aufwärts will. Die nationalsozialistische Bewegung muß kraft ihres deutschen Sozialismus die Arbeitnehmerschaft zu Menschen befreien und erreichen, was das nationalsozialistische Lied verheißt: „Der deutschen Arbeit wollen wir den Weg zur Freiheit bahnen." Die deutsche Arbeit ist dem internationalen Gelde und den Versailler Mächten versklavt. Soll sie frei werden, so muß sie aus dieser Knechtschaft befreit werden. Das muß auf innenpolitischem und innenwirtschaftlichem Wege beginnen,

aber zugleich wird die Außenpolitik in stärkste Mitleidenschaft gezogen. Das seelische Problem, das wir als die Grundvoraussetzung feststellen, bedeutet ein nach außen wirkendes Element von größter Tragweite, denn: ist die seelische Gemeinschaft, das innerste Gefühl deutscher Zusammengehörigkeit vorhanden, ist das „Einig Volk von Brüdern" keine leere Redensart mehr, dann, aber nur dann, kann zur äußeren Befreiung geschritten, kann sie Tatsache werden. Betont sei, daß damit nicht ein Krieg mit den Waffen gemeint ist. Aber die Wahrheit steht ewig fest, die Geschichte bestätigt sie immer wieder, daß ein in sich geeintes Volk, das die Freiheit will, sie auch erreicht durch die Stärke, die Macht und die Wucht seines Willens. Wie weit sind wir noch in Deutschland von diesem Zustande entfernt! Die soziale Frage, der vergiftete, verbitterte soziale Kampf haben die deutsche Bevölkerung mehr denn je getrennt, zerrissen und gegeneinandergehetzt. Ein irriger Schluß muß vermieden werden: wenn sich der Nationalsozialismus die Aufgabe gesetzt hat, die soziale volksgenössische Frage zu lösen, wenn er alle Forderungen der „Arbeiterpartei" auf sich nimmt und durchzuführen entschlossen ist, so ist der tiefere Grund nicht etwa äußere Befreiung, Wiedergewinnung der äußeren Macht als Nation. Selbst wenn der Gedanke an äußere Befreiung und an die Wiedererlangung einer neuen deutschen Machtstellung hoffnungslos wäre, würde sich die nationalsozialistische Bewegung trotzdem ganz in den Dienst der sozialen Frage und der Verwirklichung der unterschiedslosen Volksgenossenschaft gestellt haben. Es handelt sich nicht darum, daß die Arbeitnehmerschaft gewissermaßen als Mittel „gewonnen" werden sollte, um mit ihr das nationale Befreiungsziel zu erreichen. Wenn dieses Ziel tatsächlich nicht da wäre, so würde das volksgenössische Gefühl, das den Willen zur sozialen Gerechtigkeit einschließt, die nationalsozialistische Bewegung bestimmen. In innerer und äußerer Folgerichtigkeit führt der Weg zwingend zur nationalen Befreiung, denn: deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter, im weitesten Sinne verstanden, können gar nicht frei werden, ohne daß die äußere Freiheit gewonnen, jedenfalls angebahnt wird. Das ist die große Wahrheit, welche die nationalsozialistische Bewegung immer klar erkannt hat. Gegen diese Erkenntnis haben die Erfüllungsparteien und die sogenannte Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, mit vollem Bewußtsein unaufhörlich gesündigt. Sie hatten nur die eine Sorge, daß die Arbeitnehmerschaft ihren Betrug nicht erführe und nicht begriffe. Der Kampf der Nationalsozialisten geht in ihrer alten, geraden Linie weiter, seit Hitler 1919 seinen Kampf in München begann, auch jetzt, da sie in Parlamenten sitzen.

Die Hindernisse, die sich der Befreiungsbewegung entgegenstellen, liegen bei den marxistischen und den bürgerlichen Parteien. Es ist ein Kampf um die Macht und daneben ein Kampf der Anschauungen und Gedanken. Sozialdemokratie und Kommunismus wissen, daß die von ihnen geführten Massen seit einigen Jahren anfangen zu zweifeln, und daß diese dem nationalsozialistischen Gedanken nicht mehr wie früher mit dem sicheren Gefühl gegenüberstehen, selbst im Besitz der höheren und der richtigeren Erkenntnis zu sein. Nein, diese Massen, auch soweit sie den marxistischen Parteien eingegliedert sind, fühlen sich unsicher, zweifeln an ihren Parteidogmen und auch an ihren Führern und kritisieren sie. Sie sehen, daß die gepriesene Internationale die Hoffnungen und die Versprechungen ihrer Vertreter nicht erfüllt hat, und sie fragen mißtrauisch: ob sie überhaupt je erfüllt werden. Die Fähigkeit der Massen, die Tagesereignisse zu beobachten, hat zugenommen. Sie erinnern sich der Jubelhymnen und Versprechungen der sozialdemokratischen Parteiblätter in bezug auf die Dawesgesetze, die Younggesetze, den „Geist von Locarno" und den Völkerbund und fragen sich: was ist daraus geworden; wo war der Fehler? Sie sehen das wachsende ungeheure

Elend in Deutschland und leiden darunter, sie hören die Kriegsdrohung aus Paris, sobald eine deutsche Regierung auch nur einen Zollvertrag mit Österreich machen möchte. Sie vernahmen die Botschaft vom Weltgewissen, der Weltvernunft, vom „Verschwinden der Kriegspsychose" und von dem Frieden, den alle Völker wollten, von dem Europageiste und der Menschheitsverbundenheit und sehen, daß Frankreich als Vormacht Europas mit seinen Vasallenmächten in Waffen starrt, daß man an Abrüstung nicht denkt, aber Jahr für Jahr die schwersten Drohungen ausspricht, daß Deutschland waffenlos zu sein habe und verpflichtet sei, seinen heimischen Boden ungeschützt zu lassen. Dieselben Massen beginnen zu begreifen, daß in der Waffenlosigkeit Deutschlands gerade die schwerste Gefahr für die Erhaltung des Weltfriedens liegt und wenden ihre Blicke immer mehr zweifelnd auf ihre Führer, die fordern: Nie wieder Krieg! und dabei einen Zustand vertreten, der auf den Krieg hindrängt.

Diese „Massen" beginnen auch die Zusammenhänge zwischen ihrer eigenen, immer armseliger und bedrohter werdenden Hungerexistenz und den Weltereignissen zu sehen, und sie fragen, wie es ihnen denn gut gehen könne, wenn sie selbst durch ihren Stimmzettel die Herrschaft des Weltgeldes über Deutschland bringen. Kurz, alle diese Zusammenhänge, die wir in vorhergehenden Abschnitten erörtert haben, beginnt heute auch der einfache Mann zu empfinden, wenn auch nur in gröberen Umrissen, ohne volle Klarheit. Er legt sich die Frage vor, ob es denn wirklich richtig sei, daß das deutsche Volk allein unter allen anderen sein Wesen aufgeben und „europäisch" werden müsse, während in den anderen Nationen und Völkern der nationalistische Geist mit Fanatismus, zum Teil in maßloser Überhebung, mit allen Mitteln entfacht und gepflegt werde und die eigenen Führer daran nichts auszusetzen hätten.

Sogar die Kommunisten konnten an dieser Tatsache nicht vorübergehen, und ihre Führer trugen dem Rechnung, als sie vor den Reichstagswahlen des Herbstes 1930 eine national klingende Proklamation erließen, zum nationalen Befreiungskampfe aufforderten, den zu führen nur der Kommunismus imstande sei. Die Führer hatten diesen geschickten Schachzug auf Grund der richtigen Beobachtung getan, daß in ihren Arbeitermassen nationales Gefühl, deutscher Wille und nationale Auflehnung wachsen. Das konnte die Arbeiter leicht zu den Nationalsozialisten führen, und so erließen diese Vertreter des absoluten Internationalismus, die Zerstörer aller nationalen und ideellen Werte, einen Aufruf „zur nationalen Befreiung". Andere politische Gegner der Mitte und der Rechten sagen nicht selten: der Nationalsozialismus müsse schließlich im Kommunismus enden, ihm jedenfalls den Weg bereiten. In Wahrheit gibt es keine Brücke zwischen nationalem Sozialismus und Kommunismus: des letzteren Internationalismus, seine Verneinung des Besitzes, der selbständigen Existenz des einzelnen, jeder individuellen inneren Freiheit überhaupt, sein Materialismus verbunden mit der Bekämpfung alles Idealistischen und Religiösen, seine vollkommene Ablehnung des Rassengedankens, das sind Abgründe, über die keine Verbindung zum nationalen Sozialismus führt. Die Durchführung des „Kommunismus" in Rußland beweist praktisch und anschaulich, daß er in der Tat ein volksfeindlicher, schonungsloser Tyrann ist, Volk und Volksgedanken bewußt solange zu unterdrücken entschlossen ist, bis sie nicht wieder zum Leben erweckt werden können. Ob er das erreicht, ist eine andere Frage, uns genügt seine Willensrichtung. In Deutschland wachsen die kommunistischen Massen trotzdem durch die steigende Not der letzten Jahre, die Verzweiflung, die phantastische Hoffnung auf ein Zusammenleben in Harmonie, Frieden und ohne Sorgen. Immer von neuem zieht der jahr-

tausendelang schon wirksame Aufruf an: was dem anderen gehört, gehört im Grunde auch dir, Eigentum ist Diebstahl, also begehst du keinen Diebstahl, wenn du dem anderen nimmst, was er als Eigentum besitzt! Alles, was da ist, muß zerschlagen, die Intelligenz vernichtet werden, das Proletariat (armes Proletariat!) muß die Diktatur ausüben!

Es ist möglich, daß im großen endgültigen Entscheidungskampf der Nationalsozialismus sich dem Marxismus (als Kommunismus) gegenübersehen, möglich auch, daß neben diesem die Sozialdemokratie stehen wird. Die Geschichte beweist freilich, daß solche Kämpfe letzten Endes durch die „radikalen Flügel" ausgefochten werden. Vielleicht werden sich in einem Entwicklungsstadium des Kampfes marxistische Strömungen unter neuen Namen zusammenfinden, die heute als Mitglieder der sozialdemokratischen einerseits, der kommunistischen Partei andererseits voneinander getrennt sind und einander feindlich gegenüberstehen. Der nationale Sozialismus hat seinen Kampf ohne Rücksicht auf solche Vorgänge und Erscheinungen gradlinig weiterzuführen und den marxistischen Feind anzugreifen, wo, in welcher Form und unter was für Namen er ihm entgegentritt. Es wäre unrichtig, bestimmte politische Gruppierungen, die jetzt, im Sommer 1931, vorhanden sind oder sich anzubahnen scheinen, näher zu erörtern, denn gerade in unseren Tagen sind politische Gruppierungen schnell wechselnd und nicht vorauszusehen.

Anders, aber nur dem Grade nach, steht der Nationalsozialismus zu den bürgerlichen Parteien. Das Bürgertum, wie man es früher verstand, befindet sich im Zustand der Zersetzung. Sollte es wieder gesunden, so wird es anders sein als bisher. Die bürgerlichen Parteien sind, abgesehen vom Zentrum, während der letzten Jahre in fortwährendem Wandel und Wechsel begriffen. Ein erheblicher Teil ging in die nationalsozialistische Bewegung über. Die selbständig gebliebenen bürgerlichen Parteigebilde werden weiter versuchen, was sie ihrem Wesen nach nicht anders können, die Politik des „Einerseits-Andererseits" zu treiben. Ihnen gegenüber heißt es für den Nationalsozialismus: wer nicht für mich ist, der ist wider mich! Der Nationalsozialismus hat keine innere Verwandtschaft mit den Grundgedanken der bürgerlichen Parteien. Es ist irreführend, wenn bürgerliche Parteien die alte Phrase andauernd wiederholen: man strebe zu dem gleichen Ziel, nur die Wege seien verschieden. Sie meinen damit den nationalen Gedanken, den Gedankengang der nationalen Befreiung. Sie stoßen den Nationalsozialismus vertraulich mit dem Ellbogen in die Seite und raunen ihm zu: im Grunde wollen wir beide doch dasselbe! Aber gerade „im Grunde" ist das nicht der Fall.

Im einzelnen diene zur Beleuchtung der Frage Bürgertum noch folgendes: Das Bürgertum überhaupt, besonders aber dasjenige Deutschlands, wird durch seine Passivität charakterisiert. Es ist nicht mehr jenes tatkräftige, zielklare, unternehmungslustige Bürgertum des deutschen Mittelalters. Dieses wurde durch den Dreißigjährigen Krieg vernichtet. Seitdem ist es auch mit der politischen Erkenntnisfähigkeit des Bürgertums zu Ende gegangen, der Horizont wurde immer kleiner, beschränkte sich durchweg auf die nächste Bilanz; jahrhundertelang klein und gedrückt, Fürsten und allem, was Obrigkeit heißt, unterworfen, höchstens aber gern leise murrend. In der großen Blütezeit des neuen Kaiserreichs hob sich die materielle Lage des deutschen Bürgertums außerordentlich, Geschäftsgeist, Unternehmungslust, Organisation gingen ins Große. Als die Spitzenerscheinungen betrachtete man die „königlichen Kaufleute" und die „Kapitäne der Industrie". Der verhängnisvolle Reichskanzler der letzten Vorkriegsjahre und des Krieges, Bethmann Hollweg, schrieb in seinen Erinnerungen von jenen letzten Friedensjahren: „die Geschäfte gingen glänzend!" So war

es. Das gesamte deutsche Bürgertum befand sich auf dem Wege zu Wohlstand und Reichtum, es arbeitete und wurde genußsüchtig. Politisch blieb das Bürgertum aller Abstufungen letzten Endes uninteressiert. Entweder diente die Politik lediglich der Wirtschaft und dem Geschäft, oder aber man gefiel sich in einer oberflächlichen nationalen Gesinnung, deren Auswirkungen damals nicht zu unrecht als Hurrapatriotismus bezeichnet wurden. Man wollte imperialistische Politik, meinte, Deutschland habe nur zu befehlen, um alles zu erreichen, was es wolle. Das galt insbesondere von dem Bürgertum der Mittelparteien, während das der linken bereits den internationalistischen Zug hatte. Das Bürgertum hegte eine kindliche Zuversicht, daß nach den siegreichen Kriegen Bismarcks dem Deutschen Reiche eigentlich nichts passieren könne. Während der letzten Zeit vor dem Kriege glaubte das Bürgertum an unbegrenzte Fortdauer des europäischen Friedens und daß der wachsende internationale Verkehr und das allgemeine Geldverdienen den Frieden verbürgten. Mochte auch sonst ein beträchtlicher Teil sich sogar als „rechts" fühlen, so war doch das gesamte deutsche Bürgertum von liberalistischen Gedanken durchdrungen: wenn w i r viel Geld verdienen, so bedeutet das das Wohl aller und des Ganzen!

Wir haben gesehen, wie der verlorene Krieg, der Zusammenbruch und der Umsturz wie ein Donnerschlag auf das Bürgertum wirkten, derart, daß es alles hinnahm, sich alles gefallen ließ, bestürzt, planlos und passiv sich mit den „gegebenen Tatsachen" abfand. Kein neuer Gedanke hat sich inzwischen aus dem Bürgertum entwickelt, bestürzt, planlos und passiv hat es sich auch in die katastrophale Krisis des Herbstes 1931 hineinführen lassen. Gewiß sind im Bürgertum schon lange vorher Unzufriedenheit und Sorge über den politischen und hauptsächlich den wirtschaftlichen Gang der Dinge in Deutschland wach geworden, aber diese Empfindungen und ihre Äußerung blieben unfruchtbar. Sie drängten nicht zu einem Weg, der in die Zukunft führen konnte oder sollte. Das Bürgertum sah nach wie vor zurück in die Vergangenheit, wo alles so schön gewesen war. Es mußte doch, wenn auch nicht genau, aber doch ungefähr so wie früher wieder werden. Oder aber man sieht als Zukunft jene von den Feinden Deutschlands vorbereiteten Pläne, wie „Paneuropa", und stimmt begeistert dem Rufe Stresemanns in Genf zu: wo bleibt die europäische Briefmarke, wo die europäische Münze?!

Psychologisch ist es nicht ohne Interesse, festzustellen, daß das Bürgertum auf der einen Seite kein schlimmeres Schreckbild kennt als „Revolution", sich hingegen auf der andern Seite als ganz instinktlos für das Herannahen der Revolution gezeigt hat. Das Bürgertum wollte bis zum 7. November 1918 an das Vorhandensein einer ernsthaften Umsturzbewegung in Deutschland nicht glauben. Das galt auch von der politischen Rechten — wir fassen den Begriff Bürgertum weit, einschließlich des Großgrundbesitzes, des Adels und Beamtentums —. Man hielt einen Umsturz für unmöglich und war, als er kam, ratlos und verzagt und unterwarf sich, was durchaus nicht nötig gewesen wäre. Auch heute erkennt das Bürgertum nicht, daß der Umsturz von 1918 nur eine Oberflächenerscheinung war, daß aber die große, bis auf den Grund des Völkerlebens hinunterreichende gewaltige soziale Umwälzungsbewegung nach wie vor ihren Fortgang nimmt. In diesem Nichtbegreifen und Nichtempfinden liegt der Hauptgegensatz zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und dem Bürgertum im allgemeinen. Das letztere möchte, daß stabile, erträgliche Verhältnisse auf dem Boden der vorhandenen Lage geschaffen werden. Es sieht aber nicht, daß dafür die Grundlage fehlt, weil alles sich im Stadium der Umwälzung befindet. Auf schwankendem Boden, auf einer sich drehenden Walze kann kein Gebäude errichtet werden. Das Bürgertum aber ist der Auf-

Nr. 56. Vorbeimarsch vor dem Führer und der Blutfahne von 1923 am Schloßplatz zu Braunschweig 1931

Nr. 57. Die SA. hat schon seit langem erkannt, daß der Gasschutz eine Lebensfrage der deutschen Nation ist

fassung, daß dieser schwankende Boden durch „Ruhe und Ordnung" und ein paar vernünftige Maßnahmen zu einem festen Fundament gemacht werden kann. Hier liegt der große Irrtum, der bis jetzt eine einheitliche Zusammenfassung der Kräfte des deutschen Volks verhindert hat. Vielleicht noch schlimmer als solche Unfähigkeit, die tatsächliche Situation zu erkennen, ist die Angst des Bürgertums, etwas zu sehen und ins Auge zu fassen, was nicht erfreulich ist, und zu begreifen, daß sich Gewesenes nun einmal nicht wiederherstellen läßt, wie die Geschichte ausnahmslos beweist. Daß das Beharrungsvermögen der verschiedenen Teile und Schichten des Bürgertums so groß ist — es hat schon manchen vordringenden Staatsmann zur Verzweiflung gebracht —, liegt begründet teils in dem Wesen der bürgerlichen Berufe und Betätigungen, teils in der Passivität, die ganz besonders dem deutschen Bürgertum eigen ist.

Der starke und wachsende Zustrom zur nationalsozialistischen Bewegung gerade aus den politischen Parteien und aus den politisch Gleichgültigen, aus dem Bürgertum erscheint also merkwürdig, beinahe ungereimt. Wir haben gelegentlich schon einige Ursachen für diese Erscheinung erwähnt: die Überzeugung, die nationalsozialistische Bewegung werde erfolgreich sein, also müsse man sich ihr anschließen, oder: je mehr das Bürgertum in der Partei Fuß fasse, desto weniger „radikal" würden sich die Nationalsozialisten, einmal zur Herrschaft gekommen, betätigen. Wichtig ist eine Kategorie des Bürgertums ,seine Elite, die Nationalisten. In ihnen ist durch frühere Offiziere und andere Teilnehmer am Weltkriege ein stark aktives nationalistisches Element vorhanden. Sie wollen ein neues, von nationalistischem Geist erfülltes Deutschland und sind bereit, dafür alles einzusetzen. Sie unterschätzen und geringschätzen dagegen die soziale Seite des deutschen Lebens und wünschen bewußt oder unbewußt, im Innern diejenigen Verhältnisse wiederherzustellen, die früher waren, als die Kreise, denen sie entstammen, in Deutschland die Herrschaft ausübten. Auf die „Massen" sehen sie herab. Einen anderen tatkräftigen Teil des Bürgertums bilden die Kreise, die national bzw. nationalistisch gesinnt und in der Hauptsache wirtschaftlich orientiert sind, die, ebenso übrigens wie die vorhergehende Kategorie, in ihrer Lebenspraxis und in ihren Anschauungen auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Dazu gehört in erster Linie die Industrie und was mit ihr verbunden ist. Durch ihre wirtschaftliche Stellung besitzen diese Kreise auch in dem verarmten Deutschland von heute eine erhebliche Macht, ihre Führer haben bestimmte greifbare Ziele, ihre nationale Gesinnung ist außer aller Frage, aber sie stehen ebenso fraglos auf reaktionärem Boden, weil sie kapitalistisch sind und außerdem die alte Ordnung der Klassen und Stände aufrechterhalten wollen. Das gilt im übrigen von allen Kreisen des Bürgertums, zum mindesten für diejenigen, die sich früher als zur führender Schicht gehörig angesehen haben. Sie sämtlich wollen ein nationales freies Deutschland, in dem aber weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung, die ganze Arbeitnehmerschaft, dem anderen kleineren Teile dienen und nicht die freie Möglichkeit haben soll, zu führenden Stellen aufzusteigen. Wenn wir uns vorstellen, dieses nationale Bürgertum besäße die Macht, ein künftiges Deutschland zu formen und einzurichten, so würde die soziale Kluft bleiben, die den Verlust des Krieges mit verschuldet hat und eine deutsche Volkwerdung dauernd unmöglich macht. Die soziale Frage würde von den herrschenden Schichten oberflächlich behandelt, ihre wirkliche Lösung unmöglich werden. Das kapitalistische System würde neu verankert, das erwachende deutsche Gemeinsamkeitsgefühl wieder getrübt und erstickt werden. Furchtbar würde sich die Selbsttäuschung, das nationale Ziel ohne die Verwirklichung der deutsch-sozialistischen Idee erreichen zu können, rächen, ohnmächtige Zwietracht wäre wieder einmal verewigt.

Dieses nationale Bürgertum hat in seinen Ansichten und Absichten das größte Interesse,

die nationalsozialistische Bewegung im Sinne seiner Ziele zu benutzen, ihre gewaltige Kraft vorzuspannen mit der Parole: im Nationalen sind wir ja einig, das andere wird sich nachher ganz von selbst ergeben! Die nationalsozialistische Bewegung ihrerseits muß hierzu unter bereitwilliger Anerkennung der nationalen Gesinnung z. B. der Deutschnationalen Volkspartei, des Stahlhelms usw. sagen: Wir sind gern bereit, von Fall zu Fall zur Erreichung eines nationalen Zieles neben euch in der gleichen Richtung zu gehen, aber weiter reicht die Möglichkeit einer Gemeinsamkeit nicht, denn die sozialen Grundanschauungen sind zu verschieden, aber *sie* bilden das Kriterium für die nationale Zukunft Deutschlands.

Im ausgesprochenen Gegensatz zum Bürgertum aller Kategorien hat die nationalsozialistische Bewegung von vornherein erkannt, daß die große grundstürzende soziale Umwälzungsbewegung nun einmal da ist und nicht aus der Welt geschafft werden kann; daß selbst, wenn man es wollte, es ein eitles Unterfangen sein würde, sich ihr entgegenzustemmen. Darüber hinaus billigt die nationalsozialistische Bewegung diese Umwälzung in ihrer Richtung und hält sie für notwendig, um zu gerechten sozialen Verhältnissen und damit zu deutscher Volkwerdung zu gelangen. Die nationalsozialistische Bewegung will sich nicht „von außen" zu der großen revolutionären Arbeitnehmerbewegung stellen, sondern mitten in ihr drin stehen und „mit umwälzen". Nur so kann die nationalsozialistische Bewegung ihrem Daseinszweck genügen, ihre Aufgabe erfüllen, sich zum Träger deutscher Volkwerdung zu machen.

Die nationale bürgerliche Bewegung ist auf dem sozialen Gebiet mithin ein Gegner der nationalsozialistischen, trotz aller gelegentlichen Übereinstimmung in konkreten nationalen Fragen. Man kann das bedauern, aber die Tatsache besteht. Die bürgerliche nationale Bewegung rechnet von ihrem Standpunkt aus richtig, daß die nationalsozialistische Bewegung, solange sie sozialrevolutionär bleibt, ein reaktionär-nationales Deutschland unmöglich machen würde. Aber damit wäre die letzte Hoffnung des Bürgertums gescheitert. So ist es nur folgerichtig, daß das nationale Bürgertum alles tut und versucht, um die nationalsozialistische Bewegung *sozial* in ihr Fahrwasser hineinzulenken, sie ihres sozialrevolutionären Charakters zu entkleiden. Will man den Unterschied und Gegensatz kurz bezeichnen, so kann man sagen: das nationale Bürgertum will auch das neue Deutschland als ein bürgerliches Deutschland schaffen, der Bürger soll der Kern dieses Deutschlands werden und herrschend sein und mit ihm der Klassenstaat und der Kapitalismus. Der nationalsozialistische Gedanke will das neue Deutschland auf der umfassenden, klassenlosen Grundlage deutschen Arbeitertums aufbauen. Das ist nur in der Durchführung der sozialen Umwälzung möglich, die alles Alte und Reaktionäre von Grund auf stürzen und für den Staat des deutschen Sozialismus grundlegend sein soll.

Dieser Gegensatz hindert nicht eine gemeinsame Gegnerschaft gegen den internationalen Sozialismus. In solch einem Kampf liegt für den nationalen Sozialismus freilich die Gefahr, als Gegner des Sozialismus überhaupt betrachtet zu werden. Sein Kampf muß deshalb scharf und klar unterscheiden zwischen Sozialismus im deutschen Sinne und Marxismus. Für tatsächlich soziale Maßnahmen zum Wohl der arbeitnehmenden Bevölkerung muß auch der nationale Sozialismus eintreten, einerlei, ob er dadurch im parlamentarischen Getriebe äußerlich auch einmal an die Seite der Parteien des Marxismus geraten mag. Denn der nationale Sozialismus ist, das zeigt sich gerade bei solchen Gelegenheiten, weder rechts noch links.

Wird das Bürgertum in einem nationalsozialistischen Staat das gleiche Gebilde bleiben, das es heute und schon seit Jahrhunderten ist, in der Form wechselnd, aber im Wesen das-

selbe? Auch diese Frage ist eine deutsche Schicksalsfrage. Es wäre unmöglich, daß das kommende Deutschland mit dem ungeheuren toten Gewicht des alten, sich innerlich gleich gebliebenen Bürgertums auf die Höhe volksgenössischer Gesinnung und Freiheit gelangen könnte. Kann man aber wirklich an eine innere Umwandlung des Bürgertums glauben? Es ist zu bedenken, daß die seit 1919 verflossenen Jahre das Bürgertum in seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Existenz aufs schwerste bedroht und alle seine Grundlagen erschüttert oder zertrümmert haben. Aus eigener Kraft vermochte es sich nicht zu wandeln, aber es wird sich einer straffen Führung nicht zu entziehen versuchen, wenn es begriffen hat, daß deutscher Sozialismus der einzige Weg zur Rettung, Gesundung und Zukunft ist. Und dann, das ist wohl das Entscheidende: die Jugend des Bürgertums, jeder neue in die Reife eintretende Jahrgang ist schon nicht mehr in der alten inneren und äußeren Überlieferung der Bürgertümlichkeit aufgewachsen. Als Schicht selbstverständlich wird ein Bürgertum immer bleiben, aber es wird keine Klasse mehr bilden, nicht mehr wird ihm „Ruhe die erste Bürgerpflicht" bedeuten dürfen, sondern es wird erst durch Führung, durch innere Erneuerung inneren Antrieb zur Eigenbewegung erhalten müssen, um mit den anderen Volksgenossen die Bahn aus dem Dunklen ins Helle bis ans Ziel zu durchmessen.

Schuldlüge — Außenpolitik

Gewiß und erfreulich ist eins: die ganz allgemein auf Befreiung Deutschlands gerichtete Erkenntnis und der Wille, zur Befreiung zu gelangen, ist auch da im Wachsen. Wir unsererseits verstehen unter der Freiheitsbewegung neben der nationalsozialistischen Bewegung die völkischen Organisationen und Parteien, unter ihnen vor allem den „Stahlhelm", den „Wehrwolf" und ähnliche Bünde und — das muß noch für sich betrachtet werden — die Freiheit wollende Jugend.

Die nationalsozialistische Bewegung ist unter allen diesen Bünden und Parteien die größte und gibt deshalb den Ton an. Auch die kleineren Parteien und Bünde, die ihr feindlich gegenüberstehen, ihr den Vorwurf machen, sie befinde sich im Dienste Roms, sie werde sich allmählich verbürgerlichen und die Kraft zu ihrer Mission verlieren, selbst sie sind genötigt, im großen doch mitzumachen. Und wenn diese Gegensätze auch bleiben, so ist etwas Wesentliches, der Wille zur Befreiung, vorhanden und greift auch von diesen Zentren aus weiter um sich und hat jetzt schon dem deutschen Leben im ganzen ein anderes Gesicht und neue Triebkraft gegeben. Solche noch „wilden" Kräfte müssen in Form gebracht und geführt werden. Auch das gehört wieder zu den Aufgaben des Nationalsozialismus.

Im wesentlichen bestehen gleiche Auffassungen in den national wollenden Kreisen, wie weit sie sich auch sonst voneinander unterscheiden mögen, hinsichtlich des Kampfes gegen das Diktat von Versailles, gegen die Politik einer besinnungslosen „Erfüllung", gegen eine „Verständigung", die tatsächliche Unterwerfung und Unterwürfigkeit bedeutet, gegen die Schuldlüge, gegen den Internationalismus. Hier läßt sich der Weg, wenn nicht gemeinsam, so doch nebeneinander und im gegenseitigen Einverständnis beschreiten.

Die Fortschritte, die Verbreiterung und Vertiefung der Befreiungsbewegung in Deutschland im Laufe der letzten Jahre lassen sich auch konkret feststellen. Greifen wir ein besonders eindrucksvolles Beispiel heraus, die Kriegsschuldlüge, die Behauptung: Deutschland habe den Weltkrieg vorbereitet, von langer Hand her gewollt und dann mit überlegtem Willen entfesselt. Der junge Hitler nahm 1919 den Kampf gegen die Schuldlüge schon in sein Programm auf, aber es hat Jahre gedauert, bis überhaupt größere Kreise in Deutschland die unermeßliche Bedeutung dieser Lüge begriffen hatten. Jahrelang wurde noch auf deutscher Seite aus Gründen, die wir in früheren Abschnitten behandelt haben, im schroffen Gegensatz zur Wahrheit behauptet: Deutschland sei tatsächlich schuld am Kriege. Die Kreise in Deutschland, die sich pazifistisch nennen oder sich als zum „Anderen Deutschland" gehörig betrachten, halten diese Lüge noch heute aufrecht und versuchen, sie nach Kräften zu verbreiten. Die gesamten Erfüllungsparteien stehen von Anfang an bis zum heutigen Tage auf dem Standpunkt: an die „Schuldfrage" dürfe politisch nicht gerührt werden, dadurch werde die Verständigung nur gehindert, andererseits nichts erreicht. Auf der anderen, der nationalistischen Seite, stellte man sich in den ersten Jahren nach Versailles den Kampf

gegen die Schuldlüge meist zu einfach vor und führte ihn mit ungenügenden Waffen, um dann wieder für Jahre zu erlahmen. Vielfach hatte man auf beiden Seiten, ohne das freilich laut zu sagen, mehr oder minder starke Zweifel, ob Deutschlands Stellung für einen wirklichen Kampf gegen die Schuldlüge auch tatsächlich fest genug sei. Manchen machte auch der vom Kern der Frage wegführende Einwurf der politischen Gegner irre: ob man denn wirklich glaube, daß Deutschland selbst nach Beseitigung der Schuldlüge damit den Versailler Vertrag umgeworfen habe und auch nur eine Mark weniger Tribut zu zahlen brauche. Weiter verwirrt wurde die Diskussion durch den unglücklichen, 1919 aufgekommenen Ausdruck der „Nichtalleinschuld". Alles in allem haben diejenigen in Deutschland recht behalten, die bereits im Herbst 1918 sich für die Überzeugung völliger Nichtschuld Deutschlands am Weltkriege eingesetzt haben. Einer der angesehensten Vorkämpfer der These von der „Nichtalleinschuld", Professor Hans Delbrück, änderte vor einigen Jahren, kurz vor seinem Tode, seinen Standpunkt im Sinne der Nichtschuld Deutschlands am Weltkriege. Das im Laufe des vergangenen Jahrzehnts in Deutschland und anderweitig veröffentlichte urkundliche und sonstige Material hat zwar viele Zweifelnde bekehrt, während andererseits noch behauptet wird: die These der Nichtalleinschuld genüge vollkommen für Deutschlands Zwecke, Behauptung und Beweis der Nichtschuld würden nicht mehr erreichen, außerdem die anderen Mächte vor den Kopf stoßen. Das ist ebenso unrichtig wie die Annahme, daß es für das deutsche Volk von keiner Bedeutung sein könne, wenn Regierungen und Parlamentsmehrheiten zwar die „moralische Schuld" ablehnten und doch gleichzeitig eine Politik trieben, als ob Deutschland tatsächlich am Kriege schuldig sei.

Das Durcheinander der Meinungen in dieser großen Frage ist vorstehend nur eben angedeutet. Nur die eine, auch im heutigen Deutschland nicht selten vertretene Auffassung wäre noch zu erwähnen, daß ein Volk als Volk keine Ehre habe. Hier greift nun gerade die deutsche Befreiungsbewegung ein, die überhaupt die Ehre „wieder zu Ehren bringt". Der Nationalsozialismus und die genannten anderen nationalen Faktoren aber haben nicht nur diese Aufgabe übernommen, sondern sie setzen sich auch für die allen großen Nationen seit jeher selbstverständliche Auffassung und Empfindung ein, daß die nationale Ehre nicht allein Gefühl, nicht allein Ideologie ist, sondern auch ein nationalpolitischer Faktor von höchster Bedeutung. Das Hamletwort: „Selbst einen Strohhalm groß verfechten, steht Ehre auf dem Spiel", ist viel mehr als ein „Dichterwort", es ist tiefe realpolitische Weisheit, sogar im Ausdruck nicht übertrieben. Die britische wie die französische Geschichte zeigen ausnahmslos und höchst drastisch, daß sogar die Überspitzung des Ehrbegriffes und des Ehrenfalles für ein Volk realpolitisch und nationalideologisch die reichsten Früchte tragen kann, außerdem allen Gliedern des Volks eine innere Einheit und einen Pol gibt, die sie über alle anderen Nationen emporheben, die das nicht haben.

Auch hierfür beginnt in Deutschland das Gefühl zu keimen. Es erzeugt Erbitterung und Kampfwillen gegen das Lügendokument von Versailles, gegen die Regierung und die Parlamentsmehrheit, die sich das Bekenntnis der Schuldlüge 1919 haben aufdrohen lassen, gegen die deutschen Locarnostaatsmänner, die dasselbe Lügendokument freiwillig anerkannten, ohne Not und Zwang, in der leichtfertig phantastischen Annahme: der „Geist von Locarno" werde das alles reichlich bezahlen.

Mit jedem Jahre verstärkt sich die Bewegung gegen die Schuldlüge und die durch sie geschaffene Lage in Deutschland durch die aufwachsende Jugend. Für diese ist jener Zeitabschnitt, um den die Älteren aus eigenem Erleben streiten und stritten, bereits Geschichte

geworden. Die Jugend würde den Streit um die Kriegsschuldfrage vollkommen geschichtlich und demgemäß auch mit größerer Kühle betrachten, wenn sie, diese Jugend eben, nicht wüßte und von Jahr zu Jahr immer härter daran zu tragen hätte, daß gerade sie, ihre Zukunft und ihre Kinder einmal durch die Wirkungen des Versailler Diktats und die auf zwei Generationen im voraus festgelegten Tribute zu den wahren Opfern der Schuldlüge gemacht werden. Diese jungen Jahrgänge fragen empört: was geht uns das an, uns, die wir, selbst wenn eine deutsche Kriegsschuld vorhanden wäre, unter keinen Umständen an ihr selbst schuldhaft beteiligt sind?! Es ist nur ein natürlicher Vorgang, daß diese Einstellung mit jedem neuen Jahrgang an Stärke wächst, und damit die Auflehnung gegen die Schuldthese und die Entscheidung der anderen Mächte: das deutsche Volk noch länger als sechzig Jahre zum Objekt der Ausbeutung zu machen auf der Grundlage einer der ruchlosesten Weltlügen, die jemals in die Öffentlichkeit gesetzt worden sind. Beinahe Jahr für Jahr, zuletzt anläßlich des Hoover-Vorschlags vom Sommer 1931, begründeten französische und belgische Minister und der größte Teil der Presse, einschließlich der britischen, die schamlosen „Reparations"-Forderungen damit: Deutschland habe den Krieg verschuldet. Diese weltgeschichtliche Lüge bildet also tatsächlich die Grundlage für die „Rechtfertigung" der von Frankreich geleiteten unerträglichen Dauererpressung des deutschen Volks. Demgegenüber wurden die bisherigen deutschen Regierungen nicht müde zu erklären: die Schuld„frage" habe mit der Politik und der Belastung Deutschlands nichts zu tun; man „erfülle", aber die Tatsachen sprechen nachgerade zu laut.

Die deutsche Bewegung gegen die Schuldlüge wäre nicht möglich, wenn sie sich lediglich auf politische und Verstandesüberlegungen beschränkte. Auch in diesem Falle ist das Gefühl, das Empfinden das Primäre. Das Ehrgefühl ist und bleibt eben Gefühl und gehört zu den unwägbaren Werten, es fußt immer auf dem Willen und unter Umständen auf dem ausgesprochen deutschen Willen. Und wiederum ist der deutsche Wille in zwingender Folgerichtigkeit Befreiungswille, weitergefaßt: Wille zu unbedingter Verwirklichung eines tatsächlichen deutschen Volksgenossentums. Auch von der Schuldlüge ausgehend haben wir den Kreis der Überlegung geschlossen in der Identität: deutscher Nationalismus — deutscher Sozialismus.

*

Welche außenpolitische Taktik die Politik deutscher Befreiung einzuschlagen habe, ist eine ganz andere Frage. Die Lage Deutschlands ist derartig, daß eine vom Befreiungswillen erfüllte Leitung des Reichs wahllos alle Mittel und Wege benutzen muß, die irgendwie geeignet sein können, das deutsche Volk der Befreiung, der Machtgewinnung und Unabhängigkeit näherzubringen. Die deutsche Befreiungsbewegung in ihren verschiedenen Organisationen und Gruppen, voran die nationalsozialistische Bewegung, ist sich über die ungeheure Größe der Befreiungsaufgabe klar. Es ist nicht richtig, wenn ihr politische Gegner Leichtfertigkeit und Katastrophenpolitik vorwerfen. Die Befreiungsbewegung kann darauf mit Recht antworten, daß eine Katastrophenpolitik von mehr als zehnjähriger Dauer Deutschland in die heutige Lage hineingeführt hat. Das Ergebnis dieser langen Jahre hat gezeigt, daß die Voraussetzungen, auf welche die Politik der Erfüllung und „Verständigung" aufgebaut war, falsch und irrig sind, heute ebenso wie im Jahre 1919. Die deutsche Befreiungsbewegung ist sich auch ganz klar über den furchtbaren Tiefstand Deutschlands und bildet sich nicht ein, im Handumdrehen nach ihrer Machtergreifung sozusagen mit einem

Hurra Deutschland zu Wohlstand, zu innerer und äußerer Freiheit führen zu können; sie kennt das Ausmaß an Fehlern des geltenden Systems. Was die nationalsozialistische Bewegung in diesem Hinblick denkt, ist in den verschiedensten Gedankenverbindungen zum Ausdruck gebracht worden.

Bismarck hat bisweilen gemeint: um zu einem deutschen Ziel zu gelangen, würde er auch mit dem Teufel paktieren, d. h. er würde sich nicht nach „Grundsätzen" und moralischen Überlegungen, Sympathien und Antipathien, richten, wenn er sich nach Hilfskräften außerhalb Deutschlands umsehen müßte. So hat der große Staatsmann auch, wie es ihm jeweilig gut schien, mit Frankreich gemeinsam Außenpolitik gemacht, gegen Frankreich Krieg geführt, gegen Österreich-Ungarn Krieg geführt und sich nachher mit ihm verbündet, gegen Rußland Widerstand und Ablehnung gezeigt, bald mit ihm gemeinsame Sache gemacht. Er scheute sich nicht, im Krieg gegen Österreich-Ungarn mit der Revolution in Ungarn zu paktieren. So hat er oft genug gezeigt, daß ihm für seine Außenpolitik alle Mittel recht waren. Seine Wege waren oft so verschlungen, daß viele Deutsche an ihm zweifelten, ja, daß sein alter Herr, Wilhelm der Erste, ihn einmal vorwurfsvoll fragte, ob er denn kein Deutscher sei. Das Ziel Bismarcks blieb immer unverrückt das gleiche, bei aller unbegrenzten Beweglichkeit in der Wahl der Mittel. Dasselbe muß für den Mann gelten, der im Zeichen der deutschen Befreiungsbewegung das deutsche Volk und Reich zu leiten haben wird, sei es jetzt oder später. Er und seine Helfer werden außenpolitisch keine Vorliebe und Abneigung in bezug auf andere Nationen kennen, auch keine Völker, mit denen „man nicht verkehren kann". Nur die Frage wird in Betracht kommen: kann ich zu dieser oder jener Nation Beziehungen gewinnen, die für Deutschland um einen nicht zu hohen Preis nützlich werden? Diese Frage stellt die höchste Anforderung an den Staatsmann. Bismarck schreibt in seinem dritten Bande, die Außenpolitik bestehe in dem richtigen Voraussehen, was der andere tun werde. An diesem Wort gemessen, zeigt sich die Unfähigkeit der bisherigen Leiter der deutschen Außenpolitik, ihre Unfähigkeit, die anderen Nationen geschichtlich und psychologisch richtig zu beurteilen. Man denke — um ein drastisches Beispiel zu wählen — an die deutsche Frankreichpolitik seit 1919. Man hat sich immer geirrt, und alles ist fehlgeschlagen, weil man nicht begreifen wollte, daß Frankreich in jeder Form, unter allen Umständen, der Todfeind Deutschlands war und bleibt. Wären sich die damaligen Leiter der deutschen Politik dieser Wahrheit stets bewußt gewesen, so hätten sie, ohne die Verhandlungen mit Frankreich abzubrechen, möglicherweise eine für Deutschland nützliche Politik auch mit diesem Erb- und Todfeinde treiben können. Vielleicht! Aber solch eine Politik war ausgeschlossen; denn man gab sich der Illusion hin, eine vertrauensvolle Freundschaft mit Frankreich erreichen zu können. Auf dieser Grundlage wurde Politik getrieben. Dieses Beispiel mag genügen. Umgekehrt wird sich eine deutsche Befreiungspolitik nicht der Selbsttäuschung hingeben, daß irgendeine andere Nation zur Befreiung, Macht und Unabhängigkeit Deutschlands helfen werde, wenn sie nicht darin einen entsprechend großen Vorteil für sich selbst erblickt. Einerlei, wie ihre Formen sind oder werden mögen, die Außenpolitik bleibt ein: „do ut des".

Der Deutsche neigt auch heute noch trotz aller furchtbaren Erfahrungen und Enttäuschungen zu einer sentimentalen Auffassung und Behandlung außerpolitischer Fragen. Er teilt die Mächte gern ein in „deutschfreundliche" und „deutschfeindliche". Ihm ist jede Nation Gegenstand des Zornes und des Abscheus, wenn er sie als deutschfeindlich ansieht. Hält er eine Nation, eine Regierung, eine Persönlichkeit aber für deutschfreundlich, so setzt er sich, wenn er sie ansehen will, eine rosa Brille auf, glaubt, daß sie von uneigennützigem Wohl-

wollen gegen Deutschland erfüllt seien und, das ist vielleicht das schlimmste, er wird blind gegenüber allem, was eine solche Nation, sei es als Regierung oder als Presse, sagt und tut. Läßt sich aber selbst mit aller Anstrengung diese angenehme Blindheit nicht aufrechterhalten, so sagt der gefühlvolle deutsche Politiker oder politisierende Deutsche: wer so häßlich über Deutschland gesprochen habe, das sei nicht jenes Land, das sei nicht das „eigentliche" England, nicht das „eigentliche" Holland, nicht das „eigentliche" Italien, sondern das seien fremde Elemente, die früher oder später verschwinden würden, oder geheimnisvolle Kräfte überstaatlicher Art.

Nun ist die wirkliche Außenpolitik eine harte, nüchterne und gemütlose Sache. Nichts ist so schädlich, als mit ihr Wünsche und Illusionen zu verflechten und so zu arbeiten. Die anderen Nationen machen es umgekehrt. Sie versuchen bei Regierungen und Staatsmännern fremder Mächte ihrerseits Illusionen hervorzurufen. Sie bestreben sich, „den anderen" glauben zu machen, daß er z. B. von einem Vertrage einen ganz ungeheuren Nutzen und Vorteil haben, daß sich eine Atmosphäre reinsten Vertrauens, rückhaltloser Freundschaft zwischen den beiden Staaten und Völkern bilden werde. Deshalb möge man ihn, ohne viel Verhandeln, recht schnell abschließen. Oder eine andere Macht stellt der deutschen Regierung und Öffentlichkeit eindringlich vor, sie möchte ihr, sogar gegen den eigenen Vorteil, große wirtschaftliche Zugeständnisse machen, denn das würde letzten Endes ein ungeheurer Vorteil für Deutschland werden, weil die wirtschaftlichen Zugeständnisse eine überaus freundliche politische Stimmung für Deutschland hervorrufen. Bismarck hat solch ein Verfahren mit bitteren Worten verhöhnt: es sei eine schlimme Torheit, zu glauben, daß man durch „wirtschaftliche Trinkgelder" politische Vorteile erreichen könne. Andere Nationen haben das dem Deutschen entgegengesetzte und deshalb besonders wirksame Verfahren: sie strömen über vor Freundschaft und Begeisterung für Deutschland, ehe der Vertrag geschlossen ist. Haben sie die Ernte dann unter Dach, dann sind die schönen Gefühle verschwunden, und Michel weint. So kam es nach Locarno und dem Völkerbundseintritt, und Deutschland hatte den Nachteil.

Seit dem Kriege wird gern in deutschen, auch in nationalen Kreisen die Frage besprochen, mit welchen Mächten Deutschland „zusammengehen kann" und mit welchen nicht. Als ob das eine Sache freier Wahl wäre, so wie Paris nach Gutdünken derjenigen der drei Göttinnen den Apfel reichen konnte, die er als die schönste ansah! Allgemein kann man den Satz aufstellen: je stärker und unabhängiger eine Macht ist, desto freier ist sie in der Wahl von Bundesgenossen, denn man sucht ja Bundesgenossen, um stärker zu werden, um Vorteile politischer oder wirtschaftlicher Art zu erhalten, und die stärkste Macht kann da überhaupt am meisten geben. Sie bedarf der Bundesgenossen am wenigsten. Eine schwache Nation kann wenig oder gar nichts geben, und wenn eine starke sich ihr verbündet, so ist sie, die starke, unter Umständen gezwungen, sich zum Schutz der schwachen zu verpflichten, ohne selbst Vorteile von der Verbindung zu erhalten. Gewiß können auch Umstände obwalten, die ein solches Verhältnis schaffen.

Als Beispiel können Polen und Frankreich genannt werden. Polen ist ohne Frankreich nicht nur schwach, sondern nichts, ja, dem Untergang und der inneren Zersetzung preisgegeben. Frankreich ist mit Polen verbündet, schützt es und stützt es, rüstet es und leitet es militärisch, politisch und wirtschaftlich, das alles nur, um Deutschland einen fanatischen Feind auch auf seiner Ostgrenze zu erhalten und eine direkte deutsch-russische Verbindung auf das äußerste zu erschweren. Polen ist ebenso wie Belgien oder Holland „von Natur" ein kleiner und verhältnismäßig schwacher Staat. Auch das Deutsche Reich ist heute schwach, so schwach, daß

Frankreich ohne Hindernis mit einem verhältnismäßig kleinen Teil seiner Wehrkraft einen militärischen Spaziergang bis Berlin machen könnte. Und doch ist politisch das Verhältnis ein vollkommen anderes: Deutschland war vor dem Kriege die stärkste Macht auf dem europäischen Festland. Eine Koalition beinahe aller Mächte der Welt hat diese Stellung durch den Krieg beseitigt und Deutschland in einen Zustand der Schwäche und Bedrängtheit gebracht, der ihm, als einem Volk von sechzig Millionen Menschen, unnatürlich ist und einen schweren Krankheitszustand bedeutet. Ein gesundes Deutschland wird ohne weiteres wieder stark sein.

Es erhebt sich die Frage, welche Mächte ein starkes Deutschland wünschen und wie stark und wie wenig stark. Die Mächte werden da lediglich nach ihren eigenen Interessen handeln. Sie sind himmelweit entfernt davon, nach den moralischen Überlegungen zu gehen: Deutschland habe das Recht, unabhängig, mächtig und geachtet in der Welt dazustehen, das Weltgewissen verlange das, Deutschland sei ein wertvoller, unentbehrlicher Kulturfaktor! Nein, jede Macht fragt sich: was nützt bzw. schadet es **mir**, wenn Deutschland schwach bleibt oder stark wird. Versuchen wir, diese Frage anschaulich zu machen: Italien, der frühere Bundesgenosse, ist heute, nachdem es das ihm verhaßte Habsburger Reich nicht mehr gibt, zweifellos von dem Gedanken erfüllt, daß es eines starken Deutschen Reichs als Gegengewicht gegen das Europa beherrschende Frankreich bedürfe. Demgegenüber steht aber die Erwägung: ein starkes Deutschland würde sich an der Vereinigung mit Österreich nicht hindern lassen. Diesen Zusammenschluß, den berühmten „Anschluß" aber will Italien nicht, es fürchtet das großdeutsche Reich in Mitteleuropa mit einem übermächtigen Einfluß in Südosteuropa. Durch solche Bedenken und Besorgnisse wird nun Italien nicht etwa „deutschfeindlich" werden, wohl aber tritt es dem Deutschen Reiche auf dem Gebiete der Außenpolitik einmal fördernd und wohlwollend, ein anderes Mal ablehnend und hindernd gegenüber, wie noch im Jahre 1931, als Deutschland und Österreich eine Zollunion miteinander schließen wollten. Weiter ist für Italien die Sorge um Südtirol maßgebend, die Brennergrenze mit der Eingliederung von zweihundertfünfzigtausend Deutschen. Dahinter steht die Befürchtung: ein starkes Deutschland werde für Italien die Brennergrenze vielleicht nicht bestehen lassen. Die Berührungspunkte und gemeinsamen Interessen zwischen Deutschland und Italien sind im übrigen erheblich, in erster Linie Frankreich gegenüber. Es ist möglich, daß diese Interessengemeinschaft einmal für die Beziehung der beiden Länder bestimmend werden könnte, möglich! Damit zu **rechnen**, Deutschland könne bei geeignetem Vorgehen ein italienisch-deutsches Bündnis erreichen, wäre nicht richtig; so einfach liegen die Dinge nicht.

Viel einfacher ist die Lage, wenn eine Macht oder mehrere den Krieg gegen eine andere Macht wollen und zu diesem klaren Ziel Bundesgenossen brauchen und werben. Das ist dann ein klarer „Zweckverband". Die Feinde Deutschlands taten sich vor dem Weltkriege zu einem solchen zusammen, legten durch Verträge fest, was jeder zu leisten und was er im Falle des Sieges auf Deutschlands Kosten zu bekommen hätte. Theoretisch könnte mit Recht hier eingeworfen werden: ja, solche Kriegsbündnisse seien eben nur auf Zeit und Zweck berechnet und gingen meistens im Kampfe um die Beute in die Brüche. Das kommt vor, ist vorgekommen, z. B. in den Balkankriegen kurz vor dem Weltkriege, aber die Mächte der Weltkriegskoalition sind nachher nicht in Streit miteinander geraten trotz häufiger und schwerer Meinungsverschiedenheiten, Mißstimmungen und Interessenkonflikte. Hier berühren wir einen wichtigen Punkt der deutschen Illusionspolitik, nämlich die durch den Wunsch dik-

tierte politische Meinung: Großbritannien und Frankreich würden mit Notwendigkeit in kriegerische Konflikte miteinander geraten. Man kann wieder theoretisch mit mathematischer Genauigkeit „beweisen", daß zwischen diesen beiden großen Mächten soviel Trennendes, soviel Reibungsflächen bestehen, daß sie unmöglich in Frieden und leidlichem Verhältnis miteinander zu leben vermögen. — Und trotzdem tun sie es! Ähnlich war es vor dem Kriege. Da rechnete die deutsche Politik immer wieder damit, daß sie die beiden Westmächte auseinander und gegeneinander bringen, auch Rußland von ihnen trennen könne. Daß dieses Bemühen so völlig mißlang, ist sicher zu einem Teil auf deutsche Ungeschicklichkeiten zurückzuführen. Aber man darf nicht verkennen, daß abgesehen davon doch auch andere starke Faktoren wirksam waren und sind, die verhindern, daß einzelne Interessengegensätze in offenen Kampf ausarten. So darf auch ein zukünftiges Deutschland seine Ziele und im großen auch seine Wege nicht so festlegen, als ob England in absehbarer Zeit auf deutscher Seite gegen Frankreich stehen würde. Gewiß ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, gewiß erscheint eine solche Konstellation gesunder, natürlicher als die augenblickliche, aber es kann auch ganz anders kommen. Ein staatsmännisches Genie bringt Dinge fertig, die zuvor unmöglich erschienen, aber das staatsmännische Genie geht niemals nach einem starren Plan vor; das tut überhaupt kein Staatsmann. Wir haben wiederholt gerade in diesem Belang auf Bismarck hingewiesen, wie er stets bereit war, bald mit dieser Macht, bald mit jener zu arbeiten oder „zusammenzugehen", wenn er damit sein großes deutsches Ziel fördern konnte. Es hat keinen größeren Feind politischer Voraussagen und akademischer Kombinationen gegeben als eben diesen Meister der Außenpolitik, er nannte das „Konjekturalpolitik". Über Rechthaben und Unrechthaben in der Außenpolitik entscheidet lediglich der Erfolg.

So läßt sich ein starres Programm für die Außenpolitik des kommenden Deutschland nicht geben. Als nach den Reichstagswahlen des Jahres 1930 Hitler in seiner Eigenschaft als Parteiführer von Ausländern nach seiner Außenpolitik gefragt wurde, antwortete er dem Franzosen, daß er bereit sei, mit Frankreich in guten Beziehungen zu leben. Er wolle keinen Krieg. Dasselbe antwortete er dem Engländer und dem Amerikaner. Erklärungen, die durchaus aufrichtig gemeint waren und die weder Phrasen bedeuteten noch Verzicht auf das große deutsche Ziel. Alles weitere entscheidet die praktische Politik, das Verhalten „des Anderen". Der Weg ist für Deutschland unter allen Umständen lang, rauh und schwierig, weil eben die Macht fehlt. Die Entwicklung der Machtverhältnisse und Beziehungen zwischen den großen Mächten kann Deutschland bei geschicktem Vorgehen vielleicht beeinflussen. Jedenfalls muß das fortdauernd versucht werden, und diese Politik ergibt sich ganz folgerichtig aus dem natürlichen deutschen Streben nach Befreiung und Freiheit, nach Beseitigung der furchtbaren Lasten, nach politischer Bewegungsfreiheit. Mag es sich nun um „Reparationsfragen" handeln, um Wirtschaftspolitik, um Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, um die Schuldlüge, um Grenzfragen. Immer wird es darauf ankommen, daß Deutschland bei seinem Vorgehen Helfer findet, daß es sich diese sucht. Das gilt z. B. auch für die Fragen der Abrüstung oder der Aufrüstung. Hier bietet sich ein interessantes Beispiel: die Abrüstungsfrage wird seit Jahren auf den Völkerbundstagungen zu Genf verhandelt.

Seit 1931 haben sich drei Mächte auf den Standpunkt vollständiger Abrüstung gestellt: Deutschland, Rußland und Italien. Ihre sonstigen politischen Beziehungen untereinander wurden hierdurch nicht berührt, aber in diesem Belang betrachten sie ihre Interessen und Ziele als gemeinsam. Als im Frühjahr 1932 die sogenannte Abrüstungskonferenz in Genf zusammentrat und eine Anzahl von positiven Vorschlägen gemacht wurden, hatte sich die Lage

auf ähnlicher Linie weiterentwickelt: Deutschland hatte den Vorschlag gemacht, daß man zu einer wirklichen Abrüstung gelangen werde, wenn alle Mächte sich freiwillig nach denselben Grundsätzen entwaffneten, welche der durch den Versailler Vertrag erzwungenen Entwaffnung Deutschlands als Basis und Maßstab gedient haben. Noch sind zu Genf die Dinge in Fluß, das Ergebnis der gesamten Verhandlungen steht dahin, es wäre unrichtig, voraussagen zu wollen. Nur das kann festgestellt werden, daß in der Abrüstungsfrage Frankreich mit Polen und seinen anderen Vasallen ziemlich vereinsamt dastand. Ob es ihm im weiteren Verlaufe gelingt, durch geschickte Diplomatie und Kompromisse den Gang der Verhandlungen doch mehr nach seinen Wünschen zu lenken, wird der Leser nach Erscheinen dieses Buchs selbst feststellen können. Und auch wenn jene Genfer Konferenz ergebnislos für die Abrüstung selbst verlaufen sollte, so wird als politisch und geschichtlich bedeutsame Tatsache bleiben, daß das Deutsche Reich ohne Einschränkung für Abrüstung eingetreten ist und für den Fall der Erfolglosigkeit Gleichberechtigung zu notwendiger Verteidigungsrüstung für sich in Anspruch genommen hat und nimmt.

Es gibt also seitdem, was die große Linie dieser Frage anlangt, zwei Gruppen von Mächten und Staaten, die einen, die wirkliche Abrüstung wollen: Deutschland, Italien, Rußland, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, während Frankreich und die von ihm abhängigen Mächte erklären: Ohne „Sicherheit" keine Rüstungsverminderung! und unter solcher Sicherung erdrückende militärische Übermacht verstehen. Diese Lage schließt nicht aus, daß Staaten der verschiedenen Gruppen auch Sonderabmachungen unter sich vereinbaren, aber wie gesagt, die Stellung und Scheidung im Großen ist damit gegeben. Die grundsätzliche Anerkennung des deutschen Standpunktes durch alle europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten ist auf alle Fälle eine wesentliche politische Errungenschaft und ein Boden für Weiteres. — Daß die Abrüstungsfrage zwischen den einzelnen Mächten auch alle möglichen anderen Interessen und Fragen wachruft und anregt, liegt auf der Hand. Man denke nur an die britischen, die französischen und italienischen Kolonialinteressen. Hier können die drei Mächte einander ebensoviel schaden wie nützen, sie können sich gegenseitig den Schutz ihrer Kolonien versprechen oder einer den Besitz des andern unterwühlen. Je nachdem wird ihre Haltung zu diesem Teil der Rüstungsfrage beeinflußt werden. Nationale Befreiungskämpfe von Eingeborenen in einer britischen Kolonie gefährden indirekt auch französische Kolonialautorität und umgekehrt. Und solche Befreiungsbewegungen, man denke nur an Indien, nehmen an Häufigkeit und Umfang immer mehr zu. Sie werden übrigens eines Tages den alten Imperialismus überhaupt beseitigen und damit auch das Joch des Kapitalismus abschütteln. Aller Imperialismus beruht ja letzten Endes auf kapitalistischer Aussaugung, stützt und fördert diese.

Man könnte sich für eine zielklare Außenpolitik vom deutschen Standpunkt aus eine Einteilung der anderen Mächte in der Weise denken: einmal die Staaten, welche die Bedingungen des Versailler Vertrags unterzeichnet haben und die unbedingte Aufrechterhaltung dieses Diktates als eine Frage von Krieg und Frieden ansehen; dann die Mächte, die zwar unterzeichnet haben, aber in manchen Punkten bereit wären oder werden könnten, deutschen Ansprüchen Rechnung zu tragen; die Staaten schließlich, die das Diktat von Versailles nicht unterzeichnet haben. Es läge nahe, in Staaten der letztgenannten Kategorie natürliche Bundesgenossen Deutschlands zu erblicken. Zunächst würde man an Sowjetrußland denken. Die Macher des Versailler Vertrages, in erster Linie Clémenceau, haben daran als eine mögliche, schwere Gefahr für die Westmächte, besonders für Frankreich gedacht. Sie

haben deshalb nicht allein das „unabhängige" Polen geschaffen, sondern auch die selbständigen Randstaaten, und die Gebiete so gelegt und bemessen, daß Deutschland und Rußland an keinem Punkte mehr Grenznachbarn sind. Die Schwierigkeiten engerer Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland liegen in der Hauptsache im Bolschewismus begründet. Die Außenpolitik des russischen Staats ist gleichzeitig Propaganda für den Bolschewismus und die Bolschewisierung aller Völker: politisch, wirtschaftlich und moralisch. Die Ansteckungsgefahr des Bolschewismus ist groß, um so größer, je schlechter es den Völkern, insbesondere den Massen, wirtschaftlich geht. Die verflossenen Jahre haben bewiesen, daß die bolschewistische Propaganda weder an Landesgrenzen haltmacht, noch durch polizeiliche Maßnahmen verhindert werden kann. Bolschewistische Propaganda würde weiter existieren und arbeiten, auch wenn in Sowjetrußland das bolschewistische System mit Stumpf und Stiel ausgerottet würde. Andererseits ist ein Staat, ein Volk dem bolschewistischen Einfluß um so weniger zugänglich, je stärker nationaler und sozialer Geist in ihm herrscht und wirkt. Überlegt man weiter, daß Rußland außerdem seine eigenen staatlichen und nationalen Interessen und Ziele hat, und daß diese von Fall zu Fall mit denen anderer Mächte gleichlaufend sein können — man denke nur an das aus russischem und deutschem Gebiet zusammengesetzte Polen —, dann stehen wir vor dem Problem: kann ein nationaler Staat, ohne der Gefahr der Bolschewisierung anheimzufallen, mit Sowjetrußland in gewissen außenpolitischen Fragen gemeinsame Sache machen? Mussolini, der Führer Italiens, hat diese Frage bereits in der Praxis bejaht. Er hat weitgehende wirtschaftliche, politische Abmachungen und allem Anschein nach auch ein militärisches Abkommen mit Sowjetrußland getroffen. Mussolini hat sich nicht dadurch stören lassen, daß Faschismus und Bolschewismus einander als zwei schroffe Gegensätze gegenüberstehen. Man kann sogar sagen: das liberalistische, freimaurerisch beherrschte marxistische Italien vor Mussolini wurde durch den Bolschewismus lebensgefährlich bedroht. Das faschistische Italien ist dem Bolschewismus gegenüber immun. Der Faschismus fühlt sich stark genug, im eigenen Hause seine Autorität zu wahren und Ordnung zu halten. Er kümmert sich nicht um die Innenpolitik anderer Staaten und verlangt von ihnen das gleiche hinsichtlich seiner eigenen Innenpolitik. Ein gefestigtes nationalsozialistisches Deutschland mit einem Geist, der dem Bolschewismus mit unüberbrückbarer Gegensätzlichkeit gegenüberstände, würde trotzdem von Staat zu Staat, von Regierung zu Regierung mit der Sowjetmacht zu abgegrenzten außenpolitischen Zielen zusammenarbeiten und unter Umständen großen Vorteil aus dieser Verbindung erzielen können.

Bei ähnlichen Überlegungen wird in Deutschland gelegentlich das Schlagwort gebraucht: Deutschland müsse sich vom Westen abwenden, sich dem Osten zuwenden und mit ihm, also mit Rußland, gemeinsame Sache machen. Die Vertreter dieser Auffassung wollen ihren Standpunkt auch ganz allgemein, z. B. kulturell, durchgeführt wissen. Sie vergessen dabei, daß Deutschland kulturell mit dem russischen Osten nichts Gemeinsames hat. Dieser russische bolschewistische Osten ist im Gegenteil der Todfeind der deutschen Kultur und vermag Deutschland kulturell nichts zu geben. Hierzu ließe sich noch manches sagen, aber wir können uns auf die Tatsache beschränken: ein in sich gefestigter Staat, der sich der angedeuteten Unterschiede und Gegensätze klar bewußt ist, kann mit Nutzen und Vorteil mit Sowjetrußland Politik treiben und in vielem gemeinsame Sache machen. Die Bedeutung dieser Frage für Deutschland ergibt sich noch aus folgendem Beispiel: Im Sommer 1931 begannen französische Unterhandlungen mit Moskau, die man noch kurz vorher wegen des französisch-russischen Gegensatzes für unmöglich gehalten hatte. Eine wirtschaftliche und politische französisch-russische

Verbindung wäre für Deutschland ein große Zukunftsgefahr und eine kaum erträgliche Beeinträchtigung der deutschen Bewegungsfreiheit. Andererseits ist Rußland diejenige Macht, mit der — nicht gegen die — Deutschland Raum im Osten erhalten könnte, auf Kosten jener Randstaaten, die England und Frankreich nach dem Kriege gegründet haben, um Deutschland und Rußland voneinander zu trennen und Deutschland den Weg nach Osten zu versperren. Eine neutrale Politik Rußlands ohne Verbindung mit Frankreich bedeutete eine weit bessere Situation für Deutschland, noch besser aber wäre die positive Beziehung zwischen Berlin und Moskau. Wenn sich Deutschland freilich von Rußland ins Schlepptau nehmen ließe, so würde das allerdings verhängnisvoll sein.

Das deutsche Volk darf seine Zukunft nicht von der Frage abhängig machen, daß es sich entweder mit dem Osten oder mit dem Westen verbinden müsse. Der Deutsche, so schwer es sein mag und noch werden wird, muß alles, tatsächlich alles daransetzen, seine Eigenart und seine Stellung zwischen dem Osten und dem Westen zu erhalten und zu befestigen. Die deutsche Eigenart wird vom Osten und vom Westen weder geliebt noch verstanden, nicht zum wenigsten deshalb, weil diese Eigenart die Quelle deutscher Kraft ist, die sich auch nach den zahlreichen schweren Katastrophen der deutschen Geschichte immer wieder als solche bewährt hat. Es gilt wirklich: „allen Gewalten zum Trotz sich erhalten".

Die großen russischen Wirtschaftspläne — bekannt in der Zusammenfassung des „Fünfjahrplanes", einerlei, inwieweit er durchgeführt wird — werden die europäischen Staaten in absehbarer Zukunft vor neue und sehr große wirtschaftspolitische, handelspolitische Aufgaben stellen. Sie werden von der Außenpolitik untrennbar sein. Deutschland darf sich auch da weder von Rußland noch von den Westmächten (gegen Rußland) einfangen lassen. Seine Stellung diesbezüglich wird verhältnismäßig günstig sein, sobald solch eine Politik von einem festen, überlegten Willen erfüllt wird. Es würde unrichtig sein, mit einem Zerfall des russischen Reiches zu rechnen. Nach wie vor bleibt es möglich, daß der Sowjetstaat mit seinen Despoten verschwindet und einer anderen Staatsform Platz macht, aber für absehbare Zeit ist es zum mindesten sehr fraglich, ob ein Verschwinden des Sowjetsystems den Zerfall Rußlands in mehr oder minder kleine Teile zur Folge haben würde. Die deutsche Wirtschaft wird, ungeachtet der russischen Staatsform, an Rußland immer ein hohes Interesse haben, und es ist unumgänglich notwendig, daß dieses Interesse sich auch auf die Außenpolitik auswirkt. Selbst nach Durchführung des Fünfjahrplans, wenn diese überhaupt möglich ist, wird Rußlands Industrie nicht imstande sein, auf deutsche Qualitätsware zu verzichten. Der russische Markt bleibt für Deutschland von hohem Wert, trotz des Fünfjahrplanes.

Auch die Vereinigten Staaten von Amerika haben seinerzeit das Versailler Diktat nicht mitunterzeichnet, sind auch nicht in den Genfer Völkerbund eingetreten. Die Beziehungen des heutigen Deutschland zu den Vereinigten Staaten sind gut. Langsam beginnt man auch in Amerika zu begreifen, daß nicht Deutschland den Weltkrieg verschuldet hat. Ob oder wann diese Erkenntnis sich in den Vereinigten Staaten politisch auswirken wird, wissen wir nicht. Die besondere Aufgabe einer nationalsozialistischen Außenpolitik wird es sein, in den Vereinigten Staaten Aufklärung zu schaffen, nicht allein über die Kriegsschuldlüge, sondern auch über die nationalsozialistische Bewegung selbst und ihre innerpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Ziele. Das ist von außerordentlicher Bedeutung, in erster Linie für den Augenblick, da die nationalsozialistische Bewegung dicht vor der Machtergreifung stände. Als nach den Septemberwahlen 1930 die politischen Gegner der Nationalsozialisten in alle Welt telegraphierten: die blutige nationalsozialistische Revolution stehe vor der Tür, ihr

werde der Krieg folgen, da wurden Milliarden amerikanisches Geld aus Deutschland herausgezogen, Kredite wurden gekündigt, und dem deutschen Volksvermögen erwuchs sehr schwerer Schaden. Um so etwas und noch Schlimmeres für die Zukunft zu vermeiden, muß die nationalsozialistische Bewegung von langer Hand her gerade in den Vereinigten Staaten Wahrheit und Klarheit über ihr Wesen, ihre Ziele und Methoden verbreiten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben an Deutschland in erster Linie ein wirtschaftlich-finanzielles, sicher kein gefühlsmäßiges Interesse. Man will in Deutschland amerikanische Werte anlegen und die Sicherheit haben, daß sie nicht verlorengehen; man will einen kaufkräftigen deutschen Markt. Man erkennt in Amerika klar, daß ein wirtschaftliches und politisches Zugrundegehen Deutschlands für das gesamte mittlere Europa und damit auch indirekt für das Geschäft der Vereinigten Staaten eine schwere Katastrophe bedeuten müßte. Ein wirtschaftlich gesundes Deutschland ist mithin den Vereinigten Staaten nicht unerwünscht. Für Deutschland sind die Vereinigten Staaten von Amerika von gewaltiger Bedeutung, denn ihr Einfluß auf die Kabinette Europas ist stark und häufig entscheidend. Wie die Vereinigten Staaten ihre Europapolitik im Laufe der kommenden Jahre einrichten werden, ist unsicher. Fest steht, daß sie Gegner der Rüstungen sind und das ihnen Mögliche versuchen, um die europäischen Mächte, besonders Frankreich, zu Abrüstung bzw. Rüstungsverminderung zu veranlassen. Die gemeinsamen europäischen Interessen Deutschlands und der Vereinigten Staaten dürfen nicht vergessen werden: auch die amerikanische Union hat außerordentliche wirtschaftliche und händlerische Interessen in Rußland, verfügt aber nicht über die Kenntnisse russischer Verhältnisse, die man auf deutscher Seite besitzt. Dazu kommt die große Entfernung der Vereinigten Staaten von Rußland und die Nähe Deutschlands zum russischen Marktgebiet. Da der russische Markt groß genug für beide Mächte ist, so können sie einander hier sehr nützlich sein. Eine solche Zusammenarbeit wirkt dann von selbst auch wieder auf die außenpolitischen Beziehungen zurück. Die Vereinigten Staaten stehen zu Deutschland nicht im Verhältnis einer Tributmacht. Sie haben im Gegenteil alles Interesse daran, daß Deutschland nicht durch die Tribute zur wirtschaftlichen Katastrophe getrieben wird, daß dadurch investiertes amerikanisches Geld verlorengeht und Deutschland für die Zukunft ungeeignet zur Anlage amerikanischer Werte wird. Aus diesem Grunde machte Präsident Hoover im Sommer 1931 den Vorschlag, die deutschen Tributzahlungen für ein Jahr zu unterbrechen. „Deutschfreundlichkeit" war nicht die Ursache, sondern geschäftlich politische Erwägung. Es ist kein Haß gegen Deutschland vorhanden, wohl dagegen steigendes Mißbehagen über die Tyrannei, die Frankreich auf dem europäischen Kontinent ausübt, und über die gehässige Politik, die es mit Konsequenz und Raffiniertheit gegen Deutschland treibt. Man sieht, daß eine fruchtbare Entwicklung der Beziehungen des Deutschen Reichs zu den Vereinigten Staten möglich ist. In solchem Sinne zu arbeiten, würde ebenfalls zu den außenpolitischen Zielen eines nationalsozialistischen Staates gehören. Außer Frankreich, von dem in dieser Hinsicht natürlich nichts zu erwarten ist, sind es die Vereinigten Staaten von Amerika, die für Beseitigung der Tribute, der „Reparationen", das gewichtigste Wort sprechen können, schon deshalb, weil die früheren Kriegsgegner Deutschlands, in erster Linie Frankreich, durch den Krieg Amerika schwer verschuldet sind. Es liegt auf der Hand, daß die Beseitigung der Tribute — eine Bedingung für die Wiedererringung der Freiheit — mit allen dazu geeignet erscheinenden Mitteln vom nationalsozialistischen Deutschland betrieben werden wird.

In den Völkerbund ist das Deutsche Reich seinerzeit eingetreten in Konsequenz der

Locarnopolitik des damaligen Außenministers Dr. Stresemann. Der Eintritt wurde von den anderen Mächten als Bedingung für das Inkrafttreten der Locarnoverträge gestellt. Die Vertreter der Ära Stresemann glaubten, weil sie es hofften, Deutschlands Zugehörigkeit zum Genfer Bunde würde dazu führen, seine Stellung international zu heben. Wir können hier auf die an anderer Stelle gegebene Schilderung der Erfüllungspolitik während der Ära Stresemann verweisen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erschien der damaligen Regierung und den Locarnoparteien als eine Rehabilitierung Deutschlands nach dem Weltkriege. Nun sei das Deutsche Reich nicht mehr der schuldige Verbrecher, nicht mehr der gehaßte, niedergeworfene und niederzuhaltende Feind, sondern die von allen hochgeschätzte, mit herzlicher Freude und aufrichtigem Vertrauen in die Vereinigung der Völker aufgenommene Macht. Das Ende der bisherigen entwürdigenden Behandlung des Deutschen Reichs und Volks sei nun gekommen. Alle Differenzen würden freundschaftlich und mit dem unbedingten Ziel, den Frieden zu erhalten, erledigt werden, und endlich würde jetzt die Abrüstung von allen Mächten freudig und ehrlich begonnen und durchgeführt werden. Daß die gequälten, durch das Versailler Diktat vom Reiche losgerissenen deutschen Minderheiten von jetzt an auch frei, wohlgelitten und würdig ihre vertragsmäßigen Rechte genießen könnten, war selbstverständlich. Besonders hochgespannte Hoffnungen setzten Stresemann und seine Leute auf den Völkerbund, weil das Freimaurertum in ihm eine große, wenn nicht beherrschende Rolle spielte. Der französische Außenminister Briand und zahlreiche andere hervorragende Delegierte der Nationen waren Freimaurer. Stresemann war, wie erwähnt wurde, wenige Jahre vorher Freimaurer geworden, und maurerische Blätter hatten verkündet, nunmehr beginne eine neue und schönere Ära der französisch-deutschen Beziehungen. Man hatte Stresemann und den Locarnoparteien vorher erzählt, ein wie gewaltiger deutscher Erfolg der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sein werde. Man hatte den schwachen Punkt der Persönlichkeit Stresemanns: seine außerordentliche Empfänglichkeit für Schmeichelei im Auslande, sehr bald erkannt und sie, wie Bismarck sagte, als „Hypothek auf die Leistung eines Staatsmanns" geschickt und emsig benutzt. So war großes Jubeln über den herrlichen Erfolg in Deutschland, als Stresemann im Völkerbunde seine Antrittsrede gehalten hatte. Rühmend hob die freimaurerische Presse hervor, der große deutsche Staatsmann habe sich freimaurerischer Redewendungen und Zeichen bedient. Der redegewaltige Briand hielt eine begeisternde Rede über das herrliche Zeitalter, das nunmehr im Zeichen allgemeiner europäischer Harmonie anbrechen werde.

Das Hochgefühl in Deutschland dauerte nicht lange, es war sehr bald zu Ende. Eine politische Enttäuschung folgte der anderen. Sobald Deutschland sicher im Genfer Bunde eingefangen war, hörte wie mit einem Schlage auch die Umschmeichelung Stresemanns und Deutschlands überhaupt auf. In den bisher verflossenen Jahren der Völkerbundszugehörigkeit ist Deutschland keinen Zentimeter weiter vorwärtsgekommen, keine einzige seiner Hoffnungen ist in Erfüllung gegangen. Im Jahre 1930 war die Enttäuschung der alten Anhänger des Stresemannkurses, abgesehen von der Sozialdemokratie, sogar so groß, daß sie mit dem Gedanken umgingen, Deutschland müsse aus dem Völkerbunde ausscheiden, wenn die für das Jahr 1932 in Aussicht genommene Abrüstungskonferenz keine positiven Ergebnisse zeitigte. Der Völkerbund hat sich, alles in allem, zu eigenem organischen Leben unfähig erwiesen. In jeder wichtigen Frage, die Deutschland und dessen Zukunft betrifft, setzt sich der feindliche Wille Frankreichs und seiner Vasallen durch, und ihre Macht ist so stark, daß Deutschland sich trotz gelegentlicher Sympathien anderer Mächte niemals hat durchsetzen können, sondern

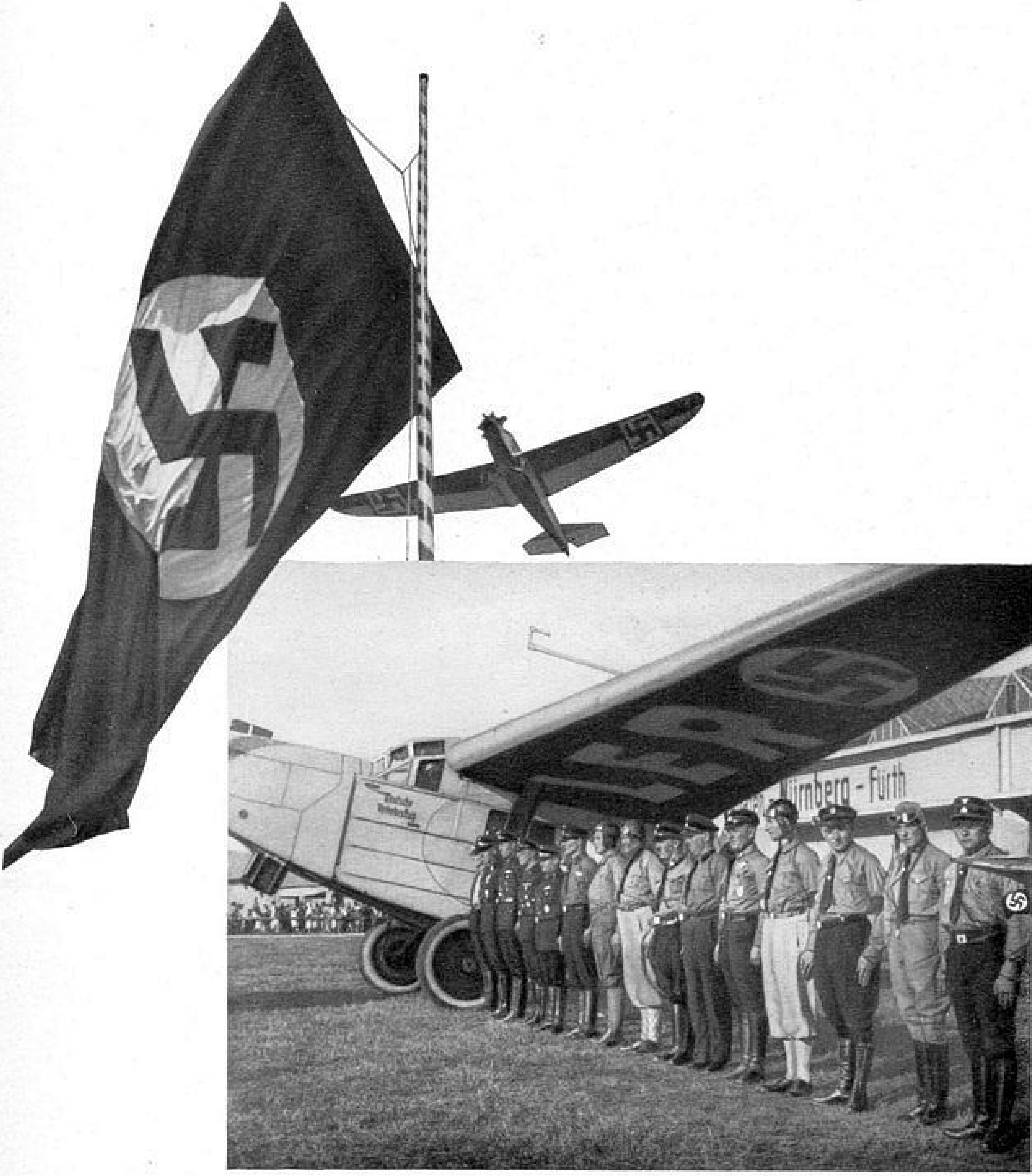
sogar meist mit seinen berechtigten Forderungen und Wünschen isoliert geblieben ist. Auch die allgemeine Stimmung der internationalen Politik ist für Deutschland durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbunde keineswegs besser geworden.

Andererseits haben die Westmächte ihr Ziel erreicht: die deutsche Außenpolitik durch die Zugehörigkeit zum Völkerbunde festzulegen und westlich zu orientieren. Denn solange Deutschland dem Bunde angehört, ist es seinen Satzungen unterworfen. Die Befürchtung der Mächte, Deutschland könne sich mit Rußland oder mit anderen Mächten verbinden, wurde dadurch behoben, daß man Deutschland in den Genfer Bund hineinlockte, indem man das Inkrafttreten der Locarnoverträge davon abhängig machte. Das war deshalb ein sehr wirksames Mittel, weil die deutschen Locarnoparteien überzeugt waren, daß diese Verträge einen gewaltigen Erfolg Stresemanns darstellten.

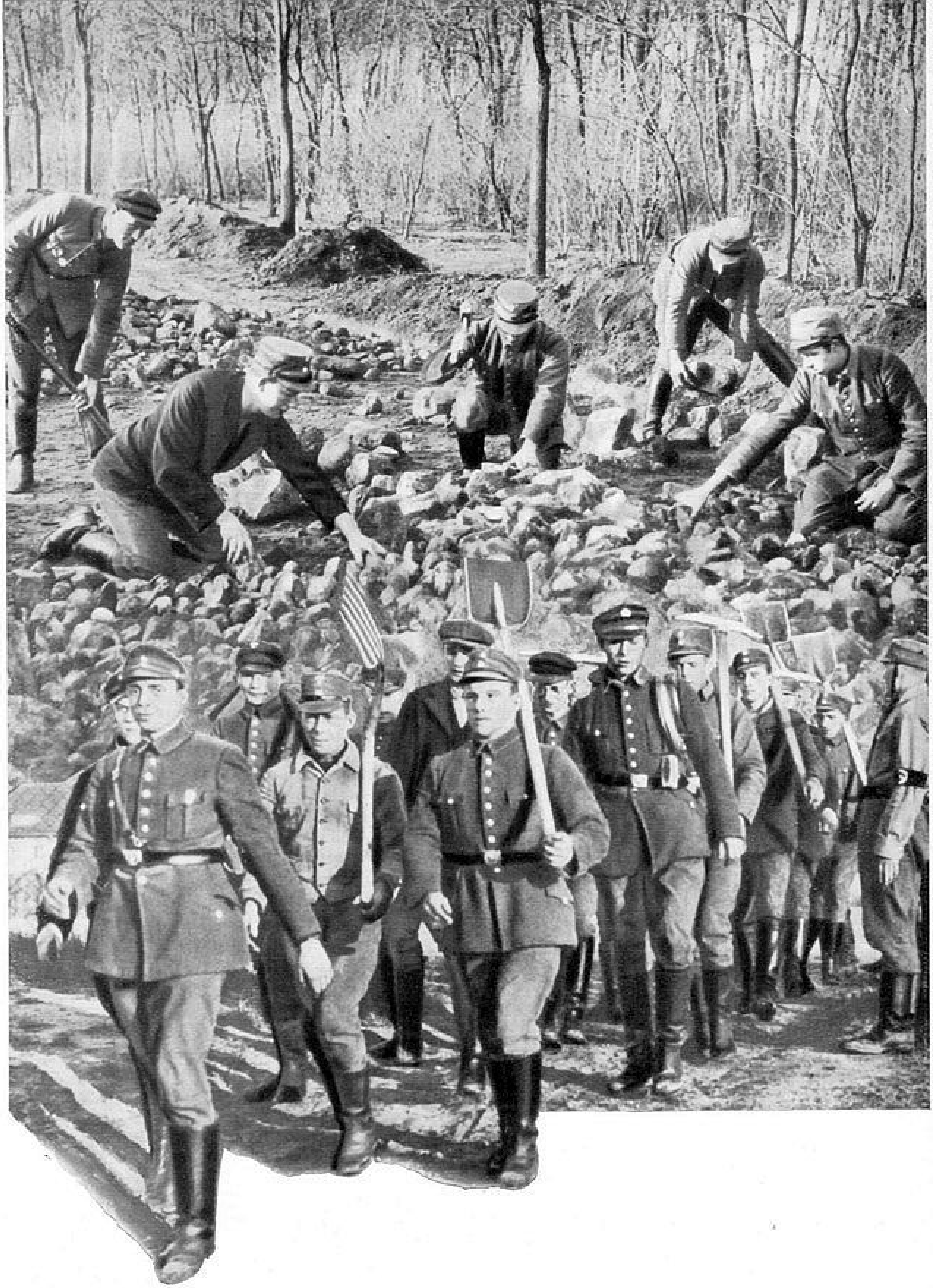
Nun ist das alles schon längst zerflogen und zerstoben. Der Nationalsozialismus hat die Locarnopolitik ebenso abgelehnt wie den deutschen Eintritt in den Völkerbund. Zur Macht gekommen, würde sich die deutsche Befreiungsbewegung nach den dann vorliegenden tatsächlichen Verhältnissen nach den folgenden Gesichtspunkten entscheiden: entweder trägt der Völkerbund den deutschen Notwendigkeiten Rechnung, verändert also sein bisheriges Wesen oder Deutschland tritt aus. Daß eine solche Entscheidung von großer Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Sie würde deshalb von den Leitern des neuen Deutschland mit Sorgfalt und nüchternster Überlegung getroffen werden. Die deutsche Bevölkerung würde darüber aufgeklärt werden, daß der Austritt aus dem Völkerbunde keine Schwächung der deutschen Stellung in der Welt bedeutet, sondern im Gegenteil eine wesentliche Erhöhung der politischen Bewegungsfreiheit Deutschlands und damit eine Stärkung.

Der große alte Feldmarschall Moltke hat gesagt: im Kriege sei nichts sicher als allein der Aufmarsch des eigenen Heeres, wenn dieser gut vorbereitet gewesen sei. Über den Aufmarsch hinaus sei alles weitere lediglich ein System der Aushilfen. Nichts anderes gilt von der auswärtigen Politik, vollends für Deutschland in seiner militärischen Schwäche und unter dem ungeheuren Druck des Versailler Diktats und der es ergänzenden Verträge. Es ist leicht und bei den Deutschen beliebt, außenpolitische Pläne aufzustellen und aus ihnen ein System zu machen. Das kann von Nutzen sein, wenn man sich auf diese Weise klar macht, was man anstreben möchte, und sich auch eine Vorstellung davon macht, wie das Endziel beschaffen sein soll, dem man zustrebt, ohne öffentlich darüber zu sprechen. Sich aber den Weg, den man gehen will, vorzuschreiben, bedeutet eine gefährliche Festlegung, besonders, da es sich um ein Ziel auf lange Sicht handelt und niemand auch nur annähernd zu sagen vermag, welche Zeiträume in Betracht kommen können. Die Gruppierungen der Mächte, ihre Ziele, ihre Stärke, die Bedürfnisse eigener Politik und Wirtschaft, das alles ändert sich auch während der Zeit, in der Deutschland für die Erringung der Freiheit kämpft und arbeitet. Schon eine neue Erfindung kann der Welt ein anderes Gesicht geben. Die seit 1919, ja, seit 1926 verflossenen Jahre haben die erheblichsten Veränderungen auf dem Gebiet der internationalen Politik und Wirtschaft gebracht. Für eine wirklich reale Außenpolitik bietet sich im Lauf der Jahre immer eine Gelegenheit einzugreifen, zuzugreifen, wenn sie, wie Bismarck sagt, „versteht zu wenden", d. h. wenn sie beweglich ist. Das ist aber unmöglich, wenn die politischen Leiter der betreffenden Macht ihren Kurs gleichsam schematisch festgelegt, sich also gebunden haben.

Vor dem Kriege war die Außenpolitik des Deutschen Reichs durch seine wirtschaftlichen Ziele und Notwendigkeiten naturgemäß weitgehend bestimmt. Das wird auch in Zukunft so



Nr. 58. In allen deutschen Gauen sorgt die SA. für Fliegernachwuchs in den SA.-Fliegerstürmen



Nr. 59. Dem Arbeitsdienst wendet die SA. ihre größte Aufmerksamkeit zu. Eine Straße wird von dem freiwilligen Arbeitsdienst der SA. gebaut

sein, auf dem europäischen Festlande sowohl, wie in anderen Erdteilen und Übersee. Wiederholt haben wir festgestellt, daß aber der Schwerpunkt der deutschen Wirtschaft in erster Linie auf deutschem Boden liegen müsse, darüber hinaus auf dem europäischen Festlande. Den Schwerpunkt der Wirtschaft und Außenpolitik gänzlich auf das europäische Festland zu beschränken, wird nicht möglich sein, weil Deutschland für absehbare Zeit weder auf Ausfuhr nach Übersee noch auf Einfuhr von Übersee verzichten kann, andererseits nicht daran denken wird, den Schwerpunkt der Wirtschaft auf die Ausfuhr zu legen. Außenwirtschaft und Außenpolitik sind nicht zu trennen. Sie werden in vielen Punkten gegenseitig bedingt. Die Festlandmacht Deutschland wird weder versuchen noch imstande sein, wieder eine große Seemacht zu werden. Die deutsche Außenpolitik wird deshalb sorgfältig bestrebt sein müssen, die überseeischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands zu befriedigen, ohne in gefährliche Reibungen mit überseeischen Mächten oder großen europäischen Seemächten zu gelangen, und alles aufbieten, um die notwendige deutsche Ein- und Ausfuhr durch geschickte Politik und Diplomatie durchzusetzen und zu sichern. Zweifellos bilden eigene Machtstellung und eigene Kraft unendlich bessere Grundlagen, aber mit den Verhältnissen, die da sind, muß man solange rechnen, bis es möglich wird, Wandel zu schaffen.

Vor dem Kriege kam es vor, daß die deutsche Außenpolitik in hohem Maße durch geschäftliche Interessen großer Banken bestimmt und von ihnen abhängig wurde. Wir brauchen nur an das Unternehmen der Bagdadbahn zu erinnern und an die deutsche Wirtschaftspolitik in China. Beide sind außenpolitisch verhängnisvoll für Deutschland geworden. Im ersten Falle entstand eine gefährliche Reibungsfläche zwischen Deutschland und Großbritannien einerseits, Deutschland und Rußland andererseits, während die deutsche Chinapolitik uns Japan zum Feinde machte. Das sind außenpolitische Lehren, die unvergeßlich bleiben werden. In diesem Punkte begegnen sich Außenpolitik und Außenwirtschaft aber auch mit der Innenpolitik und Innenwirtschaft eines nationalsozialistisch bestimmten Deutschland. Dieses Deutschland wird als Gegner des Kapitalismus keine imperialistisch-kapitalistische Außenpolitik treiben und keiner Geldgesellschaft gestatten, sich auf diesen Weg zu begeben. Vorher wurde bereits festgestellt, daß der auf Beherrschung und Ausnutzung anderer Völker und Länder ausgehende kapitalistische Imperialismus seinen Höhepunkt längst überschritten hat und seinem Ende entgegengeht.

Deutschland hat seine überseeischen Kolonien durch den Krieg verloren. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß es gelingen wird, auch nur wesentliche Teile unseres rechtmäßigen Besitzes wieder zu erhalten; daß der deutsche Rechtsanspruch auf den alten Kolonialbesitz aufrechterhalten bleibt, ist selbstverständlich. Ein künftiges Deutschland hätte um so weniger Ursache, nach neuem Kolonialbesitz zu streben, als ihm eine solche Politik die Feindschaft von Völkern und Rassen zuziehen würde, die doch früher oder später das kolonialimperialistische Joch ihrer Unterdrücker abschütteln werden. Ein nationalsozialistisch-völkisch bestimmtes Deutschland steht auf dem Rassenstandpunkt, es will und wird die eigene Rasse rein halten, schützen und pflegen. Es wird aber nicht daran denken, deshalb alle anderen Rassen als Feinde anzusehen oder sie gar beherrschen zu wollen. Die Welt täuscht sich immer weniger über die Tatsache, daß sich die schwarze Rasse, ganz einerlei, wie wir ihren Kulturwert einschätzen, im Aufstiege befindet, daß sie eines Tages eine organisierte Macht werden und sich befreien wird. Ihre Befreiungskämpfe können in Zukunft für Deutschland indirekt einmal sehr nützlich werden, während andererseits die deutsche Macht nicht annähernd ausreichen würde, um wesentliche Hilfe im Kampf der alten Kolonialmächte gegen die schwarze Rasse zu leisten.

Also wird sich ein zukünftiges Deutschland in solchen kommenden Kämpfen im Hintergrunde halten und Sorge tragen, es mit diesen und mit anderen heute unterdrückten Rassen nicht zu verderben.

Einem befreiten und gesicherten, auf sich selbst ruhenden deutschen Volk und Reich wird überhaupt die Sucht nach Eroberung und der Wille, andere Völker zu unterdrücken, fehlen. Es wird ungefähr so denken, wie Bismarck von sich selbst in seiner Jugend schreibt: Es liege ihm vielmehr daran, niemandem zu gehorchen, als anderen zu befehlen. — Die deutsche Außenpolitik wird mit aller Kraft und Geschicklichkeit und mit weitem Blick in die Zukunft auf die Schaffung und Erhaltung der Unabhängigkeit des deutschen Volks und Bodens gerichtet sein, gleichzeitig mit dem Fernziel, die auf dem Festlande vom deutschen Mutterlande abgeschnitten lebenden Gruppen mit dem deutschen Vaterlande wieder zu vereinigen. In erster Linie ist der Gedanke für die Festlandaußenpolitik maßgebend, die heimische Ernährungsgrundlage des deutschen Volks seinen Bedürfnissen gemäß zu erweitern, eine Aufgabe, die nur mit Hilfe anderer europäischer Großmächte in Angriff genommen werden kann.

In früheren Abschnitten wurde von der Kampfstellung der deutschen Befreiungsbewegung gegen den Kapitalismus, gegen die Herrschaft des Geldes überhaupt gesprochen. Diese Herrschaft ist heute so allgemein und so drückend, daß eine Betrachtung über außenpolitische deutsche Aufgaben unvollständig und oberflächlich wäre, ohne dieses verderblichen Weltfaktors Erwähnung zu tun. Hier stoßen Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik zusammen, denn die großen Finanzmächte reichen in alle diese Gebiete hinein und versuchen, sie sich dienstbar zu halten.

Durch die Wirtschaftspolitik, die wir internationalistisch genannt haben, ist im Laufe der seit 1919 verflossenen Jahre der deutsche Wirtschaftskörper in fortschreitende Auszehrung verfallen, immer mehr auf das Ausland angewiesen, die öffentlichen und privaten Schulden des deutschen Volks an das Ausland sind immer gewaltiger angewachsen. Die unaufhörlichen Warnungen der Nationalsozialisten blieben ebenso ungehört wie ihr fortgesetztes Drängen: durch Übergang zu einer gesunden Heimatwirtschaft und zu einer bodenständigen nationalen Währung der erschreckend wachsenden Abhängigkeit vom Auslande wirksam entgegenzutreten, durch strenge Maßnahmen Kapitalflucht zu verhindern und die Großbanken unter Aufsicht zu stellen. Es geschah nichts, und so kam, was kommen mußte: die wirtschaftliche und geldliche Katastrophe des Hochsommers 1931. Hier zeigte sich folgendes:

Die Gründe des Präsidenten Hoover für seinen Vorschlag lassen sich in die Formel zusammenfassen: In den Vereinigten Staaten war man der Ansicht, daß allgemeiner Zusammenbruch und wirtschaftliches Chaos in Deutschland unvorteilhaft, ja ein schweres Unglück für die anderen Mächte sein würden. In Großbritannien war diese Auffassung vielleicht noch stärker vorhanden. Die politische und wirtschaftliche Macht Großbritanniens ist seit dem Kriege sehr zurückgegangen, diejenige Frankreichs unverhältnismäßig gewachsen. Ein völliger Zusammenbruch Deutschlands würde die Hegemonie Frankreichs in Europa noch verstärken. Frankreich seinerseits hat auch im Hochsommer 1931 klar und, man möchte sagen: absichtlich unverhohlen gezeigt, daß es einen vollständigen deutschen Zusammenbruch ohne Bedauern eintreten sehen würde. Das ist genau dieselbe Haltung, die Frankreich im Jahre 1919 zeigte, als der Bolschewismus Deutschland zu bedrohen schien. Damals sagte der Marschall Foch, der Bolschewismus sei eine „Krankheit der Besiegten", und die französische Presse lieferte den Kommentar: würde das Deutsche Reich durch den Bolschewismus als solches vernichtet, so wäre das für Frankreich kein Unglück. Das war in einer Zeitperiode, als Frankreich durch

den Krieg noch schwer mitgenommen war, als seine Geldverhältnisse, ebenso seine Wirtschaft sich in wenig gutem Zustande befanden. Im Laufe der Jahre haben die französischen Regierungen und Geldleute es verstanden, Frankreich zum weitaus reichsten, finanziell gesundesten und kapitalkräftigsten Lande Europas, einschließlich Englands, zu machen. Es ist eine in Deutschland zu wenig beachtete Tatsache, daß Großbritannien nicht nur aus seiner Stellung als stärkste Geldmacht in der Gesamtheit der Völker und Staaten von Amerika verdrängt worden ist, sondern auch in Europa, und zwar da durch Frankreich. Frankreich hat im Verlaufe des Jahres 1930/31 mit allen Mitteln versucht, durch seine Geldmacht eine Willkürherrschaft über Europa aufzurichten. Für die französische Regierung war eine solche Politik an sich nichts Neues, denn schon vor dem Kriege war das reiche Frankreich immer darauf aus, durch geldlichen Einfluß politische Geschäfte zu machen und durch Darlehn an andere Staaten sich diese wirtschaftlich und politisch botmäßig zu machen, sie zu verhindern, eine für Frankreich irgendwie abträgliche Politik zu treiben. Der erste Schritt zu dem alten französischen Bündnis im vergangenen Jahrhundert bestand in einer Anleihe, die Rußland bei Frankreich machte, um ein französisches Gewehrmodell in Rußland einzuführen. Die Franzosen machten die Bedingung: Rußland müsse Garantien dafür geben, daß diese Gewehre nicht etwa einmal gegen Frankreich oder gegen Frankreichs Freunde losgingen. Ähnlich schuf Frankreich sich durch Darlehn bestimmenden Einfluß auf kleinere Staaten Europas, so auf der Balkanhalbinsel, bedingte sich die Ausbildung ihrer Armeen und Flotten aus und damit die Aufsicht über diese, lieferte französische Waffen usw. Umgekehrt weigerte sich Frankreich vor dem Kriege trotz fortgesetzter deutscher, wenig würdiger Werbung, in irgendwelche finanzielle Beziehungen zu Deutschland zu treten, zum Beispiel deutsche Papiere an der Pariser Börse zuzulassen.

Die deutsche Finanz- und Wirtschaftskatastrophe von 1931 hatte man in Frankreich kommen sehen und durch Börsenmanöver unauffällig gefördert. Die deutschen Versuche (vor der Katastrophe), die Lage zu bessern, Kredite zu erhalten, wurden von der französischen Presse mit Hohnlächeln angesehen. Das werde Deutschland nicht gelingen, nur von Frankreich könne ihm geholfen werden. Auf den einander folgenden Konferenzen zu Paris und London erklärte Frankreich dann seine „grundsätzliche" Bereitwilligkeit, dem Deutschen Reiche große langfristige Anleihen zu gewähren, aber das sei nur möglich gegen politische Garantien, daß Deutschland den Frieden Europas nicht wieder störe, noch Unruhe in die sonst so erfreuliche europäische Harmonie bringe. Erinnern wir uns auch nur der drei Hauptbedingungen, die Frankreich verlangte: Deutschland solle verzichten auf den Weiterbau von Panzerschiffen, die dazu bestimmt sind, im Falle eines polnischen Einfalles nach Ostpreußen die Verbindung dieses Gebietes mit dem deutschen Reichskörper zur See aufrechtzuerhalten. Deutschland solle verzichten auf eine Zollunion mit Österreich und auf sonstige Bestrebungen einer Annäherung zwischen diesen beiden Staaten. Deutschland solle für fünf oder für zehn Jahre auf das Recht verzichten, das der Artikel 19 des Völkerbundsstatuts gewährt: beim Völkerbunde eine Revision des Versailler Vertrages, überhaupt bestehender Verträge zu verlangen. Das waren die Hauptbedingungen oder Garantien, die Frankreich als Preis für eine Kredithilfe an Deutschland verlangte. Allgemein ausgedrückt bedeuteten solche und ähnliche Bedingungen den Verzicht des Deutschen Reiches nicht allein auf seine Unabhängigkeit nach außen, sondern auch auf seine freie Selbstbestimmung, auf Autonomie im Innern. Ging Deutschland auf solche Bedingungen nicht ein, so mochte es zusammenbrechen und dem Chaos anheimfallen.

Dieses Beispiel aus der aktuellen Politik des Sommers und Herbstes 1931 ist lehrreich für die Frage, ob und wie Deutschland überhaupt einmal wieder die Freiheit erringen kann. Wir sehen klar, wie oberflächlich außenpolitische Betrachtungen sind, die sich mit Fragen und Plänen beschäftigen, welche Außenpolitik Deutschland zu treiben, mit welchen Mächten es sich zu verbünden, welche es zu bekämpfen und als Feinde anzusehen habe. Ebenso klar tritt hervor, daß ein noch dazu wehrloses Land, dessen Wirtschaft und Geldwesen in Unordnung sind, dessen Volksvermögen dezimiert ist, in einer höchst unglücklichen, beinahe hilflosen Lage außenpolitisch sich befindet. Durch Zurückziehung ausländischer Kredite war der deutsche Staat an den Rand des Bankerotts gekommen. Er wandte sich nach allen Seiten: wenn nicht irgendwelche Mächte mir helfen, so gehe ich zugrunde! Die anderen Staaten überlegten, und die angelsächsischen kamen zum Ergebnis, es sei für sie vorteilhaft, Deutschland wenigstens soweit zu stützen, daß kein Bankerott einträte, daß die Regierung erhalten bliebe und daß besonders die deutsche Befreiungsbewegung nicht ans Ruder gelange.

Deutschland war, wenn auch nicht willenloses, so doch ohnmächtiges Objekt derjenigen Mächte, von deren Geld es sich mit seiner Wirtschaft abhängig gemacht hatte. Sie hatten es in der Hand, Deutschland in ein hoffnungsloses Chaos zu stürzen, wenn sie dem bereits Fallenden Unterstützung, ja auch nur Stütze verweigerten. Die Staaten, die in Paris und London vertreten waren, hatten zur Zeit kein Interesse am Eintritt eines deutschen Chaos. Andere Mächte benutzten ihr Geld und dessen Einfluß, um ihre Außenpolitik Deutschland gegenüber zu fördern. Deutschland ohne Geld, voller Schulden, im Zusammenbruchsstadium war außenpolitisch ohnmächtig. Das einzige, was die deutschen Regierenden tun konnten, war, wenigstens diplomatisch keine Fehler zu begehen und dadurch die Lage des Reiches nicht noch zu verschlimmern. Seit dem Frühjahr 1932 nahm die Weltwirtschaftskrisis derart weiter an Umfang zu, daß auch die Staaten, welche sich bisher demgegenüber sicher gefühlt hatten, wie die Vereinigten Staaten und Frankreich, begannen, die Not auch vor ihrer Tür zu sehen. Es schien, als ob sie erkennten, daß ein vollständiger deutscher Zusammenbruch auch sie in seinen Strudel hineinziehen würde. Wie sich nun auch diese Entwicklung oder Zerrüttung abspielen mag, so wird die grundsätzliche, und später die praktische, Haltung des Nationalsozialismus dazu nach keiner Richtung hin beeinflußt.

Der nationale Sozialismus hat diese Zusammenhänge zwischen Innen- und Außenpolitik immer erkannt. Er weiß, daß sich eine wirkliche Außenpolitik nur treiben läßt von einer wirtschaftlich gesicherten, unabhängigen und politisch einigermaßen unabhängigen Heimatbasis. Es liegt auf der Hand, daß andere Mächte, in erster Linie Frankreich, durch Geldpolitik im Rahmen ihrer Außenpolitik wachsam und energisch versuchen, solche deutschen Absichten zu hindern und im Gegenteil Deutschland möglichst fest in finanzielle, damit auch politische Abhängigkeit einzuspinnen. Es gibt nur ein Mittel für die Deutschen, sich aus dieser Unfähigkeit zu außenpolitischem Handeln freizumachen, dieses Mittel ist in vorhergegangenen Abschnitten verschiedentlich genannt worden, allerdings nicht im Zusammenhang mit der Außenpolitik. Das Mittel heißt Heimatwirtschaft, Ausscheiden aus der Goldwährung, Herstellung einer nationalen Währung. Diese Umkehr, um nicht zu sagen Umwälzung, ist also nicht allein wirtschaftlich gesehen notwendig, sondern auch von dem Gesichtspunkt der Außenpolitik. Alle Außenpolitik, jedes außenpolitische Ziel wird zur leeren Redensart, wenn sie nicht in der Unabhängigkeit der Wirtschaft vom Kapital anderer Mächte festen Stand und Boden für außenpolitische Arbeit hat. Eine Bewegung, die mit Ernst und Willen darauf ausgeht, Deutschland und sein Volk zu befreien, hat sich also darüber vollkommen

klar zu sein, daß der Anfang damit gemacht werden muß, im Innern festen Grund zu legen, wirtschaftlich und — in den Köpfen und Seelen der Deutschen. Die schönsten außenpolitischen Pläne schweben in der Luft, sind phantastische Gebilde, die ausdauerndsten Bemühungen, um Beziehungen mit den staatsmännischen Führern anderer Mächte zu schaffen, sind Leitern, die man in der freien Luft ansetzen will, die höchstgesteckten Ziele werden zur Lächerlichkeit — wenn ein paar zielbewußte Finanzmanöver ausländischer Banken und Regierungen das deutsche Wirtschaftsleben von heute auf morgen in eine Katastrophe schleudern und die betreffende deutsche Regierung so auf die Knie zwingen können, daß sie nur noch hilfeflehend die Arme nach den anderen Mächten ausstrecken kann. Die Bewegung des nationalen Sozialismus will Deutschland zu Unabhängigkeit und Macht führen. Sie wird zum Ziele gelangen, wenn sie in keinem Augenblick vergißt, daß mit dem Anfang, wie das französische Sprichwort sagt, angefangen werden muß, oder, nach Bismarck, nicht an das Übermorgen vor dem Morgen gedacht werden darf. **Von innen nach außen!** heißt es hier für den Nationalsozialismus, wie bei allen großen Fragen.

Überblickt man die seit 1919 verflossenen Jahre und hört man die mißmutigen Klagen vieler nationalen Deutschen über die Zersplitterung der deutschen Bevölkerung in ihren außenpolitischen Ansichten, so wird gewöhnlich hinzugefügt: ja, wenn es damit anders stände, so würde es leicht sein, eine starke nationale Außenpolitik zu treiben! Angehörige der mittleren und rechten Parteien, auch der linken, die so sprechen, lassen außer acht, daß man diese Meinungszersplitterung, diese Oberflächlichkeit und Unklarheit dem Großteil der deutschen Bevölkerung eigentlich nicht zum Vorwurf machen kann. Die Schuld liegt auf der Seite der Parteien und der Regierungen selbst. Von der Bevölkerung kann man nicht verlangen, daß die Männer und Frauen, welche berufstätig sind oder tagtäglich um ihre nackte Existenz kämpfen müssen, sich sachlich über die außenpolitischen Verhältnisse, über die Lage und deren Ursachen unterrichten und vollends auf dem laufenden halten können. Das ist ganz unmöglich. Sie alle werden durch die Parteipresse, durch Parteiredner, durch Parteiflugblätter zu der Meinung gezwungen, welche die Leitungen der Parteien für ihre parteitaktischen Zwecke brauchen. Die tatsächliche Wahrheit erfährt die deutsche Bevölkerung nicht, auch von bisherigen Regierungen nicht. Einer der ersten Taten einer Regierung der deutschen Befreiungsbewegung würde eine rückhaltlose Aufklärung der ganzen deutschen Bevölkerung sein. Diese würde zum erstenmal erfahren, wie es in Wirklichkeit mit Deutschland steht und wie es so weit hat kommen können. Eine solche unbedingt wahrhaftige amtliche Erklärung allein, die Erkenntnis der Wirklichkeit, so schlimm sie auch sein mag, vermögen einheitlichen Willen zu schaffen, und weiterhin die Erkenntnis, daß schließliche Befreiung nur auf dem Wege von innen nach außen möglich ist und daß dieser Weg nur in der Durchführung des nationalen Sozialismus bestehen kann.

Die außenpolitischen Aufgaben des neuen Deutschland sind also sehr groß und vielseitig, nicht kleiner die Schwierigkeiten, die ihrer Bewältigung entgegenstehen. Beides konnte hier nur im großen Zusammenhang skizziert werden, und manche der aufgezeigten Linien mögen sich im Laufe der Zukunft ändern. Der Leser wird gleichwohl darüber nicht im Zweifel sein können, daß von einer „phantastischen nationalsozialistischen Außenpolitik" nicht die Rede ist, sondern nur von deutschen Notwendigkeiten, die bisher nicht erkannt sind oder die man nicht erkennen wollte. Wir wollten rein sachliche Überlegungen anstellen und diesen Notwendigkeiten trotz der jetzigen deutschen Ohnmacht und der durch Mißwirtschaft und Mißpolitik sehr schwierigen und ungünstigen Lage gerecht werden.

Bei aller Nüchternheit solcher Erwägungen ist sich die deutsche Freiheitsbewegung darüber klar, daß einer der allerwesentlichsten Gründe der Dauerkatastrophe der deutschen Außenpolitik seit 1919 die Tatsache ist, daß sie nicht im Zeichen deutscher Auflehnung stand, sich nicht der unermeßlichen deutschen Willenskräfte bediente, die nur geweckt zu werden brauchten; daß im Gegenteil nationale Leidenschaft den Leitern der Erfüllungspolitik geradezu verhaßt und widerwärtig war. Es konnte vorkommen, daß ein deutscher Reichskanzler, Dr. Fehrenbach, der Zentrumspartei angehörig, erklärte: es werde ihm übel, wenn er das Wort „völkisch" überhaupt nur höre. In welchem anderen Lande der Welt wäre das möglich? Wenn das auch ein extremer Fall war, so herrscht heute noch vielfach diese Stimmung in Deutschland. Man erblickt im Nationalisten einen Hetzer und Kriegstreiber, einen für sachliche, nüchterne Politik verständnislosen Menschen, der glaubt, mit großen Worten die schwersten Fragen lösen zu können, der blindlings handelt und ohne Verantwortungsgefühl, ohne Überlegen und Zögern die unheilvollsten Entschlüsse faßt.

*

Der Artikel des nationalsozialistischen Programms von 1919, der sich mit der deutschen Wehrfrage beschäftigte, sieht die Dinge nur in der kurzen Perspektive, die sich seinen Verfassern damals zu öffnen schien: das alte Heer befand sich nach dem Befehl der feindlichen Mächte, den die deutschen Regierungen beflissen ausführten, in der Auflösung. Die Durchführung der Versailler Bestimmungen für das gestattete kleine Söldnerheer von hunderttausend Mann stand bevor. Man war in den nationalen Kreisen optimistisch davon überzeugt, daß es gelingen müsse, diese Zahl mindestens zu verdoppeln. Andere rechneten damit, daß nach dem Muster Scharnhorsts auf dem Wege des Krümpersystems heimlich eine große Befreiungsarmee geschaffen werden könne. Man gab sich überhaupt im stillen der Hoffnung hin, daß diese Bestimmungen von Versailles nicht wirklich und vollständig zur Durchführung gelangen würden. Zu einem bestimmten, nicht angebbaren, aber auch nicht allzu fernliegenden Zeitpunkt würde das Söldnersystem zu dem System eines Volksheeres umgewandelt werden.

Mehr als ein Jahrzehnt ist seitdem vergangen. In den Versailler Bestimmungen über die Einschränkungen der Wehrkraft Deutschlands hat sich noch nichts geändert. Es ist anzuerkennen, daß aus der kleinen Truppe, Reichswehr genannt, von ihren Leitern militärisch das Mögliche gemacht worden ist. Demgegenüber steht die Tatsache, daß auch durch die beste Ausbildung die Reichswehr nicht annähernd zu einer genügend starken Schützerin des deutschen Bodens werden kann. Die Frage ist, ob für diese Tatsache und diesen das deutsche Volk in fortwährender Lebensgefahr haltenden Zustand der Versailler Vertrag allein verantwortlich zu machen sei.

Die in dieser Schrift mehrfach geäußerte Auffassung, daß ein in sich einiges Volk erreichen kann, was es will, w e n n es nur will, würde sich auch in der deutschen Wehrfrage bestätigt haben, trotz aller Widerstände, eine Führung hätte das Ziel bei den anderen Mächten durchsetzen können. Die Deutschen waren aber auch in diesem lebenswichtigen Punkt nicht einig. Wir stoßen hier auf ein Problem, das an Umfang und Bedeutung weit über die eigentliche militärische Frage hinausreicht.

Schon seit mehreren Jahrzehnten vor dem Kriege war die pazifistische Bewegung da, sie fand besonders in Deutschland begeisterte, tätige und listige Anhänger. Der Pazifismus gab die Losung aus: das alte Römerwort sei unwahr: „Willst du Frieden, so bereite dich für

den Krieg vor!" Sich für den Krieg vorzubereiten, bedeute rüsten. Rüste aber ein Land, und sei es auch nur zu seiner Verteidigung, so rüsteten erfahrungsgemäß auch alle anderen Länder, die zu diesem Lande in irgendeiner unmittelbaren oder mittelbaren Beziehung ständen. So entwickle sich ein Wettrüsten, so stelle das Rüsten eine Schraube ohne Ende dar, ungeheure Summen würden für Waffen und anderen Kriegsbedarf zwecks verbrecherischer Tötung von Menschen und barbarischer Verwüstung von Ländern ausgegeben, die Völker näherten sich unter der furchtbaren Last der Rüstungsausgaben, dieser Opfergaben für den Moloch des Militarismus, dem Zusammenbruche von Jahr zu Jahr mehr, internationales Mißtrauen, Eifersucht, Haß wüchsen entsprechend. So ergäbe sich als letzter Akt des Rüstungsfiebers der Krieg. Es sei eine Lüge oder ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaube, daß durch Rüstungen der Friede erhalten werden könne. Das einzige Mittel zur Sicherung und Erhaltung des Friedens sei im Gegenteil zunächst Rüstungsverminderung und als weitere Folge vollkommene Abrüstung. Dieser Gedankengang wurde mit einem anderen verflochten: an den Rüstungen haben in allen Ländern die einschlägigen Industrien höchstes Interesse: sie wollen sich die ungeheuren Gewinne erhalten und tun deshalb alles, um den Völkerhaß zu verschärfen und die nationalen Leidenschaften aufzupeitschen. Dazu stellen sie die Zeitungen in ihren Dienst, die Parteien der Parlamente kaufen sie, um unter dem Deckmantel eines nationalen Idealismus immer neue Ausgaben für Rüstungen bewilligen zu lassen, sich die Taschen zu füllen und im Kriegsfall mitleidslos Millionen von Menschen in Tod, Verderben und Elend hineinzutreiben. So werde das deutsche Volk in der schändlichsten Weise ausgesaugt, bedrückt und hinters Licht geführt, lediglich, um die Kapitalisten zu bereichern, außerdem um der Überhebung, dem Ehrgeiz und der Eroberungssucht der Offiziere, Industriellen und Politiker zu dienen. Und wie schön und leicht zu erreichen wäre der ewige Friede, hielt man den Michels aller Schichten vor! Kein Heeresdienst mehr, niemand brauche sich mehr für Jahre aus seinem Beruf reißen zu lassen, keine Kasernen, keine Unteroffiziere und Offiziere mehr, und die ungeheuren Ausgaben für den Militarismus und Marinismus, durch die das deutsche Volk von Jahr zu Jahr mehr verelende, würden ohne Rest für Kulturzwecke verfügbar sein. Der Haß der Völker untereinander würde aufhören, alle würden sich nur als Glieder einer Menschheit fühlen, Streitigkeiten und Mißverständnisse gäbe es nicht mehr, der größte Fortschritt, den die Menschheit je gemacht hätte, sei dann gesichert. Und schließlich: welch ungeheure Errungenschaft für Gesittung und Erziehung der kommenden Generationen, wenn das Volk und gerade seine Jugend nicht mehr dazu erzogen und ausgebildet würden, andere Menschen zu töten, wenn der Haß nicht mehr gesät würde, wenn Krieg und Kriegestaten nicht mehr als Ideale, als etwas Edles und Hohes geschildert würden.

In der großen Militärmacht, dem Deutschen Kaiserreich, konnten solche Gedanken nicht herrschend werden, aber sie arbeiteten rege und geschickt, während man auf der andern Seite unterließ, ihnen mit erforderlicher Geistigkeit, der Bedeutung der Gefahr bewußt, entgegenzutreten. Da ist vieles versäumt worden. Die pazifistischen Kreise unterstellten dem Deutschen Reiche Eroberungslust und Sucht nach Krieg und waren nach Beginn des Krieges sofort mit der Kriegsschuldlüge bei der Hand, sie hatten die deutsche Niederlage ersehnt und triumphierten über den deutschen Zusammenbruch. Typischer Ausdruck der Mentalität dieser Kreise war die berüchtigte Redewendung im „Vorwärts": zum ersten Male werde Deutschland seine Kriegsflagge nicht siegreich heimbringen, und das sei der „feste Wille" der Sozialdemokratie, daß sie nie wieder entfaltet würde. Dieselben Elemente begrüßten aufatmend, daß die Mächte Deutschland entwaffneten und ihm einen annähernden Zustand der Wehrlosigkeit im Ver-

sailler Diktat auflegten. Die führenden Vertreter des keineswegs auf die Linksparteien beschränkten Pazifismus — übrigens zum großen Teil Juden — waren es, die in der dauernden Wehrlosigkeit Deutschlands die Garantie für den „europäischen Frieden" erblickten. Sie verlangten aber nicht nur technisch-militärische Wehrlosigkeit, sondern auch moralische und willensmäßige: sobald eine andere Macht von Deutschland etwas Ungerechtfertigtes, Schädliches verlangt, hat Deutschland nachzugeben, natürlich unter „flammendem Protest", unter dem Anrufen der Kulturwelt, der Weltgerechtigkeit und des Weltgewissens. Nachgeben ist aber die Hauptsache, und damit Deutschland immer und mit Sicherheit nachgibt, muß es eben entwaffnet sein. Und wenn der Weltfrieden dann auf Kosten des deutschen Volkes und Landes gerettet wird, so haben die Deutschen sich glücklich zu preisen, daß sie als unwürdiges Werkzeug dafür haben dienen dürfen. Ob Deutschland dabei zugrunde geht, aufgeteilt wird oder sich entvölkert, kommt nicht in Betracht, denn selbstverständlich ist die Erhaltung des Friedens unendlich wichtiger als die Erhaltung des deutschen Volkes und Reichs. Die Leiter des Pazifismus scheuten kein Mittel, keine Lüge. Wenn sie die Kriegsbeschädigten in langen Zügen durch die Straßen gehen ließen mit der Devise: Nie wieder Krieg!, so lag auch darin die verleumderische Anschuldigung, daß Deutschland den Krieg gewollt und herbeigeführt habe, daß man nur Willen zum Frieden, unbegrenzte Nachgiebigkeit zu zeigen, nur waffenlos zu sein brauche, um ein ewiges goldenes Zeitalter des Friedens herbeizuführen. Nach den furchtbaren Leiden im Kriege ist die Empfänglichkeit der deutschen Bevölkerung für die pazifistische Theorie gestiegen. Nur Ruhe wollte man haben, nie wieder Krieg! Das Kriegsende habe gezeigt, daß Deutschland zur Weltmacht vom Schicksal nun einmal nicht bestimmt sei. Deswegen müßten die Deutschen auch alle Gedanken an eine zukünftige Machtaufrichtung fahren lassen. Rüsten, wehrkräftig werden! Wozu? Deutschland war wehrkräftig gewesen, und der Krieg war doch gekommen, und die Rüstung hatte nichts geholfen, im Gegenteil, sie hatte den Krieg hervorgerufen und verlängert. Man vergißt dabei geflissentlich die geschichtliche Tatsache, daß das Deutsche Reich von 1870 nur durch seine Wehrkraft vierundvierzig Jahre lang in Frieden gedeihen konnte, und daß die Gegner schließlich nur deshalb den Krieg wagten, weil sie überzeugt waren zu siegen, weil sie auf politische und diplomatische Ungeschicklichkeit und Schwäche und im weiteren Verlauf auf Uneinigkeit der Deutschen bauten, und weil sie wußten, daß die Deutschen weit unterlegen sein würden, daß der Deutsche Kaiser ein schwacher Mann war, der auch den günstigsten Moment nicht für einen Krieg benutzen, wohl dagegen in dem ungünstigsten Moment sich in eine unhaltbare und unvorteilhafte Lage und so in den Krieg hineindrängen lassen würde.

Der alte Feldmarschall Moltke hat das bekannte Wort gesprochen: der ewige Friede sei ein Traum und nicht einmal ein schöner; er meinte, der Krieg entwickle die höchsten Eigenschaften des Menschen. Es wird uns heute nach der furchtbaren Erfahrung des Weltkrieges und der Nachkriegszeit nicht möglich sein, einen Krieg der Zukunft als Ziel unserer Wünsche anzusehen. Bismarck seinerseits hat sogar im Wort wie in der Tat vertreten: man dürfe einen sogenannten Vorbeugungskrieg nicht führen, denn der Mensch vermöge nicht der Vorsehung in die Karten zu sehen. Man versteht die ungeheure Verantwortung, die auf dem leitenden Staatsmann liegt. Aber wir müssen uns doch fragen, ob es nicht weiser gewesen wäre, es im Jahre 1905 zum Kriege kommen zu lassen, als Rußland durch den Japanischen Krieg und seine Revolution lahmgelegt, Frankreich nicht bereit und ein deutscher Sieg vollkommen sicher war, anstatt zu warten, bis die große, übermächtig gerüstete Koalition sich selbst den günstigsten Augenblick aussuchen konnte. Genug, man hat es nicht getan.

Heute ist die Lage vollkommen anders, von Grund aus verändert. Richtige Folgerungen aus der heutigen Situation kann man aber nur in Kenntnis und auf Grund der früheren Verhältnisse ableiten. Die seit dem Kriege verflossenen Jahre haben alle Behauptungen und Voraussagen der Pazifisten Lügen gestraft. Deutschland zwar ist entwaffnet, aber die anderen europäischen Länder, Frankreich und seine Vasallen an der Spitze, sind und bleiben bis an die Zähne gerüstet. Sobald eine deutsche Regierung nur die mindeste politische Regung zu selbständigem Handeln sehen läßt, kommen Kriegsdrohungen aus Paris und Warschau. Zwischen ihnen liegt Deutschland, man kann es mit einem Tiefdruckgebiet, umgeben von Hochdruckgebieten, vergleichen. Die anderen, besonders die Festlandmächte denken nicht an Abrüsten. Ein zweideutiger Artikel des Versailler Vertrages deutet an, daß nach der deutschen Abrüstung die anderen Mächte gemeinsam folgen würden.

Seit etwa fünf Jahren beginnt eine Bewegung in der deutschen Bevölkerung, sich von den Illusionen und Vorspiegelungen der Pazifisten allmählich zu befreien. Man glaubt nicht mehr, jedenfalls immer weniger, an die Aufrichtigkeit in der Abrüstungsfrage, und vor allem, man kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß der Frieden durch die deutsche Abrüstung keineswegs gesichert worden ist. Im Gegenteil scheint die Gefahr eines Krieges größer zu werden. Schon längst spricht man, selbst unter den begeisterten Anhängern der Stresemannschen Politik, nicht mehr vom „Geist von Locarno". Nicht minder groß ist die Enttäuschung über den Genfer Völkerbund, dessen Zweck es in erster Linie sein sollte, den Frieden zu erhalten und die Völker abzurüsten. Seit dem Jahre 1930 wird sogar von der politischen Mitte bis zur Linken ernsthaft darüber gesprochen, daß Deutschland aus dem Völkerbunde ausscheiden müsse, wenn dieser nicht bald zum mindesten einen wesentlichen Schritt in der Abrüstung der Mächte tun werde.

Auch in diesem Punkt haben sich die Bedenken und Voraussagen der Nationalsozialisten, der Nationalisten als richtig erwiesen. Damit soll nicht gesagt sein, daß es mit dem Pazifismus in Deutschland zu Ende sei. Das ist keineswegs der Fall. Besonders der sozialdemokratische Marxismus, die Demokratie und weite Kreise von Intellektuellen pflegen ihn weiter und werden es tun, solange sie existieren, denn ihre Auffassung von Internationalismus als höchstes Ziel verbietet die Anerkennung der Notwendigkeit der Wehr und des Wehrgeistes. Höchstens aus Gründen politischer Parteitaktik stellen sich diese Kreise gelegentlich zustimmend in Wehrfragen.

Die deutsche Bewegung, der Nationalsozialismus an der Spitze, bejaht die Wehrfrage nicht allein aus verstandesmäßiger Erkenntnis der Notwendigkeit. Sie geht vielmehr von der Auffassung, von dem Gefühl aus, daß der wehrfähige Mann auch wehrhaft sein müsse, daß das ein Attribut der Männlichkeit sei, und daß folgerichtig dasselbe vom Volke zu gelten habe. Ohne mit dieser Ideologie rechten zu wollen, müssen wir ohne weiteres anerkennen, daß das Leben der Völker und Nationen auf der Erdoberfläche und besonders in Europa nach wie vor durch die Wehrfrage geregelt und entschieden wird. Noch immer gibt es keinen Schiedsgerichtshof, der einen Zustand des Rechts, der Gerechtigkeit und der Billigkeit herbeiführen könnte. Es fehlen solchen internationalen Einrichtungen, mag man an den Haager Gerichtshof oder an den Genfer Völkerbund denken, die beiden unbedingt notwendigen Voraussetzungen: die Vollkommenheit der Unparteilichkeit, die Autorität und Macht zur Durchführung der Entscheidung. Die Göttin unanfechtbarer Gerechtigkeit, gleichzeitig mit unwiderstehlicher Macht ausgerüstet, ist auf dieser Erde nicht zu finden. Keinerlei Wahrscheinlichkeit ist vorhanden, daß sie sich in absehbarer Zeit zeigen werde. Bis dahin wird die Macht über

die Geschicke der Völker entscheiden, nicht das Recht, ganz einerlei, ob die Machtfrage jeweils zwei einzelne Nationen oder zwei Gruppen betrifft. Selbstverständlich sind friedliche Einigungen auch in großen Fragen nicht ausgeschlossen, aber irgendwie, mag es auch indirekt sein, ist der Faktor Macht auch dann immer entscheidend und maßgebend. Macht steht hinter den Fragen des Rechts oder der Politik, des Handels, der Wirtschaft, kurz, beinahe hinter jeder Seite des Völkerdaseins. Denn alle Völker sind schließlich abhängig von der primitiven Frage der Existenz für das lebende Geschlecht und von der Aufgabe, dem nachkommenden Geschlecht Existenzmöglichkeit auf eigenem Boden oder durch den eigenen Boden zu schaffen. Durch die Vermehrung der Menschen und durch den sich steigernden Verkehr wird die Erdoberfläche immer kleiner, der Raum für die Nationen und ihr Leben enger. Wachsende Nationen verlangen Raum, für nicht zunehmende oder sich vermindernde Nationen ist es trotzdem eine Frage des Lebens und der Ehre, das von ihnen eingenommene Gebiet zu behalten. Eine endgültige Verteilung des Bodens gibt es nicht, es ist Lebensrecht und Lebenspflicht eines Volks, soviel Boden zu erwerben, daß es leben kann. Dabei spricht naturgemäß nicht nur die Ausdehnung, sondern auch die Beschaffenheit des Gebiets, des Bodens mit. Nur wo die Raumfrage nicht vorhanden ist, z. B. in Südamerika, sind solche Überlegungen gegenstandslos.

Das deutsche Volk sieht seit 1919 sein Gebiet verstümmelt, auseinandergerissen, es weiß sich wertvollsten landwirtschaftlichen Bodens beraubt, eingepreßt zwischen feindliche Mächte, die vom Gedanken erfüllt sind, die Zerstückelung des Reichs vollständig durchzuführen, sobald ein günstig erscheinender Anlaß dafür kommen wird. Was Frankreich betrifft, so hat Marschall Foch sich verschiedentlich dahin geäußert: für die französisch-deutsche Beziehung gäbe es nur zwei Zukunftsmöglichkeiten: engstes Bündnis unter Frankreichs Führung oder Vernichtungskrieg. Man mag nun der Meinung sein, daß diese großen Fragen sich auch für eine so mächtige Nation wie Frankreich nicht einfach erledigen lassen, aber die Möglichkeit eines derartigen Vorgehens gerade von seiten Frankreichs ist nicht von der Hand zu weisen, und ebensowenig die Tatsache, daß seine Vasallen ihm bei einem solchen Vorgehen gegen Deutschland unbedingt folgen würden. Von entscheidender Bedeutung ist, daß ein blühendes, unabhängiges Deutsches Reich den genannten Mächten unerträglich erscheint, und daß diese Stimmung nicht auf Verhetzung, Unverständnis oder Kriegspsychose beruht, sondern auf einer jahrhundertealten Staatsauffassung und Politik und auf kalter Überlegung. Mag man sich einen Zustand des friedlich-freundlichen Wettbewerbs der Nationen, des uneigennützigen Geltenlassens, der Beseitigung aller Rüstung, des Ausgleichs von Meinungsverschiedenheiten durch Schiedsgerichte als noch so wünschenswert vorstellen — so zwingt all das, was wir erlebt haben und sehen, zur Erkenntnis, daß ein solcher Zustand nicht im Anzuge ist, daß auch keine Anzeichen für sein Herannahen vorhanden sind, und weiter: daß der Weg einer deutschen Abrüstung nicht einmal zu einer irgendwie wesentlichen Rüstungsverminderung der anderen Mächte führt, daß sie den Frieden nicht festigt, sondern aufs höchste gefährdet, daß das deutsche Volk beständig unter der lebensgefährlichen Drohung eines feindlichen Einfalls steht. So sehen wir auch von dieser Seite die Richtigkeit der nationalsozialistischen Stellungnahme in der Rüstungs- bzw. Abrüstungsfrage: so radikale Abrüstung wie möglich, allgemeines Verbot der Angriffswaffen, auf dem Lande, auf und unter dem Wasser und in der Luft, im übrigen die Anerkennung voller deutscher Gleichberechtigung im Vergleich mit den anderen Mächten, die eigene Wehrkraft im Maße des eigenen Schutz- und Sicherheitsbedürfnisses zu steigern und zu halten!

Die deutsche Befreiungsbewegung würde ihren Namen nicht verdienen, wenn sie nicht erkannt hätte, daß mitten in der gerüsteten Welt ohne Wehrkraft die auf ihre Fahne geschriebene Befreiung schon in Gestalt einfacher Selbsterhaltung zu einer Utopie und schließlich zur Phrase wird. Nach so vielen Jahren planmäßiger Verwüstung des nationalen Gefühls im deutschen Volk wird, die äußere Möglichkeit vorausgesetzt, eine erneute Wehrhaftmachung nicht einfach durch Auswerfen der erforderlichen Geldsummen zu erreichen sein. Die gesamte deutsche Freiheitsbewegung hat erkannt, daß in der deutschen Bevölkerung als Allerwichtigstes der Wehrgeist, der Wille, wehrhaft zu werden, geweckt werden muß. Die pazifistische Propaganda in Deutschland will das Entgegengesetzte: die Verweigerung der Heeresfolge, sie versucht, nicht nur die Bevölkerung zu durchdringen, sondern auch die Reichswehr zu zersetzen. Man hat Organisationen mit dem Ziel gebildet, die Deutschen von folgendem zu überzeugen: droht Krieg, so braucht nur der Generalstreik der handarbeitenden Bevölkerung erklärt zu werden und vom stehenden Heere die Weigerung zu kämpfen, dann wird Krieg unmöglich, es wird kein Blut vergossen werden, dann wird die unzerstörbare Grundlage zur allgemeinen Abrüstung und damit zum ewigen Frieden gelegt sein. — Die Wirklichkeit würde ein anderes Bild zeigen, denn Verweigerung der Heerespflicht und Generalstreik würden den deutschen Boden und die deutsche Bevölkerung kampflos den Feinden überliefern. Diese würden ihre Kriegsdienstverweigerer erschießen, ihre Völker denken im gegebenen Augenblick nicht an Generalstreik, der deutsche Untergang würde nicht verhindert, nicht einmal aufgeschoben werden, er würde vollständig vom Feinde ohne Anstrengung und Verluste errungen worden sein.

Im ersten Abschnitt haben wir die Verwirrung der Köpfe und der Herzen durch die Lüge vom „Militarismus" nach verschiedenen Seiten hin beleuchtet. Wer an eine deutsche und freie Zukunft denkt, wird aber nicht außer acht lassen dürfen, daß auch in den Jahrzehnten vor dem Kriege eine starke unmilitärische, ja man kann sagen, antimilitärische Strömung in der deutschen Bevölkerung bestand. Wir finden diese Erscheinung, wenn auch in verschiedenartiger Form, seit Jahrhunderten bei den Deutschen, sie hängt durchweg mit dem Mangel an nationalem Gefühl zusammen und beruht — im besten Fall — auf einer weltfremden Beurteilung der Dinge dieser Welt. Seit Jahrzehnten haben auch die unheilvollen sozialen Verhältnisse eine schlimme Rolle gespielt. Sie rissen Mensch und Boden auseinander, vernichteten dadurch das vaterländische Gefühl ihrer natürlichen Zusammengehörigkeit und ließen das Marxsche Wort: der Handarbeiter habe nichts zu verlieren als seine Ketten, Überzeugung von Millionen deutscher Arbeiter werden. So verflicht sich für den Pionier deutscher Zukunft die Wehraufgabe wieder mit der sozialen Aufgabe. Keine ist ohne die andere zu lösen, auch die soziale nicht, denn sie verlangt und bedingt Sicherheit und Schutz des deutschen Volkes, seines Bodens und seiner Arbeit gegen Gefahren von außen.

Die nationalsozialistische Bewegung, im weitesten Sinne gefaßt, weiß, daß ein wehrkräftiges deutsches Volk nur geschaffen werden kann, wenn der Wehrgedanke lebt und in Geist und Empfinden übergegangen ist. Eine noch so starke äußere Schutzrüstung ist nichts wert, wenn in der Bevölkerung pazifistischer Internationalismus, Sabotage und Haß gegen den vaterländischen Gedanken leben, wenn der Gedanke des Landesverrats weder Abscheu noch Entsetzen, sondern nur Unverständnis und Hohnlachen wachruft. In den ersten zwanziger Jahren wurde der Ausspruch eines französischen Offiziers bekannt: man könne in Deutschland nicht allein jedes militärische Geheimnis erfahren, sondern, und das sei nur in Deutschland so, man brauche nicht einmal etwas dafür zu bezahlen. Ein Engländer erklärte, in Deutschland

gäbe es Millionen von Verrätern. Das war in den Zeiten der Entwaffnung, aber bis in die neueste Zeit hinein findet man in Blättern der Linken landesverräterische Denunziationen, sobald mit Recht oder Unrecht geglaubt wird oder zum Zweck antinationaler Hetze verbreitet werden soll, daß hier oder da Waffen seien oder angefertigt würden, daß man deutscherseits im Auslande irgendwelche Verteidigungsvorbereitungen für eine Kriegsmöglichkeit anbahne oder daß die Organisation „illegaler" Truppen stattfände. Bei einer jeden solchen Denunziation widerhallt die Presse der ganzen Erde, und es heißt: Deutschland bereite, wie 1914, einen Angriffskrieg gegen seine friedlichen Nachbarn vor.

Kaum minder verderblich ist der Standpunkt: es hilft ja doch nichts! Das ist der Ausdruck der Müdigkeit, der gleichgültigen Verzweiflung, die sich in Deutschland so oft dahin auswirkt: nur nichts mehr von irgendwelchen öffentlichen Dingen hören, sich ganz auf die persönlichen Eigenangelegenheiten beschränken und bestenfalls in den Gefilden des Geistes und der Kunst Vergessen oder Erhebung suchen!

Es ist anders heute in Deutschland als vor hundertzwanzig Jahren in den Zeiten deutscher Zersplitterung und Erniedrigung. Damals konnte — übrigens in einem Zeitalter seltener Fruchtbarkeit an Genies und Talenten — auch das zur Nation noch unfähige Deutschland eine Weltleuchte deutscher Kultur sein. Heute sind es nicht zum wenigsten deutsche Kultur und deutscher Geist, die man vernichten will. Sie gelten den Feinden des Deutschtums als die Quelle deutscher Lebenskraft, als das festeste Band deutscher Einheit und als Grundlage des Deutschtums. Wer als Deutscher in deutscher Kultur ein notwendiges und unschätzbares Gut, auch für sich selbst, erblickt, der muß sich sagen: überlassen die Deutschen sich machtpolitisch wehrlos den Feinden, die ihre Lebenskraft als Volk vernichten werden, so können sie vielleicht noch von ihren vorhandenen Kulturschätzen zehren, aber mit einem schöpferischen kulturellen deutschen Eigenleben wird es vorbei sein, die deutsche Kultur wird zu den toten Kulturen gerechnet werden müssen. Auch der Geist wird sterben, der kulturschöpferisch war, und er soll ja sterben nach dem Willen einzelner Mächte wie Frankreich, Belgien und Polen.

Ein Wort wird in Deutschland viel gebraucht: Ideen ließen sich nur durch Ideen bekämpfen. Will man den materialistischen Marxismus bzw. Bolschewismus auch nicht als Idee gelten lassen, so ist er doch ein Gedanke, ein innerer Zustand, der sich der Völker in einer früher nie geahnten Weise bemächtigt und eine Gefahr für die Kultur bildet, wie sie größer nicht gedacht werden kann. Nimmt man an, Deutschland werde in einen Krieg verwickelt, von wehrkräftigen Mächten niedergeschlagen und verheert, so würde die bolschewistische Gefahr, auch geistig, für die Deutschen, jedenfalls für eine große Zahl, zur unwiderstehlichen Gefahr geworden sein. Der bolschewistische Materialismus würde am deutschen Geist nicht mehr genügend Widerstand finden, denn eben dieser Geist hätte ja vorher versagt, als es sich darum handelte, in tief empfundener Volksverbundenheit und in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit den äußeren Schutz zu schaffen, der Lebensbedingung für den deutschen Gedanken, den deutschen Geist und die deutsche Kultur bedeutet. Und eben dieser Geist hätte sich haltlos, schwach, nicht stark noch elastisch durch Deutschbewußtsein den fremden Einflüssen hingegeben, sich von seinem Urquell ablenken lassen.

Das alte deutsche Heer, schrankenlos und oft kritiklos bewundert von den einen, gehaßt und verleumdet von den anderen, ebenso wie die alte allgemeine Dienstpflicht, wie das Offizier- und Unteroffizierkorps, wie die Disziplin, ist heute bei den deutschdenkenden Deutschen dieser umstrittenen Sphäre entrückt. Besonders die deutsche Zukunftsbewegung hat genügend

Abstand gewonnen, um der imposanten Einrichtung des alten Heeres, diesem einzig dastehenden militärischen Organismus, und dem im Heere verkörperten deutschen Wehrgedanken objektig gegenüberzustehen. Die Bewunderung der ungeheuren Leistung im Frieden und im Kriege, die in der Welt nicht ihresgleichen gehabt hat, konnte während des vergangenen Jahrzehnts höchstens noch größer werden. Gerade eine kritische Betrachtung bestätigt die Berechtigung der Bewunderung, um nicht zu sagen, Ehrfurcht. Gleichwohl ist sich die deutsche Bewegung darüber klar, daß eine zukünftige Wehrkraftorganisation in vielem anders sein muß als die alte. Wenn das alte Heer als Volksheer bezeichnet wurde, so hatte das seine Berechtigung, denn es umfaßte in der Tat die Quintessenz der Jugend des ganzen deutschen Volks. Was ihm fehlte, war das gleichmäßige und vollständige Durchdrungensein vom Volksgedanken und Volksgefühl, auch die innere Verbindung mit der Bevölkerung fehlte weitgehend. Das ging in der Hauptsache wieder auf die soziale Spaltung, auf die Klassengegensätze und auf den Kastengeist zurück. So unbedingt wie die Vertreter des kommenden Deutschland von der Notwendigkeit der Disziplin überzeugt und selbst von ihr durchdrungen sind, ebenso klar ist ihnen, daß die Disziplin stärker gepaart sein muß mit menschlichem Verständnis und mit Gemeinsamkeitsgefühl in Welt- und Lebensanschauung, zwischen Vorgesetzten und Untergeordneten, zwischen Führer und Geführten. Das von Gegnern des Heeres gebrauchte Wort vom Kadavergehorsam war eine Verleumdung. Aber es ist nicht zu bestreiten, daß auch die Leistung des Gehorsams in höherem Grade vom Verständnis und dem lebendigen Gefühl, nicht nur Objekt zu sein, durchdrungen sein muß. Auch insofern werden an die künftige deutsche Wehrkraft moralisch noch höhere Anforderungen gestellt werden an Vorgesetzte wie an Untergebene, als es beim alten Heer der Fall war. Das Empfinden des gemeinsamen Volksgenossentums wird beide durchdringen und eine Verbindung schaffen müssen, die weder im Frieden noch im Kriege sich aufzulösen vermag. Mit einem Wort: das Organische des deutschen Wehrkörpers muß noch lebendiger sein als im alten Heere. —

Das neue Deutschland wird ein Deutschland des begeisterten deutschen Willens sein. Dieser Wille ist aber nicht auf Krieg gerichtet. Eine zahlreiche Bevölkerung eines Landes bedeutet noch lange nicht ein großes Volk. Man kann weder den Chinesen noch den Russen noch den Indern diesen Ehrentitel geben, auch nicht den Deutschen. Ein zerrissenes, zerklüftetes, uneinheitliches, von seiner Eigenidee nicht vollständig durchdrungenes Volk kann nie ein „großes Volk" sein. Begriff und Eigenschaft der Größe sind untrennbar von innerer und äußerer Einheit. Die innere ist das Primäre. Wir begegnen wieder der typisch nationalsozialistischen Gedankenverbindung: „Von innen nach außen!" Es handelt sich also um einen Prozeß der Gesundung und des Zusammenwachsens zum Volk im Zeichen des sozialistischen **und** des nationalistischen Gedankens **und** der Idee deutscher Weltanschauung. Wer die Deutschen von heute in ihrer Gesamtheit unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ermißt ohne weiteres, eine wie gewaltige Aufgabe hierin allein enthalten liegt. Denkt man außerdem noch an den ungeheuren Druck, der von außen her auf dem deutschen Volk und allen seinen Lebensumständen und Verhältnissen lastet, so ist klar, daß die deutsche Freiheitsbewegung von Kriegsluft und Eroberungsgedanken weit entfernt ist. Dieses rein innere Ziel der Sammlung und Gesundung zu erreichen, neben der sozialen Umwälzung die geistige Um- und Einschmelzung durchzuführen, beansprucht nicht allein Kraft, sondern auch Zeit. Ist dieses Werk ganz oder annähernd vollführt, so müssen wir heute fragen, wie wird es dann um Deutschlands Stellung in der Welt aussehen? Niemand vermag das jetzt zu sagen, aber zweifellos kann in der Periode der deutschen Umschmelzungsarbeit kriegerische

Bedrängnis die unmittelbare Notwendigkeit erzwingen, den deutschen Boden zu schützen, sei es zur Abwehr von Angriffen, sei es zur Verteidigung deutscher Neutralität. Ohne irgendwelche kriegerische Absichten zu hegen, wird ein nationalsozialistisches Deutschland das Mögliche tun, um das deutsche Volk zur Verteidigung seines Bodens fähig zu machen. Das ist das Hochziel: Ein im ganzen und als Ganzes wehrhaftes deutsches Volk, das seine Unabhängigkeit und seine Lebensinteressen jederzeit schützen kann, weil gerade seine Stärke den Frieden erhält, wenn das nicht möglich ist, durch den Krieg. Wie weit der Krieg oder wie nahe er ist, das kann nur die Zukunft erweisen. Ein wirklich nationalsozialistisches Deutschland wird seinerseits den Frieden wollen. Je stärker Deutschland, desto gesicherter der Frieden! Das ist kein Wunsch, sondern eine Feststellung, der sich ein nüchterner Beurteiler nicht entziehen kann. Die nationalsozialistische Bewegung ist und muß Gegnerin großer und kriegerischer Worte sein. Auch diese Haltung verspricht möglichst schnelle Erreichung des Ziels und entspricht den Anforderungen einer Außenpolitik, die das neue Reich treiben will und treiben muß.

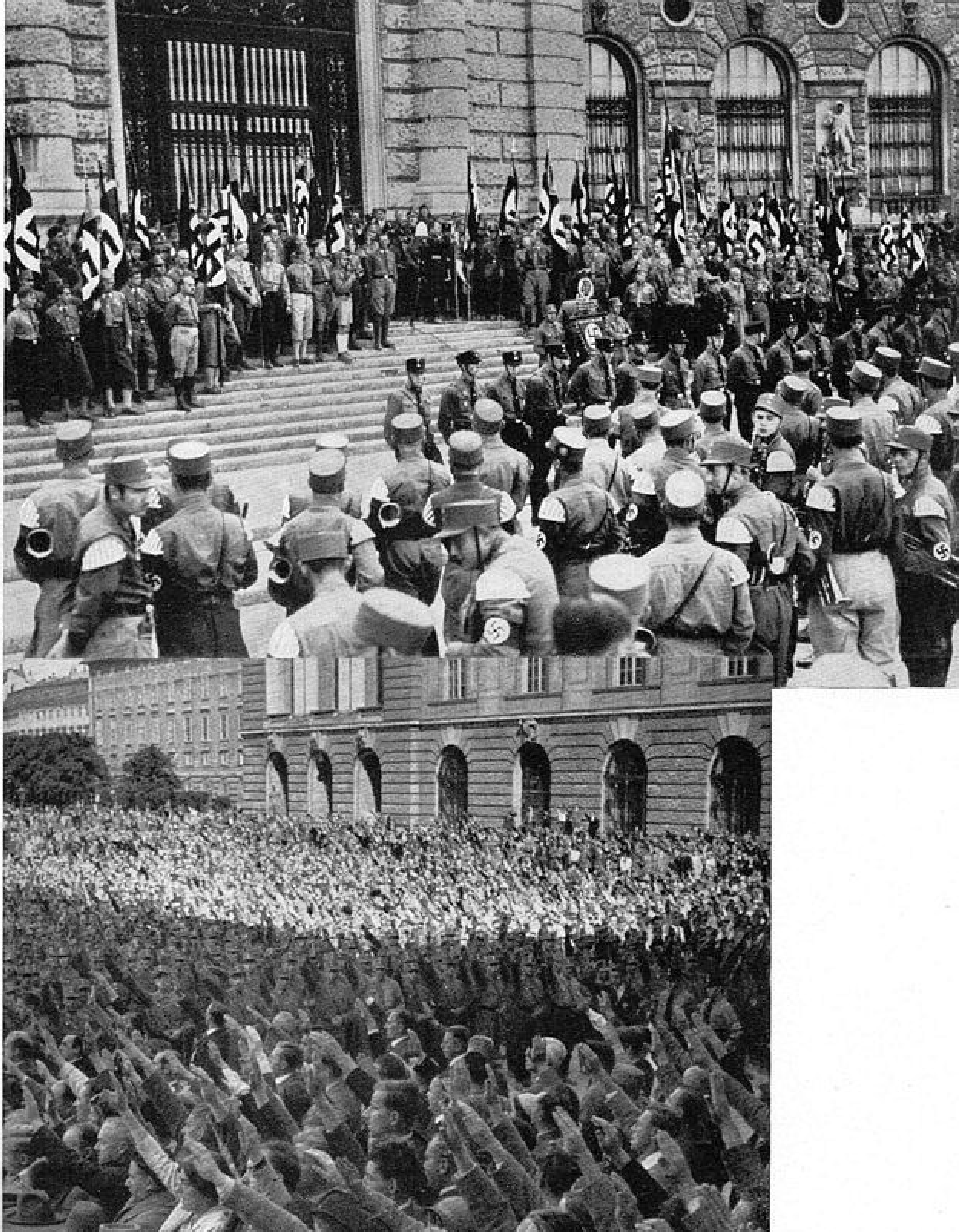
Der Geist baut den Körper

Mißverständnis und Verhetzung mag mit am Werke sein, aber täuschen wir uns darüber nicht, daß die Sinnesrichtungen der Deutschen weit auseinandergehen und daß die Gegensätze nicht nur rein politisch oder wirtschaftlich, sondern viel tiefer begründet sind. Die nationalsozialistische Bewegung weiß, daß diese Gegensätze nur durch die Kraft des deutschen Gedankens — im rassischen Sinn — überwunden werden können. Man könnte einwerfen, diese Gegensätze seien nun einmal da, sie „gehörten mit dazu", und ihre Bekämpfung sei aussichtslos, könne höchstens zu dauerndem Bürgerkrieg führen. Nur Kompromisse vermöchten zum ersehnten Ziel der Einigung zu führen. Die nationalsozialistische Bewegung, ja die gesamte Befreiungsbewegung ist aber in vollem Maße berechtigt, eine andere Stellung für sich in Anspruch zu nehmen als lediglich die eines „extremen Flügels" der Volksmeinung. Man bezeichnet ihre Einstellung als „Radikalismus". Den eigentlichen Sinn dieses Wortes hat man vergessen. Radikal kommt von dem lateinischen Wort: radix, zu deutsch die Wurzel. Lassen wir diesen ursprünglichen Sinn gelten, so ist die Bezeichnung auf die nationalsozialistische Bewegung anwendbar: sie geht tatsächlich auf die Wurzel zurück: a u f d a s V o l k, seinen weltanschaulichen Begriff, auf die Idee Volk und auf die Grundlage des Organismus Volk: den Rassengedanken. Nicht Europa, nicht die Menschheit, sondern das Volk ist die organische Einheit, von Gott und Natur zur Geschlossenheit in sich bestimmt, zu der Aufgabe, seine Eigenschaften, Gaben und Kräfte zur höchstmöglichen Vollkommenheit zu entwickeln. Diese Gesinnung, diesen Willen besitzen nicht allein primitive Völker, Franzosen und Briten haben sie ohne weiteres. In den Deutschen ist der Urquell vielfach verschüttet worden, sie selbst haben fleißig dazu geholfen. Ihn wieder fließen zu machen, ist in erster Linie Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Von ihrem Gelingen hängt schlechthin alles ab, auch jede Möglichkeit eines Dauererfolgs nach außen. Der Weg zur Befreiung und Freiheit Deutschlands und der Deutschen beginnt in der deutschen Seele. Alles, was die nationalsozialistische Bewegung vertritt und verkündet, mag es politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Natur sein, alles führt auf den deutschen Gedanken zurück und steht bewußt in dem Zeichen unbedingter zentraler Einheit. Allem soll, so aufgeschlossen man allem Fremden gegenübersteht, die naturgegebene deutsche Eigenart Richtung geben, alles soll der deutsche Wille beherrschen und durchdringen.

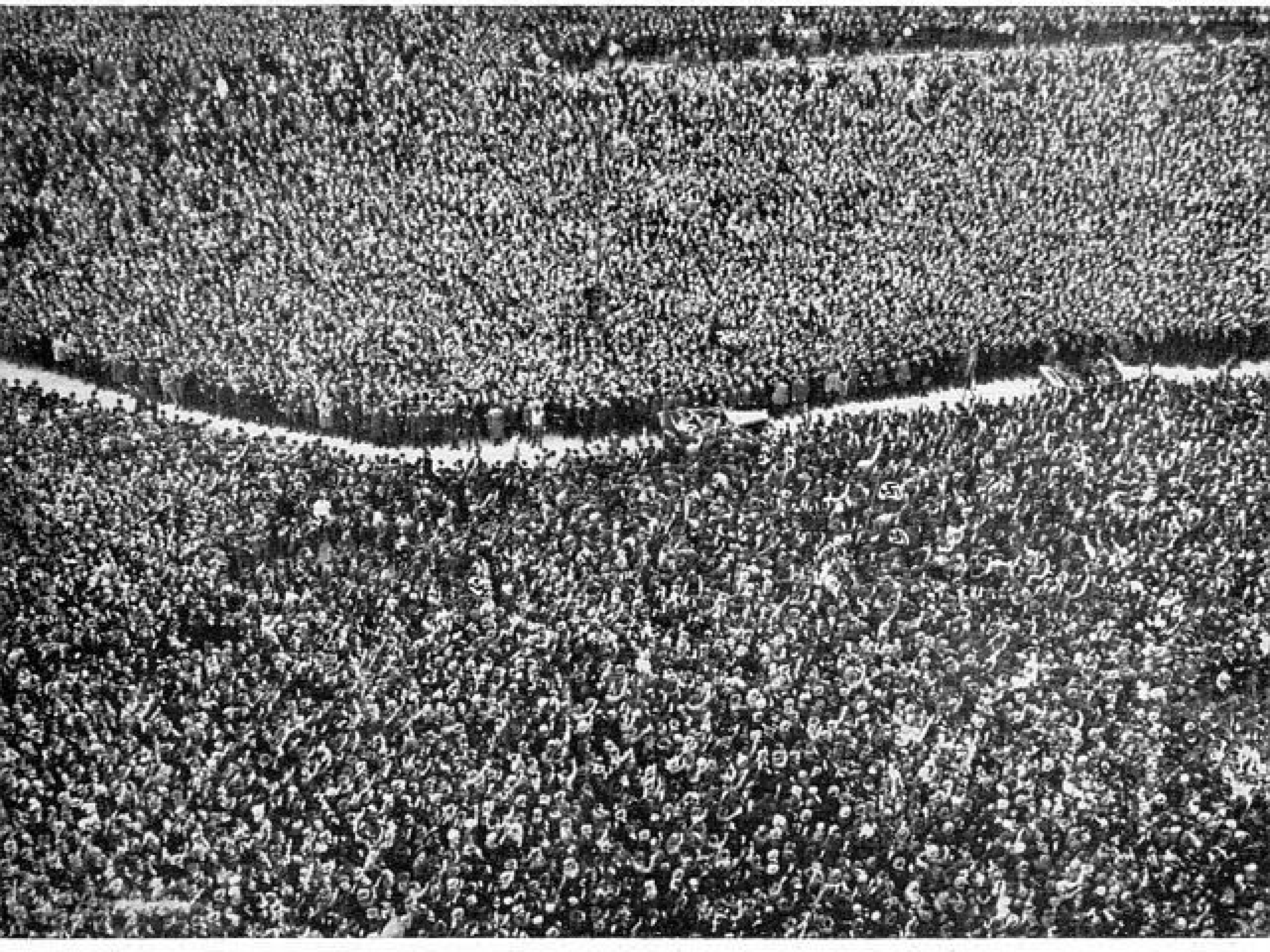
Aus diesen Erwägungen erscheint es also unrichtig und ungerecht, die nationalsozialistische Bewegung, die deutsche Befreiungsbewegung überhaupt, im Sinne des geltenden politischen Sprachgebrauchs als „radikal" oder „extrem" zu bezeichnen. Sie ist und will lediglich das, was anderen Nationen selbstverständlich ist. Nur in einer Bevölkerung wie der deutschen, die Mephisto oft weit „von ihrem Urquell abgezogen" hat, kann man in solch einer

Gesinnung und in dem Willen zur reinen deutschen Einheit etwas Extremistisches, Radikales, Übertriebenes, Unerlaubtes, Reaktionäres erblicken.

Wir sehen die nationalsozialistische Bewegung in die Form der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gefaßt. Sie ist eine politische Partei, die über den Rahmen des Politischen nicht hinausgeht, und, wie wir bei der Erläuterung des Parteiprogramms feststellten, jedem Mitglied seine Anschauungen auf anderen Gebieten läßt. In ihrer Eigenschaft als politische Organisation vertritt sie den Grundsatz, sich nicht in rein weltanschaulichen und religiösen Streit einzumischen und duldet folgerichtig derartiges auch in ihren Reihen nicht. Die betont deutsche Wesensart der Partei hat ihr aber nicht allein den Haß und das Mißtrauen der meisten anderen eingetragen, sondern ist auch in steigendem Grade die Veranlassung geworden, gegen sie inquisitorische Fragen und heftigste Angriffe in weltanschaulicher und religiöser Beziehung zu richten. Deutsche Welt- und Lebensanschauung ist beinahe überall im Entstehen, sogar weit über den Rahmen der Nationalsozialistischen Partei hinaus, verschieden nur in bezug auf das Entwicklungsstadium, verschieden auch nach Form, Gesicht und Namen. Hier scheint es, als ob wieder die jungen Generationen es werden sollen, die, nachdem das Bewußtsein der natürlichen Volksgenossenschaft erst in ihnen erwacht ist, zu Führern werden und dann den Parteiplunder mit allen den angeblichen Weltanschauungen beiseite werfen und nur noch das Wort: deutsch! als verehrungswert anerkennen werden. Wir sagen: es scheint so! Wie es wird, kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen. Denn es handelt sich um Deutsche! Ansätze aber sind unverkennbar, bis hin zum kommunistischen Nachwuchs, dessen beste Elemente seit einigen Jahren nicht selten zum Nationalsozialismus übertreten. Verbreiteten die linken Parteien nicht immer wieder Zweifel und Mißtrauen an der Echtheit des nationalen Sozialismus, so würden die Arbeiter der SPD. und der KPD. in Massen der nationalsozialistischen Bewegung zuströmen, denn ihre Herzen wollen einen deutschen Sozialismus und zweifeln immer mehr daran, daß der Marxismus dahin führen kann. Bei den bürgerlichen Parteien bis einschließlich der Rechten steht es vielfach so: die Älteren bleiben bei ihrer alten Partei, die Kinder, oft auch die Frauen, gehen zum Nationalsozialismus über. Nicht wegen „Interessen", sondern weil der im deutschen Sinne verstandene sozialistische, also volksgenössische Gedanke überall in der Jugend, wenn auch in verschiedenem Maße, zu wachsen scheint, mehr jedenfalls als der alte Gesellschafts- und Standesdünkel und der Kastengeist. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Jugend von heute stärkeres deutsches Boden- und Heimatempfinden hat, durch die Art ihres Lebens auch weit enger mit Natur und Land verbunden ist, weit weniger über den Wert oder Unwert unwichtiger Dinge grübelt, als die skeptische, oberflächliche oder innerlich zerrissene alkoholische Jugend der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Weltkriege, die sich entweder durch eine Unmenge abstrakter Deuteleien zum Vaterlandsbegriff durchrang oder ihn als rückschrittlich und abgetan verwarf. Die junge Generation der Jetztzeit, des Krieges und der Nachkriegszeit ist auch deshalb gegen früher fortgeschritten, weil Bildungsdünkel, Bildungsvorurteil ihr ferner liegt als ihren Vätern. Der deutsche Sturz in die Tiefe hat diese Jugend der verschiedenen Schichten durcheinandergeschüttelt, sie gleicher Not ausgesetzt und vor die gleiche dunkle Zukunft gestellt. Die älteren Generationen der früher herrschenden Schichten glauben beinahe durchweg heute noch, ihnen sei unveränderlich das Führertum von Gottes Gnaden verliehen, wer durch persönliche Fähigkeiten von „unten" zum Führer aufsteige, könne erst für voll gelten, wenn er sich ihrer Atmosphäre angepaßt habe. Das jüngere Geschlecht dagegen fühlt hier doch vielfach anders. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-



Nr. 60. Auch bei unseren Brüdern in Österreich macht die Bewegung große Fortschritte



Nr. 61. Berlin bekennt sich zum Führer der deutschen Erhebung. Lustgarten 1932

partei, geführt von dem dreißigjährigen Adolf Hitler, war von Anfang an die Partei der deutschbewußten Jugend, die sich im Zeichen des nationalen Sozialismus ohne Rücksicht auf Herkunft, Bildung und Berufsstand in der Partei zusammengefunden hat. Und sie, die Jugend, führt. Ältere Jahrgänge an führender Stelle sind Ausnahmen. Solange der Parteigenosse das gilt, was er für den nationalsozialistischen Gedanken wert ist, ohne Hinblick und Rücksicht auf alles andere, solange verkörpert die Partei den volksgenössischen Gedanken im kleinen, ist sie der Mikrokosmus eines kommenden gesamtvaterländischen, volklichen Makrokosmus. So kann man, ohne den anderen deutschwollenden Parteien und Organisationen zu nahe treten, sagen, daß die nationalsozialistische Bewegung zur Führerin des volksgenössischen Deutschland der Zukunft berufen ist, und daß diese Berufung gilt, solange sie in ihrem Nationalismus sozialistisch und in ihrem Sozialismus nationalistisch bleibt, solange sie aus der Tiefe ihrer Seele heraus lebt, will und handelt.

Nicht selten wird der nationalsozialistischen Bewegung zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht klar sage, ob sie monarchistisch oder republikanisch sei. Die Frage ist echt deutsch-doktrinär. Die Aufgabe, Deutschland im Innern und nach außen zu befreien, ist so gewaltig und erfordert eine so restlose Zusammenfassung aller Kräfte, sie ist zeitlich so wenig genau bestimmbar, daß es in der Tat ein rein akademischer Streit wäre, der nur Zersplitterung und damit Schwächung hervorrufen müßte, wenn man die Frage der Staatsform erörtern wollte, solange die anderen großen Fragen ungelöst sind. Um die große und lange dauernde Aktion der Befreiung durchzuführen, bedarf es einer dynamischen Führung und der Vereinigung der gesamten Macht in starken Händen. Nebenbei bemerkt, wie wenig Interesse findet überhaupt noch die Fragestellung: Republik oder Monarchie? in der deutschen Bevölkerung. Die Staatsform ist im Volksbewußtsein ganz in den Hintergrund getreten. Einen reinlichen Staat will man haben, einen Staat ohne „Mehrheitsprinzip" und Geldherrschaft, einen Staat, der nur von Deutschen geleitet wird, nicht von Juden und anderen Ausländern, einen Staat, in dem nicht das Geld herrscht, sondern die Arbeit, einen Staat, in dem der eine Volksgenosse ebenso hoch geachtet wird wie der andere. Über die Form im besonderen braucht sich die deutsche Befreiungsbewegung heute noch keine abschließenden Gedanken zu machen. Ihre Aufgabe eben ist Befreiung und Umwälzung. Wenn nachher die Verhältnisse mit einer gewissen Endgültigkeit stabilisiert werden können, dann wird auch die Frage der Staatsform endgütig zu regeln sein. Warum man das heute nicht schon auf dem Papier tut? Aus dem erwähnten Grunde nicht. Und dann, weil sich zwischen heute und der späteren Stabilisierung Ereignisse und Geschehnisse von einer Größe und Mannigfaltigkeit abspielen, die uns des näheren nur die Zukunft enthüllen kann. Das Wort Republik bedeutet ursprünglich (res: die Sache, und populus: das Volk) Volkssache, die Sache des Volks. Fassen wir es in dem Sinne, so kann und muß jede Staatsform eine Volkssache sein. Für die Zukunft kommt es darauf an, daß das deutsche Volk endlich einmal eine Form für sein Leben und Wirken erhält, die seiner Wesensart entspricht, die in Idee und Verwirklichung von Grund aus deutsch, im tiefsten wie höchsten Sinne deutsche Volkssache ist. Das darf der Bevölkerung nicht aufgezwungen werden, die deutsche Arbeitnehmerschaft wird dabei das entscheidende Wort zu sprechen haben. — —

Der Angehörige der älteren Generation, des Vorkriegsgeschlechts, der die Vergangenheit wissend und tätig miterlebt hat, aber nicht in ihr haftet, sich früher nicht in ihr wohlfühlte, er ist vielleicht der Typ des Deutschen von heute, der am schärfsten empfindet, wie ungeheuer groß der innere Umschwung in Deutschland ist. Natürlich war und ist es in der

Geschichte immer so oder ähnlich gewesen, daß viele nach einem Umsturz das Vergangene „wiederherstellen" möchten. Man kann das begreifen, man kann unter Umständen auch die Motive ehren, wenn sie auch durchaus nicht immer ehrenhaft sind, aber der Wiederherstellungsgedanke an sich ist immer unrichtig, immer utopisch. Wie der griechische Weise sagt: man kann nicht zweimal in denselben Fluß steigen, denn das zweite Mal ist die Stelle des Flusses anders geworden als vorher, andere Wasserteile umspülen mich, anders ist die Atmosphäre, auch ich bin inzwischen ein anderer geworden. Für die aufgewachsene und aufwachsende Jugend ist das monarchische Deutschland des Vorkrieges und des Krieges bereits Geschichte geworden. Es kann für sie kein Hochziel des Kampfstrebens sein. Für diese Jugend ist auch die ältere Generation keineswegs „etwas zum Aufblicken", geschweige denn Autorität. Das soll der Jugend nicht zum Vorwurf gemacht werden. Diejenigen älteren Menschen, welche die Vergangenheit, die ja ihre eigene Vergangenheit ist, lebendig als eignen Wert in sich tragen, nicht von ihr los und nicht über sie hinaus können, werden immer auf das tiefste und trübste von der souveränen Gleichgültigkeit beeindruckt, mit der die heutige deutschbewußte Jugend die Dinge der nahen Vergangenheit behandelt. Sie sind ihr wenig, manchmal weniger als nichts: eine Bitterkeit. Diese Jugend ist auch häufig ungerecht gegen die Vergangenheit, das ist eine Sache für sich, aber doch eine Tatsache, die nicht zu übersehen ist. An manches der ferneren Vergangenheit möchte man aber wohl anknüpfen. Niemals nach seinem Tode ist Friedrich der Große unter den deutschbewußten Deutschen so volkstümlich gewesen wie heute in der Jugend. Man liest wieder Fichte, beschäftigt sich mit dem Freiherrn vom Stein, den Generalen der Befreiungskriege, überhaupt mit der Geschichte Preußens und mit dem preußischen Gedanken; vielleicht da nicht selten zu einseitig, denn, so hoch Preußentum an sich zu werten, so unentbehrlich starker preußischer Einschlag ist: das volksgenössische Deutschland der Zukunft kann es nur als Einschlag brauchen, nicht mehr als Achse. Die Grundlage des neuen Reichs muß geistig und seelisch breiter und in diesem Sinne nicht preußisch, sondern deutsch sein. Der neue deutsche, ja großdeutsche, volksgenössische nationale Sozialismus muß zum Schmelztiegel werden, aus dem der Deutsche der Zukunft geläutert und bereichert hervorgeht.

*

Nicht Gemeinsamkeit politischer Ziele allein kann das zuwege bringen, sondern nur Gemeinsamkeit der Idee und damit des Wesens und der Seele. Um sich zusammenzufinden, müssen die Deutschen sich innerlich zurückfinden zum Urquell des eigenen deutschen Wesens. Aus dieser Tiefe quillt der neue Volksgedanke, der noch nie in solchem Maße Gemeingut der Deutschen wurde, wie jetzt seit dem Kriege. Auf der weiteren Verbreiterung und Vertiefung dieser neuen deutschen Innerlichkeit beruht die deutsche Zukunft.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als solche ist und muß eine politische Partei sein. Die Basis der Bewegung im ganzen ist der deutsche Gedanke und deutsches Artbewußtsein. Dieses Sichbewußtwerden geht weit über die organisierte nationalsozialistische Bewegung hinaus, auch im Drange. „Sich bewußt werden", heißt: „Gott und Welt" mit eigenen deutschen Augen sehen und finden. Dazu bin ich berechtigt von Natur aus. Es ist gottgebotene Pflicht: so bin ich, so muß ich sein! Aus diesen Forderungen ist der Ursprung des Kriegs der römischen Kirche gegen den Nationalsozialismus zum Teil zu erklären. Dieser Krieg ist ein Ereignis von hoher Bedeutung, in seinem Verlauf und in seinen Wirkungen nicht abzusehen. Seit dem Herbst 1930, genauer seit dem großen Wahlerfolge der National-

sozialisten im September, hat die römische Kirche — um kurz früher Gesagtes zu wiederholen — durch Erlasse der hohen Geistlichkeit in Deutschland auf Weisung des Papstes die im Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ihrer Ansicht nach zum Ausdruck gebrachte Weltanschauung als eine „Irrlehre" hingestellt, im besonderen den Artikel 24 des Programms. Im Laufe des Winters 1930/31 verstärkte sich der Druck der Kirche systematisch: auf der einen Seite Verweigerung der Sakramente, sogar der Sterbesakramente an katholische Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, solange nicht der Betreffende gleichzeitig seinen Austritt gelobte, auf der anderen Seite das Verlangen der Kirche an die Parteileitung, also an Adolf Hitler, der Kirche gegenüber Erklärungen abzugeben, die sie befriedigen würden.

Der Plan ist: entweder die Bewegung unter römische Botmäßigkeit zu bringen oder deren katholische Mitglieder von ihr abzusprengen und damit nicht nur ihre Macht und Zukunft erheblich zu verringern bzw. in Frage zu stellen, sondern sie als eine katholikenlose, antikatholische, „neuheidnische" Bewegung zu erklären und als solche zu bekämpfen und so in weiterer Folge die Deutschen, ja Deutschland selbst, in zwei Teile zu zerreißen; im schroffsten Gegenwillen gegen das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung: alle Deutschen ohne Ansehen ihrer kirchlichen Zugehörigkeiten im Zeichen des deutschen Gedankens zu vereinigen. Was bisher geschehen ist, bedeutet die Entfesselung eines wahrhaften Kulturkampfes durch die katholische Kirche, ohne daß sie im mindesten provoziert worden wäre. Das Eigentümliche der Lage veranschaulicht noch krasser die Tatsache, daß die Kirche den Kampf eröffnet, während sie sich selbst organisatorisch in vollem expansivem Vordringen in Deutschland befindet, gestützt auf ihre große politische und geldliche Macht. Die Kirche hatte als Augenblick für den Kampfbeginn den nationalsozialistischen Wahlsieg gewählt. Elf Jahre lang hatte die Kirche keinen Anstoß an irgendeinem Punkte des Parteiprogramms genommen, obgleich die Mitgliederschaft der Nationalsozialistischen Partei gerade in den früheren Jahren weit überwiegend katholisch war. Aber die Bewegung stellte noch keinen großen Machtfaktor dar, die Kirche glaubte an eine bedeutendere Zukunft der Partei nicht. Sobald sie erkannte, daß sie sich darin geirrt hatte, begann sie den Kampf. Sie wird weiter kämpfen und damit, ohne es zu wollen, der nationalsozialistischen Bewegung die Größe ihrer deutschen Sendung noch klarer vor Augen führen.

Ein Erlaß des Kardinal-Erzbischofs Bertram um die Jahreswende 1930/31 gegen die nationalsozialistische Weltanschauung stellte den „unberechtigten" Nationalismus dem „berechtigten" gegenüber, der im Gefühl der Gemeinsamkeit durch Sprache und Geschichte, im Dank an Gott für die besonderen Gaben, die er den Angehörigen einer Nation gegeben habe, bestehe. Der unberechtigte Nationalismus der Nationalsozialisten sei eine maßlose Überhebung über andere Nationen, eine Vergottung der Rasse, die zum Rassenmaterialismus führe in der Ablehnung der übernationalen Autorität des Christentums, im besonderen der Kirche, schließlich bedeute die nationalsozialistische Bewegung eine Überspannung der Staatsautorität gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Kirche an ihre Angehörigen in den verschiedenen Staaten, hier des deutschen Staates, im Falle, daß dieser nationalsozialistisch bestimmt würde. Besonders in dem Artikel 24 erblickt die katholische Kirche eine unberechtigte Überspannung des Nationalismus der Partei und evtl. später des nationalsozialistischen Staats. Sie verwirft eine autoritäre deutsche Ethik, es gäbe nur eine übernationale christliche, katholische Ethik. Die Kirche hat den Kampf nach reiflicher Überlegung begonnen und sich damit offen als einen der mächtigen Gegner, ja als Todfeind, der nationalsozialistischen Be-

wegung bekannt. Die Gegnerschaft der römischen Kirche ausführlich zu werten, geht über den Rahmen dieses Buches hinaus.

Den französischen und den polnischen Nationalismus, um nur diese beiden krassen Beispiele herauszuheben, hat die Kirche niemals angetastet oder auch nur getadelt. Ein Erzbischof, der wie der Erzbischof Bertram von Breslau in solcher Weise gegen den Nationalismus in Frankreich oder Polen aufzutreten versuchte, würde in sehr kurzer Zeit durch die Entrüstung der gesamten Nation aus dem Lande getrieben werden. Aber — in Deutschland ist das für die Kirche etwas anderes. Und in der Tat: etwas anderes ist es auch, weil die Deutschen anders geartet sind, und weil die Kirche in einer freien Entwicklung der seelischen und geistigen deutschen Eigenart etwas ihr Fremdes und Gefährliches erblickt. Sie hält sich nun auch deshalb an die nationalsozialistische Partei, weil ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder katholisch ist, und außer Hitler eine Anzahl der hervorragenden Führer der katholischen Kirche angehören. Hier sieht sie eine besonders günstige Angriffsmöglichkeit. Gelingt es ihr nicht, das ist wohl ihr Plan, sich die Führung der Partei dienstbar zu machen, dann versucht sie, dieselbe zu sprengen, indem sie noch schärfere Druck- und Zwangsmittel gegen die Parteiangehörigen anwendet.

Es liegt auf der Hand, daß die Partei die ihr eigentümliche allgemein deutsche Wesensart, alle christlichen Bekenntnisse, die Deutschkirche, die nordischen und deutschgläubigen Gemeinschaften, religiös unabhängige Persönlichkeiten zu umfassen, aufgeben würde, wenn, um nur den krassesten Fall anzunehmen, alle katholischen Mitglieder ausschieden. Die deutschen Katholiken zum Kampf für die Religion gegen diese „Gottlosen" aufzufordern, diese Position kann die Kirche nicht einnehmen, solange Hunderttausende katholische Deutsche dem Nationalsozialismus angehören. Der seit dem Herbst 1930 von der römischen Kirche mit allen für zweckmäßig gehaltenen Mitteln gemachte Versuch ist gescheitert: kein katholisches Mitglied verließ die nationalsozialistische Partei, dagegen trat eine erhebliche Anzahl, besonders der jüngeren Mitglieder, aus der Kirche aus. Das ist ein sehr bedeutsames Zeichen, wie die Zeit anders geworden ist. Der von der Kirche begonnene Kampf ist in voller Entwicklung. Schon deshalb können wir auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur seine Entfesselung charakterisieren. Um so größer und bedeutsamer ist der Hintergrund des Kampfes, der ein Kampf für bzw. gegen deutsche Kultur, die Freiheit der deutschen Seele und Art ist.

Der seiner Natur nach religionsfeindliche, die Religion verneinende Materialismus und der Nationalismus haben seit Jahrzehnten schon einen großen und wachsenden Teil der deutschen Bevölkerung den christlichen Kirchen, auch der christlichen Religion schlechthin, entfremdet. Die katholische Kirche hat sich kraft ihrer Organisation und ihrer Mittel besser gehalten als die evangelische Kirche, aber auch sie sieht bei sich „das Skelett im eigenen Hause". Die römische Kirche aber weiß, daß der wesentlich politisch gefärbte Materialismus den Massen keine Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses gibt und glaubt, daß sich die Sehnsucht nach Religion gerade in Deutschland früher oder später melden werde. Dann hofft die Kirche, den leeren Platz ausfüllen zu können. Aus diesem Grunde treibt sie ihre kluge, vielleicht überkluge politische Taktik, sie bemächtigt sich ausgesprochen des sozialen Problems, um so auf dem sozialen Gebiet den Massen, die sie einst religiös gewinnen will, von vornherein nahe zu sein. Ob es gelingt oder nicht, bleibe dahingestellt, aber das ist der Plan der Kirche und ihrer Organe in Deutschland.

Als ein ganz anderes und schwierigeres Problem sieht die Kirche die Möglichkeit, daß sich die ihr Entfremdeten oder sich Entfremdenden, denen die Formen und Dogmen nichts

mehr sagen, nicht zur trostlosen dunklen Leere des Materialismus hinwenden, sondern aus eignem innerstem Antrieb ein anderes nicht kirchliches religiöses Ideal in sich aufnehmen. Oder daß diese Katholiken ihrer Kirche treu bleiben, ihre innere Stellung der katholischen Grundlehre gegenüber nicht ändern, aber sagen: wir sind und bleiben deutsche Katholiken, doch wir wollen uns nicht von der Kirche in nationale deutsche Dinge hineinreden lassen, wir verlangen dieselbe Freiheit, wie sie den Polen und Franzosen von der Kirche ohne weiteres zugestanden wird! — Die Kirche weiß, daß seit dem großen Kriege mehr denn je im Deutschen religiöse Kräfte arbeiten und die Sehnsucht nach Religion wach ist. Sie weiß auch, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seit geraumer Zeit nicht als tatsächlich christlich bezeichnet werden kann. Die katholische Kirche weiß schließlich — von der evangelischen gar nicht zu reden —, daß ihre Macht über die Menschen abnimmt. Selbst die oberbayrische Bauersfrau ist nicht mehr unbedingt geneigt, im Priester den Stellvertreter Gottes anzuerkennen und zu glauben, daß er autorisiert sei, ihr und den ihrigen Jenseitsstrafen zuzumessen. Die Kirche weiß das alles, Äußerungen zahlreicher Geistlicher aus dem letzten Jahrfünft bezeugen es, und doch wollen die höchsten Organe der Kirche durch Zwangsmaßnahmen die Macht über die Seelen zurückgewinnen. Jedenfalls wird der Versuch seit Jahr und Tag gemacht und zwar mit Mitteln, die, abgesehen von ihrer Rücksichtslosigkeit, die psychologische Blindheit der Kirche für die Kräfte, die aus der deutschen Seele zu einer deutschen Zukunft drängen, beweisen. Im Frühjahr 1931 riß der katholische Lehrer einem Fortbildungsschüler das Hakenkreuz ab, trotz dessen Einwand, daß doch die Mitglieder des Windthorstbundes, einer katholischen Jugendorganisation, ihr Abzeichen tragen dürften. Der Junge geriet in schweren seelischen Konflikt und erschoß sich zwei Tage später. Man fand ihn mit dem Hakenkreuz auf dem Anzug, in der linken Hand den Rosenkranz. Der katholische Geistliche verweigerte das christliche Begräbnis.

In diesem tragischen Fall liegt etwas Symbolisches. Der deutsche Gedanke ist in der Jugend, die er begeistert hat, so übermächtig, daß sie glaubt, das Leben nicht ertragen zu können, wenn sie den inneren Konflikt, in den sie die Kirche stürzt, nicht lösen kann: das Hakenkreuz auf der Brust, den Rosenkranz in der Hand und in der anderen die Waffe, die dem unerträglichen Zustand ein Ende bereitet hat. Und die Kirche verweigert den katholischen Eltern das kirchliche Begräbnis!

Die römische Kirche sieht im deutschen Nationalismus einen unerträglichen Abbruch ihrer Autorität, nicht im französischen, nicht im polnischen. Sie ahnt es, sie weiß, daß der deutsche Gedanke, soweit er das deutsche Volk beherrscht, dem römischen Kirchengedanken unbedingt fremd ist, und daß sich diese Fremdheit umso gegensätzlicher entwickeln muß, je tiefer und je mächtiger die deutsche Idee die deutsche Seele packt und erwärmt. Gewiß ist auch der Gegensatz zu dem Christentum in Deutschland in Volksteilen zu finden, die materialistisch und ebenso in denen, die idealistisch gerichtet sind. Der Nationalsozialismus ist als Bewegung nicht antichristlich, und die Partei scheidet, wir sahen es, das Religiöse überhaupt aus ihrem Innenleben aus. Bewegung wie Partei — die Bewegung ist das Umfassendere, sie umschließt auch Kreise, die an der Partei manches auszusetzen haben und glauben, daß sie den Gedanken des deutschen Sozialismus nicht mehr rein vertrete — betonen in allen religiösen Fragen und Verschiedenheiten unbedingte natürliche Duldung der Anschauungen anderer. Übrigens ist die Toleranz eine der besten germanisch-deutschen Eigenschaften. Nie kann es in dieser deutschen Bewegung vorkommen, daß einer den anderen darüber zur Rede stellt, wie er innerlich seine Anschauungen oder sein religiöses Bekenntnis mit dem nationalen

Sozialismus und dessen Gesamtanschauung in Übereinstimmung bringt. Das ist eigne Sache jedes einzelnen. Die deutsche Freiheitsbewegung als Ganzes verlangt von jedem einzelnen lediglich, daß er sich vom deutschen Gedanken beherrschen läßt. Alles andere mag er mit sich allein abmachen.

*

Die deutsche Befreiungsbewegung bekämpft die materialistische Weltanschauung, die ihr natürlicher Todfeind ist, wie auch umgekehrt. Die verschiedensten religiösen Anschauungen können auf gemeinsamem Weg dieselben Ziele verfolgen, idealistische und materialistische Anschauungen gehen niemals zusammen, weil sie in allen Lebensäußerungen wie in ihrem Kern Gegensätze sind. Der Internationalismus, das Bekenntnis zum Herrscherrecht des Geldes, der Haß gegen alles Religiöse sind auch Hindernisse auf dem Wege zur deutschen Befreiung und zur inneren Befreiung des Deutschen, die niedergeworfen werden müssen. Stellt sich die Kirche weiterhin der nationalsozialistischen Bewegung entgegen, so führt sie den Kampf gegen eine deutsche Kulturbewegung, wie sie so echt, so urkräftig und so expansiv im deutschen Volk noch nie vorhanden war. Es überschreitet die Aufgabe dieser Schrift, diese Zusammenhänge weiter zu verfolgen. Denker des vorigen Jahrhunderts haben gesagt, die Deutschen könnten ein wirkliches Volk nur auf Grund eines wirklich deutschen Glaubens werden, durch Einigkeit und Einheit in solchem Glauben, in solchen Grundanschauungen, mag die Form des Glaubens auch verschieden bleiben. Ihr unterschätzt die Form und die Größe ihrer Bedeutung! — wird uns solange schon entgegengehalten. Unsere Antwort ist: ihr *überschätzt* sie für den Deutschen, mögt ihr den Mangel an Formsinn als Nachteil, als fehlendes deutsches Selbstgefühl hinstellen, ungleich schlimmer, ja verhängnisvoll ist es, daß sich der Deutsche einreden läßt, er habe nicht genug Form in sich und müsse sich deshalb fremde Form aneignen. Wir aber glauben nicht, daß in Zukunft noch Deutsche gegenseitig ihr Blut um Dinge vergießen werden, die letzten Endes und in tieferem Sinne doch nur Fragen der Form sind; wir glauben, daß solche Zeiten hinter uns liegen.

Jahrhunderte deutscher Geschichte, am Worte des Dichters gemessen, zeigen, daß deutscher Geist sich niemals unabhängig seinen deutschen Körper gebaut hat. Zum erstenmal ist er jetzt dabei, es zu tun. Nicht zum wenigsten deshalb nennen wir die Bewegung, die deutscher Geist immer mächtiger und tiefer entfacht: die deutsche Befreiungsbewegung, die in ihrer äußeren Auswirkung im Zeichen des deutschen Sozialismus steht und stehen wird, ohne den es keine Befreiung, keine Freiheit, kein tiefes ungemischtes Deutschtum und keine Einheit geben kann.

Das neue Deutschland wird nicht mit einemmal, etwa gleich nach dem *politischen* Siege der nationalsozialistischen Bewegung fertig und gerüstet gleich der dem Haupte des Zeus entsprungenen Athene dastehen. Dann wird vielmehr erst ein Leiten und ein Arbeiten auf lange Sicht beginnen und die Entscheidung bringen, ob die neuen Männer ihrer Aufgabe gewachsen sind. Diese Aufgabe ist ungeheuer. Die Deutschen sind keine Romanen, keine Italiener, sie haben nicht den Herdeninstinkt der Lateiner. Es gibt kaum ein Volk, das schwerer zu leiten und zu regieren wäre als die Deutschen, sie sind Individualisten — im guten wie im schlechten Sinne, man wird sie nie nach der Schablone erziehen und leiten können. Bismarck schrieb in einem Brief: „Haben Sie schon einmal einen zufriedenen Deutschen gesehen?" Denken wir daran, daß dieser große Mann, dieser gewaltige, nicht zu brechende, ausdauernde, rücksichtslose Wille seine schwersten und aufreibendsten Kämpfe mit

seinen Landsleuten kämpfen mußte und an ihnen schließlich gescheitert ist, ungeachtet eines Lebens voll unermeßlicher Erfolge nach außen und im Innern. Man pflegt ihm heute eine lange Reihe von „Fehlern" nachzurechnen und zu sagen: alles wäre ganz anders gekommen, hätte Bismarck nicht dieses getan oder jenes unterlassen. Auch das ist echt deutsch, und damit wird es schwerlich anders werden. Andererseits werden auch im neuen Deutschland Fehler gemacht werden, Menschen bleiben Menschen.

Gegenüber solchen Erwägungen gewissenhafter und nüchterner Beurteilung steht die Tatsache, daß niemals die Zeit günstiger für die Schaffung eines neuen Deutschland und eines neuen Deutschen war als die unsrige. Die Fermente grundstürzender Umwälzung, die schon lange vor dem Kriege da waren und wirkten, die zurückführen auf den Anfang des vorigen Jahrhunderts, haben durch den Weltkrieg die Oberfläche der Fäulnis, der Starrheit und Hohlheit überlebter Verhältnisse und Einrichtungen durchbrochen. Die damals führenden Schichten versagten, in Deutschland siegte der antideutsche Gedanke, der Todfeind des Deutschen im Deutschen. Aber die deutsche Seele hat sich mit diesem erschlichenen Siege des Undeutschen nicht abfinden können. Er hat sie nicht vernichtet noch unterdrückt, sondern in die Schranken gerufen. Sie ist von Jahr zu Jahr wacher, erkennender und stärker geworden, und ihr Feuer hat mit wachsender Macht und Schnelligkeit im deutschen Volk um sich gegriffen. Und dieses Feuer hat zum erstenmal seit langer Zeit etwas zu zerstören begonnen, das immer zerstörenswert war, aber unzerstörbar erschien: das tatenlose Sichberuhigen mit den „Verhältnissen", mit den vollzogenen Tatsachen nach der Weise: Es wird alles nicht so schlimm! Nach Regen folgt Sonnenschein! Nur keine Unbesonnenheit! Das Richtige liegt in der Mitte! Der Weg zu deutschem Elend und deutscher Schande ist noch stets mit solchen bequemen und moralischen Sprüchen gepflastert gewesen. Diese deutsche Krankheit ist nicht verschwunden, nicht behoben, aber die alte Ruhe ist doch dahin, und auch der Bürger beginnt allmählich zu fühlen, daß die eigentliche Revolution — von jener unreinlichen Oberflächenerscheinung des November 1918 nicht zu reden — im Gange und im unaufhaltsamen Anschwellen ist. Den internationalen Kräften und Mächten droht, was früher nicht der Fall war, heute eine aus dem Innersten des deutschen Volks hervorwachsende Gegenkraft.

Sie, die internationalen Mächte und Tendenzen, insonderheit die Freimaurerei, das Judentum, die Herrschaft beanspruchende Kirche sind wiederholt hier gestreift worden. Das sorgfältig und im größten Stil organisierte, teils öffentliche, teils heimliche Arbeiten dieser Kräfte hat die „Denaturierung" der Deutschen zum Ziel. Das deutsche Volk ist bei der Schwäche seines nationalen Gefühls und Willens und bei seiner Empfänglichkeit für alles Fremde, für alles „Allgemeine", der Einwirkung der internationalen Mächte besonders ausgesetzt. Sie haben im Laufe des verflossenen Menschenalters unter Benutzung auch der alten deutschen Neigung zur Uneinigkeit das Gefühl und Bewußtsein, ein deutsches Eigenwesen zu sein, getrübt und zersetzt und auch von außen große politische Macht über die Deutschen gewonnen. Es ist eigentümlich, aber eine Tatsache, daß jene Einflüsse der internationalen Kräfte und Mächte nur auf die Deutschen so stark in solchem Sinne wirken, nicht auf andere Nationen, wie z. B. die lateinischen, noch viel weniger auf die Angelsachsen. Dem starken und gesunden Nationalismus haben die internationalen Mächte nichts anhaben können. Der Deutsche dagegen kann sie — es gibt kaum einen passenderen Ausdruck — nicht vertragen, weder den Juden, noch die Maurerei, noch den internationalen Kirchengedanken.

Die deutsche Befreiungsbewegung ist keine Angriffsbewegung gegen die internationalen Mächte. Sie will aber die Deutschen von ihnen befreien, das Deutschtum vor ihnen retten

und von ihnen reinigen. Diese Arbeit ist im wesentlichen eine Arbeit des Erweckens und Sammelns. Das verflossene Jahrzehnt zeigt, wie überall in den Deutschen das Bewußtsein der eigenen Art stärker wird, sich im Empfinden und durch Forschung vertieft und entwickelt. Zum Bewußtsein erwacht, wendet sich das deutsche Empfinden in immer kräftigerer Auflehnung gegen die internationalistischen, überhaupt gegen die fremden Einflüsse. Je mehr es gesundet, desto selbsttätiger scheidet es sie aus. Es kann niemals das Ziel sein, die Deutschen zu einem Sichverschließen gegenüber fremdem Wesen zu erziehen. Er soll die ihm von beinahe allen Völkern am stärksten gegebene Fähigkeit, den Geist anderer Völker und deren Erzeugnisse zu verstehen, weiterentwickeln und zur Bereicherung seines Wesens benutzen. Der Deutsche soll nur innerlich stark genug gemacht werden, um sich nicht selbst dabei zu verlieren. Das ist der Punkt, auf den es ankommt, und von dem schließlich alles abhängt.

Von den internationalen Mächten und Nationen wird den Deutschen immer wieder gesagt, sie möchten sich ihnen, den anderen, doch mehr angleichen, hauptsächlich den „großen Demokratien des Westens". Diese Mahnungen entspringen einmal der Kenntnis der deutschen Schwäche, dann — und das ist das Hauptsächlichste — dem Unverständnis der deutschen Eigenart. Dieses Unverständnis ist im Grunde die Ursache von so vielen in diesem Buche besprochenen Kämpfen, Schwierigkeiten, Rückschlägen, diese Fremdheit dem unmeßbaren und unwägbaren Deutschen gegenüber. Wir sind weit entfernt, den Deutschen als ein annähernd vollkommenes Wesen zu verherrlichen. Uns sind gerade die deutschen Fehler und Mängel stets gegenwärtig, wir empfinden sie aufs tiefste, und nichts liegt uns ferner als Überhebung anderen Völkern gegenüber. Jene Fehler und Schwächen des Deutschen werden aber, das zeigt seine Geschichte, um so größer und abstoßender und um so verderblicher für ihn selbst, je widerstandsloser er fremde Einflüsse auf sich wirken läßt. Umgekehrt kämpft der Deutsche am wirksamsten gegen seine Fehler — er hat sie immer im Bewußtsein, vielfach ohne sie sich eingestehen zu wollen —, wenn er seine deutsche Eigenart entwickelt und zum eigenen Wesen, zum eigenen Grundwesen sich zurückfindet und in ihm seinen Schwerpunkt hat.

Man kann es beklagen oder preisen, die unabänderliche Tatsache besteht, daß der Deutsche unentrinnbar auf seinem Platze und in seinem Raume auf dem europäischen Kontinent von Nationen umgeben ist, die ihn zwischen sich als Fremdkörper, als Hindernis für den eigenen Nationalegoismus empfinden und — behandeln. Nicht anders ist es mit jenen internationalen Kräften, besonders auch auf dem Gebiet des Geistigen und Empfindungsmäßigen. Unaufhörlich ergeht der Ruf, die Lockung, die Drohung, die Erpressung: Deutscher, gib dein Wesen auf, so werden wir dich lieben, so wirst du unser Freund sein, so wirst du den Fortschritt der Menschheit fördern, die Kulturmenschheit bereichern, dem Weltgewissen ein Gegenstand ungemischter Freude sein! In die Wirklichkeit übersetzt, würde das als erste Stufe bedeuten: Finis Germaniae, als zweite Stufe: Finis Germanorum. Werde, was du bist! heißt es für den einzelnen Menschen; nicht minder für das deutsche Volk als Ganzes, Organisches, wie wir es ja auffassen. Die Deutschen sind durch die Natur vor die Aufgabe gestellt: „allen Gewalten zum Trotz sich erhalten". Sie sind nicht dazu da, durch ihr Wesen, nach dem bekannten Wort, die Welt zur Genesung zu bringen, o nein! Die Deutschen sind selbst krank, aber sie können, werden und sollen genesen, indem sie es sich, auch gegen sich selbst, erkämpfen, ihr eigenes Wesen zu leben, es gegen alle Feinde, auch die im eigenen Innern, zu verteidigen und durchzusetzen.

Dieser Kampf, er wird auch nach dem politischen Siege der deutschen Befreiungsbewegung noch lange andauern, entscheidet für unabsehbare Zeit über das äußere und innere

Schicksal Deutschlands und der Deutschen. Selbst wenn man sich vorstellen wollte: die Befreiungsbewegung siegte nicht, ohne allerdings offen zu unterliegen, so würde auch das Niederlage und vernichtende Entscheidung bedeuten. Auf dem Spiel steht also alles. Dem politischen Kampf und Sieg wird ein langer geistiger Kampf folgen, ein nicht minder langer Umformungsprozeß, die Erweckung bewußten Deutschtums überall da, wo es noch schläft, und Verdrängung des Fremden, Schädlichen und Selbstmörderischen. Das ist ein bedeutender, ja der entscheidende Teil der Regierungs- und Erziehungsarbeit im neuen Deutschland. Sie erfordert ebenso eine feste Hand wie überlegene Weisheit und seelenkundliches Wissen um die vielfältige deutsche Eigenart. Jeder Versuch, die Deutschen gleichsam zu typisieren, würde zum Scheitern verurteilt sein, zum Gegenteil des Gewollten führen. Der Deutsche der Zukunft soll an innerem Reichtum nichts verlieren, er kann und wird seine Einheit als Volk zum ersten Male in seiner Geschichte als freies, gerecht gegliedertes Volk in erkennender freier Unterordnung unter den Gedanken des deutschen Volksorganismus finden. Ihn dahin zu leiten und zu erziehen, ist die Aufgabe der Führung, eine Aufgabe, von deren Durchführung es abhängen wird, ob die Geschichte zur deutschen Befreiungsbewegung einst ihr Ja sagen wird.

Durch den Endkampf siegreich ans Ziel

Als die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Herbst 1930 ihren ersten großen Sieg in den Septemberwahlen dieses Jahres erfochten hatte und mit einem Schlage in neunfacher Vervielfachung die zweitgrößte Partei im Lande und die zweitgrößte Fraktion im Reichstag geworden war, ging zunächst ein großes Erschrecken durch die Parteien des Bürgertums und die des Marxismus. Das hatte man nicht erwartet. Was würden nun die Folgen sein, wenn die nationalsozialistische Bewegung noch weiter zunehmen sollte! Vorher herrschte wohl die allgemeine Meinung, daß die Partei stark im Zunehmen war und daß ihre Vertretung im Reichstage mit 12 Abgeordneten ihrer Stärke nicht annähernd entsprach. Aber eine Verneunfachung! — Das konnte doch wohl nicht mit rechten Dingen zugegangen sein! Da war entschieden etwas „Ungesundes" vorhanden, eine, so nannte man es damals, politische Inflation. Unmöglich konnte diese von Dauer sein. Und wie war denn diese große Zahl erreicht worden? Die bürgerlichen und marxistischen Weisen hatten die Antwort bereit: „skrupellos" hatten die Nationalsozialisten Propaganda getrieben und außerdem die immer schlechter werdende wirtschaftliche Lage ausgenutzt. Unerhörterweise gaben sie den alten Parteien die Schuld daran, während doch der verlorene Krieg mit seinen schrecklichen Folgen die eigentliche Ursache war. Die alten Parteien, soweit sie 1919 an der Regierung beteiligt gewesen waren, hatten nicht allein ihr Bestes getan, sondern man war ihnen größten Dank dafür schuldig, daß sie Deutschland so lange gerettet und durch alle Fährnisse hindurchgebracht hatten. Einfach unerhört war es, daß diese Nationalsozialisten sich im Gegensatz dazu an Schmähungen nicht genugtun konnten, an unerhörter Kritik an den alten Parteien, an den Regierungen, ja an dem ganzen System, an dem geheiligten System mit seiner Krönung: der Verfassung von Weimar! Vollends empörend war es, wie der Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Adolf Hitler, durch seine Demagogie das urteilslose Volk entzündete und mit sich riß. Jahrelang hatte man ihm in beinah allen deutschen Ländern verboten zu reden, dann war das Verbot bedauerlicher- und törichterweise aufgehoben worden, und dieser Ausländer, dieser Österreicher, der nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, hatte die Freiheit der Rede wiedererhalten. Natürlich war alles, was dieser ehemalige Anstreicher in den Versammlungen seinen Zuhörern erzählte, nichts als geschwollene hohle Phrasen, unverantwortliche, unbegründete Anklagen und vage Versprechungen für eine von den Nationalsozialisten beherrschte Zukunft in Deutschland. Gerade die Gewissenlosigkeit dieses Volksverführers und seiner Helfer, außerdem der halb militärische Klimbim seiner SA.-Verbände allein waren es, welche die Bevölkerung und hauptsächlich die Jugend so mitgerissen hatten.

So redete man in Deutschland damals von der Linken bis zur Rechten, im eifrigen Bemühen, sich selbst zu beruhigen und zog ungeachtet eines nicht zu beschwichtigenden inneren Unbehagens die Folgerung: der nationalsozialistische Erfolg vom September 1930 sei

eigentlich gar kein „wirklicher" Erfolg, sondern nur ein Schein, der schon sehr bald verblassen und sich unbedingt zu einer katastrophalen Niederlage auswirken werde. Gar bald würde die Bevölkerung dahinterkommen, daß die Nationalsozialisten nichts zu bieten hätten als große Worte; daß sie ganz außerstande wären, irgend etwas von ihren Versprechungen zu verwirklichen, die sie dazu noch entgegengesetzten Interessengruppen und Berufsständen machten: bald den Bauern, bald den Arbeitern. Es sei doch eine Frechheit, die nur von der Dummheit überboten werden könne, daß die Nationalsozialisten behaupteten: die Notwendigkeiten der Arbeiter und der Bauern liefen einander nicht zuwider, die Interessen der Industrie und des Handwerks könnten miteinander verbunden werden, auch die der Industrie und der Landwirtschaft. — Besonders die Arbeiter müßten doch merken, daß nationaler Sozialismus ein Unding sei. Den Gipfel aber bilde die Kriegshetzerei der Nationalsozialisten, die ganz unverblümt Beseitigung des Versailler Vertrages verlangten, die die Beseitigung des Youngplanes forderten. — Kurz, es könne nicht lange dauern, bis die Bevölkerung und insbesondere die Wähler der Nationalsozialisten den törichten Trug durchschauten. Nie habe es eine Partei gegeben, deren Führer kenntnisloser und ahnungsloser den politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten gegenübergestanden hätte. Nun, Gott sei Dank, sei das deutsche Volk in der so heilsamen Erziehung der Weimarer Verfassung genügend politisch gereift, um alle diese elenden und gefährlichen Mätzchen zu durchschauen und dann der nationalsozialistischen Partei den wohlverdienten Fußtritt zu geben. —

Solcher Art war das beinah allgemeine Urteil der anderen Parteien, ja gewöhnlich lautete es noch viel entrüsteter, verächtlicher und vernichtender. Freilich entband solche Selbstbeschwichtigung keineswegs von der unmittelbaren Sorge, wie sich nun die auf 107 Mitglieder mit einem Schlage angestiegene nationalsozialistische Fraktion im Reichstag verhalten werde. Sie hatte immerhin das Bild des Reichstags erheblich geändert und bildete einen neuen schwerwiegenden Faktor, der sämtlichen Parteien schwer „im Magen liegen" mußte, und das von Rechts wegen.

Bevor noch diese Frage akut werden konnte, spielte sich — es ist geschichtlich wertvoll, die Tatsache festzuhalten — folgender Vorgang ab: Als am Abend jenes Wahltages im September die Einzelergebnisse aus den deutschen Ländern den großen Erfolg der Nationalsozialisten anzeigten, begann eine erregte Tätigkeit des Telephons, des Telegraphen und des Kabels von Berlin aus nach allen Ländern. Am anderen Morgen stand folgendes in den ausländischen Zeitungen und wurde nach Berlin zurücktelegraphiert: Der nationalsozialistische Wahlsieg hat prompt furchtbare Wirkungen ausgeübt: in allen großen Städten Deutschlands ist die faschistische Revolution blutig ausgebrochen. Der Verkehr in den Hauptstraßen wird durch Barrikaden unmöglich gemacht, die jüdischen Warenhäuser werden zerstört, Judenpogrome in allen Großstädten; bewaffnete Horden der SA. und der SS. haben raubend und mordend die polnische Grenze überschritten, ein europäischer Konflikt steht damit unmittelbar vor der Tür. — Als Folge dieser Schreckensnachrichten trat an den ausländischen Börsen ein starkes Fallen der deutschen Werte ein, an der Berliner Börse hieß es nach der Wahl: „Deroute". Große Verluste wurden verzeichnet, und im Laufe der nächsten Monate schrieben die Blätter und behaupteten die Reden der Parteien von rechts bis links, schon das Wachsen der nationalsozialistischen Partei habe dem deutschen Volke zwei Milliarden Goldmark gekostet; — welche Katastrophe würde erst eintreten, wenn Hitler mit seiner Partei einmal an die Macht kommen sollte! Das Mißtrauen und die Abneigung der anderen Länder, des gesamten Auslands gegen den Nationalsozialismus seien so groß, daß in solchem

Falle Deutschland tatsächlich in den Abgrund stürzen würde, preisgegeben und verlassen von Allen, der wirtschaftlichen Katastrophe haltlos preisgegeben. Das deutsche Volk würde dann als Auswurf der Völker behandelt werden, Frankreich die Ruhr besetzen, die Polen würden Danzig und Ostpreußen nehmen usw., kurz das Ende des Deutschen Reiches und Volkes! Was war nun eigentlich geschehen? Was bedeutete dies alles? Schon nach wenigen Tagen lag das große Manöver klar vor den Augen aller derer, die sehen wollten:

Jene Nachrichten, die in der Wahlnacht Mitte September 1930 in die Welt hinausgesandt wurden, waren bewußt unwahr und verfolgten einen bestimmten Zweck, vielmehr einen Doppelzweck. Auf der einen Seite kam es darauf an, die öffentliche Meinung des Auslandes gegen die nationalsozialistische Bewegung zu konzentrieren, auf der anderen: ein — möglichst großes Geldgeschäft zu machen. Diejenigen, die in Deutschland jene Lügenalarm-Nachrichten erfanden und versandten, wußten, daß alles auf Unwahrheit beruhte, wußten natürlich auch, daß nach Verlauf einer kurzen Zeit überall bekannt sein würde, daß der nationalsozialistische Wahlsieg keinen Bürgerkrieg, keine Judenpogrome, keinen nationalsozialistischen Einfall in Polen zur Folge hatte. Dieser Teil der Lügen war also nicht auf Dauer berechnet, darum aber nicht weniger zweckvoll, und der Zweck war greifbar genug. Das bewies der Börsensturz jener Tage. Die Lügennachrichten brachten ihn hervor, und sollten ihn hervorbringen. Und weil ihre Erzeuger und Verbreiter das große Baisse-Geschäft an der Börse machen wollten, deshalb verbreiteten sie die Nachricht. Um welche Kreise es sich hierbei gehandelt hat, darauf mag die folgende Tatsache ein Licht werfen: den Septemberwahlen folgte unmittelbar das jüdische Laubhüttenfest, während dessen Dauer der gesetzestreue Jude auch die Börse nicht besucht. Während dieser Tage begannen die tief gefallenen Börsenpapiere wieder zu steigen. Als aber nachher die Juden zur Börse kamen, fielen die Papiere wieder, das Manöver war und ist mithin klar. Auf alle Fälle haben seine Veranstalter ein großes Geldgeschäft dabei gemacht, denn es war ja ausgezeichnet vorbereitet und durchgeführt. Tatsächlich wurde zur Wahrheit, was verbreitet wurde: der 15. November 1930 hatte das deutsche Volk ungefähr zwei Milliarden Goldmark gekostet. Diese waren aber nicht dem Nationalsozialismus zur Last zu legen, sondern den Kreisen und Kräften, deren zweckbewußte Lügen über die Vorgänge in Deutschland die zwei Milliarden Goldmark in die eigenen Taschen hineingebracht hatten.

Ähnliche Manöver der sogenannten Weltfinanz werden gewiß oft gemacht, bleiben aber meistens der Öffentlichkeit verborgen, während in diesem einen Falle die Zusammenhänge ganz klar zutage lagen und recht reizvoll zeigen: „wie es gemacht wird". —

Mit dem zahlenmäßigen Erfolge ist nichts gesagt, so trösteten sich die Gegner der nationalsozialistischen Bewegung weiter: jetzt müssen die Nationalsozialisten zeigen, was sie können! Mit großen Redensarten sei in der nüchternen Reichstagsarbeit nichts zu machen, da zeige sich vielmehr, ob eine Partei Führer besitzt, die Kenntnisse haben und arbeiten können. Man möge überzeugt sein, daß sich die völlige Unfähigkeit der Nationalsozialisten in kürzester Zeit erweisen werde. Das werde dann zugleich das Ende des nationalsozialistischen Aufstieges und den Anfang eines schnellen Niederganges bedeuten. Schon jetzt sei deutlich zu erkennen, daß die nationalsozialistische Welle ihren Gipfelpunkt erreicht habe, aus allen möglichen Anzeichen könne man das mit unbedingter Sicherheit schließen. —

Weiter wurde erzählt, daß damals die katholische Kirche, nachdem sie zehn Jahre lang vom religiösen Standpunkte nichts am Nationalsozialismus auszusetzen gehabt hatte, mit einemmal durch den Mund der Bischöfe auf Veranlassung des Papstes erklärte: laut ihrem

Programm richte sich die nationalsozialistische Bewegung gegen die Kirche und gegen das Christentum, kein katholischer Christ dürfe ihr deshalb angehören, katholischen Mitgliedern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei könnten die Sakramente nicht verabfolgt werden. — Durch diese Maßnahme glaubte die Kirche und ihre politische Vertretung, die Zentrumspartei, die nationalsozialistische Bewegung spalten und sprengen zu können, ihre katholischen Mitglieder zum Austritt aus der Partei zu veranlassen. Nach Jahr und Tag aber konnte festgestellt werden, daß kein einziges katholisches Mitglied der Partei deshalb ausgetreten war, dagegen eine wachsende Menge sich von der Kirche getrennt hatte. Auf die Dauer erwies sich, daß die durch ihre Klugheit und Psychologie weltberühmte Diplomatie des Vatikans sich in diesem Falle verrechnet hatte. Der Schlag, den sie für tödlich gehalten hatte, war fehlgegangen. Vielleicht war es das erstemal, daß der Kirche ein Versuch mißlang, erfolgreich Politik und Religion durch eine große Aktion miteinander zu vermischen. Der Versuch hat bis in die neueste Zeit gedauert und hat kurz nach der Regierungsübernahme durch Adolf Hitler sein Ende gefunden. Es war auch das erstemal, daß die Kirche sich gegen eine große politische Bewegung mit solchen Mitteln gewandt hat. Und darin liegt die geschichtliche Bedeutung dieses Schrittes.

In jener Zeit erwies sich von neuem, was der Nationalsozialismus freilich immer gewußt hatte: auf allen politischen Seiten hat er nur erbitterte Feinde, keine einzige Partei, die mit ihm auch nur sympathisiert hätte. Die Kreise der politischen Rechten wollten dem Nationalsozialismus Daseinsberechtigung nur für den Fall zubilligen, daß er den zweiten Teil seines Namens als nicht vorhanden ansehe, mithin sich politisch, sozial und wirtschaftlich auf den Boden der Deutschnationalen Partei stelle: denn aller Sozialismus sei verderblich, zwischen nationalem und internationalem Sozialismus sei kein Unterschied, Nationalsozialismus und Marxismus seien in ihrer schließlichen Auswirkung dasselbe. Die politische Rechte wie die bürgerliche Mitte hatten die nationalsozialistische Bewegung ebenfalls bis zu den Septemberwahlen 1930 nicht ernst genommen. Da kam das große Erschrecken, zugleich die Befürchtung, der Nationalsozialismus könne in der Folgezeit doch vielleicht auf ihre Kosten gefährlich anwachsen. Die Deutschnationale Volkspartei vertrat öffentlich ständig die Meinung, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Deutschnationale Volkspartei unter allen Umständen zusammengehörten. Man hörte nicht selten ihre Auffassung: die junge nationalsozialistische Partei habe ja nun eine gewaltige Kraftleistung getätigt und einen außerordentlichen Erfolg zu verzeichnen. Sie sei aber sehr jung, könne auf keine langen politischen Erfahrungen zurückblicken wie die Deutschnationale Volkspartei. Auch fehlten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die erfahrenen Männer der Wirtschaft und wirklich führende Köpfe. Wie könne das besser ausgeglichen und harmonischer ausgestaltet werden als durch die Vereinigung der beiden Parteien!

In dieser Partei, auch in der damals noch in beachtlicher Stärke vorhandenen Deutschen Volkspartei begann mit dem Winter 1930 steigende Beunruhigung über die antikapitalistische Haltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Man wußte zwar von vornherein, daß diese Haltung im nationalsozialistischen Programm verankert ist. Nun galten die Bemühungen in erster Linie und mit allen Mitteln dem Ziel, den Nationalsozialismus für den Kapitalismus zu gewinnen und womöglich die gesamte NSDAP. als Hilfstruppe für den Kapitalismus einzuspannen.

Die Linke, Sozialdemokratie und Kommunismus, tobte über den Sieg vom 15. September, glaubte aber einen Trost zu sehen: ihre Wählermassen vom 15. September habe die

NSDAP. viel weniger aus der Arbeiterschaft erhalten als aus den bürgerlichen Parteien. 1930 entsprach diese Behauptung noch bis zu einem gewissen Grade der tatsächlichen Lage, aber nicht annähernd in dem Umfang, wie es behauptet wurde. Die Sozialdemokratische Partei, nach wie vor die stärkste Deutschlands, stand im Herbst 1930 innerhalb ihrer Wählermasser noch auf der Höhe ihres politischen Ansehens. Ihre stärkste Stütze bildeten die Gewerkschaften in ihrer festgefügten Organisation und ihrer tatsächlich erheblichen Macht. Und, wir wollen auch das nicht vergessen: dank der außerordentlichen Disziplin der gesamten organisierten Wählerschaft der Partei. Hier hatte der Nationalsozialismus damals noch nicht eindringen können, und abgesehen von verhältnismäßigen Einzelfällen waren seine Versuche, in diese Front einzubrechen, noch längere Zeit vergeblich. Man konnte und kann sich darüber nicht wundern. Die marxistische Lehre war viele Jahrzehnte lang von Generation zu Generation in die Gefolgschaft der SPD. derart eingedrungen, erfüllte ihre Anschauungen, ihr Denken und ihre politische Praxis in einem solchen Grade, daß sie trotz der katastrophalen Wirkung der sozialdemokratischen Politik und Wirtschaft die marxistische Theorie für die einzige Möglichkeit hielt, daß sie glaubte, alle Mißerfolge und Fehler innen und außen seien nur auf die übermächtigen „Verhältnisse“ zurückzuführen, insbesondere auf den verlorenen Krieg. Die Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei erblickten in ihrer Partei noch immer die eigentliche und einzige Arbeiterpartei, wenn auch lange nicht mehr in dem Grade wie noch im Jahre 1930. Die Kommunistische Partei, die Tochter der sozialdemokratischen, hielt ebenso wie diese, oder tat so als ob sie so dächte, den Nationalsozialismus für eine rein „faschistische“ Partei, für eine bürgerliche, nationale, reaktionäre, auf Unterdrückung des Arbeiters gerichtete Bewegung. Ihren Wählern sagten diese beiden Parteien: die Nationalsozialisten ständen im Dienst und im Solde des Kapitalismus , von Sozialismus sprächen sie nur, um den deutschen Arbeiter zu fangen, seine Stimme für sich zu gewinnen, auf seinem Rücken zur Macht zu gelangen und ihn dann als zweitklassigen Deutschen zur Fronarbeit für den Profit des Kapitalismus zu benutzen. Ein wirkliches Programm habe der Nationalsozialismus nicht, an dessen Stelle vielmehr nur ein paar allgemeine Redensarten; auch Sachkenntnis in sozialen und wirtschaftlichen Dingen sei bei den Nationalsozialisten in keiner Weise vorhanden. Die Kommunisten hatten aber schnell erkannt, daß der Nationalsozialismus ihr Todfeind war. Haß gegen den Nationalsozialismus war schon früher gewesen, aber bei der Kleinheit der NSDAP. hatte man sich in der Regel auf Spott beschränkt. Kleine tätliche Reibereien hatten stattgefunden, schon waren wiederholt Nationalsozialisten der kommunistischen Mordmethode zum Opfer gefallen. Aber erst mit der starken Zunahme der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gab die Leitung der Kommunistischen Partei jene verbrecherische Losung aus, die bis zum Jahre 1933 die furchtbare Reihe von Morden, Verwundungen und Mißhandlungen einleitete, die Losung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“

Auch die nationalsozialistische Bewegung hat im Kommunismus, ja im Marxismus überhaupt, den Todfeind erblickt, der vernichtet werden müsse, bevor das neue Deutschland erstehen könne. Das Ziel: Nieder mit den Novemberverbrechern! Nieder mit dem Marxismus! war schon im Jahre 1919 von Adolf Hitler verkündet worden, und diesen Ruf hat er nie wieder verstummen lassen. Freilich hat die NSDAP. nie daran gedacht, diese Parteien durch Verbrechen zu beseitigen.

Die Lage der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber dieser Mordpraxis war schwierig, nicht allein wegen der Jahre hindurch bestehenden großen Übermacht des kommu-

nistischen Feindes, sondern weil die herrschenden Regierungen, an erster Stelle die sozialdemokratisch zusammengesetzte preußische Regierung, auf der Seite der Kommunisten standen. Der damalige sozialdemokratische Innenminister Severing trat bei jeder Gelegenheit für die Kommunisten ein und tat entschuldigend den berühmten Ausspruch, sie seien politische Kinder. Die preußische und die meisten anderen deutschen Länderregierungen standen den kommunistischen Ausschreitungen gegen die Nationalsozialisten wenn nicht wohlwollend, so doch mit einer schier unbegrenzten Nachsicht gegenüber, die von Unparteilichkeit überaus weit entfernt war. Diese Pflichtwidrigkeit wurde dadurch nicht weniger entschuldbar, daß sie von gemeinsamem, tiefem Haß gegen den Nationalsozialismus durchdrungen und diktiert war. Für die nationalsozialistische Bewegung bedeutete dieses Verhalten der Regierung und der Mehrheitsparteien in den Parlamenten eine große Erschwerung ihrer Tätigkeit und eine dauernde Gefährdung ihrer Existenz als Partei.

*

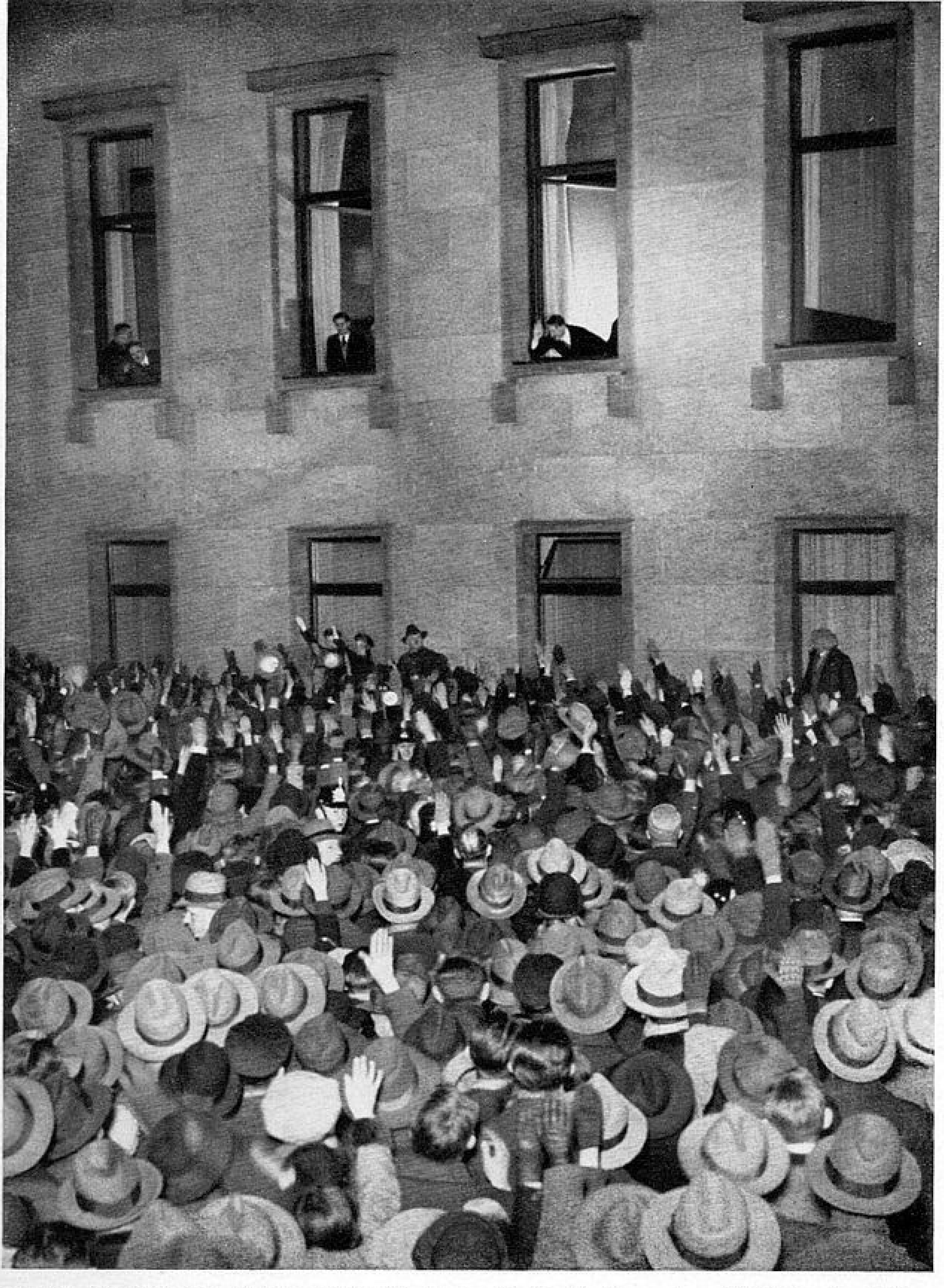
Während die Jahre von 1925 bis zur Mitte des Jahres 1930 noch im Zeichen einer wirtschaftlichen Scheinblüte gestanden hatten, hervorgerufen durch die verderbliche Politik der deutschen Regierungen, ausländische Anleihen in ungeheurer Höhe aufzunehmen, zeigte das Jahr 1930 schon deutlich und drohend die Vorboten schlimmer Dinge. Das Ausland sah kopfschüttelnd die unsolide deutsche Wirtschaftsführung, wurde mißtrauisch, ob es sein Geld wiedererhalten werde und fürchtete schließlich einen allgemeinen deutschen Zusammenbruch, während der gute Michel sich noch in schönen Aufstiegsträumen wohlfühlte. Die politischen Parteien und die Regierung taten, obgleich sie die Voraussicht unbedingt hätten haben müssen, — nichts. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aber hatte die Lage erkannt. Es ist eine geschichtlich wichtige Tatsache, daß im Spätherbst 1930 die mit 107 Mitgliedern in den Reichstag einziehende Partei in dringlichen Anträgen verlangte: sofortige beträchtliche Herabsetzung des Zinsfußes, schwere und entehrende Strafen für Kapitalverschiebung ins Ausland. Außerdem erneuerte sie ihre alte programmatische Forderung, die Großbanken unter die Kontrolle des Staates zu stellen. Wie immer bei solchen Forderungen, wurde die Partei mit Beschimpfungen und Hohn überschüttet, die Regierung und die Mehrheitsparteien, einschließlich der Rechten, lehnten ab — wie immer. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war davon nicht überrascht, sie hatte das als selbstverständlich vorausgesehen, aber sie wollte warnend ihre Pflicht tun, ihrem wirtschaftlichen und vaterländischen Gewissen gemäß handeln. Mehr konnte sie nicht tun. Schon im Sommer 1931 bestätigte sich die Richtigkeit ihrer Haltung und Voraussicht. Damals, im Sommer, erfolgte jener furchtbare finanzielle und wirtschaftliche deutsche Zusammenbruch, die Schalter der großen Banken mußten geschlossen werden. Die großen „Bankherren" flehten den durch ihre und andere Mißwirtschaft verarmten Staat um Hilfe und Rettung an. Geldverkehr und Wirtschaftsleben in Deutschland stockten. Das Ausland drohte, die kurzfristigen Kredite zu kündigen und tat es weitgehend. Frankreich versuchte, in diesem schlimmen Augenblick mit erniedrigenden politischen Forderungen an Deutschland heranzutreten. Der gesamte deutsche Wirtschaftsboden wankte. Das deutsche Volksvermögen erlitt gewaltige Einbußen. Betrieb auf Betrieb verkrachte. Die Erwerbslosigkeit wuchs in das Ungeheure. Kaum konnten die Beamtengehälter noch gezahlt werden. — Diese Ereignisse gehören zu den dunkelsten Zeiten der neuen deutschen Innengeschichte.

Aber was hat die Erinnerung hieran mit dem Aufstieg der NSDAP. zur Macht zu

tun? Die Antwort ist nicht schwer: hätte die damalige deutsche Regierung damals, als die Nationalsozialisten es forderten, die großen Banken unter Aufsicht gestellt, so würde ein so plötzlicher und furchtbarer Zusammenbruch nicht möglich gewesen sein, ja, er wäre überhaupt verhindert worden. Hätte man im Ausgang des Jahres 1930 mit allen Mitteln Kapitalverschiebung ins Ausland verhindert, wie die Nationalsozialisten es verlangten, so würden ungezählte Millionen Mark dem deutschen Volksvermögen nicht verlorengegangen sein. Herabsetzung des Zinsfußes zur rechten Zeit wäre damals viel wirksamer gewesen als dreiviertel Jahr später, nach dem großen Zusammenbruch. Als der Zusammenbruch eingetreten war, wurden die Banken, leider nur zeitweise, unter (halbe) Aufsicht gestellt, wurden schwere Strafen auf Kapitalverschiebung gesetzt, aber beides zu spät. Das ist ein herausgegriffenes Beispiel, es beleuchtet die damaligen Verhältnisse scharf genug. Man braucht nichts weiter hinzuzusetzen.

Das Jahr 1931 verlief für den Nationalsozialismus als eine Zeit der sich immer mehr steigernden Kämpfe und Erfolge. Im Reichstage war die Tätigkeit der Partei nur von kurzer Dauer. Die Mehrheit der Fraktionen und die Regierung hatten dem sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten die Mittel in die Hand gegeben, um die Partei den willkürlichsten Beschränkungen und Zwangsmaßnahmen auszusetzen. Die Absicht war in erster Linie, den Anhängern der NSDAP. im Lande die Auffassung beizubringen, daß das Anwachsen der Fraktion auf 107 Mitglieder gleichwohl ihre Macht im Parlament nicht erhöht habe, noch erhöhen könne. Die Nationalsozialisten waren jedoch nicht gesonnen, sich als Partei minderen Rechtes im Reichstag behandeln zu lassen und beschlossen im Winter 1932, bis auf weiteres nicht mehr an den Sitzungen des Reichstages teilzunehmen. Sie verließen das Haus der unfruchtbaren Verhandlungen und der parlamentarischen Vergewaltigung und behielten sich vor, nach eigenem Ermessen wieder teilzunehmen.

Die katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge in Deutschland nahm ihren Fortgang, die Sünden der vergangenen zwölf Jahre rächten sich, mußten sich weiter rächen. Der Zentrumskanzler Dr. Brüning, an sich ein fähiger Mann, versuchte auf seine Weise durch allerhand Mittel dem Unheil Einhalt zu tun, aber ohne Erfolg. Nur eine vollständige Umwälzung der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik konnte Wandel schaffen, und zwar mußte diese Umwälzung auf ganz bestimmten klaren Grundsätzen und einheitlichen Anschauungen beruhen. Der genannte Zentrumskanzler hatte es durch seine taktische Gewandtheit verstanden, sich von Fall zu Fall Mehrheiten für seine Gesetzesvorschläge zu schaffen. Selbst wenn er aber in allen Fragen, besonders in denen der Wirtschaft, Richtiges gewollt hätte, so hätte er doch zu viele Zugeständnisse von Fall zu Fall den Parteien machen, zu viele Kompromisse schließen müssen, um etwas Großes und Ganzes durchsetzen zu können. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß der Reichskanzler Dr. Brüning besonders auf sozialem Gebiet manches Brauchbare gewollt hat, während er sich auf dem Gebiet der Außenpolitik arg täuschte, besonders im Hinblick auf Frankreich. Es hat heute und im Rahmen unserer Gedankengänge keinen Zweck, auf die Politik und Wirtschaft des Kabinetts Brüning einzugehen. Es ist aber von Wert, festzustellen, daß auch dieser Mann, der wirtschaftlich Einsicht hatte, sozialen Sinn besaß, auch von erheblichem Pflichtbewußtsein war, nicht vorwärtskommen konnte, das Volk aus der Not herauszuführen, nicht imstande war. Er und seine Partei und seine sonstigen Freunde schoben seine Erfolglosigkeit auf die Weltwirtschaftskrisis der damaligen Zeit. In der Tat war diese Krisis vorhanden und erschwerte die Versuche, die deutsche Lage zu bessern, in hohem Maße. Von Deutschland ausgehend, griff diese



Nr. 62. In endlosem Zuge marschiert das erwachende Berlin an dem Volkskanzler Hitler vorbei. 30. Januar 1933

Abb. 63. Der Stärkste der Nation. Die erste Aufnahme Adolf Hitlers als Reichskanzler

Krisis nacheinander auf so gut wie alle Länder über, und deren Krisen wirkten dann wieder auf die deutschen Verhältnisse zurück. Des großen Bank- und Wirtschaftszusammenbruchs im Sommer des Jahres 1931 wurde bereits Erwähnung getan. Der Reichskanzler Brüning ließ sich vom Reichspräsidenten von Hindenburg tief eingreifende Vollmachten geben, um der Widerstände des Reichstages Herr zu werden und in Gestalt von sogenannten Notverordnungen das durchzuführen, was er für erforderlich hielt. Lange Zeit besaß Dr. Brüning auch das volle Vertrauen des Reichspräsidenten, und doch kam er nicht weiter. Die Not der Bevölkerung wurde immer schlimmer, die Zahl der Erwerbslosen nahm trotz aller Anstrengungen zu. Auch der wohlwollendste Beurteiler des Kabinetts Brüning konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß man auf diese Weise nicht vorwärtskommen konnte, sondern sich der wirklichen Katastrophe immer mehr näherte.

Die Ironie des Schicksals wollte, daß der Reichskanzler Dr. Brüning gerade über einen Plan stürzen sollte, der politisch, wirtschaftlich und sozial auf einen richtigen Weg führte: auf dem Gebiete der Siedlung. Das Bedürfnis möglichst umfangreicher Siedlungen, besonders im Osten Deutschlands, war nirgends mehr bestritten. Soviel Land wie nur möglich mußte tunlichst schnell für Siedler bereitgestellt werden. Die Krise der Landwirtschaft und mehr noch: schlechtes Wirtschaften hatten eine große Zahl von Großgrundbesitzen zum Zusammenbruch gebracht, ohne daß eine praktische Möglichkeit bestand, sie durch gesunde Maßnahmen wieder rentabel zu machen. Der Reichskanzler Brüning wollte diese Besitze aufteilen und zu Siedlungszwecken für den kleinen und mittleren Besitz verwenden; ein nach jeder Seite betrachtet richtiger Gedanke. Hier nun empörte sich der große Grundbesitz, die Schichten der Großgrundbesitzer überhaupt, die noch immer in Deutschland gewaltigen Einfluß besaßen, zumal durch ihre Standesgenossen in den Ministerien und nicht zum wenigsten in der Gesellschaft. Den vereinigten Anstrengungen dieser Elemente gelang es, den Reichspräsidenten glauben zu machen, die Maßnahmen des Kanzlers bildeten die Einleitung zu einer allgemeinen „Bolschewisierung" des Besitzes. Ohne diese Fragen im einzelnen übersehen zu können, entzog der Reichspräsident hierauf dem Kanzler sein Vertrauen, Dr. Brüning wurde im Jahre 1932 gestürzt. An seine Stelle trat der zugleich aus der Zentrumspartei ausscheidende Herr von Papen. Als einziges, was Dr. Brüning außenpolitisch positiv für Deutschland erreicht hatte, war es ihm gelungen, die meisten auswärtigen Mächte davon zu überzeugen, daß Deutschland weder damals noch später imstande sei, die Tribute an die früheren Feindmächte, die sogenannten Reparationen, zu bezahlen. Seine außenpolitischen Illusionen hinsichtlich Frankreichs wurden von der NSDAP. aufs schärfste bekämpft. —

*

Das Jahr 1932 verdiente in der politischen Geschichte Deutschlands als das Jahr der Wahlen in Erinnerung zu bleiben.. Es begann mit dem Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten, denn im Jahre 1932 lief die Amtszeit des Präsidenten von Hindenburg ab. Die große Bedeutung dieser Wahl inmitten größten Elends und beständiger Krisen lag auf der Hand. Der Reichskanzler Brüning versuchte, aus dieser Erkenntnis, den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, für den Plan zu gewinnen, daß im Reichstag eine Mehrheit zustande käme, die die Amtsdauer Hindenburgs um sieben Jahre verlängerte, „um der Bevölkerung den Wahlkampf zu ersparen".

Es waren sehr starke Einflüsse, die auf den Führer der nationalsozialistischen Bewegung einzuwirken versuchten. Kein Zweifel, daß Adolf Hitler, hätte er zugestimmt, nachher in einer

Regierung Brüning eine entsprechende einflußreiche Rolle gespielt haben würde, kein Zweifel auch, daß die Bedrückungen und Bedrängungen der nationalsozialistischen Bewegung, wenn sie noch nicht aufgehört hätten, sie doch bedeutend geringer geworden wären. Der größte Teil der gegnerischen politischen Parteien, am lautesten die Regierung, würden Adolf Hitler als weitblickend gepriesen und es ihm besonders hoch angerechnet haben, daß er sich hiermit zur „Volks- und Schicksalsgemeinschaft", sich zu „gemeinsamem Aufbau" unter Hintansetzung persönlichen Ehrgeizes bekannt habe. Adolf Hitler sagte nein und zwang damit die Regierung, den Wahlkampf anzuberaumen. Der Reichspräsident von Hindenburg hatte sich der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber ausnahmslos ablehnend gezeigt, er hatte Regierungen berufen und geduldet, die dem nationalsozialistischen Gedanken ganz ablehnend und feindlich gegenüberstanden — es war folgerichtig eine Umöglichkeit, daß der Nationalsozialismus Hindenburg seine Stimme geben konnte.

Für die nationalsozialistische Bewegung bedeutete es eine Selbstverständlichkeit, ihren Führer Adolf Hitler als Kandidaten für den Reichspräsidentenposten aufzustellen. Man wußte überdies, daß seit dem Herbst 1930 die nationalsozialistische Bewegung in verstärktem Tempo weitergewachsen war. In Deutschland, gleichermaßen im Auslande galt der Nationalsozialismus als die kommende Macht. Er war es sich selbst schuldig, jede Möglichkeit, sich seinem Ziel zu nähern, zu ergreifen und mit allen Kräften, ohne Kompromisse einzugehen, auszunutzen. Persönliche Rücksichten auf den Reichspräsidenten kamen um so weniger in Frage, als er der nationalsozialistischen Bewegung gegenüber bisher eine gewisse Abneigung gezeigt hatte, irregeführt durch verleumderische Einflüsterungen. Von politisch-geschichtlichem Interesse bleibt die damalige Gruppierung der Wählerschaft. Für den Reichspräsidenten von Hindenburg traten die Mittelparteien ein und die Sozialdemokratie. Für den Kommunisten Thälmann seine Partei. Adolf Hitler wurde von der NSDAP. aufgestellt, während die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm als Zählkandidaten den Vorsitzenden des Stahlhelms, Duesterberg, aufstellten. Die um Mitte März 1932 erfolgende Wahl ergab für Hindenburg 18,6 Millionen, für Hitler 11,3 Millionen Stimmen; Duesterberg erhielt nicht mehr als 2,5, Thälmann ungefähr 5 Millionen Stimmen. Ein zweiter Wahlgang mußte folgen, weil Hindenburg nicht die absolute Majorität erreicht hatte. Am 10. April ergab die zweite Wahl den Sieg Hindenburgs, wie von vornherein zu erwarten gewesen war. Er erhielt reichlich 19 Millionen Stimmen, Adolf Hitler 13,4 Millionen Stimmen. So war das nationalsozialistische Ziel dieses Mal noch nicht erreicht worden. Die Wahl aber hatte eines festgestellt: noch nie vorher hatte der Führer einer Partei oder einer Bewegung einen so großen Teil der deutschen Bevölkerung auf sich vereinigen können. Das Wahlresultat bewies, daß seit dem 15. November 1930 die Wählerschaft der NSDAP. von reichlich 6 Millionen auf 13,4 Millionen gewachsen war, also sich mehr als verdoppelt hatte. Auch das stand ohne Beispiel in der politischen Geschichte Deutschlands da und bewies immer weiteren deutschen Kreisen, daß dem Nationalsozialismus die Zukunft gehöre.

Kurz nachher fanden Landtagswahlen für Preußen statt und ihr Ergebnis bestätigte das durch die Präsidentenwahl festgestellte Ergebnis des Nationalsozialismus. Im preußischen Landtage erhielten die Nationalsozialisten 162 Mandate, während sie vorher nicht einmal deren 10 besessen hatten. Die preußische Regierung, seit 1919 durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun und Severing im Verein mit Zentrum und Demokraten regiert, hatte bis dahin unter Anwendung aller Mittel Neuwahlen zu verhindern gewußt. Ihnen war das alte Wort Bebels immer gegenwärtig: „Haben wir Preußen, so

haben wir alles." Sie ergänzten wohl stillschweigend für sich das Wort weiter: „Haben wir Preußen nicht mehr, so haben wir überhaupt nichts mehr." Trotz ihrer vernichtenden Wahlniederlage hielt die preußische Regierung im Gegensatz zu Recht und Gesetz ihre Stellung inne, immer noch hoffend, es könne eine Änderung in der Volksstimmung eintreten oder sonst irgendwie gelingen, über den Nationalsozialismus Herr zu werden. Und in der Tat, an Versuchen fehlte es nicht:

Die SA. und die SS. (Sturm-Abteilungen und Schutz-Staffeln) Adolfs Hitlers erregten immer mehr die Besorgnis und den Haß der anderen Parteien und der Regierungen. Kaum ein Tag verging während des Jahres 1932, daß nicht der „Vorwärts" und ungezählte andere Blätter entrüstet forderten: Hitlers „Privatarmee" müsse verschwinden, ihr Vorhandensein sei eine Ungeheuerlichkeit und eine Gefahr für die Republik, um so mehr, als sie nur das Werkzeug für die Durchführung der von Hitler geplanten gewaltsamen und blutigen Revolution bedeute. Noch im Frühjahr 1932 erfolgte ein Verbot dieser Organisationen, obgleich die zahlreichen Haussuchungen in Geschäftsstellen der SA. und SS. nichts Belastendes ergeben hatten, weder Hochverrat noch Landesverrat, noch gesetzwidrige Vorbereitungen. Das SA.-Verbot vermochte nichts zu erreichen und hat während seiner Dauer nichts erreicht. Man konnte wohl die Geschäftsstellen zuschließen, die braunen Hemden und die Abzeichen verbieten, aber der Geist war nicht zu töten, und die von Adolf Hitler und seinen Mitarbeitern geschaffene Organisation war viel zu fest und lebensvoll, als daß sie durch Verbot und Verfolgung hätte vernichtet werden können. Allerdings waren auch die Bankkonten und sonstigen Mittel durch die Regierung gesperrt und beschlagnahmt worden, und das fiel bei dem allgemeinen und wachsenden Elend sehr erschwerend ins Gewicht, aber die SA.-Männer ertrugen es mit ungebeugtem Mut und ließen sich auch durch die schwersten Entbehrungen nicht niederdrücken, in der festen Zuversicht, daß man trotz allem zum Ziel und damit zum Dritten Reich gelangen werde.

Die Gegner der Nationalsozialistischen Bewegung hatten immer begriffen, daß man ihr von Staats wegen nur beikommen konnte durch den Nachweis, daß sie versuche oder vorbereite, auf ungesetzlichem oder widergesetzlichem Wege und durch Verletzung der bestehenden Verfassung an die Macht zu gelangen. Ungezählte Prozesse sollten das beweisen. In einem Prozeß beschwor Adolf Hitler die Legalität, die Gesetzlichkeit seiner Bewegung und deren Ziele. Nicht allein dieser Eid, sondern ebenso die immer wiederholte Versicherung der nationalsozialistischen Presse: man denke nicht an illegale Handlungen, wurden in allen anderen politischen Richtungen Deutschlands mit schlecht verhehltem Ärger besprochen. Meist bezweifelte man die Aufrichtigkeit solcher Versicherungen, während manche radikal nationalsozialistische Richtungen, die nicht zur Partei gehörten, daran Anstoß nahmen mit der Begründung: der nationalsozialistische Staat sei nur durch eine auf Zerstörung des bestehenden Staates gerichtete revolutionäre Bewegung zu erreichen, also nur auf illegalem Wege. Auf der Linken dagegen deutete man an: Hitler habe einen Meineid geschworen, als er die Legalität seiner Bewegung behauptete — einen Meineid, der ihm einmal teuer zu stehen kommen werde. Es ist vielleicht nicht unnütz, wenn wir es als geschichtliche Tatsache feststellen, daß Adolf Hitler tatsächlich immer entschlossen war, seine Bewegung ohne Verletzung der Gesetze und Verfassung zur Macht zu bringen. 1923 hatte Adolf Hitler den Versuch gemacht, die deutsche Revolution auf dem Wege der Gewalt, des bewaffneten Putsches, in Fluß zu bringen. Der Versuch war gescheitert und mußte scheitern. Als Hitler reichlich ein Jahr später aus der Festungshaft entlassen wurde, hatte ihn diese Erfahrung gelehrt, die

Machtmittel, die dem Reich und den Ländern gegen ihn zur Verfügung standen, richtig einzuschätzen. Er hatte begriffen, daß für die Zukunft, soweit sie zu übersehen war, die nationalsozialistische Bewegung in ihrer Taktik sich den übermächtigen Verhältnissen anpassen mußte, daß sie sich gezwungen sah, aus der Not eine Tugend zu machen und zu versuchen, unter Innehaltung des gesetzlichen und verfassungsmäßigen Weges das Höchstmögliche zu erreichen und sich die verfassungsmäßig gegebenen Mittel zunutze zu machen. Es sind zeitweise auch innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung, besonders bei den jüngeren Elementen, Zweifel an der Richtigkeit dieser Methode Hitlers aufgetaucht. Gerade darin aber, daß er selbst, der ungestüme, leidenschaftliche Mann des Putsches von 1923, es über sich gewann, jeder Versuchung eines Gewaltunternehmens zu widerstehen, zeigt sich sein Tatsachensinn und die Fähigkeit, aus der Erfahrung zu lernen und die Leidenschaft des Willens, die ihn immer ganz erfüllt hat, in den Dienst einer weitblickenden Überlegung zu stellen. Blicken wir heute auf die langen Jahre dieser staatsmännischen Selbstzucht zurück, so scheint es nach dem großen Enderfolge des März 1933 „ganz natürlich", daß Hitler nicht anders, sondern daß er gerade so gehandelt hat. Aber vorher hatte für manchen, der in der Bewegung stand, die Sache ein anderes Gesicht. Gerade das Jahr 1932 stellte die Besonnenheit der Partei bisweilen auf harte Proben, und viele mögen sich gefragt haben, ob dieser Weg der Legalität denn nun wirklich der richtige sei, ob überhaupt eine praktische Möglichkeit für Hitler bestehe, mit seiner Bewegung die Macht im Staate zu erlangen. Wer aber nüchtern dachte und urteilte, bewunderte gerade in diesem Punkt Weitblick und Selbstbeherrschung Adolf Hitlers.

Im Frühsommer 1932 wurde der Reichskanzler Brüning gestürzt. Seine Regierung hatte immer mehr an Halt verloren, und sogar ihre Hauptstütze im Reichstage: die Sozialdemokratie wurde unsicher, weil ihre eigenen Anhänger an der Unterstützung des Kabinetts Brüning Anstoß nahmen. Auf der anderen Seite wuchs beständig die Wucht des nationalsozialistischen Angriffs, und schließlich nahm das allgemeine Wirtschaftselend weiter zu, und die scharfen bedrückenden Notverordnungen Brünings zeitigten keinen fühlbaren Erfolg. Dazu kam entscheidend jene Aktion selbstsüchtiger Großgrundbesitzer, von der bereits gesprochen wurde. Der an die Stelle Brünings tretende neue Reichskanzler, von Papen, ein reicher Industrieller des Westens und früherer Offizier, war der Mann des persönlichen Vertrauens des Reichspräsidenten, der Schwerindustrie, der Banken, des Großagrariertums und jener anspruchsvollen Schicht, die sich im „Herrenklub" organisiert hatte. Höchst redegewandt und beweglichen Geistes, dem Zentrum bitter verfeindet, weil er der Nachfolger Brünings war und wahrscheinlich zu dessen Sturz beigetragen hatte, konnte er nur auf die kleine Deutschnationale Volkspartei im Reichstage zählen. Sein eifriges Bestreben ging darauf aus, die nationalsozialistische Bewegung für sich und seine Politik und Wirtschaft zu gewinnen, obgleich, wie gesagt, seine staatspolitischen und wirtschaftlichen Ziele weit von den nationalsozialistischen abwichen, zum Teil ihnen in ihrem kapitalistischen Wesen schroff entgegenstanden. Der Reichskanzler von Papen erreichte damals von Adolf Hitler lediglich, daß die NSDAP. ihm nicht unmittelbar als Gegner gegenübertrat. Der Reichskanzler hielt es für geboten, dafür das Verbot der SA. und der SS. wieder aufzuheben, außerdem den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen.

Um die gleiche Zeit machte Herr von Papen der sozialdemokratischen Herrschaft in Preußen ein Ende, indem er die Braun, Severing usw. kurzerhand unter Androhung von Gewalt ihrer Ämter enthob, einen Reichskommissar einsetzte und überall in die preußische Verwaltung anstatt linksstehender Politiker Deutschnationale, nicht etwa Nationalsozialisten,

einsetzte. Vor den Neuwahlen hatte der Reichskanzler durch Notverordnung eine Anzahl Steuern eingeführt, die gerade die ärmste Bevölkerung in hohem Grade belasteten. Die linken Parteien behaupteten in ihrer Wahlpropaganda, daran seien die Nationalsozialisten schuld, und die Regierung ließ es bei diesem Glauben. Es entwickelte sich ein Wahlkampf von unerhörter Schärfe, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ging aus ihm (Juli 1932) mit 230 Reichstagsmandaten hervor, trotzdem zweifelsohne Millionen Wähler durch jene verlogene Wahlpropaganda abgeschreckt worden waren. Trotzdem war der Erfolg ein gewaltiger: anstatt 107 schickte jetzt die NSDAP. 230 Abgeordnete in den Reichstag. Allerdings, das eigentliche Ziel: die Mehrheit im Reichsparlament zu erringen, wurde damit nicht erreicht und so auch nicht ein Zustand, der wirkliche Entscheidung gebracht hätte: die Übernahme der Staatsführung durch Adolf Hitler. Rein sachlich gesehen, wäre es freilich nach jenen Juliwahlen selbstverständlich gewesen, schon damals Adolf Hitler zum Reichskanzler zu machen, denn wie sollten und wie konnten auf längere Dauer und noch dazu unter den ständig schwieriger werdenden Verhältnissen Kanzler regieren, die überhaupt keinen beachtlichen Teil der deutschen Bevölkerung hinter sich hatten, weder im Reichstag noch sonst? Abgesehen von Vertrauen und dem Wohlwollen des Reichspräsidenten und kleinen aber leider mächtigen Interessentengruppen, hatte die Regierung Papen keine Stütze und im Volke überhaupt keinerlei Grundlage; im Reichstage, wie gesagt, außer der deutschnationalen Volkspartei lediglich Gegner. Man begriff in Berlin auch, daß dieser Zustand unnatürlich und nicht weniger unstabil war, eine Pyramide, die auf ihrer Spitze balanciert, aber: gegen die Reichsführerschaft durch Adolf Hitler sträubte man sich aufs äußerste. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg war suggeriert worden, Hitler sei ganz „unmöglich", der alte Feldmarschall mag auch Vorurteile gegen den Mann empfunden haben, der nach seiner Herkunft und in seinem Wesen von ihm so sehr verschieden war. Es mußte aber etwas geschehen, die Stimmung in der Bevölkerung verschlechterte sich weiter, die Haltung der Kommunistischen Partei wurde mit ihrem Wachsen immer bedrohlicher, mit der Außenpolitik kam man nicht vorwärts, denn, wie die Auslandspresse mit Recht bemerkte: es war ja bedenklich, mit einer Regierung, einem Kanzler internationale Verträge abzuschließen, der sich nur auf einen geradezu verschwindend kleinen Teil der Bevölkerung berufen und stützen konnte, während auf der anderen Seite der nationalsozialistische Führer mit seiner gewaltigen Volksbewegung stand.

Nach der Wahl verhandelten Organe der Regierung mit Hitlers Beauftragten, und schließlich boten Reichspräsident und Kanzler ihm den Posten als Vizekanzler an und ein paar — nicht einmal die wichtigsten — Ministerposten für nationalsozialistische Persönlichkeiten. Es kam jener Julitag, als Adolf Hitler zum Reichspräsidenten gerufen wurde und das Anerbieten ablehnte. Er vertrat den Standpunkt, daß er nur die Führung des Kabinetts übernehmen könne, daß er sich und der von ihm geschaffenen Bewegung und der Aufgabe, die er sich gesetzt hatte schuldig sei, jeden anderen Posten auszuschlagen. Sein Standpunkt war fest und folgerichtig, und die Zukunft hat bewiesen, daß Adolf Hitler damit im Recht war, richtig gesehen und geurteilt hatte, daß er weiter geblickt hatte als viele andere. Die nächste Folge jenes, wie man damals vielfach glaubte, geschichtlichen Vorgangs war der sich verschärfende Kampf der NSDAP. gegen das Kabinett Papen, gegen das „Kabinett der Barone", das in der Tat reaktionär genug zusammengesetzt war. Als im Hochsommer 1932 der Reichstag zusammentrat, beanspruchte die NSDAP. für sich die bisher von einem Sozialdemokraten innegehabte einflußreiche Stellung des Präsidenten des Reichstages. Sie

erhielt sie: der spätere Minister Göring wurde Reichstagspräsident. Der Reichskanzler von Papen sah, daß er angesichts der parlamentarischen und sonstigen Verhältnisse keinerlei Aussicht hatte, mit diesem Reichstage auch nur einen Tag regieren zu können, weil alle Fraktionen, außer den Deutschnationalen, sein Kabinett stürzen wollten; und was dann? Nachdem er die vollständige Unhaltbarkeit der Lage dem Reichspräsidenten vorgestellt hatte, gab ihm dieser die Erlaubnis, den Reichstag sofort wieder aufzulösen und Neuwahlen stattfinden zu lassen. So geschah es, und die Neuwahlen wurden für den November 1932 festgesetzt. Wiederum entspann sich ein Wahlkampf von höchster Heftigkeit.

Das Resultat ergab einen beträchtlichen Verlust für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die Zahl ihrer Reichstagsmandate fiel von 230 auf 197. Noch immer blieb sie die weitaus stärkste Fraktion des Reichstages, aber einmal war der Verlust an sich empfindlich, und außerdem schien sich hiermit eine rückläufige Bewegung innerhalb des Nationalsozialismus kundzutun. Schon vor den Novemberwahlen hatten hier und da in Deutschland lokale Wahlen auf ein solches Ergebnis vorbereitet. In der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei war man nicht überrascht. Die Ursachen waren verschiedenartig: einmal hatte eine hetzende und lügenhafte Propaganda der politischen Linken weithin die Arbeitnehmermassen glauben gemacht, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei eine „Partei der Barone“ geworden und habe ihr im Grunde antisoziales Wesen enthüllt. Kein Arbeitnehmer könne vernünftigerweise seine Stimme dieser Partei geben. Dann gab es viele Wähler, die im Juli für die NSDAP. gestimmt hatten, im Glauben, sie werde dauernd mit der Regierung von Papen zusammengehen. Diese Wähler, es waren ihrer nicht wenige, gaben nach Eintritt des Bruches zwischen der Regierung Papen und Hitler ihre Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei. Schließlich gab es auch solche, die in ihren Hoffnungen und Annahmen einer baldigen Machtergreifung durch Hitler sich enttäuscht glaubten und der Ansicht waren, nach Hindenburgs Weigerung, Adolf Hitler die tatsächliche Führung der Regierung und damit Deutschlands in die Hände zu legen, sei es überhaupt mit der Zukunft der Partei zu Ende. Die große Gelegenheit sei eben verpaßt worden. Hitler habe annehmen müssen, was er im Juli bekommen konnte.

Der nationalsozialistische Wahlverlust vom November 1932 wurde im In- und Auslande als eine entscheidende Wendung aufgefaßt, man kann sagen: ohne Ausnahme. Alles atmete auf: endlich war also die nationalsozialistische Welle nicht allein zum Stehen gekommen, ja, sie hatte sich schon überschlagen und allem Anscheine nach begonnen, wieder zu verlaufen, und zwar viel schneller, als sie angestiegen war. Nun würde es überhaupt rasch gehen. Zwar könnte man wohl annehmen, daß die Partei noch auf längere Zeit hinaus eine gewisse Stärke behielte, aber, und das war die Hauptsache, die nationalsozialistische G e f a h r war nun vorbei. In den Äußerungen der Erleichterung und Freude hierüber war man sich einig, von den Kommunisten über das Zentrum bis zu den Deutschnationalen einschließlich. Jetzt konnte man doch wenigstens absehen, wie sich die Zukunft gestalten werde, jetzt konnte man auch wieder Hoffnung haben auf ein Wiederaufleben des Parlamentarismus. Ja, ja, damals im Juli habe Hitler glücklicherweise den großen Fehler seines Lebens begangen, als er den Vizekanzler-Posten ausschlug und die große Gelegenheit seines Lebens versäumte, sich an hervorragender Stelle in die Regierung des Reiches einzuschalten.

Durch solche Hoffnungen und Erwartungen wurde nun freilich die Lage des Kabinetts Papen nicht besser. Der Reichskanzler begriff das selbst und trat darauf zurück, dem Reichswehrminister General von Schleicher das Reichskanzleramt mit Bewilligung des Reichs-

präsidenten überlassend. General von Schleicher galt seit langer Zeit als der einflußreichste Mann im Kabinett, auch glaubte man in den Regierungskreisen, Schleicher werde es gelingen, mit den Nationalsozialisten zu einer Zusammenarbeit zu kommen, und die Linke werde ihm gegenüber sich „tolerierend" verhalten. Man versprach sich von Schleichers Gewandtheit die größten Dinge. Der neue Reichskanzler verhandelte dann auch nach den verschiedensten Seiten, aber die Sozialdemokratie lehnte ihn ab, und auch die Verhandlungen mit der Führung der NSDAP. hatten kein positives Ergebnis. Das Kabinett Schleicher ließ bald erkennen, daß es die innere Lage politisch wie wirtschaftlich ebensowenig meistern konnte wie seine Vorgänger. Die großen Hoffnungen, die man auf den Kanzler gesetzt hatte, zerflossen rasch. Das galt auch für den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Reichskanzler, seine Lage erkennend, wollte zum gleichen Mittel greifen wie sein Vorgänger Papen im Herbst 1932. Er beabsichtigte, den Reichstag, bevor er zusammentrat, aufzulösen und in der Folge immer wieder aufzulösen, bis die Regierung einen Reichstag mit einer für ihre parlamentarischen Zwecke brauchbaren Parteizusammensetzung erreicht hätte. Der Kanzler und seine Leute rechneten hier mit einem weiteren Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung. Er dachte, auf diese Weise sich ihre Führung gefügig zu machen und gleichzeitig ihr Gewicht im Reichstage zu vermindern. Es zeigte sich aber, daß die Rechnung ein Loch hatte: der Reichskanzler von Schleicher erhielt vom Reichspräsidenten die Erlaubnis zur Auflösung des Reichstages nicht. Hindenburg hatte ihm sein Vertrauen entzogen, das Kabinett Schleicher trat zurück, und nun öffnete sich riesengroß die Frage: was nun?

Wie immer in ähnlichen Fällen hatte das zurückgetretene Kabinett bis zur Bildung des nächsten die laufenden Geschäfte weiterzuführen. Ein solcher Zustand darf aber nur ganz kurz dauern, weil ein zurückgetretenes Kabinett nur noch formale Autorität hat und nichts Neues von Belang in Angriff nehmen darf noch kann; andererseits drängte die immer verworrener und trostloser werdende Lage zum Handeln. So brannte die Frage der Bildung eines neuen Kabinetts auf den Nägeln. Das Kabinett Schleicher hatte viel versprochen, von weitschauenden Plänen erzählt, Arbeit im größten Maßstabe sollte in allernächster Zeit beschafft werden, aber geschehen war nichts. Die Stimmung in der Bevölkerung wurde, nachdem man erst wieder einmal gehofft hatte, immer schlechter; Mißmut, Verzweiflung verbreiteten sich immer mehr, und es stand zu erwarten, daß der Kommunismus schnellen und steigenden Zulauf eben aus diesen Massen der Verzweifelten und Verelendeten täglich erhalte. Die Sprache der kommunistischen Blätter nahm einen so herausfordernden und drohenden Ton an wie noch nie zuvor. Es war offenbar, daß man in diesem Lager den Augenblick zu blutigem, terroristischem Umsturz in Kürze gekommen glaubte. Andere Schichten und Parteien waren ratlos, wollten politische Bündnisse hier und da schließen, unmögliche parlamentarische Kombinationen versuchen, wie schon so oft. Dabei konnte sich auch der begeisterte Parlamentarier, wenn er der Wahrheit die Ehre geben wollte, der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß der Parlamentarismus in Deutschland bis aufs letzte abgewirtschaftet hatte. Eine parlamentarische Regierung, nur auf dem Prinzip der Mehrheit beruhend, war nicht zu schaffen, jedenfalls keine Mehrheit, die im Sinne eines deutschen — dieses so schmählich mißbrauchte Wort! — Aufbaus arbeiten konnte und wollte. Man konnte sich auch in den Kreisen um den Reichspräsidenten nicht mehr verhehlen, daß nur eine zugleich nationale und autoritäre, also nicht von parlamentarischen Intrigen und Zufälligkeiten abhängige Regierung den deutschen Reichswagen vom Sturz in das Chaos rechtzeitig aufhalten konnte. Aber wo und — wer war der Mann, der diese Regierung zu führen hatte? Die nationalsozialistische Bewegung

hatte bereits Monate vorher mit immer gesteigertem Nachdruck Adolf Hitler als den einzigen Mann zum Reichskanzler gefordert, denn er hatte nicht nur als einziger die Führerfähigkeit, sondern seine gewaltige Volksbewegung in straffster Geschlossenheit hinter sich. Er selbst hatte schon bei Bildung des Kabinetts Schleicher vorausgesagt, daß dieses spätestens in einigen Monaten am Ende sein werde, ohne etwas erreicht zu haben. Er behielt recht, auch in der brennenden Frage der Behebung der Arbeitslosigkeit zeigte sich kein Fortschritt, im Gegenteil, sie stieg über das Maß des Vorjahres hinaus.

In dieser Ratlosigkeit versuchte schließlich der frühere Reichskanzler, von Papen, die Verbindung mit Adolf Hitler, dem politischen Gegner des letzten halben Jahres, wieder aufzunehmen; denn er hatte erkannt, daß es eine andere Möglichkeit zur Rettung Deutschlands schlechterdings nicht gab. Es ist dann, wie heute die Geschichte weiß, damals zur Einigung auf einer gewissen Grundlage gekommen. Der Reichspräsident von Hindenburg bot Adolf Hitler den Reichskanzlerposten an, außerdem für die NSDAP. die Posten des Reichsministers des Innern und des preußischen Innenministers, zunächst in Gestalt eines Reichskommissars für Preußen. Das Kabinett sollte von Mehrheitszufälligkeiten unabhängig sein. Dem Reichskanzler Hitler wurde der persönliche Vertrauensmann des Reichspräsidenten, von Papen, als Vizekanzler beigegeben und, das war noch bedeutungsvoller: der gesamte wirtschaftliche Teil des Kabinetts und seine Aufgaben wurde zunächst in die Hände des deutschnationalen Führers Hugenberg gelegt, obgleich gerade auf diesem wie auf dem sozialen Gebiet tiefgehende Unterschiede und Gegensätze zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten bestanden, auch die Auffassungen des Vizekanzlers von Papen mit denen der Deutschnationalen übereinstimmend waren.

Das war also ein sehr schweres Opfer und erschien als ein beinahe unerträglicher Verzicht, den man Adolf Hitler mit dem Angebot des Reichskanzlers abforderte. Der Führer der nationalsozialistischen Bewegung zögerte aber keinen Augenblick. Er empfand und erkannte, daß jetzt der große und entscheidende Augenblick gekommen sei, daß ihn im Juli des vorigen Jahres sein Gefühl nicht getrogen hatte, als er damals das Angebot ausschlug. Adolf Hitler war sich vollkommen klar über die Belastung seiner Handlungsfreiheit in diesem Kabinett durch dessen Zusammensetzung, aber andererseits lag der ungeheure Fortschritt gegenüber dem Juli darin, daß er jetzt das Kanzleramt erhielt. Als Bedingung aber seines Eintritts der Übernahme dieser Regierung stellte er seinerseits die Auflösung des Reichstages und sofortige Neuwahlen. Er verlangte, daß das deutsche Volk jetzt noch einmal sich entscheiden solle, nachdem er in öffentlichen Reden und im Rundfunk seine Ziele, seine Zukunftspläne und seine Gedanken dargelegt hätte, ohne daß Irreführung durch unwahre gegnerische Darstellung möglich war. Die Führer der deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms und der Vizekanzler von Papen erklärten öffentlich, trotzdem sie Mitglieder des Hitler-Kabinetts waren: sie seien gegen diese Wahl gewesen, aber Hitler habe dieselbe eben zur Bedingung für seine Übernahme der Kanzlerschaft gemacht. Der Grund dieser Abneigung gegen Neuwahlen war klar und bezeichnet die Lage innerhalb des Kabinetts: jene politischen Richtungen, bezeichnet durch Namen wie Hugenberg, von Papen, waren sich der mannigfachen Gegensätze zwischen ihnen und dem Nationalsozialismus auf politischem und wirtschaftspolitischem und sozialem Gebiet bewußt. Sie begriffen auch, von wie großer Wichtigkeit es war, wie viele Wähler hinter jeder Gruppe des Kabinetts standen. Sie fürchteten, daß das Gewicht Hitlers im Kabinett um so schwerer werden würde, je günstiger die Wahlen für die NSDAP. ausfielen. Deswegen machten die nichtnationalsozialistischen Kabinettsmitglieder

für ihre Zustimmung zu Neuwahlen die Bedingung, daß auch bei einem Wachsen der nationalsozialistischen Stimmen gegenüber dem letzten Stande innerhalb des Kabinetts keine persönlichen Verschiebungen zugunsten seines nationalsozialistischen Teiles eintreten dürften. Hitler hielt es mit Recht für das kleinere Übel, dieser Bedingung zuzustimmen.

Am 30. Januar 1933 übernahm Adolf Hitler die Reichskanzlerschaft unter dem Jubel des größten Teils der Bevölkerung. Als Sprecher für das Kabinett wandte er sich wiederholt an die Öffentlichkeit. Als seine Hauptziele stellte er hin: die Erringung der Freiheit der deutschen Nation, die Wiederherstellung ihrer Ehre und die Schaffung des sozialen Friedens. Für die Durchführung der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedang er für sich und das Kabinett einen Zeitraum von vier Jahren aus. Kampf sagte er an sofort dem Marxismus, bezeichnete als Ziel dessen vollkommene Ausrottung, Ausschaltung der marxistischen Führer, Gewinnung der marxistisch verführten Massen. Klares Zielbewußtsein, Energie und Leidenschaft, dabei kluge Mäßigung vereinten sich in solchen Aufrufen und enttäuschten die Gegner des Aus- und Inlandes, die gehofft hatten, Maßlosigkeiten und Unvorsichtigkeiten für ihre Zwecke gebrauchen zu können.

Gegen Mitte Februar 1933 begann der Wahlkampf. Von den Regierungsparteien unter Hitlers Führung mit Umsicht und Gründlichkeit geleitet, verbreitete sich nun vollkommene Klarheit im ganzen Lande über die Ziele der neuen Regierung. Am 5. März fanden die Wahlen statt und ergaben einen großen Sieg für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Diese erhielt an Stelle der 197 Reichstagsmandate der Novemberwahl 1932 nunmehr 288 Mandate. Hitler hatte sehr wohl gewußt, was er wollte, als er auf die Neuwahlen bestand. Die Bevölkerung hatte nun gezeigt, in welchen Ministern des Kabinetts es die Träger der deutschen Zukunft erblickte. Die Deutschnationale Volkspartei, der Stahlhelm und andere konservative Kreise hatten für zweckmäßig gehalten, sich zur „Front Schwarz-Weiß-Rot" für den Wahlkampf zusammenzuschließen. Der Erfolg war nicht auf ihrer Seite, sie konnten nicht einmal ihre bisherige Stärke wahren. Die Sozialdemokratie hatte sich ungefähr gehalten, die Kommunistische Partei wies erhebliche Verluste auf, ebenso die Bayerische Volkspartei, das sogenannte bayerische Zentrum; eine Tatsache, die kurz darauf zu einer großen politischen Bedeutung gelangen sollte. Acht Tage nachher fanden im ganzen Reich Kommunalwahlen statt, die ein noch größeres nationalsozialistisches Übergewicht ergaben, kurz, der Sieg des Hitlergedankens war unbestreitbar und glänzend, machte auch im Auslande tiefsten Eindruck. Es konnte nun nicht mehr, wie zuerst unter den deutschen Gegenparteien, heißen, daß ein Minderheitskabinett im Widerspruch zum Volkswillen durch Beschluß des Reichspräsidenten autoritär geworden sei. Die Wahlen vom 5. März hatten vielmehr den beiden hinter dem Kabinett stehenden Parteien durch den nationalsozialistischen Sieg auch die parlamentarische Mehrheit gegeben. Diese Tatsache allein schon bedeutete einen gewaltigen und in manchem Sinne entscheidenden Erfolg. Niemand konnte mehr auch nur mit einem Schein des Rechts von einer Verfassungswidrigkeit der neuen Regierung sprechen, eine Tatsache, die in der Folge schon kurz nachher die Haltung der Mittelparteien entscheidend zugunsten der Regierung bestimmte.

Bereits seit geraumer Zeit konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Kommunistische Partei sich zum Frühjahr 1933 für die „Propaganda der Tat" in Bereitschaft setzte. Man wußte, daß sie sich in den Besitz großer Massen von Sprengstoff aller Art gebracht hatte, und die Funde in kommunistischen Zentralen ließen keinen Zweifel darüber, daß nach einem großen einheitlichen Plane Terrorakte vorbereitet wurden, die die Einleitung

zum kommunistischen Umsturz bilden sollten. Gefüllte Versammlungshäuser, öffentliche Gebäude aller Art, Eisenbahnbrücken sollten in Brand gesetzt oder gesprengt werden, in fortwährender Folge und im ganzen Lande, um so Schrecken und Unsicherheit zu allem Elend der Bevölkerung zu verbreiten. Einen solchen Zustand der Verwirrung hoffte man bei fortwährender Aufwiegelung der Massen ausnutzen zu können, um den Staat zu stürzen und die Schreckensherrschaft zu übernehmen. Nachdem kurz vorher im ehemals königlichen Schloß zu Berlin ein angelegtes Feuer rechtzeitig bemerkt und gelöscht worden war, brannte plötzlich am Abend des 27. Februar das Reichstagsgebäude zu Berlin. Das Feuer konnte gelöscht werden, aber ein wesentlicher Teil des Inneren brannte aus.

Im Rahmen dieser ganz kurz gefaßten Übersicht über den letzten Teil des Weges Hitlers zur Macht, wäre der Brand auch eines Gebäudes, wie der deutsche Reichstag, nicht bedeutend genug gewesen, um verzeichnet zu werden. Aber dieser Brand war ein politisches Ereignis ersten Ranges. Jene Flamme, die das Innere des Reichstagssitzungssaales verschlang, ist damals für das ganze deutsche Volk ein Fanal geworden. Für keinen nichtfanatisierten Deutschen konnte nunmehr noch ein Zweifel über die verbrecherischen Ziele der Kommunistischen Partei und deren schwere Gefahr bleiben. Einer der Brandstifter, ein internationaler Kommunist aus Holland, wurde gefaßt und war geständig, kommunistische Abgeordnete waren bis spät abends im Gebäude gewesen, über ähnliche Pläne waren die einschlägigen Behörden, wie gesagt, schon seit langem unterrichtet, aufgefundenes Material bestätigte weiter. Die kommunistischen Führer hätten kaum eine törichtere Handlung begehen können als diese, noch dazu ganz kurz vor den Wahlen. Die Verluste der kommunistischen Partei waren wesentlich auch durch die Reichstags-Brandstiftung eingetreten. Noch weit wichtiger war, daß nunmehr die Reichsregierung in voller Übereinstimmung mit dem weitaus größten Teil der Bevölkerung rücksichtslos gegen die Führer der Kommunistischen Partei vorgehen konnte. Das geschah ungesäumt, zunächst in Preußen durch den Reichskommissar, Minister Göring. Soweit irgend möglich, wurden die kommunistischen Führer verhaftet, ebenso wie alle anderen Verdächtigen. Charakteristisch genug war, daß mit wenigen Ausnahmen gerade die anerkanntesten Führer der KPD. sich sofort nach dem Brande versteckten oder ins Ausland zu entkommen versuchten, was einigen von ihnen gelang.

Der Reichskanzler Adolf Hitler vertrat mit Recht hier den Standpunkt, daß die kommunistischen Führer nicht mehr als Angehörige einer verfassungsmäßigen politischen Partei zu behandeln seien, sondern als Menschen, die sich außerhalb der staatlichen Ordnung und gegen sie stellten. Im Reichstage und in den anderen parlamentarischen Körperschaften würde fortan kein Platz mehr für kommunistische Abgeordnete sein, auch wurden ihnen die sonstigen Gerechtsame der Abgeordneten entzogen.

Wenn Adolf Hitler gleich nach dem 30. Januar, ja seitdem er 1919 seine Partei gegründet hatte, die Ausrottung des Marxismus verlangt hatte, so bildete der Reichstagsbrand und alles andere was damit zusammenhing, eine Bestätigung, wie sie nicht eindrucksvoller gedacht werden konnte. Als Adolf Hitler zuerst das Wort von der Ausrottung des Marxismus gesprochen hatte, konnte man in manchen Zeitungen Andeutungen lesen, als ob der neue Reichskanzler sich die Sache wohl ein wenig zu leicht vorstelle, außerdem das Wort: Marxismus im Sinne eines politischen Schlagwortes ausspreche. Adolf Hitler aber ist sich, und zwar seit seinen eigenen Anfängen immer ganz klar darüber gewesen, was er sich hiermit für eine Aufgabe gestellt hatte. Er wußte, daß sie eine ungeheure ist, und ebenso, daß sie gelöst werden muß, wenn die Deutschen als Volk eine Zukunft haben sollen. So setzte der

Kanzler die Erreichung des Zieles zeitlich recht weit in die Zukunft, als er sagte: in zehn Jahren werde es keinen Marxismus mehr in Deutschland geben. Er hat nicht einen Augenblick geglaubt, daß die seit dreiviertel Jahrhunderten in Deutschland endemische Krankheit der Weltanschauung und politischen Auffassung durch Verbot oder gar durch Gewaltmaßnahmen ausgemerzt werden könne. Freilich, Gewaltmaßnahmen mußten überall da und sofort eintreten, wo gegen Gesetz und Verfassung verstoßen, Umsturz und Verbrechen geplant wurden; auch die Organisationen einer solchen Propaganda mußten zerbrochen werden. Der nationalsozialistisch bestimmte Staat konnte nicht mehr dulden, daß eine kommunistische oder sozialdemokratische Presse ihm gegenüber die Grenze einer sachlichen und positiv gerichteten Kritik überschritt, die wiederum im Gegensatz zu ihren Zielen und ihrem Wesen stehen mußte. Den marxistischen Führern mußte die Möglichkeit genommen werden, ihre den nationalen Gedanken und jede volksorganische Auffassung bekämpfende marxistische Lehre in den Massen zu verbreiten. Das war und bleibt aber nur ein, gleichsam der negative Teil des Ausrottungskampfes gegen den Marxismus. Seine positive Bekämpfung liegt in dem Wort Hitlers enthalten, daß die marxistisch verbildeten Volksteile und Gegner des nationalsozialistischen Gedankens gewonnen werden müssen. Das kann und soll nicht durch Versprechungen äußerer Vorteile geschehen, sondern durch innerliche Umbildung der Anschauung und Auffassung, durch Aufklärung und ehrliche Annäherung im Zeichen des gemeinsamen Volksgenossentums. Die Aufgabe ist schwer, aber diese Arbeit an der Seele des deutschen Arbeitnehmers steht auf dem Boden der Wahrheit und des Volksgefühls, und deshalb sind ihre Träger überzeugt, daß sie ans Ziel gelangen werden.

Der nationalsozialistische Wahlsieg vom 5. und vom 12. März 1933 hatte, wie erwähnt, im deutschen Süden das vielfach überraschende Ergebnis eines sehr starken Umschwunges zugunsten der Nationalsozialisten, besonders in Bayern. Mit einer genialen Schnelligkeit und Sicherheit sah und ergriff Adolf Hitler, ohne einen Tag zu verlieren, die Gelegenheit. Unter Berufung auf den Umschwung der Stimmung in den südlichen deutschen Ländern setzte er hier überall nationalsozialistische Reichskommissare ein, die nunmehr nach dem Willen der Volksmehrheit regierten, anstatt nach dem Willen einer durch die Wahlen längst überholten Parteizusammensetzung.

Durch diese berühmte „Gleichschaltung" war mit einem Male ein Zustand geschaffen, den man in Deutschland noch nicht erlebt hatte: die partikularistischen Stellungnahmen von Landesregierungen des deutschen Südens hörten ebenso auf wie Gegensätze zwischen deutschen Ländern untereinander oder mit der Reichsregierung — denn überall saßen nationalsozialistische Kommissare, nicht etwa als Zwingherren, sondern als Führer der Mehrheiten jener Länder. Ohne Reibungen ging dieser in seiner wohltätigen Tragweite gar nicht abzuschätzende Vorgang vonstatten.

Nun sollten, so hatte sich Hitler in Übereinstimmung mit dem Kabinett vorgesetzt, vier Jahre ungestörter, angespannter Arbeit beginnen. Dazu brauchte man noch eines, nämlich ein vom Reichstage zu bewilligendes Gesetz mit der Ermächtigung für die Regierung, vom Reichstage unabhängig zu sein und ohne ihn auch Änderungen der Verfassung vornehmen zu dürfen. In einer zweitägigen Sitzung erreichte Hitler auch dieses Ziel mit überwältigender Mehrheit, da auch die Mittelparteien für das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Der Weg war damit frei. Hitler sah sich am Abschlusse des ersten großen Abschnitts seiner beispiellosen Laufbahn, auf der Höhe, die er damals 1918 in München schon als Fernziel ins Auge gefaßt hatte, innerlich vollkommen sicher, daß er sich eines Tages auf dem

Gipfel befinden werde. Sein Weg war schwer gewesen, unvergleichlich leichter hatte es Mussolini gehabt, denn die Widerstände, die sich ihm entgegengesetzt hatten, waren, alles in allem, nur gering gewesen. Adolf Hitler hat während der ersten Monate seiner Kanzlerschaft immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß der Kampf und mit ihm die große Aufgabe nur durch unentwegbare Beharrlichkeit zum siegreichen Erfolge führen könne. Gerade er konnte das sagen, denn seine unerschütterliche Beharrlichkeit ist es gewesen, die in erster Linie ihn durch alle Rückschläge, Unterdrückungen und andere Schwierigkeiten sich hat durchsetzen lassen.

Verzeichnis der Abbildungen

Nr.

1. Hitler weiht die Blutfahne vom 9. November 1923
2. Hitler im Felde
3. Einladungsplakat zu einer der ersten großen Parteiversammlungen im Jahre 1920
4. Die erste Standartenweihe in München 1922
5. Fahnen- und Standartenweihe anläßlich des ersten Parteitages in München 1922
6. Erster öffentlicher Umzug der NSDAP. in München 1922
7. Der erste Parteitag 1922 in München
8. Der erste Parteitag 1922. Oberländer-Gruppe im Zuge
9. Zusammenstöße mit der Polizei während des Turnerfestes im August 1923. Hitler verhandelt mit der Polizei
10. Ansprache Hitlers an seine Getreuen in Freimann 1923
11. Am 1. Mai 1923 auf dem Oberwiesenfeld bei München. Bereitschaft der Nationalsozialisten gegen einen roten Putsch
12. Ein mutiger Beginn ...
13. ... ein trübes Ende
14. Ankunft von Hitlertruppen aus der Provinz vor dem Bürgerbräukeller am 9. Nov. 1923
15. Während des Umsturzes 1923 vor München
16. Die verhafteten kommunistischen und sozialistischen Stadträte am 9. November 1923
17. Besetzung des Kriegsministeriums in München durch die damalige „Reichskriegsflagge" (Hptm. Röhm) am 9. November 1923
18. Der Weg zur Freiheit ...
19. ... mit Gewalt versperrt
20. Nach dem 9. November 1923. Polizei und Militär geht mit der blanken Waffe gegen die Bevölkerung vor
21. Am 9. November 1923 vor dem Hauptquartier der Nationalsozialisten im Münchner Bürgerbräukeller
22. Die Gefallenen vom 9. November 1923
23. Warnung
24. Absperrungen beim „Hochverrats"-Prozeß gegen Hitler usw.
25. Der „Dank" für die Freiheitskämpfer
26. Hitler bei einem Spaziergang im Festungshof in Landsberg 1924

Nr.

27. Dietrich Eckardt †, der Künder deutscher Freiheit
28. Hitler in der Festung Landsberg
29. Der Weg in die Zukunft: Parteitag der NSDAP. in Weimar 1927
30. Der Deutsche Tag 1923 in Nürnberg
31. Reichsparteitag in Nürnberg 1929: Der Führer spricht
32. Wie hat sich das Bild in wenigen Jahren verändert! Zehntausende sind zum Parteitag 1929 nach Nürnberg geströmt
33. Hitler bei der Hitlerjugend. Die Jugend gehört der NSDAP.
34. Reichsparteitag der NSDAP. in Nürnberg am 4. August 1929. General von Epp und Adolf Hitler am Kriegerdenkmal im Luitpoldhain
35. 1929 in Nürnberg
36. Reichsparteitag der NSDAP. am 4. August 1929 in Nürnberg
37. Demonstrationsaufmarsch der Nationalsozialisten vor der Staatsoper in Wien
38. Sitzung der Reichsleitung. 1929
39. Hitler in seinen geliebten Bergen
40. Hitler am Grabe eines von Kommunisten und Marxisten ermordeten SA.-Mannes in Wöhrden (Schleswig-Holstein)
41. Franz Seldte und Oberstleutnant Duesterberg, die Bundesführer des Stahlhelms, nehmen die Marschparade der Stahlhelmer in Koblenz ab anläßlich des Reichsfrontsoldatentages am 4. und 5. Oktober 1930
42. Stahlhelmtag in Koblenz am 4. und 5. Oktober 1930. Vorbeimarsch am Deutschen Eck
43. Stahlhelmtag in Breslau 1931. Die Bundesführer schreiten die Front ab
44. Adolf Hitler als Zeuge vor dem Reichsgericht beim Hochverratsprozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere 1930
45. Hitler beim Verlassen des Reichsgerichts in Leipzig 1930
46. Das Braune Haus in München
47. Berittene SA. in Königsberg 1930
48. Die Einweihung des Schlageter-Ehrenmals auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf 1931
49. Bei der Eröffnung des Reichstages am 13. Oktober 1930 erschienen 107 nationalsozialistische Abgeordnete im Braunhemd. Damals eine gewaltige Zahl! Wenig mehr als zwei Jahre später zogen 288 Abgeordnete der NSDAP. in den Deutschen Reichstag ein. Der Aufbruch der Nation hat begonnen!
50. Die Beisetzung des Studenten Horst Wessel, 1930, der durch kommunistische Mörderhand fiel
51. Studenten bei der Skagerrakfeier anläßlich des Stahlhelmtages zu Breslau 1931
52. Im Zeichen von Harzburg: Hitler im Gespräch mit einem Stahlhelmführer
53. Unübersehbar sind die Braunen Bataillone geworden. Aufmarsch in Weimar 1931
54. Die 107 nationalsozialistischen Abgeordneten bei einer Fraktionssitzung in Gegenwart Hitlers
55. Die neueröffnete Führerschule in München. Aus allen deutschen Gauen werden die Unterführer in dreiwöchigen Kursen ausgebildet

Nr.

56. Vorbeimarsch vor dem Führer und der Blutfahne von 1923 am Schloßplatz zu Braunschweig 1931
57. Die SA. hat schon seit langem erkannt, daß der Gasschutz eine Lebensfrage der deutschen Nation ist
58. In allen deutschen Gauen sorgt die SA. für Fliegernachwuchs in den SA.-Fliegerstürmen
59. Dem Arbeitsdienst wendet die SA. ihre größte Aufmerksamkeit zu. Eine Straße wird von dem freiwilligen Arbeitsdienst der SA. gebaut
60. Auch bei unseren Brüdern in Österreich macht die Bewegung große Fortschritte
61. Berlin bekennt sich zum Führer der deutschen Erhebung. Lustgarten 1932
62. In endlosem Zuge marschiert das erwachende Berlin an dem Volkskanzler Hitler vorbei. 30. Januar 1933
63. Der Stärkste der Nation. Die erste Aufnahme Adolf Hitlers als Reichskanzler